

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

A-Post Plus
Eidgenössische Finanzverwaltung
Bundesgasse 3
3003 Bern

11. November 2020

Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung); Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 4. November 2020 hat uns der Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD) eingeladen, zum Entwurf der Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung) Stellung zu nehmen. Wir danken dafür und nehmen nachfolgend sowie mit dem beiliegenden Antwortformular Stellung.

Gemäss der Vernehmlassungsvorlage ist vorgesehen, dass der Beitrag des Bundes an die Finanzierung der Härtefallmassnahmen auf 200 Millionen Franken plafoniert werden soll. Das EFD weist in den Erläuterungen zu Art. 14 des Verordnungsentwurfs allerdings selber darauf hin, dass die Hochrechnung, die dem Betrag von 200 Millionen Franken zugrunde liegt, erstellt worden ist, bevor sich die zweite Welle an Infektionen akzentuiert hat. Die damit verbundene Notwendigkeit für gesundheitspolitische Einschränkungen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens habe die Gefahr einer deutlich stärkeren Zunahme von Härtefällen erhöht. Der Bundesrat werde den Betrag gestützt auf die Rückmeldungen aus der Vernehmlassung nochmals überprüfen und gegebenenfalls anpassen.

Art. 1 des Verordnungsentwurfs sieht vor, dass sich der Bund zu 50 % an den Kosten oder Verlusten beteiligt, die einem Kanton aus den Härtefallmassnahmen entstehen. Ausgehend von einem Beitrag des Bundes in der Höhe von 200 Millionen Franken ergäbe sich gesamtschweizerisch ein Volumen von 400 Millionen Franken für Härtefallmassnahmen. Aus Sicht des Kantons Aargau und weiterer grosser Kantone ist dieses Volumen keinesfalls ausreichend, um den von der Covid-19-Epidemie besonders betroffenen Unternehmen die dringend notwendige Unterstützung im erforderlichen Umfang leisten zu können. Bereits zum Zeitpunkt der Beratung und Verabschiedung des Bundesgesetzes über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz) durch die eidgenössischen Räte im September 2020 lagen dem Regierungsrat und den Departementen eine Vielzahl von Begehren für Härtefallunterstützungen vor, namentlich von Unternehmen aus der Reisebranche sowie aus den Bereichen Eventorganisation, Eventtechnik und Messebau. Aufgrund der mit der zweiten Welle verbundenen Einschränkungen haben die Anfragen und deren Dringlichkeit in den letzten Wochen erheblich zugenommen.

Der Regierungsrat erachtet für die Abdeckung des dringenden Bedarfs an Härtefallleistungen in einer ersten Phase gesamtschweizerisch ein Finanzvolumen von mindestens 1 Milliarde Franken als unbedingt notwendig. Eine Abschätzung, wie sich der Finanzbedarf für die notwendigen Härtefallleistungen an Unternehmen im kommenden Jahr entwickeln wird, ist sehr schwierig. Es ist deshalb wichtig, dass Bund und Kantone in enger Zusammenarbeit die erforderlichen Vorbereitungen treffen, um die finanziellen Mittel für die Härtefallmassnahmen zeitnah aufzustocken zu können. Nur so ist gewährleistet, dass den Unternehmen die erforderliche Unterstützung geleistet und eine Häufung von Konkursen verhindert werden kann.

Mit den Kriterien für die Aufteilung des Bundesbeitrags auf die Kantone gemäss Art. 15 des Verordnungsentwurfs sind wir im Sinne der Erläuterungen des EFD einverstanden. Den übrigen Bestimmungen des Verordnungsentwurfs stimmen wir ebenfalls weitgehend zu. Für einzelne Änderungs- und Präzisierungsanträge verweisen wir auf die Angaben im beiliegenden Antwortformular.

Wir haben Kenntnis davon, dass Bestrebungen im Gang sind, die in Art. 12 Abs. 1 Covid-19-Gesetz festgelegte Kostenaufteilung zwischen Bund und Kantonen so zu ändern, dass der Bund mehr als 50 % übernimmt. Wir unterstützen die entsprechenden Bestrebungen und begrüssen es, wenn die eidgenössischen Räte die erforderliche Gesetzesänderung bereits im Dezember 2020 beschliessen. Allerdings darf die Gesetzesänderung keinesfalls zu einer Verschiebung der Inkraftsetzung der Härtefallverordnung führen. Diese ist nach der Gesetzesänderung entsprechend anzupassen.

Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht ist es erforderlich, dass der Bund zusätzlich zur finanziellen Beteiligung an den Härtefallmassnahmen zeitnah auch die Möglichkeit der Gewährung von Krediten und Solidarbürgschaften infolge des Coronavirus reaktiviert. Dieses Instrument hat sich sehr bewährt. Nachdem das im Frühjahr 2020 für die Covid-19-Überbrückungskredite bereitgestellte Finanzvolumen des Bundes nicht ausgeschöpft wurde, verfügt der Bund über den erforderlichen Spielraum.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung zum Entwurf der Härtefallverordnung und des Antrags betreffend Reaktivierung der Solidarbürgschaften für Kredite, die Unternehmen aufgrund coronabedingter Liquiditätsengpässe benötigen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Dr. Markus Dieth
Landammann

Vincenza Trivigno
Staatsschreiberin

Beilage

- Antwortformular

Kopie

- marianne.widmer@efv.admin.ch
- lukas.hohl@efv.admin.ch



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Eidgenössische Finanzverwaltung EFV

Antwortformular: Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Regierungsrat des Kantons Aargau

Abkürzung der Firma / Organisation :

Adresse : Regierungsgebäude, 5001 Aarau

Kontaktperson : Hans Peter Fricker, Generalsekretär DVI

Telefon : 062 835 14 11

E-Mail : hans-peter.fricker@ag.ch

Datum : 11. November 2020

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Tabellenzeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word-Dokument** bis am **13. November 2020** an folgende E-Mail Adressen: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme!

Allgemeine Bemerkungen

Betreffend Erhöhung des Finanzvolumens auf 1 Milliarde Franken und der finanziellen Beteiligung des Bundes auf 500 Millionen Franken für eine erste Phase verweisen wir auf das beiliegende Beileitschreiben.

1. Abschnitt: Grundsatz

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 1	Gemäss Verordnungsentwurf können rückzahlbare Darlehen, Bürgschaften oder Garantien sowie nicht rückzahlbare Beiträge gewährt werden. Dabei werden alle drei Kategorien gleich gewichtet, obwohl bei den beiden erstgenannten die Gelder mutmasslich wieder an den Kanton und den Bund zurückfliessen. Der Hebel der eingesetzten Mittel könnte wesentlich erhöht werden, wenn die beiden erstgenannten Kategorien mit einem Risikoabschlag von beispielsweise 25 % und somit nur zu 75 % an die vom Bund den Kantonen zur Verfügung gestellten Höchstbeiträge angerechnet würde.

2. Abschnitt: Anforderungen an die Unternehmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 3 Abs. 2	Es braucht nicht jede Firma in der Schweiz zwingend eine UID-Nummer. Die Regelung ist dahingehend anzupassen, dass die UID-Nummer nur in jenen Fällen anzugeben ist, in denen diese gesetzlich vorgeschrieben ist.
Art. 4 Abs. 1	Ergänzung um eine Litera d wie folgt: " <i>seit März 2020 keine Gelder in Form von Tantiemen, Dividenden oder geschäftlich nicht begründeten Darlehen ausgerichtet hat.</i> " Begründung: Es sollen keine Unternehmen unterstützt werden, die während der Corona-Krise durch ihre Organe finanziell geschwächt beziehungsweise ausgehöhlt worden sind.
Art. 6	Unternehmen, die nicht rückzahlbare Beiträge erhalten, werden gegenüber Unternehmen, die Darlehen oder Bürgschaften erhalten, faktisch bessergestellt, da erstere nur während fünf Jahren keine Dividenden und Tantiemen ausbezahlen dürfen, während letzteren dies während der gesamten Laufzeit der gewährten Hilfe untersagt bleibt. Dies ist in zweifacher Hinsicht ungerecht. Erstens sind nicht rückzahlbare Beiträge sowohl für Bund wie für Kantone reine Ausgaben, während bei Darlehen und Bürgschaften das Geld mutmasslich an Bund und Kantone zurückfliest. Zweitens muss ein Eigentümer, der nicht in der Familiengesellschaft arbeitet, für seinen Anteil Vermögenssteuern bezahlen. Können keine Tantiemen und Dividenden ausbezahlt werden, kommt der Anteilseigner in finanzielle Schwierigkeiten. Damit werden Familiengesellschaften deutlich geschwächt. Antrag: Tantiemen und Dividenden dürfen nur bei nicht rückzahlbaren Beiträgen nicht ausbezahlt werden, während bei Darlehen und Bürgschaften der Betrag ausbezahlt werden kann, der durch Bezahlung von Vermögenssteuern auf den Firmenanteilen den Steuerbehörden geschuldet ist.

3. Abschnitt: Anforderungen an die Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 7 Abs. 3	<p>Die Kantone müssen die Möglichkeit haben, eine Kombination von Härtefallmassnahmen zu bewilligen und für beide Massnahmen die finanzielle Beteiligung des Bundes zu beanspruchen, wenn dies zur Sicherstellung der mittelfristigen Finanzierung eines Unternehmens erforderlich ist. Damit kann namentlich auch die Gleichbehandlung von Unternehmen, die keinen Covid-19-Kredit beansprucht haben, mit solchen, die zusätzlich zum Covid-19-Kredit gestützt auf die Härtefallverordnung einen nicht rückzahlbaren Beitrag erhalten können, sichergestellt werden.</p> <p>Aus Sicht des Bundes ist letztlich der einem Kanton zugeteilte Gesamtbetrag gemäss Anhang der Härtefallverordnung massgebend. Bei der Ausschöpfung des Gesamtbetrags benötigen die Kantone im Rahmen der in der Verordnung vorgesehenen Massnahmen und Voraussetzungen Handlungsspielraum für die bedarfs- und risikorechte Bewilligung von Härtefallleistungen für Unternehmen.</p> <p>Antrag: Streichung von Art. 7 Abs. 3</p>
Art. 8 Abs. 1	Der Zinssatz wird nicht erwähnt. Wir gehen davon aus, dass es in der Kompetenz der Kantone liegen soll, einen solchen zu bestimmen.

4. Abschnitt: Verfahren und Zuständigkeiten

Thema	Bemerkung/Anregung
Missbrauchsbekämpfung	Der Kanton Aargau verfügt bereits gestützt auf bisherige Massnahmen zur Unterstützung von Unternehmen infolge der Covid-19-Epidemie über entsprechende Erfahrungen, welche bei Umsetzung der neuen Massnahmen eingesetzt werden können. Die Missbrauchsbekämpfung erfolgt vor allem mittels strikten Einzelfallprüfungen unter Bezug einer Treuhandunternehmung.

5. Abschnitt: Beiträge des Bundes und Berichterstattung der Kantone

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 14	Betreffend Höhe der Beteiligung des Bundes verweisen wir auf die allgemeinen Bemerkungen und das Begleitschreiben.
Art. 16 Abs. 2	In Art. 16 Abs. 2 ist explizit festzuhalten, dass der finanzielle Rahmen des Bundes <i>rückwirkend</i> auf das Inkrafttreten der Covid-19-Härtefallverordnung (1. Dezember 2020) als bestätigt gilt.
Art. 18 Abs. 1 lit. a	Vgl. Antrag zu Art. 3 Abs. 2 betreffend UID-Nummer.

Zusatzfragen an die Kantone zur Abschätzung des Finanzierungsbedarfs

- Plant Ihr Kanton, kantonale Härtefallmassnahmen zu ergreifen?
- Wenn ja, in welcher Form? (Darlehen, Bürgschaften, Garantien und/oder nicht rückzahlbare Beiträge)

	<ul style="list-style-type: none">• Erste Schätzung zum <i>gesamten</i> Mittelbedarf in Ihrem Kanton (à fond perdu-Beiträge und <i>Verluste</i> aus Darlehen, Bürgschaften und Garantien, wovon der Bund die Hälfte tragen müsste)
	<p>Der Kanton Aargau wird kantonale Härtefallmassnahmen ergreifen. Es sollen alle in Art. 7 des Verordnungsentwurfs vorgesehenen Unterstützungsformen möglich sein.</p> <p>Der Mittelbedarf ist erheblich höher, als vom Bund in den Vernehmlassungsunterlagen zur Härtefallverordnung vorgesehen, weshalb auch eine deutliche Erhöhung des Gesamtbeitrags des Bundes beantragt wird. Wir verweisen dazu auf das Begleitschreiben.</p>

6. Abschnitt: Kapitalverlust und Überschuldung und 7. Abschnitt: Schlussbestimmungen

Thema	Bemerkung/Anregung



Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 11
info@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Per E-Mail an
marianne.widmer@efv.admin.ch und
lukas.hohl@efv.admin.ch

Appenzell, 13. November 2020

Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen im Zusammenhang mit der COVID-19-Epidemie (COVID-19-Härtefallverordnung) Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 4. November 2020 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen im Zusammenhang mit der COVID-19-Epidemie (COVID-19-Härtefallverordnung) zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft. Sie unterstützt die Vorlage im Grundsatz und stellt einzelne Änderungsanträge gemäss beiliegendem Fragebogen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:

Markus Dörig

A handwritten signature of Markus Dörig, enclosed in a circle.

Zur Kenntnis an:

- Volkswirtschaftsdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 2, 9050 Appenzell
- Finanzdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 2, 9050 Appenzell
- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell
- Nationalrat Thomas Rechsteiner (thomas.rechsteiner@parl.ch)



Antwortformular: Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Standeskommission Kanton Appenzell I.Rh.

Abkürzung der Firma / Organisation : Kt. AI

Adresse : Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Kontaktperson : Markus Dörig

Telefon : 071 788 93 11

E-Mail : info@rk.ai.ch

Datum : 13. November 2020

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Tabellenzeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word-Dokument** bis am **13. November 2020** an folgende E-Mail Adressen: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme!

Allgemeine Bemerkungen

Die Vorlage wird im Grundsatz begrüßt. Der Finanzrahmen von total Fr. 200 Mio. Bundesbeteiligung erscheint zum heutigen Zeitpunkt zu tief. Um eine spürbare Unterstützungsleistung darzustellen, soll der Bundesanteil auf Fr. 400 Mio. erhöht werden.

Begrüßt wird weiter, dass die Verordnung keine Eingrenzung nach Branchen vorsieht und allfällige Einschränkungen den Kantonen überlässt.

1. Abschnitt: Grundsatz

Thema	Bemerkung/Anregung
	Keine Bemerkungen

2. Abschnitt: Anforderungen an die Unternehmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Anforde- rungen	Art. 4 Abs. 2 lit. c: Die Voraussetzungen sollen kumulativ, nicht alternativ sein. «... we- der Rückstände bei der Bezahlung von Steuerschulden ... noch Rückstände ...»
Umsatz- rückgang	In Art. 5 Abs. 2 ist der Zusatz «... zuzüglich der für die Periode 2020 erhaltenen Ent- schädigungen für Kurzarbeit und Covid-Erwerbsersatz.» zu streichen. Diese Entschädigungen wurden als Reduktion der Personalkosten ausbezahlt, um Kündigungen zu verhindern und sollten nicht zum Umsatz hinzugerechnet werden.
Einschrän- kung der Verwen- dung	Art. 6 Abs. 2 [neu]: «Mit der vollständigen Rückzahlung ist das Unternehmen von den Einschränkungen nach diesem Artikel frei.» Neben vertraglichen Rückzahlungen besteht auch die Möglichkeit, dass ein Unterneh- men einen A-fonds-perdu-Beitrag freiwillig zurückbezahlen will. Sobald dies erfolgt ist, muss das Unternehmen frei von entsprechenden Einschränkungen sein.

3. Abschnitt: Anforderungen an die Ausgestaltung der Härtefall- massnahmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Form	Art. 7 Abs. 3 ist zu streichen. Es kann durchaus Sinn machen, eine gemischte Form bestehend aus Darlehen und Bürgschaften sowie A-fonds-perdu-Beiträgen auszurichten. Die Vollzugsstellen sollen im Entscheid frei sein.
Vorgaben	Art. 11: Der Bund wird aufgefordert, die Mindestvorgaben für «geeignete Massnahmen zur Bewirtschaftung» und für «geeignete Mittel zur Missbrauchsbekämpfung» check- listenartig aufzuführen. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass einheitliche Regelungen bestehen.

4. Abschnitt: Verfahren und Zuständigkeiten

Thema	Bemerkung/Anregung
Vorlage	Art. 12: Der Bund wird aufgefordert, ein Standardgesuch für Unternehmen zur Verfügung zu stellen.

5. Abschnitt: Beiträge des Bundes und Berichterstattung der Kantone

Thema	Bemerkung/Anregung
Gesamt-betrag	Art. 14: Der Gesamtbetrag von Fr. 200 Mio. wird für diese Härtefallmassnahmen nicht ausreichen. Wir beantragen eine Erhöhung des Bundes auf Fr. 400 Mio.
Zusage Bund	Art. 16 ist zu streichen. Die Kantone sind für den Vollzug verantwortlich. Eine vorgängige Prüfung der kantonalen Regelung ist nicht notwendig.

Zusatzfragen an die Kantone zur Abschätzung des Finanzierungsbedarfs

- Plant Ihr Kanton, kantonale Härtefallmassnahmen zu ergreifen?
- Wenn ja, in welcher Form? (Darlehen, Bürgschaften, Garantien und/oder rückzahlbare Beiträge)
- Erste Schätzung zum *gesamten* Mittelbedarf in Ihrem Kanton (à fond perdu-Beiträge und *Verluste* aus Darlehen, Bürgschaften und Garantien, wovon der Bund die Hälfte tragen müsste)

Der Kanton Appenzell I.Rh. plant, rückzahlbare Darlehen und A-fond-perdu-Beiträge in Einzelfällen auszurichten. Der Mittelbedarf kann aktuell nicht abgeschätzt werden.

6. Abschnitt: Kapitalverlust und Überschuldung und 7. Abschnitt: Schlussbestimmungen

Thema	Bemerkung/Anregung



Regierungsrat, 9102 Herisau

Eidg. Finanzdepartement
3003 Bern

Dr. iur. Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. +41 71 353 63 51
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 13. November 2020

Eidg. Vernehmlassung; Covid-19-Härtefallverordnung: Eröffnung Vernehmlassungsverfahren; Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 4. November 2020 unterbreitet das unterbreitet das Eidgenössische Finanzdepartement (DF) die Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen im Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung) bis am 13. November 2020 zur Vernehmlassung.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Der Regierungsrat unterstützt die Covid-19-Härtefallverordnung im Grundsatz. Er erachtet die Bundesbeteiligung von insgesamt CHF 200 Mio. resp. von CHF 1.05 Mio. für den Kanton Appenzell Ausserrhoden in Anbetracht der schwierigen Situation für zahlreiche Brauchen und Unternehmen aber als ungenügend; der Gesamtbetrag müsste massiv, mindestens um das Doppelte, aufgestockt werden.

Im Übrigen verweist der Regierungsrat auf das Antwortformular in der Beilage.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Dr. iur. Roger Nobs, Ratschreiber



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Eidgenössische Finanzverwaltung EFV

Antwortformular: Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Kanton Appenzell Ausserrhoden

Abkürzung der Firma / Organisation : Kt. AR

Adresse : Kasernenstrasse 17A, 9100 Herisau

Kontaktperson : Lukas Gunzenreiner

Telefon : 071 353 68 61

E-Mail : lukas.gunzenreiner@ar.ch

Datum : 13. November 2020

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Tabellenzeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word-Dokument bis am 13. November 2020** an folgende E-Mail Adressen: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme!

Allgemeine Bemerkungen

Der Regierungerat begrüsst die Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der COVID-19-Epidemie im Grundsatz.

Der Bundesbeitrag von insgesamt Fr. 200 Mio. resp. der gemäss Verteilschlüssel für den Kt. AR zur Disposition gestellte Betrag von Fr. 1.05 Mio. müsste um mindestens das Doppelte erhöht werden.

Zwar begrüsst der Regierungsrat, dass der Bund keine Brancheneinschränkung vorsieht. Dennoch erachtet er es als notwendig, dass seitens Bund allfällige Ausschlüsse von Branchen bekannt gegeben werden.

1. Abschnitt: Grundsatz

Thema	Bemerkung/Anregung
	Keine Bemerkungen

2. Abschnitt: Anforderungen an die Unternehmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 4	Abs. 1 lit. a: Die Profitabilität <u>und</u> die Überlebensfähigkeit sind gleichzeitig zu belegen. Abs. 2 lit. c: die Bedingungen sind kumulativ zu beurteilen: <i>... von Steuerschulden gegenüber Bund, Kanton <u>und</u> Gemeinden <u>sowie</u> Rückstände bei der Bezahlung von Sozialabgaben hatten;</i>
Art. 5	Abs. 1: Die Formulierung zum Umsatzrückgang sollte Art. 12 Abs. 1 COVID-19 Gesetz (SR 818.102) entsprechen.

3. Abschnitt: Anforderungen an die Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 11	In Art. 16 ist durch den Kanton zu bestätigen, dass seine Vorgaben dieser Verordnung entsprechen. Aus diesem Grund sollte in Art. 11 präzisiert werden: Lit. a: Die Vorgaben für geeignete Massnahmen Lit. b: die geeigneten Mittel zur Missbrauchsbekämpfung

4. Abschnitt: Verfahren und Zuständigkeiten

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 12	Abs. 2: Der Bund wird ersucht, die Möglichkeit zu schaffen, dass die Gesuche über ein EDV-Portal des SECO eingereicht werden können (vgl. Ablauf Vergabe von Startup-Bürgschaften).
Art. 13	Abs. 1: Der massgebliche Zeitpunkt für die Bestimmung der kantonalen

	Zuständigkeit ist vorzuverlegen auf den 1. August 2020.
Missbrauchsbekämpfung	Mögliche Massnahmen zur Missbrauchsbekämpfung: <ul style="list-style-type: none"> - Einfordern aller notwendigen Unterlagen für eine Beurteilung; insbesondere Bilanz/ER der Jahre 2017-2019 - MWSt-Abrechnung - Quartalsmässiges Reporting über weitere Entwicklung

5. Abschnitt: Beiträge des Bundes und Berichterstattung der Kantone

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 15	Der Höchstbetrag, welcher dem Kanton Appenzell Ausserrhoden vom Bund zur Verfügung gestellt wird, erscheint aufgrund der bis heute geführten Gespräche als sehr knapp bemessen und wird den zu erwartenden Anträgen nicht gerecht werden können. Der Bund wird ersucht, den Betrag verdoppeln.
Art. 16	Abs. 2: der Bund wird ersucht, die Mindestanforderungen für die Erfüllung der Vorgaben dieser Verordnung im Sinne einer Checkliste zur Verfügung zu stellen (siehe auch Bemerkung Art. 11).

Zusatzfragen an die Kantone zur Abschätzung des Finanzierungsbedarfs

- Plant Ihr Kanton, kantonale Härtefallmassnahmen zu ergreifen?
[Der Kanton Appenzell Ausserrhoden plant, kantonale Härtefallmassnahmen zu ergreifen.](#)
- Wenn ja, in welcher Form? (Darlehen, Bürgschaften, Garantien und/oder rückzahlbare Beiträge)
[Im Vordergrund stehen Bürgschaften. Allenfalls können bei detaillierterer Beurteilung der Gesuche auch Darlehen gewährt werden. Nicht zur Anwendung kommen nicht-rückzahlbare Beiträge.](#)
- Erste Schätzung zum gesamten Mittelbedarf in Ihrem Kanton (à fond perdu-Beiträge und Verluste aus Darlehen, Bürgschaften und Garantien, wovon der Bund die Hälfte tragen müsste)
[Der Gesamtbetrag für Bürgschaften und Darlehen basiert auf dem Höchstbeitrag des Bundes und beläuft sich auf Fr. 2.1 Mio. Dieser Betrag erscheint deutlich zu tief.
Gemäss den geführten Gesprächen und den Erfahrungen der bisherigen Unterstützungsmöglichkeiten des Kantons gehen wir von einem Ausfallrisiko von rund 30 % aus \(Total = ca. 630'000.- CHF\)](#)

6. Abschnitt: Kapitalverlust und Überschuldung und 7. Abschnitt: Schlussbestimmungen

Thema	Bemerkung/Anregung



Regierungsrat

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
info.regierungsrat@be.ch
www.be.ch/rr

Staatskanzlei, Postfach, 3000 Bern 8

Herr Bundesrat
Ueli Maurer
Eidg. Finanzdepartement
Bundesgasse 3
3003 Bern

marianne.widmer@efv.admin.ch
lukas.hohl@efv.admin.ch

11. November 2020

RRB Nr.: 1240/2020
Direktion: Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

**Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung);
Stellungnahme des Kantons Bern**

Sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, uns zum Entwurf der Covid-19-Härtefallverordnung äussern zu können. Wir nehmen diese Gelegenheit gerne wahr, um Ihnen einige grundsätzliche Überlegungen zu unterbreiten. Wir bedauern es, dass der Bund den Kantonen, die gemäss Entwurf der Covid-19-Härtefallverordnung den Vollzug übernehmen und sicherstellen müssen, keine längere Frist für die Stellungnahme ermöglicht hat, auch wenn uns die Beweggründe dafür bekannt sind.

Antrag 1

Der Verordnungsentwurf ist in der vorliegenden Form abzulehnen.

Begründung

Die vorliegende vom Bund vorgeschlagene Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen basiert auf einer Lagebeurteilung aus dem Spätsommer 2020. Die damals getroffenen Annahmen sind heute weitestgehend überholt, die aktuelle Situation ist vergleichbar mit derjenigen im März 2020. Der Regierungsrat ist klar der Meinung, dass die vorliegende Covid-19-Härtefallverordnung dieser Ausgangslage nicht gerecht wird – weder was die Dringlichkeit, noch was den Umfang der bereitgestellten Mittel betrifft. Er lehnt die Vorlage deshalb in der vorliegenden Form ab.

Der Verordnungsentwurf würde dazu führen, dass kantonal unterschiedliche, unkoordinierte und damit letztlich ineffiziente Vollzugsorganisationen mit unterschiedlichen Förderinstrumenten geschaffen werden. Das führt im Ergebnis zu Unverständnis, Ungleichbehandlung und Wettbewerbsverzerrungen, da an sich vergleichbare Unternehmen je nach Kanton ganz unterschiedliche oder keine staatliche Unterstützung erhalten würden. Dieses Vollzugschaos und eine damit verbundene staatliche Willkür gilt es unter allen Umständen zu vermeiden. Für den Regierungsrat ist es deshalb zwingend, dass der Bund im Bereich der Härtefallmassnahmen den Lead übernimmt, den Vollzug national regelt oder zumindest klare

und verbindliche Vorgaben macht. Nur so können ein rasches und einheitliches Vorgehen sichergestellt und Wettbewerbsverzerrungen vermieden werden.

Der Regierungsrat hält zudem fest, dass er sich immer für eine national einheitliche Lösung bei staatlichen Unterstützungsmassnahmen ausgesprochen hat (z.B. im Bereich der Geschäftsmieten) und dies bezüglich keine kantonalen Freiheiten bzw. Kompetenzen gefordert hat.

Antrag 2

Der Bund reaktiviert umgehend das Instrument der Covid-19-Kredite, wofür er im Covid-19-Gesetz eine entsprechende gesetzliche Grundlage schafft und durch die eidgenössischen Räte gutheissen lässt (Revision des dringlichen Bundesbeschlusses). Parallel können Unternehmen ein Härtefallgesuch stellen; sollte dieses bewilligt werden, kann damit ein Teil des Kredits später erlassen werden.

Begründung

Anstelle neuer Vollzugsorganisationen muss weiterhin auf die bewährten Unterstützungsinstrumente gesetzt werden. Neben der Kurzarbeit und dem Covid-19-Erwerbsersatz steht nach Auffassung des Regierungsrats dabei das Instrument der Covid-19-Kredite im Vordergrund. Mit wenigen Anpassungen (keine Anrechnung als Fremdkapital in Bezug auf Artikel 725 des Obligationenrechts sowie eine Verlängerung der Frist bis zur fälligen Rückzahlung) bieten diese Kredite ein zielführendes Instrument, um langfristig erfolgreiche Unternehmen vor einem Konkurs zu bewahren. Dank bestehendem Vollzugssystem via Geschäftsbanken ist ein rascher und kompetenter Verfahrensablauf sichergestellt.

Die Härtefall-Lösung des Bundes soll neu in das Covid-19-Kreditwesen integriert werden. Der Regierungsrat schlägt entsprechend vor, dass die Unternehmen parallel zu Covid-19-Krediten ein Härtefallgesuch stellen können. Sollte dieses bewilligt werden, könnte damit ein Teil des Kredites später erlassen werden. Den Lead für dieses Härtefallprogramm soll idealerweise der Bund übernehmen.

Dieser Vorschlag hat deutliche Vorteile gegenüber der bislang vorliegenden Lösung. Nur dadurch erhielten die Unternehmen sofortige Hilfe. Gleichzeitig erhielten die Vollzugsorganisationen genügend Zeit, sich aufzustellen und eine seriöse Prüfung effektiver Härtefälle «im Nachgang» vorzunehmen.

Antrag 3

Die für Härtefälle vorzusehenden finanziellen Mittel sind substanzial zu erhöhen, auf mindestens 1 Milliarde Franken. Die Kantone sollen sich an diesem Härtefallprogramm finanziell mit 20 % beteiligen (Aufteilung 80 % Bund, 20 % Kantone). Die Anforderungen an die Unternehmen sind seitens des Bundes zu verschärfen.

Begründung

Gemäss Verteilschlüssel würden von den insgesamt vorgesehenen 200 Mio. Franken des Bundes rund 24 Mio. für den Kanton Bern zur Verfügung stehen. Übernimmt der Kanton die gleiche Summe, stünden für Härtefallmassnahmen knapp 50 Mio. Franken zur Verfügung. Gemäss verfügbaren Wirtschaftsdaten fallen im Kanton Bern rund 4'000 Unternehmen in eine der gemäss Artikel 12 des Covid-19-Gesetzes genannten Branchen, die besonders stark Corona-geschädigt sind («*Unternehmen in der Wertschöpfungskette der Eventbranche, Schausteller, Dienstleister der Reisebranche sowie touristische Betriebe*»). Grösstenteils handelt es sich um Unternehmen der Gastronomie und Beherbergung. Die Fixkosten der potenziell begünstigten Unternehmen (bewilligungsfähige Gesuche) betragen nach Schätzungen des Kantons insgesamt rund 600 Mio. Franken pro Jahr. Die Summe von 50 Mio. Franken würde demnach lediglich die anrechenbaren Fixkosten für einen Monat decken, Vollzugskosten nicht eingerechnet, und vermag damit den Bedarf nicht einmal ansatzweise zu decken. Eine glaubwürdige Flankierung der «zweiten Welle» mit staatlichen Mitteln müsste demnach um ein Vielfaches höher als 200 Mio. Franken liegen.

Weitere Bemerkungen

Aus Sicht des Regierungsrates ist zudem mit Nachdruck zu betonen, dass die Härtefallmassnahmen lediglich für einzelne Unternehmen, also für effektive Härtefälle, verwendet werden, weshalb die Anforderungen an die Unternehmen zu verschärfen sind. Es soll klargestellt werden, dass die Erwartung, der Bund und die Kantone würden nun mit den Härtefallmassnahmen eine flächendeckende Unterstützung für ganze Branchen auf die Beine stellen, weit übertrieben ist. Zudem sollten die staatlichen Massnahmen mittelfristig auch auf Branchen und Unternehmen fokussieren, die aufgrund ihrer Einbettung in das wirtschaftliche Umfeld nicht oder zumindest nicht so rasch wieder ersetzt oder aufgebaut werden können. Dabei kann es sich um Infrastrukturbetreiber oder um industrielle Unternehmen mit spezifischen Produkten und Kenntnissen handeln, die für eine gesamte Lieferkette entscheidend sind.

Dass mit der Neulancierung der Covid-19-Kredite und punktueller Härtefallmassnahmen nicht sämtliche Unternehmen vor einem Konkurs bewahrt werden können, gilt es in einem marktwirtschaftlichen System letztlich in Kauf zu nehmen. Daran ändert sich auch mit der vorgeschlagenen Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen mittelfristig nichts, viele Konurse könnten lediglich um einige Monate hinauszögert werden, insbesondere falls im Jahr 2021 die Schweiz eine dritte Coronavirus-Welle von ähnlichem Ausmass treffen sollte.

Für weitere Bemerkungen zum Verordnungsentwurf verweisen wir auf beiliegendes Antwortformular.

Unabhängig von der inhaltlichen Positionierung gegenüber den vorgesehenen Härtefallmassnahmen ist es dem Regierungsrat ein Anliegen, dem Bundesrat für die bisherigen Bemühungen und für die gute Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Covid-19-Krise zu danken. Die vorliegenden Anträge beziehen sich einzig auf die Ausgestaltung der Covid-19-Härtefallverordnung und sollen zu einer möglichst raschen, effizienten und nachhaltig wirksamen Unterstützung der Schweizer Wirtschaft beitragen. Das Ausmass und die Dringlichkeit der aktuellen Situation erlauben es nicht, dass Bund und Kantone gegeneinander arbeiten, sondern drängen uns umso mehr dazu, gemeinsame Lösungen zum Wohl der Schweizer Wirtschaft und Gesellschaft zu suchen und umzusetzen.

Der Regierungsrat dankt Ihnen, sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, für eine Berücksichtigung der Anträge.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Pierre Alain Schnegg
Regierungspräsident


Christoph Auer
Staatsschreiber

Verteiler

- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion
- Finanzdirektion
- Gesundheits- und Integrationsdirektion

Beilagen

- Antwortformular



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Eidgenössische Finanzverwaltung EFV

Antwortformular: Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Regierungsrat des Kantons Bern

Abkürzung der Firma / Organisation :

Adresse :

Kontaktperson :

Telefon :

E-Mail :

Datum :

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Tabellenzeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word-Dokument** bis am **13. November 2020** an folgende E-Mail Adressen: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme!

Allgemeine Bemerkungen

Für die allgemeinen Bemerkungen verweisen wir auf unser Antwortschreiben.

1. Abschnitt: Grundsatz

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 1	Der Finanzierungsanteil des Bundes soll auf 80% erhöht werden; dies bei gleichzeitiger Erhöhung der Bundesmittel (vgl. Kommentar zu Art. 14).

2. Abschnitt: Anforderungen an die Unternehmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Finanzhilfen	Die Härtefallmassnahmen müssen zwingend subsidiär zu den Finanzhilfen des Bundes in den Bereichen Kultur, Sport, öffentlicher Verkehr und Medien ausgestaltet werden, in dem Sinne, dass Unternehmen, die Anspruch auf letztgenannte Finanzhilfen haben, von den Härtefallmassnahmen ausgeschlossen werden.
Art. 4 Abs 2 Bst. d	Der mittelfristige Finanzplan ist unseres Erachtens schlecht geeignet für die Beurteilung der Überlebensfähigkeit der um Hilfe nachsuchenden Unternehmen. Zum einen können aktuell für einen Zeitraum von zwei Jahren keine verlässlichen Aussagen über die Ertragslage gemacht werden. Zum anderen ist ein solcher Finanzplan durch die Behörde nur sehr schwer validierbar. Hinzu kommt, dass kleine KMU in der Regel über keinen solchen Finanzplan verfügen. Die Beurteilung der Überlebensfähigkeit muss anhand klarer und einfach validierbaren Kennzahlen erfolgen. Ansonsten ist der Aufwand für die Unternehmen bei der Gesuchseingabe sowie der Aufwand bei der Gesuchsprüfung viel zu hoch.

3. Abschnitt: Anforderungen an die Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 11	Siehe Bemerkungen zu Missbrauchsbekämpfung im 4. Abschnitt

4. Abschnitt: Verfahren und Zuständigkeiten

Thema	Bemerkung/Anregung

Missbrauchsbekämpfung	Die Missbrauchsbekämpfung bzw. die Kontrollen sollten durch den Bund erfolgen. Damit würde ein einheitlicherer Kontrollvollzug sichergestellt und das im Rahmen des Vollzuges der COVID-19-Kredite erworbene Missbrauchsbekämpfungswissen des SECO könnte weitergenutzt werden.

5. Abschnitt: Beiträge des Bundes und Berichterstattung der Kantone

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 14	Die Bundesbeteiligung soll mindestens eine Milliarde CHF betragen. Siehe auch Bemerkung zu Art. 1
Art. 16	Da die Bestätigung des SECO zur eingereichten kantonalen Regelung über die Zulässigkeit der Bundesbeteiligung entscheidet, muss eine solche Bestätigung innert Wochenfrist nach Einreichung erfolgen, so dass die Kantone schnell Planungssicherheit erhalten.
Zusatzfragen an die Kantone zur Abschätzung des Finanzierungsbedarfs	
	<ul style="list-style-type: none"> • Plant Ihr Kanton, kantonale Härtefallmassnahmen zu ergreifen? • Wenn ja, in welcher Form? (Darlehen, Bürgschaften, Garantien und/oder rückzahlbare Beiträge) • Erste Schätzung zum <i>gesamten</i> Mittelbedarf in Ihrem Kanton (à fond perdu-Beiträge und Verluste aus Darlehen, Bürgschaften und Garantien, wovon der Bund die Hälfte tragen müsste) <p>Der Regierungsrat des Kantons Bern hat noch nicht entschieden, ob er kantonale Härtefallmassnahmen ergreift. Zudem verfügt er – mangels Budgetierung – noch über keine genehmigten Mittel.</p> <p>Schätzungen: Eine glaubwürdige Flankierung der «zweiten Welle» mit staatlichen Mitteln müsste alleine für den Kanton Bern in der Gesamtgrößenordnung von 300 bis 400 Mio. Franken liegen, vorausgesetzt, man konzeptioniert ein derartiges Programm beispielsweise für 6 Monate. Sofern lediglich eine Finanzierung gemäss vorgeschlagenem Bundesbeitrag von rund 24 Mio. Franken in Erwägung gezogen wird, rechnet der Kanton Bern mit Kosten in der Höhe von rund 80 Mio. Franken (Vorfinanzierung Bundesbeitrag sowie Beitrag Kanton: je 24 Mio. Franken, Vollzugsaufwand: rund 30 Mio. Franken).</p>

6. Abschnitt: Kapitalverlust und Überschuldung und 7. Abschnitt: Schlussbestimmungen

Thema	Bemerkung/Anregung
	-

Regierungsrat, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Eidgenössisches Finanzdepartement

Per E-Mail an:

marianne.widmer@efv.admin.ch,
lukas.hohl@efv.admin.ch

Liestal, 10. November 2020

Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Sehr geehrter Herr Bundesrat Maurer
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 4. November 2020 haben Sie uns eingeladen, im Rahmen einer Vernehmlassung zur Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung) unsere Stellungnahme abzugeben.

Unsere Stellungnahme können Sie dem beiliegenden Formular entnehmen.

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Besten Dank für Ihre Kenntnisnahme.

Hochachtungsvoll


Dr. Anton Lauber
Regierungspräsident



Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin

Beilage erwähnt.



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Eidgenössische Finanzverwaltung EFV

Antwortformular: Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Kanton Basel-Landschaft

Abkürzung der Firma / Organisation : BL

Adresse : Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Kontaktperson : Urban Roth

Telefon : 061 552 61 83

E-Mail : urban.roth@bl.ch

Datum : 10.11.2020

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Tabellenzeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word-Dokument** bis am **13. November 2020** an folgende E-Mail Adressen: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme!

Allgemeine Bemerkungen

Anfang November 2020 zeichnet sich nun immer deutlicher ab, dass sich die Pandemie tatsächlich zu einem Jahrhundertereignis entwickeln dürfte. Dementsprechend werden auch die volkswirtschaftlichen Schäden sehr hoch ausfallen. Aus unserer Sicht ist nun angebracht, dass der Bund die Führungsrolle übernimmt und nicht an die Kantone delegiert. Ferner ist der Zeitpunkt gekommen, mit unorthodoxen Massnahmen auf die besonderen Herausforderungen zu reagieren. **Daher fordern wir eine umfassende Überarbeitung der gesetzlichen Grundlagen für die Unterstützung von Härtefällen im Covid-19-Gesetz anhand folgender Richtlinien:**

- **Nationale Lösung:** Die Kriterien (Definition Härtefall / Umsatzerholung, Anforderungen an die Unternehmen für Härtefallentschädigungen) müssen für alle Kantone gleich sein. Auch die Form der Unterstützung (à fonds perdu Beiträge, Darlehen, Bürgschaft etc.) soll landesweit einheitlich geregelt sein.
- **Finanzierung:** Es braucht einen einzigen Covid-19-Krisenfonds auf Bundesebene für stark betroffene Unternehmen aufgrund der behördlichen Massnahmen für die Pandemiebekämpfung. Der Fonds muss so hoch dotiert sein, dass es keine zusätzlichen kantonalen Mittel braucht. Die aktuellen BIP-Prognosen (KOF Consensus Forecast vom 20. Oktober 2020) sehen für die Schweizer Wirtschaft einen Rückgang von etwas über 4%. Das entspricht gemessen am BIP 2019 rund 30 Mrd. Franken. Der Krisenfonds soll sich an diesem Wert orientieren. Der Bund soll insbesondere prüfen, ob Gelder von der SNB hier zur Verfügung stehen könnten.
- **Kein Branchenfokus:** Von finanzieller Unterstützung aus diesem Fonds sollen alle Unternehmen – unabhängig von der Branchenzugehörigkeit – profitieren, falls sie die Kriterien (vgl. erster Bullet point) erfüllen.

Kurzfristig, d.h. auf Basis der geltenden gesetzlichen Grundlage (Art. 12 Covid-19-Gesetz) bzw. im Rahmen zur Vernehmlassung unterbreiteten Covid-19-Härtefallverordnung sind die Mittel des Bundes erheblich zu erhöhen. Zudem soll die Verordnung so ausgestaltet sein, dass auch das Geschäftsjahr 2021 und nicht nur 2020 berücksichtigt ist. Ferner sind die Kriterien in der Verordnung weiter zu präzisieren (vgl. die untenstehenden Detaileingaben) und für das Instrument der Bürgschaften sind die Bürgschaftsgenossenschaften zwingend in die Abwicklung einzubeziehen.

1. Abschnitt: Grundsatz

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 1	Für die meisten Kantone reicht die Zeit nicht aus, für die Unterstützung der Unternehmen erst noch eine eigene Gesetzesgrundlage zu schaffen. Daher muss das Bundesgesetz die Rechtsgrundlage für die kantonalen Zahlungen bilden. Diese Möglichkeit könnte an dieser Stelle explizit erwähnt werden.

2. Abschnitt: Anforderungen an die Unternehmen

Thema	Bemerkung/Anregung

Art. 3 Abs. 1 Bst. c	Der Begriff <u>überwiegend</u> muss definiert sein. Ist damit 50.1% gemeint oder doch eher 75%?
Art. 5 Abs. 2	Es ist zu prüfen, ob anstelle der gewählten Umsatzdefinition nicht ein «Nettoumsatz» ohne Materialpreiseinflüsse verwendet werden kann.
Art. 6. Bst. a	Die vorgesehenen Einschränkungen bei der Ausschüttung von Dividende und Tantien sind unserer Ansicht nach zu streng. Ziffer 1 sollte von auf «gesamte Laufzeit aber maximal 2 Jahre» erweitert werden. Ziffer 2 sollte nicht fünf, sondern zwei Jahre Beschränkung auferlegen.
Art. 4 Abs. 2 Bst. c	Art. 4 Abs. 2 Bst. c Ein Unternehmen ist profitabel oder überlebensfähig, wenn es am 15.03.20 keine Rückstände bei der Bezahlung der Sozialabgaben hatte. <ul style="list-style-type: none"> • Der Begriff "Rückstände" ist zu ungenau bzw. schliesst möglicherweise zu viele Unternehmen von Härtefallhilfen aus. Die Ausgleichskassen gewähren in zahlreichen Fällen Zahlungsaufschub und erstellen Tilgungspläne. • Es ist zu prüfen, ob es der Wille des Gesetzgebers war, dass Fälle, in denen am 15.03.20 ein Zahlungsaufschub gewährt wurde, bereits nicht mehr als profitabel/überlebensfähig gelten sollen

3. Abschnitt: Anforderungen an die Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen

Thema	Bemerkung/Anregung

4. Abschnitt: Verfahren und Zuständigkeiten

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 12 Abs. 2 und 3	Die Kantone sollen Dritte nicht nur beziehen, sondern Dritte (bspw. Banken) auch umfassend mit der Prüfung beauftragen dürfen. Somit Abs. 3 (neu): Sie können für die Prüfung Dritte beziehen oder beauftragen.
neu Art. 12 Abs. 4	Namentlich sollen die Bürgschaftsgenossenschaften des Bundes zwingend in die Abwicklung von Bürgschaften einbezogen werden.
Missbrauchsbekämpfung	[Bemerkungen/Anregungen zur Ausgestaltung und konkreten Umsetzung der Missbrauchsbekämpfung]

5. Abschnitt: Beiträge des Bundes und Berichterstattung der Kantone

Thema	Bemerkung/Anregung

Zusatzfragen an die Kantone zur Abschätzung des Finanzierungsbedarfs

- Plant Ihr Kanton, kantonale Härtefallmassnahmen zu ergreifen?

Antwort: Ja

- Wenn ja, in welcher Form? (Darlehen, Bürgschaften, Garantien und/oder rückzahlbare Beiträge)

Antwort: Bürgschaften

- Erste Schätzung zum gesamten Mittelbedarf in Ihrem Kanton (à fond perdu-Beiträge und Verluste aus Darlehen, Bürgschaften und Garantien, wovon der Bund die Hälfte tragen müsste)

Antwort: Der Kanton Basel-Landschaft bereitet basierend auf dem unterbreiteten Verordnungsentwurf eine Parlamentsvorlage vor, welche Mittel im zweifachen Umfang des Kantonsanteils an dem im Verordnungsentwurf enthaltenen Totalbetrag von 200 Mio. CHF für Härtefälle vorsieht. Aufgrund der aktuellen Zuspitzung der wirtschaftlichen Situation ist aber eine Aufstockung dieses Betrags nicht auszuschliessen.

6. Abschnitt: Kapitalverlust und Überschuldung und 7. Abschnitt: Schlussbestimmungen

Thema	Bemerkung/Anregung



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 80 54
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Per Mail
Eidg. Finanzdepartement

marianne.widmer@efv.admin.ch
lukas.hohl@efv.admin.ch

Basel, 11. November 2020

Regierungsratsbeschluss vom 10. November 2020

Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)
Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrter Herr Bundesrat Maurer
Sehr geehrte Damen und Herren

In der Beilage erhalten Sie die Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt zur Covid-19-Härtefallverordnung.

Wir möchten Ihnen und dem Gesamtbundesrat für die schnelle Vorlage dieser Verordnung unseren Dank aussprechen.

Freundliche Grüsse
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Elisabeth Ackermann
Präsidentin

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin

Beilage
Stellungnahme Basel-Stadt (Formular)



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Eidgenössische Finanzverwaltung EFV

Antwortformular: Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Kanton Basel-Stadt

Abkürzung der Firma / Organisation : BS

Adresse : Marktplatz 9, 4001 Basel

Kontaktperson : Samuel Hess

Telefon : 061 267 85 38

E-Mail : samuel.hess@bs.ch

Datum : 5.11.2020

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Tabellenzeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word-Dokument bis am 13. November 2020** an folgende E-Mail Adressen: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme!

Allgemeine Bemerkungen

Der Kanton Basel-Stadt begrüßt explizit die schnelle Inkraftsetzung der Verordnung sowie die Beteiligung des Bundes an à-fonds-perdu-Beiträgen.

Aufgrund der sich akzentuierenden epidemiologischen Lage sind wir der Ansicht, dass dieser Betrag von je 200 Mio. Franken (Bund und Kantone) nicht ausreichen wird. Wir regen deshalb an, entweder dieses Programm substanziell aufzustocken (zum Beispiel auf 1 Mrd. Franken) oder dann ein neues Stützungspaket zu schnüren, das branchenmässig mehr in die Breite wirkt.

Für den Fall, dass das vorliegende Härtefallprogramm aufgestockt wird, vertreten wir die Ansicht, dass für Beträge über die hier vorgeschlagenen je 200 Mio. Franken der Kostenteiler auf 80% Bund und 20% Kantone angepasst werden muss.

Wir sind weiter der Meinung, dass das Bürgschaft-Programm (COVID-19-Kredite) wieder aufgenommen werden sollte und dazu bei der Kurzarbeitsentschädigung wieder Lösungen auch für befristet Angestellte und die Temporär-Arbeit vorgesehen werden sollten.

Wo nichts anderes vermerkt, unterstützt der Kanton Basel-Stadt den Verordnungsentwurf des Bundes und dankt für die Möglichkeit, sich dazu vernehmen zu lassen.

1. Abschnitt: Grundsatz

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 1, Abs. 2, lit. a	<p>Die maximale Beteiligung der öffentlichen Hände ist auf 33.3% festzusetzen.</p> <p>Dies verhindert in genügendem Mass, dass Unternehmen mit Bundesgeldern gefördert werden, an denen die (lokalen) öffentlichen Hände massgeblich beteiligt sind.</p>

2. Abschnitt: Anforderungen an die Unternehmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 4, Abs. 2, lit. c	<p>Das Datum ist auf den 30. April, eventhaliter auf den 15. April 2020 zu setzen.</p> <p>Zwar muss die MWSt des Vorjahres bis Ende Februar abgerechnet und bezahlt werden, und danach wird ein Verzugszins fällig. Dieser ist aber nicht hoch ist und viele Unternehmen aus der Zielgruppe der Härtefälle sind vorübergehend bereit, diesen zu zahlen. Daher werden viele Unternehmen dieses Kriterium nicht erfüllen können.</p>
Art. 4, Abs. 2, lit. d	<p>Dieser Passus ist - zumindest für Unternehmen, die à-fonds-perdu-Beiträge erhalten - zu streichen.</p> <p>Bei kleineren Hotels, Restaurants, Bars, Clubs wird keiner der Betriebe eine mittelfristige Finanzplanung vorlegen können, die das Überleben des Unternehmens inkl. der Härtefallmassnahme aufzeigen könnte. Allgemein können Unternehmen in der momentanen Situation kaum Annahmen für einen Finanzplan treffen.</p>
Art. 5, Abs. 2	<p>Die Entschädigungen für Kurzarbeit und Covid-Erwerbsersatz sind nicht dem Umsatz zuzurechnen.</p> <p>Unterstützt werden sollen Unternehmen, die <u>auf dem Markt</u> einen Umsatrückgang von mindestens 40% erlitten haben.</p>

3. Abschnitt: Anforderungen an die Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 8., Abs. 2	<p>Der Kanton Basel-Stadt lehnt Höchstgrenzen für à-fonds-perdu-Beiträge ab.</p> <p>Diese Bestimmung reduziert unnötig die Flexibilität der Kantone und tangiert deren Kompetenzbereich. Das maximale finanzielle Risiko des Bundes wird bereits durch Art. 14 geregelt.</p> <p>Eventualiter sollte dieser Absatz wie folgt präzisiert werden: „Die nicht rückzahlbaren Beiträge DES BUNDES belaufen sich auf...“</p>

4. Abschnitt: Verfahren und Zuständigkeiten

Thema	Bemerkung/Anregung
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	
Missbrauchsbekämpfung	[Bemerkungen/Anregungen zur Ausgestaltung und konkreten Umsetzung der Missbrauchsbekämpfung]

5. Abschnitt: Beiträge des Bundes und Berichterstattung der Kantone

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 14	<p>Siehe Allgemeine Bemerkungen:</p> <p>Wir regen an, entweder dieses Programm substanzell aufzustocken (zum Beispiel auf 1 Mrd. Franken) oder dann ein neues Stützungspaket zu schnüren, das branchenmässig mehr in die Breite wirkt.</p>
Art. 15	<p>Dieser Schlüssel, den der Vertreter von Basel-Stadt in der gemeinsamen Arbeitsgruppe von Bund, VDK und FDK einbringen könnte, ist u.E. einfach, fair und bildet die Betroffenheit der Unternehmen in den Kantonen einigermassen korrekt ab. Namentlich berücksichtigt er auch städtische Kantone sowie Kantone mit starken städtischen Zentren, wo Hotellerie, Gastronomie und Eventbranche stark überdurchschnittlich unter den Folgen von Covid-19 leiden.</p> <p>Basel-Stadt würde deshalb eine allfällige stärkere Gewichtung der Bevölkerungszahl zu Lasten des BIP dezidiert ablehnen.</p>

Zusatzfragen an die Kantone zur Abschätzung des Finanzierungsbedarfs

- Plant Ihr Kanton, kantonale Härtefallmassnahmen zu ergreifen?
- Wenn ja, in welcher Form? (Darlehen, Bürgschaften, Garantien und/oder rückzahlbare Beiträge)
- Erste Schätzung zum gesamten Mittelbedarf in Ihrem Kanton (à fond perdu-Beiträge und Verluste aus Darlehen, Bürgschaften und Garantien, wovon der Bund die Hälfte tragen müsste)

Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	Ja (à-fonds-perdu-Beiträge). Im Rahmen des Geltungsbereichs des jetzigen Bundesgesetzes sind in Basel-Stadt für ausgewählte Branchen (Hotellerie, Gastronomie, Reisebranche) kantonale Beiträge von max. 15 Mio. Franken vorgesehen.
--	--

6. Abschnitt: Kapitalverlust und Überschuldung und

7. Abschnitt: Schlussbestimmungen

Thema	Bemerkung/Anregung
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48
www.fr.ch/ce

PAR COURRIEL

Département fédéral des finances DFF
Monsieur le Conseiller fédéral
Ueli Maurer
3003 Berne

Courriel : marianne.widmer@efv.admin.ch
lukas.hohl@efv.admin.ch

Fribourg, le 10 novembre 2020

2020-1038

Ordonnance concernant les mesures pour les cas de rigueur destinées aux entreprises en lien avec l'épidémie de COVID-19 (ordonnance sur les cas de rigueur COVID-19): procédure de consultation

Monsieur le Conseiller fédéral,

Nous nous référons à la consultation mentionnée ci-dessus et avons l'avantage de vous communiquer ci-après notre prise de position.

En vous remerciant de nous avoir consultés, nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat :

Anne-Claude Demierre, Présidente

Danielle Gagnaux-Morel, Chancelière d'Etat

L'original de ce document est établi en version électronique

Annexe

—
Formulaire complété

Communication :

- a) à la Direction de l'économie et de l'emploi ;
- b) à la Direction des finances, pour elle et l'Administration des finances ;
- c) à la Chancellerie d'Etat.

Danielle Gagnaux-Morel
Chancelière d'Etat

Extrait de procès-verbal non signé, l'acte signé peut être consulté à la Chancellerie d'Etat



Formulaire de réponse: ordonnance concernant les mesures pour les cas de rigueur destinées aux entreprises en lien avec l'épidémie de COVID-19 (ordonnance sur les cas de rigueur COVID-19)

Avis de

Nom / Entreprise / Organisation : Canton de Fribourg

Titre court de l'entreprise /
de l'organisation : Direction de l'économie et de l'emploi

Adresse : Pérrolles 25, 1701 Fribourg

Nom de la personne pouvant
fournir des renseignements : Anne Wicht

Numéro de téléphone : 0263052405

Adresse électronique : anne.wicht@fr.ch

Date : 9.11.2020

Important:

1. Ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. Remplir une ligne par article, alinéa ou lettre de l'ordonnance ou par chapitre du rapport explicatif sur lesquels vous souhaitez faire une remarque ou une suggestion.
3. Envoyer le présent document **au format Word** d'ici au **13 novembre 2020** aux adresses électroniques suivantes: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch.

Merci de votre participation.

Remarques générales

D'une manière générale, une réactivation des crédits fédéraux Covid-19 est souhaitable. Ceux-ci pourraient être financés au moyen des soldes restants des premiers crédits mais alloués avec des critères plus stricts. Cela permettrait de restreindre le périmètre des entreprises éligibles au cas de rigueur qui devraient, compte tenu de la difficulté financière dans laquelle elles se trouvent, pouvoir bénéficier rapidement d'aides à fonds perdus ou être soutenues au moyen de prêts, cautionnement ou garanties.

A l'exception des indemnités pour les dirigeants, le régime spécial pour la RHT adopté au printemps devrait être réactivé dans son intégralité et perdurer au-delà du 1^{er} janvier 2021.

S'agissant des cas de rigueur, la solution doit être non bureaucratique afin de libérer rapidement les montants nécessaires. Elle ne doit pas induire une charge de travail pour les administrations cantonales et fédérale disproportionnée au regard de l'aide qu'elle permettrait d'apporter aux entreprises.

D'une manière générale, l'art. 12 de la loi Covid a été pensé uniquement pour atténuer les effets de la première vague sur des secteurs particuliers. Le contexte actuel a changé et la loi devrait permettre de tenir compte de la situation sanitaire et économique propre à chaque canton. La disposition devrait ainsi être modifiée afin de :

- prévoir une répartition entre cantons et Confédération à hauteur de 20% respectivement 80% ;
- ne pas inclure le fait d'avoir déjà bénéficié de mesures fédérales de soutien sectorielles (transport public, médias, culture, sport, baux) comme critère d'exclusion, mais prévoir que les aides perçues à ce titre soient prises en compte dans le calcul de l'aide et portées en déduction de celle-ci ;
- ne pas définir les branches éligibles au cas de rigueur.

En son état actuel, la loi ne prévoit pas de plafond pour l'aide répartie entre cantons et Confédération. Un tel plafond pourrait être source d'inégalité de traitement, si une entreprise, bien qu'éligible, ne pouvait être aidée du seul fait que le plafond aurait été atteint.

Si un plafond doit être fixé, il devrait être au moins équivalent à ce que sont prêts à mettre les cantons. En l'absence ou dans l'attente des bases légales cantonales qui permettraient de le déterminer, il devrait être fixé à 1 milliard de CHF tandis que les critères de répartition doivent être revus.

La loi exclut explicitement le fait d'avoir bénéficié d'indemnités RHT/APG des critères d'exclusion. Dans cette optique, ces indemnités ne devraient pas être prises en compte dans le calcul du chiffre d'affaires déterminant la perte, mais prises en considération dans le calcul de l'aide. En effet, l'inclusion des indemnités RHT/APG dans le calcul du chiffre d'affaires induit des inégalités de traitement, notamment pour les secteurs où les charges de personnel représentent une part importante des charges, qui ne peuvent que difficilement atteindre le seuil des 40%. Elle privilégierait les entreprises qui ont massivement licencié par rapport à celles qui ont maintenu leur personnel, tandis qu'elle créerait un incitatif à licencier. Le chiffre d'affaires pris en considération ne devrait donc pas inclure ces éléments-là, par contre le seuil de recul de chiffre d'affaires pourrait être supérieur à 40% (par exemple 50%).

Les objectifs des mesures pour les cas de rigueur pourront être atteints pour autant que l'évaluation de la situation patrimoniale et de la dotation en capital des entreprises ne soit pas trop limitante. L'examen de la rentabilité/viabilité et des exigences en matière d'autofinancement devra se faire dans le respect de la volonté du législateur d'accorder une aide aux entreprises particulièrement touchées par les conséquences de la pandémie de COVID-19 et ne pas être mené uniquement dans une logique de lutter contre les abus. Toutefois, les cantons doivent se réservé le droit de ne pas verser d'aide dans le cas où elle ne se justifierait pas au regard de la situation patrimoniale de l'entreprise ou de ses ayants droit économiques.

D'une manière générale, la viabilité des entreprises ne peut objectivement être garantie compte tenu des nombreuses incertitudes quant à l'évolution de la situation sanitaire et économique en 2021. En l'absence de prévisions solides quant à des changements de nature structurelle, il faut partir du principe que les baisses d'activité sont pour l'heure de nature conjoncturelle.

Section 1 Principe

Thème	Remarque / suggestion
a1 aa1	La loi Covid-19 ne fixe pas de limite à la participation aux coûts des cantons. Par conséquent, la Confédération devrait participer à hauteur de ce que chaque canton est prêt à mettre dans ce cadre. L'interprétation de la disposition laisse aussi comprendre la participation de la Confédération aux coûts de mise en œuvre.
a1 aa 2	L'aide devrait être exclue pour une entreprise détenue à plus de 30% par la Confédération, cantons ou communes (minorité de blocage)
	Erreur de traduction dans la version F : les conditions ne doivent pas être cumulatives

Section 2 Exigences relatives aux entreprises

Thème	Remarque / suggestion
a4 aa1 let c	<p>Comme mentionné plus haut, le fait d'avoir déjà bénéficié de mesures fédérales de soutien sectorielles (transport public, médias, culture, sport, baux) ne devrait pas être un critère d'exclusion. Les aides perçues à ce titre doivent toutefois être prises en compte dans le calcul de l'aide et portées en déduction.</p> <p>En outre, en cas d'acceptation de la loi fédérale, un bailleur qui se verrait indemnisé par la Confédération pour la réduction de loyer qui lui aurait été imposée ne devrait pas être exclu de la mesure. Il ne s'agit pas d'une aide sectorielle au même titre que celles pour la culture/sport/médias/transport public.</p>
a4 aa2 let a	Il est prévu que les entreprises, qui sont surendettées au 1er janvier 2019, n'ont pas droit à ces aides. Cela pourrait avoir pour finalité d'exclure des entreprises qui ont réglé leurs problèmes d'endettement avant le début de la pandémie de COVID-19. Il sera proposé de fixer la date de référence au 1 ^{er} janvier 2020. Si un surendettement est intervenu du fait de la situation sanitaire et que l'aide octroyée au titre de cas de rigueur permet d'assainir la situation, il ne devrait pas être un motif d'exclusion.
a4 aa2 let d	Cette clause est difficile à mettre en œuvre et devrait être reformulée. L'entreprise ne connaît pas ex ante le montant de l'aide effective qui pourrait au final lui être versé. En outre; un plan financier crédible ne peut être établi dans un contexte conjoncturel aussi inédit qu'incertain
a4 aa3	Les exigences en matière d'autofinancement vont au-delà de la volonté du législateur. La let b est compréhensible uniquement dans le cas d'une aide sous forme de crédit, de garantie ou de cautionnement.- Dans d'autres cas, elle aurait pour effet d'inciter l'entreprise à utiliser tout le crédit en question et ne ferait que différer le moment de la demande.
a5 aa2	<p>La prise en compte des RHT-APG restreint de manière claire le cercle des élus, notamment les entreprises ayant une forte charge de main d'œuvre ; cette clause doit être supprimée et la limite de 40% éventuellement ajustée à la hausse.</p> <p>En outre, en cas d'acceptation de la loi par les Chambres fédérales, une réduction du loyer équivaut à une contribution privée et ne devrait pas être considérée comme une indemnité au même titre que les APG/RHT.</p>
a6 let a	L'interdiction de distribution de dividende durant 5 ans après l'obtention d'une aide à fonds perdus est trop restrictive, surtout si le plafond de l'aide est fixé à 500'000

	CHF. Il est proposé de ramener à 2 ans comme dans le projet issu du groupe de travail.
--	--

Section 3 Exigences relatives à la forme des mesures pour les cas de rigueur

Thème	Remarque / suggestion
a7 aa2	La formulation « ou de la forme des instruments » est tautologique
a7 aa3	Un cumul de deux types d'aide devrait être envisageable sans perdre le bénéfice de l'aide fédérale. Une aide à fonds perdus pourrait être utile pour assurer la survie à très court terme tandis qu'il devrait être possible de la combiner en prolongement à un crédit permettant d'assurer la viabilité de l'entreprise dans le délai visé.

Section 4 Procédure et compétences

Thème	Remarque / suggestion
a12	Il est prévu que le canton sollicite la participation de la Confédération. Cela ne correspond pas à la volonté du législateur fédéral qui vise à ce qu'un franc versé par le canton génère un franc versé par la Confédération à l'entreprise, et non que la Confédération indemnise pour moitié les cantons ex post. Le risque est que le canton engage des montants et se voit signifier, a posteriori, que les demandes validées par les cantons ne le sont pas par la Confédération. Cela reviendrait au final à inciter les cantons à ne pas prendre le risque d'avancer la part fédérale et donc à limiter l'aide possible.
Lutte contre les abus	[Remarques / suggestions concernant la forme et la concrétisation de la lutte contre les abus]

Section 5 Contributions de la Confédération et comptes rendus des cantons

Thème	Remarque / suggestion
a14-15	<p>Le montant de 200 millions est nettement insuffisant et les critères de répartition ne tiennent pas compte de la situation sanitaire et de la réalité économique actuelle de chaque canton.</p> <p>Il a été calculé sur la base des montants communiqués par les cantons durant l'été. Seuls ceux prêts à mettre en place une mesure avaient déjà mené des estimations plus fines. Or le montant total est réparti sur l'ensemble des cantons. L'effet de levier obtenu sur l'effort financier des cantons prêts à contribuer est ainsi réparti sur l'ensemble des cantons, ce qui est contraire à l'esprit de la loi Covid-19.</p> <p>Le montant total ne devrait être réparti qu'entre les cantons disposant de ou disposés à créer une base légale pour la mesure. La répartition doit tenir compte de la structure économique de chaque canton et également de leur situation sanitaire en 2020.</p>
a16	Cet article doit être reformulé dans le sens où les cantons doivent pouvoir élaborer une réglementation permettant de soutenir un cercle plus large de bénéficiaires que ce que prévoit l'ordonnance, afin d'apporter un soutien qu'ils estiment nécessaires

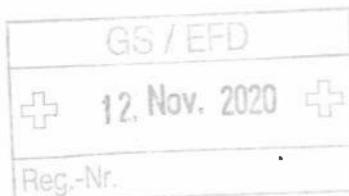
	<p>pour leurs entreprises. Ceci est particulièrement sensible sachant également que certains cantons auront déjà mis en place leur soutien aux cas de rigueur pour répondre aux besoins des entreprises particulièrement impactées avant que l'ordonnance fédérale ne soit publiée. En revanche, les cantons doivent s'engager envers la Confédération à ne solliciter une contribution fédérale que pour les décisions de soutien prises pour des entreprises dont la demande répond aux exigences posées à l'art. 12 Loi Covid et à l'ordonnance fédérale. Cet engagement global suffit dans le sens où chaque décision fait l'objet d'une confirmation cf. art. 18 al1 litera c. C'est pourquoi nous proposons la formulation suivante :</p> <ul style="list-style-type: none"> o Alinéa 1 : « Le canton qui sollicite une participation de la Confédération remet au préalable, mais au plus tard à la fin de septembre 2021 sa règlementation et la confirmation qu'il entend solliciter une contribution de la Confédération pour les décisions prises selon cette règlementation et qui répondent aux conditions d'octroi fixées dans la présente ordonnance. » o Alinéa 2 : « Le SECO examine la règlementation cantonale et confirme que toute ou partie des décisions prises selon cette règlementation sont susceptibles de répondre aux exigences de la présente ordonnance. ... »
a17aa1/ a18 aa3	Dès lors que le règlement est validé par le SECO, on devrait pouvoir encaisser l'argent progressivement en fonction des montants versés, par exemple via une facturation trimestrielle.
a18	L'exigence sous Art. 18 al1 litera e quant au compte rendu des mesures prises aux fins de la lutte contre les abus peut être supprimée car irrelevant pour des décisions prises au cas par cas et pour lesquelles le principe de l'auto-déclaration prévaut, impliquant également que dans la situation actuelle et face à la masse de dossiers attendus pour traitement, seule une vérification des déclarations par sondage paraît envisageable. De plus, il n'est pas acceptable de solliciter un reporting mensuel à l'alinéa 2 pour ensuite décréter la remise des factures, et donc leur paiement en une fois pour une année par la Confédération. Les périodicités doivent être alignées et nous proposons en conséquence la remise des comptes rendus une fois par année assorti des factures à acquitter par la Confédération.
<p>Questions additionnelles aux cantons destinées à l'estimation des besoins de financement</p> <ul style="list-style-type: none"> • Votre canton prévoit-il de prendre des mesures pour les cas de rigueur? Oui • Si oui, sous quelle forme (prêts, cautionnements, garanties ou contributions non remboursables)? Essentiellement contributions non remboursables, éventuellement prêts ou cautionnement si la situation patrimoniale de l'entreprise ou de ses ayants droits économique ne justifie pas une aide à fonds perdus. • Première estimation en vue de la détermination des besoins financiers <i>globaux</i> dans votre canton (contributions à fonds perdu et <i>pertes</i> sur prêts, cautionnements et garanties que la Confédération devrait financer pour moitié) Un montant maximal d'aide cantonale de 15 millions de francs a été approuvé par le Grand Conseil. Les besoins financiers globaux, à couvrir en partie par les contributions fédérales, pourraient atteindre 20 à 30 millions CHF selon les estimations actuelles. Le canton ne prévoit pas de limiter l'aide pour les cas de rigueur à des secteurs en particulier, dès lors l'estimation est difficile compte tenu également de l'évolution de la situation sur le plan sanitaire et conjoncturelle 	

Section 6 Perte de capital et surendettement
Section 7 Dispositions finales

Thème	Remarque / suggestion



Genève, le 11 novembre 2020

**Le Conseil d'Etat**

5853-2020

Département fédéral des finances (DFF)
Monsieur Ueli Maurer
Conseiller fédéral
Secrétariat général DFF
Bundesgasse 3
3003 Berne

Concerne : consultation relative à l'ordonnance concernant les mesures pour les cas de rigueur destinées aux entreprises en lien avec l'épidémie de COVID-19 (ordonnance sur les cas de rigueur COVID-19)

Monsieur le Conseiller fédéral,

Notre Conseil a reçu votre courrier du 4 novembre 2020, relatif à l'ouverture de la consultation sur l'ordonnance concernant les mesures pour les cas de rigueur destinées aux entreprises en lien avec l'épidémie de COVID-19 (ordonnance sur les cas de rigueur COVID-19), et nous vous remercions d'avoir sollicité son avis.

En adoptant l'art. 12 de la loi COVID-19, les Chambres fédérales ont créé la base légale qui régit la participation de la Confédération aux mesures de soutien cantonales pour les cas de rigueur. L'ordonnance sur les cas de rigueur COVID-19 fixe les conditions minimales auxquelles les réglementations des cantons concernant les cas de rigueur doivent répondre pour motiver la participation de la Confédération au financement des aides cantonales.

Depuis l'adoption de la loi COVID-19 le 25 septembre 2020 et la préparation de l'ordonnance régissant les cas de rigueur durant la première moitié du mois d'octobre 2020, le contexte sanitaire et économique a significativement changé. Les aides sont devenues urgentes et leur ampleur s'est accrue. A cet effet, la Confédération a d'ores et déjà décidé d'avancer la date d'entrée en vigueur de l'ordonnance des cas de rigueur du 1^{er} février 2021 au 1^{er} décembre 2020 et a annoncé que le montant des aides serait réévalué.

Notre Conseil tient également à souligner que le tissu économique est gravement affecté par les conséquences de la crise sanitaire. Dans ce contexte, des aides sous forme de prêts ne sont pas adaptées pour les cas de rigueur, car elles entraînent un surendettement des sociétés et pénalisent lourdement leur pérennité.

Le canton de Genève est frappé depuis fin octobre par une deuxième vague de la pandémie dont l'ampleur sera plus importante que la première vague du printemps. Les réserves des entreprises ayant été largement consommées depuis l'apparition de la première vague, les conséquences économiques sont élevées et le soutien doit être proportionné aux besoins et aux délais. Dans ce contexte, le canton de Genève demande que :

- la participation de la Confédération à hauteur de 200 millions de francs soit portée à 1.2 milliard compte tenu de l'évolution des besoins nécessaires (environ 160 millions à Genève) pour couvrir une part des charges fixes des entreprises sous la forme d'aides à fonds perdus;
- le plafond des aides financières de 500'000 francs par entreprise soit porté à 5% du chiffre d'affaires, pour couvrir dorénavant les besoins des petites et moyennes entreprises qui ont déjà puisé dans leurs réserves, par exemple dans les secteurs de l'hôtellerie et de l'événementiel;
- l'ordonnance soit simplifiée en matière de critères d'inclusion et d'exclusion des entreprises éligibles (section 2), de manière à pouvoir limiter la charge administrative des entreprises et de l'administration cantonale, ainsi que les délais de mise en œuvre des aides à fonds perdu.

Vous trouverez en annexe le formulaire de réponse relatif à l'ordonnance concernant les mesures pour les cas de rigueur destinées aux entreprises en lien avec l'épidémie de COVID-19 (ordonnance sur les cas de rigueur COVID-19).

En vous réitérant nos remerciements pour votre consultation, nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de notre haute considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :



Michèle Righetti

La présidente :



Anne Emery-Torracinta



Formulaire de réponse: ordonnance concernant les mesures pour les cas de rigueur destinées aux entreprises en lien avec l'épidémie de COVID-19 (ordonnance sur les cas de rigueur COVID-19)

Avis de

Nom / Entreprise / Organisation : Etat de Genève

Titre court de l'entreprise /
de l'organisation :

Adresse: Place de la Taconnerie 7
Case postale 3962
1211 Genève 3

Nom de la personne pouvant
fournir des renseignements : Daniel Loeffler

Numéro de téléphone : +41 22 546 88 09

Adresse électronique : daniel.loeffler@etat.ge.ch

Date : 7 novembre 2020

Important:

1. Ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. Remplir une ligne par article, alinéa ou lettre de l'ordonnance ou par chapitre du rapport explicatif sur lesquels vous souhaitez faire une remarque ou une suggestion.
3. Envoyer le présent document au **format Word** d'ici au **13 novembre 2020** aux adresses électroniques suivantes: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch.

Merci de votre participation.

Remarques générales

Depuis l'adoption de la loi COVID-19 le 25 septembre 2020 et la préparation de l'ordonnance régissant les cas de rigueur durant la première moitié du mois d'octobre 2020, le contexte sanitaire et économique a significativement changé. Les aides sont devenues urgentes et leur ampleur s'est accrue. À cet effet, la Confédération a décidé d'avancer la date d'entrée en vigueur de l'ordonnance des cas de rigueur du 1^{er} février 2021 au 1^{er} décembre 2020, et a annoncé que le montant des aides serait réévalué.

Le canton de Genève est frappé depuis fin octobre par une deuxième vague de la pandémie dont l'ampleur sera plus importante que la première vague du printemps. Les réserves des entreprises ayant été largement consommées depuis l'apparition de la première vague, les conséquences économiques sont élevées et le soutien doit être proportionné aux besoins et aux délais. Dans ce contexte, le canton de Genève demande que :

- la participation de la Confédération à hauteur de 200 millions de francs soit portée à 1.2 milliard (x6) compte tenu de l'évolution des besoins nécessaires (environ 160 millions à Genève) pour couvrir une part des charges fixes des entreprises sous la forme d'aides à fonds perdus;
- le plafond des aides financières de 500'000 francs par entreprise soit porté à 5% du chiffre d'affaires, pour couvrir dorénavant les besoins des petites et moyennes entreprises qui ont déjà puisé dans leurs réserves, par exemple dans les secteurs de l'hôtellerie et de l'événementiel;
- l'ordonnance soit simplifiée en matière de critères d'inclusion et d'exclusion des entreprises éligibles (section 2), de manière à pouvoir limiter la charge administrative des entreprises et de l'administration cantonale, ainsi que les délais de mise en œuvre des aides à fonds perdu.

Section 1 Principe

Thème	Remarque / suggestion
	aucune

Section 2 Exigences relatives aux entreprises

Thème	Remarque / suggestion
Section 2	<p>Pour simplifier et accélérer les procédures, le canton de Genève souhaite limiter autant que possible la charge administrative de l'Etat.</p> <p>Il propose de demander à la direction de l'entreprise et à son organe de révision (ou sa fiduciaire si l'entreprise n'est pas tenue à une révision) la fourniture des attestations et les vérifications diverses.</p> <p>Les signataires étant évidemment passibles de poursuites en cas de fausse déclaration, cela devrait considérablement limiter les abus. L'avantage de cette double signature permet de diminuer les contrôles. A cet effet, le canton souhaite uniquement effectuer des contrôles aléatoires "ex post" des demandes d'entreprises. Le canton se réservait ainsi en tout temps de demander les justificatifs nécessaires.</p> <p>Dans le cas de figure où une petite entreprise n'aurait pas de fiduciaire, le canton propose d'imposer qu'une fiduciaire agréée valide les demandes d'aides à fonds perdus.</p>
Art. 3 al 1, lettre b	<p><i>Les entreprises ont réalisé en 2019 un chiffre d'affaires d'au moins 50'000 francs.</i></p> <p>Cette limite est trop basse. Le maintien de l'emploi et du savoir-faire est prioritaire. Une entreprise avec un chiffre d'affaires de 50'000 francs n'a pas beaucoup de charges fixes incompressibles, si on tient compte qu'une partie de ce chiffre d'affaires doit couvrir la</p>

	<p>part salariale ou du revenu de l'entrepreneur pour les raisons individuelles. Les micro entreprises auront de difficultés à répondre aux exigences de la section 2 de l'ordonnances et risquent d'entraîner un travail administratif élevé par rapport au montant des aides.</p> <p>Le canton de Genève demande donc que la limite doit être portée à 200'000 francs.</p>
Art. 3 al.1 lettre c	<p>Le rapport explicatif fait référence au fait qu'une société de type « boîte au lettre » ne doit pas être éligible est beaucoup plus compréhensible que la formulation retenue, la formulation suivante est proposée: « elles exercent une activité opérationnelle suffisamment tangible pour ne pas être assimilables à des sociétés de domicile »</p>
Art. 4 al 2, lettre d	<p><i>Elles ont établi un plan financier à moyen terme montrant de manière crédible que le financement de l'entreprise au moyen de la mesure pour les cas</i></p> <p>La question de l'obtention d'un budget de trésorerie est de notre point de vue discutable pour les versements à fonds perdus. Si l'entreprise remplit en effet les autres critères, cette exigence semble trop lourde en comparaison de son utilité.</p>
Art. 5 al 2	<p><i>Le chiffre d'affaires 2020 est calculé sur la base de la valeur des biens vendus et des services fournis, à laquelle s'ajoutent les indemnités reçues en 2020 en cas de réduction de l'horaire de travail et de perte de gain liée au COVID-19.</i></p> <p>Le canton de Genève considère que cette disposition pour vérifier le seuil de 40% de réduction de chiffre d'affaires devrait être supprimée pour éviter des inégalités de traitement entre entreprises qui ont, ou n'ont pas, fait appel au chômage partiel.</p>
Art. 6 lettre a, chiffre 2	<p><i>Les entreprises ont fourni au canton les garanties suivantes: elles distribuent aucun dividende ou tantième pendant les cinq années suivant l'obtention d'une contribution non-remboursable.</i></p> <p>La durée est trop longue et ne tient pas compte de la structure financière de la société et de la nature des actionnaires, ainsi que de leurs attentes, qui pourraient exiger un certain rendement. Si la non-distribution de dividende ou de tantième est compréhensible, la durée devrait néanmoins être réduite à deux ans.</p>

Section 3 Exigences relatives à la forme des mesures pour les cas de rigueur

Thème	Remarque / suggestion
Article 8 Plafonds	<p><i>Les contributions non remboursables s'élèvent au maximum à 10% du chiffre d'affaires 2019 et à 500'000 francs par entreprise.</i></p> <p>La formulation n'est pas claire quant à savoir si les plafonds indiqués concernent la limite de l'engagement fédéral ou la totalité du montant attribué en soutien, soit comprenant à la fois la part fédérale et la part cantonale.</p> <p>La taille des entreprises sévèrement affectées par la crise ayant augmenté, le canton de Genève demande que le plafond absolu de 1 million par entreprise ($2 \times 500'000$ francs) soit transformé en un plafond relatif égal à 5% du chiffre d'affaires.</p> <p>De nombreuses entreprises entrant dans la définition des cas de rigueur ont utilisé leurs réserves financières pour couvrir les charges fixes incompressibles durant l'année 2020 et/ou les crédits COVID. Pour la plupart, elles sont dans une situation critique et ne disposent plus de liquidités.</p>

Section 4 Procédure et compétences

Thème	Remarque / suggestion
Erreur ! Source du renvoi introuvable.	
Erreur ! Source du renvoi introuvable.	
Lutte contre les abus	Des contrôles a posteriori doivent être effectués pour vérifier l'utilisation conforme des moyens financiers mis à disposition.

Section 5 Contributions de la Confédération et comptes rendus des cantons

Thème	Remarque / suggestion
Art. 14 Montant total	<p><i>Dans la limite des crédits approuvés, la Confédération participe aux mesures cantonales pour les cas de rigueur à hauteur d'un montant de 200 millions de francs au maximum.</i></p> <p>Comme mentionné ci-dessus, dans le contexte actuel, ce montant n'est pas proportionné aux besoins estimés à 160 millions pour le canton de Genève.</p> <p>Selon l'étude du bureau de consulting Hanser Consulting AG du 18 août 2020 mandaté par le SECO, le secteur des agences de voyage a subi une perte estimée entre 374 millions de francs et 523 millions de francs en 2020. La branche emploie plus de 3'000 collaborateurs à plein temps. Par ailleurs, si le fonds de garantie devait s'effondrer, un dommage de plus de 244 millions de francs pourrait se réaliser.</p> <p>Ainsi, en ne prenant qu'un seul secteur au niveau national, le besoin de financement est supérieur au montant mis à disposition par la Confédération.</p>
Erreur ! Source du renvoi introuvable.	
Erreur ! Source du renvoi introuvable.	

Questions additionnelles aux cantons destinées à l'estimation des besoins de financement

- Votre canton prévoit-il de prendre des mesures pour les cas de rigueur?
Oui, le canton de Genève prévoit des mesures pour les cas de rigueur.

- Si oui, sous quelle forme (prêts, cautionnements, garanties ou contributions non remboursables)?
Les contributions non remboursables sont privilégiées dans la mesure où le taux d'endettement des sociétés en difficulté atteint ses limites.
- Première estimation en vue de la détermination des besoins financiers globaux dans votre canton (contributions à fonds perdu et pertes sur prêts, cautionnements et garanties que la Confédération devrait financer pour moitié).
En tenant compte de l'aggravation de la situation, une estimation d'un besoin de financement global de 160 millions de francs peut être faite.

Section 6 Perte de capital et surendettement

Section 7 Dispositions finales

Thème	Remarque / suggestion



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Eidgenössische Finanzverwaltung EFV

Antwortformular: Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation Departement Volkswirtschaft und Inneres,
Kanton Glarus

Abkürzung der Firma / Organisation DVI GL

Adresse Zwinglistrasse 6

Kontaktperson Walter Züger

Telefon 055 646 66 00

E-Mail volkswirtschaftinneres@gl.ch

Datum 012.11.2020

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen.
 2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Tabelenzeile verwenden.
 3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word-Dokument** bis am **13. November 2020** an folgende E-Mail Adressen: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme!

Allgemeine Bemerkungen

1. Abschnitt: Grundsatz

Thema	Bemerkung/Anregung

2. Abschnitt: Anforderungen an die Unternehmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 3.1.c	<i>Ab welchem Wert gilt das Erfordernis, dass die Wertschöpfung «überwiegend» in der Schweiz erzielt wurde als erfüllt? Indem der Bund seine Beteiligung u.a.a. davon abhängig macht, erscheint eine Festlegung zwingend.</i>
Art. 4.1.c	<i>Es muss sichergestellt werden, dass seit dem 26.09.2020 nicht gleichzeitig Härtefallgelder und Erwerbsausfallentschädigungen aus den Bereichen Kultur, Sport, etc. bezogen wurde. Was vor dem 26.09. an Entschädigungen bezogen wurde, muss zwar in die Einzelfallbeurteilung einbezogen werden, soll aber nicht Ausschlusskriterium sein.</i>
Art. 4.2.a	<i>Im Zeitpunkt der Gesuchseinreichung nicht überschuldet zu sein, jedoch einen allfälligen Covid-19-Kredit voll ausgeschöpft zu haben (Art. 4 Abs. Bst. b), kommt der Quadratur des Kreises gleich. Die Forderung nach einer vollständigen Ausschöpfung des Covid-19 Kredites kann nur eine (erhöhte) Verschuldung bewirken.</i>
Art. 6.a	<i>Das Verbot zur Ausschüttung von Dividenden und Tantiemen während der Laufzeit rückzahlbarer Finanzhilfen resp. während fünf Jahren nach Erhalt eines A-fonds-perdu-Beitrages schränkt inhabergeführte Firmen unnötig stark ein. Diese Regelung sollte in Relation zur bezogenen Finanzhilfe gesetzt werden können. Es kann nicht sein, dass ein Kleinunternehmer nach einem Härtefallbezug von bspw. 20'000 Franken fünf Jahre lang keine Dividende auszahlen kann. Auch bietet diese Regelung im Vollzug Schwierigkeiten, je länger sie befristet ist desto mehr.</i>

3. Abschnitt: Anforderungen an die Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 11.b	<i>Was sind «adäquate» (Erläuterungen) oder «geeignete Mittel zur Bewirtschaftung» (Art. 11 Bst. b) speziell in Bezug auf rückzahlbare Finanzhilfen?</i>

4. Abschnitt: Verfahren und Zuständigkeiten

Thema	Bemerkung/Anregung
Missbrauchsbekämpfung	[Bemerkungen/Anregungen zur Ausgestaltung und konkreten Umsetzung der Missbrauchsbekämpfung]

5. Abschnitt: Beiträge des Bundes und Berichterstattung der Kantone

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 14	<p>«Kredite» scheint zu eng. Gemeint sein dürften «Finanzhilfen», was A-fonds-perdu-Beiträge miterfassen würde.</p> <p>Im Weiteren ist der Umfang von 200 Mio. Franken zu tief angesetzt. Für den Kanton Glarus resultiert daraus ein Bundesbeitrag in der Höhe von maximal 860'000 Franken. Dafür lohnt es sich kaum komplexere Vollzugsstrukturen aufzubauen.</p> <p>Der Betrag ist auf 400 Mio. Franken zu verdoppeln, zumal ein Ende der Coronakrise nicht absehbar ist.</p>
Art. 16	Dass die Kantone bestätigen sollen, dass ihre Regelung mit dieser VO übereinstimmt, ist nicht verständlich. Gemäss Abs. 2 ist es doch gerade die Aufgabe des SECO exakt dies zu überprüfen. Zudem ist anzunehmen, dass sich die Kantone an die entsprechenden Vorgaben halten werden, soweit sie die Unterstützung seitens des Bundes nicht riskieren wollen.
Art. 18.2	Eine monatliche Berichterstattung durch die Kantone ist nicht realistisch. Soweit Kredite (was in GL nicht der Fall sein dürfte) durch die Geschäftsbanken vergeben werden, könnten auch diese zur Berichterstattung verpflichtet werden.

Zusatzfragen an die Kantone zur Abschätzung des Finanzierungsbedarfs

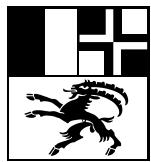
- Plant Ihr Kanton, kantonale Härtefallmassnahmen zu ergreifen?
Ja, ein entsprechendes Instrumentarium besteht seit dem 31.3.2020 (Details unter www.gl.ch/coronakredit). Desweiteren ist – gestützt auf die vorliegende Bundesverordnung und auf kantonales Dringlichkeitsrecht - eine Vorlage in Vorbereitung einen Verpflichtungskredit über 5 Mio. Franken erhältlich zu machen.
- Wenn ja, in welcher Form? (Darlehen, Bürgschaften, Garantien und/oder rückzahlbare Beiträge)
A-fonds-perdu-Beiträge
- Erste Schätzung zum gesamten Mittelbedarf in Ihrem Kanton (à fonds perdu-Beiträge und Verluste aus Darlehen, Bürgschaften und Garantien, wovon der Bund die Hälfte tragen müsste)
Härtefall-betroffene Unternehmen im Kt. GL dürften 2019 einen Umsatz in der Größenordnung von rund 50 Mio. Franken erwirtschaftet haben. Gemäss Art. 8 Abs. 2 Ihrer VO ergäben sich maximal nicht rückzahlbare Unterstützungsleistungen im Umfang von 5 Mio. Franken. Andere Finanzhilfen sind aktuell nicht vorgesehen.

--	--

**6. Abschnitt: Kapitalverlust und Überschuldung und
7. Abschnitt: Schlussbestimmungen**

Thema	Bemerkung/Anregung

Die Regierung
des Kantons Graubünden



La Regenza
dal chantun Grischun

Il Governo
del Cantone dei Grigioni

Sitzung vom

12. November 2020

Mitgeteilt den

12. November 2020

Protokoll Nr.

930/2020

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD

Per E-Mail:

Marianne.widmer@efv.admin.ch

Lukas.hohl@efv.admin.ch

**Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang
mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung) – Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 4. November 2020 in erwähnter Sache und bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Unsere Anliegen entnehmen Sie bitte dem beigelegten Antwortformular.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse



Namens der Regierung

Der Präsident:

A handwritten signature in black ink.

Dr. Chr. Rathgeb

Der Kanzleidirektor:

A handwritten signature in black ink.

Daniel Spadin



Antwortformular: Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Kanton Graubünden

Abkürzung der Firma / Organisation :

Adresse : Reichsgasse 35, 7000 Chur

Kontaktperson : Marcus Hassler, Departementssekretär
Departement für Volkswirtschaft und Soziales

Telefon : 081 257 23 12

E-Mail : marcus.hassler@dvs.gr.ch

Datum : 13.11.2020

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Tabellezeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word-Dokument** bis am **13. November 2020** an folgende E-Mail Adressen: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme!

Allgemeine Bemerkungen

Der Bund soll den Kantonen in der Umsetzung der Härtefall-Massnahmen möglichst viel Handlungsspielräume einräumen. Die Regelungen sind möglichst einfach auszugestalten, damit der administrative Aufwand für die Kantone im Vollzug überschaubar bleibt.

Wir begrüssen eine detaillierte Auseinandersetzung mit den finanziellen Bedürfnissen der Härtefallmassnahmen seitens des Bundes. Der finanzielle Umfang der Finanzmittel des Bundes ist angesichts der Fortdauer der wirtschaftlichen Baisse zu hinterfragen. Falls sich die wirtschaftliche Situation in den kommenden Monaten weiter verschlechtert, ist ein stärkeres finanzielles Engagement des Bundes für Härtefall-Massnahmen dringend notwendig. Wir schlagen daher eine Verdoppelung des finanziellen Engagements seitens des Bundes auf 400 Millionen Franken vor. Je höher der Mittel-einsatz des Bundes wird, desto mehr drängt sich eine Anpassung des Verteilschlüssels zwischen Bund und Kantonen auf (z.B. 70:30).

1. Abschnitt: Grundsatz

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 1, Abs. 2, lit. a	<p>Eine Kapitalbeteiligung seitens der öffentlichen Hand darf nicht als Ausschlussgrund für eine Härtefallentschädigung herangezogen werden. Zentrales Kriterium müsste wohl eher sein, dass der Betrieb von Unternehmen nicht mehrheitlich durch die öffentliche Hand finanziert wird bzw. ein Risiko, dass der Betrieb eingestellt oder aufgegeben wird, nicht besteht.</p> <p><u>Antrag:</u> Ausschlusskriterium streichen oder allenfalls an öffentlicher Betriebsfinanzierung bzw. am Risiko einer Betriebsaufgabe ausrichten.</p> <p>Die Limite von 10 Prozent ist gerade in der Eventbranche und in touristischen Betrieben sehr tief und schliesst eine Vielzahl von Betrieben aus. Besonders Gemeinden beteiligen sich oft nicht nur am Betrieb (z.B. mit Leistungsaufträgen), sondern auch am Kapital von touristischen Betrieben (z.B. Kongresszentren, Bergbahnen etc.).</p> <p><u>Antrag eventualiter:</u> Erhöhung der maximal zugelassenen Beteiligung auf 25 Prozent. Formulierung «in der Regel», damit die Kantone Ausnahmen zulassen können.</p>
Art 2	<p>Artikel 2 regelt nicht abschliessend, was mit Zweigniederlassungen zu geschehen hat. Unterstützung soll am statutarischen Sitz beansprucht werden. Dies stimmt auch mit Art. 13 Abs. 1 der COVID-19-Härtefallverordnung überein, wonach für das Verfahren der Kanton zuständig ist, in dem ein Unternehmen am 1. Oktober 2020 seinen Sitz hatte.</p> <p>Antrag: Artikel 2 entsprechend präzisieren.</p>

2. Abschnitt: Anforderungen an die Unternehmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 3 Abs. 1 lit. b Umsatz	<p>Die Umsatzlimite von 50 000 Franken ist sehr tief. Eine hohe Anzahl von Förderfällen erschwert einen effizienten Vollzug. Bei mind. 40 Prozent Umsatrückgang bedeutet dies, dass bereits Unternehmen ab einem Jahresumsatz im 2020 von 30 000 Franken zu Förderfällen werden können. Mit der vorgeschlagenen Umsatzlimite würden auch Unternehmen gestützt, welche keinen Haupterwerb darstellen.</p> <p><u>Antrag:</u> Untere Schwelle auf mindestens 100 000 Franken erhöhen.</p>

Art. 3 Abs. 1 lit. b Umsatz	<p>Während bei Art. 5 Abs. 1 nur der durchschnittliche Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 als Bezugsgröße dient, bezieht man sich hier auf das Jahr 2019.</p> <p><u>Antrag:</u> Vereinheitlichung, Umsatz-Durchschnitt von 2018 und 2019 wählen, um Ausreisser nach oben und unten auszugleichen.</p>
Art. 3 Abs. 1 lit. c Wertschöpfung	<p>Gemäss Verordnungsentwurf soll «die Wertschöpfung überwiegend in der Schweiz erzielt» worden sein. Diese Formulierung ist im Vollzug untauglich, da der Wertschöpfungsbegriff nicht ausreichend quantifiziert ist.</p> <p><u>Antrag:</u> Der Wertschöpfungsbegriff ist zu präzisieren. Entscheidendes Kriterium zur Feststellung der überwiegenden Wertschöpfung ist, dass Löhne, Produktions- und Entwicklungskosten überwiegend in der Schweiz stattfinden.</p>
Art. 3 Abs. 2 UID	<p>Die Unternehmens-Identifikationsnummer soll nicht als Anforderung an die Unternehmen gelten. Sie ist ja keine Pflicht – entsprechend kann so ein formelles Kriterium keine Vorgabe sein. Unternehmen ohne UID sollen nicht von Vornherein von den Anspruchsberechtigten ausgeschlossen werden.</p> <p><u>Antrag:</u> Absatz streichen.</p>
Art. 4 Abs. 2 lit. c Vermögens- und Kapitalsituation (Steuerschulden)	<p>Allfällige Rückstände bei der Bezahlung von Steuerschulden gegenüber dem Kanton und den Gemeinden am 15. März 2020 kann nicht als Kriterium für die Überlebensfähigkeit eines Unternehmens herangezogen werden. Die Regierung hatte im März 2020 einen Zahlungsaufschub bei den Steuerschulden sowie den Verzicht auf Mahnungen und auf Mahngebühren beschlossen. Im Weiteren kann ein Stichtag so weit in der Vergangenheit keinen Aufschluss geben über die aktuelle Situation.</p> <p><u>Antrag:</u> Das Kriterium von Zahlungsrückständen bei Steuerschulden ist grundsätzlich zu überprüfen.</p>
Art. 4 Abs. 2 lit. d Vermögens- und Kapitalsituation (mittelfristige Finanzplanung)	<p>Die erforderliche Einreichung einer mittelfristigen Finanzplanung dürfte einige Unternehmen - insbesondere Einzelfirmen - überfordern.</p>
Art. 4 Abs. 3 lit. b Ausschöpfung Covid-19-Kredite	<p>Die Erfahrung mit dem kantonalen Härtefallfonds hat gezeigt, dass viele Unternehmen vor dem Bezug bzw. der Ausschöpfung von Covid-19-Krediten zurückschrecken und ihre Liquidität anderweitig gesichert haben (z. B. Privatdarlehen, Eigenmittel, Zusatzbeschäftigungen). Mit der vorgeschlagenen Formulierung werden jene Unternehmen bestraft, die aus eigener Kraft Liquidität schaffen bzw. vor der Krise genügend Liquiditätsreserven aufweisen konnten. Belohnt würden damit Unternehmen, welche in der Vergangenheit keine Reserven bilden konnten.</p> <p><u>Antrag:</u> Die Voraussetzung «falls das Unternehmen über einen Covid-19-Kredit in der Form einer Kontokorrentlimite verfügt: deren vollständige Ausschöpfung» ist zu streichen bzw. abzuschwächen im Sinne, dass die Voraussetzung "grundsätzlich" erfüllt sein muss und die Unternehmen begründen, warum allfällige Covid-19-Kredite nicht-vollständig ausgeschöpft wurden.</p>

Art. 5 Abs. 2 Umsatzrückgang	Die Verrechnung der Umsatzeinbusse mit den KAE- und EO-Entschädigungen des Bundes ist aus methodischer Sicht falsch. Die Bedeutung des Umsatzes ist je nach Bruttogewinnmarge sehr unterschiedlich. Die Covid-Entschädigungen sind bei der Bemessung des Verlustes anzurechnen und nicht beim Umsatz. In Ergänzung zu den Bundeshilfen sind auch Kantonale Covid-Beiträge dazuzurechnen. <u>Antrag:</u> Teilsatz «zuzüglich der für die Periode 2020 erhaltenen Entschädigungen für Kurzarbeit und Covid-Erwerbsersatz.» streichen.
Art. 6, lit. a Ziff. 2	Einschränkungen der Verwendung könnten, insbesondere bei à fonds perdu-Beiträgen, künftige Investitionen oder Beteiligungen Privater verhindern, was sich negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen auswirken würde. <u>Antrag:</u> Dividenden-/Tantiemenverbot auf zwei Jahre begrenzen.

3. Abschnitt: Anforderungen an die Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 8 Abs. 1 Höchstgrenzen	Auch hier wird mit dem Jahresumsatz 2019 nur eine Momentaufnahme berücksichtigt. <u>Antrag:</u> Durchschnitt von 2018 und 2019 als Berechnungsgrundlage verwenden. Die Limite für Darlehen, Bürgschaften oder Garantien von 10 Millionen Franken im Einzelfall ist zu hoch gesetzt. Auch diese Hilfe wird zu 100 Prozent an den kantonalen Plafonds angerechnet. Sogar im Kanton Zürich mit dem höchsten Anteil am Plafonds von 40 Millionen Franken (siehe Anhang gemäss Art. 15 der Verordnung) könnten bei einer Nutzung dieser Limite maximal vier Unternehmen unterstützt werden. Hingegen können 10 Prozent des Jahresumsatzes bzw. 500 000 Franken bei nicht rückzahlbaren Beiträgen im bedeutenden Einzelfall zu klein sein. <u>Antrag:</u> Die Festlegung eines Maximums (prozentual und absolut) soll den Kantonen überlassen werden. Die Kantone sollen Höchstgrenzen mit Blick auf die Höhe der Mittel des Bundes sowie entsprechend dem kantonalen Bedarf selbst festlegen.
Art. 8 Abs. 2 Höchstgrenzen	Der Umsatz ist eine wenig taugliche Bemessungsgrundlage für die Ausrichtung von nicht rückzahlbaren Beiträgen. Neben Einbussen auf der Ertragsseite (Umsatz) weisen die betroffenen Unternehmen ebenfalls Einsparungen auf der Kostenseite (Lohnkosten/Kurzarbeitsentschädigung, variable Kosten) auf. Die relevante Bemessungsgröße sind daher die Fixkosten eines Unternehmens. <u>Antrag:</u> Beiträge sollen sich bis max. 33 Prozent der Fixkosten bezogen auf den Umsatzverlust belaufen. Aus dem Text bleibt unklar, ob 500 000 Franken der Summe der Beiträge von Bund und Kanton entspricht oder ob es nur um den Bundesanteil geht. <u>Antrag eventualiter:</u> Es ist zu definieren, ob dies der Bundes- oder der Bundes- und der Kantonsbeitrag zusammen sind.
Art. 9	Darunter sollte, analog zu den COVID-Solidarbürgschaften, auch eine Entbindung vom Amts- und Steuergeheimnis fallen. Es soll signalisiert werden, dass Mitnahmeeffekte und Missbrauch möglichst ausgeschlossen werden wollen. <u>Antrag:</u> Entsprechende Ergänzung

	<p>Eine Bestimmung zur Datenbekanntgabe in der kantonalen Umsetzungsgesetzgebung soll den Anforderungen dieses Artikels ebenfalls genügen – so muss dies nicht jedes Mal in den Vertrag oder die Verfügung aufgenommen werden.</p> <p><u>Antrag:</u> Entsprechende Ergänzung, dass die Datenbekanntgabe (neben Vertrag und Verfügung) auch in die Umsetzungsgesetzgebung einfließen kann.</p>
Art. 10	<p>BR Maurer hat erwähnt, dass die Mittel ziemlich sicher noch erhöht werden müssen. Insbesondere aufgrund der langfristigen konjunkturellen Auswirkungen erachten wir eine Verlängerung der Gesetzgebung von einem auf drei Jahre als gerechtfertigt. Damit kann einem "Windhunderennen" um Beiträge der öffentlichen Hand Einhalt geboten werden.</p> <p><u>Antrag:</u> Verlängerung der Laufzeit bis Ende 2023</p> <p><u>Antrag:</u> À fonds perdu-Beiträge sollten nicht bis Ende der Laufzeit ausbezahlt, sondern verfügt sein.</p>
Art. 11 a. Bewirtschaftung	<p>«<i>Der Bund beteiligt sich nur an den Kosten (...), die dem Kanton aus seinen Härtefallmassnahmen entstehen, sofern dieser: a. für geeignete Massnahmen zur Bewirtschaftung von Darlehen, Garantien oder Bürgschaften sorgt.</i>».</p> <p>Wir deuten dies so, dass der Bund eigene Aktivitäten der Kantone (inkl. Aufträge an Dritte für den Vollzug der Verordnung) mitfinanziert.</p> <p><u>Antrag:</u> Präzisierung, welche Kosten der Kantone angerechnet werden können.</p>
Art. 11 b. Missbrauchsbekämpfung	<p>Die Missbrauchsverhinderung soll in erster Linie über die Selbstdeklaration der Antragssteller gewährleistet werden (analog Covid-19-Solidarbürgschaften).</p> <p>Gemäss Erläuterungen sollen bei der Missbrauchsbekämpfung wo möglich auf vorhandene, einfach zu überprüfende Informationen zurückgegriffen werden, um die administrativen Kosten tief zu halten. Diese Praxis begrüssen wir sehr. Eine Prüfung der Gesuche im Einzelfall kann durch die kantonalen Dienststellen, ggf. unter Einbezug Dritter, sichergestellt werden. Weitergehende investigative Massnahmen werden jedoch schwierig sein.</p>

4. Abschnitt: Verfahren und Zuständigkeiten

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 12, Abs. 3	<p>Für den Einbezug Dritter zur Prüfung der Anträge ist es notwendig, dass die zuständigen Stellen von der Geheimhaltungspflicht gegenüber diesen Dritten entbunden werden. s. hierzu auch den Kommentar zum Art. 9.</p> <p><u>Antrag:</u> Entsprechende Ergänzung</p>

5. Abschnitt: Beiträge des Bundes und Berichterstattung der Kantone

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 14 Gesamtbetrag	<p>Wir begrüssen eine detaillierte Auseinandersetzung mit den finanziellen Bedürfnissen. Der finanzielle Umfang der Finanzmittel des Bundes ist angesichts der Fortdauer der wirtschaftlichen Baisse zu hinterfragen. Falls sich die wirtschaftliche Situation in den kommenden Monaten weiter verschlechtert, ist ein stärkeres finanzielles Engagement des Bundes für Härtefall-Massnahmen dringend notwendig. Wir schlagen daher eine</p>

	Verdoppelung des finanziellen Engagements seitens des Bundes auf 400 Millionen Franken vor.
Art. 16 Einreichung an SECO	<p>Auf die Einreichung der kantonalen Regelungen beim Bund ist zu verzichten. Dadurch wird unnötig Zeit verloren. Der Bund kann davon ausgehen, dass die Kantone Umsetzungsregelungen erlassen, welche nicht im Widerspruch zur Härtefallverordnung des Bundes stehen. Die Kantone haben kein Interesse daran, ihren Anteil in Nichteinhaltung der Bundeskriterien auszuschütten.</p> <p><u>Antrag:</u> Artikel streichen.</p>
Art. 17 Zahlungszeitpunkt	Unter Berücksichtigung der Forderung, dass die Verordnung über das Jahr 2021 gültig sein soll, müssen die Kantone die Möglichkeit haben, vom Bund Teilzahlungen zu verlangen.
Art. 18 Berichterstattung und Rechnungsstellung	<p>In den Erläuterungen wird die Berichterstattung über das NRP-Reportinginstrument CHMOS vorgeschlagen. Wir begrüssen die Nutzung einer bestehenden Datenbank.</p> <p>In den letzten Jahren wurden jedoch die Eingabefelder im CHMOS laufend ergänzt (Wirkungsmodelle, Fragenkatalog, Kurzbeschriebe zur Veröffentlichung, doppelte Erfassungen via CHMOS und Jahres-/Schlussberichterstattung, etc.). Dies hat den administrativen Aufwand für die NRP-Fachstellen deutlich erhöht.</p> <p><u>Antrag:</u> Reportingpflicht im CHMOS auf das Wesentliche beschränken. Eine vollständige Erfassung analog der NRP-Projekte würde die Grenzen des administrativen Aufwands sprengen.</p> <p>Es ist nicht angebracht, Unternehmensdaten mit Bezug auf das Öffentlichkeitsgesetz des Bundes zu veröffentlichen. Die privaten Schutzinteressen sind höher zu gewichten.</p>
Zusatzfragen an die Kantone zur Abschätzung des Finanzierungsbedarfs	
<ul style="list-style-type: none"> • Plant Ihr Kanton, kantonale Härtefallmassnahmen zu ergreifen? Ja. • Wenn ja, in welcher Form? (Darlehen, Bürgschaften, Garantien und/oder rückzahlbare Beiträge) Wir gehen davon aus, dass mit letzterem <i>nicht</i> rückzahlbare Beiträge gemeint sind. Fokus Graubünden auf diese à fonds perdu-Beiträge. • Erste Schätzung zum <i>gesamten</i> Mittelbedarf in Ihrem Kanton (à fond perdu-Beiträge und Verluste aus Darlehen, Bürgschaften und Garantien, wovon der Bund die Hälfte tragen müsste) Eine verlässliche Abschätzung ist nicht möglich. Wir gehen jedoch davon aus, dass <ul style="list-style-type: none"> – Unternehmen betroffen sind, die mit konjunkturellen und strukturellen Auswirkungen kämpfen. Bei den Sofortmassnahmen handelte es sich definitionsgemäß eher um kurzfristige Liquiditätsprobleme. – à fonds perdu-Beiträge attraktiver sind, weil sich Unternehmen nicht verschulden müssen. – im Kanton Graubünden verhältnismässig viele Unternehmen in den beschriebenen Branchen sind. – das Berggebiet aufgrund seiner Wirtschaftsstruktur besonders betroffen ist. Insofern ist es durchaus möglich, dass der Finanzbedarf noch ansteigen wird. 	

**6. Abschnitt: Kapitalverlust und Überschuldung und
7. Abschnitt: Schlussbestimmungen**

Thema	Bemerkung/Anregung

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Monsieur le Conseil fédéral
Ueli Maurer
Département fédéral des finances
Bundesgasse 3
3003 Berne

Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont
t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch

Par courriel
marianne.widmer@efv.admin.ch
lukas.hohl@efv.admin.ch

Delémont, le 12 novembre 2020

Ordonnance sur les cas de rigueur COVID-19 : réponse à la consultation

Monsieur le Conseiller fédéral,

Le Gouvernement jurassien vous remercie de la possibilité qui lui est offerte de prendre position sur le projet d'ordonnance sur les cas de rigueur COVID-19.

La Suisse fait actuellement face à une crise sans précédent. La pandémie du coronavirus a des répercussions considérables non seulement au plan sanitaire, mais également économique. Le canton du Jura est particulièrement touché par la 2^{ème} vague qui déferle actuellement sur notre pays. Les chiffres suivants montrent la gravité de la situation : au plan sanitaire, le canton compte environ 1'200 cas pour 100'000 habitants sur les deux dernières semaines alors que l'incidence suisse moyenne se situe à 640. A l'Hôpital du Jura, la capacité des soins intensifs a été augmentée et en dépit de cela, ce service est proche de la saturation. Au plan économique, le taux de chômage a augmenté de 3.9% en février pour atteindre 5.2% en octobre 2020. Aujourd'hui, plus de 650 entreprises sont autorisées à recourir au chômage partiel si nécessaire, alors qu'elles étaient 16 en février 2020. Environ 10'000 travailleurs sont concernés, ce qui représente près de 25% des emplois dans le canton du Jura, soit environ deux fois plus que la moyenne nationale. 80% de ces salariés sont actifs dans le secteur industriel particulièrement vulnérable en raison de ses nombreux sous-traitants actifs dans le domaine de l'horlogerie.

Depuis le début de la crise, la Confédération et les cantons ont pris différentes mesures pour atténuer les conséquences économiques de la pandémie et pour préserver les emplois. Au niveau fédéral, peuvent être cités les indemnités en cas de réduction de l'horaire de travail (RHT), les allocations pour perte de gain (APG) et les crédits transitoires. De son côté, le canton du Jura a entre autres mis en place plusieurs mesures fiscales, dont la suspension des intérêts moratoires jusqu'au 31 août 2020, et a accordé des aides aux projets innovants permettant de maintenir l'activité économique locale ainsi qu'aux entreprises nouvellement créées. Aujourd'hui, force est de constater que ces mesures ne sont pas suffisantes.

Avec la fermeture temporaire de certaines entreprises et le ralentissement des activités de beaucoup d'autres, la crise touche un nombre grandissant de secteurs économiques. Après le semi-confinement du début de l'année, l'actuelle 2^{ème} vague entraîne à nouveau une perte partielle ou complète de chiffre d'affaires pour de nombreuses entreprises. De plus en plus d'entreprises n'arrivent plus à couvrir leurs frais incompressibles et se retrouvent dans des situations particulièrement précaires.

Des fermetures d'entreprises généralisées devant être évitées, le Gouvernement jurassien a salué la décision des Chambres fédérales de prévoir un soutien aux cas de rigueur dans la loi COVID-19. Au vu de l'évolution de la pandémie et des premières estimations effectuées par les cantons, le Gouvernement jurassien estime cependant qu'une contribution fédérale à hauteur de 200 millions de francs n'est de loin pas suffisante (art. 14 de l'ordonnance). Pour pouvoir répondre de façon satisfaisante aux besoins des différents secteurs économiques touchés par la crise, **une dotation de 1 milliard de francs ou plus doit être envisagée**. Une participation financière de la Confédération à hauteur de 50% est également insuffisante (art. 1). **Une modification de la loi COVID-19 devrait par conséquent être envisagée afin d'augmenter ce taux à 80%**. Ceci aiderait les cantons, et plus particulièrement les plus touchés par la pandémie, à sortir de la crise dans des délais et à des conditions acceptables.

Le Gouvernement jurassien demande également au Conseil fédéral de revoir la clé de répartition utilisée pour ventiler les fonds fédéraux entre les cantons (art. 15). Les deux critères prévus dans le projet d'ordonnance, c'est-à-dire le produit intérieur brut et la population résidente, ne sont pas pertinents car ils ne reflètent en rien l'ampleur de la crise sur les cantons. Comme mentionné précédemment, le canton du Jura est l'un des cantons les plus touchés en termes sanitaires et économiques. Afin de freiner la propagation de la pandémie, le Conseil fédéral a demandé aux cantons de prendre des mesures différencierées en fonction de la situation dans les régions. Le Gouvernement jurassien a décidé de fermer toute une série d'établissements alors que les autres cantons n'ont pas eu besoin de prendre de telles mesures. C'est pourquoi **il demande au Conseil fédéral de répartir les fonds fédéraux selon des critères qui traduisent l'impact de la pandémie au plan économique, telles que la RHT et les APG, et/ou au plan sanitaire, telle que l'incidence COVID**.

La définition du cas de rigueur devrait aussi être revue (art. 5, al. 1), ce qui nécessiterait également une modification de la loi COVID-19. **Ce n'est pas la diminution du chiffre d'affaires en tant que telle, mais bien l'impossibilité de couvrir les charges incompressibles avec les revenus disponibles qui doit être considérée comme un cas de rigueur**. De plus, **la notion de cas de rigueur ne doit pas couvrir uniquement les établissements qui ont dû arrêter ou réduire leurs activités sur ordre des autorités publiques, mais également ceux qui, bien qu'ils puissent poursuivre leurs activités, sont confrontés à des difficultés financières particulières en raison de la pandémie** (p. ex. agences de voyage, autocaristes, hôtels, etc.). Cette correction est indispensable pour que l'ordonnance puisse atteindre l'objectif visé.

Si le cas de rigueur devait cependant être défini sur la base du chiffre d'affaires, les indemnités RHT et APG reçues en 2020 ne devraient pas être prises en compte dans le calcul de celui-ci (art. 5, al. 2). Ajouter les indemnités RHT et APG au chiffre d'affaires consisterait à

récompenser les entreprises qui ont licencié leur personnel plutôt que de le basculer en RHT. Ceci n'exclut évidemment pas que les mécanismes cantonaux puissent tenir compte des soutiens obtenus au titre de la RHT et des APG dans le calcul des aides qui seront accordées.

Pouvoir véritablement remédier aux situations les plus difficiles nécessiterait également d'augmenter les montants maximums par entreprise fixés dans le projet d'ordonnance, en particulier le plafond pour les aides à fonds perdu (art. 8, al. 2). **Accorder des contributions non remboursables à hauteur de maximum 10% du chiffre d'affaires ne permettrait pas de sauver les réels cas de rigueur. C'est pourquoi le Gouvernement demande que ce plafond soit fixé à 30%.**

Les modalités de mise en œuvre prévues dans le projet d'ordonnance sont contraignantes aussi bien pour les entreprises (en particulier, art. 4) que pour les cantons (en particulier, art. 12, 13 et 18). Tout particulièrement pour les aides de faible importance, p. ex. jusqu'à 50'000 francs, **les exigences de mise en œuvre et de contrôle doivent être limitées au strict nécessaire**, à l'instar des crédits transitoires COVID-19. Soutenir les cas de rigueur presuppose en effet de pouvoir agir avec rapidité et souplesse.

Certaines demandes du Gouvernement jurassien supposent une modification de la loi COVID-19. **Une éventuelle adaptation de la loi ne doit cependant pas remettre en cause l'entrée en vigueur de l'ordonnance au 1^{er} décembre 2020.** En effet, l'ampleur de la 2^{ème} vague de la pandémie exige des autorités publiques de pouvoir rapidement soutenir les entreprises en difficulté. La loi et l'ordonnance devraient, le cas échéant, être adaptées ultérieurement.

Le Gouvernement jurassien tient encore à souligner que les mesures de soutien aux cas de rigueur ne seront pas suffisantes pour stabiliser l'économie de notre pays. C'est pourquoi il demande au Conseil fédéral de réactiver les mesures extraordinaires dans le cadre de la RHT, en particulier les mesures suivantes :

- reconnaissance du COVID-19 comme motif suffisant,
- élargissement du cercle des ayants droit aux personnes exerçant un emploi à durée déterminée ainsi qu'aux apprentis,
- è du délai de carence d'un jour,
- prolongation de la durée maximale autorisée de trois à six mois,
- prolongation de la procédure simplifiée pour le préavis et la procédure sommaire pour le décompte jusqu'à fin décembre 2021.

Lors de la 1^{ère} vague, le Conseil fédéral a aussi pris des mesures en faveurs des demandeurs d'emploi dans le cadre de l'assurance-chômage. Pour éviter les arrivées en fin de droits, tous les ayants droit ont notamment pu bénéficier au maximum de 120 indemnités journalières supplémentaires entre mars et août 2020. Aujourd'hui, les chômeurs subissent de plein fouet les conséquences de la 2^{ème} vague. C'est pourquoi le Gouvernement jurassien demande au Conseil fédéral de réactiver ladite mesure en accordant à nouveau 120 indemnités journalières supplémentaires aux ayants-droit entre novembre 2020 et avril 2021.

Le cercle des ayants droit aux APG doit également être élargi afin d'y inclure les indépendants ainsi que les personnes dont la position est assimilable à celle d'un employeur qui subissent un

ralentissement de leurs activités dû indirectement aux mesures mises en place par les autorités publiques. Les agences de voyage peuvent ici être citées à titre d'exemple.

Pour finir, le Gouvernement jurassien demande au Conseil fédéral de réintroduire l'outil des crédits transitoires et de flexibiliser les conditions de leur remboursement. En raison de l'ampleur de la 2^{ème} vague de la pandémie et des mesures mises en place par les autorités pour l'endiguer, certaines entreprises doivent pouvoir y faire appel afin d'assurer leur liquidité. Les conditions d'octroi pourraient cependant être différentes que celles de la première distribution, notamment le rôle des banques devrait être renforcés.

En vous remerciant de l'avoir consulté, le Gouvernement vous prie d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, l'expression de sa haute considération.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA


Martial Courtet
Président




Gladys Winkler Docourt
Chancelière d'État

Annexe : formulaire de réponse relatif au projet d'ordonnance sur les cas de rigueur COVID-19



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Département fédéral des finances DFF
Administration fédérale des finances AFF

Formulaire de réponse: ordonnance concernant les mesures pour les cas de rigueur destinées aux entreprises en lien avec l'épidémie de COVID-19 (ordonnance sur les cas de rigueur COVID-19)

Avis de

Nom / Entreprise / Organisation

: Gouvernement
République et Canton du Jura

Titre court de l'entreprise /
de l'organisation

:

Adresse

: Rue de l'Hôpital 2
2800 Delémont

Nom de la personne pouvant
fournir des renseignements

: Lionel Socchi

Numéro de téléphone

: 032 420 52 28

Adresse électronique

: lionel.socchi@jura.ch

Date

: 12 novembre 2020

Important:

1. Ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. Remplir une ligne par article, alinéa ou lettre de l'ordonnance ou par chapitre du rapport explicatif sur lesquels vous souhaitez faire une remarque ou une suggestion.
3. Envoyer le présent document **au format Word** d'ici au **13 novembre 2020** aux adresses électroniques suivantes: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch.

Merci de votre participation.

Remarques générales

Accorder un soutien fédéral et cantonal au cas de rigueur est indispensable pour atténuer les répercussions économiques de la crise et pour préserver les emplois.

Une contribution fédérale à hauteur de 200 millions de francs n'est de loin pas suffisante (art. 14). Afin de pouvoir répondre de façon satisfaisante aux besoins des différents secteurs économiques touchés par la crise, une dotation de 1 milliard de francs ou plus doit être envisagée.

Un soutien financier de la Confédération à hauteur de 50% est également insuffisant (art. 1). Une modification de la loi COVID-19 devrait être envisagée afin d'augmenter ce taux à 80%.

Les critères utilisés pour ventiler les fonds fédéraux entre les cantons, c'est-à-dire le produit intérieur brut et la population résidente (art. 15), ne sont pas pertinents car ils ne reflètent pas l'ampleur de la crise sur les cantons. Les fonds fédéraux doivent être répartis selon des critères qui traduisent l'impact de la pandémie au plan économique, telles que la RHT et/ou les APG, et/ou au plan sanitaire, telle que l'incidence COVID.

La définition du cas de rigueur devrait aussi être revue (art. 5, al. 1), ce qui nécessiterait également une modification de la loi COVID-19. Non pas la diminution du chiffre d'affaires en tant que telle, mais bien l'impossibilité de couvrir les charges incompressibles avec les revenus disponibles doit être considérée comme un cas de rigueur. De plus, la notion de cas de rigueur ne doit pas couvrir uniquement les établissements qui ont dû arrêter ou réduire leurs activités sur ordre des autorités publiques, mais également ceux qui, bien qu'ils peuvent poursuivre leurs activités, sont confrontés à des difficultés financières particulières en raison de la pandémie.

Si la définition du cas de rigueur devait cependant rester inchangée, les indemnités RHT et APG reçues en 2020 ne devraient pas être prises en compte dans le calcul du chiffre d'affaires (art. 5, al. 2) car ceci consisterait à récompenser les entreprises qui ont licencié leur personnel plutôt que de le basculer en RHT.

Le plafonnement des aides, et plus particulièrement celui des contributions non remboursables à 10% du chiffre d'affaires (art. 8, al. 2), ne permettra pas de sauver les entreprises les plus touchées. Ce dernier devrait être fixé à 30%.

Les modalités de mise en œuvre sont contraignantes pour les entreprises (en particulier, art. 4) et les cantons (en particulier, art. 12, 13, et 18). Tout particulièrement pour les aides de faible importance, p. ex. jusqu'à 50'000 francs, les exigences de mise en œuvre et de contrôle doivent être limitées au strict nécessaire (en particulier, art. 4), à l'instar des crédits transitoires COVID-19.

Certaines demandes exposées dans le présent questionnaire nécessiteraient de modifier la loi COVID-19. Une éventuelle adaptation de la loi ne doit cependant pas remettre en cause l'entrée en vigueur de l'ordonnance au 1^{er} décembre 2020. En effet, l'ampleur de la 2^e vague de la pandémie exige des autorités publiques de pouvoir rapidement soutenir les entreprises en difficulté. La loi et l'ordonnance devraient, le cas échéant, être adaptées ultérieurement.

Section 1 Principe

Thème	Remarque / suggestion
Art 1, al 1	Un soutien financier de la Confédération à hauteur de 50% n'est pas suffisant. Une modification de la loi COVID-19 devrait être envisagée afin d'augmenter ce taux à 80%.

Section 2 Exigences relatives aux entreprises

Thème	Remarque / suggestion
Art. 4	<p>Les conditions prévues à cet article impliquent des contrôles particulièrement lourds. Les exigences de mise en œuvre et de contrôle doivent être limitées au strict nécessaire, en particulier pour les aides de faible importance (p. ex. jusqu'à 50'000.-).</p>
Art. 4, al. 3	<p>Selon le commentaire de l'ordonnance, les mesures nécessaires pour protéger les liquidités et la base de capital sont par exemple « <i>la renonciation au versement de dividendes ou de tantièmes, la renonciation au remboursement de prêts d'actionnaires et d'autres mesures similaires depuis le début de la pandémie de COVID-19</i> ». La formulation « depuis le début de la pandémie de COVID-19 » n'est pas suffisamment claire. Elle devrait être remplacée par une date précise.</p> <p>On ne peut pas exclure que certaines entreprises aient procédé à de tels versements au premier trimestre 2020, ayant peut-être sous-estimé l'ampleur de la crise qui s'annonçait. Par conséquent, il semble pertinent de prendre en compte uniquement la période à partir d'avril 2020.</p>
Art. 5, al. 1	<p>Non pas la diminution du chiffre d'affaires en tant que telle, mais bien l'impossibilité de couvrir les charges incompressibles avec les revenus disponibles doit être considérée comme un cas de rigueur.</p> <p>Sous réserve de la remarque précédente :</p> <p>La notion de cas de rigueur ne doit pas couvrir uniquement les établissements qui ont dû arrêter ou réduire leurs activités sur ordre des autorités publiques, mais également ceux qui, bien qu'ils peuvent poursuivre leurs activités, sont confrontés à des difficultés financières particulières en raison de la pandémie.</p> <p>Le mode de calcul basé sur le chiffre d'affaires 2020 implique que les entreprises qui déposeront une demande de soutien en décembre 2020 déjà devront faire une projection de leur chiffre d'affaires de la fin de l'année. Ceci peut être problématique lorsque la diminution du chiffre d'affaires avoisine les 40%. Ainsi, une aide pourrait être accordée à une entreprise en raison d'une sous-estimation de son chiffre d'affaires de décembre 2020. Ceci est un argument supplémentaire de ne pas prendre le chiffre d'affaires, mais les charges incompressibles comme base de la définition du cas de rigueur.</p> <p>Baser le calcul sur le chiffre d'affaires 2020 implique également que les entreprises concernées ont été fortement impactées en 2020. On ne peut pas exclure que certains secteurs ou certaines entreprises soient plus impactées par la 2^e vague et que, par conséquent, le chiffre d'affaires connaisse une forte diminution à partir de fin 2020 seulement.</p> <p>Une flexibilisation de la base de calcul permettrait de répondre à différents cas de figure selon l'évolution de la pandémie. De plus, une certaine marge d'erreur devrait être tolérée.</p>
Art. 5, al. 2	<p>Sous réserve de la remarque concernant l'art. 5, al. 1, les indemnités RHT et APG ne doivent pas être prises en compte dans le calcul du chiffre d'affaires 2020 car ceci consisterait à récompenser les entreprises qui ont licencié leur personnel plutôt que de le basculer en RHT.</p>
Art 6, let. a	<p>L'interdiction de distribuer des dividendes ou tantièmes doit être supprimée car elle n'est pas pertinente pour la grande majorité des entreprises qui feront l'objet d'un soutien au titre des cas de rigueur.</p>

Section 3 Exigences relatives à la forme des mesures pour les cas de rigueur

Thème	Remarque / suggestion
Art. 7, al. 3	Les aides doivent pouvoir être cumulées si nécessaires. Cet alinéa doit être supprimé.
Art 8, al. 2	Sous réserve de la remarque concernant l'art. 5, al. 1, un plafonnement des aides non remboursables à 10% du chiffre d'affaires ne permettra pas de sauver les entreprises les plus touchées. Ce taux devrait être augmenté à 30%.
Art 9	A l'instar de l'ordonnance sur les cautionnements solidaires liés au COVID-19 (art. 12), le canton doit pouvoir se procurer des données sur l'entreprise concernée non seulement auprès d'autres services de la Confédération et des cantons, mais également de la banque principale de l'entreprise. Ceci faciliterait la vérification des données requises pour l'octroi d'un soutien.

Section 4 Procédure et compétences

Thème	Remarque / suggestion
Art. 13	Les cantons doivent avoir la possibilité de prévoir une clause de restitution dans les contrats qu'ils passeront avec les entreprises en cas de déménagement de ces dernières dans un autre canton.

Section 5 Contributions de la Confédération et comptes rendus des cantons

Thème	Remarque / suggestion
Art. 14	Une contribution fédérale à hauteur de 200 millions de francs est largement insuffisante. Afin de pouvoir répondre de façon satisfaisante aux besoins des différents secteurs économiques touchés par la crise, une dotation de 1 milliard de francs ou plus doit être envisagée.
Art. 15	Les critères utilisés pour ventiler les fonds fédéraux entre les cantons (produit intérieur brut et population résidente) ne sont pas pertinents car ils ne reflètent pas l'ampleur de la crise sur les cantons. Les fonds fédéraux doivent être répartis selon des critères qui traduisent l'impact de la pandémie au plan économique, telles que la RHT et/ou les APG, ou au plan sanitaire, telle que l'incidence COVID.
Art. 16, al. 1	<i>Le canton qui sollicite une participation de la Confédération remet au préalable, mais au plus tard à la fin de septembre 2021, sa réglementation et la confirmation que celle-ci répond aux exigences de la présente ordonnance.</i> Le canton peut uniquement s'engager à respecter les exigences de l'ordonnance. Il ne peut pas lui-même confirmer que la réglementation cantonale répond aux exigences de l'ordonnance. Comme mentionné à l'al. 2, ce rôle revient au SECO.
Art. 17, al. 1 et 2	Le système de versement rétroactif des montants fédéraux (al. 1) ne doit pas s'appliquer aux contributions non remboursables (al. 2, let. c). Les cantons doivent pouvoir demander le versement du montant fédéral au moment où le canton a approuvé la demande de soutien de l'entreprise.

Art. 18, al 2	Afin de limiter la charge de travail administrative des cantons, le compte rendu ne devrait pas être établi sur une base mensuelle, mais trimestrielle.
Questions additionnelles aux cantons destinées à l'estimation des besoins de financement	
<ul style="list-style-type: none"> • Votre canton prévoit-il de prendre des mesures pour les cas de rigueur ? • Si oui, sous quelle forme (prêts, cautionnements, garanties ou contributions non remboursables) ? • Première estimation en vue de la détermination des besoins financiers <i>globaux</i> dans votre canton (contributions à fonds perdu et <i>pertes</i> sur prêts, cautionnements et garanties que la Confédération devrait financer pour moitié) 	
<p>Oui, le Gouvernement jurassien mène des réflexions sur les mesures à mettre en place pour soutenir les cas de rigueur. Pour l'instant, aucune décision n'a été prise concernant la forme des soutiens à prévoir. Pour les petites et moyennes entreprises, les aides à fonds perdu seront certainement privilégiées. Les premières estimations montrent qu'une dotation fédérale de 200 millions n'est de loin pas suffisante. Afin de pouvoir répondre de façon satisfaisante aux besoins des différents secteurs économiques touchés par la crise, une dotation de 1 milliard de francs ou plus doit être envisagée.</p>	

Section 6 Perte de capital et surendettement

Section 7 Dispositions finales

Thème	Remarque / suggestion
	Rien de particulier à signaler

Finanzdepartement

Bahnhofstrasse 19
6002 Luzern
Telefon 041 228 55 47
info.fd@lu.ch
www.lu.ch

Öffnungszeiten:
Montag - Freitag
08:00 - 11:45 und 13:30 - 17:00

Eidgenössisches Finanzdepartement
per E-Mail an (Word- und PDF-Dateien):
marianne.widmer@efv.admin.ch; und
lukas.hohl@efv.admin.ch

Luzern, 10. November 2020

Protokoll-Nr.: 1267

Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen im Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 4. November 2020 haben Sie die Kantonsregierungen in eingangs erwähnter Angelegenheit zur Stellungnahme eingeladen.

Im Namen und Auftrag des Regierungsrates teile ich Ihnen mit, dass der Kanton Luzern der Stossrichtung des Entwurfs zur Covid-19-Härtefallverordnung im Grundsatz zustimmt. Unsere Stellungnahme zu den einzelnen Bestimmungen der Verordnung finden Sie im Antwortformular in der Beilage.

Angesichts der aktuellen Dynamik der Wirtschaftskrise respektive der zu erwartenden starken Zunahme der betroffenen Unternehmen gehen wir davon aus, dass das vorliegende Härtefallpaket nicht ausreicht. Wir bitten den Bund daher, ein zweites Härtefallpaket ins Auge zu fassen, wobei wir dazu eine Anpassung der gesetzlichen Grundlage für den Kostenteiler fordern. Die meisten Kantone werden Probleme haben, aus kreditrechtlichen Gründen (obligatorische Referenden) weitere Mittel innert nützlicher Frist zu beschliessen. Zudem ist eine Neuauflage der Covid-19 Kredite des Bundes zu prüfen.

Ich danke Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse


Reto Wyss
Regierungspräsident

Beilage:

- Antwortformular Kanton Luzern



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Eidgenössische Finanzverwaltung EFV

Antwortformular: Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Finanzdepartement Kanton Luzern

Abkürzung der Firma / Organisation : FD

Adresse : Bahnhofstrasse 19, 6002 Luzern

Kontaktperson : Monique Müller

Telefon : 041 228 59 97

E-Mail : monique.mueller@lu.ch

Datum : 10. November 2020

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Tabellenzeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word-Dokument** bis am **13. November 2020** an folgende E-Mail Adressen: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme!

Allgemeine Bemerkungen

Der Kanton Luzern begrüßt grundsätzlich die Form und den Inhalt der Verordnung. Folgende allgemeine Bemerkungen gilt es jedoch anzubringen:

- Angesichts der aktuellen Dynamik der Wirtschaftskrise respektive der zu erwartenden starken Zunahme der betroffenen Unternehmen gehen wir davon aus, dass das vorliegende Härtefallpaket nicht ausreicht. Wir bitten den Bund daher, ein zweites Härtefallpaket ins Auge zu fassen, wobei wir dazu eine Anpassung der gesetzlichen Grundlage für den Kostenteiler fordern. Die meisten Kantone werden Probleme haben, aus kreditrechtlichen Gründen (obligatorische Referenden) weitere Mittel innert nützlicher Frist zu beschliessen. Zudem ist eine Neuauflage der Covid-19 Kredite des Bundes zu prüfen.
- Der Kanton Luzern unterstützt grundsätzlich den in der Verordnung den Kantonen zugestanden Gestaltungsraum. Betreffend die Vorgaben zu den Massnahmen zur Missbrauchsbekämpfung gemäss Art. 11 und Art. 18 der Verordnung würde der Kanton Luzern jedoch klarere Rahmenbedingungen seitens des Bundes erwarten (z.B. in Bezug auf die Kontrolle von allfälligen Doppelbezügen in mehreren Kantonen).
- Von einer Beschränkung auf nur eine Unterstützungsform pro Unternehmen ist abzusehen (Art. 7 Abs. 3).
- Je nach Entwicklung der Pandemie ist eine weitere Erhöhung der Härtefallhilfe, respektive als Reaktion auf gesamtwirtschaftliche Herausforderungen eine Neulancierung der Covid-19 Kredite zu prüfen.

1. Abschnitt: Grundsatz

Thema	Bemerkung/Anregung
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	Keine Bemerkungen

2. Abschnitt: Anforderungen an die Unternehmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 3 Abs. 1	Die Vorgabe, wonach ein «Grossteil der Wertschöpfung in der Schweiz» zu erfolgen hat, muss genauer ausgeführt werden. Wenn grosse Schweizer Unternehmen mit erfolgreichen Ablegern im Ausland benachteiligt würden, wäre das nicht im Sinne des Kantons Luzern.
Art. 4 Abs. 1c	Dieser Ausschluss soll mit zusätzlichen Startup-Krediten erweitert werden.
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden	Der Kanton Luzern schlägt ebenfalls vor, dass Mieterlasse zu berücksichtigen sind. Besonders dann, wenn das Geschäftsmietengesetz in Kraft tritt.

wer- den. Art. 5 Abs. 2	
---------------------------------------	--

3. Abschnitt: Anforderungen an die Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Fehler! Verweis- quelle konnte nicht ge- funden wer- den. Art. 7 Abs. 3	Von einer Beschränkung auf nur eine Unterstützungsform pro Unternehmen ist abzusehen. Im Sinne der Gerechtigkeit im Vergleich zu anderen Unterstützungsmassnahmen und, um spezifischen Bedürfnissen entsprechen zu können, sollte z.B. eine Kombination von à-fonds-perdu-Beiträgen und Krediten möglich sein.
Fehler! Verweis- quelle konnte nicht ge- funden wer- den. Art. 8	Im Moment wird die Unterstützung, ohne direkte Kosten für den Bund, in der kurzen Frist (Kredite/Bürgschaften) bei der Berechnung der pro Kanton vorgegebenen Härtefallhilfe gleich behandelt wie à-fonds-perdu-Beiträge. Das heisst entweder, dass der Bund von einer Ausfall-Wahrscheinlichkeit von 100 Prozent ausgeht, oder, dass er für à-fonds-perdu-Beiträge deutlich mehr zu zahlen bereit ist. Kantone, die im Sinne von zumindest marktnahen Rahmenbedingungen in erster Linie Kredite vergeben, werden so gegenüber jenen, die auf nicht-zurückzahlbare Beträge setzen, benachteiligt. Der Kanton Luzern fordert daher, dass die Beiträge entweder entsprechend gewichtet werden für die Berechnung der Summe pro Kanton, oder aber pro Kanton festgelegt wird, welcher Anteil maximal als à-fonds-perdu-Beitrag ausbezahlt werden kann.

4. Abschnitt: Verfahren und Zuständigkeiten

Thema	Bemerkung/Anregung
Fehler! Ver- weisquelle konnte nicht gefunden werden.	Keine Bemerkungen

5. Abschnitt: Beiträge des Bundes und Berichterstattung der Kantone

Thema	Bemerkung/Anregung
Fehler! Verweis- quelle konnte nicht ge- funden	Die Härtefallhilfen sind im Kontext der weiteren Unterstützungsmassnahmen wie Kurzarbeitsentschädigung und den Covid-19 Krediten zu sehen. Die eingesetzten 200 Millionen Franken seitens Bund werden kaum ausreichen, um flächendeckend die Liquidität der Unternehmen sicherzustellen. Das heisst, wenn die Covid-19 Pandemie auch mittel- und langfristigen Einfluss auf die Unternehmen hat, muss entweder die Härtefallhilfe deutlich aufgestockt werden, oder aber die Covid-19 Kredite neu lanciert werden. Für die gesamtwirtschaftliche Sicherung der Liquidität weiter Teile der Volkswirtschaft sind Covid-19 Kredite das bessere Instrument als die Härtefallhilfe. Hingegen

wer- den.Art. 14	sind die Härtefälle zielgenauer auf die am stärksten betroffenen Branchen auszurichten. Der Kanton Luzern fordert eine aktive Steuerung und laufendes Monitoring des Bundes, damit auf die sich verändernde und ungewisse Situation bezüglich zukünftiger Szenarien reagiert werden kann.
Art. 15	Wenn die zu verteilende Summe nicht nur pro Einwohner/Einwohnerin, sondern gekoppelt an die Wirtschaftskraft, vergeben wird, ergibt sich eine ungünstige Verteilwirkung. Finanzstarke Kantone werden so pro Kopf stärker unterstützt als finanzschwächere Kantone. Zudem ist es sehr wahrscheinlich, dass besonders in finanzstärkeren Kantonen Branchen stark vertreten sind, deren Geschäftsmodell zumindest in der kurzen Frist weniger stark von der Covid-19 Pandemie betroffen ist. Der Kanton Luzern fordert daher, dass die Gelder nach Einwohner verteilt werden.
Fehler! Verweis- quelle konnte nicht ge- funden wer- den.Art. 16	Es stellt sich die Frage, in welcher Frist die eingereichten Unterlagen geprüft werden können. Für den Kanton Luzern ist es entscheidend, vor der ersten Auszahlung an Unternehmen die Bestätigung zu haben, dass der Bund die Unterstützung mitträgt. Das heisst, wenn der Bund über die inhaltlichen Vorgaben hinaus eine Prüfung der Umsetzung vornehmen will, muss diese Prüfung vor dem 1. Februar 2021 abgeschlossen sein.
Art. 17 Abs. 4	Gemeint sein können diesbezüglich nur Rückerstattungen für den Fall, dass der Bund überhaupt schon einen Beitrag geleistet hat.
Art. 18. Abs. 2	Eine monatliche Berichterstattung wäre mit übermässigem Bearbeitungsaufwand verbunden. Wenn Zahlungen des Bundes jährlich erfolgen, dann sollte auch in diesem Rhythmus berichtet werden.

Zusatzfragen an die Kantone zur Abschätzung des Finanzierungsbedarfs

- Plant Ihr Kanton, kantonale Härtefallmassnahmen zu ergreifen?
- Wenn ja, in welcher Form? (Darlehen, Bürgschaften, Garantien und/oder rückzahlbare Beiträge)
- Erste Schätzung zum *gesamten* Mittelbedarf in Ihrem Kanton (à fond perdu-Beiträge und *Verluste* aus Darlehen, Bürgschaften und Garantien, wovon der Bund die Hälfte tragen müsste)

Fehler! Verweis- quelle konnte nicht ge- funden werden.	<ul style="list-style-type: none">- Ja, wir gehen davon aus, dass dieses Instrument im Kanton Luzern angewandt wird.- Zurzeit sehen wir vor, in erster Linie Bürgschaften für Kredite sowie à-fonds-perdu-Zahlungen einzusetzen. Wie oben angemerkt, würden wir es vorziehen, wenn verschiedene Formen kombiniert werden könnten.- Wir gehen im Moment von der Maximalsumme von insgesamt rund 17 Millionen Franken aus.
--	--

6. Abschnitt: Kapitalverlust und Überschuldung und 7. Abschnitt: Schlussbestimmungen

Thema	Bemerkung/Anregung
Fehler! Verweis- quelle konnte nicht ge- funden werden.	Keine Bemerkungen.



LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

***Envoi par courrier électronique
(word et pdf)***

marianne.widmer@efv.admin.ch
lukas.hohl@efv.admin.ch

Département fédéral des finances (DEF)
Bundesgasse 1
3003 Berne

Ordonnance concernant les mesures pour les cas de rigueur destinées aux entreprises en lien avec l'épidémie de COVID-19 (ordonnance sur les cas de rigueur COVID-19)

Monsieur le conseiller fédéral,

Le Conseil d'État a bien reçu le projet d'ordonnance citée sous rubrique et remercie le Conseil fédéral de l'avoir associé à la consultation.

Vous trouverez ci-joint le formulaire de consultation dûment rempli par nos soins. Nous nous permettons cependant de reprendre, dans le présent courrier, les remarques générales que nous avons indiquées dans le formulaire et que nous estimons essentielles pour la suite de ce dossier.

D'une manière générale, et cela est compréhensible compte tenu de la période pendant laquelle les délibérations ont eu lieu, le modèle a été imaginé pour stabiliser les derniers effets de la première vague et non pour affronter une deuxième vague encore plus forte que la première. En effet, la situation a récemment beaucoup évolué. L'intensité des besoins est bien plus importante et il y a lieu de considérer que la situation peut durer plusieurs mois, voire impacter l'ensemble de l'année 2021. Par conséquent, il est utile d'avoir une approche critique sur la capacité des instruments et de leur mise en œuvre à s'inscrire dans le temps, à être réalistes et déployables pour préserver l'emploi et la substance économique.

Nous regrettons par ailleurs que la Confédération n'assume pas plus largement et de manière homogène les conséquences de cette situation, en repoussant visiblement auprès des cantons la gestion des problématiques et des risques encourus. La Confédération doit à minima assumer des mesures robustes et éprouvées qui doivent être maintenues et étendues.

Ainsi, dans la mesure où l'urgence est avérée et que la situation extraordinaire n'est pas décidée par le Conseil fédéral, il s'agit de composer avec les bases légales existantes pour apporter de premières réponses jusqu'à ce que le cadre légal soit adapté.

NE

Nous demandons de toute urgence que la Confédération adopte les dispositions suivantes :

1. Retour aux conditions RHT de ce printemps avec prorogation des conditions au-delà du 31 décembre 2020 ;
 - Prise en charge dans la RHT des **apprenti-e-s et des personnes ayant un contrat de durée déterminée**, au moins pour les entreprises fermées par décision d'autorité ;
 - Suppression du **délai de préavis RHT** et octroi possible à partir du jour de dépôt de la demande ;
 - Suppression du **délai de carence RHT** actuellement de 1 jour par période de décompte, au moins pour les entreprises fermées par décision d'autorité.
2. Remise en route d'un **système de prêts sans intérêt** en mobilisant la part non-utilisée des 40 milliards prévus ce printemps, au minimum pour les entreprises qui n'avaient pas eu recours aux prêts COVID lors de la première vague ; prévoir en outre d'adapter les dispositions des contrats déjà conclus (par exemple postposer les premiers remboursements) ;
3. Mise en place rapide d'une solution pour les **loyers commerciaux** au niveau fédéral. Même si la Confédération n'intervient pas financièrement, il est urgent qu'elle tranche la question de savoir quelle part du loyer est due au propriétaire lorsque les locaux ne sont pas utilisables dans leur destination en raison des mesures prises au plan sanitaire. Sans quoi, toute prise en compte de ces charges dans un quelconque calcul remettra tout instrument en attente.

Si ces éléments permettront de « tenir quelques mois » il est indispensable que la Confédération revoie ses bases légales pour se doter des **outils adaptés aux enjeux actuels**.

Par ailleurs, concernant le projet soumis en lui-même, il y a lieu de relever que l'enveloppe fédérale de 200 millions de francs est largement insuffisante, elle devrait être étendue au moins à hauteur de 1 milliard de francs, et l'exigence de participation de 50% à charge des cantons devrait être allégée aussi rapidement que possible par une adaptation légale.

Enfin, les critères de répartition devraient être définis en fonction de l'intensité des besoins des cantons/régions, par exemple en incluant des éléments tels que le taux de chômage ou de recours à la RHT, ou encore la baisse du PIB. Cela étant, nous pouvons vivre avec la clé proposée, mais nous n'accepterons pas que la part attribuée à la population soit augmentée, car il ne s'agit vraiment pas d'un critère pertinent.

En vous remerciant encore de nous avoir consulté sur ce projet, nous vous prions de croire, Monsieur le conseiller fédéral, à l'assurance de notre haute considération.

Neuchâtel, le 13 novembre 2020

Au nom du Conseil d'État :

Le vice-président, Le vice-chancelier,
J.-N. KARAKASH P. FONTANA



Annexe : mentionnée



**Formulaire de réponse: ordonnance concernant les mesures pour les cas de rigueur destinées aux entreprises en lien avec l'épidémie de COVID-19
(ordonnance sur les cas de rigueur COVID-19)**

Avis de

Nom / Entreprise / Organisation : République et canton de Neuchâtel

Titre court de l'entreprise / de l'organisation : Canton de Neuchâtel

Adresse : Château, 2001 Neuchâtel

Nom de la personne pouvant fournir des renseignements : Jean-Kley Tullii / Caroline Choulat

Numéro de téléphone : 032 889 48 20 / 032 889 48 08

Adresse électronique : jean-kley.tullii@ne.ch / Caroline.choulat@ne.ch

Date : 13 novembre 2020

Important:

1. Ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. Remplir une ligne par article, alinéa ou lettre de l'ordonnance ou par chapitre du rapport explicatif sur lesquels vous souhaitez faire une remarque ou une suggestion.
3. Envoyer le présent document au format Word d'ici au **13 novembre 2020** aux adresses électroniques suivantes: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch.

Merci de votre participation.

Remarques générales

D'une manière générale, et cela est compréhensible compte tenu de la période pendant laquelle les délibérations ont eu lieu, le modèle a été imaginé pour stabiliser les derniers effets de la première vague et non pour affronter une deuxième vague encore plus forte que la première. En effet, la situation a récemment beaucoup évolué. L'intensité des besoins est bien plus importante et il y a lieu de considérer que la situation peut durer plusieurs mois, voire impacter l'ensemble de l'année 2021. Par conséquent, il est utile d'avoir une approche critique sur la capacité des instruments et de leur mise en œuvre à s'inscrire dans le temps, à être réalistes et déployables pour préserver l'emploi et la substance économique.

Nous regrettons par ailleurs que la Confédération n'assume pas plus largement et de manière homogène les conséquences de cette situation, en repoussant visiblement auprès des cantons la gestion des problématiques et des risques encourus. La Confédération doit à minima assumer des mesures robustes et éprouvées qui doivent être maintenues et étendues.

Ainsi, dans la mesure où l'urgence est avérée et que la situation extraordinaire n'est pas décidée par le Conseil fédéral, il s'agit de composer avec les bases légales existantes pour apporter de premières réponses jusqu'à ce que le cadre légal soit adapté.

Nous demandons de toute urgence que la Confédération adopte les dispositions suivantes :

1. Retour aux conditions RHT de ce printemps avec prorogation des conditions au-delà du 31 décembre ;
 - Prise en charge dans la RHT des **apprenti-e-s et des personnes ayant un contrat de durée déterminée**, au moins pour les entreprises fermées par décision d'autorité ;
 - Suppression du **délai de préavis RHT** et octroi possible à partir du jour de dépôt de la demande ;
 - Suppression du **délai de carence RHT** actuellement de 1 jour par période de décompte, au moins pour les entreprises fermées par décision d'autorité.
2. Remise en route d'un **système de prêts sans intérêt** en mobilisant la part non-utilisée des 40 milliards prévus ce printemps, au minimum pour les entreprises qui n'avaient pas eu recours aux prêts COVID lors de la première vague ; prévoir en outre d'adapter les dispositions des contrats déjà conclus (par exemple postposer les premiers remboursements) ;
3. Mise en place rapide d'une solution pour les **loyers commerciaux** au niveau fédéral. Même si la Confédération n'intervient pas financièrement, il est urgent qu'elle tranche la question de savoir quelle part du loyer est due au propriétaire lorsque les locaux ne sont pas utilisables dans leur destination en raison des mesures prises au plan sanitaire. Sans quoi, toute prise en compte de ces charges dans un quelconque calcul remettra tout instrument en attente.

Si ces éléments permettront de « tenir quelques mois » il est indispensable que la Confédération revoie ses bases légales pour se doter des outils adaptés aux enjeux actuels.

Par ailleurs, concernant le projet soumis en lui-même, l'enveloppe fédérale de 200 millions de francs est largement insuffisante, elle devrait être étendue au moins à hauteur de 1 milliard de francs, et l'exigence de participation de 50% à charge des cantons devrait être allégée aussi rapidement que possible par une adaptation légale.

Enfin, les critères de répartition devraient être définis en fonction de l'intensité des besoins des cantons/régions, par exemple en incluant des éléments tels que le taux de chômage ou de recours à la RHT, ou encore la baisse du PIB. Cela étant, nous pouvons vivre avec la clé proposée, mais nous n'accepterons pas que la part attribuée à la population soit augmentée, car il ne s'agit vraiment pas d'un critère pertinent.

Section 1 Principe

Thème	Remarque / suggestion
Art. 2 al. 2	Même si ce point n'est pas fondamental, nous estimons que le pourcentage fixé à l'art. 1 alinéa 2 lettre à hauteur de 10% est insuffisant et susceptible d'exclure un soutien pourtant justifié en faveur d'acteurs économiques dans lesquels une commune ou un canton détient une part supérieure à cette limite de 10%. Il peut en effet arriver, notamment pour certaines infrastructures touristiques, qu'une commune ou qu'un canton ait été appelé à devoir prendre une participation supérieure, sans pour autant s'impliquer au niveau opérationnel ou stratégique. Le côté peu liquide des participations dans les secteurs ciblés justifient à notre sens une limite relevée idéalement jusqu'au seuil de 25%

Section 2 Exigences relatives aux entreprises

Thème	Remarque / suggestion
Art. 4 al. 1	La disposition prévue par la lettre c. paraît exagérée. Une aide spécifique peut être très marginale et priver l'entreprise d'une aide bien plus importante au titre des cas de rigueur. On devrait à minima prévoir la possibilité pour l'entreprise de renoncer à l'aide déjà perçue ou l'inclure dans l'évaluation du chiffre d'affaires.
art. 4 al. 2	Ces exigences sont trop restrictives : si l'exigence d'une situation saine au 15 mars 2020 peut se comprendre et peut se vérifier par la remise d'états financiers ne présentant pas de situation de surendettement au moment de la dernière clôture comptable et l'absence de procédures de faillite au-delà de la mainlevée d'opposition au 15 mars 2020, un surendettement induit par la situation sanitaire, ainsi que l'existence de procédures ouvertes devraient pouvoir être tolérés du moment que ceux-ci résultent de la situation sanitaire et que l'aide octroyée sous forme de cas de rigueur permet l'amélioration durable de la situation et offre de réelles perspectives de viabilité. Ceci est d'autant plus justifié que l'entrée en vigueur de l'ordonnance est attendue plusieurs semaines après l'adoption de la Loi COVID et les entreprises ne sauraient être tenues responsables du délai requis pour la mise en œuvre concrète des mesures de soutien arrêtées dans la loi en vigueur depuis le 26 septembre dernier. Nous proposons de remplacer les lettres a et b par la lettre a suivante : « elles ne sont pas surendettées selon leur dernière clôture comptable avant le 15 mars et ne font pas l'objet d'une procédure selon la loi sur les poursuites et faillites qui ait atteint le stade de la mainlevée d'opposition au 15 mars 2020 »
art.4. al 3b	Pas d'intérêt à cette exigence, sauf en cas de recours à un nouveau prêt. Une entreprise ne devrait pas avoir à utiliser l'intégralité de la limite de crédit COVID obtenue pour bénéficier d'une aide sous forme de cas de rigueur. C'est un élément clairement discriminant et inéquitable. De plus on confond ici les notions de trésorerie et de revenu. Il est aussi dans l'intérêt de la Confédération de limiter son engagement et son risque sous forme de crédit COVID.
Art. 5 al. 1	Remplacer « en raison » par « en lien ». L'effet des mesures des autorités peut être direct (fermeture ordonnée) ou indirecte (restriction de la circulation des personnes par exemple).
Art 5. Al. 2	Ce point est fondamental pour nous : la condition est trop restrictive et non conforme à l'esprit de l'art. 12 de la loi COVID. L'effet consiste à récompenser les entreprises qui ont licencié leur personnel plutôt que de le basculer en RHT, ce qui est

	inacceptable. Il faut absolument supprimer la fin de la phrase après « services fournis ». On peut éventuellement prévoir ailleurs que les mécanismes cantonaux doivent tenir compte des soutiens déjà reçus au titre de la RHT et des APG.
Erreur ! Source du renvoi introu- vable.	Cette exigence est trop restrictive et difficilement contrôlable sur la durée pour les aides à fonds perdu. Cela pose un problème pour les entreprises mises au bénéfice de ces dernières : alors que dans le cadre d'un prêt ou d'une garantie la relation d'affaires persiste entre le canton/l'organisme de suivi et l'entreprise durant toute la durée de l'aide, il n'en va pas de même pour une aide à fonds perdus. Cette exigence n'est dès lors acceptable qu'à partir du moment où l'engagement de l'entreprise est une déclaration sur l'honneur qui ne doit pas faire l'objet d'un contrôle systématique, mais peut être soumis à un contrôle par sondage, la charge administrative induite pour le seul contrôle de cet engagement jusqu'en 2026 n'est en effet pas justifiée pour une relation d'affaires s'éteignant après le versement de l'aide à fonds perdus. Par ailleurs, la durée est beaucoup trop longue et devrait être ramenée à 3 ans maximum dans ce cas et laisser l'ouverture d'une distribution possible en cas de remboursement de celle-ci avant le terme.
Art. 7 al. 3	La disposition est une contrainte inutile et contre-productive.

Section 3 Exigences relatives à la forme des mesures pour les cas de rigueur

Thème	Remarque / suggestion
Art. 8 al 2 et 3	Nous suggérons de porter le %-tage à 20% afin d'éviter le phénomène d'arrosage et de pouvoir réellement sortir de l'embûche les entreprises les plus touchées. En effet, une entreprise ayant enregistré une baisse de 70% du chiffre d'affaires, risque de ne pas survivre si l'aide se limite à 10%.

Section 4 Procédure et compétences

Thème	Remarque / suggestion
Lutte contre les abus	Nous proposons de simplifier les conditions et éviter une bureaucratie excessive a priori. Certaines conditions impliquent des contrôles particulièrement lourds et d'une durée trop importante. On risque ainsi de manquer la cible. Un contrôle a posteriori, par sondages et examen de la plausibilité semble plus indiqué. Nos conventions d'aides usuelles prévoient des clauses de remboursement des aides perçues en cas d'abus.

Section 5 Contributions de la Confédération et comptes rendus des cantons

Thème	Remarque / suggestion
art 15	Nous aurions souhaité que les enveloppes réservées à chaque canton tiennent compte de l'intensité des besoins, qui sont différents d'un canton à l'autre en regard de la situation sanitaire, mais surtout en regard de la structure du tissu économique. À nos yeux, les critères du PIB ou, pire encore, de la population, ne sont pas pertinents pour répartir les moyens. Si nous procédon们 ainsi, les entreprises très touchées qui sont dans les cantons globalement moins touchés seront très bien soutenues, alors

	que les mêmes entreprises situées dans les cantons fortement touchés ne pourront pas être aidées de manière suffisante. Des indicateurs tel que l'évolution du PIB, le volume du chômage, la hausse du chômage ou encore le volume de RHT sont des indicateurs qui permettent d'apprécier la dégradation locale de la situation. Nous serions heureux qu'au moins un de ces indicateurs soit intégré dans la formule de calcul de l'enveloppe, même si nous pouvons « vivre avec » la clé proposée dans un premier temps.

Questions additionnelles aux cantons destinées à l'estimation des besoins de financement

- Votre canton prévoit-il de prendre des mesures pour les cas de rigueur ? Oui
- Si oui, sous quelle forme (prêts, cautionnements, garanties ou contributions non remboursables) ? Contributions non remboursables et éventuellement cautionnements
- Première estimation en vue de la détermination des besoins financiers *globaux* dans votre canton (contributions à fonds perdu et pertes sur prêts, cautionnements et garanties que la Confédération devrait financer pour moitié) : encore à déterminer

Erreur ! Source du renvoi introu- vable.	
---	--

Section 6 Perte de capital et surendettement**Section 7 Dispositions finales**

Thème	Remarque / suggestion
Erreur ! Source du renvoi introu- vable.	
Erreur ! Source du renvoi introu- vable.	
Erreur ! Source du renvoi introu- vable.	



CH-6061 Sarnen, Postfach 1264, VD

Per E-Mail

Eidgenössisches Finanzdepartement
marianne.widmer@efv.admin.ch
lukas.hohl@efv.admin.ch

Sarnen, 12. November 2020

COVID-19-Härtefallverordnung: Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Die eidgenössischen Räte haben am 25. September 2020 mit Artikel 12 des Covid-19-Gesetzes die Gesetzesgrundlage für die Beteiligung des Bundes an kantonalen Unterstützungsmassnahmen für Härtefälle geschaffen. In der Covid-19-Härtefallverordnung hat der Bundesrat die Vorgaben auf Verordnungsstufe konkretisiert und die Kantone mit Schreiben vom 4. November 2020 zur Stellungnahme eingeladen. Namens des Kantons Obwalden nimmt das Volkswirtschaftsdepartement diese Gelegenheit gerne wahr.

Der Kanton Obwalden verfolgt die Entwicklung der Covid-19-Pandemie mit grosser Sorge. Die gesundheitspolitischen Massnahmen auf Stufe Bund und Kanton bleiben für die Obwaldner Wirtschaft nicht folgenlos. Betriebe und Unternehmen aus verschiedenen Branchen sehen sich mit teilweise tiefgreifenden negativen Auswirkungen konfrontiert. Zur Abfederung sind Unterstützungsmassnahmen für die Unternehmen und Arbeitnehmenden notwendig und dringlich.

In Einklang mit der Konferenz Kantonaler Volkswirtschaftsdirektoren (VDK) begrüssen wir, dass die bestehenden Instrumente wie Kurzarbeit oder Corona-Erwerbsersatz mindestens beibehalten werden, respektive eine Ausweitung zu prüfen ist. Ebenfalls prüfenswert erscheint uns eine Integration der vorgeschlagenen Härtefall-Lösung in das Covid-19-Kreditwesen des Bundes. Unternehmen könnten sofort einen Antrag auf einen Covid-19-Kredit stellen, währenddessen ein gegebenenfalls bewilligtes Härtefallgesuch später zu einem Teilerlass des Kredites führen würde. Auf diese Weise könnte den Unternehmen rasch Hilfe zugesprochen werden.

Ebenso begrüssen wir die vorliegende Covid-19-Härtefallverordnung. Bei der nun vorgesehenen finanziellen Abfederung von Härtefällen geht es im Gegensatz zu den im Frühjahr 2020 durch den Bund eingeführten COVID-19-Krediten für Unternehmen nicht mehr in erster Linie um die Sicherstel-

lung der Liquidität. Vielmehr steht nun aus volkswirtschaftlicher Sicht die Substanzerhaltung im Vordergrund. Unterstützt werden sollen deshalb nur Unternehmen, die bereits vor Ausbruch der Pandemie profitabel oder zumindest überlebensfähig waren. Wir begrüssen explizit, dass aufgezeigt werden muss, welche möglichen Vorkehrungen getroffen wurden, um die variablen Kosten (ohne Personalkosten) herabzusetzen. Auf diese Weise kann eine mittelfristige Rückkehr zu einer ausgeglichenen Geschäftssituation plausibel aufgezeigt werden. Trotz dieser Mechanismen weisen wir darauf hin, dass es kaum möglich sein wird, durch die Härtefallmassnahmen die Wirtschaft in ihrer ganzen Breite stabilisieren zu können.

Es ist richtig, dass die Wirtschaftsstruktur oder die Betroffenheit in der kantonalen Ausgestaltung berücksichtigt werden kann und die Kantone die Möglichkeit erhalten, eigene Massnahmenpakete zu schnüren, an denen sich der Bund beteiligt. Die Kriterien zur klaren Eingrenzung von Einzelfällen sind auf Bundesebene (in der Verordnung) definiert. Dies hilft, Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Kantonen zu vermeiden und eine überkantonale Gleichbehandlung zu garantieren.

Nach wie vor ist aber vorgesehen, dass einzelne Kantone weitergehen können. Dies steht in einem Widerspruch zur vorerwähnten Gleichbehandlung. Die vorliegende Form der Verordnung birgt somit die Gefahr, dass kantonal unterschiedliche, unkoordinierte und ineffiziente Lösungen geschaffen werden. Angesichts der unterschiedlichen Finanzkraft der Kantone sind wir deshalb der Ansicht, dass der Finanzierungsanteil des Bundes klar erhöht werden muss. Gleichermaßen gilt für die Gesamtsumme von 200 Millionen Franken.

Wir gehen davon aus, dass der Vollzug für die Kantone sehr aufwändig sein wird. Die Gesuche müssen fundiert geprüft werden. Es ist nachvollziehbar, dass der Bund zudem gewisse Kontrollinstrumente will. CHMOS hat sich bereits bei der NRP etabliert (positiv). Störend ist hingegen, dass sich der Bund an der Hälfte der Kosten der eigentlichen Härtefallmassnahmen beteiligt, die administrativen Kosten jedoch zu 100 Prozent von den Kantonen übernommen werden müssen. Auch aus diesem Grund beantragen wir einen höheren Finanzierungsanteil des Bundes.

Für Anmerkungen zu einzelnen Artikeln verweisen wir auf das beigelegte Antwortformular. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme sowie die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Volkswirtschaftsdepartement



D. Wyler
Daniel Wyler
Landstatthalter

Beilage:

- Antwortformular: Covid-19-Härtefallverordnung

Kopie:

- Kantonale Mitglieder der Bundesversammlung
- Regierungsrat (Zirkulationsmappe)
- Finanzdepartement
- Staatskanzlei



Antwortformular: Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Kanton Obwalden
Volkswirtschaftsdepartement

Abkürzung der Firma / Organisation : VD OW

Adresse : St. Antonistrasse 4, 6060 Sarnen

Kontaktperson : Mathias Küchler

Telefon : 041 666 63 31

E-Mail : volkswirtschaftsdepartement@ow.ch

Datum : 12. November 2020

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Tabelleenzeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word-Dokument** bis am **13. November 2020** an folgende E-Mail Adressen: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme!

Allgemeine Bemerkungen

siehe Begleitschreiben

1. Abschnitt: Grundsatz

Thema	Bemerkung/Anregung
	keine Bemerkungen

2. Abschnitt: Anforderungen an die Unternehmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 4 Abs. 2 Bst. c	Das Erfordernis, wonach ein Unternehmen am 15. März 2020 gar keine Rückstände bei den Steuern haben darf, erscheint etwas hart. Wir schlagen eine Limite vor, z.B. dass das Unternehmen per 15. März 2020 nicht mehr als Fr. 10 000.- Ausstände bei den Steuern haben darf.

3. Abschnitt: Anforderungen an die Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 8	Der Bundesbeitrag für den Kanton Obwalden ist gemäss Vernehmlassungsentwurf auf Fr. 800 000 begrenzt. Die Höchstgrenzen (Fr. 10 000 000 für Darlehen, Bürgschaften oder Garantien, Fr. 500 000 für nicht rückzahlbare Beiträge) liegen weit über diesen Beträgen. Obwalden kann somit als kleiner Kanton nur bedingt grössere Unternehmen finanziell unterstützen. Die Höchstgrenzen sind somit in Relation zum Bundesbeitrag zu setzen.
Art. 9	Die Datenbekanntgabe soll auf Gemeinden (nicht nur Bund und Kanton) ausgedehnt werden.
Art. 11	Gemäss den Erläuterungen zum Verordnungsentwurf können die Kantone die Bewirtschaftung der Darlehen, Bürgschaften und Garantien selber vornehmen oder durch Dritte vornehmen lassen. Im Gegensatz zu Art. 7, wo für die Bewirtschaftung von Bürgschaften (und nur von diesen) und zu Art. 12, wo für die Prüfung der Gesuche der Bezug von Dritten vorgesehen ist, fehlt es in Art. 11 an einer entsprechenden Bestimmung. Auch wenn der Kanton Obwalden in Art. 19 Abs. 3 des Staatsverwaltungsge setzes StVG eine Grundlage für die Auslagerung öffentlicher Aufgaben an Dritte hat, wäre der Klarheit halber und in Abgleichung mit Art. 7 und 12 eine entsprechende Grundlage in Art. 11 des Verordnungsentwurfs zu begrüssen.

4. Abschnitt: Verfahren und Zuständigkeiten

Thema	Bemerkung/Anregung
	keine Bemerkungen

Missbrauchsbekämpfung	<p>[Bemerkungen/Anregungen zur Ausgestaltung und konkreten Umsetzung der Missbrauchsbekämpfung]</p> <p>Wir erachten die fachliche Umsetzbarkeit als schwierig. Es kann sich je nach gewählter Unterstützungsform um Kreditgeschäfte handeln. Die fachliche Beurteilung und Kontrolle dieser Gesuche erfordern den Einsatz spezialisierter Fachpersonen mit entsprechenden Kostenfolgen für den Kanton.</p> <p>Die Antragssteller werden geeignete Unterlagen einreichen müssen, damit überprüft werden kann, ob tatsächlich ein unter Art. 5 stipulierter Umsatzerückgang vorliegt. Um Missbrauchsfälle auszuschliessen, sollten in Einzelfällen die Steuerdaten 2018 und 2019 herangezogen werden können.</p>
-----------------------	--

5. Abschnitt: Beiträge des Bundes und Berichterstattung der Kantone

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 14	<p>Es sollte möglich sein, dass auch Beiträge von Dritten, wie beispielsweise aus dem Unterstützungsfonds KMU 2020 der Obwaldner Kantonalbank, angerechnet werden können.</p> <p>Wir gehen davon aus, dass die vom Bund für kantonale Härtefallmassnahmen in Aussicht gestellten 200 Millionen Franken nicht ausreichen werden, um der angespannten wirtschaftlichen Situation Rechnung zu tragen. Wir beantragen deswegen eine substantielle Erhöhung dieses Beitrags.</p>
Art. 15	<p>Der Bund beteiligt sich maximal hälftig an den Beiträgen der Kantone. Um die Unterschiede in der Finanzkraft der Kantone zu glätten, sowie die Vollzugskosten, die primär bei den Kantonen anfallen, auszugleichen, sind wir der Ansicht, dass der Finanzierungsanteil des Bundes erheblich erhöht werden muss (auf mindestens 70 Prozent).</p>

Zusatzfragen an die Kantone zur Abschätzung des Finanzierungsbedarfs

- Plant Ihr Kanton, kantonale Härtefallmassnahmen zu ergreifen?
Ja.
- Wenn ja, in welcher Form? (Darlehen, Bürgschaften, Garantien und/oder rückzahlbare Beiträge)
Wir begrüssen, dass die gesamte Palette der möglichen Finanzierungsinstrumente zur Verfügung steht (à fonds perdu, Darlehen, Darlehen im Rangrücktritt und Bürgschaften). Die genaue Ausgestaltung ist noch offen, die Vorarbeiten dazu laufen.
- Erste Schätzung zum *gesamten* Mittelbedarf in Ihrem Kanton (à fonds perdu-Beiträge und Verluste aus Darlehen, Bürgschaften und Garantien, wovon der Bund die Hälfte tragen müsste)
Aktuell ist noch keine Schätzung möglich.

6. Abschnitt: Kapitalverlust und Überschuldung und 7. Abschnitt: Schlussbestimmungen

Thema	Bemerkung/Anregung
-------	--------------------

Art. 22 Abs. 2	Die Geltungsdauer der Verordnung ist gemäss Entwurf bis am 31. Dezember 2021 beschränkt. Der zeitliche Rahmen bis Ende 2021 gilt aber nur für die Zusicherung/Auszahlung der Härtefallmassnahmen (s. Art. 10 Abs. 1). Die Aufgaben der Kantone dauern indessen über diesen Zeitpunkt fort: Bewirtschaftung, Rückforderung, Missbrauchsbekämpfung. Darlehen, Bürgschaften und Garantien haben eine Laufzeit von maximal 10 Jahren (Art. 8 Abs. 1). Folglich muss die Verordnung entweder unbefristet sein oder die Befristung ist auf einen Zeitpunkt nach 10 Jahren anzusetzen.
-------------------	---



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Finanzdepartement
Bundesgasse 3
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 74 44
info.sk@sg.ch

St.Gallen, 13. November 2020

Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung); Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 4. November 2020 laden Sie uns zur Vernehmlassung zur Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung) ein. Wir danken für diese Gelegenheit und nehmen gern wie folgt Stellung:

Die Vorlage kann insgesamt als taugliche Grundlage für die Unterstützung von Härtefällen beurteilt werden. Sie bietet den Kantonen einen ausreichenden Handlungsspielraum für gezielte Massnahmen, die den spezifischen Herausforderungen im jeweiligen Kanton Rechnung tragen.

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass die Instrumente zur Stützung der Wirtschaft weiterhin greifen: Es sind dies die Kurzarbeitsentschädigung, die Auszahlung von Erwerbsersatzzahlungen an Selbständigerwerbende sowie die Corona-Notkredite (deren Limiten von den Berechtigten oft noch nicht ausgeschöpft sind). Die St.Galler Regierung würde eine Ausweitung bzw. eine Wiederöffnung dieses Kreditprogramms seitens des Bundes ausdrücklich begrüßen, hat es sich doch bereits sehr bewährt.

Kritisch zu betrachten ist das Volumen des Härtefallprogramms von 200 Mio. Franken. Dieser Wert stammt noch aus der Zeit der ersten Diskussionen zu diesem Härtefallprogramm vom September 2020. In der Zwischenzeit hat sich die Situation indessen weiter verschärft. Angesichts dieser Umstände muss das Volumen des Härtefallprogramms nochmals hinterfragt und wesentlich erhöht werden. Der Unterstützungsbedarf hat sich aufgrund der vom Bundesrat verfügten Schutzmassnahmen der letzten Wochen massgebend erhöht. Eine Anpassung des Volumens erscheint auch vor dem Hintergrund der finanziellen Mittel angezeigt, die zu Gunsten der professionellen Sportorganisationen zur Verfügung gestellt werden (Quervergleich).



Zudem haben wir folgende Detailhinweise anzubringen:

- Art. 3 Abs. 1 Bst. c: Die Anforderung, dass die Wertschöpfung «überwiegend» in der Schweiz erzielt werden soll, ist sehr zu begrüssen. Allerdings sind hier genauere Kriterien (z.B. grösser 50 Prozent oder mehr) erforderlich, denn jedes Handelsunternehmen erfüllt dieses Prinzip im Grundsatz.
- Art. 3 Abs. 3: Bei saisonal bedingten Unternehmen müsste diese Anforderung korrigiert werden (dürfen), ansonsten könnten sich absurde Zahlen ergeben.
- Art. 4 Abs. 2 Bst. c: Die Voraussetzungen sollen kumulativ, nicht alternativ sein: «... weder Rückstände bei der Bezahlung von Steuerschulden ... noch Rückstände ...»
- Art. 5: Wie ist bei anfangs 2020 gegründeten Unternehmen vorzugehen? Erfüllen diese das Kriterium «Umsatzrückgang» automatisch? In den Erläuterungen finden sich dazu keine Ausführungen.
- Art. 6: Was hier noch fehlt, ist die Einschränkung von Darlehen an den Eigentümer. Sonst lässt sich das zeitliche Verbot der Dividendenausschüttung einfach umgehen. Entgegen der Formulierung in den Erläuterungen scheint dies angesichts der Formulierung in der Verordnung möglich zu sein.
- Art. 9: Ist diese Formulierung ausreichend, um auch auf Steuerdaten von Einzelpersonen (z.B. bei Einzelunternehmen oder «Ich-AGs») zugreifen zu können?
- Art. 11: Der Bund wird aufgefordert, die Mindestvorgaben für «geeignete Massnahmen zur Bewirtschaftung» und für «geeignete Mittel zur Missbrauchsbekämpfung» checklistenartig aufzuführen.
- Art. 16: Die vorgesehene Einreichung der kantonalen Regelung an das Staatssekretariat für Wirtschaft zur Prüfung und Bestätigung der Vereinbarkeit mit den Bundesvorgaben ist schwerfällig und führt zu unnötigen zeitlichen Verzögerungen bei der Gewährung der Beiträge. Die Erarbeitung der kantonalen Rechtsgrundlagen, die in der Regel auf formell-gesetzlicher Stufe erfolgen wird, sowie die Berichterstattungspflichten der Kantone bieten ausreichende Gewähr für bundesrechtskonforme kantonale Umsetzungen. Art. 16 ist daher zu streichen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Im Namen der Regierung


Bruno Damann
Präsident


Dr. Benedikt van Spyk
Staatssekretär



Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
marianne.widmer@efv.admin.ch; lukas.hohl@efv.admin.ch



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Eidgenössische Finanzverwaltung EFV

Antwortformular: Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Kanton Schaffhausen

Abkürzung der Firma / Organisation : sh.ch

Adresse : Beckenstube 7
8200 Schaffhausen

Kontaktperson : lic.iur. Daniel Sattler

Telefon : 052 / 632 73 81

E-Mail : daniel.sattler@ktsh.ch

Datum : 12. November 2020

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Tabellenzeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word-Dokument** bis am **13. November 2020** an folgende E-Mail Adressen: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme!

Allgemeine Bemerkungen

Der Kanton Schaffhausen begrüßt die vom Bund vorgesehene Unterstützung von Unternehmen mittels Härtefallmassnahmen sehr.

Der Bund beschränkt sich dabei auf finanzielle Beiträge an kantonale Unterstützungsmassnahmen und will den Kantonen grösstmögliche Freiheiten lassen - vom gänzlichen Verzicht bis zu Massnahmen über das Bundesprogramm hinaus.

Bei dieser Ausgangslage ist es sinnvoll, die vom Bund anerkannten und mitfinanzierten Beiträge klar zu definieren. Die Kantone, die in die Vorleistung müssen, können dann nach einem (idealerweise mittels digitalen Formularen) vorgegebenen Muster die anrechenbaren Beiträge melden und so den Bundesbeitrag einfordern. Ein ähnliches Vorgehen hat der Bund bei den obligatorischen Beiträgen an die Kinderbetreuungseinrichtungen bereits erfolgreich umgesetzt. Die Bundesbeiträge werden dadurch national vereinheitlicht, ohne den Kantonen den Entscheidungsspielraum einzuschränken.

Bei der Bemessung der Beiträge ist sodann auf den effektiven Bedarf und nicht auf Umsatzveränderungen abzustellen. Gerade im Handel oder in der Reisebranche, wo Produkte ein- und weiterverkauft werden, ist der Umsatz ein nur ungenügender Indikator. Der Umsatzeinbruch ist zwar der Auslöser. Das von den Unternehmen zu lösende Problem sind jedoch die nicht gedeckten fixen und nicht vermeidbaren variablen Kosten. Diese müssen Bemessungsgrundlage sein und nicht Umsatzzahlen.

Eine solche Regelung fehlt bisher gänzlich und ist zumindest im Grundsatz zu definieren.

1. Abschnitt: Grundsatz

Thema	Bemerkung/Anregung
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	

2. Abschnitt: Anforderungen an die Unternehmen

Thema	Bemerkung/Anregung
-------	--------------------

Art. 3 Abs. 1 lit. c	<p>Mit der Bestimmung wird sichergestellt, dass nur Umsatzrückgänge, welche durch Massnahmen des Bundes verursacht werden, zu einer Unterstützung führen (Kausalität der nationalen Einschränkungen). Gleichwohl muss klargestellt werden, dass auch Unternehmen, welche einen internationalen Markt bedienen, unterstützt werden, so weit ihr Umsatzrückgang durch die vom Bund verfügten Einschränkungen verursacht werden und ihre Wertschöpfung mehrheitlich in der Schweiz anfällt. Ansonsten könnte beispielsweise die Reisebranche nicht unterstützt werden.</p> <p>Antrag: "c. ihre Wertschöpfung überwiegend in der Schweiz anfällt."</p>
Art. 5 Berechnung des Umsatzrückgangs	<p>Kurzarbeitsentschädigungen, Covid-Erwerbsersatz oder andere Unterstützungs-/Ausgleichsmassnahmen haben den Zweck, Umsatzrückgänge auszugleichen. Diese sind daher bei der Würdigung, ob ein Unternehmen unter der Covid-Krise leidet, nicht aufzurechnen.</p> <p>Die Unterstützungsmassnahmen wie auch die Mietzinsreduktionen sind bei der Bemessung der Höhe der Härtefallentschädigung zu berücksichtigen, bzw. in Abzug zu bringen (vgl. Bemerkungen zu Art. 8).</p>
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	

3. Abschnitt: Anforderungen an die Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 8 Bemessung der Härtefallmassnahmen	<p>Die Verknüpfung der nicht rückzahlbaren Beiträge mit dem Umsatz ist nicht sachgerecht und wird entschieden abgelehnt. Es muss auf den effektiven Bedarf abgestellt werden. Dies entspricht auch der Forderung, dass die Gesuche im Einzelfall zu prüfen sind (Art. 12 Abs. 2).</p>
	<p>Mittels nicht rückzahlbaren Beiträgen soll derjenige Betrag ausgerichtet werden, welche den Unternehmen zur Deckung ihrer Fixkosten sowie der nicht vermeidbaren variablen Kosten fehlt. Dabei sind auf der Einnahmeseite die erzielten sowie erzielbaren Einnahmen anzurechnen, wozu auch Kurzarbeitsentschädigungen oder Covid-Erwerbsersatz gehören. Auf der Aufwandseite sind Mietzinsreduktionen in Abzug zu bringen.</p> <p>Die Auszahlung der nicht rückzahlbaren Beiträge kann periodisch erfolgen und die periodische Nachrechnung aktualisierter Belege vorsehen. Entsprechend kann auf eine Höchstgrenze verzichtet werden.</p>

Fehler! Verweis- quelle konnte nicht ge- funden werden.	
--	--

4. Abschnitt: Verfahren und Zuständigkeiten

Thema	Bemerkung/Anregung
Fehler! Verweis- quelle konnte nicht ge- funden werden.	
Fehler! Verweis- quelle konnte nicht ge- funden werden.	
Miss- brauchsbe- kämpfung	<p>[Bemerkungen/Anregungen zur Ausgestaltung und konkreten Umsetzung der Missbrauchsbekämpfung]</p> <p>Bei nicht rückzahlbaren Beiträgen empfiehlt sich eine gestaffelte / periodische Auszahlung aufgrund aktualisierter Zahlen/Belege. Diese Empfehlung basiert auf der Forderung, dass die Beiträge bedarfs- und nicht umsatzbasiert ermittelt werden. Dadurch können zu hohe Auszahlungen - namentlich bei einer Verbesserung der Erträge - und damit auch Rückforderungen vermieden werden.</p>

5. Abschnitt: Beiträge des Bundes und Berichterstattung der Kantone

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 16 Einrei- chung der kantona- len Rege- lung	<p>Mit der Verpflichtung zu bestätigen, dass die kantonale Regelung derjenigen des Bundes entspricht, widerspricht Art. 16 dem Grundsatz, dass die Kantone eigene Regelungen aufstellen dürfen, welche über die Massnahmen des Bundes hinausgehen oder - selbstredend - weniger strenge Regeln vorsehen dürfen.</p> <p>Massgeblich muss sein, ob die Voraussetzungen für eine Bundesbeteiligung im Einzelfall erfüllt sind (vgl. auch Art. 12 Abs. 2).</p> <p>Es ist damit nicht zielführend, die kantonalen Programme zu prüfen. Vielmehr muss seitens des Bundes verbindlich festgehalten werden, nach welchen Kriterien und in</p>

	<p>welcher Höhe er kantonale Beiträge mitfinanziert. Was die Kantone darüber hinaus vorsehen, bleibt dabei im Rahmen der Bundesverordnung unerheblich.</p> <p>Art. 16 ist daher ersatzlos zu streichen.</p> <p>Analogie: Im Rahmen der Unterstützung der Kinderbetreuungseinrichtungen hat der Bund klare Vorgaben gemacht (allerdings für die Kantone verpflichtend). Analog zu diesem Vorgehen muss der Bund die anrechenbaren Beiträge bestimmen. Dadurch werden die Bundesbeteiligungen schweizweit einheitlich gehandhabt und die Kantone bleiben in der Wahl und Ausgestaltung ihrer Programme frei.</p>
Veröffentlichung von Informationen zu einzelnen Unternehmen, die Härtefallhilfen beziehen	<p>Gemäss den Erläuterungen (dort. S. 10) sei eine Veröffentlichung von Informationen zu einzelnen Unternehmen möglich.</p> <p>Dies ist zwingend zu vermeiden. Die Bekanntgabe von Unternehmen, die Härtefallhilfe beziehen, kann das Vertrauen von Anlegern und Kunden in diese Unternehmen schwächen und damit insgesamt den Wirtschaftsraum Schweiz schwächen.</p> <p>Es sind die erforderlichen Massnahmen vorzukehren, dass eine Veröffentlichung unterbleibt. Z.B. mittels ausdrücklichem Verweis, dass die Angaben der Unternehmen (inkl. Gesuch und Unternehmensnamen) im Sinne von Art. 7 Abs. 1 lit. g bzw. lit. h BGÖ nicht veröffentlicht werden.</p>
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	
Zusatzfragen an die Kantone zur Abschätzung des Finanzierungsbedarfs	
	<ul style="list-style-type: none"> • Plant Ihr Kanton, kantonale Härtefallmassnahmen zu ergreifen? • Wenn ja, in welcher Form? (Darlehen, Bürgschaften, Garantien und/oder rückzahlbare Beiträge) • Erste Schätzung zum <i>gesamten</i> Mittelbedarf in Ihrem Kanton (à fond perdu-Beiträge und Verluste aus Darlehen, Bürgschaften und Garantien, wovon der Bund die Hälfte tragen müsste)
Kantonale Härtefallmassnahmen	Es sind nicht rückzahlbare Beiträge bis zur Höhe der nicht gedeckten Fixkosten und nicht vermeidbaren variablen Kosten nach Abzug der erzielten, bzw. erzielbaren Einkünfte inkl. Kurzarbeitsentschädigung, etc. vorgesehen. Die Beiträge werden unter Vorbehalt periodisch einzureichender aktualisierter Belege gesprochen und gestaffelt ausbezahlt werden.
Schätzung Gesamt-mittelbe-darf	<p>Der Kanton Schaffhausen befürwortet die Bereitstellung von Bundesmitteln in der Höhe von 400 Mio. Franken.</p> <p>Angesichts des Umstandes, dass viele Unternehmen ihre Reserven sowie ihre über Covid-Bürgschaften abgesicherten Darlehen zwischenzeitlich aufgebraucht haben, sind die vorgeschlagenen 200 Mio. Franken Bundes deutlich zu knapp bemessen.</p>

6. Abschnitt: Kapitalverlust und Überschuldung und 7. Abschnitt: Schlussbestimmungen

Thema	Bemerkung/Anregung

Fehler! Verweis- quelle konnte nicht ge- funden werden.	
Fehler! Verweis- quelle konnte nicht ge- funden werden.	
Fehler! Verweis- quelle konnte nicht ge- funden werden.	

Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
so.ch

Eidgenössische Finanzverwaltung EFV
Bundesgasse 3
3003 Bern

13. November 2020

Vernehmlassung zur Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartementes EFD hat mit Schreiben vom 4. November 2020 die Kantone zur Vernehmlassung zur Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung) eingeladen. Für die detaillierte Rückmeldung verweisen wir auf das Antwortformular in der Beilage. Es ist uns wichtig, folgende Punkte des Antwortformulars hervorzuheben:

Grundsätzlich unterstützen wir den Erlass der Covid-19-Härtefallverordnung und wir sind derzeit ebenfalls an der Erarbeitung einer Härtefallverordnung. Wir sehen aber auch, dass je nach Inanspruchnahme der Härtefallmassnahmen pro Unternehmen nur geringe Mittel zur Verfügung stehen werden.

Des Weiteren vertreten wir die Ansicht, dass der Bund mehr Mittel zur Verfügung stellen muss und mehr als die Hälfte der Kosten und Verluste, welche einem Kanton aus seinen Härtefallmassnahmen entstehen, tragen sollte. Immerhin erfolgte die behördliche Schliessung im März 2020 aufgrund einer Anordnung des Bundes und die Kantone tragen im Zusammenhang mit den hohen Gesundheitskosten (inkl. der hohen Entschädigungen an die Spitäler) und den künftig anfallenden Sozial- und Bildungskosten bereits eine grosse finanzielle Last.

Die Gesuchsprüfung wird zweifelsohne komplex sein, so dass wir anregen, Schlüsselbegriffe klar zu definieren und die Verfahren möglichst einfach zu gestalten. Auch für Gesuchstellende wird die Einreichung von Unterlagen komplex werden. Entsprechend erachten wir es auch als zielführend, dass der Bund ein zentrales Gesuchsportal sowie entsprechende Vorlagen und Merkblätter analog den Covid-19-Bürgschaften einrichtet. Dieses Portal wurde im Zusammenhang mit den Covid-19-Bürgschaften sehr geschätzt und hat sich als wahre Unterstützung herausgestellt.

Für die Möglichkeit, eine Stellungnahme abgeben zu dürfen, bedanken wir uns bestens.

Mit freundlichen Grüßen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Brigit Wyss
Frau Landammann

sig.
Andreas Eng
Staatsschreiber

Beilage: Antwortformular



Antwortformular: Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Regierungsrat des Kantons Solothurn

Abkürzung der Firma / Organisation :

Adresse : Rathaus

Kontaktperson : Sarah Koch

Telefon : 032 627 95 27

E-Mail : sarah.koch@awa.so.ch

Datum : 13.11.2020

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Tabellenzeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word-Dokument** bis am **13. November 2020** an folgende E-Mail Adressen: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme!

Allgemeine Bemerkungen

Der Unterstützungsbeitrag von 200 Mio. Franken ist aufgrund der aktuellen Entwicklung ungenügend. Die Situation hat sich in den letzten Wochen wieder verschärft und je nach Betroffenheit haben die Kantone einschneidende Massnahmen getroffen, was zu Unterstützungsbedarf führt. Die Höhe des Beitrages für Härtefallmassnahmen ist daher auf 1 Mia. Franken zu erhöhen. Angesichts der grossen finanziellen Last, welche die Kantone im Zusammenhang mit den hohen Gesundheitskosten (inkl. hohe Entschädigungen an die Spitäler) tragen und welche künftig im Zusammenhang mit Sozial- und Bildungskosten ebenfalls anfallen wird, ist eine Aufteilung der Kosten 80 % durch den Bund und 20 % durch die Kantone gerechtfertigt.

1. Abschnitt: Grundsatz

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 1 Abs. 1	Dieser Artikel sieht vor, dass sich der Bund zur Hälfte an den Kosten oder Verlusten, die einem Kanton aus seinen Härtefallmassnahmen für Unternehmen entstehen, beteiligt. Wir erachten eine hälfte Teilung als ungerechtfertigt und schlagen stattdessen eine Teilung der Kosten bzw. Verluste von 80% durch den Bund und 20% durch die Kantone vor. Angesichts der grossen finanziellen Last, welche die Kantone im Zusammenhang mit den hohen Gesundheitskosten (inkl. hohe Entschädigungen an die Spitäler) tragen und welche künftig im Zusammenhang mit Sozial- und Bildungskosten ebenfalls anfallen wird, ist eine Aufteilung der Kosten 80 % durch den Bund und 20 % durch die Kantone gerechtfertigt.
Art. 1 Abs. 2 Bst. b	Uns stellt sich die Frage, wie Betriebsstätten/Filialen gehandhabt werden. Unserer Ansicht nach sollte der Hauptsitz für sämtliche Betriebsstätten zentral ein Gesuch einreichen. Beim föderalistischen Ansatz wird es sonst zu unterschiedlichen Spiessen und damit zu viel Rechtfertigungsarbeit kommen.

2. Abschnitt: Anforderungen an die Unternehmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 3 Abs. 1	Generell sollte im Art. 3 eine Aussage zu Mindestvolläquivalenz (VZÄ) aufgenommen werden. Unserer Ansicht nach sollte der Nebenerwerb nicht als Härtefall gelten. Wir regen daher mindestens 1 VZÄ an.
Art. 3 Abs. 1 Bst. c	Der Begriff "überwiegend" erscheint uns als zu unpräzis. Wir regen an, einen Prozentsatz zu nennen. Insbesondere bei Reisebusunternehmen muss klar definiert werden, wie mit der Auslegung "Wertschöpfung überwiegend in der Schweiz" umzugehen ist.
Art. 4 Abs. 2	Was passiert mit allfälligen Konkursen, welche nach Gesuchseinreichung aber vor Auszahlung erfolgen?
Art. 4 Abs. 2 Bst. c	Aus der Vorlage geht ungenügend hervor, wie «Rückstände bei der Bezahlung von Steuerschulden» zu verstehen sind. Es macht einen grossen Unterschied, ob man beispielsweise vom Verzugszeitpunkt (gesetzlicher Fälligkeitstermin), Mahnzeitpunkt oder Betreibungszeitpunkt ausgeht. Unserer Ansicht nach sollte die Auslegung dieser Bestimmung nicht im Ermessen jedes einzelnen Kantons liegen. Daher regen wir an, diese Bestimmung, nicht zuletzt zur Gewährung einer einheitlichen Praxis innerhalb der Schweiz, in den Erläuterungen

	<p>zu präzisieren. Unserer Ansicht nach ist der Zeitpunkt der Mahnung angemessen, damit die Voraussetzungen als nicht erfüllt erwachtet werden können.</p>
Art. 5	<p>Der Umsatz muss klarer definiert sein, so dass sich möglichst keine Auslegungsfragen stellen. Stellt der Bund auf Art. 959b OR ab?</p> <p>Wie werden beispielsweise a.o. Erträge aus dem Geschäftsjahr 2019 bereinigt?</p> <p>Wir regen an, dass das SECO den Unternehmen ein Formular zu Umsatzangaben zur Verfügung stellt. So können die detaillierten Umsätze und Aufrechnungen von Kurzarbeit etc. transparent und vordefiniert eingegeben werden. Damit werden gleich lange Spiesse für alle geschaffen.</p> <p>Unternehmen, die keine Entlassungen vorgenommen haben, sondern versuchen, die Mitarbeitenden weiterhin zu beschäftigen, werden mit der Aufrechnung der Kurzarbeitsentschädigung auf den Umsatz benachteiligt resp. bestraft. Diese Aufrechnung ist unter diesem Aspekt gegebenenfalls zu überprüfen.</p>
Art. 6	<p>Wir begrüssen die Bestimmung, wonach eine Kapitalgesellschaft, die von einer nicht rückzahlbaren Unterstützung profitiert, während einer gewissen Zeit keine Dividenden oder Tantiemen ausschütten darf. Wir schlagen zusätzlich vor, dass diese Bestimmung noch mit einem Verbot einer signifikanten Lohnerhöhung für Mitarbeitende des Unternehmens, die über eine qualifizierte Beteiligung an der Gesellschaft verfügen, ergänzt wird.</p>

3. Abschnitt: Anforderungen an die Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 7	Die Kombination der Hilfen sollte ermöglicht werden.
Art. 9	<p>Die Bestimmung verlangt von den Kantonen, dass sie in den Verträgen oder den Verfügungen die Rechtsgrundlage für die notwendigen Datenbekanntgaben schaffen.</p> <p>In Verfügungen können keine Rechtsgrundlagen für eine Datenbekanntgabe vorgesehen werden. Wir regen daher an, Art. 9 derart anzupassen, dass die Bestimmung selbst die rechtliche Grundlage für die notwendigen Datenbearbeitungen schafft.</p> <p>Wir machen folgenden Formulierungsvorschlag:</p> <p>Die Kantone können bei anderen Amtsstellen von Bund und Kantonen Daten zum betreffenden Unternehmen einholen oder diesen Daten zu dem Unternehmen bekannt geben, soweit dies für die Beurteilung der Gesuche, die Bewirtschaftung der Unterstützungen und die Missbrauchsbekämpfung nötig ist.</p> <p>Im Übrigen weisen wir darauf hin, dass mit dieser Formulierung das Steuergeheimnis <u>nicht</u> durchbrochen wird.</p>

4. Abschnitt: Verfahren und Zuständigkeiten

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 13	Es wird angeregt, dass der Bund zentral ein Gesuchsportal analog den Covid-19-Bürgschaften (Antragsformular mit Pflichtfeldern, Vorlage für Umsatzangaben etc.) einrichtet. Dies analog Art. 18 Abs. 2 "eine durch das SECO zur Verfügung gestellte Informatiklösung.

Art. 14	Bund beteiligt sich mit 1 Mia. Franken.
Missbrauchsbekämpfung	[Bemerkungen/Anregungen zur Ausgestaltung und konkreten Umsetzung der Missbrauchsbekämpfung]

5. Abschnitt: Beiträge des Bundes und Berichterstattung der Kantone

Thema	Bemerkung/Anregung
Zusatzfragen an die Kantone zur Abschätzung des Finanzierungsbedarfs	
<ul style="list-style-type: none">• Plant Ihr Kanton, kantonale Härtefallmassnahmen zu ergreifen? Ja• Wenn ja, in welcher Form? (Darlehen, Bürgschaften, Garantien und/oder rückzahlbare Beiträge) Primär nicht rückzahlbare Beiträge, sekundär Darlehen• Erste Schätzung zum gesamten Mittelbedarf in Ihrem Kanton (à fond perdu-Beiträge und Verluste aus Darlehen, Bürgschaften und Garantien, wovon der Bund die Hälfte tragen müsste) Keine Schätzung vorhanden	

6. Abschnitt: Kapitalverlust und Überschuldung und

7. Abschnitt: Schlussbestimmungen

Thema	Bemerkung/Anregung



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Eidgenössische Finanzverwaltung EFV

Antwortformular: Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Kanton Schwyz

Abkürzung der Firma / Organisation : Volkswirtschaftsdepartement

Adresse : Bahnhofstrasse 15, Postfach 1180, 6431 Schwyz

Kontaktperson : Peter Reichmuth

Telefon : 041 819 16 52

E-Mail : vd@sz.ch

Datum : 10. November 2020

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Tabellenzeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word-Dokument** bis am **13. November 2020** an folgende E-Mail Adressen: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme!

Allgemeine Bemerkungen

Die Verordnung erscheint sinnvoll ausgestaltet. Es wird der Freiraum geschaffen, damit die Kantone spezifisch agieren können. Das ist durchaus ein Vorteil, geht aber auf die Kosten der Einheitlichkeit zwischen den Kantonen.

1. Abschnitt: Grundsatz

Thema	Bemerkung/Anregung

2. Abschnitt: Anforderungen an die Unternehmen

Thema	Bemerkung/Anregung

3. Abschnitt: Anforderungen an die Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 8 Höchstgrenzen	Bei den nicht rückzahlbaren Beiträgen ist derzeit ein Höchstbeitrag von 10% des Jahresumsatzes vorgesehen. Zu prüfen ist eine Erhöhung auf 20%, um je nach kantonalen Strukturen und Voraussetzungen eine substanziale Wirkung erzielen zu können.
Art. 9 Datenaustausch	Dem Datenaustausch kommt eine hohe Bedeutung zu. Es wäre wünschenswert, dass jeder Kanton ein «point of contact» anzugeben hat, der für Anfragen des SECO oder von anderen Kantonen zuständig ist. Das SECO sollte das entsprechende Adressverzeichnis zentral führen. Damit kann ein rascher und effizienter Ablauf des Prozesses der Informationsbeschaffung sichergestellt werden.
Art. 11 Missbrauchsbekämpfung	Die Vorgaben zur Bewirtschaftung und Missbrauchsbekämpfung sind vage formuliert. Wir bitten um genauere Definitionen.
	Weiter ist zwingend vorzusehen, dass der Antragsteller mindestens die Zahlen aus der Erfolgsrechnung durch seinen Treuhänder bestätigen lässt und allenfalls auch Hilfe für die mittelfristige Finanzplanung bezieht.

4. Abschnitt: Verfahren und Zuständigkeiten

Thema	Bemerkung/Anregung
Elektronische Gesuchstellung und Abwicklung	Beim Verfahren ist analog vorzugehen wie bei den Start-up-Bürgschaften. Erforderlich ist ein Selbstdeklarationsformular, welches über die easygov-Plattform des Bundes läuft. Die Antragstellung erfolgt elektronisch und auch das Reporting kann über die gleiche Plattform erfolgen. Gleichzeitig muss jedoch die Möglichkeit für den Kanton bestehen, das Antragsformular zu individualisieren, damit die Bestimmungen und Bedürfnisse des Kantons berücksichtigt werden können. Auf diese Weise können die Prozesse vereinfacht und die Anträge effizient behandelt werden.

5. Abschnitt: Beiträge des Bundes und Berichterstattung der Kantone

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 17 Zahlungszeitpunkt	Die Angaben zum Zahlungszeitpunkt widersprechen sich: Art. 17 Abs. 2 Bst. c hält fest, dass die Beiträge des Bundes bei nicht rückzahlbaren Beiträgen dem Kanton <i>bei deren Ausrichtung</i> ausbezahlt werden. Nach Art. 18 Abs. 3 stellen die Kantone dem SECO die Rechnung für ein Jahr gesamthaft zu. Im Gegensatz zu Darlehen und Bürgschaften macht eine jährliche Rechnung bei nicht rückzahlbaren Beträgen wenig Sinn. Der Widerspruch bei den nicht rückzahlbaren Beiträgen müsste aufgelöst werden.
Art. 16 Prüfung durch SECO	Das SECO muss die kantonale Härtefallregelung prüfen. Da diese teilweise innerhalb der parlamentarischen Prozesse erlassen werden, sollte der Bund eine Vorprüfung des SECO ermöglichen. Das bedeutet, der Kanton kann bereits im Erarbeitungsprozess eine Bestätigung des SECO einholen, dass die Regelung in dieser Form akzeptiert wird. Ansonsten verabschiedet der Kanton vielleicht etwas, was gar nicht zulässig ist und es folgen entsprechende Verzögerungen. Die finale Prüfung muss natürlich weiterhin erfolgen und zwar auf Basis der verabschiedeten Regelung.

Zusatzfragen an die Kantone zur Abschätzung des Finanzierungsbedarfs

- Plant Ihr Kanton, kantonale Härtefallmassnahmen zu ergreifen?
- Wenn ja, in welcher Form? (Darlehen, Bürgschaften, Garantien und/oder rückzahlbare Beiträge)
- Erste Schätzung zum *gesamten* Mittelbedarf in Ihrem Kanton (à fond perdu-Beiträge und Verluste aus Darlehen, Bürgschaften und Garantien, wovon der Bund die Hälfte tragen müsste)

	Ja, der Kanton Schwyz plant, kantonale Härtefallmassnahmen zu ergreifen. Da der Bundesbeitrag allenfalls erhöht wird, wird der Kanton voraussichtlich ein Kostendach festlegen und gleichzeitig definieren, dass der Kanton nicht weiter geht als der Bund.
--	---

**6. Abschnitt: Kapitalverlust und Überschuldung und
7. Abschnitt: Schlussbestimmungen**

Thema	Bemerkung/Anregung

Der Regierungsrat des Kantons Thurgau

Thurgau

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches Finanzdepartement
Herr Ueli Maurer
Bundesrat
3003 Bern

Frauenfeld, 10. November 2020

Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

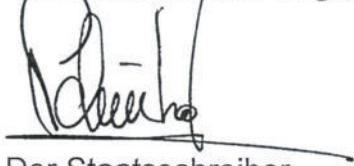
Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

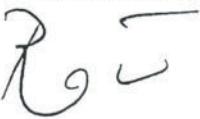
Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Entwurf der Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung) und verweisen diesbezüglich auf den beiliegenden Fragenbogen.

Mit freundlichen Grüßen

Der Präsident des Regierungsrates



Der Staatsschreiber





Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Eidgenössische Finanzverwaltung EFV

Antwortformular: Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Kanton Thurgau

Abkürzung der Firma / Organisation :

Adresse : Staatskanzlei
Regierungsgebäude
Zürcherstrasse 188
8510 Frauenfeld

Kontaktperson : Daniel Wessner

Telefon : 058 345 54 02

E-Mail : daniel.wessner@tg.ch

Datum : 10.11.2020

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Tabellezeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word-Dokument** bis am **13. November 2020** an folgende E-Mail Adressen: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme!

Allgemeine Bemerkungen

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass die wichtigen Hauptinstrumente zur Stützung der Wirtschaft weiterhin greifen, nämlich die Kurzarbeitsentschädigung, die Erwerbsersatzzahlungen an Selbstständigerwerbende sowie die Corona-Notkredite (deren Limiten von den Berechtigten oft noch nicht ausgeschöpft sind). Wir würden eine Ausweitung oder eine Wiederöffnung dieses Kreditprogramms seitens des Bundes ausdrücklich begrüßen. Entsprechend ist das nun vorgelegte Härtefallprogramm, das auf die Verteilung von staatlichen Hilfszahlungen für bestimmte Branchen hinausläuft, mit Zurückhaltung anzuwenden. Der Staat soll und kann nicht jedes Unternehmen retten. Das Programm sollte deshalb eng auf Unternehmen beschränkt bleiben, für welche die behördlichen Anordnungen im Zusammenhang mit Corona einen massiven und direkten Eingriff in deren Geschäftstätigkeit bedeuten.

Aufgrund der aussergewöhnlichen volkswirtschaftlichen Situation anerkennen wir aber die Notwendigkeit einer Härtefallregelung. Die Höchstgrenzen – sowohl der Höchstbetrag im Verhältnis zur Unternehmensgrösse als auch der absolute Frankenbetrag (Art. 8) – erscheinen uns angemessen. Es besteht aber die Gefahr von Wettbewerbsverzerrungen und auch von Missbräuchen. Wir stellen dazu bei den einzelnen Bestimmungen konkrete Anträge.

Schon heute ist allerdings davon auszugehen, dass der vorgegebene Gesamtbetrag des Programms von 200 Mio. Franken rasch ausgeschöpft sein wird. Wir beantragen daher eine Aufstockung auf 400 Mio. Franken. Zu diesem Antrag verweisen wir auf die konkreten Bemerkungen zu Art. 14.

Aus gesetzestechnischer Sicht ist anzumerken, dass die Verordnung die Verpflichtungen der Unternehmen direkt regeln sollte. Es geht nicht darum, dass das Unternehmen gegenüber dem Kanton etwas bestätigt, sondern dass das Unternehmen bestimmte Voraussetzungen erfüllt. Die Bestätigung gegenüber dem Kanton ist zwar für die Gewährung des Beitrages erforderlich (Mitwirkungspflicht), aber die Voraussetzung selbst muss direkt formuliert sein. Wir verweisen dazu auf unsere Anträge bei den einzelnen Bestimmungen.

1. Abschnitt: Grundsatz

Thema	Bemerkung/Anregung
	Keine Bemerkungen

2. Abschnitt: Anforderungen an die Unternehmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 3 - 6	<p>In diesen Artikeln sollten direkt die Anspruchsvoraussetzungen aufgezählt sein, nicht die Verfahrensbestimmung, dass die Unternehmen gegenüber dem Kanton etwas zu belegen haben.</p> <p>Es gehört zu jedem Verfahren, dass die Erfüllung der Anspruchsvoraussetzungen durch entsprechende Belege dokumentiert und bestätigt sein müssen.</p>
Art. 4	In Abs. 3 lit. a sollten direkt die Beispiele aus den Erläuterungen aufgezählt sein: Verzicht auf Dividende, Tantiemen, Verzicht auf Aktionärsdarlehen etc.

3. Abschnitt: Anforderungen an die Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 8	Die Höchstgrenzen sind angemessen und zu begrüssen.
Art. 11	Der Bund überlässt die Missbrauchsbekämpfung den Kantonen. Dabei wäre allerdings zu wünschen, dass die Verordnung die Massnahmen zur Missbrauchsbekämpfung direkt nennen würde, um eine unterschiedliche Praxis in den Kantonen möglichst zu vermeiden. Härtefallmassnahmen sollten nur in klaren Fällen gewährt werden. Die Unternehmen und ihre Geldgeber müssen ein gewisses Grundrisiko selbst tragen.

4. Abschnitt: Verfahren und Zuständigkeiten

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 12 Abs. 2	Hierhin gehört eigentlich die in den Art. 3 – 6 immer wieder genannte Verfahrensvorschrift, dass die Gesuchsteller ihre Angaben und die Erfüllung der Anspruchsvoraussetzungen durch entsprechende Belege zu dokumentieren und zu bestätigen haben.
Art. 12 Abs. 3	Abs. 3: Es ist ausdrücklich zu begrüssen, dass die Kantone für die Prüfung Dritte beziehen können. Dies ist hilfreich für eine unabhängige, unpolitische und fachspezifische Beurteilung der Gesuche und Verteilung der Mittel.

5. Abschnitt: Beiträge des Bundes und Berichterstattung der Kantone

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 14	Der Umfang sollte von 200 Mio. Franken auf 400 Mio. Franken aufgestockt werden. Bei 400 Mio. Franken würde der Höchstbeitrag des Bundes für den Kanton Thurgau rund 10 Mio. Franken betragen, zusammen mit dem kantonalen Betrag von 10 Mio. Franken ergibt sich dann ein Gesamtvolumen von 20 Mio. Franken. Diese Summe entspricht der im April gemachten Rückstellung des Kantons Thurgau, die als Ausfallrisiko für das erste Kreditprogramm festgelegt wurde. Eine Verteilung nach dem Giesskannen-Prinzip wird, wie bisher, auch künftig strikt abgelehnt.
Art. 16	Es bringt nichts, wenn der Kanton bestätigen muss, dass seine Regelung dem Bundesrecht entspricht. Das SECO prüft gemäss Art. 16 Abs. 2 die Vereinbarkeit der kantonalen Bestimmungen mit dem Bundesrecht. Wenn ein Kanton seine Regelung einreicht, kann das SECO davon ausgehen, dass der Kanton der Auffassung ist, die Regelung entspreche dem Bundesrecht. Eine zusätzliche kantonale Bestätigung ist unnötig.

**6. Abschnitt: Kapitalverlust und Überschuldung und
7. Abschnitt: Schlussbestimmungen**

Thema	Bemerkung/Anregung
	Keine Bemerkungen

Numero
5790

fr

0

Bellinzona
11 novembre 2020

Consiglio di Stato
Piazza Governo 6
Casella postale 2170
6501 Bellinzona
telefono +41 91 814 41 11
fax +41 91 814 44 35
e-mail can@ti.ch
web www.ti.ch

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Spettabile
Amministrazione federale delle finanze AFF

invio per posta elettronica:
Marianne.Widmer@efv.admin.ch
Lukas.Hohl@efv.admin.ch

Modulo di risposta: ordinanza sui provvedimenti per i casi di rigore concernenti le imprese in relazione all'epidemia di COVID-19 (ordinanza COVID-19 sui casi di rigore)

Egregi Signori, Gentili Signore,

vi ringraziamo per averci consultato e vi ritorniamo il modulo di risposta con le nostre osservazioni.

Vogliate gradire i nostri più cordiali saluti.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente:

Norman Gobbi

Il Cancelliere:

Arnoldo Coduri

Copia:

- Divisione economia (dfe-de@ti.ch);
- Delegato per le relazioni esterne (francesco.quattrini@ti.ch);
- Deputazione ticinese alle camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch);
- Pubblicazione in internet.

Allegato:

- Citato



**Modulo di risposta: ordinanza sui provvedimenti per i casi di rigore
concernenti le imprese in relazione all'epidemia di COVID-19 (ordinanza
COVID-19 sui casi di rigore)**

Parere

Nome / Impresa / Organizzazione: Repubblica e Cantone Ticino

Acronimo dell'impresa / dell'organizzazione: TI

Indirizzo:

Persona di contatto: Valesko Wild

N. di telefono: 091 814 35 39

Indirizzo e-mail: valesko.wild@ti.ch

Data: 12 novembre 2020

Indicazioni importanti

1. Non apportare modifiche alla formattazione del modulo.
2. Compilare una riga della tabella per ogni articolo, capoverso, lettera e capitolo delle spiegazioni.
3. Inviare il parere elettronico in **formato Word** entro il **13 novembre 2020** ai seguenti indirizzi e-mail: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch

Grazie della collaborazione!

Osservazioni generali

Si ringrazia per l'opportunità di prendere posizione in merito all'Ordinanza COVID-19 sui casi di rigore.

Si osserva in entrata che la dotazione finanziaria prevista dalla Confederazione, alla luce della nuova situazione epidemiologica, è ritenuta insufficiente. La dotazione complessiva dovrebbe essere aumentata così come la ripartizione finanziaria - tenuto conto della responsabilità a livello delle politiche congiunturali della Confederazione - andrebbe rivista con una maggiore presa a carico da parte della Confederazione rispetto ai Cantoni. Riteniamo inoltre andrebbero riattivati i crediti Covid-19 anche per far fronte alla seconda ondata.

Riteniamo qui importante rilevare che la procedura di partecipazione dei Cantoni, secondo la quale è necessario negoziare bilateralemente con la Confederazione un accordo e ottenerne in seguito una formale ratifica, così come il fatto che è richiesta la valutazione dei dati aziendali relativi al 2020, rendono difficile immaginare di poter rendere operativo lo strumento prima dell'inizio del 2021.

Si ritiene per contro condivisibile la possibilità per i Cantoni di ricorrere a terzi per l'esame delle richieste. Tenuto conto della natura dell'operazione, chiediamo che in particolare le cooperative di fideiussione siano messe nella condizione di accogliere eventuali richieste di supporto da parte dei Cantoni.

Sezione 1: Principio

Tema	Osservazioni / Suggerimenti
------	-----------------------------

Sezione 2: Requisiti delle imprese

Tema	Osservazioni / Suggerimenti
Art. 3 cpv. 1 lett. a.	Ai fini di disporre di elementi sufficienti per una verifica efficace delle richieste e di lotta agli abusi, si ritiene più conforme considerare le imprese iscritte prima del 1 gennaio 2019, in modo che l'esercizio 2019 sia completo.
Art. 3 cpv. 1 lett. b.	Riteniamo che un'impresa con una cifra d'affari di soli 50'000 franchi sia difficilmente in grado in Svizzera di sostenere uno stipendio. Ai fini della verifica della cifra d'affari, chiediamo perlomeno che l'impresa sia assoggettata IVA già a partire dall'esercizio 2019.
Art. 3 cpv. 1 lett. c.	Chiediamo di precisare cosa si intende per "aver creato il loro valore aggiunto preventivamente in Svizzera". Non è chiaro come questo punto debba poi essere verificato.
Art. 3 cpv. 3	Estremamente problematico. Si veda il commento dell'Art. 3 cpv. 1 lett. a.
Art. 4 cpv. 2 lett. a	Chiediamo di esplicitare il concetto di "eccessivamente indebitate", richiamando l'art. 725 cpv. 2 Codice delle obbligazioni, e prevedendo la possibilità, per le società che hanno intrapreso misure di cui sono in grado di produrre la documentazione (es. convenzione di postergazione, rogito inherente l'aumento di capitale, ecc.), di poter inoltrare ugualmente richiesta.
Art. 4 cpv. 3	Chiediamo di includere, tra le misure di autofinanziamento ragionevolmente esigibili, le misure d'emergenza IPG e ILR, che devono essere state effettivamente richieste

	dall'impresa. Parimenti, si ritiene di voler aggiungere alle misure di autofinanziamento ragionevolmente esigibili, effettive e documentate negoziazioni con i locatari di spazi commerciali con l'obiettivo di ottenere dilazioni o sconti nel pagamento degli affitti.
Art. 5 cpv. 2	L'inclusione nel computo della cifra d'affari 2020 delle indennità ILR rischia di avvantaggiare società che hanno operato dei licenziamenti, a scapito delle imprese che si sono impegnate a mantenere il contingente di lavoratori. Chiediamo pertanto che alla cifra d'affari 2020 non siano sommate le indennità di lavoro ridotto. Si veda inoltre il commento all'art. 8.
Art. 5 cpv. 3	Problematico. Vale lo stesso commento dell'Art. 3 cpv. 1 lett. a.
Art 6	Non è chiaro quale tipo di verifica la SECO si attende relativamente alla non distribuzione di dividendi e tantièmes, così come al divieto di trasferimento di fondi a società del gruppo. Una verifica annuale attiva e a tappeto da parte del cantone, genera un onere non indifferente e, non da ultimo in taluni casi (trasferimenti finanziari a società vicine), è di difficile verifica.

Sezione 3: Requisiti concernenti l'impostazione dei provvedimenti per i casi di rigore

Tema	Osservazioni / Suggerimenti
Art. 7 cpv. 1	Chiediamo che la Confederazione emani delle chiare linee guida per l'attivazione di contributi a fondo perso. Chiediamo che, nel caso delle fideiussioni, siano previsti espressamente almeno due anni di sospensione dall'obbligo di restituzione.
Art. 7 cpv. 3	Chiediamo che sia data espressamente la possibilità che Cantone e Confederazione, se questo può determinare la sopravvivenza di un'azienda, provvedano al pagamento anticipato della fideiussione – almeno parzialmente e con l'obiettivo di ridurre l'esposizione dell'azienda – e questo per l'intero periodo di validità del prestito garantito (10 anni). Qualora la Confederazione escludesse di partecipare al pagamento anticipato della fideiussione, si chiede che la fideiussione pagata anticipatamente dal Cantone venga riconosciuta nella quota parte cantonale in caso di escusione della fideiussione.
Art. 7 cpv. 4	Si ritiene condivisibile la possibilità per i Cantoni di ricorrere a terzi per la concessione e la gestione delle fideiussioni. Chiediamo che le cooperative di fideiussione siano messe nella condizione di accogliere eventuali richieste di supporto da parte dei Cantoni.
Art. 8	Si veda il commento all'art. 5 cpv. 2. Chiediamo pertanto di considerare nel calcolo del contributo le indennità di lavoro ridotto ricevute.
Art. 10	Non è chiaro il termine entro cui le imprese potranno fare richiesta dei provvedimenti per i casi di rigore. Tenuto conto che il 31 dicembre 2021 è stato definito come termine per le richieste di rimborso alla Confederazione da parte dei Cantoni, data entro la quale i provvedimenti per i casi di rigore dovranno essere stati decisi (art. 10 cpv. 1) o addirittura versati (art. 10 cpv. 2), il termine per l'inoltro delle richieste da parte delle imprese dovrà essere sufficientemente anticipato (settembre 2021), in modo da permettere ai Cantoni la formulazione delle relative decisioni. Chiediamo che il cpv. 2 sia riformulato analogamente al cpv. 1, "stanziati o versati".

Sezione 4: Procedura e competenze

Tema	Osservazioni / Suggerimenti
Art. 12	<p>L'iter proposto, che prevede l'analisi dei singoli casi su dati che non sono immediatamente disponibili e verificabili, è ritenuto inadeguato per rispondere alle necessità delle aziende particolarmente colpite e per un'efficace lotta agli abusi.</p> <p>Si ritiene per contro condivisibile la possibilità per i Cantoni di ricorrere a terzi per l'esame delle richieste. Tenuto conto della natura dell'operazione, chiediamo che in particolare le cooperative di fideiussione siano messe nella condizione di accogliere eventuali richieste di supporto da parte dei Cantoni.</p>
Lotta agli abusi	<p>Chiediamo che, conformemente al principio di lotta agli abusi, la Confederazione metta a disposizione le informazioni di cui dispone (in particolare, crediti COVID-19) attraverso una procedura semplice e rapida. Possibilmente, le richieste dovrebbero poter essere inoltrate e trattate via EasyGov.swiss. Rispettivamente, nel caso delle fideiussioni, in virtù della loro esperienza, dovranno poter essere attivate le cooperative di fideiussione.</p>

Sezione 5: Contributi della Confederazione e rapporti dei Cantoni

Tema	Osservazioni / Suggerimenti
Art. 18	<p>La rendicontazione mensile risulta essere parecchio impegnativa dal punto di vista delle risorse e delle informazioni richieste. Tenuto conto che i Cantoni potranno ricorrere a enti terzi, un rapporto bimestrale o trimestrale, da parte ad esempio della cooperativa di fideiussione, potrebbe essere più realistico.</p>

Domande supplementari destinate ai Cantoni per la valutazione del fabbisogno finanziario

- Il vostro Cantone prevede di adottare provvedimenti cantonali per i casi di rigore?
- In caso affermativo, in che forma (mutui, fideiussioni, garanzie e/o contributi rimborsabili)?
- Prima stima dell'*intero* fabbisogno di fondi finanziari nel vostro Cantone (contributi a fondo perduto e *perdite* da mutui, fideiussioni e garanzie a cui la Confederazione dovrebbe partecipare per metà).

	<p>Il Canton Ticino intende adottare i provvedimenti cantonali per i casi di rigore in conformità con l'art. 12 Legge COVID e la relativa Ordinanza. A tal proposito, l'amministrazione cantonale sta già verificando la possibilità di richiamare la clausola d'urgenza prevista dal diritto cantonale in modo da permettere l'adesione del Cantone al programma federale a partire dal 1 dicembre 2020.</p> <p>Tenuto conto delle argomentazioni qui illustrate, il Cantone Ticino sta valutando se ricorrere allo strumento della fideiussione in collaborazione con la cooperativa di fideiussione CF Sud, prevedendo in una seconda fase la possibilità di pagamento anticipato parziale o totale della fideiussione, oppure ricorrere a contributi a fondo perso.</p> <p>L'intero fabbisogno finanziario per i provvedimenti destinati ai casi di rigore – senza la parte dei costi di gestione, che sarà integralmente presa a carico dal Cantone – ammonta a 17.3 milioni di franchi (di cui metà a carico della Confederazione).</p>
--	---

	I dettagli saranno definiti in uno specifico messaggio che sarà sottoposto al Gran Consiglio dopo la firma dell'accordo di partecipazione con la SECO.
--	--

Sezione 6: Perdita di capitale ed eccedenza dei debiti / Sezione 7: Disposizioni finali

Tema	Osservazioni / Suggerimenti
Art. 20	<p>L'art 725 cpv 1 CO, recita che "Se risulta dall'ultimo bilancio annuale che la metà del capitale azionario e delle riserve legali non è più coperta, il consiglio d'amministrazione convoca immediatamente l'assemblea generale e le propone misure di risanamento". In generale, nel calcolo sono computabili solo voci appartenenti al Capitale proprio (riserve di varia natura, aggio, apporti in capitale, risultati riportati, ecc.). Eventuali mutui o crediti garantiti non avrebbero nessuna incidenza in alcun caso sul calcolo della copertura del capitale.</p> <p>Tale precisazione invece è rilevante e appropriata per quanto attiene la determinazione dell'eccedenza di debiti ai sensi dell'art 725 cpv 2 CO.</p>



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Eidgenössische Finanzverwaltung EFV

Antwortformular: Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Kanton Uri / Volkswirtschaftsdirektion

Abkürzung der Firma / Organisation : Kt. UR / VD

Adresse : Klausenstrasse 4, 6460 Altdorf

Kontaktperson : Christian Raab, Generalsekretär VD

Telefon : 041 875 24 00

E-Mail : christian.raab@ur.ch

Datum : 9. November 2020

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Tabellenzeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word-Dokument** bis am **13. November 2020** an folgende E-Mail Adressen: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme!

Allgemeine Bemerkungen

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Kanton Uri bedankt sich für die Möglichkeit der Stellungnahme zum Entwurf der Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie.

Wir begrüssen und unterstützen die rasche Umsetzung von Art. 12 des Covid-19-Gesetzes über die Härtefallverordnung. Damit den notleidenden Branchen und Unternehmen möglichst schnell und effizient geholfen werden kann und Arbeitsplätze erhalten werden können, braucht es möglichst pragmatische Bestimmungen auf Verordnungsebene. Die administrativen Hürden und Aufwände sollen sowohl für den Bund wie auch für die Kantone so gering wie möglich gehalten werden, ohne das Missbrauchsrisiko zu begünstigen. Den Kantonen sollte auch grösstmögliche Freiheit bei der Ausgestaltung ihrer eigenen Erlasse gewährt werden. Teilweise sind die Kantone – wie beispielsweise der Kanton Uri – bei der Härtefallhilfe bereits dem Covid-19-Gesetz vorangegangen, ohne auf Bundeshilfe zurückgreifen zu können. Diesem Umstand sollte dadurch Rechnung getragen werden, dass bereits vor dem Inkrafttreten des Covid-19-Gesetzes ausbezahlte kantonale Härtefallbeiträge für die Auszahlung von Bundesbeiträgen angerechnet werden können.

Wir möchten darauf hinweisen, dass die Härtefallhilfe nur ein Teil der staatlichen Stützungsmassnahmen für die Wirtschaft sein kann. Es ist zwingend, dass die bisher bewährten Unterstützungsmaßnahmen weitergeführt und allenfalls ausgeweitet bzw. wiedereingeführt werden, wenn es die Situation erfordert. Besonders die Wiedereinführung der Liquiditätshilfen mit verbürgten Covid-19-Krediten würde Unternehmen mit intakten mittelfristigen Zukunftsaussichten (v.a. Reisebranche) zusätzliche Sicherheit geben, die sie für die Bewältigung der 2. Welle der Pandemie dringend brauchen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

1. Abschnitt: Grundsatz

Thema	Bemerkung/Anregung
Grundsatz	Wir sind mit den grundsätzlichen Bestimmungen der Verordnung einverstanden.

2. Abschnitt: Anforderungen an die Unternehmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Vermögens- und Kapitalsituation	<p>Art. 4 Abs. 1 Bst c</p> <p>Wir befürworten explizit das Doppelsubventionierungsverbot mit den genannten anderen Bereichen (Kultur, Sport, öV, Medien).</p> <p>Jedoch sind wir dezidiert der Meinung, dass das Verbot <u>nicht</u> für Vermieterinnen und Vermieter gelten darf, die dereinst allenfalls auch eine Härtefallentschädigung gemäss Geschäftsmietegesetz erhalten. Aufgrund der unterschiedlichen Inkrafttretungs-Zeitpunkte von Härtefallverordnung und Geschäftsmietegesetz würde eine grosse Unsicherheit entstehen, für welche Hilfsmassnahme man sich letztlich «entscheiden» soll.</p>

dito	<p>Art. 4 Abs. 2 Bst. a - c</p> <p>Es muss genügen, dass die Erklärungen zu Bst. a – c zu über eine Selbstdeklaration im Antragsverfahren erfolgen kann.</p>
dito	<p>Art. 4 Abs. 2 Bst. d</p> <p>Es wird nicht möglich sein, dass mit einem Härtefallbeitrag in allen Fällen die Sicherung eines Unternehmens über mehr als ein Jahr (gemäss Definition des Zeithorizonts der Mittelfristplanung) glaubhaft aufgezeigt werden kann. Reisebüros haben aktuell vielleicht einen Planungshorizont bis Mitte 2021, danach ist vieles offen. Zudem wird die Mittelfristplanung sehr lang, wenn Anfang 2021 ein Antrag eingereicht wird. Dann müsste diese ja gemäss Erläuterung bis Ende 2022 dauern.</p> <p>Der Zeithorizont für die Mittelfristplanung muss demnach anders definiert werden. Vorschlag: 9 Monate ab Gesucheingabe.</p>
Umsatzzrückgang	<p>Art. 5 Abs. 1</p> <p>Als Bemessungsgrundlage gilt der Jahresumsatz 2020. Es gibt Unternehmen, die mit den bisherigen Unterstützungsmassnahmen relativ gut über die erste Phase der Pandemie gekommen sind, die jetzt aber von der 2. Welle stark getroffen werden. Die Pandemie geht aber auf unbestimmte Zeit weiter und wird auch im 2021 seine negativen Wirkungen auf die Unternehmen haben. Der Referenzumsatz sollte sich deshalb nicht nur auf das Jahr 2020 beschränken. Es ist eine Lösung zu finden, wie auch Umsatzausfälle im 2021 berücksichtigt werden können.</p>
Einschränkung der Verwendung	<p>Art. 6 Bst. a</p> <p>Der Ausschüttungsstopp während 5 Jahren nach Erhalt eines nicht rückzahlbaren Beitrags ist zu lang. Empfehlung: 3 Jahre</p>

3. Abschnitt: Anforderungen an die Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Höchstgrenzen	<p>Art. 8 Abs. 2</p> <p>Die Beitrags-Höchstgrenze von max. 10 Prozent des Jahresumsatzes kann je nach Branche nicht ausreichen, um eine nachhaltige Sicherung eines Unternehmens für die Dauer der mittelfristigen Finanzplanung gemäss Art 4, Abs. 2 Bst. sicherzustellen. Empfehlung: Erhöhung der Höchstgrenze auf 20 Prozent.</p> <p>Sollte die Höchstgrenze von 10 Prozent beibehalten werden, müsste sie durch flankierende Massnahmen zur Liquiditätssicherung (z.B. Wiedereinführung Covid-19-Kredite) ergänzt werden.</p>
Zeitlicher Rahmen	<p>Art. 10 Abs. 2</p> <p>Der Kanton Uri setzt seit Juni 2020 ein eigenes Härtefallprogramm um. Er hat bereits vor Inkrafttreten des COVID-19-Gesetzes à fonds perdu-Härtefallbeiträge an Unternehmen ausbezahlt. Solche Beiträge müssen auch für die Auslösung von Bundesmitteln berücksichtigt werden können, da die Auszahlung dieser kantonalen Beiträge dem Sinn und Zweck der Härtefallverordnung und des COVID-19-Gesetzes entsprechen.</p>

	Änderungsantrag : [...] werden zwischen dem Inkrafttreten des Covid-19-Gesetzes dem 15. März 2020 und dem 31. Dezember 2021 ausbezahlt.]
Missbrauchsbekämpfung	Art. 11 Bst. b Die Sicherstellung der Missbrauchsbekämpfung sollte wenn möglich weitgehend im Antragsverfahren durch Selbstdeklaration erfolgen können.

4. Abschnitt: Verfahren und Zuständigkeiten

Thema	Bemerkung/Anregung
Kantonale Zuständigkeit	Art. 13 Abs. 1 Es ist unklar, wie bei Unternehmen verfahren wird, die Niederlassungen in anderen Kantonen haben. Um zu vermeiden, dass Unternehmen über verschiedene Kantone Mittel beziehen, sollten nur im Hauptsitzkanton Antrag gestellt werden können.

5. Abschnitt: Beiträge des Bundes und Berichterstattung der Kantone

Thema	Bemerkung/Anregung
Gesamtbetrag	Art. 14 Der Betrag ist aufgrund des Verlaufs der Pandemie und der zunehmenden Betroffenheit der im Gesetz benannten Branchen, v.a. der touristischen Betriebe, wohl zu tief. Er muss aufgestockt werden. Empfehlung: CHF 400 Mio..
Zusage des Bundes zu kantonalen Regelungen	Art. 16 Abs. 2 Wir bitten das Seco, die eingereichten kantonalen Regelungen schnellstmöglich zu prüfen und die Vereinbarungen zwischen Bund und Kantonen so zu gestalten, dass sie ohne Verzögerung abgeschlossen werden können. Nötigenfalls sind entsprechende Ressourcen dafür bereit zu stellen.
Art. 17 Abs. 2 Bst. c	Art. 17 Abs. 2 Bst. c Es geht aus dem Gesetzestext und der Erläuterung nicht klar hervor, wann die nicht rückzahlbaren Bundesbeiträge ausbezahlt werden. Was heisst: «bei deren Ausrichtung»? Ist damit die Ausrichtung an ein Unternehmen gemeint? Das stünde in Widerspruch zu Art. 18 Abs. 3 wonach die Kantone dem Seco für ein Jahr gesamthaft Rechnung stellen.

Zusatzfragen an die Kantone zur Abschätzung des Finanzierungsbedarfs

- Plant Ihr Kanton, kantonale Härtefallmassnahmen zu ergreifen? → Antwort: Ja
- Wenn ja, in welcher Form? (Darlehen, Bürgschaften, Garantien und/oder rückzahlbare Beiträge) → Antwort: Nicht rückzahlbare Beiträge
- Erste Schätzung zum gesamten Mittelbedarf in Ihrem Kanton (à fond perdu-Beiträge und Verluste aus Darlehen, Bürgschaften und Garantien, wovon der Bund die Hälfte tragen müsste) → Antwort: CHF 1'350'000

**6. Abschnitt: Kapitalverlust und Überschuldung und
7. Abschnitt: Schlussbestimmungen**

Thema	Bemerkung/Anregung

CONSEIL D'ETAT

Château cantonal
1014 Lausanne

Département fédéral des finances (DFF)
Bundesgasse 3
3003 Berne

Par courrier électronique en version Word et PDF à :
marianne.widmer@efv.admin.ch
lukas.hohl@efv.admin.ch

Réf. : 20_COU_3009

Lausanne, le 11 novembre 2020

Consultation fédérale - Ordonnance concernant les mesures pour les cas de rigueur destinées aux entreprises en lien avec l'épidémie de COVID-19

Madame, Monsieur,

Le Conseil d'Etat vous remercie de l'avoir consulté au sujet de l'objet cité en titre. Il se prononce comme suit sur le projet mis en consultation.

Si le Gouvernement vaudois salue le principe qui fonde le soutien aux cas de rigueur, force lui est de constater que le modèle proposé n'est pas adapté, car il a été formaté pour stabiliser les derniers effets du semi-confinement du 1^{er} semestre et non pour affronter une deuxième vague plus virulente que la première.

En préambule et en l'absence de déclaration de situation extraordinaire par le Conseil fédéral, il insiste donc sur la nécessité de composer avec le cadre légal existant pour apporter des réponses adaptées à la situation d'urgence que nous traversons. Il est à cet égard primordial que le Conseil fédéral se prononce clairement sur le maintien et la réactivation de deux instruments – la RHT étendue et les prêts COVID-19 – qui permettront de maintenir opérationnel l'essentiel des forces vives de l'économie pour que celles-ci puissent se redéployer avec le moins de dommages possibles lorsque l'activité pourra reprendre un cours normal.

A notre connaissance, la Confédération prévoyait de mettre fin au régime spécial des RHT dès janvier 2021, soit en substance, d'abroger entièrement la communication 2020/3 du SECO. En pleine résurgence, l'épidémie de COVID ne peut en aucun cas être considérée comme un risque normal d'exploitation. En conséquence, le Canton de Vaud demande de toute urgence que le Conseil fédéral prononce non seulement la prolongation du régime spécial des RHT jusqu'en juin 2021 au minimum, mais encore son extension à l'ensemble des travailleurs qui en ont bénéficié entre le 16 mars et la mi-mai, soit notamment les travailleurs à durée déterminée, les apprentis et les membres du personnel dirigeant, du moins pour les entreprises fermées par décision d'autorité. Il demande également que les délais de préavis et de carence soient suspendus pour les mêmes entreprises.

Le Gouvernement vaudois plaide également pour une réactivation du mécanisme de cautionnement mis en place lors de la 1^{ère} phase de semi-confinement, à savoir, les prêts COVID-19 I et II jusqu'à concurrence des 40 milliards initialement libérés par la Confédération au mois de mars dernier. Cet instrument permettra de soutenir les secteurs les plus affectés qui n'ont pas forcément eu recours dans un premier temps à cette possibilité.

Le Conseil d'Etat insiste sur le fait que le maintien et la réactivation de ces deux instruments sont un préalable à la mise en œuvre des mesures de soutien aux cas de rigueur. Les aides prévues dans ce contexte prendront du temps à être opérationnelles et si les RHT et les crédits-relais font défaut dans cette période, une grande partie des entreprises éligibles auront disparu avant même de percevoir les aides visées dans le cadre de l'ordonnance mise en consultation.

Concernant le projet d'ordonnance soumis à consultation, s'il salue les mesures prévues par la Confédération pour les secteurs d'activités particulièrement touchés par la crise sanitaire, le Canton de Vaud relève que son financement est largement sous-dimensionné et que le projet est trop restrictif à plusieurs égards.

En premier lieu, l'enveloppe fédérale projetée de CHF 200 millions est insuffisante et ne permettra pas de couvrir les besoins. A l'instar des cantons de Suisse Occidentale, le canton de Vaud demande que la Confédération engage CHF un milliard dans l'aide aux cas de rigueur. Sachant que l'aide fédérale ne sera libérée que si les cantons s'engagent pour les mêmes montants, l'enveloppe totale s'élèverait ainsi au maximum à CHF deux milliards, ce qui paraît indéniablement plus proportionné à la crise que nous traversons et à la durée de ces aides.

Le Conseil d'Etat demande que l'aide fédérale soit libérée en deux tranches, l'une soumise à la clé de répartition prévue dans l'ordonnance, l'autre constituant une réserve fédérale, permettant aux cantons particulièrement impactés de solliciter un appui supplémentaire lorsque leur droit initial sera épuisé. La clé de répartition, telle qu'elle est prévue à l'article 15 s'avère en effet trop rigide et prive les cantons les plus impactés de contributions importantes. En cas de non utilisation, il n'y a pas non plus de mécanismes de redistribution et en l'état, le risque existe que le montant total de l'aide fédérale ne soit pas exploité en fin d'année 2021, alors que les cantons les plus touchés auront engagé des montants très élevés.

Le Canton de Vaud propose donc que la clé de répartition prévue à l'article 15 ne s'applique que sur la première tranche d'aide. Pour la seconde tranche, le Conseil fédéral devrait en définir le mécanisme de répartition et de distribution après consultation des cantons.

En l'état du projet, plusieurs conditions sont trop restrictives et il convient de manière générale de les simplifier et d'éviter une bureaucratie excessive. A titre d'exemple, les conditions prévues à l'art. 4 impliquent des contrôles particulièrement lourds, ou encore la condition prévue à l'art. 6, lit a, ch. 2 implique d'instaurer des contrôles ultérieurs pendant cinq ans après le versement des aides. Par ailleurs, la condition prévue à l'art. 7 qui exclut le cumul de différentes formes d'aides est une contrainte inutile et contre-productive.

En tant que tel, l'ensemble de ces éléments (ainsi que des remarques sur les aspects fiscaux) sont repris dans le questionnaire annexé à la présente.

Le Conseil d'Etat souhaite néanmoins insister sur le fait que la condition contenue à l'art. 5, al 2 est trop restrictive et non conforme à l'esprit de l'art. 12 de la loi COVID-19. Le fait d'ajouter au chiffre d'affaires en 2020 les indemnités reçues au titre des RHT et de l'APG liées au COVID-19 est injustement pénalisant. Cela a pour effet de récompenser les entreprises qui ont licencié leur personnel plutôt que de le maintenir en RHT et cela s'avère inacceptable. Il est proposé de biffer la fin de la phrase après « services fournis », quitte éventuellement à prévoir ailleurs que les mécanismes cantonaux doivent tenir compte des soutiens déjà reçus au titre de la RHT et des APG, par exemple en réduisant le montant de l'aide « Cas de rigueur » de celui des indemnités RHT et APG d'ores et déjà perçues.



CONSEIL D'ETAT

Vous sachant gré d'avoir consulté le Canton de Vaud et vous remerciant de l'attention que vous voudrez bien porter à nos déterminations, nous vous prions d'agréer, Madame, Monsieur, l'assurance de nos salutations distinguées.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRESIDENTE

Handwritten signature of Nuria Gorrite.

Nuria Gorrite

LE CHANCELIER

Handwritten signature of Vincent Grandjean.

Vincent Grandjean



Formulaire de réponse : ordonnance concernant les mesures pour les cas de rigueur destinées aux entreprises en lien avec l'épidémie de COVID-19 (ordonnance sur les cas de rigueur COVID-19)

Avis de

Nom / Entreprise / Organisation : Département de l'économie, de l'innovation et du sport vaudois

Titre court de l'entreprise / de l'organisation : DEIS

Adresse : Rue Caroline 11, 1014 Lausanne

Nom de la personne pouvant fournir des renseignements : Andreane Jordan Meier

Numéro de téléphone : 021 316 63 99

Adresse électronique : andreane.jordan@vd.ch

Date : 09.11.2020

Important:

1. Ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. Remplir une ligne par article, alinéa ou lettre de l'ordonnance ou par chapitre du rapport explicatif sur lesquels vous souhaitez faire une remarque ou une suggestion.
3. Envoyer le présent document **au format Word** d'ici au **13 novembre 2020** aux adresses électroniques suivantes: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch.

Merci de votre participation.

Remarques générales

Avant toute discussion sur les cas de rigueur, il semble primordial de déterminer une position concernant les RHT. L'épidémie de COVID ne doit pas être considérée comme un risque normal d'exploitation dès le 1er janvier 2020. Le Canton de Vaud demande ainsi une prolongation du régime spécial des RHT jusqu'en juin 2021 au minimum, sans cela toutes les aides liées aux cas de rigueur n'auront que peu de sens.

Par ailleurs, le mécanisme de cautionnement mis en place lors de la 1ère phase de semi-confinement doit être réactivé. Cet instrument permettra de soutenir les secteurs les plus affectés qui n'ont pas forcément recouru dans un 1er temps à cette possibilité.

Section 1 Principe

Thème	Remarque / suggestion
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	RAS.
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	

Section 2 Exigences relatives aux entreprises

Thème	Remarque / suggestion
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. Situation patrimoniale et	<p>L'article 4, alinéa 2 énumère des exigences trop restrictives et de nombreuses entreprises affaiblies par la pandémie se verront exclues du cercle des ayant-droits. La question des arriérés d'impôts et/ou de cotisations sociales est susceptible de toucher particulièrement l'hôtellerie-restauration, soit le secteur le plus important des domaines visés par les mesures sur les cas de rigueur.</p> <p>Dans une perspective d'application, cet article pose également d'autres difficultés :</p> <ul style="list-style-type: none"> • il appartient au requérant, au moment du dépôt de sa demande, de démontrer qu'il n'a pas de cotisations sociales et d'arriéré d'impôt au 15 mars 2020. Pour ce faire, il conviendra, en sus de la preuve que doit apporter le demandeur, que

dotation en capital	<p>ce dernier signe une déclaration sur l'honneur, qui pourra être établie également par son mandataire, qu'il n'a aucun arriéré de cotisations sociales et d'impôts selon les modalités fixées par le canton. Concomitamment, ce dernier se devra d'autoriser explicitement l'autorité d'exécution de la mesure cas de rigueur à obtenir, auprès de l'autorité fiscale, les renseignements fiscaux nécessaires à la constatation ou non de l'existence d'un quelconque arriéré d'impôts à des fins de contrôle de la condition de l'art. 4 al. 2 lit. c de l'ordonnance.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Cette aide, à l'instar de l'ensemble des mesures Covid prises jusqu'à maintenant, est, selon le droit fédéral, imposable. L'autorité d'exécution de la mesure se devra de rappeler au bénéficiaire qu'elle doit être comptabilisée et dûment déclarée à l'autorité fiscale pour la période fiscale durant laquelle elle a été perçue soit au moyen d'un compte de produit intitulé subventions ou, à défaut, produits exceptionnels et cela par l'ensemble des instruments tant légaux qu'informatifs à sa disposition. • Pour ce faire, il convient également que soit inclus un contrôle systématique de la correcte comptabilisation respectivement déclaration des mesures de soutien Covid dans les travaux menés tant par les réviseurs au compte, les auditeurs que les mandataires. • Nous préconisons l'instauration d'une base légale spécifique dans le droit fédéral afin que les autorités fiscales puissent obtenir automatiquement, de l'autorité d'exécution de la mesure cas de rigueur, les informations concernant les bénéficiaires et les montants accordés pour s'assurer que cette aide sera correctement déclarée.
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. Situation patrimoniale et dotation en capital	<p>A titre de simplification administrative, il serait utile d'alléger ces dispositions en ne prévoyant qu'une « déclaration sur l'honneur », en conformité avec l'ensemble de l'article 4, et de prévoir des sanctions pour ceux qui occulterait des éléments probants. Il serait utile d'instaurer un seuil d'aide, au-delà duquel, les entreprises devront établir un plan financier. En dessous du seuil défini, les entreprises devront uniquement satisfaire les exigences de rentabilité et de viabilité, sans fournir un plan financier.</p>
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. Recul du chiffre d'affaires	<p>A l'article 5, nous proposons d'ajouter un alinéa dans laquelle les entreprises frappées par une obligation de fermeture fédérale ou cantonale pourraient déroger à la règle du recul du chiffre d'affaires de 40% et être éligible au soutien pour cas de rigueur de manière limitée pour des coûts en lien avec la période de fermeture.</p>

Section 3 Exigences relatives à la forme des mesures pour les cas de rigueur

Thème	Remarque / suggestion
-------	-----------------------

Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. Prinzip	L'article 7, alinéa 3 de l'ordonnance prévoit qu'« une seule forme d'aide peut être sollicitée par entreprise ». Un cumul de deux types d'aide devrait être envisageable, sans perdre le bénéfice de l'aide fédérale. Il faut retirer cette disposition.
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	

Section 4 Procédure et compétences

Thème	Remarque / suggestion
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	RAS.
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	
Lutte contre les abus	[Remarques / suggestions concernant la forme et la concrétisation de la lutte contre les abus]

Section 5 Contributions de la Confédération et comptes rendus des cantons

Thème	Remarque / suggestion

Fehler! Verweis- quelle konnte nicht ge- funden werden.	<p>La somme de CHF 200 millions prévue à l'article 14 est sous-dimensionnée et ne suffira pas à couvrir les besoins. Le canton de Vaud propose une aide s'élevant à 1 milliard et de la prévoir en deux paquets :</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) un premier paquet de CHF 400 millions, distribué selon les critères définis dans la présente ordonnance ; 2) un second paquet de CHF 600 millions, qui officierait comme réserve fédérale pour appuyer les demandes plus particulières des cantons.
Fehler! Verweis- quelle konnte nicht ge- funden werden. Répara- tion entre les cantons	<p>La clé de répartition prévue à l'article 15 est trop rigide et prive les cantons les plus impactés de contributions importantes. En cas de non utilisation, il n'y a pas de mécanismes de redistribution. Il existe ainsi un risque que le montant total ne soit pas exploité en fin d'année 2021, alors que les cantons les plus touchés auront engagé des montants nettement plus élevés que leur droit à l'aide fédérale. Le canton de Vaud propose donc que la clé de répartition prévue à l'article 15 ne s'applique que sur le premier paquet de 400 millions. Les cantons qui auraient épuisé leur droit initial pourraient recourir au deuxième paquet (réserve fédérale), qui lui, ne serait pas soumis à la clé de répartition. La Confédération gèrerait cette réserve. Ce système existe pour la répartition des unités contingentaires en droit migratoire. Il est pragmatique et permet de garantir une certaine équité en adaptant l'offre aux besoins réels des cantons.</p> <p>Alternative : une répartition uniquement basée sur la population serait plus représentative des secteurs impactés par la crise</p>
Fehler! Verweis- quelle konnte nicht ge- funden werden.	
Questions additionnelles aux cantons destinées à l'estimation des besoins de financement	
	<ul style="list-style-type: none"> • Votre canton prévoit-il de prendre des mesures pour les cas de rigueur ? Oui, le canton de Vaud va injecter 50 millions pour les cas de rigueur, soit l'hôtellerie-restauration, le tourisme, les parcs animaliers, l'événementiel, les caristes, les agences de voyage, les forains et les discothèques/night-clubs. • Si oui, sous quelle forme (prêts, cautionnements, garanties ou contributions non remboursables) ? Les aides consisteront en des aides à fonds perdu et des cautionnements/arrières-cautionnements de crédits bancaires. • Première estimation en vue de la détermination des besoins financiers <i>globaux</i> dans votre canton (contributions à fonds perdu et pertes sur prêts, cautionnements et garanties que la Confédération devrait financer pour moitié) : Le Canton de Vaud a prévu de débloquer 50 millions, il en attend autant de la Confédération.
Fehler! Verweis- quelle konnte	

nicht gefunden werden.	
------------------------	--

Section 6 Perte de capital et surendettement

Section 7 Dispositions finales

Thème	Remarque / suggestion
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	RAS.
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	



2020.04933

Monsieur le Conseiller fédéral Ueli Maurer
Département fédéral des finances DFF
Administration fédérale des finances AFF

Envoi électronique à:
Marianne.Widmer@efv.admin.ch
Lukas.Hohl@efv.admin.ch

Références SPR / SETI
Date 10 novembre 2020

Ordonnance concernant les mesures pour les cas de rigueur destinées aux entreprises en lien avec l'épidémie de COVID-19 (ordonnance sur les cas de rigueur COVID-19) : réponse à la consultation

Monsieur le Conseiller fédéral,

Votre correspondance nous invitait à répondre à la procédure citée en référence nous est bien parvenue et a retenu toute notre attention. Nous vous remercions de nous donner l'opportunité d'exprimer la position du Gouvernement valaisan sur ce sujet.

Après analyse des documents transmis, il nous apparaît que le projet élaboré doit faire l'objet de modification essentielles, dans le sens de la prise de position que nous vous adressons en pièce jointe. Nous nous permettons d'insister sur la nécessité d'augmenter rapidement les moyens envisagés et le montant d'un milliard de francs est un minimum à notre avis. La deuxième vague est bel et bien là et nous savons tous qu'il faudra plus que 200 millions pour atténuer les conséquences économiques des développements de la pandémie. De plus, répartir les 2/3 de ce montant sur la base du PIB est totalement inique. Nous proposons une clé de répartition en fonction de la population résidente.

Même si ces éléments ne sont pas l'objet de la présente consultation, nous profitons de ce courrier pour rappeler nos revendications pour une remise en application urgente des mesures simplifiées pour les indemnités RHT et les APG qui ont été appliquées pour la première vague, ceci pour tous les types de contrats de travail, y compris ceux à durée déterminée. La suppression des délais de préavis et de carence ainsi que la prise en charge des cotisations LPP employeurs et employés sont également une revendication centrale. De très nombreux acteurs économiques se retrouvent dans une situation très critique qui ne peut s'accommoder du rythme législatif actuel.

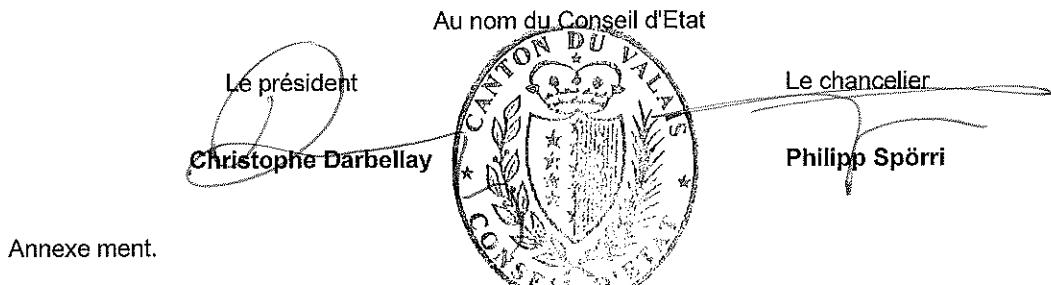
Nous nous permettons de relever ici, de manière non exhaustive, trois éléments centraux que nous développons dans notre prise de position :

- Premièrement, l'ordonnance se trompe de cible dans le sens où elle prévoit un soutien financier de la Confédération aux cantons décident de soutenir les entreprises ciblées par l'art. 12 et non aux entreprises directement ; ceci s'inscrit en contradiction avec l'article 12 de la loi, qui stipule bien au premier alinéa que la Confédération peut soutenir financièrement les entreprises et non les cantons. Il apparaît évident que par cette formulation de l'art. 12, le législateur avait pour volonté qu'un franc cantonal de soutien accordé à une entreprise considérée comme cas de rigueur devait avoir pour conséquence un franc fédéral de soutien supplémentaire accordé à l'entreprise.
- D'autre part, les critères fixés dans l'ordonnance pour le montant alloué à l'indemnisation des cantons ainsi que pour la répartition de ce montant entre les cantons sont quant à eux soit inexistant, soit inappropriés, comme nous le démontrons dans notre prise de position.



- Enfin, et comme relevé en introduction, le plafond fixé pour la participation de la Confédération aux mesures cantonales pour les cas de rigueur est clairement hors de la réalité de la situation actuelle et à venir. L'enveloppe prévue apparaît d'ores et déjà comme largement insuffisante, tant au regard des efforts consentis par les cantons eux-mêmes qu'aux effets attendus de la seconde vague de contamination sur nombre d'entreprises déjà fortement affaiblies. Ajoutons à ceci une saison hivernale à haut risque qui s'annonce ainsi qu'une possible troisième vague que l'on ne doit pas avoir peur d'évoquer, pour démontrer sans ambiguïté la nécessité absolue de revoir ce plafond.

Nous vous renvoyons au document joint à la présente pour le détail de la position du Conseil d'Etat et vous prions d'agrémenter, Monsieur le Conseiller fédéral, l'expression de notre haute considération.





**Formulaire de réponse: ordonnance concernant les mesures pour les cas de rigueur destinées aux entreprises en lien avec l'épidémie de COVID-19
(ordonnance sur les cas de rigueur COVID-19)**

Avis de

Nom / Entreprise / Organisation : Conseil d'Etat du canton du Valais

Titre court de l'entreprise /
de l'organisation : Canton du Valais

Adresse : Palais du Gouvernement, Place de la Planta 3, 1950
Sion

Nom de la personne pouvant
fournir des renseignements : Eric Bianco, Chef du SETI

Numéro de téléphone : 027 606 73 55

Adresse électronique : eric.bianco@admin.vs.ch

Date : 06.11.2020

Important:

1. Ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. Remplir une ligne par article, alinéa ou lettre de l'ordonnance ou par chapitre du rapport explicatif sur lesquels vous souhaitez faire une remarque ou une suggestion.
3. Envoyer le présent document au format Word d'ici au **13 novembre 2020** aux adresses électroniques suivantes: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch.

Merci de votre participation.

Remarques générales

- L'ordonnance se trompe de cible dans le sens où elle prévoit un soutien financier de la Confédération aux cantons décidant de soutenir les entreprises ciblées par l'art. 12 et non les entreprises directement ! En effet, le principe évoqué à l'art. 1 d'une participation pour moitié de la Confédération aux mesures cantonales décidées pour des cas de rigueur destinées aux entreprises ne répond pas à l'objectif de l'article 12 de la loi COVID-19:
 - Ce principe ainsi stipulé -de même que tout la section 5 de l'ordonnance- traite la question de la contribution fédérale en partant du principe que l'aide fédérale ne doit être qu'un moyen pour les cantons de refinancer leurs propres programmes de soutien à des cas de rigueur.
 - Or l'article 12 de la loi stipule bien au premier alinéa que la Confédération peut soutenir financièrement les entreprises et non les cantons. Or ce n'est pas anodin :
 - Il apparaît évident que par cette formulation de l'art. 12, le législateur avait pour volonté qu'un franc cantonal de soutien accordé à une entreprise considérée comme cas de rigueur devait avoir pour conséquence un franc fédéral de soutien supplémentaire accordé à l'entreprise.
 - Avec la formulation actuelle de l'ordonnance, le résultat serait qu'un franc cantonal de soutien accordé entraîne une indemnisation des finances cantonales à hauteur de 50 centimes par la Confédération. Les cantons devant préfinancer 100% du montant de l'aide, la contribution fédérale n'apporte aucun levier supplémentaire en faveur des entreprises, mais n'est qu'un outil de refinancement des cantons, lesquels doivent disposer des ressources financières pour assumer 100% des besoins de leurs entreprises ciblées par cet article 12.

Afin de corriger cette erreur, les principes mentionnés à la section 1, ainsi que la section 5 doivent être complètement revus pour les rendre compatibles avec la volonté du législateur.

- Les critères fixés dans l'ordonnance pour le montant alloué à l'indemnisation des cantons ainsi que pour la répartition de ce montant entre les cantons sont soit inexistant, soit inappropriés. De plus, ces critères ne garantissent en aucune manière une contribution répartie pour moitié entre la Confédération et pour moitié aux cantons des aides accordées aux entreprises selon l'article 12 :
 - Inexistants en ce qui concerne le raisonnement ayant conduit à la détermination du montant de 200 millions maximum mentionné à l'art. 14, dont on peut estimer qu'il est largement insuffisant pour couvrir 50 % des besoins. Nous tenons à souligner sur ce point que le commentaire aux articles qui nous a été transmis mentionne à la page 8 (commentaire de l'art. 14) que l'extrapolation qui a mené au chiffre de 200 millions ne prend pas encore en compte la poussée d'infections liées à la deuxième vague ; il apparaît ainsi important de relever que celle-ci frappe déjà durement le Valais, qui a pris des mesures le 20 octobre. Il apparaît par conséquent clairement que les moyens envisagés doivent être augmentés, et le montant d'un milliard de francs est un minimum à notre avis.
 - Inappropriés en ce qui concerne la répartition entre les cantons élaborée à l'art. 15 et l'annexe à l'ordonnance en résultant et ce pour les raisons suivantes :
 - L'art. 12 Loi Covid stipule bien que l'intervention de la Confédération ne concerne pas l'ensemble du territoire de la Confédération, mais uniquement les entreprises situées dans des cantons ayant d'une part décidé d'intervenir en leur faveur au sens de l'art. 12, d'autre part étant prêts à contribuer pour moitié au financement de l'aide. En conséquence, l'article 15 de l'ordonnance devrait prévoir une répartition de la contribution de la Confédération uniquement entre les cantons participants, qui de plus devrait tenir compte du financement que chaque canton aura réservé dans ses budgets, puis alloué à chaque entreprise répondant aux critères fixés dans l'ordonnance.
 - L'art. 15 prévoit une répartition entre les cantons en fonction du PIB de 2016

(sic !) et du nombre d'habitants. Or, si l'aide cible les entreprises de domaines d'activité considérés comme ayant été particulièrement impactés par la pandémie, le PIB cantonal constitue un indicateur global qui n'est pas pertinent dans l'application d'une mesure ciblée : dans la plupart des cas les secteurs les plus contributeurs du PIB d'un canton ne seront justement pas les secteurs ciblés par l'art. 12 Loi Covid (événementiel, forains, voyage et tourisme). Si la Confédération persiste sur la voie d'une telle répartition entre les cantons, des indicateurs tenant compte du poids de secteurs ciblés par l'art. 12 Loi Covid sur l'économie des cantons participants devraient être retenus en lieu et place de ces critères trop généraux actuellement proposés. Conscients de la nécessité de faciliter un consensus, nous sommes prêts à nous rallier à une proposition de répartition basée sur la population résidente permanente.

- L'équivalence voulue par le législateur entre contribution fédérale et cantonale dans l'art. 12 Loi Covid n'est absolument pas garantie avec l'ordonnance soumise à consultation, dans le sens où il ne serait fait appel à la contribution fédérale qu'au moment de la perte effective enregistrée sur des aides accordées sous forme de prêts, de cautionnement ou de garanties. Or, en répartissant la manne fédérale entre les cantons selon l'annexe 1, le dommage potentiel effectif pour les aides sous forme de prêts, de cautionnement ou de garanties ne peut être connu qu'ultérieurement, soit à long terme au moment où des entreprises soutenues feront défaut. Un canton qui déciderait de solliciter la contribution de la Confédération pour de telles aides ne pourrait être assurée d'une couverture fédérale à 50% qu'à partir du moment où le montant des aides accordées est considérée à 100% dans la détermination du risque de perte, à défaut le risque que la contribution de la Confédération ne représente in fine qu'un faible pourcentage de l'aide accordée est bien réel. (Prenons l'exemple d'un canton auquel la Confédération alloue une aide potentielle de 10 millions. Si le canton émet en conséquence des aides sous forme de prêts, cautions ou garanties à hauteur de 100 millions en partant du principe que le taux de défaut attendu sera de 20%, soit un chiffre somme tout modeste pour des cas de rigueur déjà fortement endetté suite à la première vague, s'il devait s'avérer in fine que le taux de défaut effectif se situe à 40%, le canton en question devrait assumer une perte de 30 millions, de trois fois supérieure à la contribution fédérale. Or, ce n'est pas aux cantons seuls à assumer les risques de défaut supérieurs aux attentes dans une situation aussi extraordinaire que la situation actuelle.

Compte tenu de ces éléments, il nous paraît nécessaire de revoir la formulation des articles 14 et 15, ainsi que de supprimer l'annexe 1, car non relevant en l'état.

- Au-delà des précisions apportées par l'ordonnance à l'octroi de mesures pour cas de rigueur destinées aux entreprises selon l'art. 12 Loi Covid, il s'agit de s'assurer que la mise en œuvre de telles mesures se fasse en cohérence avec les autres mesures de soutien déjà mises en œuvre en faveur des entreprises, le cas échéant en adaptant ces autres mesures. En l'occurrence, compte tenu du fait que l'ordonnance mise en consultation portera ses effets depuis la date d'entrée en vigueur de la Loi Covid jusqu'au 31 décembre 2021, nous estimons indispensable que la législation fédérale sur les cautionnements solidaires liés au Covid-19 soit adaptée, de manière à ce que la durée de 5 ans prévue pour l'amortissement d'un crédit cautionné selon cette législation ne soit décomptée qu'à partir du 1er janvier 2022. En effet, un délai de carence courant pour toute la durée de validité de l'ordonnance mise en consultation est indispensable, car un soutien financier à des cas de rigueur doit servir à honorer les charges opérationnelles, mais en aucune manière à réduire des engagements financiers à moyen et long terme consentis par des bailleurs de fonds. Il est en effet exclu pour notre canton, qui entend accorder des aides à fonds perdus aux entreprises faisant face à un cas de rigueur, que l'aide accordée soit utilisée pour amortir des crédits, y compris les crédits cautionnés ou accordés en direct par la Confédération ou le canton. La décision cantonale d'octroi du soutien financier intégrera cette exigence. Par analogie, la première adaptation du taux

d'intérêt appliquée sur un crédit garanti par un cautionnement solidaire lié au Covid-19 devra intervenir au 31 mars 2022.

Section 1 Principe

Thème	Remarque / suggestion
Error! Reference source not found.	Mis à part le fait que l'article doit être reformulé selon les remarques générales susmentionnées, nous estimons que le pourcentage fixé à l'art. 1 alinéa 2 lettre a à hauteur de 10% est insuffisant et susceptible d'exclure un soutien pourtant justifié en faveur d'acteurs économiques dans lesquelles une commune ou un canton détient une part supérieure à cette limite de 10%. Il peut en effet arriver, notamment pour certaines infrastructures touristiques, qu'une commune ou qu'un canton ait été appelé à devoir prendre une participation supérieure, sans pour autant s'impliquer aux niveaux opérationnel ou stratégique. Le côté peu liquide des participations dans les secteurs ciblés justifie à notre sens une limite relevée idéalement jusqu'au seuil de 33%.

Section 2 Exigences relatives aux entreprises

Thème	Remarque / suggestion
Art. 3 al. 1 lettre c	Le rapport explicatif faisant référence au fait qu'une société de type « boîte au lettre » ne doit pas être éligible est beaucoup plus compréhensible que la formulation retenue, nous proposons en lieu et place la formulation suivante : « c. elles exercent une activité opérationnelle suffisamment tangible pour ne pas être assimilables à des sociétés de domicile »
Art. 4 al. 1 lettre c	Si cette phrase a le mérite de limiter la portée de l'art. 12 al. 2 Loi Covid aux seules aides COVID spécifiques, elle rend impossible en revanche l'octroi d'une aide sous forme de cas de rigueur à des entreprises qui n'auraient bénéficié d'une aide COVID spécifique que pour une partie de leur activité: il faudrait par exemple s'assurer qu'un voyagiste dont l'essentiel du chiffre d'affaires serait réalisé dans la commercialisation de voyages à forfait soit exclu d'une aide sous forme de cas de rigueur parce qu'il perçoit une indemnité COVID spécifique en lien avec une ligne de transport public dont il est concessionnaire, mais qui ne représente qu'une part anecdotique de son chiffre d'affaires total. La problématique est similaire pour des entreprises de l'événementiel dont la contribution du secteur culturel à leur chiffre d'affaires était inférieure à 50% et qui avant septembre ont pu bénéficier d'aides à fonds perdu partielles, mais qui deviendraient désormais inéligible aux mesures pour cas de rigueur. Et il en irait de même des bailleurs qui bénéficieraient d'une indemnité sur les loyers commerciaux si cette loi est adoptée, à l'exception des bailleurs dont il s'agit de l'activité professionnelle. Nous estimons nécessaire que cet article soit complété pour permettre une indemnisation de telles entreprises pour la part de leur activité n'étant pas mise au bénéfice de telles aides spécifiques.
Art. 4 al. 2 lettre a et b	Ces exigences sont trop restrictives : si l'exigence d'une situation saine au 15 mars 2020 peut se comprendre et peut se vérifier par la remise d'états financiers ne présentant pas de situation de surendettement au moment de la dernière clôture comptable et l'absence de procédures de faillite au-delà de la mainlevée d'opposition au 15 mars 2020, un surendettement induit par la situation sanitaire, ainsi que l'existence de procédures ouvertes devraient pouvoir être tolérés du moment que ceux-ci résultent de la situation sanitaire et que l'aide octroyée sous forme de cas de rigueur permet l'amélioration durable de la situation et offre de réelles perspectives de viabilité. Ceci est d'autant plus

	justifié que l'entrée en vigueur de l'ordonnance est attendue plusieurs mois après l'adoption de la Loi Covid et les entreprises ne sauraient être tenues responsables du délai requis pour la mise en œuvre concrète des mesures de soutien arrêtées dans la loi en vigueur depuis le 26 septembre dernier. Nous proposons de remplacer les lettres a et b par la lettre a suivante : « elles ne sont pas surendettées selon leur dernière clôture comptable avant le 15 mars et ne font pas l'objet d'une procédure selon la loi sur les poursuites et faillites qui ait atteint le stade de la mainlevée d'opposition au 15 mars 2020 »
Art. 4 al.2 lettre d	Le plan financier à établir devrait être limité à 12 mois depuis le dépôt de la demande et se baser sur l'hypothèse d'un retour à la normale à compter du second semestre 2021 ; dans les circonstances actuelles, il est illusoire d'attendre des entreprises que leurs plans financiers tiennent compte d'un impact Covid au-delà de cette période.
Art. 4 al.3 lettre b	Nous ne comprenons pas l'intérêt de cette exigence. Une entreprise ne devrait pas avoir à utiliser l'intégralité de la limite de crédit COVID obtenue pour bénéficier d'une aide sous forme de cas de rigueur. Cela est aussi dans l'intérêt de la Confédération de limiter son engagement sous forme de crédit COVID. Cette lettre b est à supprimer.
Art 5 al. 2	<p>Nous estimons que cet alinéa doit être reformulé en supprimant la deuxième partie de la phrase. Il est évident que des indemnités destinées à la réduction de charges spécifiques ne sauraient en aucun cas être considérées comme du chiffre d'affaires. Nous sommes convaincus que la volonté du législateur était de considérer comme éligible toute baisse de chiffre d'affaires opérationnel de plus de 40%. Il n'y a donc pas lieu de corriger cette volonté dans l'ordonnance en soustrayant du chiffre d'affaires opérationnel les indemnités RHT/APG ou encore des éventuelles indemnités de loyers.</p> <p>En revanche, il peut faire sens que soit précisé dans l'ordonnance que l'aide accordée doit servir à couvrir des coûts non couverts par d'autres indemnités telles que les indemnités RHT/APG. Cela pourrait être traité dans le cadre de la reformulation de l'art. 4 al. 1 lettre c telle que proposée ci-dessus.</p>
Art. 6 lettre a	Cette exigence n'est pas formulée correctement : les entreprises ne peuvent pas donner de garanties pour le futur, mais doivent s'engager à ne procéder à aucune distribution de dividendes. Cela pose un problème pour les entreprises mises au bénéfice d'une aide à fonds perdus : alors que dans le cadre d'un prêt ou d'une garantie la relation d'affaires persiste entre le canton et l'entreprise durant toute la durée de l'aide, il n'en va pas de même pour une aide à fonds perdus. Cette exigence n'est dès lors acceptable qu'à partir du moment où l'engagement de l'entreprises est une déclaration sur l'honneur qui ne doit pas faire l'objet d'un contrôle systématique, mais peut être sujet à un contrôle par sondage, la charge administrative induite pour le seul contrôle de cet engagement jusqu'en 2026 n'est en effet pas justifiée pour une relation d'affaires s'éteignant après le versement de l'aide à fonds perdus.
Art. 6 lettre b	Tout comme l'aide sous forme de cas de rigueur ne doit pas être utilisée pour amortir des crédits COVID cautionnés, il est également exclu que l'aide puisse être utilisée pour honorer des intérêts et amortissements dus à d'autres société du groupe auquel appartient l'entreprise. Seule une utilisation à des fins de paiements de marchandises ou de prestations liées aux opérations sont admissible, en aucun cas le paiement d'annuité sur des engagements à moyen ou long terme accordés par d'autres sociétés du groupe. La dernière phrase devrait être supprimée. De plus, cet article devrait également faire mention du fait que toute société devrait être appelée à procéder, en cas de délocalisation hors Suisse, non seulement au remboursement des prêts, cautionnements ou garanties octroyées, mais également au remboursement des contributions non remboursables perçues si cette délocalisation intervient dans un délai de 5 ans.

Section 3 Exigences relatives à la forme des mesures pour les cas de rigueur

Thème	Remarque / suggestion
Art. 8 :	<p>La formulation n'est pas claire quant à savoir si les plafonds indiqués concernent la limite de l'engagement fédéral ou la totalité du montant attribué en soutien, soit comprenant à la fois la part fédérale et la part cantonale. Si tel devait être le cas, il y aurait lieu de porter le montant des contributions non remboursables à maximum 20% du chiffre d'affaires et à 1'000'000 francs par entreprise, de manière à assurer une couverture large des cas, de l'indépendant réalisant un faible chiffre d'affaires et pour lequel un seuil de 10% est insuffisant à l'entreprise de très grande taille et pour laquelle un montant de Fr. 1 millions est tout autant insuffisant. Concernant l'alinéa 3, nous n'en voyons pas l'utilité dans le sens où les deux premiers alinéas fixent les limites de la participation fédérale et qu'il n'appartient pas à la Confédération de se prononcer sur le bienfondé de décisions cantonales visant à soutenir de manière plus importante les entreprises de leur canton afin de mieux répondre à leurs besoins. L'article 16 peut être complété le cas échéant en mentionnant uniquement le fait que le canton peut remettre une réglementation cantonale prévoyant des contributions supérieures aux seuils fixés dans l'ordonnance. Enfin la remarque en conclusion du rapport explicatif quant au fait que le canton doit assumer intégralement des fonds supplémentaires n'a pas lieu d'être puisque le canton, selon l'ordonnance dans sa formulation actuelle, doit de toute manière financer la totalité de l'aide accordée, jusqu'à remboursement ultérieur de la contribution fédérale.</p>

Section 4 Procédure et compétences

Thème	Remarque / suggestion
Error! Reference source not found.	<p>La notion de droit cantonal utilisée dans cet alinéa est trop restrictive dans le sens où si le canton doit certes assumer une procédure d'octroi qui soit conforme avec le droit cantonal, il n'a pas forcément nécessité d'établir des actes cantonaux spécifiques si la base légale actuelle permet déjà l'octroi des mesures. L'ordonnance fédérale doit ainsi se limiter à mentionner que « La procédure d'octroi de mesures pour les cas de rigueur pour lesquelles le canton sollicite la participation de la Confédération est régie par le canton »</p>
Art. 12 al2	<p>L'examen des demandes au cas par cas ne doit pas empêcher une systématisation de l'analyse pour des entreprises du même type, en particulier si des critères pertinents pour la détermination du montant de l'aide accordé peuvent être identifiés et appliqués de manière uniforme. Une telle systématisation permet notamment d'assurer un traitement équitable des demandes du même type. L'alinéa 2 devrait être reformulé comme suit : « Le canton rend ses décisions d'octroi des mesures au cas par cas ». Ce faisant, une systématisation d'analyse peut être mise en place, avec à la fin une décision rendue pour chaque dossier de demande, sur la base des données individuelle transmises par chaque requérant.</p>
Art. 13 al1	<p>La date du 1er mars 2020 devrait être utilisée au lieu du 1er octobre 2020. De plus, nous estimons que la compétence de la procédure devrait aussi pouvoir appartenir pour partie au canton dans lequel l'entreprise exerce une activité économique génératrice de valeur ajoutée sans pour autant y avoir son siège. La notion de l'établissement stable pourrait alors être utilisée, avec un alinéa 1 susceptible d'être complété ainsi : « La compétence de la procédure appartient au canton dans lequel une entreprise avait son siège, respectivement dispose d'un établissement stable au 1er mars 2020. Pour les activités réparties sur plusieurs cantons, chaque canton où l'entreprise dispose d'un établissement</p>

	stable peut accorder un soutien sous forme de cas de rigueur, pour l'activité réalisée dans le canton par l'établissement stable.
Lutte contre les abus	Nous envisageons une vérification des déclarations par sondage, ceci afin d'éviter une charge de travail excessive découlant de la masse de dossiers attendus. Voir commentaire art. 18 ci-après.

Section 5 Contributions de la Confédération et comptes rendus des cantons

Thème	Remarque / suggestion
Art. 16 al. 1 et 2	<p>Cet article doit être reformulé dans le sens où les cantons doivent pouvoir élaborer une règlementation permettant de soutenir un cercle plus large de bénéficiaires que ce que prévoit l'ordonnance, afin d'apporter un soutien qu'ils estiment nécessaire pour leurs entreprises. Ceci est particulièrement sensible sachant également que certains cantons auront déjà mis en place leur soutien aux cas de rigueur pour répondre aux besoins des entreprises particulièrement impactées avant que l'ordonnance fédérale ne soit publiée. En revanche, les cantons doivent s'engager envers la Confédération à ne solliciter une contribution fédérale que pour les décisions de soutien prises pour des entreprises dont la demande répond aux exigences posées à l'art. 12 Loi Covid et à l'ordonnance fédérale. Cet engagement global suffit dans le sens où chaque décision fait l'objet d'une confirmation cf. art. 18 al1 litera c. C'est pourquoi nous proposons la formulation suivante :</p> <p>Alinéa 1 : « Le canton qui sollicite une participation de la Confédération remet au préalable, mais au plus tard à la fin de septembre 2021 sa règlementation et la confirmation qu'il entend solliciter une contribution de la Confédération pour les décisions prises selon cette règlementation et qui répondent aux conditions d'octroi fixées dans la présente ordonnance. »</p> <p>Alinéa 2 : « Le SECO examine la règlementation cantonale et confirme que toute ou partie des décisions prises selon cette règlementation sont susceptibles de répondre aux exigences de la présente ordonnance. ... »</p>
Art 18	<p>L'exigence sous Art. 18 al1 litera e quant au compte rendu des mesures prises aux fins de lutte contre les abus peut être supprimée car irrelevante pour des décisions prises au cas par cas et pour lesquelles le principe de l'auto-déclaration prévaut, impliquant également que dans la situation actuelle et face à la masse de dossiers attendus pour traitement, seule une vérification des déclarations par sondage paraît envisageable. De plus, il n'est pas acceptable de solliciter un reporting mensuel à l'alinéa 2 pour ensuite décréter la remise des factures, et donc leur paiement en une fois pour une année par la Confédération si la Confédération persiste dans un modèle de remboursement des montants décidés par chaque canton. Les périodicités doivent être alignées et nous proposons en conséquence la remise des comptes rendus une fois par année, assortis des factures à acquitter par la Confédération. Dans un modèle plus adapté où la Confédération doublerait les montants injectés par les cantons en faveur des entreprises répondant aux critères de l'ordonnance fédérale, il va de soi qu'un reporting et une facturation mensuelle soit appliquée jusqu'à fin 2021 pour les contributions non remboursables et en fonction des pertes enregistrées ultérieurement pour les engagements sous forme de prêt, garantie et caution.</p>
Questions additionnelles aux cantons destinées à l'estimation des besoins de financement <ul style="list-style-type: none"> • Votre canton prévoit-il de prendre des mesures pour les cas de rigueur? Oui 	

- Si oui, sous quelle forme (prêts, cautionnements, garanties ou contributions non remboursables)? **Contributions non remboursables en priorité, mais nous ne fermons pas la porte à des prêts et cautionnements si l'ordonnance fédérale ne devait pas répondre à nos attentes**
- Première estimation en vue de la détermination des besoins financiers globaux dans votre canton (contributions à fonds perdu et pertes sur prêts, cautionnements et garanties que la Confédération devrait financer pour moitié) **Le canton du Valais a déjà décidé d'un soutien jusqu'à 9 millions de francs pour les aides aux secteurs du voyage et de l'événementiel, ainsi que d'un soutien jusqu'à 20 millions pour les établissements obligés de fermer durant la deuxième vague. Le fait est que les besoins globaux vont évoluer au cours des mois à venir compte tenu des mesures imposées par la situation sanitaire et que le montant total de 29 millions de moyens cantonaux déjà réservés et susceptible d'augmenter.**

Section 6 Perte de capital et surendettement

Section 7 Dispositions finales

Pas de remarque

Regierungsrat, Postfach, 6301 Zug

Nur per E-Mail

Herr Bundesrat

Ueli Maurer

Vorsteher EFD

Bernerhof

3003 Bern

Zug, 10. November 2020 ek

Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung); Stellungnahme des Kantons Zug

Sehr geehrter Herr Bundesrat Maurer

Mit Schreiben vom 4. November 2020 hat der Bund die Kantonsregierungen eingeladen, zum Entwurf der Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung) mit Frist bis 13. November 2020 eine Stellungnahme einzureichen. Gerne äussern wir uns zum Verordnungsentwurf wie folgt:

Der Regierungsrat des Kantons Zug begrüsst die vorliegende Verordnung und ihre grundsätzliche Stossrichtung. Solange die öffentliche Hand durch ihre Erlasse die Unternehmungen in ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit wesentlich einschränkt oder gar in ihrer Existenz bedroht, steht sie auch in der Verantwortung, die Verluste zumindest teilweise zu kompensieren. Vom Grundsatz her sollte der Bund für seine Massnahmen geradestehen und die Kantone für die ihren.

Das Volumen von 200 Millionen Franken für die ganze Schweiz dürfte zum aktuellen Zeitpunkt eher zu knapp bemessen sein. Eine Neueinschätzung aufgrund der angerollten zweiten Welle wäre sinnvoll.

Im Übrigen verweisen wir auf den ausgefüllten Fragebogen in der Beilage.

Freundliche Grüsse
Regierungsrat des Kantons Zug



Stephan Schleiss
Landammann



Tobias Moser
Landschreiber

Beilage:

- Beilage 1: Ausgefüllter Fragebogen

Kopie (mit Beilage) per E-Mail an:

- marianne.widmer@efv.admin.ch_(Word- und PDF-Format)
- lukas.hohl@efv.admin.ch (Word- und PDF-Format)
- Zuger Mitglieder der Bundesversammlung
- Volkswirtschaftsdirektion, info.vds@zg.ch
- Finanzdirektion, info.fd@zg.ch



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Eidgenössische Finanzverwaltung EFV

Antwortformular: Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Regierungsrat des Kantons Zug

Abkürzung der Firma / Organisation : ZG

Adresse : Seestrasse 2, Postfach, 6301 Zug

Kontaktperson : Thomas Lötscher

Telefon : 041 728 36 02

E-Mail : thomas.loetscher@zg.ch

Datum : 11.11.2020

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Tabellenzeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word-Dokument** bis am **13. November 2020** an folgende E-Mail Adressen: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme!

Allgemeine Bemerkungen

Der Regierungsrat des Kantons Zug begrüßt die vorliegende Verordnung und ihre grundsätzliche Stossrichtung. Solange die öffentliche Hand durch ihre Erlasse die Unternehmungen in ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit wesentlich einschränkt oder gar in ihrer Existenz bedroht, steht sie auch in der Verantwortung, die Verluste zumindest teilweise zu kompensieren. Vom Grundsatz her sollte der Bund für seine Massnahmen geradestehen und die Kantone für die ihren.

Das Volumen von 200 Millionen Franken für die ganze Schweiz dürfte zum aktuellen Zeitpunkt eher zu knapp bemessen sein. Eine Neueinschätzung aufgrund der angerollten zweiten Welle wäre sinnvoll.

1. Abschnitt: Grundsatz

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 1.2b	Eine Unternehmung kann auch eine Briefkastenfirma sein, wenn sie nicht alle drei Bedingungen kumulativ erfüllt. Insbesondere ist zu klären, was eine Geschäftstätigkeit im Kanton bedeutet: Reicht es aus, dass die Unternehmungen einzelne Kunden in diesem Kanton (nebst vielen anderen) betreut, oder ist die operative Basis gemeint? Die Regelung sollte so eindeutig formuliert sein, dass sie nicht leicht umgangen werden kann.

2. Abschnitt: Anforderungen an die Unternehmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Generell	Verschiedentlich haben die Unternehmungen Sachverhalte zu belegen (beweisen?), die kaum oder nur sehr umständlich zu beweisen sind. Deshalb und im Sinne einer effizienten Abwicklung sollte auch Selbstdeklaration möglich sein. Da die Verordnung Stichproben vorsieht (welche es bei Vorliegen klarer Belege/Beweise nicht braucht), scheint der Gesetzgeber diese Möglichkeit auch ins Auge gefasst aber nicht explizit ausgedrückt zu haben. Um spätere Auseinandersetzungen zu vermeiden, wünschen wir klare Ausführungen und Rechtssicherheit (gilt auch für Art. 11).
Art. 5.2	Dem Umsatz sollten auch Covid-19-bedingte Mieterlasse, Versicherungsleistungen und andere Entschädigungen zugerechnet werden.

3. Abschnitt: Anforderungen an die Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 7.3	Auf den Ausschluss von Hilfen verschiedener Art ist zu verzichten und Art. 7 Abs. 3 ist dementsprechend zu streichen. Einerseits vermag das in den Erläuterungen angeführte Argument des erhöhten Koordinations- und Kontrollaufwands nicht zu überzeugen. Anderseits ist nicht nachvollziehbar, weshalb eine mehrfache Aufstockung der Hilfen (bis zur Höchstgrenze) zulässig sein soll, die Ausrichtung verschiedenartiger

	Hilfen dagegen nicht. Vielmehr kann einzelnen Unternehmen an der Grenze der Überschuldung mit einer Kombination verschiedenartiger Hilfen (Darlehen und à-fonds-perdu-Beiträge) besser geholfen werden. Für das Zuger Konzept der Sofortunterstützung via Lotteriefonds, aus dem nur à-fonds-perdu-Beiträge ausbezahlt werden können, würde die Regelung von Art. 7 Abs. 3 gar bedeuten, dass demselben Unternehmen später kein Darlehen mehr ausgerichtet werden könnte. Dies ist unbedingt zu vermeiden.
Art. 11	Verschiedentlich haben die Unternehmungen Sachverhalte zu belegen (beweisen?), die kaum oder nur sehr umständlich zu beweisen sind. Deshalb und im Sinne einer effizienten Abwicklung sollte auch Selbstdeklaration möglich sein. Da die Verordnung Stichproben vorsieht (welche es bei Vorliegen klarer Belege/Beweise nicht bräuchte), scheint der Gesetzgeber diese Möglichkeit auch ins Auge gefasst aber nicht explizit ausgedrückt zu haben. Um spätere Auseinandersetzungen zu vermeiden, wünschen wir klare Ausführungen und Rechtssicherheit.

4. Abschnitt: Verfahren und Zuständigkeiten

Thema	Bemerkung/Anregung
Missbrauchsbekämpfung	Siehe Ausführungen unter Generell und Art. 11.

5. Abschnitt: Beiträge des Bundes und Berichterstattung der Kantone

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 14	Der maximale Betrag von 200 Millionen Franken dürfte rasch aufgebraucht werden. Daher sollte dieser Betrag erhöht werden und zudem ist eine Option der späteren Erhöhung sowohl auf Bundesebene als auch auf kantonaler Ebene vorzusehen. Da die legislatorischen Prozesse in den Kantonen ausserhalb der ausserordentlichen Lage teilweise recht lange dauern, ist unter Beibehaltung der betragsmässigen Verpflichtung der Kantone aus der Vernehmlassungsvorlage der Bundesanteil adäquat zu erhöhen. Eine weitere Begründung für ein stärkeres Engagement des Bundes ergibt sich aus dem Umstand, dass in Art. 20 ein Rangrücktritt festgeschrieben wird. Dieser mag in der Sache richtig sein, erhöht aber das Ausfallrisiko markant. Ein hohes Ausfallrisiko geht vollumfänglich zulasten der Kantone, da der Bundesbeitrag nach oben begrenzt ist. Aus heutiger Sicht erscheint uns die Beibehaltung der absoluten Kantonbeiträge auf dem Niveau der Vernehmlassungsvorlage richtig zu sein, wenn gleichzeitig der Bund seine Beiträge vervierfacht.
Zusatzfragen an die Kantone zur Abschätzung des Finanzierungsbedarfs	
<ul style="list-style-type: none"> • Plant Ihr Kanton, kantonale Härtefallmassnahmen zu ergreifen? <p>Antwort: Ja</p>	

	<ul style="list-style-type: none">• Wenn ja, in welcher Form? (Darlehen, Bürgschaften, Garantien und/oder rückzahlbare Beiträge) Antwort: Darlehen und à-fonds-perdu-Beiträge• Erste Schätzung zum <i>gesamten</i> Mittelbedarf in Ihrem Kanton (à fond perdu-Beiträge und <i>Verluste</i> aus Darlehen, Bürgschaften und Garantien, wovon der Bund die Hälfte tragen müsste) Antwort: 24 Millionen Franken (mit sehr hoher Unsicherheit behaftet)

6. Abschnitt: Kapitalverlust und Überschuldung und 7. Abschnitt: Schlussbestimmungen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 20	Sofern diese Bestimmung nicht einen automatischen Rangrücktritt für die aufgrund dieser Härtefallverordnung gewährten Darlehen beinhaltet, ist dies in einem separaten Absatz des Art. 20 ausdrücklich zu regeln.



Eidgenössisches Finanzdepartement
3003 Bern

11. November 2020 (RRB Nr. 1098/2020)

Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Vernehmlassung)

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 4. November 2020 haben Sie uns eingeladen, zur Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung) Stellung zu nehmen. Wir danken für diese Gelegenheit und äussern uns wie folgt:

1. Wiedereröffnung der Covid-19-Überbrückungskredite statt neuer Vollzugsapparat

Echte Härtefälle, insbesondere solche in den in Art. 12 des Covid-19-Gesetzes genannten Branchen (Eventbranche, Schausteller, Dienstleister der Reisebranche sowie touristische Betriebe), dürften möglichst umgehende Hilfen benötigen und nicht warten können, bis die nach den unterschiedlich langen kantonalen Verfahren beschlossenen Härtefallprogramme wirken. Im Kanton Zürich sind die zeitlich bedeutend längeren Abläufe auf die Kann-Bestimmung in Art. 12 Covid-19-Gesetz zurückzuführen. Vor diesem Hintergrund bleibt die Frage offen, wieso nicht die vom Bund im Frühjahr 2020 eingeleiteten Covid-19-Überbrückungskredite unter den Bedingungen von Art. 12 Covid-19-Gesetz und der Covid-19-Härtefallverordnung für die betroffenen Branchen umgehend wieder geöffnet werden. Die Covid-19-Überbrückungskredite haben sich als effizientes Mittel bewährt, um betroffene Unternehmen im Notfall rasch mit Liquidität zu versorgen. Gleichermaßen würde auch für neue gleichartige Instrumente gelten.

Antrag: Zusätzlich zu den kantonalen Härtefallprogrammen sind die Covid-19-Überbrückungskredite des Bundes oder ähnliche Instrumente spezifisch für Härtefälle wiederzueröffnen.

2. Erhöhung der Summe insgesamt sowie des Bundesanteils

Im Anhang der Covid-19-Härtefallverordnung werden Höchstbeiträge bestimmt, die der Bund pro Kanton für Härtefallhilfen auszahlt. Auf den Kanton Zürich entfallen 39,99 Mio. Franken. Unter der Annahme des vorgesehenen Finanzierungsschlüssels von je 50% stehen 79,98 Mio. Franken an Härtefallhilfen im Kanton Zürich zur Verfügung. Gemäss einer Hochrechnung könnte im Kanton Zürich der mögliche Gesamtwert von schätzungsweise 500 bis 2000 Gesuchen im Bereich von rund 350 Mio. Franken für Darlehen und rund 150 Mio. Franken für À-fonds-perdu-Beiträge liegen, wobei die Herleitung wegen nicht vorhandener Daten äusserst schwierig ist. Die Auswirkungen der vom Bund am 29. Oktober 2020 erlassenen weiteren Einschränkungen des Wirtschaftslebens werden von dieser Hochrechnung noch nicht erfasst. Es ist davon auszugehen, dass die Nachfrage nach Härtefallhilfen dadurch noch weiter ansteigen wird. Problematisch an der heutigen Lösung ist zudem, dass sich im Fall eines À-fonds-perdu-Beitrags des Kantons die Ausfallswahrscheinlichkeit eines früheren, vom Bund verbürgten Covid-19-Überbrückungskredits verringert, da sich die finanzielle Situation des Härtefalls verbessert. Dadurch wird der Bund indirekt von den Kantonen subventioniert. Im Fall der Erhöhung der Summe insgesamt wären auch die absoluten Obergrenzen möglicher Hilfen in Art. 8 Covid-19-Härtefallverordnung zu überprüfen.

Antrag: Um Härtefälle im Kanton Zürich ausreichend unterstützen zu können, ist der vom Bund finanzierte Gesamtbetrag von 200 Mio. Franken auf 800 Mio. Franken zu vervierfachen. Da die Einschränkungen für die betroffenen Branchen vom Bund vorgenommen werden, ist diese Erhöhung entsprechend dem Prinzip der fiskalischen Äquivalenz alleine durch den Bund zu finanzieren, d. h., der Finanzierungsschlüssel in Art. 12 Covid-19-Gesetz ist dringlich auf 80% Bund und 20% Kantone anzupassen.

3. 20% À-fonds-perdu-Beiträge und Verzicht auf neue Darlehen

Unserem Verständnis nach besteht derzeit in der Unternehmensfinanzierung keine Kreditklemme, die eine direkte staatliche Darlehensversorgung notwendig machen würde. Im Gegenteil weisen uns die Banken darauf hin, dass genügend Kapital vorhanden sei. Die Frage ist jedoch, ob dieses für Härtefälle zur Verfügung steht, weil die Tragfähigkeit für neue Darlehen womöglich nicht mehr gegeben ist. Solche Unternehmen sollten auch im Härtefallprogramm keine Darlehen mehr bekommen, sondern À-fonds-perdu-Beiträge. Auch die rechtliche Festlegung, neue Darlehen von der Berechnung der Überschuldung auszunehmen, ändert nichts an diesem wirtschaftlichen Sachverhalt: In margenschwachen Branchen müssten die Gewinne wohl während Jahren für die Rückzahlung von noch mehr Darlehen eingesetzt werden. Solche trüben Aussichten können – trotz Staatshilfe und rechtlicher Ausnahme – dennoch zur Schliessung des Unternehmens und zum Verlust der Arbeitsplätze führen.

Antrag: Art. 7 und 8 sind so zu formulieren, dass höchstens 20% des Jahresumsatzes 2019 als À-fonds-perdu-Beiträge geleistet werden können. Auf andere Instrumente ist zu verzichten.

4. Rechtssicherheit für die Kantone schaffen

4.1. Erforderliche Belege und Prüfhandlungen

Art. 19 Covid-19-Härtefallverordnung definiert strenge Sanktionsbestimmungen zulasten der Kantone, falls die Voraussetzungen der Verordnung nicht erfüllt werden. Der Bund erhält die Möglichkeit, den finanziellen Rahmen nachträglich zu kürzen (Abs. 1) oder bereits geleistete Zahlungen (Abs. 2) von den Kantonen zurückzufordern. Er beansprucht auch die Einsicht der Eidgenössischen Finanzkontrolle in den kantonalen Vollzug. Diese Grundhaltung gegenüber den Kantonen erstaunt, da die Kantone mit dem Bund als Partner in dieser Sache gemeinschaftlich handeln und dem Bund den Vollzug abnehmen. Die Kantone haben sich staatsrechtlich allgemein an das übergeordnete Bundesrecht zu halten. Auch scheint uns fraglich, ob die Verhältnismässigkeit gewahrt ist, da die Gesamtsumme insbesondere im Vergleich zu den Covid-Krediten des Bundes im Frühjahr 2020 viel tiefer liegt.

Wenn der Bund solche Sanktionsbestimmungen dennoch als notwendig erachtet, hat er in der Verordnung rechtssicher festzulegen, welche Belege seitens der Unternehmen beigebracht werden müssen und welche Prüfhandlungen durch die Kantone zu erfolgen haben, um diese Rechtsunsicherheit zweifelsfrei zu beseitigen.

Antrag 1: Auf Art. 19 (Nachträgliche Kürzung und Rückforderung) ist auf der Grundlage des Verhältnismässigkeitsprinzips zu verzichten.

Antrag 2: Kontrollhandlungen sind gemäss der bundesstaatlichen Zuständigkeitsordnung ausschliesslich durch die kantonalen Finanzkontrollen vorzunehmen.

Antrag 3: In der Covid-19-Härtefallverordnung ist zu verankern, dass die Kantone als Vollzugsverantwortliche alleine über die Anforderungen an die Belege oder Selbstdeklaration der Unternehmen entscheiden, um die Richtigkeit der von den Unternehmen abgegebenen Daten festzustellen (vgl. dazu entsprechenden Abschnitt in den Erläuterungen zu Art. 11). Ansonsten ist für jedes einzelne Anspruchskriterium durch den Bund zu definieren, welche Art von Beleg vom Bund akzeptiert wird und wie die kantonale Prüfhandlung vorzunehmen ist.

Antrag 4: Aus Gründen der Verfahrenseffizienz und Praktikabilität ist grundsätzlich die Selbstdeklaration als Beleg festzuhalten.

4.2. Prüfung durch das SECO

Art. 16 Abs. 2 Covid-19-Härtefallverordnung hält fest, dass das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) die eingereichten kantonalen Härtefallprogramme prüft und bestätigt, ob die jeweiligen Regelungen den Vorgaben entsprechen. Durch diesen Prüfvorgang entsteht Rechtsunsicherheit, da nicht klar ist, welche Instanz bei Differenzen zwischen dem SECO und den Kantonen bezüglich Ausgestaltung der Härtefallprogramme entscheidet. Ein Beschluss des Kantonsrates des Kantons Zürich kann unseres Erachtens vom SECO nicht

umgestossen werden und aus zeitlichen Gründen auch nicht wiederholt werden. Zudem hat das SECO keine Funktion der Judikative im föderalen Verhältnis zwischen Bund und Kantonen inne. Auch haben sich die Kantone an das übergeordnete Bundesrecht zu halten.

Antrag: Im Sinne der Rechtssicherheit ist auf Art. 16 Abs. 2 zu verzichten. Eventualiter ist die Prüfung durch das SECO ausdrücklich als «formell (nicht materiell)» zu bezeichnen.

4.3. Kantonale Massnahmen zwischen dem Inkrafttreten von Art. 12 Covid-19-Gesetz und dem kantonalen Härtefallprogramm

Laut dem geplanten Art. 10 Covid-19-Härtefallverordnung können kantonale Massnahmen «zwischen dem Inkrafttreten des Covid-19-Gesetzes und dem 31. Dezember 2021» an das neue Programm angerechnet werden. Die Covid-19-Härtefallverordnung wird voraussichtlich erst auf den 1. Dezember 2020 in Kraft gesetzt, womit deren Bedingungen erst dann feststehen. Der Kanton Zürich hat als Übergangsmassnahme bis zur Rechtskraft seines Härtefallprogramms im Frühjahr 2021 die Darlehensvergabe über seine kantonale Kreditausfallgarantie spezifisch für Härtefälle bis zum 31. März 2021 verlängert.

Antrag: Es ist zu ergänzen, dass die Anforderungen der Covid-19-Härtefallverordnung nicht anwendbar sind auf Härtefallmassnahmen der Kantone, die zwischen dem Inkrafttreten des Covid-19-Gesetzes am 26. September 2020 und dem Inkrafttreten der kantonalen Härtefallprogramme ergriffen werden. Für diese Massnahmen soll nur Art. 12 Covid-19-Gesetz gelten.

5. Zu den einzelnen Bestimmungen

Art. 1 Abs. 2 Bst. a

Gemäss Art. 1 Abs. 2 Bst. a beteiligt sich der Bund nicht an Härtefallmassnahmen für Unternehmen, an deren Kapital Bund, Kantone oder Gemeinden insgesamt zu mehr als 10% beteiligt sind. Diese Eingrenzung ist zu restriktiv, da die Gemeinden und Kantone unabhängig voneinander über ihre Beteiligungen entscheiden und diese Beteiligungen oftmals ohne aktuelle strategische Ausrichtung historisch gewachsen sind.

Zudem sind die Beteiligungsquoten im Fall verschiedener Gemeinwesen unübersichtlich. Eine Überprüfung aller infrage kommenden Beteiligungsspiegel, um abzuklären, in welchem Ausmass Bund, Kantone und Gemeinden an einem gesuchstellenden Unternehmen beteiligt sind, ist mit grossem zeitlichem Aufwand verbunden.

Antrag 1: Der Schwellenwert ist von 10% auf insgesamt 30% zu erhöhen.

Antrag 2: Die Selbstdeklaration gilt als Beleg, dass der Prozentsatz an öffentlichen Anteileignern den definierten Schwellenwert nicht übersteigt.

Art. 1 Abs. 2 Bst. b

Antrag: Die Selbstdeklaration gilt als Beleg für die Geschäftstätigkeit, die Beschäftigung von Personal und den Unterhalt von eigenen Büros im jeweiligen Kanton.

Art. 3 Abs. 1 Bst. a und Art. 4 Abs. 2 Bst. b

Wie alt darf ein «aktueller» Handelsregister- bzw. Betreibungsregisterauszug sein?

Antrag 1: Der jeweilige Auszug darf nicht älter als drei Monate sein.

Antrag 2: Die Selbstdeklaration gilt als Beleg für den Fall, dass das Unternehmen nicht im Handelsregister eingetragen ist.

Art. 3 Abs. 1 Bst. b

Antrag: Die revidierte Jahresrechnung 2019 dient als Beleg für den anspruchsberechtigten Umsatz 2019. Für den Fall, dass keine revidierten Abschlüsse zur Verfügung stehen (z. B. bei Unternehmen, die unter die Bestimmungen von Art. 3 Abs. 3 fallen), gilt die Selbstdekläration als Beleg.

Art. 3 Abs. 3

Ist unser Verständnis korrekt, dass auch Unternehmen, die zwischen dem 1. Januar und 31. Dezember 2018 gegründet wurden, für den Umsatz 2019 unter die Berechnungsmethodik gemäss Art. 3 Abs. 3 fallen? Die Bestimmung in Art. 5 Abs. 3 lässt darauf hindeuten.

Antrag: Die Regelungen in Art. 3 Abs. 3 und Art. 5 Abs. 3 sind betreffend Gründungsdatum der Unternehmen aufeinander abzustimmen.

Für Unternehmen, die unter die Bestimmungen von Art. 3 Abs. 3 fallen, ist es wahrscheinlich, dass zum Zeitpunkt der Gesucheingabe keine revidierten Jahresabschlüsse vorliegen.

Antrag: Die Selbstdeklaration gilt als Beleg für den Umsatz 2019 im Fall von Unternehmen, die unter die Bestimmungen von Art. 3 Abs. 3 fallen.

Art. 4 Abs. 1 Bst. c

Eine vorgängige Überprüfung durch die Kantone, ob ein Unternehmen branchenspezifische Covid-19-Finanzhilfen des Bundes in Anspruch genommen hat, würde unverhältnismässig viel Zeit in Anspruch nehmen.

Antrag: Die Selbstdeklaration gilt als Beleg.

Art. 4 Abs. 2 Bst. a

Bei den meisten Unternehmen dürften keine Zwischenabschlüsse für das Jahr 2021 vorliegen, um belegen zu können, dass zum Zeitpunkt der Einreichung des Gesuches keine Überschuldung besteht.

Antrag: Die Selbstdeklaration gilt als Beleg.

Art. 4 Abs. 2 Bst. c

Eine Nachforschung, bei welchen Gemeinwesen und Sozialversicherungen ein Unternehmen Rückstände bei der Bezahlung von Steuerschulden hat, würde umfangreiche und zeitintensive Abklärungen seitens der Kantone nach sich ziehen.

Antrag: Die Selbstdeklaration gilt als Beleg.

Art 4 Abs. 2 Bst. d

Wie wird das Kriterium einer «glaublichen» Finanzplanung definiert?

Antrag: Die Kriterien einer «glaublichen» Finanzplanung sind durch den Bund konkret zu definieren (z. B. zulässiges Umsatzwachstum pro Jahr oder dergleichen). Ansonsten hat die Selbstdeklaration des Unternehmens als Beleg für eine «glaubliche» Finanzplanung zu gelten.

Art. 4 Abs. 3 Bst. a

Wie können Unternehmen belegen, dass sie die nötigen Massnahmen zum Schutz der Liquidität und der Kapitalbasis vorgenommen haben?

Antrag: Die Selbstdeklaration gilt als Beleg.

Art. 4 Abs. 3 Bst. b

Wie soll geprüft werden, ob ein Unternehmen seinen Covid-19-Kredit in Form einer Kontokorrentlimite aufgebraucht hat? Nachforschungen diesbezüglich sind mit grossem zeitlichem Aufwand verbunden.

Antrag: Die Selbstdeklaration gilt als Beleg.

Art. 5 Abs. 1

Auch wenn ein Jahresabschlusses 2020 vorliegen würde, hätten viele Unternehmen Mühe, zu belegen, wie viel Umsatzrückgang im Jahr 2020 direkt auf behördlich angeordnete Massnahmen zurückführt ist. Wie sollten sie dies nachweisen?

Antrag: Die Selbstdeklaration gilt als Beleg.

Art. 5 Abs. 2

Die erhaltenen Entschädigungen für Kurzarbeit und Corona-Erwerbsersatz werden in der Jahresrechnung 2020 nicht zwingend separat ausgewiesen. Dieser Umstand erschwert die Einreichung von aussagekräftigen Belegen und deren Prüfung.

Antrag: Die Selbstdeklaration gilt als Beleg.

Art. 7 und 8

Vgl. vorherige Ausführungen.

Art. 8 Abs. 3

Die Bestimmungen in Art. 8 Abs. 3 sind unseres Erachtens nicht mit Art. 12 Covid-19-Gesetz vereinbar, der festhält, dass sich Bund und Kantone die Kosten für allfällige Härtefallmassnahmen zur Hälfte teilen.

Antrag: Dieser Absatz ist wegzulassen.

Art. 10 Abs. 1

Gemäss Erläuterung zu Art. 10 tragen die Kantone das finanzielle Risiko für den Fall, dass eine vor dem Inkrafttreten der Covid-19-Härtefallverordnung zugesprochene Massnahme nicht den Bestimmungen der Verordnung entspricht. Um die Einhaltung der Bestimmungen der Covid-19-Härtefallverordnung sicherzustellen, muss zuerst ein geeigneter Vollzugsapparat aufgebaut werden. Dies braucht Zeit.

Antrag: Wie vorgängig bereits ausgeführt, sollen daher die Bestimmungen der Covid-19-Härtefallverordnung nicht auf Härtefallmassnahmen der Kantone anwendbar sein, die zwischen dem Inkrafttreten des Covid-19-Gesetzes am 26. September 2020 und dem Inkrafttreten der kantonalen Härtefallprogramme ergriffen werden. Ansonsten ist es nicht möglich, sofortige Massnahmen einzuleiten.

Art. 11

Mit Art. 11 behält sich der Bund die Möglichkeit vor, sich nicht an den Kosten von Härtefallmassnahmen zu beteiligen, falls der Kanton aus Sicht des Bundes keine «geeigneten» Massnahmen zur Bewirtschaftung ausstehender Kredite (Bst. a) und die Bekämpfung von Missbrauch (Bst. b) mit «geeigneten» Mitteln sicherstellt. Weder im Verordnungstext noch in den Erläuterungen wird konkret definiert, was unter «geeigneten» Massnahmen bzw. Mitteln zu verstehen ist.

Antrag: Wie bereits vorgängig in Bezug auf die Sanktionsbestimmungen in Art. 19 ausgeführt, soll im Verordnungstext ausdrücklich festgehalten werden, dass die Kantone eigenständig über die Anforderungen an die Belege entscheiden. Dasselbe soll für die Ausgestaltung von Massnahmen im Bereich Darlehensbewirtschaftung und Missbrauchsbekämpfung gelten. Auf eine Regressmöglichkeit des Bundes ist zu verzichten. Ansonsten sind «geeignete» Massnahmen zur Bewirtschaftung und Missbrauchsbekämpfung vom Bund konkret zu definieren.

Im Weiteren wird in den Erläuterungen zum Art. 11 erwähnt, dass die Eidgenössische Finanzkontrolle im Einvernehmen mit den Kantsregierungen die von den Unternehmen angegebenen Daten vor Ort überprüfen kann.

Antrag: Auf diese Vorkehrung ist zu verzichten. Die kantonale Finanzkontrolle ist abschliessend für die Revision auf kantonaler Ebene zuständig.

Art. 13 Abs. 1

Antrag: Die Selbstdeklaration gilt als Beleg für den Geschäftssitz per 1. Oktober 2020.

Art. 15

Zur Aufteilung des Gesamtbetrags auf die Kantone wird ein Verteilschlüssel gebildet, der zu einem Drittel aus dem kantonalen Anteil an der Wohnbevölkerung und zwei Dritteln aus dem kantonalen Anteil am gesamten BIP besteht. Gemäss Erläuterungen wird die Wohnbevölkerung in den Verteilschlüssel miteinbezogen, weil dieser Parameter häufig zur Umverteilung von Bundes- und Kantonsgeldern verwendet werde. Dem Miteinbezug der

Wohnbevölkerung ist zu widersprechen, da das Ausmass von Härtefällen nicht direkt von der Bevölkerungszahl abhängig ist und mit den Härtefallhilfen kein Finanzausgleich zwischen den Kantonen angestrebt wird. Die Notwendigkeit für Härtefallhilfen ergibt sich alleine aus dem Einbruch der kantonalen Wirtschaftsleistung.

Antrag: Die Verteilung hat nur auf der Grundlage des kantonalen Anteils am gesamtschweizerischen BIP zu erfolgen.

Art. 16 Abs. 2

Antrag: Wie bereits im Abschnitt «Allgemeine Bemerkungen» ausgeführt, ist aus Gründen der Rechtssicherheit auf Art. 16 Abs. 2 zu verzichten.

Art. 17 Abs. 3 und 4

Wiedereinbringungseinträge aus Verlusten aus Darlehen und Bürgschaften abzüglich der Kosten für die Wiedereinbringung (Abs. 3) und Rückerstattungen von Unternehmen infolge missbräuchlicher Angaben (Abs. 4) fallen gemäss Art. 17 je zur Hälfte zugunsten von Bund und Kantonen an. Dieser Aufteilung kann nicht zugestimmt werden.

Antrag: Die Einkünfte aus Verlustscheinbewirtschaftung und Rückerstattungen sollen ausschliesslich den Kantonen zugutekommen.

Antrag: Um eine jahrzehntelange Verlustscheinbewirtschaftung zu vermeiden, soll für rückzahlbare Darlehen, Bürgschaften und Garantien ein Verfalldatum auf Verordnungsstufe definiert werden. Nach Verfalldatum wird das Geschäft abgeschrieben und die Verluste vom Bund und Kanton gemäss Finanzierungsschlüssel geteilt.

Art. 18 Abs. 2

Antrag: Mangels Software-Unterstützung für den Antragsprozess seitens des Bundes müssen die Kantone in ihrer eigenen Software-Umgebung eine Lösung finden. Deshalb ist auch für das Reporting auf Informatikvorgaben zu verzichten oder diese Vorgaben sind als optional zu bezeichnen.

Antrag: Die Frequenz der Berichterstattung im Jahr 2021 ist von monatlich auf halbjährlich zu verringern.

Art. 18 Abs. 4

Art. 18 Abs. 4 hält fest, dass das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) zu Berichterstattung und Rechnungstellung weitere Vorgaben machen kann. Gemäss Erläuterung kann das WBF zu diesem Zweck eine Verordnung erlassen. Der Sinn und Zweck sowie die Verhältnismässigkeit einer entsprechenden Bürokratie sind nicht ersichtlich.

Antrag: Diese Regelung ist wegzulassen. Es ist den Kantonen unter Vorbehalt von Art. 18 Abs. 1 grundsätzlich freizustellen, wie sie die Berichterstattung ihrer Härtefallprogramme regeln.

Art. 19

Antrag: Dieser Artikel ist wegzulassen. Die Kantone halten sich grundsätzlich an das übergeordnete Recht, auch ohne einen Sanktionsmechanismus des Bundes. Darüber hinaus geht die vorgesehene Regressmöglichkeit unverhältnismässig weit, insbesondere vor dem Hintergrund, dass Kantone für die Ausgestaltung des Vollzugs verantwortlich sind, die Covid-19-Härtefallverordnung aber wenig konkrete, umsetzbare Vorgaben betreffend Umsetzung macht.

Art. 20

Gemäss Art. 20 sind Darlehen, die auf der Grundlage der Covid-19-Härtefallverordnung vergeben werden, oder Kredite, die gestützt auf die Verordnung verbürgt oder garantiert werden, für die Berechnung der Deckung von Kapital und Reserven (Art. 725 Abs. 1 OR) oder die Berechnung einer Überschuldung (Art. 725 Abs. 2 OR) bis zu ihrer Rückzahlung nicht zum Fremdkapital zu zählen.

Antrag: Dem Artikel ist eine Bestimmung hinzufügen, dass Darlehen und Kredite für Härtefälle, die gestützt auf kantonale Kreditausfallgarantien o.Ä. vergeben werden, ebenfalls unter diese Ausnahmeregelung fallen.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Bundesrat,
die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin:

Die Staatsschreiberin:

Dr. Silvia Steiner

Dr. Kathrin Arioli





Antwortformular: Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Regierungsrat des Kantons Zürich

Abkürzung der Firma / Organisation : vertreten durch die Finanzdirektion

Adresse : Walcheplatz 1, 8090 Zürich

Kontaktperson : Sandro Fleischli

Telefon : 043 259 48 00

E-Mail : sandro.fleischli@fdfv.zh.ch

Datum : 9. November 2020

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Tabellenzeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word-Dokument** bis am **13. November 2020** an folgende E-Mail Adressen: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme!

Allgemeine Bemerkungen

1. Wiedereröffnung der Covid-19-Überbrückungskredite statt neuem Vollzugsapparat

Echte Härtefälle, insbesondere solche in den in Art. 12 Covid-19-Gesetz genannten Branchen (Eventbranche, Schausteller, Dienstleister der Reisebranche sowie touristische Betriebe), dürften möglichst umgehende Hilfen benötigen und nicht warten können, bis die nach den unterschiedlich langen kantonalen Verfahren beschlossenen Härtefallprogramme wirken. Im Kanton Zürich sind die zeitlich bedeutend längeren Abläufe auf die Kann-Bestimmung in Art. 12 Covid-19-Gesetz zurückzuführen. Vor diesem Hintergrund bleibt die Frage offen, wieso nicht die vom Bund im Frühjahr 2020 eingeleiteten Covid-19-Überbrückungskredite unter den Bedingungen von Art. 12 Covid-19-Gesetz und der Covid-19-Härtefallverordnung für die betroffenen Branchen umgehend wieder geöffnet werden. Die Covid-19-Überbrückungskredite haben sich als effizientes Mittel bewährt, um betroffene Unternehmen im Notfall rasch mit Liquidität zu versorgen. Gleichermaßen würde auch für neue gleichartige Instrumente gelten.

Antrag: Zusätzlich zu den kantonalen Härtefallprogrammen sind die Covid-19-Überbrückungskredite des Bundes oder ähnliche Instrumente spezifisch für Härtefälle wiederzueröffnen.

2. Erhöhung der Summe insgesamt sowie des Bundesanteils

Im Anhang der Covid-19-Härtefallverordnung werden Höchstbeiträge bestimmt, die der Bund pro Kanton für Härtefallhilfen auszahlt. Auf den Kanton Zürich entfallen 39,99 Mio. Franken. Unter Annahme des vorgesehenen Finanzierungsschlüssels von je 50% stehen 79,98 Mio. Franken an Härtefallhilfen im Kanton Zürich zur Verfügung. Gemäss einer Hochrechnung könnte im Kanton Zürich der mögliche Gesamtwert von schätzungsweise 500 bis 2000 Gesuchen im Bereich von rund 350 Mio. Franken für Darlehen und rund 150 Mio. Franken für À-fonds-perdu-Beiträge liegen, wobei die Herleitung wegen nicht vorhandener Daten äusserst schwierig ist. Die Auswirkungen der vom Bund am 29. Oktober 2020 erlassenen weiteren Einschränkungen des Wirtschaftslebens werden von dieser Hochrechnung noch nicht erfasst. Es ist davon auszugehen, dass die Nachfrage nach Härtefallhilfen dadurch noch weiter ansteigen wird. Problematisch an der heutigen Lösung ist zudem, dass sich im Fall eines À-fonds-perdu-Beitrags des Kantons die Ausfallswahrscheinlichkeit eines früheren, vom Bund verbürgten Covid-19-Überbrückungskredits verringert, da sich die finanzielle Situation des Härtefalls verbessert. Dadurch wird der Bund indirekt von den Kantonen subventioniert. Im Fall der Erhöhung der Summe insgesamt wären auch die absoluten Obergrenzen möglicher Hilfen in Art. 8 Covid-19-Härtefallverordnung zu überprüfen.

Antrag: Um Härtefälle im Kanton Zürich ausreichend unterstützen zu können, ist der vom Bund finanzierte Gesamtbetrag von 200 Mio. Franken auf 800 Mio. Franken zu vervierfachen. Da die Einschränkungen für die betroffenen Branchen vom Bund vorgenommen werden, ist diese Erhöhung entsprechend dem Prinzip der fiskalischen Äquivalenz alleine durch den Bund zu finanzieren, d.h., der Finanzierungsschlüssel in Art. 12 Covid-19-Gesetz ist dringlich auf 80% Bund und 20% Kantone anzupassen.

3. 20% À-fonds-perdu-Beiträge und Verzicht auf neue Darlehen

Unserem Verständnis nach besteht derzeit in der Unternehmensfinanzierung keine Kreditklemme, die eine direkte staatliche Darlehensversorgung notwendig machen würde. Im Gegenteil weisen uns die Banken darauf hin, dass genügend Kapital vorhanden sei. Die Frage ist jedoch, ob dieses für Härtefälle zur Verfügung steht, weil die Tragfähigkeit für neue Darlehen womöglich nicht mehr gegeben ist. Solche Unternehmen sollten auch im Härtefallprogramm keine Darlehen mehr bekommen, sondern À-fonds-perdu-Beiträge. Auch die rechtliche Festlegung, neue Darlehen von der Berechnung der Überschuldung auszunehmen, ändert nichts an diesem wirtschaftlichen Sachverhalt: In margenschwachen Branchen müssten die Gewinne wohl während Jahren für die Rückzahlung von noch mehr Darlehen eingesetzt werden. Solche trüben Aussichten können – trotz Staatshilfe

und rechtlicher Ausnahme – dennoch zur Schliessung des Unternehmens und zum Verlust der Arbeitsplätze führen.

Antrag: Art. 7 und 8 sind so zu formulieren, dass höchstens 20% des Jahresumsatzes 2019 als À-fonds-perdu-Beiträge geleistet werden können. Auf andere Instrumente ist zu verzichten.

4. Rechtssicherheit für die Kantone schaffen

4.1. Erforderliche Belege und Prüfhandlungen

Art. 19 Covid-19-Härtefallverordnung definiert strenge Sanktionsbestimmungen zulasten der Kantone, falls die Voraussetzungen der Verordnung nicht erfüllt werden. Der Bund erhält die Möglichkeit, den finanziellen Rahmen nachträglich zu kürzen (Abs. 1) oder bereits geleistete Zahlungen (Abs. 2) von den Kantonen zurückzufordern. Er beansprucht auch die Einsicht der Eidgenössischen Finanzkontrolle in den kantonalen Vollzug. Diese Grundhaltung gegenüber den Kantonen erstaunt, da die Kantone mit dem Bund als Partner in dieser Sache gemeinschaftlich handeln und dem Bund den Vollzug abnehmen. Die Kantone haben sich staatsrechtlich allgemein an das übergeordnete Bundesrecht zu halten. Auch scheint uns fraglich, ob die Verhältnismässigkeit gewahrt ist, da die Gesamtsumme insbesondere im Vergleich zu den Covid-Krediten des Bundes im Frühjahr 2020 viel tiefer liegt.

Wenn der Bund solche Sanktionsbestimmungen dennoch als notwendig erachtet, hat er in der Verordnung rechtssicher festzulegen, welche Belege seitens der Unternehmen beigebracht werden müssen und welche Prüfhandlungen durch die Kantone zu erfolgen haben, um diese Rechtsunsicherheit zweifelsfrei zu beseitigen.

Antrag 1: Auf Art. 19 (Nachträgliche Kürzung und Rückforderung) ist auf der Grundlage des Verhältnismässigkeitsprinzips zu verzichten.

Antrag 2: Kontrollhandlungen sind gemäss der bundesstaatlichen Zuständigkeitsordnung ausschliesslich durch die kantonalen Finanzkontrollen vorzunehmen.

Antrag 3: In der Covid-19-Härtefallverordnung ist zu verankern, dass die Kantone als Vollzugsverantwortliche alleine über die Anforderungen an die Belege oder Selbstdeklaration der Unternehmen entscheiden, um die Richtigkeit der von den Unternehmen abgegebenen Daten festzustellen (vgl. dazu entsprechenden Abschnitt in den Erläuterungen zu Art. 11). Ansonsten ist für jedes einzelne Anspruchskriterium durch den Bund zu definieren, welche Art von Beleg vom Bund akzeptiert wird und wie die kantonale Prüfhandlung vorzunehmen ist.

Antrag 4: Aus Gründen der Verfahrenseffizienz und Praktikabilität ist grundsätzlich die Selbstdeklaration als Beleg festzuhalten.

4.2. Prüfung durch das SECO

Art. 16 Abs. 2 Covid-19-Härtefallverordnung hält fest, dass das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) die eingereichten kantonalen Härtefallprogramme prüft und bestätigt, ob die jeweiligen Regelungen den Vorgaben entsprechen. Durch diesen Prüfvorgang entsteht Rechtsunsicherheit, da nicht klar ist, welche Instanz bei Differenzen zwischen dem SECO und den Kantonen bezüglich Ausgestaltung der Härtefallprogramme entscheidet. Ein Beschluss des Kantonsrats des Kantons Zürich kann unseres Erachtens vom SECO nicht umgestossen werden und aus zeitlichen Gründen auch nicht wiederholt werden. Zudem hat das SECO keine Funktion der Judikative im föderalen Verhältnis zwischen Bund und Kantonen inne. Auch haben sich die Kantone an das übergeordnete Bundesrecht zu halten.

Antrag: Im Sinne der Rechtssicherheit ist auf Art. 16 Abs. 2 zu verzichten. Eventualiter ist die Prüfung durch das SECO ausdrücklich als «formell (nicht materiell)» zu bezeichnen.

4.3. Kantonale Massnahmen zwischen dem Inkrafttreten von Art. 12 Covid-19-Gesetz und dem kantonalen Härtefallprogramm

Laut dem geplanten Art. 10 Covid-19-Härtefallverordnung können kantonale Massnahmen «zwischen dem Inkrafttreten des Covid-19-Gesetzes und dem 31. Dezember 2021» an das neue Programm angerechnet werden. Die Covid-19-Härtefallverordnung wird voraussichtlich erst auf den 1.

Dezember 2020 in Kraft gesetzt, womit deren Bedingungen erst dann feststehen. Der Kanton Zürich hat als Übergangsmassnahme bis zur Rechtskraft seines Härtefallprogramms im Frühjahr 2021 die Darlehensvergabe über seine kantonale Kreditausfallgarantie spezifisch für Härtefälle bis zum 31. März 2021 verlängert.

Antrag: Es ist zu ergänzen, dass die Anforderungen der Covid-19-Härtefallverordnung nicht anwendbar sind auf Härtefallmassnahmen der Kantone, die zwischen dem Inkrafttreten des Covid-19-Gesetzes am 26. September 2020 und dem Inkrafttreten der kantonalen Härtefallprogramme ergriffen werden. Für diese Massnahmen soll nur Art. 12 Covid-19-Gesetz gelten.

1. Abschnitt: Grundsatz

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 1 Abs. 2 Bst. a	<p>Gemäss Art. 1 Abs. 2 Bst. a beteiligt sich der Bund nicht an Härtefallmassnahmen für Unternehmen, an deren Kapital Bund, Kantone oder Gemeinden insgesamt zu mehr als 10% beteiligt sind. Diese Eingrenzung ist zu restriktiv, da die Gemeinden und Kantone unabhängig voneinander über ihre Beteiligungen entscheiden und diese Beteiligungen oftmals ohne aktuelle strategische Ausrichtung historisch gewachsen sind.</p> <p>Zudem sind die Beteiligungsquoten im Fall verschiedener Gemeinwesen unübersichtlich. Eine Überprüfung aller in Frage kommenden Beteiligungsspiegel, um abzuklären, in welchem Ausmass Bund, Kantone und Gemeinden an einem gesuchstellenden Unternehmen beteiligt sind, ist mit grossem zeitlichem Aufwand verbunden.</p> <p>Antrag 1: Der Schwellenwert ist von 10% auf insgesamt 30% zu erhöhen.</p> <p>Antrag 2: Die Selbstdeklaration gilt als Beleg, dass der Prozentsatz an öffentlichen Anteilseignern den definierten Schwellenwert nicht übersteigt.</p>
Art. 1 Abs. 2 Bst. b	<p>Antrag: Die Selbstdeklaration gilt als Beleg für die Geschäftstätigkeit, die Beschäftigung von Personal und den Unterhalt von eigenen Büros im jeweiligen Kanton.</p>

2. Abschnitt: Anforderungen an die Unternehmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 3 Abs. 1 Bst. a und Art. 4 Abs. 2 Bst. b	<p>Wie alt darf ein «aktueller» Handelsregister- bzw. Betreibungsregisterauszug sein?</p> <p>Antrag 1: Der jeweilige Auszug darf nicht älter als drei Monate sein.</p> <p>Antrag 2: Die Selbstdeklaration gilt als Beleg für den Fall, dass das Unternehmen nicht im Handelsregister eingetragen ist.</p>
Art. 3 Abs. 1 Bst. b	<p>Antrag: Die revidierte Jahresrechnung 2019 dient als Beleg für den anspruchsberechtigten Umsatz 2019. Für den Fall, dass keine revidierten Abschlüsse zur Verfügung stehen (z.B. bei Unternehmen, die unter die Bestimmungen von Art. 3 Abs. 3 fallen), gilt die Selbstdeklaration als Beleg.</p>
Art. 3 Abs. 3	<p>Ist unser Verständnis korrekt, dass auch Unternehmen, die zwischen dem 1. Januar und 31. Dezember 2018 gegründet wurden, für den Umsatz 2019 unter die Berechnungsmethodik gemäss Art. 3 Abs. 3 fallen? Die Bestimmung in Art. 5 Abs. 3 lässt darauf hindeuten.</p> <p>Antrag: Die Regelungen in Art. 3 Abs. 3 und Art. 5 Abs. 3 sind betreffend Gründungsdatum der Unternehmen aufeinander abzustimmen.</p>

	<p>Für Unternehmen, die unter die Bestimmungen von Art. 3 Abs. 3 fallen ist es wahrscheinlich, dass zum Zeitpunkt der Gesucheingabe keine revidierten Jahresabschlüsse vorliegen.</p> <p>Antrag: Die Selbstdeklaration gilt als Beleg für den Umsatz 2019 im Fall von Unternehmen, die unter die Bestimmungen von Art. 3 Abs. 3 fallen.</p>
Art. 4 Abs. 1 Bst. c	<p>Eine vorgängige Überprüfung durch die Kantone, ob ein Unternehmen branchenspezifische Covid-19-Finanzhilfen des Bundes in Anspruch genommen hat, würde unverhältnismässig viel Zeit in Anspruch nehmen.</p> <p>Antrag: Die Selbstdeklaration gilt als Beleg.</p>
Art. 4 Abs. 2 Bst. a	<p>Bei den meisten Unternehmen dürften keine Zwischenabschlüsse für das Jahr 2021 vorliegen, um belegen zu können, dass zum Zeitpunkt der Einreichung des Gesuches keine Überschuldung besteht.</p> <p>Antrag: Die Selbstdeklaration gilt als Beleg.</p>
Art. 4 Abs. 2 Bst. c	<p>Eine Nachforschung, bei welchen Gemeinwesen und Sozialversicherungen ein Unternehmen Rückstände bei der Bezahlung von Steuerschulden hat, würde umfangreiche und zeitintensive Abklärungen seitens der Kantone nach sich ziehen.</p> <p>Antrag: Die Selbstdeklaration gilt als Beleg.</p>
Art 4 Abs. 2 Bst. d	<p>Wie wird das Kriterium einer «glaubhaften» Finanzplanung definiert?</p> <p>Antrag: Die Kriterien einer «glaubhaften» Finanzplanung sind durch den Bund konkret zu definieren (z.B. zulässiges Umsatzwachstum pro Jahr oder dergleichen). Ansonsten hat die Selbstdeklaration des Unternehmens als Beleg für eine «glaubhafte» Finanzplanung zu gelten.</p>
Art. 4 Abs. 3 Bst. a	<p>Wie können Unternehmen belegen, dass sie die nötigen Massnahmen zum Schutz der Liquidität und der Kapitalbasis vorgenommen haben?</p> <p>Antrag: Die Selbstdeklaration gilt als Beleg.</p>
Art. 4 Abs. 3 Bst. b	<p>Wie soll geprüft werden, ob ein Unternehmen seinen Covid-19-Kredit in Form einer Kontokorrentlimite aufgebraucht hat? Nachforschungen diesbezüglich sind mit grossem zeitlichem Aufwand verbunden.</p> <p>Antrag: Die Selbstdeklaration gilt als Beleg.</p>
Art. 5 Abs. 1	<p>Auch wenn ein Jahresabschlusses 2020 vorliegen würde, hätten viele Unternehmen Mühe, zu belegen, wie viel Umsatzrückgang im Jahr 2020 direkt auf behördlich angeordnete Massnahmen zurückführen ist. Wie sollten sie dies nachweisen?</p> <p>Antrag: Die Selbstdeklaration gilt als Beleg.</p>
Art. 5 Abs. 2	<p>Die erhaltenen Entschädigungen für Kurzarbeit und Corona-Erwerbsersatz werden in der Jahresrechnung 2020 nicht zwingend separat ausgewiesen. Dieser Umstand erschwert die Einreichung von aussagekräftigen Belegen und deren Prüfung.</p> <p>Antrag: Die Selbstdeklaration gilt als Beleg.</p>

3. Abschnitt: Anforderungen an die Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen

Thema	Bemerkung/Anregung
-------	--------------------

Art. 7 und 8	Vgl. vorherige Ausführungen im Abschnitt „Allgemeine Bemerkungen“ Kapitel 2 und 3.
Art. 8 Abs. 3	<p>Die Bestimmungen in Art. 8 Abs. 3 sind unseres Erachtens nicht mit Art. 12 Covid-19-Gesetz vereinbar, der festhält, dass sich Bund und Kantone die Kosten für allfällige Härtefallmassnahmen zur Hälfte teilen.</p> <p>Antrag: Dieser Absatz ist wegzulassen.</p>
Art. 10 Abs. 1	<p>Gemäss Erläuterung zu Art. 10 tragen die Kantone das finanzielle Risiko für den Fall, dass eine vor dem Inkrafttreten der Covid-19-Härtefallverordnung zugesprochene Massnahme nicht den Bestimmungen der Verordnung entspricht. Um die Einhaltung der Bestimmungen der Covid-19-Härtefallverordnung sicherzustellen, muss zuerst ein geeigneter Vollzugsapparat aufgebaut werden. Dies braucht Zeit.</p> <p>Antrag: Wie vorgängig bereits ausgeführt, sollen daher die Bestimmungen der Covid-19-Härtefallverordnung nicht auf Härtefallmassnahmen der Kantone anwendbar sein, die zwischen dem Inkrafttreten des Covid-19-Gesetzes am 26. September 2020 und dem Inkrafttreten der kantonalen Härtefallprogramme ergriffen werden. Ansonsten ist es nicht möglich, sofortige Massnahmen einzuleiten.</p>
Art. 11	<p>Mit Art. 11 behält sich der Bund die Möglichkeit vor, sich nicht an den Kosten von Härtefallmassnahmen zu beteiligen, falls der Kanton aus Sicht des Bundes keine „geeigneten“ Massnahmen zur Bewirtschaftung ausstehender Kredite (Bst. a) und die Bekämpfung von Missbrauch (Bst. b) mit «geeigneten» Mitteln sicherstellt. Weder im Verordnungstext noch in den Erläuterungen wird konkret definiert, was unter „geeigneten“ Massnahmen bzw. Mitteln zu verstehen ist.</p> <p>Antrag: Wie bereits vorgängig in Bezug auf die Sanktionsbestimmungen in Art. 19 ausgeführt, soll im Verordnungstext ausdrücklich festgehalten werden, dass die Kantone eigenständig über die Anforderungen an die Belege entscheiden. Dasselbe soll für die Ausgestaltung von Massnahmen im Bereich Darlehensbewirtschaftung und Missbrauchsbekämpfung gelten. Auf eine Regressmöglichkeit des Bundes ist zu verzichten. Ansonsten sind „geeignete“ Massnahmen zur Bewirtschaftung und Missbrauchsbekämpfung vom Bund konkret zu definieren.</p> <p>Im Weiteren wird in den Erläuterungen zum Art. 11 erwähnt, dass die Eidgenössische Finanzkontrolle im Einvernehmen mit den Kantsregierungen die von den Unternehmen angegebenen Daten vor Ort überprüfen kann.</p> <p>Antrag: Auf diese Vorkehrung ist zu verzichten. Die kantonale Finanzkontrolle ist abschliessend für die Revision auf kantonaler Ebene zuständig.</p>

4. Abschnitt: Verfahren und Zuständigkeiten

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 13 Abs. 1	Antrag: Die Selbstdeklaration gilt als Beleg für den Geschäftssitz per 1. Oktober 2020.
Missbrauchsbekämpfung	Mit der Unterstellung der Beitragsgewährung unter das Staatsbeitragsgesetz vom 1. April 1990 (LS 132.2) gelten dessen Bestimmungen zur Absicherung, dass die Staatsbeiträge gemäss § 12 «ihrem Zweck entsprechend und unter Einhaltung der Bedingungen und Auflagen verwendet werden». Dazu gehören insbesondere die Auskunftspflicht gegenüber der Finanzkontrolle (§ 11a), der Widerruf oder die Rückforderung

	unrechtmässig zugesicherter Staatsbeiträge (§ 14) und die Strafbestimmungen (§ 17), wonach unrechtmässiges Handeln Bussen bis zu Fr. 50 000 zur Folge haben kann. Um die Einhaltung dieser Bestimmungen auch effektiv zu kontrollieren, wird durch die Finanzdirektion ein vertrauliches Kontrollkonzept festgelegt.
--	--

5. Abschnitt: Beiträge des Bundes und Berichterstattung der Kantone

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 15	<p>Zur Aufteilung des Gesamtbetrags auf die Kantone wird ein Verteilschlüssel gebildet, der zu einem Drittel aus dem kantonalen Anteil an der Wohnbevölkerung und zwei Dritteln aus dem kantonalen Anteil am gesamten BIP besteht. Gemäss Erläuterungen wird die Wohnbevölkerung in den Verteilschlüssel miteinbezogen, weil dieser Parameter häufig zur Umverteilung von Bundes- und Kantonsgeldern verwendet werde. Dem Miteinbezug der Wohnbevölkerung ist zu widersprechen, da das Ausmass von Härtefällen nicht direkt von der Bevölkerungszahl abhängig ist und mit den Härtefallhilfen kein Finanzausgleich zwischen den Kantonen angestrebt wird. Die Notwendigkeit für Härtefallhilfen ergibt sich alleine aus dem Einbruch der kantonalen Wirtschaftsleistung.</p> <p>Antrag: Die Verteilung hat nur auf der Grundlage des kantonalen Anteils am gesamtschweizerischen BIP zu erfolgen</p>
Art. 16 Abs. 2	<p>Antrag: Wie bereits im Abschnitt «Allgemeine Bemerkungen» ausgeführt, ist aus Gründen der Rechtssicherheit auf Art. 16 Abs. 2 zu verzichten.</p>
Art. 17 Abs. 3 und 4	<p>Wiedereinbringungseinträge aus Verlusten aus Darlehen und Bürgschaften abzüglich der Kosten für die Wiedereinbringung (Abs. 3) und Rückerstattungen von Unternehmen infolge missbräuchlicher Angaben (Abs. 4) fallen gemäss Art. 17 je zur Hälfte zugunsten von Bund und Kantonen an. Dieser Aufteilung kann nicht zugestimmt werden.</p> <p>Antrag: Die Einkünfte aus Verlustscheinbewirtschaftung und Rückerstattungen sollen ausschliesslich den Kantonen zugutekommen.</p> <p>Antrag: Um eine jahrzehntelange Verlustscheinbewirtschaftung zu vermeiden, soll für rückzahlbare Darlehen, Bürgschaften und Garantien ein Verfalldatum auf Verordnungsstufe definiert werden. Nach Verfalldatum wird das Geschäft abgeschrieben und die Verluste vom Bund und Kanton gemäss Finanzierungsschlüssel geteilt.</p>
Art. 18 Abs. 2	<p>Antrag: Mangels Software-Unterstützung für den Antragsprozess seitens des Bundes müssen die Kantone in ihrer eigenen Software-Umgebung eine Lösung finden. Deshalb ist auch für das Reporting auf Informatikvorgaben zu verzichten oder diese Vorgaben sind als optional zu bezeichnen.</p> <p>Antrag: Die Frequenz der Berichterstattung im Jahr 2021 ist von monatlich auf halbjährlich zu verringern.</p>
Art. 18 Abs. 4	Art. 18 Abs. 4 hält fest, dass das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) zu Berichterstattung und Rechnungstellung weitere Vorgaben machen kann. Gemäss Erläuterung kann das WBF zu diesem Zweck eine Verordnung erlassen. Der Sinn und Zweck sowie die Verhältnismässigkeit einer entsprechenden Bürokratie sind nicht ersichtlich.

	Antrag: Diese Regelung ist wegzulassen. Es ist den Kantonen unter Vorbehalt von Art. 18 Abs. 1 grundsätzlich freizustellen, wie sie die Berichterstattung ihrer Härtefallprogramme regeln.
Art. 19	Antrag: Dieser Artikel ist wegzulassen. Die Kantone halten sich grundsätzlich an das übergeordnete Recht, auch ohne einen Sanktionsmechanismus des Bundes. Darüber hinaus geht die vorgesehene Regressmöglichkeit unverhältnismässig weit, insbesondere vor dem Hintergrund, dass Kantone für die Ausgestaltung des Vollzugs verantwortlich sind, die Covid-19-Härtefallverordnung aber wenig konkrete, umsetzbare Vorgaben betreffend Umsetzung macht.

Zusatzfragen an die Kantone zur Abschätzung des Finanzierungsbedarfs

- Plant Ihr Kanton, kantonale Härtefallmassnahmen zu ergreifen? Ja
- Wenn ja, in welcher Form? (Darlehen, Bürgschaften, Garantien und/oder rückzahlbare Beiträge) Darlehen und Å-Fonds-Perdu-Beiträge
- Erste Schätzung zum gesamten Mittelbedarf in Ihrem Kanton (Å-Fonds-Perdu-Beiträge und Verluste aus Darlehen, Bürgschaften und Garantien, wovon der Bund die Hälfte tragen müsste) Gemäss einer Hochrechnung könnte im Kanton Zürich der mögliche Gesamtwert von schätzungsweise 500 bis 2000 Gesuchen im Bereich von rund 350 Mio. Franken für Darlehen und rund 150 Mio. Franken für Å-Fonds-Perdu-Beiträge liegen, wobei die Herleitung wegen nicht vorhandener Daten für diese spezifische Frage äusserst schwierig ist. Die Auswirkungen der vom Bund am 29. Oktober 2020 erlassenen weiteren Einschränkungen des Wirtschaftslebens werden von dieser Hochrechnung noch nicht erfasst. Es ist davon auszugehen, dass die Nachfrage nach Härtefallhilfen dadurch noch weiter ansteigen wird.

6. Abschnitt: Kapitalverlust und Überschuldung und 7. Abschnitt: Schlussbestimmungen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 20	<p>Gemäss Art. 20 sind Darlehen, die auf der Grundlage der Covid-19-Härtefallverordnung vergeben werden, oder Kredite, die gestützt auf die Verordnung verbürgt oder garantiert werden, für die Berechnung der Deckung von Kapital und Reserven (Art. 725 Abs. 1 OR) oder die Berechnung einer Überschuldung (Art. 725 Abs. 2 OR) bis zu ihrer Rückzahlung nicht zum Fremdkapital zu zählen.</p> <p>Antrag: Dem Artikel ist eine Bestimmung hinzufügen, dass Darlehen und Kredite für Härtefälle, die gestützt auf kantonale Kreditausfallgarantien o. Ä. vergeben werden, ebenfalls unter diese Ausnahmeregelung fallen.</p>

CVP Schweiz, Postfach, 3001 Bern

Per Mail an: marianne.widmer@efv.admin.ch / lukas.hohl@efv.admin.ch

Freitag, 13. November 2020

Vernehmlassung: Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zur obengenannten Vernehmlassung Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

Allgemeine Bemerkungen

Der Bundesrat hat im Laufe der letzten neun Monate verschiedene Massnahmen zur Eindämmung der Covid-19 Pandemie angeordnet. Zwischenzeitlich wurden gewisse Einschränkungen wieder aufgehoben oder gelockert, mit dem Einsetzen der zweiten Welle allerdings wieder verschärft. Die CVP hat diese Massnahmen zum Schutz der Gesundheit von uns allen immer unterstützt. Dennoch führten diese Einschränkungen ganze Wirtschaftsbranchen in existentielle wirtschaftliche Schwierigkeiten. Deswegen stellte der Bund verschiedene Unterstützungsmassnahmen bereit und verschaffte der Wirtschaft kurz- und mittelfristig wieder eine Perspektive.

Dennoch zeichnet sich aufgrund der kürzlich angeordneten Verschärfung der Massnahmen und der insgesamt unsichereren Zukunftsaussichten ab, dass die bisherigen Unterstützungsmassnahmen für gewisse Wirtschaftsteilnehmer nicht ausreichen werden.

Diesen notleidenden und ansonsten wirtschaftlich gesunden Unternehmen, Betrieben und Selbstständigerwerbenden muss nun schnell, unkompliziert und zielgerichtet geholfen werden. Deswegen unterstützt die CVP die vorliegende Covid-19 Härtefallverordnung.

Ausreichend Handlungsspielraum

Als föderale Partei begrüßt die CVP den vorgeschlagenen Ansatz, dass die Kantone über Härtefälle entscheiden sollen. Sie wissen über die regionalen wirtschaftlichen Strukturen Bescheid, kennen die Unternehmen und können dadurch gezielte Unterstützungsmassnahmen gewährleisten. Dieses differenzierte Vorgehen wird allerdings durch gewisse Regelungen in der Covid-19 Härtefallverordnung erschwert.

Der vom Bund vorgeschlagene Gesamtbetrag von 200 Millionen Franken engt den Handlungsspielraum der Kantone zu stark ein und beeinträchtigt eine ausgewogene Einzelfallbetrachtung. Hat beispielsweise ein grösseres finanziell angeschlagenes Unternehmen seinen Sitz in einem kleineren Kanton und beantragt eine relativ grosse Härtefallunterstützung, bliebe dem Kanton für kleinere Gesuche wenig bis nichts mehr von den zugesicherten Bundesleistungen. Der kleine Kanton müsste die restlichen Härtefallgesuche vollumfänglich selber tragen, was bedeuten würde, dass den betroffenen Betrieben deutlich weniger Unterstützung zukäme als mit der zusätzlichen Hilfe des Bundes. Aus Sicht der CVP muss deswegen der Beteiligungsbetrag des Bundes substanzial erhöht werden, was gleichzeitig mögliche interkantonale Unstimmigkeiten bezüglich des Verteilschlüssels entschärfen könnte.

Gleichbehandlung auch in Krisenzeiten

Finanzielle Unterstützungsmassnahmen für einzelne Unternehmen, Betriebe oder Selbstständige durch den Staat bergen die Gefahr der Ungleichbehandlung in sich. Diese Problematik stellt sich beim vorgeschlagenen Lösungsansatz umso mehr, als dass jeder Kanton noch zusätzliche Bedingungen für einen Unterstützungsanspruch vorsehen kann. Dieser Ansatz ist Ausfluss und Folge eines föderalen Grundprinzips, welches besagt, dass der Anspruch auf Gleichbehandlung in der Rechtsetzung sich auf den jeweiligen Kanton bezieht. Die CVP respektiert dieses Prinzip und trägt es vollumfänglich mit.

Allerdings gibt die CVP gerade unter Berücksichtigung der landesweiten wirtschaftlichen Betroffenheit und den schweizweit einschränkenden Massnahmen zu bedenken, dass man zumindest im Kern interkantonal um eine Gleichbehandlung bemüht sein muss. Es gilt hierbei auch zu berücksichtigen, dass wirtschaftliche Ballungszentren sich nicht an Kantongrenzen halten. Die CVP würde es deswegen begrüssen, wenn sich die Kantone insgesamt um einheitliche Bedingungen und damit um eine interkantonale Gleichbehandlung in dieser Ausnahmesituation bemühen würden.

Rasche Inkraftsetzung – auch in den Kantonen

Aus Sicht der CVP und insbesondere auch für alle finanziell angeschlagenen Unternehmen, Betriebe und Selbständigerwerbende ist es zentral, dass die Verordnung wie angekündigt auch am **1. Dezember 2020 in Kraft tritt**. Damit wären auch die Kantone zu einer raschen Gesetzgebung verpflichtet. Die Kantone sind darum aufgefordert, die nötigen rechtlichen Grundlagen für eine Hilfeleistung rasch zu schaffen, sollten diese nicht bereits vorliegen.

Detailfragen

Zuletzt stellen sich für die CVP noch verschiedene inhaltliche Detailfragen, welche einer zusätzlichen Klärung bedürfen. In Art. 4 Abs. 2 lit. a Covid-19 Härtefallverordnung sollte präzisierend ergänzt werden, dass **Covid-19 Kredite nicht als Fremdkapital** betrachtet werden und damit nicht zur Überschuldung beitragen können.

In Art. 4 Abs. 2 lit. d Covid-19 Härtefallverordnung wird verlangt, dass Unternehmen in einer **mittelfristigen Finanzplanung** aufzeigen müssen, dass sie überlebensfähig sind. Allerdings stellt sich hier die Frage, mit welchem Szenario gerechnet werden soll. Soll ein Unternehmen mit einer Erholung im Frühjahr 2021 und einer entsprechenden Normalisierung in der Folgezeit rechnen oder muss es vom schlechtesten Szenario für die Finanzplanung 2021/2022 ausgehen?

Eine ähnliche Frage drängt sich in Art. 4 Abs. 3 lit. a Covid-19 Härtefallverordnung auf. Wie stark muss sich ein Unternehmen zum **Schutz der Liquidität und der Kapitalbasis** eingeschränkt haben, um Anspruch auf eine Härtefallentschädigung zu erhalten? Reicht der Verzicht auf die Auszahlung von Dividenden bereits aus oder muss das Unternehmen weitere Einschränkungen vorgenommen haben? Im selben Artikel heisst es weiter, dass falls Unternehmen über einen **Covid-19 Kredit in der Form einer Kontokorrentlimite** verfügen, diesen vollständig ausgeschöpft haben müssen. Aus Sicht der CVP ist dabei nicht klar, ob ein Unternehmen den Covid-19 Kredit bei der Bank bezogen oder ob es den Covid-19 Kredit auch vollständig aufgebraucht haben muss (cash-out). Letzteres wäre abzulehnen.

Gemäss Art. 5 Abs. 1 Covid-19 Härtefallverordnung muss der **Umsatzrückgang auf behördlich angeordnete Massnahmen** zurückzuführen sein. Diese Formulierung lässt darauf schliessen, dass nur Unternehmen, welche direkt von behördlichen Einschränkungen betroffen waren, Anspruch auf eine Härtefallentschädigung haben. Im Unterschied dazu spricht das Covid-19 Gesetz in Art. 12 Abs. 1 von «*...Unternehmen, die aufgrund der Natur ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit von den Folgen von Covid-19 besonders betroffen sind...*». Um Diskrepanzen zwischen Gesetz und Verordnung zu vermeiden, sollte man sich am Covid-19 Gesetz orientieren.

In Abstimmung mit der Covid-19 Solidarbürgschaftsverordnung sollte in Art. 6 der Covid-19 Härtefallverordnung deutlich gemacht werden, dass die **Gewährung von Aktivdarlehen** oder die Refinanzierung von als Aktivdarlehen ausgestalteten Privat- und Aktionärsdarlehen verboten ist.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

CHRISTLICHDEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ

Sig. Gerhard Pfister
Präsident der CVP Schweiz

Sig. Gianna Luzio
Generalsekretärin CVP Schweiz



Herr Ueli Maurer, Bundesrat
Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Per E-Mail an:
marianne.widmer@efv.admin.ch
lukas.hohl@efv.admin.ch

Bern, 13. November 2020

Vernehmlassungsantwort zur Covid-19-Härtefallverordnung

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Möglichkeit zu der Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie eine Stellungnahme einreichen zu dürfen. Die prekäre wirtschaftliche Lage vieler Schweizer Unternehmen in dieser Krise ist für die EVP Grund zur Sorge. Es ist unseres Erachtens wichtig, dass der Bund und die Kantone denjenigen Unternehmen helfen, die direkt oder indirekt wegen den behördlichen Massnahmen zu Härtefällen wurden.

Die EVP unterstützt die Vorlage, die den Kantonen einen Ermessungsspielraum lässt und ihnen erlaubt, die Massnahmen den kant. Gegebenheiten anzupassen. Richtig ist, dass die Obergrenze für à-fond-perdu-Beiträge deutlich tiefer angesetzt sind als für rückzahlbare Beiträge. Die vorgeschlagene Frist vom Inkrafttreten des Covid-19-Gesetzes am 26. September bis 31. Dezember 2021 beurteilen wir als vernünftig.

Die EVP schlägt folgende Anpassung vor: Bei Art. 4 Abs. 3 sollen die zumutbaren Selbsthilfemassnahmen expliziter definiert werden, sodass Missbrauch der Steuergelder vorgebeugt werden kann (der Verzicht auf Dividenden, Tantiemen, der Verzicht auf Rückzahlung von Aktionärsdarlehen etc. seit dem Ausbruch von Covid-19). Ausserdem beantragen wir eine deutliche Erhöhung des Bundesbeitrags (jetzt 200 Millionen Franken), da sich aufgrund der neuen Erkenntnisse des Pandemieverlaufs abzeichnet, dass dieser Betrag nicht ausreicht, um eine ausgeglichene Finanzierung zusammen mit den Kantonen zu gewährleisten.

Die EVP hofft, dass die vorliegende Härtefallregelung die Unternehmen mit existentiellen Nöten auf konkrete und unkomplizierte Weise unter die Arme greifen kann. Explizit möchten wir uns bei der eidgenössischen Finanzverwaltung für die rasche und ausgewogene Ausarbeitung dieser Verordnung bedanken.

Freundliche Grüsse

Marianne Streiff-Feller
Präsidentin EVP Schweiz

Roman Rutz
Generalsekretär EVP Schweiz

Département fédéral des finances (DFF)

Berne, 12 novembre 2020 / nb

VL Ord. cas de rigueur

Par e-mail :

marianne.widmer@efv.admin.ch

lukas.hohl@efv.admin.ch

Ordonnance concernant les mesures pour les cas de rigueur destinées aux entreprises en lien avec l'épidémie de COVID-19 (ordonnance sur les cas de rigueur COVID-19)

Prise de position du PLR.Les Libéraux-Radicaux

Madame, Monsieur,

Nous vous remercions de nous avoir donné la possibilité de nous exprimer dans le cadre de la consultation de l'objet mentionné ci-dessus. Vous trouverez ci-dessous notre position.

PLR.Les Libéraux-Radicaux accepte avec certaines réserves cette proposition d'ordonnance sur les cas de rigueur COVID-19.

Dans le contexte de crise actuel, il est important d'apporter un soutien rapide et ciblé aux entreprises et individus dans le besoin. Le Conseil fédéral a déjà adopté les ordonnances permettant le versement d'allocations pour perte de gains aux indépendants, mettant ainsi en œuvre l'art. 15 de la [Loi Covid-19](#). Combinée à la prolongation du versement des indemnités pour réduction de l'horaire de travail (RHT) jusqu'à la fin 2021, cette mesure permettra de préserver de nombreuses places de travail. Cela étant, ces aides ne suffiront pas pour tout le monde: Les domaines des services, du tourisme, de l'événementiel, et de la gastronomie, entre autres, subissent de plein fouet la crise. Des solutions doivent être apportées. Le Parlement, conscient de la situation, a prévu une disposition pour les cas de rigueur (art. 12 de la loi Covid-19). Ce projet d'ordonnance met en œuvre cette disposition. Le PLR salut le fait que le Conseil fédéral ait tenu compte de l'urgence de la situation, et ait rapidement mis un texte en consultation. Une adoption rapide de cette ordonnance doit permettre d'apporter de la clarté et des perspectives à des secteurs durement touchés.

Des aides plus ciblées

La situation est aujourd'hui différente de celle que nous avons connue au printemps, lors de la première vague de covid-19. Alors, l'urgence et l'inconnu justifiaient une action immédiate et peu différenciée. Entre-temps, nos connaissances du virus et de ses impacts économiques ont été affinées. Il est donc opportun de changer de paradigme et de fournir cette fois-ci des aides plus ciblées. Les conditions d'octroi d'aides proposées par le Conseil fédéral devraient permettre d'atteindre cet objectif. Il est par ailleurs opportun que la Confédération ne participe que pour moitié aux aides accordées par les cantons. De cette manière, ces-derniers seront encouragés à cibler au mieux les soutiens octroyés.

Actualiser les montants

Le Conseil fédéral l'écrivit dans son rapport, le plafond de 200 millions de la contribution de la Confédération a été fixé avant l'arrivée de la 2^{ème} vague de covid-19. Le PLR pourrait soutenir une adaptation de ce cadre financier, dans la mesure où un relèvement s'avère indispensable, après consultation des cantons. Dans l'idéal, et chaque fois que cela est possible, la priorité devrait être donnée aux prêts remboursables, garanties et cautionnements. Il convient en outre de rester

pragmatique et de ne pas bureaucratiser les processus d'octroi d'aides en adoptant des dispositions trop restrictives. Ce commentaire vaut tout particulièrement pour l'art. 4 « Situation patrimoniale et dotation en capital ». Ces dispositions devront être simplifiées, afin de ne pas entraver un octroi rapide des aides. Il est par ailleurs positif que la situation financière pré-crise des entreprises soit évaluée et prise en compte. Afin de soutenir de manière ciblée les entreprises qui seront rentables une fois la crise du coronavirus passée, le maintien à flot artificiel d'entreprises qui n'étaient – elles - pas profitables avant les mesures de confinement de ce printemps déjà doit être évité.

Une certaine marge de manœuvre doit aussi être accordée aux cantons, afin que ceux-ci puissent tenir compte des réalités locales de manière différenciée. En effet, les cantons devraient pouvoir mieux intégrer les besoins spécifiques des différentes branches dans leurs évaluations. Dans certains secteurs, les coûts fixes sont élevés, dans d'autres ce sont les coûts liés au personnel qui sont les plus importants. L'art. 8 (Plafond) pourrait être formulé de manière plus ouverte, laissant aux cantons une plus grande marge de manœuvre.

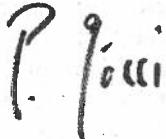
Aux cantons de jouer

Il est primordial que les cantons adoptent eux-aussi rapidement les bases légales pour leurs programmes d'aides. En effet, les subsides fédéraux ne pourront être versés qu'en complément de ces aides cantonales. Il est également essentiel que les cantons exécutent de manière non-bureaucratique et rapide les mesures déjà adoptées : le versement des APG et des RHT ne doit pas être entravé par de lourdes procédures bureaucratiques.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à nos arguments, nous vous prions d'agrérer,
Madame, Monsieur, l'expression de nos plus cordiales salutations.

PLR.Les Libéraux-Radicaux
La Présidente

La Secrétaire générale



Petra Gössi
Conseillère nationale

Fanny Noghero

Annexes



Grünliberale Partei Schweiz
Monbijoustrasse 30, 3011 Bern

Eidgenössisches Finanzdepartement
Eidgenössische Finanzverwaltung
3003 Bern

Per E-Mail an: marianne.widmer@efv.admin.ch und lukas.hohl@efv.admin.ch

12. November 2020

Ihr Kontakt: Ahmet Kut, Geschäftsführer der Bundeshausfraktion, Tel. +41 31 311 33 03, E-Mail: schweiz@grunliberale.ch

Stellungnahme der Grünliberalen zur Covid-19-Härtefallverordnung

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Vorlage und den erläuternden Bericht zur Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen im Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung) und nehmen dazu wie folgt Stellung:

Allgemeine Beurteilung der Vorlage

Bei der Bewältigung der Covid-19-Epidemie geht es nicht nur um die Bekämpfung der Epidemie als solcher, sondern auch um die Bewältigung der Folgen, welche die Bekämpfungsmassnahmen auf Gesellschaft und Wirtschaft haben. Es war ein zentrales Anliegen der Grünliberalen bei der Beratung des Covid-19-Gesetzes, dass wirtschaftliche Hilfsmassnahmen nicht nur «normale» Arbeits- und Geschäftsmodelle oder einzelne Branchen erreichen sollen, sondern auch Selbständigerwerbende und Personen in arbeitgeberähnlicher Stellung, die agil und innovativ arbeiten und gerade deshalb Gefahr laufen, bei den Hilfsmassnahmen durch die Maschen zu fallen. Als Zwischenweg zwischen vollständigem Strukturerhalt und Strukturzerfall sollen von der Covid-19 Betroffene Unternehmen die Möglichkeit haben, wo nötig einen *Transformationsprozess* zu vollziehen und ihre Geschäftsmodelle anzupassen.¹

Die Härtefallregelung, die vorliegend auf Verordnungsstufe umgesetzt werden soll, ist konzeptionell eine Ergänzung der allgemeinen wirtschaftlichen Hilfsmassnahmen, wie sie im Covid-19-Gesetz festgelegt sind. Wie der Name schon sagt, geht es um «Härtefälle». In der Regel denkt man dabei an einzelne, konkrete Personen bzw. Unternehmen und damit an die individuelle Situation der Betroffenen. Folgerichtig erfolgt die Hilfe basierend auf einer Einzelfallprüfung. Das Besondere der Corona-Epidemie ist, dass gewisse Branchen nahezu in ihrer Gesamtheit betroffen sind und damit ganze Branchen zum «Härtefall» zu werden drohen. Das Parlament hat dem mit Sonderregeln für einzelne Branchen wie Sport und Kultur teilweise Rechnung getragen, aber die Betroffenheit geht über diese Branchen hinaus. Die schwierige Frage ist, wo eine sinnvolle Branchenhilfe endet und wo ein abzulehnender Strukturerhalt beginnt. Dabei gilt es eine Balance zwischen einer volkswirtschaftlichen Gesamtbewertung einerseits (Anteil an der Schweizer Wertschöpfung bzw. effizienter Einsatz öffentlicher Gelder) und einer arbeits- bzw. sozialpolitischen Perspektive andererseits (ganze Branchen in die Arbeitslosigkeit drängen)

¹ Das kurzfristige Mittel zu diesem Zweck ist die Corona-Erwerbsersatzentschädigung. Bei der Erweiterung des Berechtigtenkreises auf indirekt Betroffene Unternehmen und Selbständige war es den Grünliberalen ein Anliegen, dass die Entschädigung in dem Anteil bezogen werden kann, wie eine Umsatzbusse auf die Covid-19-Krise zurückzuführen ist. In Art. 7 Abs. 1bis der Covid-19-Verordnung Erwerbsausfall wurde festgelegt, wie diese Betroffenheit erhoben, und in Art. 8a Abs. 2, wie sie kontrolliert wird. Die Grünliberalen gehen davon aus, dass die anteilmässige Berechtigung auf Taggelder ebenfalls entsprechend umgesetzt wird.

zu finden. Die Antwort auf diese Frage wird zusätzlich dadurch erschwert, dass niemand weiß, wie lange die Covid-Epidemie besondere Bekämpfungsmassnahmen erforderlich machen.

Schematische Antworten können nach Meinung der Grünliberalen nicht die Antwort auf die aktuellen Herausforderungen sein. Es braucht vielmehr einen **Mix unterschiedlicher Massnahmen, die bedarfsgerecht ausgestaltet sind und laufend überprüft und angepasst werden**. Der Entwurf der Härtefallverordnung ist daher stärker an folgenden Eckwerten auszurichten:

1. **Der Beurteilungsspielraum der Kantone soll grösser sein, verbunden mit einer sorgfältigen Einzelfallprüfung.** Die Vorgaben des Bundes sind auf das nötige Minimum zu beschränken. Starren Höchstgrenzen (Art. 8) stehen die Grünliberalen kritisch gegenüber. Einhergehend mit dieser Flexibilität müssen die Kantone in die finanzielle Miterantwortung genommen werden: An der vorgesehenen Beteiligung der Kantone an den Härtefallzahlungen von **50 Prozent** soll klar festgehalten werden.
2. Es soll eine **enge Koordination der Kantone** untereinander gemacht werden, insbesondere hinsichtlich Unternehmen mit Betriebsstätten in mehreren Kantonen, kantonsübergreifenden Wirtschaftsregionen sowie Tätigkeiten, die ortsunabhängig betrieben werden. Die Umsetzung der gesetzlichen Härtefallregelung und auch der ortsspezifischen Definitionen soll aber von den Kantonen vorgenommen werden. Regelungen, die einer überkantonalen Koordination bedürfen, sollen von einem Gremium von kantonalen Vertretungen wahrgenommen werden (z.B. der Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz).
3. Die Grünliberalen erachten es deshalb **nicht als zielführend, wenn das nationale Parlament oder die Bundesverwaltung detaillierte Bedingungen zu Berechtigung und Ausgestaltung der Härtefalllösungen erlässt**. Die Vorteile einer föderalistischen Lösung können dann genutzt werden, wenn die Kantone zielgerichtet und situationsgerechte Massnahmen ergreifen können.
4. Der finanzielle Bedarf ist laufend zu überprüfen. Es zeichnet sich klar ab, dass der Gesamtbetrag des Bundesbeitrags von Fr. 200 Mio. nicht ausreichen wird. **Der Betrag ist angemessen zu erhöhen, im Bedarfsfall in mehreren Schritten.**

Bemerkungen zu einzelnen Aspekten der Vorlage

Anforderungen an die Unternehmen (Art. 2-6 der Verordnung):

Artikel 12 Absatz 1 des Covid-19-Gesetzes schreibt vor, dass die gesamte Vermögens- und Kapitalsituation des Unternehmens zu berücksichtigen ist. Der Verordnungsentwurf nimmt das in der Marginalie zu Artikel 4 auf, doch fehlt eine Regelung, wie das konkret umgesetzt werden wird. So ist zwar von «zumutbaren Selbsthilfemaßnahmen» die Rede (Art. 4 Abs. 1 Bst. b und Abs. 3), doch bleibt auch nach Lektüre des erläuternden Berichts unklar, was damit genau gemeint ist. Was ist beispielsweise mit nicht betriebsnotwenigen Vermögenswerten? Müssen diese veräussert werden, bevor ein Anspruch auf Härtefallmaßnahmen besteht? **Die Definition der zumutbaren Selbsthilfemaßnahmen ist von den Kantonen in der Umsetzung zu präzisieren, und in Absatz 3 ist durch Hinzufügen des Wortes «insbesondere» klarzustellen, dass die Aufzählung der Maßnahmen in Bst. a und b nicht abschliessend ist.**

Als Teil der Beurteilung, ob ein Unternehmen profitabel oder überlebensfähig ist, verlangt der Verordnungsentwurf eine mittelfristige Finanzplanung, was grundsätzlich zu begrüssen ist (Art. 4 Abs. 2 Bst. d). Die Finanzplanung muss dabei glaubhaft aufzeigen, «dass die Finanzierung des Unternehmens mit der Härtefallmaßnahme für die Dauer der Finanzplanung gesichert werden kann». Gemäss erläuternden Bericht muss die Finanzplanung «mindestens das laufende und das darauffolgende Jahr» umfassen. Würde also ein Unternehmen Anfang 2021 ein Gesuch für Härtefallmaßnahmen einreichen, müsste es eine Finanzplanung bis Ende 2022 vorlegen. Wie

einleitend erwähnt, weiss niemand, wie lange die Covid-Epidemie besondere Bekämpfungsmassnahmen erforderlich machen oder sonst wie die Wirtschaft negativ beeinflussen wird. Es stellt sich daher die Frage, auf welchen Covid-bezogenen Annahmen die Finanzplanung beruhen soll. **Aus Gründen der Rechtsgleichheit muss sichergestellt werden, dass für alle Gesuchstellenden die gleichen wirtschaftlichen Grundannahmen gelten, bspw. indem einheitlich eine weitgehende Normalisierung der Wirtschaftslage per Datum XY zu grunde gelegt wird.**

Gemäss Artikel 5 Absatz 1 des Entwurfs muss der Umsatrückgang die Folge von «behördlich angeordneten Massnahmen» zur Bekämpfung der Covid-Epidemie sein. Diese Formulierung ist zu restriktiv und könnte zu Verwechslungen mir der – hier irrelevanten – Unterscheidung von direkt/indirekt Betroffenen führen. **Stattdessen sollte allgemeiner von einer wirtschaftlichen Betroffenheit von Covid-19 die Rede sein.**

Der Entwurf sieht in Artikel 6 Buchstabe a ein **Ausschüttungsverbot für Dividenden und Tantiemen** für die Dauer der Härtefallmassnahmen vor, was zu begrüssen ist. Die Formulierung ist jedoch an Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a des Covid-19-Solidarbürgschaftsgesetzes anzugeleichen, wie ihn der Nationalrat am 30. Oktober 2020 beschlossen hat. Konkret darf sich das Verbot nicht nur auf die Ausschüttung von Dividenden und Tantiemen beschränken, sondern auch den Dividendenbeschluss beinhalten. Unklar ist auch, weshalb im Unterschied zum Covid-19-Solidarbürgschaftsgesetz nicht auch die Rückerstattung von Kapitaleinlagen verboten wird. Die Kriterien sind anzugeleichen.

Anforderungen an die Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen (Art. 7-11 der Verordnung):

Die Kantone können Härtefallmassnahmen in unterschiedlichen Formen gewähren (rückzahlbare Darlehen, Bürgschaften, nicht rückzahlbare Beiträge etc.), was im Einzelfall sachgerechte Lösungen ermöglicht und zu begrüssen ist. Der Verordnungsentwurf sieht jedoch vor, dass pro Unternehmen nur eine Form der Hilfen beansprucht werden kann (Art. 7 Abs. 3). Ein Unternehmen könnte bspw. nicht gleichzeitig oder in geordneten Schritten einen A-fond-perdu-Beitrag und ein rückzahlbares Darlehen erhalten. **Diese Einschränkung ist unnötig und ersatzlos zu streichen. Denkbar wäre auch, dass aus Zeitgründen primär Darlehen gewährt, und im Härtefall später umgewandelt werden können.**

In Artikel 8 werden Höchstgrenzen für die verschiedenen Härtefallmassnahmen vorgeschlagen. So sollen bspw. Darlehen höchstens 25 % des Jahresumsatzes 2019 und höchstens Fr. 10 Mio. betragen. **Die Grünliberalen sehen solche starre Höchstgrenzen kritisch. Wie einleitend erwähnt ist den Kantonen ein grosser Beurteilungsspielraum einzuräumen.** Alternativ können sich die Grünliberalen vorstellen, dass die Kantone ab bestimmten Schwellenwerten den Bund bei der Beurteilung eines Gesuchs einbeziehen müssen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Prüfung unserer Anmerkungen und Vorschläge.

Bei Fragen dazu stehen Ihnen die Unterzeichnenden sowie unsere zuständigen Fraktionsmitglieder, Nationalrätin Kathrin Bertschy und Nationalrätin Melanie Mettler, gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Jürg Grossen
Parteipräsident



Ahmet Kut
Geschäftsführer der Bundeshausfraktion



E-Mail: raphael.noser@gruene.ch

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Eidgenössische Finanzverwaltung EFV
marianne.widmer@efv.admin.ch
lukas.hohl@efv.admin.ch

13. November 2020

Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung); Vernehmlassungswort

Sehr geehrter Herr Bundesrat,

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Zusammenhang mit der im Titel vermerkten Vernehmlassung haben Sie die GRÜNEN zur Stellungnahme eingeladen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, uns zur Vorlage zu äussern.

Rasche und konsequente Umsetzung der Härtefallverordnung

Die GRÜNEN haben bereits seit längerem darauf hingewiesen, dass es nach wie vor Lücken hat im derzeit aufgebauten Sicherheitsnetz zur Unterstützung von Unternehmen und Einzelpersonen, die wirtschaftlich und sozial direkt oder indirekt von den Folgen der Covid-19-Epidemie betroffen sind. Eine wesentliche Lücke besteht unter anderem auch für Unternehmen, welche aufgrund von anhaltenden epidemiologisch begründeten Betriebseinschränkungen ihre Fixkosten nicht mehr decken können. Die vom Parlament beschlossene Härtefallregelung setzt genau hier an; sie ist ein weiteres wichtiges Puzzleteil, um Konkurse, Entlassungen und Arbeitslosigkeit zu verhindern. Vor diesem Hintergrund begrüssen die GRÜNEN ausdrücklich, dass die Härtefallverordnung nun doch bereits per 1. Dezember 2020 in Kraft treten soll – auch wenn der Bundesrat diesen Prozess erst nach massivem Druck aus Politik und Gesellschaft beschleunigt hat.

Bereits heute ist allerdings absehbar, dass die vom Bund bereitgestellten Mittel nicht ausreichen werden, zumal sich die epidemiologische Lage – und damit auch das wirtschaftliche Umfeld – in den vergangenen Wochen weiter verschlechtert hat. Der gemäss Art. 14 Covid-19-Härtefallverordnung festgelegte Gesamtbetrag, mit welchem sich der Bund an den kantonalen Härtefallmassnahmen beteiligt, muss deshalb erhöht werden: Bund und Kantone sollen in einem ersten Schritt gemeinsam mindestens 1 Milliarde Franken für Härtefälle bereitstellen. Dauert die Krise an oder wird keine Lösung für den Teilmietlerlass gefunden, muss der Betrag nochmals deutlich angehoben werden.

Aufgrund der konjunkturpolitischen Verantwortung des Bundes regen die GRÜNEN zudem an, den Finanzierungsanteil des Bundes substanzial zu erhöhen und ausserdem sicherzustellen, dass die gesetzlich definierte Härtefallregelung nicht zu restriktiv gefasst ist. Damit die nötigen Änderungen noch in der Wintersession beschlossen werden können, muss der Bundesrat unverzüglich eine dringliche Botschaft zur Änderung des Covid-19-Gesetzes zuhanden des Parlaments verabschieden.

Bereits auf Verordnungsstufe können jedoch verschiedene Verbesserungen vorgenommen werden, um besonders von der Pandemie betroffene Unternehmen zu unterstützen. Die GRÜNEN beantragen folglich zusätzlich die folgenden Änderungen:

- Art. 3 Abs. 1 Bst. B: Die Umsatzuntergrenze erscheint uns, gerade für Jungunternehmen oder Teilzeitselbständige, zu hoch. Die Umsatzuntergrenze sollte deshalb auf 25'000 Franken halbiert werden.
- Art. 6 a: Die GRÜNEN begrüssen explizit, dass die Ausschüttung von Dividenden oder Tantiemen während der Laufzeit der Darlehen, der Bürgschaft oder der Garantie respektive während fünf Jahren nach Erhalt eines nicht rückzahlbaren Beitrages untersagt sind. Darüber hinaus sollten allerdings auch die Auszahlung von nicht vertraglich gesicherten variablen Lohnbestandteilen und Boni sowie die Rückerstattung von Kapitaleinlagen verboten werden. Ausnahmen sind im Einzelfall zugunsten von Kleinst- und Kleinunternehmen sowie bei Start-Ups vorzusehen.
- Art. 7 Abs. 3: Auch für die GRÜNEN steht ein einfacher und rascher Vollzug der Härtefallregelung im Vordergrund. Noch höher zu gewichten ist allerdings eine dem Einzelfall angemessene Hilfe. Wir beantragen deshalb, dass Unternehmen auch eine Kombination der verschiedenen Hilfsformen in Anspruch nehmen können und sich nicht zwischen à-fond-perdu-Beiträgen, rückzahlbaren Darlehen oder Bürgschaften respektive Garantien entscheiden müssen.
- Art. 8: Die GRÜNEN sind einverstanden damit, dass die Härtefallhilfen gedeckelt werden. Für Branchen wie die Hotellerie oder den Eventbereich sind die Ansätze jedoch zu tief gesetzt. Die Bestimmungsgröße für nicht rückzahlbare Beiträge ist auf höchstens 30% des Jahresumsatzes 2019 und auf höchstens 1,5 Millionen Franken pro Unternehmen zu erhöhen. Dies unter der Voraussetzung, dass Kurzarbeitsentschädigungen und Erwerbsausfallentschädigungen nicht an die Härtefallhilfen angerechnet werden, sondern diese ergänzen. Falls zudem keine individuelle oder gesetzliche Lösung beim Teilmietterlass gefunden wird, muss die Bestimmungsgröße beim Jahresumsatz für nicht rückzahlbare Beiträge entsprechend weiter erhöht werden.
- Art. 15: Der vorgeschlagene Verteilschlüssel erscheint uns ungeeignet, da er die unterschiedlichen kantonalen Begebenheiten und Betroffenheiten der Kantone nicht adäquat berücksichtigt. Wir bitten den Bundesrat diese Regelung anzupassen und dabei sicherzustellen, dass alle Kantone die jeweils notwendigen Mittel zur Bekämpfung von Härtefällen erhalten. Bundesmittel, die von einzelnen Kantonen nicht in Anspruch genommen werden, weil in bestimmten Kantonen weniger Härtefälle auftreten, sollen zur Unterstützung von Härtefällen in anderen Kantonen zur Verfügung stehen.

Des Weiteren verweisen wir auf die detaillierte Stellungnahme der Eventbranche, die auf wichtige Verbesserungen im Bereich Jungunternehmen und bei den Abgrenzungen zu anderen Unterstützungsmaßnahmen aufmerksam macht.

Weitergehende wirtschafts- und konjunkturpolitische Massnahmen

Die GRÜNEN haben in der Vergangenheit mehrfach darauf hingewiesen, dass die epidemiologisch begründeten Einschränkungen von der Bevölkerung nur solange mitgetragen werden, als dass die ökonomischen und sozialen Auswirkungen der Pandemie auf ein Minimum reduziert werden. Es ist auch aus volkswirtschaftlicher Sicht keine Alternative, epidemiologisch begründete Einschränkungen zu spät und zu zaghaft umzusetzen, wie dies Interessenvertreter*innen einzelner Branchen leider teilweise erfolgreich gefordert haben. Gesundheitspolitische und wirtschaftliche Interessen sind volkswirtschaftlich betrachtet kein Gegensatz, weil bei einer unkontrollierten epidemiologischen Lage der Konsum auch ohne staatlich verordnete Einschränkungen einbricht. Entsprechend gilt es in Zukunft, mit epidemiologisch begründeten Einschränkungen rascher zu reagieren – zum Schutz der Bevölkerung *und* der Wirtschaft.

Gleichzeitig muss der Bund den in der Schweiz vorhandenen finanziellen Spielraum zur Unterstützung der Wirtschaft stärker ausnützen. Die bisher vorhandenen Instrumente genügen nicht, um die negativen wirtschaftlichen Konsequenzen der zweiten Welle aufzufangen. Wir begrüssen es daher sehr, dass der Bundesrat signalisiert hat, die Wirksamkeit der bestehenden Instrumente zu evaluieren und weiterer Massnahmen zu prüfen. Aus Sicht der GRÜNEN braucht es zwingend eine Ausweitung der Kurzarbeit auf befristete und temporäre Anstellungen sowie die Aufstockung der Kurzarbeitsentschädigungen von Geringverdiener*innen auf 100% des Lohnes. Gleichzeitig ist auch eine Wiedereröffnung des Covid-19-Solidarbürgschaftsprogramms sowie eine rasche Verabschiedung des Covid-19-Geschäftsmietegesetzes zwingend notwendig.

Als Ausweg aus der Krise ökologische Transformation fördern und Service Public stärken

Mit zunehmender Dauer der Krise wird immer deutlicher, dass es nicht realistisch ist, alle bisherigen wirtschaftlichen Strukturen aufrechtzuerhalten. Es ist allerdings Aufgabe der Politik, allen vom Strukturwandel betroffenen Menschen neuen Perspektiven zu ermöglichen und die Transformation hin zu einer nachhaltigeren Wirtschaft zu begleiten und gegebenenfalls zu forcieren. Mit ihrem [3-Punkteplan](http://www.gruene.ch/gesellschaft/gesundheit/3-punkte-plan-corona-krise) (www.gruene.ch/gesellschaft/gesundheit/3-punkte-plan-corona-krise) haben die GRÜNEN einen sozialen und grünen Weg aus der Krise aufgezeigt. Neben einer Verdoppelung der Förderung von erneuerbarem Strom und einer Care-Offensive muss der Bundesrat rasch eine Aus- und Weiterbildungsoffensive für Personen in Kurzarbeit, Arbeits- oder Erwerbslosigkeit beschliessen. Die immer längere Phase der Kurzarbeit muss mit Bildungsgutscheinen für die Weiterqualifikation der Arbeitnehmer*innen genutzt werden können. Zudem braucht es für Branchen im beschleunigten Strukturwandel (wie z.B. in der Luftfahrt) endlich ein mehrjähriges Programm zum Aufbau neuer Berufsperspektiven.

Da die Klimakrise weiter fortschreitet, müssen Investitionen zur Bewältigung der Covid-19-Krise zwingend gleichzeitig Investitionen in eine grüne und soziale Zukunft sein. Die GRÜNEN fordern den Bundesrat deshalb dazu auf, weitere Massnahmen und Instrumente zu prüfen, welche die sozialen und ökonomischen Auswirkungen der Krise abfedern und gleichzeitig einen Beitrag zur Bekämpfung der sich verschärfenden Klimakrise leisten.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen und bitten Sie, die Vorlage entsprechend anzupassen. Für Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Balthasar Glättli

Präsident



Raphael Noser

Fachsekretär

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
 Eidgenössische Finanzverwaltung EFV
 3003 Bern

marianne.widmer@efv.admin.ch
lukas.hohl@efv.admin.ch

Bern, 13. November 2020

Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
 Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Zustellung der Vernehmlassungsunterlagen. Gerne nehmen wir dazu Stellung.

Grundsätzliche Erwägungen

Die SP Schweiz erachtet die Härtefallregelung aus dem Covid-19-Gesetz grundsätzlich für nicht adäquat, um die wirtschaftlichen Folgen der aktuellen, zweiten Corona-Infektionswelle aufzufangen. Die Härtefallregelung wurde Ende Sommer aufgesetzt, als man noch hoffte, es würde bei der ersten Welle bleiben. Das Covid-19-Gesetz und die darin enthaltenen Artikel 9 Buchstabe c sowie Artikel 12¹, auf die sich die vorliegende Verordnung stützt, wurden vor dem raschen Anstieg der Corona-Fallzahlen der vergangenen Tage und Wochen entworfen und waren in erster Linie zur Abfederung von Härtefällen aus der ersten Corona-Infektionswelle vorgesehen. Die Auswirkungen der jüngst beschlossenen gesundheitspolizeilichen Massnahmen in den Kantonen und durch den Bund sind deshalb nicht in die Konzeption dieser Härtefall-Hilfen einbezogen. Jetzt befinden wir uns in einer neuen Situation. Die SP Schweiz erachtet deshalb sowohl die Definition der Härtefälle, als auch die Summe, die vom Bund in der Verordnung zur Verfügung gestellt wird, um die Wirtschaft zu stützen, wie schliesslich auch den Anteil des Bundes an diesen Massnahmen (Bundesbeteiligung) als ungenügend und nicht auf der Höhe der Bedürfnisse der aktuellen Situation.

Der Bundesrat hat bereits angekündigt, das Covid-19-Gesetz – also die gesetzliche Grundlage für die vorliegende Verordnung – in einer dringlichen Gesetzesberatung in der Wintersession 2020 noch einmal vors Parlament zu bringen und dort unter

Sozialdemokratische Partei
 der Schweiz

Theaterplatz 4
 Postfach · 3011 Bern

Telefon 031 329 69 69
 Telefax 031 329 69 70

info@spschweiz.ch
www.spschweiz.ch

¹ Art. 12 Härtefall-Massnahmen für Unternehmen

¹ Der Bund kann auf Antrag eines oder mehrerer Kantone Unternehmen, die aufgrund der Natur ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit von den Folgen von Covid-19 besonders betroffen sind, insbesondere Unternehmen in der Wertschöpfungskette der Eventbranche, Schauspieler, Dienstleister der Reisebranche sowie touristische Betriebe, in Härtefällen finanziell unterstützen, sofern sich die Kantone zur Hälfte an der Finanzierung beteiligen. Ein Härtefall liegt vor, wenn der Jahresumsatz unter 60 Prozent des mehrjährigen Durchschnitts liegt. Die gesamte Vermögens- und Kapitalsituation ist zu berücksichtigen.

² Die Unterstützung setzt voraus, dass die Unternehmen vor Ausbruch von Covid-19 profitabel oder überlebensfähig waren und sie nicht bereits andere Finanzhilfen des Bundes erhalten haben. Diese Finanzhilfen schliessen die Kurzarbeitsentschädigungen, die Entschädigung des Erwerbsausfalls sowie die gestützt auf die Covid-19-Solidarbürgschaftsverordnung vom 25. März 2020 gewährten Kredite nicht mit ein.

³ Der Bund kann im Sinne einer Härtefallregelung A-Fonds-perdu-Beiträge an die betroffenen Unternehmen ausrichten.

⁴ Der Bundesrat regelt die Einzelheiten in einer Verordnung.

anderem die Ausgestaltung der Härtefallregelung (v.a. Artikel 12) noch einmal zur Debatte zu stellen. Vor diesem Hintergrund fordert die SP Schweiz deshalb eine grundlegende Überarbeitung und Anpassung der vorliegenden Verordnung. Wir verstehen entsprechend unsere Änderungsempfehlungen weiter unten als Hinweise, in welche Richtung das Covid-19-Gesetz und eine darauf fassende Härtefall-Verordnung geändert und überarbeitet werden sollten. Dabei ist beispielsweise auch der Situation der Kulturunternehmen, die Ausfallschädigung erhalten haben, Rechnung zu tragen und ein Zugang zu A-fonds-perdu-Beträge sicherzustellen.

Die SP Schweiz fordert im Hinblick auf eine aktualisierte Härtefallregelung, dass sich der Bund mit mindestens 1 Milliarde Franken an den kantonalen Massnahmen beteiligt. Die Kantone sollen den festgelegten Beitrag von 200 Mio. Franken beisteuern. Der höhere Bundesbeitrag trägt dabei vor allem den Überlegungen Rechnung, dass auf die Kantone mit der zweiten Welle grössere Belastungen zukommen, wie zum Beispiel die Defizite der Spitäler oder des öffentlichen Nahverkehrs. Zudem soll der höhere Bundesanteil die Kantone dazu ermuntern, die Hilfe tatsächlich in Anspruch zu nehmen, um die kantonale Wirtschaft zu stützen. Es kann nicht im Interesse des Bundes sein, dass im Schweizer Binnenmarkt unterschiedliche Bedingungen für die jeweils in verschiedenen Kantonen angesiedelten Unternehmen gelten, das führt nicht nur zu Wettbewerbsverzerrungen sondern auch völlig divergierenden Wirtschaftsentwicklungen, die dann über den Finanzausgleich wieder aufgefangen werden müssen.

Was die Definition eines Härtefalls angeht und die Bedingungen für die Hilfe, muss zudem berücksichtigt werden, dass derzeit (anders als in der ersten Welle) die Covid-19-Bürgschaftskredite nicht mehr zur Verfügung stehen. Die Frist für Kreditgesuche ist am 31. Juli 2020 abgelaufen. Diese wichtige Rahmenbedingung ist bei der Überarbeitung der Härtefallverordnung unbedingt einzubeziehen.

Änderungsanträge im Detail

1. Abschnitt

Art. 1 Abs. 1 Bst. d (neu)

Es kann nicht sein, dass jene Kantone, die ihr Ressourcenpotential nicht ausschöpfen und mit Steuersenkungen den interkantonalen Steuerwettbewerb weiter anheizen von Bundeshilfen profitieren. Die SP Schweiz empfiehlt deshalb einen neuen Buchstaben d einzufügen.

¹ Der Bund beteiligt sich im Rahmen der Höchstbeiträge nach Artikel 15 zur Hälfte an den Kosten oder Verlusten, die einem Kanton aus seinen Härtefallmassnahmen für Unternehmen entstehen, sofern:

- a. die vom Kanton unterstützten Unternehmen die Anforderungen nach dem zweiten Abschnitt erfüllen;
- b. die Ausgestaltung dieser Massnahmen den Anforderungen nach dem dritten Abschnitt entspricht;
- c. der Kanton die Anforderungen nach dem vierten Abschnitt und den Artikeln 16–18 erfüllt.
- d. der Kanton die steuerliche Ausschöpfung des Ressourcenpotentials bis mindestens Ende 2022 im Vergleich zum Referenzjahr 2020 nicht senkt.

Art. 2 Abs. 2 Bst. a

Die Bestimmung, wonach sich der Bund nicht an Härtefallmassnahmen beteiligt, falls Bund, Kanton oder Gemeinden mit mehr als 10% an einem Unternehmen beteiligt sind, ist zu restriktiv und diskriminiert Betriebe, an denen die öffentliche Hand beteiligt ist. Wir empfehlen eine höhere Schwelle von 50%. Andernfalls werden die Kantone und Gemeinden zu einseitig in die Pflicht genommen und belastet:

² Er beteiligt sich nicht an den Kosten oder Verlusten, die einem Kanton aus seinen Härtefallmassnahmen für Unternehmen entstehen:

- a. an deren Kapital Bund, Kantone oder Gemeinden insgesamt zu mehr als 40 ~~50~~ Prozent beteiligt sind;

2. Abschnitt

Art. 3 Abs.1 Bst. b und Abs.3 streichen

Wir plädieren dafür, den Buchstaben b zu streichen; eine untere Umsatzgrenze von 50'000 Franken würde viele Kleinunternehmen ausschliessen und macht keinen Sinn. Es sollen gerade auch KU unterstützt werden, die profitabel und überlebensfähig sind. Entsprechend wäre auch Absatz 3 zu streichen:

Art. 3 Zeitpunkt der Gründung und Umsatz

- ¹ Die Unternehmen haben gegenüber dem Kanton belegt, dass sie:
- a. vor dem 1. März 2020 ins Handelsregister eingetragen worden sind oder, bei fehlendem Handelsregistereintrag, vor dem 1. März 2020 gegründet worden sind;
 - b. im Jahr 2019 einen Umsatz von mindestens 50 000 Franken erzielt haben;
 - c. ihre Wertschöpfung überwiegend in der Schweiz erzielt haben.

³

~~Nahm das Unternehmen die Geschäftstätigkeit auf den 1. Januar 2020 oder später auf oder wurde es 2019 gegründet und ist darum das Geschäftsjahr überlang, so gilt als Umsatz nach Absatz 1 Buchstabe b der Umsatz, der zwischen dem 1. Januar 2019 und dem 29. Februar 2020 erzielt wurde, berechnet auf 12 Monate.~~

Art. 4 Abs. 2 Bst. a

Die Bestimmung, wonach Unternehmen, die eine Härtefallhilfe in Anspruch nehmen möchten, nicht «überschuldet» sein dürfen, ist unrealistisch und deshalb anzupassen. Die Covid-Bürgschaftskredite werden nicht berücksichtigt, mit dieser Bestimmung würden aber all jene Unternehmen bestraft, die in der ersten Pandemiewelle keine Covid-Bürgschaftskredite in Anspruch genommen haben, jetzt aber – in der zweiten Welle – ihre Kredite/Schulden nicht mehr bedienen können und eine Überbrückungshilfe benötigen. Diese Bestimmung ist aus der Optik der ersten Welle formuliert. Wir empfehlen eine Anpassung:

² Als profitabel oder überlebensfähig gelten Unternehmen, die:

- a. zum Zeitpunkt der Einreichung des Gesuchs nicht übergeschuldet sind und zwischen dem 1. Januar 2019 und der Einreichung des Gesuchs nicht über-schuldet waren; Zwischen dem 1. Januar 2019 und dem 1. April 2020 nicht über-schuldet waren.

Art.5 Abs.1

Die Bestimmung zum Umsatzrückgang bezieht sich direkt auf Artikel 12 Absatz 1 des Covid-19-Gesetzes. Wir empfehlen hier eine Überarbeitung und Aktualisierung sowohl des Gesetzesartikels als auch der Verordnungsbestimmung. Ein Rückgang des Jahresumsatzes von 20% würde zum Beispiel einem Umsatzverlust von 80% während 3 Monaten des Lockdowns oder unter verschärften Corona-Massnahmen entsprechen. Wir empfehlen deshalb, hier einen realistischeren Wert von z.B. 20 Prozent als Schwelle für den jährlichen Umsatzrückgang festzulegen.

Art. 5 Umsatzrückgang

¹ Die Unternehmen haben gegenüber dem Kanton belegt, dass ihr Jahresumsatz 2020 in der Folge von behördlich angeordneten Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie mehr als 40 ~~20~~ Prozent unter dem durchschnittlichen Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 liegt.

Art.5 Abs.2

Unternehmen, die zu Kurzarbeit gegriffen oder Erwerbsersatz geltend gemacht haben (um nicht zu schliessen), sollen nicht schlechter gestellt bzw. bestraft werden gegenüber Unternehmen, die Stellen gestrichen und Personen entlassen haben. In unseren Augen widerspricht diese Verordnungsbestimmung auch Artikel 12 Absatz 2 des Covid-19-Gesetzes, in dem festgelegt ist: *Die Unterstützung setzt voraus, dass die Unternehmen vor Ausbruch von Covid-19 profitabel oder überlebensfähig waren und sie nicht bereits andere Finanzhilfen des Bundes erhalten haben. Diese Finanzhilfen schliessen die Kurzarbeitsentschädigungen, die Entschädigung des Erwerbsausfalls sowie die gestützt auf die Covid-19-Solidarbürgschaftsverordnung vom 25. März 2020 gewährten Kredite nicht mit ein.* Deshalb empfehlen wir, Abs.2 entsprechend anzupassen:

²

Der Umsatz berechnet sich aus dem Wert der verkauften Waren und der erbrachten Dienstleistungen ~~zuzüglich der für die Periode 2020 erhaltenen Entschädigungen für Kurzarbeit und Covid-Erwerbsersatz.~~

3. Abschnitt

Art.7. Abs.3 (streichen)

Solange die Covid-Solidarbürgschaften nicht mehr zur Verfügung stehen, sollte eine gemischte Unterstützung mit verschiedenen Instrumenten nicht untersagt werden. Entsprechend empfehlen wir, Absatz 3 zu streichen:

Art. 7 Form

¹ Die Härtefallmassnahmen, für deren Kosten oder Verluste der Kanton die Beteiligung des Bundes in Anspruch nimmt, werden gewährt in Form von:

- a. rückzahlbaren Darlehen;
- b. Bürgschaften oder Garantien;
- c. nicht rückzahlbaren Beiträgen.

² Sie können nach Branchen, Unternehmensgrösse oder Form der Instrumente unterschiedlich sein.

³ ~~Pro Unternehmen kann nur eine Form der Hilfen beansprucht werden.~~

Art.8 Abs1.

Wir empfehlen in einer überarbeiteten Verordnung eine Anpassung der Höchstgrenzen für Darlehen, Bürgschaften oder Garantien. Diese sollen sich nicht am Jahresumsatz, sondern direkter am Verlust des Jahresumsatzes orientieren.

Art. 8 Höchstgrenzen

¹ Darlehen, Bürgschaften oder Garantien belaufen sich höchstens auf ~~25 Prozent des Jahresumsatzes~~ ~~80 Prozent des Verlusts des Jahresumsatzes 2020 gegenüber 2019~~ eines Unternehmens und höchstens auf 10 Millionen Franken. Ihre Laufzeit ist auf höchstens zehn Jahre befristet.

Entsprechend ist in unseren Augen auch Artikel 8 Absatz 2 zum Umsatzrückgang an die aktuelle Wirtschaftssituation anzupassen, die durch die zweite Welle geprägt ist. Es ist bei der Festlegung der Höchstbeträge insbesondere darauf Rücksicht zu nehmen, dass für Unternehmen mit besonders hohen Fixkosten höhere Überbrückungsleistungen rechtfertigt werden können.

5. Abschnitt

Art.14

Der Bundesrat selbst hat festgehalten, dass die vorgeschlagene Bundeshilfe auf überholten Annahmen basiert. Wir empfehlen angesichts der Wirtschaftssituation eine Aufstockung der Bundeshilfe auf mindestens 1 Milliarde Franken.

Art. 14 Gesamtbetrag

Der Bund beteiligt sich im Rahmen der bewilligten Kredite im Umfang von **insgesamt höchstens 200 Millionen mindestens 1 Milliarde** Franken an kantonalen Härtefallmassnahmen.

Art.15

Wir empfehlen auch, die Aufteilung der Gelder auf die Kantone in Artikel 15 nicht nur nach den Kriterien des kantonalen BIP und der Wohnbevölkerung vorzunehmen, sondern den Verteilschlüssel stärker nach der Betroffenheit bzw. den Realitäten der wirtschaftlichen Strukturen auszurichten. Ein Teil des Bundesbeitrags könnte zum Beispiel nicht fest zugeteilt, sondern je nach Betroffenheit durch die Corona-Pandemie an die Kantone verteilt werden. Es wäre auf jeden Fall zu empfehlen, alternative Verteilschlüssel durchzurechnen, indem etwa neben BIP und der Wohnbevölkerung auch der Anteil der Erwerbslosen oder der Lohnabhängigen in Kurzarbeit berücksichtigt würden.

Vor dem Hintergrund der zum teil alarmierenden Situation in gewissen Wirtschaftsbranchen und -sektoren fordert die SP Schweiz im Hinblick auf eine revidierte Gesetzesgrundlage und eine neue Umsetzungsverordnung, dass die vorgesehenen Härtefall-Unterstützungsmassnahmen des Bundes und der Kantone – seien es A-fonds-perdu-Beiträge, Darlehen oder Bürgschaften – rasch, möglichst unbürokratisch sowie nach schweizweit einheitlichen Kriterien gewährleistet werden. Es gilt mit allen Mitteln, eine Konkurs- und Entlassungswelle zu verhindern. Diese käme die Allgemeinheit deutlich teurer zu stehen und würde die Konjunktur zusätzlich auf lange Zeit destabilisieren.

Wir danken Ihnen, geschätzte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Empfehlungen und Anliegen und verbleiben

mit freundlichen Grüßen,

Sozialdemokratische Partei der Schweiz



Mattea Meyer
Co-Präsidentin



Cédric Wermuth
Co-Präsident



Luciano Ferrari
Leiter Politische Abteilung



Antwortformular: Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Abkürzung der Firma / Organisation : SP Schweiz

Adresse : Theaterplatz 4, 3000 Bern

Kontaktperson : Luciano Ferrari

Telefon : 031 329 69 69 – direkt 63

E-Mail : luciano.ferrari@spschweiz.ch

Datum : 13.November 2020

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Tabellezeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als Word-Dokument bis am **13. November 2020** an folgende E-Mail Adressen: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme!

Allgemeine Bemerkungen

Bitte beachten Sie die ausformulierte Stellungnahme, die wir im der Anlage mitschicken. Wir haben dort unsere grundsätzlichen Erwägungen aufgeführt. Besten Dank.

1. Abschnitt: Grundsatz

Thema	Bemerkung/Anregung
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	<p>Art. 1 Abs. 1 Bst. d (neu)</p> <p>Es kann nicht sein, dass jene Kantone, die ihr Ressourcenpotential nicht ausschöpfen und mit Steuersenkungen den interkantonalen Steuerwettbewerb weiter anheizen von Bundeshilfen profitieren. Die SP Schweiz empfiehlt deshalb einen neuen Buchstaben d einzufügen.</p> <p>¹ Der Bund beteiligt sich im Rahmen der Höchstbeiträge nach Artikel 15 zur Hälfte an den Kosten oder Verlusten, die einem Kanton aus seinen Härtefallmassnahmen für Unternehmen entstehen, sofern:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. die vom Kanton unterstützten Unternehmen die Anforderungen nach dem zweiten Abschnitt erfüllen; b. die Ausgestaltung dieser Massnahmen den Anforderungen nach dem dritten Abschnitt entspricht; c. der Kanton die Anforderungen nach dem vierten Abschnitt und den Artikeln 16–18 erfüllt. d. der Kanton die steuerliche Ausschöpfung des Ressourcenpotentials bis mindestens Ende 2022 im Vergleich zum Referenzjahr 2020 nicht senkt. <p>Art. 2 Abs. 2 Bst. a</p> <p>Die Bestimmung, wonach sich der Bund nicht an Härtefallmassnahmen beteiligt, falls Bund, Kanton oder Gemeinden mit mehr als 10% an einem Unternehmen beteiligt sind, ist zu restriktiv und diskriminiert Betriebe, an denen die öffentliche Hand beteiligt ist. Wir empfehlen eine höhere Schwelle von 50%. Anfalls werden die Kantone und Gemeinden zu einseitig in die Pflicht genommen und belastet:</p> <p>² Er beteiligt sich nicht an den Kosten oder Verlusten, die einem Kanton aus seinen Härtefallmassnahmen für Unternehmen entstehen:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. an deren Kapital Bund, Kantone oder Gemeinden insgesamt zu mehr als 40–50 Prozent beteiligt sind;
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	
Fehler! Verweisquelle	

konnte nicht ge- funden werden.	
--	--

2. Abschnitt: Anforderungen an die Unternehmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Fehler! Verweis- quelle konnte nicht ge- funden werden.	<p>Art. 3 Abs.1 Bst. b und Abs.3 streichen</p> <p>Wir plädieren dafür, den Buchstaben b zu streichen; eine untere Umsatzgrenze von 50'000 Franken würde viele Kleinstunternehmen ausschliessen und macht keinen Sinn. Es sollen gerade auch KKU unterstützt werden, die profitabel und überlebensfähig sind. Entsprechend wäre auch Absatz 3 zu streichen:</p> <p>Art. 3 Zeitpunkt der Gründung und Umsatz</p> <p>1 Die Unternehmen haben gegenüber dem Kanton belegt, dass sie:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. vor dem 1. März 2020 ins Handelsregister eingetragen worden sind oder, bei fehlendem Handelsregistereintrag, vor dem 1. März 2020 gegründet worden sind; b. im Jahr 2019 einen Umsatz von mindestens 50'000 Franken erzielt haben; c. ihre Wertschöpfung überwiegend in der Schweiz erzielt haben. <p>³</p> <p>Nahm das Unternehmen die Geschäftstätigkeit auf den 1. Januar 2020 oder später auf oder wurde es 2019 gegründet und ist darum das Geschäftsjahr überlang, so gilt als Umsatz nach Absatz 1 Buchstabe b der Umsatz, der zwischen dem 1. Januar 2019 und dem 29. Februar 2020 erzielt wurde, berechnet auf 12 Monate.</p> <p>Art. 4 Abs. 2 Bst. a</p> <p>Die Bestimmung, wonach Unternehmen, die eine Härtefallhilfe in Anspruch nehmen möchten, nicht «überschuldet» sein dürfen, ist unrealistisch und deshalb anzupassen. Die Covid-Bürgschaftskredite werden nicht berücksichtigt, mit dieser Bestimmung würden aber all jene Unternehmen bestraft, die in der ersten Pandemiewelle keine Covid-Bürgschaftskredite in Anspruch genommen haben, jetzt aber – in der zweiten Welle – ihre Kredite/Schulden nicht mehr bedienen können und eine Überbrückungshilfe benötigen. Diese Bestimmung ist aus Optik der ersten Welle formuliert. Wir empfehlen eine Anpassung:</p> <p>² Als profitabel oder überlebensfähig gelten Unternehmen, die:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. zum Zeitpunkt der Einreichung des Gesuchs nicht überschuldet sind und zwischen dem 1. Januar 2019 und der Einreichung des Gesuchs nicht überschuldet waren; Zwischen dem 1. Januar 2019 und dem 1. April 2020 nicht überschuldet waren. <p>Art.5 Abs.1</p> <p>Die Bestimmung zum Umsatrzrückgang bezieht sich direkt auf Artikel 12 Abs. 1 des Covid-19-Gesetzes. Wir empfehlen hier eine Überarbeitung und Aktualisierung sowohl des Gesetzesartikels als auch der Verordnungsbestimmung. Ein Rückgang des Jahresumsatzes von 20% würde zum Beispiel einem Umsatzverlust von 80% während 3 Monaten des Lockdowns oder unter verschärften Corona-Massnahmen entsprechen. Wir empfehlen deshalb, hier einen realistischeren Wert von z.B. 20 Prozent als Schwelle für den jährlichen Umsatrzrückgang festzulegen.</p> <p>Art. 5 Umsatrzrückgang</p>

	<p>¹ Die Unternehmen haben gegenüber dem Kanton belegt, dass ihr Jahresumsatz 2020 in der Folge von behördlich angeordneten Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie mehr als 40-20 Prozent unter dem durchschnittlichen Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 liegt.</p> <p>Art.5 Abs.2</p> <p>Unternehmen, die zu Kurzarbeit gegriffen oder Erwerbsersatz geltend gemacht haben (um nicht zu schliessen), sollen nicht schlechter gestellt bzw. bestreitbar werden gegenüber Unternehmen, die Stellen gestrichen und Personen entlassen haben. In unseren Augen widerspricht diese Verordnungsbestimmung auch Artikel 12 Absatz 2 des Covid-19-Gesetzes, in dem festgelegt ist: <i>Die Unterstützungsmaßnahmen setzen voraus, dass die Unternehmen vor Ausbruch von Covid-19 profitabel oder überlebensfähig waren und sie nicht bereits andere Finanzhilfen des Bundes erhalten haben. Diese Finanzhilfen schliessen die Kurzarbeitsentschädigungen, Entschädigung des Erwerbsausfalls sowie die gestützt auf die Covid-19-Solidaritätsverordnung vom 25. März 2020 gewährten Kredite nicht mit ein.</i> Deshalb empfehlen wir, Abs.2 entsprechend anzupassen:</p> <p>² Der Umsatz berechnet sich aus dem Wert der verkauften Waren und der erbrachten Dienstleistungen zuzüglich der für die Periode 2020 erhaltenen Entschädigungen für Kurzarbeit und Covid-Erwerbsersatz.</p>
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	

3. Abschnitt: Anforderungen an die Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	<p>Art.7. Abs.3 (streichen)</p> <p>Solange die Covid-Solidaritätsverordnungen nicht mehr zur Verfügung stehen, soll eine gemischte Unterstützung mit verschiedenen Instrumenten nicht untersagt werden. Entsprechend empfehlen wir, Absatz 3 zu streichen:</p> <p>Art. 7 Form</p> <p>¹ Die Härtefallmassnahmen, für deren Kosten oder Verluste der Kanton die Beteiligung des Bundes in Anspruch nimmt, werden gewährt in Form von:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. rückzahlbaren Darlehen; b. Bürgschaften oder Garantien; c. nicht rückzahlbaren Beiträgen. <p>² Sie können nach Branchen, Unternehmensgrösse oder Form der Instrumente unterschiedlich sein.</p>

	<p>³Pro Unternehmen kann nur eine Form der Hilfen beansprucht werden.</p> <p>Art.8 Abs1.</p> <p>Wir empfehlen in einer überarbeiteten Verordnung eine Anpassung der Höchstgrenzen für Darlehen, Bürgschaften oder Garantien. Diese sollen sich nicht am Jahresumsatz, sondern direkter am Verlust des Jahresumsatzes orientieren.</p> <p>Art. 8 Höchstgrenzen</p> <p>¹Darlehen, Bürgschaften oder Garantien belaufen sich höchstens auf 25 Prozent des Jahresumsatzes 80 Prozent des Verlusts des Jahresumsatzes 2020 gegenüber 2019 eines Unternehmens und höchstens auf 10 Millionen Franken. Ihre Laufzeit ist auf höchstens zehn Jahre befristet.</p> <p>Entsprechend ist in unseren Augen auch Artikel 8 Absatz 2 zum Umsatzzrückgang an die aktuelle Wirtschaftssituation anzupassen, die durch die zweite Welle geprägt ist. Es ist bei der Festlegung der Höchstbeträge insbesondere darauf Rücksicht zu nehmen, dass für Unternehmen mit besonders hohen Fixkosten höhere Überbrückungsleistungen rechtfertigt werden können.</p>
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	

4. Abschnitt: Verfahren und Zuständigkeiten

Thema	Bemerkung/Anregung
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	
Missbrauchsbekämpfung	[Bemerkungen/Anregungen zur Ausgestaltung und konkreten Umsetzung der Missbrauchsbekämpfung]

5. Abschnitt: Beiträge des Bundes und Berichterstattung der Kantone

Thema	Bemerkung/Anregung
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	<p>Art.14 Der Bundesrat selbst hat festgehalten, dass die vorgeschlagene Bundeshilfe überholten Annahmen basiert. Wir empfehlen angesichts der Wirtschaftssituation eine Aufstockung der Bundeshilfe auf mindestens 1 Milliarde Franken.</p> <p>Art. 14 Gesamtbetrag Der Bund beteiligt sich im Rahmen der bewilligten Kredite im Umfang von insgesamt höchstens 200 Millionen mindestens 1 Milliarde Franken an kantonalen Härtefallmassnahmen.</p> <p>Art.15 Wir empfehlen auch, die Aufteilung der Gelder auf die Kantone in Artikel nicht nur nach den Kriterien des kantonalen BIP und der Wohnbevölkerung zu zunehmen, sondern den Verteilschlüssel stärker nach der Betroffenheit bz den Realitäten der wirtschaftlichen Strukturen auszurichten. Ein Teil des Beitrags könnte zum Beispiel nicht fest zugeteilt, sondern je nach Betroffenheit durch die Corona-Pandemie an die Kantone verteilt werden. Es wäre jeden Fall zu empfehlen, alternative Verteilschlüssel durchzurechnen, indem etwa neben BIP und der Wohnbevölkerung auch der Anteil der Erwerbslos oder der Lohnabhängigen in Kurzarbeit berücksichtigt würden.</p>
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	
Zusatzfragen an die Kantone zur Abschätzung des Finanzierungsbedarfs	
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	<ul style="list-style-type: none"> • Plant Ihr Kanton, kantonale Härtefallmassnahmen zu ergreifen? • Wenn ja, in welcher Form? (Darlehen, Bürgschaften, Garantien und/oder rückzahlbare Beiträge) • Erste Schätzung zum gesamten Mittelbedarf in Ihrem Kanton (à fond perdu-Beiträge und Verluste aus Darlehen, Bürgschaften und Garantien, wovon der Bund die Hälfte tragen müsste)

6. Abschnitt: Kapitalverlust und Überschuldung und 7. Abschnitt: Schlussbestimmungen

Thema	Bemerkung/Anregung
Fehler! Verweis- quelle konnte nicht ge- funden werden.	
Fehler! Verweis- quelle konnte nicht ge- funden werden.	
Fehler! Verweis- quelle konnte nicht ge- funden werden.	

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Bundesgasse 3
3003 Bern

Elektronisch an:
Marianne.widmer@efv.admin.ch
Lukas.hohl@efv.admin.ch

Bern, 13. November 2020

Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Vernehmlassungsantwort der Schweizerischen Volkspartei (SVP)

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir nehmen im Rahmen der rubrizierten Vernehmlassung Stellung zur Vorlage. Wir äussern uns dazu wie folgt:

Die SVP unterstützt die Covid-19-Härtefallverordnung. Die Verordnung erlaubt es dem Bund, den Kantonen gezielt unter die Arme zu greifen. Die Kantone entscheiden in jedem Fall über den geeigneten Mitteleinsatz. Unter Berücksichtigung des Föderalismus können Kantone dadurch ihre Unternehmen aus finanziellen Notlagen retten. Die finanziellen Verpflichtungen durch den Bund mit gesamthaft 200 Millionen CHF sind im Kontext der aktuellen Krise angemessen.

Die finanzielle Unterstützung der Kantone durch den Bund ist in Anbetracht der weitläufigen Auswirkungen der COVID-19 Krise notwendig. Der aktuell prognostizierte Rückgang des Bruttoinlandprodukts von 3.8% im Jahr 2020 im Vergleich zum Vorjahr, wird insbesondere einige besonders exponierte KMU in der Schweiz hart treffen. Die Exporte werden für dieses Jahr voraussichtlich um 6.6% einbrechen. Bis jetzt hat der Bund vor allem mittels Solidarbürgschaften, nach dem Giesskannenprinzip, die Liquidität der Unternehmen bis am 31. Juli 2020 sichergestellt. Eine gezielte Unterstützung der Kantone ist nun notwendig. Dabei schränkt die Härtefallverordnung die Handelsfreiheit der Kantone nicht ein, sie regelt lediglich die Kostenbeteiligung des Bundes.

Die Härtefallverordnung erlaubt es den Kantonen, ergänzend zu den bereits eingeleiteten Massnahmen besonders betroffene Branchen (Eventbranche, Schausteller, Reisebüros etc.) mit Massnahmen ihrer Wahl zu unterstützen. Diese Massnahmen beinhalten Bürgschaften, Garantien, Darlehen oder à fonds-perdu-Beiträge. Daraus können Verluste beziehungsweise direkte Kosten (bei à-fonds-perdu-Beiträgen) für die Kanton entstehen. Deshalb sieht die Verordnung eine berechtigte Kostenbeteiligung durch den Bund in der Höhe von 50% vor. Diese Kostenbeteiligung durch den Bund, welche nach BIP und Bevölkerung des jeweiligen Kantons

zwischen 320'000 CHF (AI) und 40 Millionen CHF (ZH) plafoniert ist, beträgt gesamthaft 200 Millionen CHF. Eine Kostendecke für Härtefälle ist insbesondere notwendig, da jeder durch einen Kanton gesprochener à-fonds-perdu-Beitrag, eine Forderung gegenüber dem Bund darstellt. Deshalb ist in Erwägung zu ziehen, dass die gesamthaft bereitgestellten Mittel von 200 Millionen CHF des Bundes, bis zum Ablauf der Verordnung (31. Dezember 2021) aufgebraucht sein könnten. Gleichzeitig erlaubt die Obergrenze bei à-fonds-perdu-Beiträgen von maximal 500'000 CHF pro Unternehmen, die Vermeidung eines Klumpenrisikos für die Kantone und den Bund.

Angesichts der jüngsten Meldungen betreffend eines hochwirksamen Covid-Impfstoffs ist zu hoffen, dass es im Jahr 2021 schneller als bisher erwartet zu einer Normalisierung kommt.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

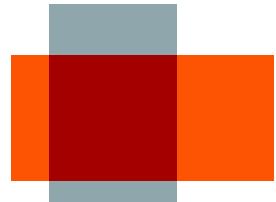
SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI

Der Parteipräsident

Marco Chiesa
Ständerat

Der Generalsekretär

Emanuel Waeber



Eidgenössisches Finanzdepartement
marianne.widmer@efv.admin.ch
lukas.hohl@efv.admin.ch

13. November 2020

Stellungnahme zur Vernehmlassung zur Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Sehr geehrter Herr Bundesrat Maurer

Sehr geehrte Frau Widmer

Sehr geehrter Herr Hohl,

Mit dem Schreiben vom 4. November 2020 haben Sie uns eingeladen, an der Vernehmlassung zur Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung) teilzunehmen. Wir danken Ihnen für diese Möglichkeit und nehmen gerne aus gesamtwirtschaftlicher Sicht dazu Stellung.

Die untenstehende Position ist eine konsolidierte Position, in deren Erarbeitung unsere Mitglieder involviert waren. Aufgrund der kurzen Vernehmlassungsfrist war es uns leider nicht möglich, die Positionen aller Mitglieder auf einen Nenner zu bringen. Wir erlauben uns daher auf gewichtige abweichende Meinungen unter unseren Mitgliedern hinzuweisen.

economiesuisse stuft die Verordnung insgesamt als zielführend ein. Es sollte aber noch genauer definiert werden, welche Firmen als Härtefälle gelten, und die in der Vernehmlassung vorgeschlagenen Kriterien sollten entsprechend erweitert werden. So sollte insbesondere die wirtschaftliche Situation des Unternehmens in den Jahren 2018 und 2019 herangezogen werden, um dessen Überlebensfähigkeit zu beurteilen.

Wichtig erscheint es economiesuisse, dass wenn immer möglich rückzahlbare Beiträge eingesetzt werden. Nicht-rückzahlbare Beiträge verzerrn den Wettbewerb stark. Deshalb sollten sie nur subsidiär zum Einsatz kommen.

Die vorgesehenen Mittel von insgesamt 400 Mio. Franken dürften leider nicht ausreichen. economiesuisse begrüßt daher, dass der Bund eine Mittelerhöhung in Aussicht gestellt hat. Die Mittel, die zusätzlich zur Verfügung gestellt werden, sollten aber wenn immer möglich für rückzahlbare Beiträge verwendet werden.

economiesuisse begrüßt die vorgeschlagene Härtefallregelung grundsätzlich. Mit der vorliegenden Verordnung stellt der Bund ein neues Instrument zur Verfügung, das für Unternehmen eingesetzt werden soll, die effektiv als Härtefälle qualifiziert werden. Die Covid19-Pandemie und die damit verbundenen Eingriffe des Staates in die Wirtschaft verursachen grosse Verluste bei vielen Unternehmen. Die wichtigste Stützungsmassnahme des Staates war und ist die Kurzarbeitsentschädigung, die im Frühling 2020 temporär durch eine Liquiditätshilfe mittels Covid19-

Kredite ergänzt wurde. Auch Kultur, Sport, öffentlicher Verkehr oder Medien und Selbständige wurden unterstützt. Die Härtefallregelung ist somit als Ergänzung zu den bisherigen, in der Schweizer Geschichte präzedenzlos hohen Unterstützungsleistungen zu betrachten. Die überwiegende Mehrheit der Mitglieder befürwortet eine Härtefallregelung. Nur unser Mitglied swissmem hat diesbezüglich eine abweichende Meinung: Sie sprechen sich im Grundsatz dafür aus, das Covid-19-Kreditprogramm zu reaktivieren und dafür gänzlich auf die Härtefallregelung zu verzichten.

Härtefälle klar definieren und Wettbewerbsverzerrungen vermeiden

Mit einer starken Unterstützung einer Vielzahl von Unternehmen besteht die Gefahr von unerwünschten Nebeneffekten. Einerseits wirken nicht-rückzahlbare Beiträge stark wettbewerbsverzerrend. So können unterstützte Härtefälle schliesslich besser durch die Krise kommen als nicht unterstützte, aber ansonsten besser aufgestellte Unternehmen. Zu beachten ist zudem, dass aufgrund unterschiedlicher Kantonsangehörigkeit der Wettbewerb verzerrt werden kann, wenn in den Kantonen unterschiedliche Kriterien für die Verteilung der Beiträge zur Anwendung kommen. Andererseits muss darauf geachtet werden, dass der notwendige Strukturwandel nicht künstlich aufgestaut wird.

Damit der Wettbewerb nicht zu stark verzerrt wird, sollten die Kantone die Mittel für Härtefälle in erster Linie in Form von rückzahlbaren Darlehen (gem. Art. 7 Abs.1. lit. a) und Bürgschaften oder Garantien (gem. Art. 7 Abs.1. lit. b) bereitstellen. Nicht-rückzahlbare Beiträge (gem. Art. 7 Abs.1. lit. c) sollen nur subsidiär in ausgewiesenen Härtefällen zum Einsatz kommen. Obwohl eine Mehrheit der Mitglieder diese Meinung teilt, möchten wir Sie darauf hinweisen, dass hotelleriesuisse und die Westschweizer Handelskammern diese Meinung nicht teilen.

Damit der notwendige Strukturwandel nicht zu stark aufgestaut wird, ist es wichtig, klar zu definieren, welche Firmen Härtefälle sind. economiesuisse begrüsst daher die Definition in Art. 3 bis Art. 5. Diese Definition sollte aber ausgebaut werden. Unternehmen, die vor der Krise keine Gewinne erzielt und kaum Abschreibungen vorgenommen haben, werden diese Jahrhundertkrise nicht überleben, mit oder ohne staatliche Unterstützung. Wenn der Staat solche Unternehmen mit rück- oder nicht-rückzahlbaren Mitteln unterstützt, wird ein Konkurs nur hinausgeschoben. economiesuisse schlägt daher vor, dass Art. 4 Abs. 2 um einen Buchstaben e ergänzt wird: «Das Unternehmen erwirtschaftete in den Jahren 2018 und 2019 einen operativen Gewinn oder war in der Lage im ausreichenden Ausmass Abschreibungen vorzunehmen.». Zudem sollte in Art. 3 Abs. 2 lit. b die Umsatzschwelle von 50'000 Franken auf 100'000 Franken angehoben werden und in einem neuen Art. 3 Abs. 1 lit. d die Vorgabe gemacht werden, dass das Unternehmen mindestens einen VZÄ beschäftigt.

economiesuisse begrüsst auch den Vorschlag des Bundesrates, dass Betriebe in den Bereichen Kultur, Sport, öffentlicher Verkehr oder Medien und Unternehmen in teilweisen Besitz der öffentlichen Hand von der Härtefallregelung ausgeschlossen werden. Die Mittel müssen zielgerichtet denjenigen Unternehmen zur Verfügung stehen, die ansonsten Gefahr laufen, zwischen Stuhl und Bank zu fallen.

Erhöhung der Mittel für die Gewährung von zusätzlichen Krediten

economiesuisse begrüsst ausdrücklich, dass der Bundesrat in Aussicht stellt, den Gesamtbetrag allenfalls nach oben anzupassen. Rückmeldungen aus betroffenen Branchen lassen den Schluss zu, dass die vorgesehenen Mittel von 400 Mio. Franken deutlich zu klein sind. Aus diesem Grund sind die Mittel in der Härtefallverordnung nach oben anzupassen. Die zusätzlichen Mittel müssen aber wenn immer möglich als rückzahlbare Darlehen, Bürgschaften oder Garantien bereitgestellt werden.

In den Unterlagen wird nicht ausreichend dargelegt, wie das Zusammenspiel der Härtefallmassnahmen mit den anderen Unterstützungsmassnahmen des Bundes und der Kantone ist. Dies ist insbesondere von Relevanz, falls in naher Zukunft die Forderungen nach einer Wiederaufnahme der Covid-19-Kredite diskutiert werden sollte, wie dies beispielsweise unsere Mitglieder swissmem und swiss textiles fordern.

Umsetzung in den Kantonen darf nicht zu einem Flickenteppich führen

Im föderalistischen System der Schweiz ist es richtig, dass vor allem die Kantone für die Verteilung der Unterstützung verantwortlich sind. Doch weil Bundesgelder fliessen sollen, erhalten die Kantone keine Carte Blanche, sondern müssen sich an die in der Verordnung festgehaltenen Grundsätze halten. Es ist wichtig einen kantonalen Flickenteppich hier möglichst zu vermeiden. Insbesondere bedarf eine schnelle und pragmatische Prüfung von Kreditanträgen einer Harmonisierung der Ausgestaltung von Bürgschaften und Garantien. Es ist zudem äusserst wichtig, dass die Kantone rasch Gelder sprechen können. Falls die Kantone diesbezüglich gesetzlichen Anpassungsbedarf haben, so sind diese Anpassungen unverzüglich in Angriff zu nehmen. Darüber hinaus muss von Anfang an Klarheit darüber geschaffen werden, wie bei einem kantonalen Vollzug mit gesamtschweizerisch tätigen Unternehmen umgegangen wird. Die Verteilung der Mittel auf die Kantone gemäss Wertschöpfung und Bevölkerungszahl erachtet economiesuisse als zweckmässig.

Es liegt in der Natur der Sache, dass im Einzelfall überprüft werden muss, wer als Härtefall in Frage kommt. Entsprechend wird der Aufwand für die Antragserstellung, für die Antragsüberprüfung und die Kontrolle der Mittelverwendung aber leider höher ausfallen als etwa bei den Covid19-Krediten. Dies ist zu akzeptieren, um Missbrauchsfälle möglichst verhindern zu können. Generell ist der Missbrauchsbekämpfung in der Verordnung einen grossen Wert beigemessen. Dies ist vor allem deswegen notwendig, weil die Möglichkeit von nicht rückzahlbaren Beträgen vorgesehen ist. Hier ist das Missbrauchspotenzial gross. Entsprechend rechtfertigt sich auch das vorgesehene Recht des Kantons, die verfügbaren Daten der öffentlichen Hand für die Beurteilung und Überprüfung des Gesuches zu verwenden.

Die sehr kurze Vernehmlassung rechtfertigt sich vor dem Hintergrund des Problemdruckes. Wir unterstützen daher die Absicht, die Verordnung bereits auf den 1. Dezember 2020 in Kraft zu setzen.

Für die Berücksichtigung unserer Anliegen danken wir Ihnen bestens. Für die Beantwortung allfälliger Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
economiesuisse



Monika Rühl
Vorsitzende der Geschäftsleitung



Prof. Dr. Rudolf Minsch
Chefökonom, Stv. Vorsitzender der
Geschäftsleitung



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Eidgenössische Finanzverwaltung EFV

Antwortformular: Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : economiesuisse

Abkürzung der Firma / Organisation : economiesuisse

Adresse : Hegibachstrasse 47, 8032 Zürich

Kontaktperson : Prof. Dr. Rudolf Minsch

Telefon : +41 44 421 35 34

E-Mail : rudolf.minsch@economiesuisse.ch

Datum : 13.11.2020

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Tabellenzeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word-Dokument** bis am **13. November 2020** an folgende E-Mail Adressen: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme!

Allgemeine Bemerkungen

economiesuisse stuft die Verordnung insgesamt als zielführend ein. Mit der vorliegenden Verordnung stellt der Bund ein neues Instrument zur Verfügung, das für Unternehmen eingesetzt werden soll, die effektiv als Härtefälle qualifiziert werden. Die Covid19-Pandemie und die damit verbundenen Eingriffe des Staates in die Wirtschaft verursachen grosse Verluste bei vielen Unternehmen. Die wichtigste Stützungsmassnahme des Staates war und ist die Kurzarbeitsentschädigung, die im Frühling 2020 temporär durch eine Liquiditätshilfe mittels Covid19-Kredite ergänzt wurde. Auch Kultur, Sport, öffentlicher Verkehr oder Medien und Selbständige wurden unterstützt. Die Härtefallregelung ist somit als Ergänzung zu den bisherigen, in der Schweizer Geschichte präzedenzlos hohen Unterstützungsleistungen zu betrachten. Die überwiegende Mehrheit der Mitglieder befürwortet eine Härtefallregelung. Nur unser Mitglied swissmem hat diesbezüglich eine fundamental abweichende Meinung: Sie sprechen sich im Grundsatz dafür aus, das Covid-19-Kreditprogramm zu reaktivieren und dafür gänzlich auf die Härtefallregelung zu verzichten.

Mit einer starken Unterstützung einer Vielzahl von Unternehmen besteht die Gefahr von unerwünschten Nebeneffekten. Einerseits wirken nicht-rückzahlbare Beiträge stark wettbewerbsverzerrend. So können unterstützte Härtefälle schliesslich besser durch die Krise kommen als nicht unterstützte, aber ansonsten besser aufgestellte Unternehmen. Zu beachten ist zudem, dass aufgrund unterschiedlicher Kantonsangehörigkeit der Wettbewerb verzerrt werden kann, wenn in den Kantonen unterschiedliche Kriterien für die Verteilung der Beiträge zur Anwendung kommen. Andererseits muss darauf geachtet werden, dass der notwendige Strukturwandel nicht künstlich aufgestaut wird. Es sollte deshalb unter anderem noch genauer definiert werden, welche Firmen als Härtefälle gelten, und die in der Vernehmlassung vorgeschlagenen Kriterien erweitert werden. So sollte insbesondere die wirtschaftliche Situation des Unternehmens in den Jahren 2018 und 2019 herangezogen werden, um dessen Überlebensfähigkeit zu beurteilen. Weitere Vorschläge finden sich im Fragebogen weiter unten.

Wichtig erscheint es economiesuisse, dass wenn immer möglich rückzahlbare Beiträge eingesetzt werden. Nicht-rückzahlbare Beiträge verzerrn den Wettbewerb stark. Deshalb sollten sie nur subsidiär zum Einsatz kommen. Obwohl eine Mehrheit der Mitglieder diese Meinung teilt, möchten wir Sie darauf hinweisen, dass hotelleriesuisse und die Westschweizer Handelskammern diese Meinung nicht teilen.

Die vorgesehenen Mittel von insgesamt 400 Mio. Franken leider nicht ausreichen. economiesuisse begrüsst daher, dass der Bund eine Mittelerhöhung in Aussicht gestellt hat. Die Mittel, die zusätzlich zur Verfügung gestellt werden, sollten aber wenn immer möglich für rückzahlbare Beiträge verwendet werden.

1. Abschnitt: Grundsatz

Thema	Bemerkung/Anregung
Zusammenspiel mit anderen Instrumenten	In den Unterlagen wird nicht ausreichend dargelegt, wie das Zusammenspiel der Härtefallmassnahmen mit den anderen Unterstützungsmassnahmen des Bundes und der Kantone ist. Dies ist insbesondere von Relevanz, falls in naher Zukunft die Forderungen nach einer Wiederaufnahme der Covid-19-Kredite diskutiert werden sollte, wie dies beispielsweise unsere Mitglieder swissmem und swisstextiles fordern.

2. Abschnitt: Anforderungen an die Unternehmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 3	<p>Damit der notwendige Strukturwandel nicht zu stark aufgestaut wird, ist es wichtig, klar zu definieren, welche Firmen Härtefälle sind. economiesuisse begrüßt daher die Definition in Art. 3 bis Art. 5. Diese Definition sollte aber ausgebaut werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> - In Art. 3, Abs. 2, lit. b sollte die Umsatzschwelle von 50'000 Franken auf 100'000 Franken angehoben werden. - In einem neuen Art. 3 Abs. 1 lit. d sollte die Vorgabe gemacht werden, dass das Unternehmen mindestens einen VZÄ beschäftigt.
Art. 4	<p>Damit der notwendige Strukturwandel nicht zu stark aufgestaut wird, ist es wichtig, klar zu definieren, welche Firmen Härtefälle sind. economiesuisse begrüßt daher die Definition in Art. 3 bis Art. 5. Diese Definition sollte aber ausgebaut werden.</p> <p>Unternehmen, die vor der Krise keine Gewinne erzielt und kaum Abschreibungen vorgenommen haben, werden diese Jahrhundertkrise nicht überleben, mit oder ohne staatliche Unterstützung. Wenn der Staat solche Unternehmen mit rück- oder nicht-rückzahlbaren Mitteln unterstützt, wird ein Konkurs nur hinausgeschoben. economiesuisse schlägt daher vor, dass Art. 4 Abs. 2 um einen Buchstaben e ergänzt wird: «Das Unternehmen erwirtschaftete in den Jahren 2018 und 2019 einen operativen Gewinn oder war in der Lage, im ausreichenden Ausmass Abschreibungen vorzunehmen.».</p> <p>economiesuisse begrüßt auch den Vorschlag des Bundesrates, dass Betriebe in den Bereichen Kultur, Sport, öffentlicher Verkehr oder Medien und Unternehmen in teilweisen Besitz der öffentlichen Hand von der Härtefallregelung ausgeschlossen werden. Die Mittel müssen zielgerichtet denjenigen Unternehmen zur Verfügung stehen, die ansonsten Gefahr laufen, zwischen Stuhl und Bank zu fallen.</p>
Art. 5	<p>Damit der notwendige Strukturwandel nicht zu stark aufgestaut wird, ist es wichtig, klar zu definieren, welche Firmen Härtefälle sind. economiesuisse begrüßt daher die Definition in Art. 3 bis Art. 5.</p>

3. Abschnitt: Anforderungen an die Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 7	<p>Damit der Wettbewerb nicht zu stark verzerrt wird, sollten die Kantone die Mittel für Härtefälle in erster Linie in Form von rückzahlbaren Darlehen (gem. Art. 7 Abs.1. lit. a) und Bürgschaften oder Garantien (gem. Art. 7 Abs.1. lit. b) bereitstellen. Nicht-rückzahlbare Beiträge (gem. Art. 7 Abs.1. lit. c) sollen nur subsidiär in ausgewiesenen Härtefällen zum Einsatz kommen. Obwohl eine Mehrheit der Mitglieder diese Meinung teilt, möchten wir Sie darauf hinweisen, dass hotelleriesuisse und die Westschweizer Handelskammern diese Meinung nicht teilen.</p>
Art. 9	<p>Es liegt in der Natur der Sache, dass im Einzelfall überprüft werden muss, wer als Härtefall in Frage kommt. Entsprechend wird der Aufwand für die Antragserstellung, für die Antragsüberprüfung und die Kontrolle der Mittelverwendung aber leider höher ausfallen als etwa bei den Covid19-Krediten. Dies ist zu akzeptieren, um Missbrauchsfälle möglichst verhindern zu können. Generell ist der Missbrauchsbekämpfung in der</p>

	Verordnung einen grossen Wert beigemessen. Dies ist vor allem deswegen notwendig, weil die Möglichkeit von nicht rückzahlbaren Beträgen vorgesehen ist. Hier ist das Missbrauchspotenzial gross. Entsprechend rechtfertigt sich auch das vorgesehene Recht des Kantons, die verfügbaren Daten der öffentlichen Hand für die Beurteilung und Überprüfung des Gesuches zu verwenden.

4. Abschnitt: Verfahren und Zuständigkeiten

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 13	Im föderalistischen System der Schweiz ist es richtig, dass vor allem die Kantone für die Verteilung der Unterstützung verantwortlich sind. Doch weil Bundesgelder fliessen sollen, erhalten die Kantone keine Carte Blanche, sondern müssen sich an die in der Verordnung festgehaltenen Grundsätze halten. Es ist wichtig ein kantonaler Flickenteppich hier möglichst zu vermeiden. Insbesondere bedarf eine schnelle und pragmatische Prüfung von Kreditanträgen einer Harmonisierung der Ausgestaltung von Bürgschaften und Garantien. Es ist zudem äusserst wichtig, dass die Kantone rasch Gelder sprechen können. Falls die Kantone diesbezüglich gesetzlichen Anpassungsbedarf haben, so sind diese Anpassungen unverzüglich in Angriff zu nehmen. Darüber hinaus muss von Anfang an Klarheit darüber geschaffen werden, wie bei einem kantonalen Vollzug mit gesamtschweizerisch tätigen Unternehmen umgegangen wird. Die Verteilung der Mittel auf die Kantone gemäss Wertschöpfung und Bevölkerungszahl erachtet economiesuisse als zweckmässig.
Missbrauchsbekämpfung	[Bemerkungen/Anregungen zur Ausgestaltung und konkreten Umsetzung der Missbrauchsbekämpfung]

5. Abschnitt: Beiträge des Bundes und Berichterstattung der Kantone

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 14	economiesuisse begrüßt ausdrücklich, dass der Bundesrat in Aussicht stellt, den Gesamtbetrag allenfalls nach oben anzupassen. Rückmeldungen aus betroffenen Branchen lassen den Schluss zu, dass die vorgesehenen Mittel von 400 Mio. Franken deutlich zu klein sind. Aus diesem Grund sind die Mittel in der Härtefallverordnung nach oben anzupassen. Die zusätzlichen Mittel müssen aber wenn immer möglich als rückzahlbare Darlehen, Bürgschaften oder Garantien bereitgestellt werden.
Zusatzfragen an die Kantone zur Abschätzung des Finanzierungsbedarfs	
<ul style="list-style-type: none"> • Plant Ihr Kanton, kantonale Härtefallmassnahmen zu ergreifen? 	

- | | |
|--|--|
| <ul style="list-style-type: none">• Wenn ja, in welcher Form? (Darlehen, Bürgschaften, Garantien und/oder rückzahlbare Beiträge)• Erste Schätzung zum <i>gesamten</i> Mittelbedarf in Ihrem Kanton (à fond perdu-Beiträge und Verluste aus Darlehen, Bürgschaften und Garantien, wovon der Bund die Hälfte tragen müsste) | |
| | |

6. Abschnitt: Kapitalverlust und Überschuldung und 7. Abschnitt: Schlussbestimmungen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 22	Vor dem Hintergrund des Problemdruckes unterstützt economiesuisse die Absicht, die Verordnung bereits auf den 1. Dezember 2020 in Kraft zu setzen.

Eidgenössisches Finanzdepartement
Frau Marianne Widmer
Herr Lukas Hohl
3003 Bern
marianne.widmer@efv.admin.ch
lukas.hohl@efv.admin.ch

Bern, 13. November 2020 sgv-KI/ds

Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19 Härtefallverordnung)

Sehr geehrte Frau Widmer,
sehr geehrter Herr Hohl

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband sgv über 230 Verbände und gegen 500 000 KMU, was einem Anteil von 99.8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.

Mit Schreiben vom 4. November 2020 lädt das Eidgenössische Finanzdepartement ein, sich zur Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19 Härtefallverordnung) zu äussern. Der Schweizerische Gewerbeverband sgv dankt für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Mit Artikel 12 des Covid-19-Gesetzes haben National- und Ständerat in der Herbstsession 2020 die Grundlage für die Beteiligung des Bundes an Härtefallmassnahmen geschaffen und den Bundesrat beauftragt, Einzelheiten auf Verordnungsstufe zu regeln. Die Covid-19-Härtefallverordnung legt die Mindestvoraussetzungen fest, die kantonale Härtefallregelungen erfüllen müssen, damit sich der Bund an deren Finanzierung beteiligt. Die Kantone entscheiden frei, ob sie Härtefallmassnahmen ergreifen und, falls ja, wie sie diese ausgestalten. Dadurch kriegen sie einen gewissen Ermessensspielraum in der Beurteilung von Härtefällen.

Gemäss Covid-19-Härtefallverordnung kann zwischen Darlehen, Bürgschaften, Garantien oder nicht rückzahlbaren Beiträgen gewählt werden, wobei höchstens 25 % des Umsatzes bzw. 10 Mio. Franken als Darlehen (einschliesslich Bürgschaften und Garantien) oder höchstens 10 % des Umsatzes bzw. Fr. 500 000 als nicht rückzahlbare Beiträge gewährt werden können. Im Fall von Darlehen (einschliesslich Bürgschaften und Garantien) werden nur die tatsächlichen Ausfälle der vom Bund zur Verfügung gestellten Summe angerechnet. Pro Unternehmen kann nur eine Form der Härtefallhilfen beansprucht werden.

Der Bundesbeitrag an den kantonalen Härtefallmassnahmen wird vorerhand auf 200 Millionen plafonierte. Dieser Betrag wird nach kantonalem BIP und Wohnbevölkerung unter den Kantonen aufgeteilt. Er soll gestützt auf die Rückmeldungen aus der Vernehmlassung nochmals überprüft werden; ebenso wird der Bundesrat prüfen, ob eine Anpassung der Definition von Härtefällen nötig ist.

Der Schweizerische Gewerbeverband sgv unterstützt die Verordnung und fordert insbesondere eine unverzügliche Inkraftsetzung bis spätestens 1. Dezember 2020, weil die Kantone für die Umsetzung ihrer Massnahmen die kantonalen Legislativen begrüssen müssen, was zusätzlich Zeit benötigt.

Auch in der sehr kurzen Frist der verbandsinternen Vernehmlassung haben uns seitens der Mitglieder sehr viele Stellungnahmen erreicht, darunter GastroSuisse, hotelleriesuisse, swiss-staffing, der Schweizer Fleischfachverband uam. sowie kantonale Gewerbeverbände. Die folgenden Forderungen sind nicht zuletzt auch wichtige Anliegen der Branchen- und Kantonalverbände.

Im Einzelnen nehmen wir wie folgt Stellung und fordern die folgenden Anpassungen (vgl. auch Fragebogen im Anhang):

1. Betragshöhe

Die Aufteilung des auf CHF 200 Mio. plafonierten Bundesbeitrages (Art. 14) auf die einzelnen Kantone wird zur Folge haben, dass der Kanton Zürich z. B. CHF 39,99 Mio., Bern 23,75 Mio., Waadt 17,57 Mio. und Genf 13,58 Mio. erhalten. Angesichts der Wirtschaftsleistung dieser Kantone, insbesondere mit Blick auf die Wirtschaftszentren Arc Lémanique und Zürich, dürften diese Beträge zu klein bemessen sein.

Allein der Kanton Zürich schätzt gemäss seiner Hochrechnung (Vorlage 5663, Antrag des Regierungsrates an den Kantonsrat vom 11. November 2020) den möglichen Gesamtwert der Gesuche im Bereich von rund 350 Mio. Franken für Darlehen und rund 150 Mio. Franken für À-fonds-perdu-Beiträge. Gewährt der Kanton Zürich gleich hohe Beiträge, beläuft sich die Summe lediglich auf CHF 79,98 Mio. Der Kanton Zürich beantragt aber einen Verpflichtungskredit von netto Fr. 160 459 875.-. Ob andere Kantone im gleichen Masse ihre Unterstützung aufstocken können, ist fraglich.

Der Schweizerische Gewerbeverband sgv fordert daher vom Bund eine Erhöhung des Volumens auf CHF 500 Mio.

2. Anforderungen an die Unternehmen

Art. 1 Abs. 2 lit. a

Der Bund beteiligt sich nicht an den Kosten oder Verlusten, die einem Kanton aus seinen Härtefallmassnahmen für Unternehmen entstehen, an deren Kapital Bund, Kantone oder Gemeinden insgesamt zu mehr als 10 Prozent beteiligt sind.

Der sgv fordert folgende Anpassung:

- an deren Kapital Bund, Kantone oder Gemeinden insgesamt zu mehr als **25 Prozent** beteiligt sind;

Begründung

10 % sind gerade für touristische Betriebe und Betriebe in Gebirgskantonen, wo Gemeinden und Kantone aus Natur der Sache daran beteiligt sind (Bahnen, Kongresszentren etc.), zu wenig. Viele Betriebe, die aufgrund der Entwicklung ganz besonders Härtefallmassnahmen benötigen, würden mit der 10 %-Regel ausgeschlossen.

Art. 3 Abs. 1 lit. b

Referenzjahr des Umsatzes ist ausschliesslich das Jahr 2019. Die Firmen müssen einen Umsatz von mindestens CHF 50'000.00 erzielt haben. In Art. 5 wird aber auf den Umsatzrückgang der Jahre 2018 und 2019 abgestellt. Das ist eine Inkonsistenz.

Der sgv fordert folgende Anpassung:

Es soll ein **Umsatzdurchschnitt von 2018 und 2019** von mindestens **CHF 30'000.00** gewählt werden.

Begründung

Mit der Berechnungsgrundlage von zwei Jahren können Ausreisser besser vermieden werden. Zudem werden CHF 30'000.00 kleinen und Kleinst-KMU, die der sgv in sehr grosser Zahl vertritt, besser gerecht.

Art. 3 Abs. 2

Eine Anforderung an ein Unternehmen für Härtefallmassnahmen ist die UID.

Der sgv fordert folgende Anpassung:

Die Unternehmen verfügen über eine Unternehmens-Identifikationsnummer (UID-Nummer)

Begründung

Die Anforderung ist zu streichen, da nicht alle Unternehmen über eine UID verfügen dürften. Die UID würde zum zusätzlichen Ausschlusskriterium.

Art. 4 Abs. 1 Bst c

Diese Bestimmung legt fest, welche Hilfen unter das Verbot der Doppelsubventionierung fallen. Dabei ist zu beachten, **dass auch Unterstützungen der Schweizerischen Gesellschaft für Hotelkredit (SGH) nicht unter das Verbot fallen.**

Art. 4 Abs. 2 Bst a

Die Bestimmung sieht vor, dass profitable und überlebensfähige Unternehmen seit dem 1. Januar 2019 bis und mit Einreichung des Gesuchs nicht überschuldet sein sollen.

Der sgv fordert folgende Anpassung:

- a. zum Zeitpunkt der Einreichung des Gesuchs nicht überschuldet sind und zwischen dem 1. Januar 2019 und **der Einreichung des Gesuchs dem 31. Dezember 2019** nicht überschuldet waren;

Begründung

Der Vorschlag des Bundesrates würde nach Ansicht des sgv in vielen Fällen Härtefallmassnahmen verunmöglichen. Die Covid-19-Krise dauert bereits seit Anfang März 2020. In den vergangenen 9 Monaten sind trotz umfangreicher Hilfmaßnahmen durch den Bund ganze Branchen an ihre finanziellen und wirtschaftlichen Grenzen gekommen. Es liegt in der Natur der Sache, dass sich dabei viele Firmen überschulden. Genau diese, die es ganz besonders nötig hätten, würden von den Härtefallmassnahmen ausgeschlossen.

Art. 4 Abs. 2 lit. c

Die Bestimmung sieht vor, dass die Unternehmen gegenüber dem Kanton belegen können, dass sie am 15. März 2020 keine Rückstände bei der Bezahlung von Steuerschulden gegenüber Bund, Kantonen oder Gemeinden oder Rückstände bei der Bezahlung der Sozialabgaben hatten.

Der sgv fordert folgende Anpassung:

- b. am 15. März 2020 keine Rückstände ~~bei der Bezahlung von Steuerschulden gegenüber Bund, Kantonen oder Gemeinden oder Rückstände~~ bei der Bezahlung der Sozialabgaben hatten;

Begründung

Steuerschulden gegenüber Gemeinde, Kanton und Bund zu einem Stichtag können nicht ernsthaft als Kriterium für die Profitabilität oder Überlebensfähigkeit zum Massstab genommen werden, zumal ja in der ersten Covid-19-Phase (März und April 2020) Zahlungsaufschübe und Verzicht auf Mahngebühren beschlossen wurden.

Art. 4 Abs. 2 lit. d

Die Bestimmung sieht vor, dass das Unternehmen über eine mittelfristige Finanzplanung verfügt, die glaubhaft aufzeigt, dass die Finanzierung des Unternehmens mit der Härtefallmassnahme für die Dauer der Finanzplanung gesichert werden kann.

Der sgv fordert folgende Anpassung:

- c. über eine ~~mittelfristige~~ Finanzplanung verfügt, die glaubhaft aufzeigt, dass die Finanzierung des Unternehmens mit der Härtefallmassnahme für die Dauer der Finanzplanung gesichert werden kann;

Begründung

Unter mittelfristige Finanzplanung ist gemeinhin ein Zeithorizont von fünf Jahren zu verstehen. Nicht alle KMU, insbesondere stark saisonal geprägte Unternehmen dürften keine Mittelfristplanung haben, weshalb der Begriff «mittelfristig» ersatzlos zu streichen ist.

Art. 4 Abs. 3 lit. b

Als zumutbare Selbsthilfemassnahme gilt die vollständige Ausschöpfung einer Kontokorrent-Limite des Covid-19-Kredites.

Der sgv fordert folgende Anpassung:

- ~~b. falls das Unternehmen über einen Covid-19-Kredit in der Form einer Kontokorrent-Limite verfügt: deren vollständige Ausschöpfung;~~

Begründung

Viele KMU-Inhaberinnen und Inhaber, die Zeit ihres Lebens mit knappen Margen und unter hohem Kostendruck gearbeitet, aber nie Kredite bezogen haben, haben auch während der Covid-19-Krise bis Ende Juli 2020 auf die Aufnahme eines Kredits verzichtet. Viele Firmen haben in der Vergangenheit angespart, um Liquiditätsengpässe zu vermeiden. Mit diesem Passus würden Firmen belohnt, die sich nicht so verhalten haben in der Vergangenheit. Die Anforderung ist deshalb ersatzlos zu streichen. Eventualiter ist im Minimum der Passus «vollständige Ausschöpfung» zu streichen.

Art. 5 Abs. 2

Bezüglich des Umsatzrückganges berechnet sich der Umsatz 2020 aus dem Wert der verkauften Waren und der erbrachten Dienstleistungen zuzüglich der für die Periode 2020 erhaltenen Entschädigungen für Kurzarbeit und Covid-Erwerbsersatz.

Der sgv fordert folgende Anpassung:

Der Umsatz 2020 berechnet sich aus dem Wert der verkauften Waren und der erbrachten Dienstleistungen ~~zuzüglich der für die Periode 2020 erhaltenen Entschädigungen für Kurzarbeit und Covid-Erwerbsersatz~~.

Begründung

Die Bedeutung des Umsatzes kann je nach Branche sehr unterschiedlich sein. Covid-Entschädigungen sind, wenn schon, bei der Bemessung des Verlustes anzurechnen, nicht aber beim Umsatz.

Art. 6 lit. a

Die Unternehmen müssen gegenüber dem Kanton bestätigen, dass sie während der gesamten Laufzeit des Darlehens, der Bürgschaft oder der Garantie bzw. während fünf Jahren nach Erhalt eines nicht rückzahlbaren Beitrags keine Dividenden oder Tantiemen ausschütten.

Der sgv fordert folgende Anpassung:

~~Das Ausschüttungsverbot von Dividenden oder Tantiemen ist zeitlich angemessen (z. B. ein bis zwei Jahre) zu befristen.~~

Begründung

Bei Erhalt von z.B. nicht rückzahlbaren Beträgen könnten während ganzer fünf Jahre Investitionen privater, die für ihre Einlage eine Dividende wollen, verhindert werden. Das ist weder im Sinne des Unternehmens noch im Sinne der Volkswirtschaft.

3. Anforderungen an die Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen**Art. 7 Abs. 3**

Legt fest, dass nur eine einzige Form der Hilfe aus rückzahlbaren Darlehen, Bürgschaften oder Garantien bzw. nicht rückzahlbaren Beiträgen beansprucht werden kann.

Der sgv fordert folgende Anpassung:

~~Pro Unternehmen kann nur eine Form der Hilfen beansprucht werden.~~

Begründung

Die Anforderung, dass nur eine einzige Form der Hilfe beansprucht werden kann, ist zu restriktiv und daher zu streichen. Die Bedürfnisse des konkreten Härtefalls sollten im Vordergrund stehen und nicht der Abwicklungsmechanismus im Kanton. Ebenso ist die ausschliessliche Zuständigkeit des Kantons, welches Instrument in welchem Fall zur Anwendung kommt (vgl. Erläuterungen Seite 6) nicht zielführend. Es sollte partnerschaftlich zusammen mit dem betreffenden Gesuchsteller festgelegt werden, welches Instrument oder welche Instrumente am zielführendsten sind.

Art. 8 Abs. 1

Darlehen, Bürgschaften oder Garantien belaufen sich höchstens auf 25 Prozent des Jahresumsatzes 2019 eines Unternehmens und höchstens auf 10 Millionen Franken. Ihre Laufzeit ist auf höchstens zehn Jahre befristet.

Der sgv fordert folgende Anpassung:

Darlehen, Bürgschaften oder Garantien belaufen sich höchstens auf 25 Prozent des **durchschnittlichen** Jahresumsatzes **der Jahre 2018 und 2019** eines Unternehmens und höchstens auf 10 Millionen Franken. Ihre Laufzeit ist auf höchstens zehn Jahre befristet.

Begründung

Eine Berechnung mit Bezug auf die Jahre 2018 und 2019 verhindert eine Momentaufnahme.

Art. 8 Abs. 2

Die nicht rückzahlbaren Beiträge belaufen sich auf höchstens 10 Prozent des Jahresumsatzes 2019 und höchstens auf 500 000 Franken pro Unternehmen. Die Beiträge können gestaffelt beschlossen und ausgerichtet werden.

Der sgv fordert folgende Anpassung:

Die nicht rückzahlbaren Beiträge belaufen sich auf höchstens 10 Prozent des Jahresumsatzes 2019 und höchstens auf 500 000 Franken pro Unternehmen. Die Beiträge können gestaffelt beschlossen und ausgerichtet werden. **In ganz besonders schweren Härtefällen können die Beiträge des Bundes höher sein.**

Begründung

Ganz besonders schwere Härtefälle sollten eine flexible Lösung erhalten.

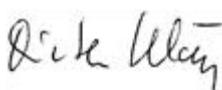
Wir danken für die Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Gewerbeverband sgv



Hans-Ulrich Bigler
Direktor, e. Nationalrat



Dieter Kläy
Ressortleiter



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Eidgenössische Finanzverwaltung EFV

Antwortformular: Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Schweizerischer Gewerbeverband

Abkürzung der Firma / Organisation : sgv

Adresse : Schwarzerstrasse 26, 3001 Bern

Kontaktperson : Dieter Kläy

Telefon : 031 380 14 45

E-Mail : d.klaey@sgv-usam.ch

Datum : 13. November 2020

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Tabellezeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word-Dokument** bis am **13. November 2020** an folgende E-Mail Adressen: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme!

Allgemeine Bemerkungen

Der Schweizerische Gewerbeverband sgv unterstützt die Verordnung und fordert insbesondere eine unverzügliche Inkraftsetzung bis spätestens 1. Dezember 2020, weil die Kantone für die Umsetzung ihrer Massnahmen die kantonalen Legislativen begrüssen müssen, was zusätzlich Zeit benötigt.

Auch in der sehr kurzen Frist der verbandsinternen Vernehmlassung haben uns seitens der Mitglieder sehr viele Stellungnahmen erreicht, darunter GastroSuisse, hotelleriesuisse, swissstaf-fing, der Schweizer Fleischfachverband uam. sowie kantonale Gewerbeverbände. Die folgenden Forderungen sind nicht zuletzt auch wichtige Anliegen der Branchen- und Kantonalverbände.

1. Abschnitt: Grundsatz

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 1	<p>Art. 1 Abs. 2 lit. a</p> <p>Der Bund beteiligt sich nicht an den Kosten oder Verlusten, die einem Kanton aus seinen Härtefallmassnahmen für Unternehmen entstehen, an deren Kapital Bund, Kantone oder Gemeinden insgesamt zu mehr als 10 Prozent beteiligt sind.</p> <p>Der sgv fordert folgende Anpassung:</p> <p>a. an deren Kapital Bund, Kantone oder Gemeinden insgesamt zu mehr als 25 Prozent beteiligt sind;</p> <p>Begründung</p> <p>10% sind gerade für touristische Betriebe und Betriebe in Gebirgskantonen, wo Gemeinden und Kantone aus Natur der Sache daran beteiligt sind (Bahnen, Kongresszentren etc.), zu wenig. Viele Betriebe, die aufgrund der Entwicklung ganz besonders Härtefallmassnahmen benötigen, würden mit der 10%-Regel ausgeschlossen.</p>

2. Abschnitt: Anforderungen an die Unternehmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 3	<p>Art. 3 Abs. 1 lit. b</p> <p>Referenzjahr des Umsatzes ist ausschliesslich das Jahr 2019. Die Firmen müssen einen Umsatz von mindestens CHF 50'000.- erzielt haben. In Art. 5 wird aber auf den Umsatzrückgang der Jahre 2018 und 2019 abgestellt. Das ist eine Inkonsistenz.</p> <p>Der sgv fordert folgende Anpassung:</p> <p>Es soll ein Umsatzdurchschnitt von 2018 und 2019 von mindestens 30'000.- gewählt werden.</p> <p>Begründung</p> <p>Mit der Berechnungsgrundlage von zwei Jahren können Ausreisser besser vermieden werden. Zudem werden 30'000.- kleinen und Kleinst-KMU, die der sgv in sehr grosser Zahl vertritt, besser gerecht.</p>

Art. 3	<p>Art. 3 Abs. 2</p> <p>Eine Anforderung an ein Unternehmen für Härtefallmassnahmen ist die UID.</p> <p>Der sgv fordert folgende Anpassung:</p> <p style="color: red;">Die Unternehmen verfügen über eine Unternehmens-Identifikationsnummer (UID-Nummer)</p> <p>Begründung</p> <p>Die Anforderung ist zu streichen, da nicht alle Unternehmen über eine UID verfügen dürften. Die UID würde zum zusätzlichen Ausschlusskriterium.</p>
Art. 4	<p>Art. 4 Abs. 1 Bst c: Diese Bestimmung legt fest, welche Hilfen unter das Verbot der Doppelsubventionierung fallen. Dabei ist zu beachten, dass auch Unterstützungen der Schweizerischen Gesellschaft für Hotelkredit (SGH) nicht unter das Verbot fallen.</p>
Art. 4	<p>Art. 4 Abs. 2 Bst a: Die Bestimmung sieht vor, dass profitable und überlebensfähige Unternehmen seit dem 1. Januar 2019 bis und mit Einreichung des Gesuchs nicht überschuldet sein sollen.</p> <p>Der sgv fordert folgende Anpassung:</p> <p>a. zum Zeitpunkt der Einreichung des Gesuchs nicht überschuldet sind und zwischen dem 1. Januar 2019 und der Einreichung des Gesuchs dem 31. Dezember 2019 nicht überschuldet waren;</p> <p>Begründung</p> <p>Der Vorschlag des Bundesrates würde nach Ansicht des sgv in vielen Fällen Härtefallmassnahmen verunmöglichen. Die Covid-19-Krise dauert bereits seit Anfang März 2020. In den vergangenen 9 Monaten sind trotz umfangreicher Hilfsmassnahmen durch den Bund ganze Branchen an ihre finanziellen und wirtschaftlichen Grenzen gekommen. Es liegt in der Natur der Sache, dass sich dabei viele Firmen überschulden. Genau diese, die es ganz besonders nötig hätten, würden von den Härtefallmassnahmen ausgeschlossen.</p>
Art. 4	<p>Art. 4 Abs. 2 lit. c: Die Bestimmung sieht vor, dass die Unternehmen gegenüber dem Kanton belegen können, dass sie am 15. März 2020 keine Rückstände bei der Bezahlung von Steuerschulden gegenüber Bund, Kantonen oder Gemeinden oder Rückstände bei der Bezahlung der Sozialabgaben hatten.</p> <p>Der sgv fordert folgende Anpassung:</p> <p>b. am 15. März 2020 keine Rückstände bei der Bezahlung von Steuerschulden gegenüber Bund, Kantonen oder Gemeinden oder Rückstände bei der Bezahlung der Sozialabgaben hatten;</p> <p>Begründung</p> <p>Steuerschulden gegenüber Gemeinde, Kanton und Bund zu einem Stichtag können nicht ernsthaft als Kriterium für die Profitabilität oder Überlebensfähigkeit zum Massstab genommen werden, zumal ja in der ersten Covid-19-Phase (März und April 2020) Zahlungsaufschübe und Verzicht auf Mahngebühren beschlossen wurden.</p>
Art. 4	<p>Art. 4 Abs. 2 lit. d: Die Bestimmung sieht vor, dass das Unternehmen über eine mittelfristige Finanzplanung verfügt, die glaubhaft aufzeigt, dass die Finanzierung des Unternehmens mit der Härtefallmassnahme für die Dauer der Finanzplanung gesichert werden kann.</p>

	<p>Der sgv fordert folgende Anpassung:</p> <p>c. über eine mittelfristige Finanzplanung verfügt, die glaubhaft aufzeigt, dass die Finanzierung des Unternehmens mit der Härtefallmassnahme für die Dauer der Finanzplanung gesichert werden kann;</p> <p>Begründung</p> <p>Unter mittelfristige Finanzplanung ist gemeinhin ein Zeithorizont von fünf Jahren zu verstehen. Nicht alle KMU, insbesondere stark saisonal geprägte Unternehmen dürfen keine Mittelfristplanung haben, weshalb der Begriff «mittelfristig» ersatzlos zu streichen ist.</p>
Art. 4	<p>Art. 4 Abs. 3 lit. b: Als zumutbare Selbsthilfemaßnahme gilt die vollständige Ausschöpfung einer Kontokorrent-Limite des Covid-19-Kredites.</p> <p>Der sgv fordert folgende Anpassung:</p> <p>b. falls das Unternehmen über einen Covid-19-Kredit in der Form einer Kontokorrent-Limite verfügt: deren vollständige Ausschöpfung;</p> <p>Begründung</p> <p>Viele KMU-Inhaberinnen und Inhaber, die Zeit ihres Lebens mit knappen Margen und unter hohem Kostendruck gearbeitet, aber nie Kredite bezogen haben, haben auch während der Covid-19-Krise bis Ende Juli 2020 auf die Aufnahme eines Kredits verzichtet. Viele Firmen haben in der Vergangenheit angespart, um Liquiditätsengpässe zu vermeiden. Mit diesem Passus würden Firmen belohnt, die sich nicht so verhalten haben in der Vergangenheit. Die Anforderung ist deshalb ersatzlos zu streichen. Eventualiter ist im Minimum der Passus «vollständige Ausschöpfung» zu streichen</p>
Art. 5	<p>Art. 5 Abs. 2: Bezuglich des Umsatzrückganges berechnet sich der Umsatz 2020 aus dem Wert der verkauften Waren und der erbrachten Dienstleistungen zuzüglich der für die Periode 2020 erhaltenen Entschädigungen für Kurzarbeit und Covid-Erwerbsersatz.</p> <p>Der sgv fordert folgende Anpassung:</p> <p>Der Umsatz 2020 berechnet sich aus dem Wert der verkauften Waren und der erbrachten Dienstleistungen zuzüglich der für die Periode 2020 erhaltenen Entschädigungen für Kurzarbeit und Covid-Erwerbsersatz.</p> <p>Begründung</p> <p>Die Bedeutung des Umsatzes kann je nach Branche sehr unterschiedlich sein. Covid-Entschädigungen sind, wenn schon, bei der Bemessung des Verlustes anzurechnen, nicht aber beim Umsatz.</p>
Art. 6	<p>Art. 6 lit. a: Die Unternehmen müssen gegenüber dem Kanton bestätigen, dass sie während der gesamten Laufzeit des Darlehens, der Bürgschaft oder der Garantie bzw. während fünf Jahren nach Erhalt eines nicht rückzahlbaren Beitrags keine Dividenden oder Tantiemen ausschütten.</p> <p>Der sgv fordert folgende Anpassung:</p> <p>Das Ausschüttungsverbot von Dividenden oder Tantiemen ist zeitlich angemessen (z.B. ein bis zwei Jahre) zu befristen.</p> <p>Begründung</p> <p>Bei Erhalt von z.B. nicht rückzahlbaren Beträgen könnten während ganzer fünf Jahre Investitionen Privater, die für ihre Einlage eine Dividende wollen, verhindert werden. Das ist weder im Sinne des Unternehmens noch im Sinne der Volkswirtschaft.</p>

3. Abschnitt: Anforderungen an die Ausgestaltung der Härtefall-massnahmen	
Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 7	<p>Art. 7 Abs. 3: legt fest, dass nur eine einzige Form der Hilfe aus rückzahlbaren Darlehen, Bürgschaften oder Garantien bzw. nicht rückzahlbaren Beiträgen beansprucht werden kann.</p> <p>Der sgv fordert folgende Anpassung:</p> <p>Pro Unternehmen kann nur eine Form der Hilfen beansprucht werden.</p> <p>Begründung</p> <p>Die Anforderung, dass nur eine einzige Form der Hilfe beansprucht werden kann, ist zu restriktiv und daher zu streichen. Die Bedürfnisse des konkreten Härtefalls sollten im Vordergrund stehen und nicht der Abwicklungsmechanismus im Kanton. Ebenso ist die ausschliessliche Zuständigkeit des Kantons, welches Instrument in welchem Fall zur Anwendung kommt (vgl. Erläuterungen Seite 6) nicht zielführend. Es sollte partnerschaftlich zusammen mit dem betreffenden Gesuchsteller festgelegt werden, welches Instrument oder welche Instrumente am zielführendsten sind</p>
Art. 8	<p>Art. 8 Abs. 1: Darlehen, Bürgschaften oder Garantien belaufen sich höchstens auf 25 Prozent des Jahresumsatzes 2019 eines Unternehmens und höchstens auf 10 Millionen Franken. Ihre Laufzeit ist auf höchstens zehn Jahre befristet.</p> <p>Der sgv fordert folgende Anpassung:</p> <p>Darlehen, Bürgschaften oder Garantien belaufen sich höchstens auf 25 Prozent des durchschnittlichen Jahresumsatzes der Jahre 2018 und 2019 eines Unternehmens und höchstens auf 10 Millionen Franken. Ihre Laufzeit ist auf höchstens zehn Jahre befristet.</p> <p>Begründung</p> <p>Eine Berechnung mit Bezug auf die Jahre 2018 und 2019 verhindert eine Momentaufnahme</p>
Art. 8	<p>Art. 8 Abs. 2: Die nicht rückzahlbaren Beiträge belaufen sich auf höchstens 10 Prozent des Jahresumsatzes 2019 und höchstens auf 500 000 Franken pro Unternehmen. Die Beiträge können gestaffelt beschlossen und ausgerichtet werden.</p> <p>Der sgv fordert folgende Anpassung:</p> <p>Die nicht rückzahlbaren Beiträge belaufen sich auf höchstens 10 Prozent des Jahresumsatzes 2019 und höchstens auf 500 000 Franken pro Unternehmen. Die Beiträge können gestaffelt beschlossen und ausgerichtet werden. In ganz besonders schweren Härtefällen können die Beiträge des Bundes höher sein.</p> <p>Begründung</p> <p>Ganz besonders schwere Härtefälle sollten eine flexible Lösung erhalten</p>

4. Abschnitt: Verfahren und Zuständigkeiten

Thema	Bemerkung/Anregung
-------	--------------------

Missbrauchsbekämpfung	[Bemerkungen/Anregungen zur Ausgestaltung und konkreten Umsetzung der Missbrauchsbekämpfung]

5. Abschnitt: Beiträge des Bundes und Berichterstattung der Kantone

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 14	<p>Die Aufteilung des auf CHF 200 Mio. plafonierten Bundesbeitrages (Art. 14) auf die einzelnen Kantone wird zur Folge haben, dass der Kanton Zürich z.B. CHF 39,99 Mio., Bern 23,75 Mio., die Waadt 17,57 Mio. und Genf 13,58 Mio. erhalten. Angesichts der Wirtschaftsleistung dieser Kantone insbesondere mit Blick auf die Wirtschaftszentren Arc Lémanique und Zürich dürften diese Beträge zu klein bemessen sein.</p> <p>Allein der Kanton Zürich schätzt gemäss seiner Hochrechnung (Vorlage 5663, Antrag des Regierungsrates an den Kantonsrat vom 11. November 2020) den möglichen Gesamtwert der Gesuche im Bereich von rund 350 Mio. Franken für Darlehen und rund 150 Mio. Franken für À-fonds-perdu-Beiträge. Gewährt der Kanton Zürich gleich hohe Beiträge, beläuft sich die Summe lediglich auf CHF 79,98 Mio. Der Kanton Zürich beantragt aber einen Verpflichtungskredit von netto Fr. 160 459 875.-. Ob andere Kantone im gleichen Masse ihre Unterstützung aufstocken können, ist fraglich.</p> <p>Der Schweizerische Gewerbeverband sgv fordert daher vom Bund eine Erhöhung des Volumens auf CHF 500 Mio.</p>

Zusatzfragen an die Kantone zur Abschätzung des Finanzierungsbedarfs

- Plant Ihr Kanton, kantonale Härtefallmassnahmen zu ergreifen?
- Wenn ja, in welcher Form? (Darlehen, Bürgschaften, Garantien und/oder rückzahlbare Beiträge)
- Erste Schätzung zum *gesamten* Mittelbedarf in Ihrem Kanton (à fond perdu-Beiträge und Verluste aus Darlehen, Bürgschaften und Garantien, wovon der Bund die Hälfte tragen müsste)

6. Abschnitt: Kapitalverlust und Überschuldung und 7. Abschnitt: Schlussbestimmungen

Thema	Bemerkung/Anregung

Per E-Mail

E-Mail: Marianne.Widmer@efv.admin.ch;
Lukas.Hohl@efv.admin.ch

Kaufmännischer Verband Schweiz
Hans-Huber-Strasse 4
Postfach 1853
CH-8027 Zürich

Telefon +41 44 283 45 45
info@kfmv.ch
kfmv.ch

Zürich, 12. November 2020

COVID-19-Härtefallverordnung

Sehr geehrter Herr Hohl
Sehr geehrte Frau Widmer

Gerne nimmt der Kaufmännische Verband die Gelegenheit wahr, sich im Rahmen der oben genannten Vernehmlassung zu äussern.

Allgemeine Bemerkungen

Der Kaufmännische Verband begrüsst die seit Ende Oktober verabschiedeten Massnahmen zur Unterstützung der Schweizer Wirtschaft im Zusammenhang mit der Covid-19 Pandemie. Auch die Härtefallmassnahmen sind ein Instrument nach Augenmass, welches branchen- und regionspezifische Härtefälle abfedern kann. Der Kaufmännische Verband hat indes Bedenken bezüglich Höhe und Umsetzung der Härtefallmassnahmen. Diese sind in der Beilage erläutert.

Fragen zur Vorlage (gemäss Fragenkatalog)

Siehe Beilage.

Für die Berücksichtigung unserer Anliegen bedanken wir uns und stehen für allfällige weitere Fragen selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Kaufmännischer Verband Schweiz



Daniel Jositsch
Präsident



Christian Zünd
CEO



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Eidgenössische Finanzverwaltung EFV

Antwortformular: Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Kaufmännischer Verband Schweiz

Abkürzung der Firma / Organisation : kfmv

Adresse : Reitergasse 9, 8021 Zürich

Kontaktperson : Ursula Häfliiger

Telefon : 044 283 45 78

E-Mail : ursula.haefliiger@kfmv.ch

Datum : 11.11.2020

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Tabellenzeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word-Dokument** bis am **13. November 2020** an folgende E-Mail Adressen: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme!

Allgemeine Bemerkungen

Der Kaufmännische Verband begrüßt die seit Ende Oktober verabschiedeten Massnahmen zur Unterstützung der Schweizer Wirtschaft im Zusammenhang mit der Covid-19 Pandemie. Sowohl Unternehmen, als auch Selbständigerwerbende und Angestellte, welche direkt oder indirekt von den Massnahmen im Zusammenhang mit der Pandemie betroffen sind, können auf finanzielle Unterstützung durch Bund und Kantone zählen. Die Massnahmen wurden mit dem damaligen Wissensstand verabschiedet und folgen einer – auch von den Kantonen gewünschten – dezentralen Logik: die Kantone sind im Lead bei den Gesundheits- und Präventionsmassnahmen und entsprechend auch bei den wirtschaftlichen Folgen einer allfälligen Ausbreitung in der Bevölkerung.

1. Abschnitt: Grundsatz

Thema	Bemerkung/Anregung
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. Ausgestaltung	Die Härtefallregelung für momentan besonders betroffene Unternehmen und Branchen in besonders betroffenen Regionen ist sinnvoll. Die aktuellen Indikatoren zu Wirtschaft und Arbeitsmarkt legen nahe, dass nicht alle Branchen gleich betroffen sind und einige sich seit der ersten Welle der Pandemie entsprechend erholen konnten.
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	Der Bericht stellt klar, dass es sich um eine erste Schätzung handelt, welche aufgrund der Rückmeldung der Kantone und der Wirtschaft angepasst werden kann. Der Kaufmännische Verband unterstützt diesen Grundsatz. Obwohl es aufgrund der Logik der Härtefallregelung Sinn macht, den Umfang nicht mit demjenigen der Massnahmen im Frühjahr zu vergleichen (Lockdown), ist es absehbar, dass die insgesamt 400 Millionen Franken (Bund und Kanton) unzureichend sein werden.
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. Umsetzung	Härtefälle sollen im Grundsatz rasch Hilfe erhalten können. Es ist nicht offensichtlich, dass aufgrund der kantonalen Begebenheiten (gesetzliche Grundlagen) und der Dringlichkeit, die Massnahmen im Härtefallprogramm rasch genug eingesetzt werden können. Eine Übergangslösung könnte in diesem Fall angemessen sein. Eine Re-Aktivierung der Überbrückungskredite bis die Härtefallmassnahmen flächendeckend zum Einsatz kommen, könnte allfällige Lücken in der Umsetzung überbrücken.

2. Abschnitt: Anforderungen an die Unternehmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Fehler! Verweisquelle	Der Kaufmännische Verband ist mit den Anforderungen an Unternehmen einverstanden. Die Umsetzung, insbesondere des Doppelsubventionierungsverbots der Überprüfung

konnte nicht gefunden werden.	fung der Selbsthilfemassnahmen und der Verwendung, dürfte sich jedoch als anspruchsvoll gestalten. Der Aufwand für die Kantone bezüglich Vorprüfung dürfte erheblich sein und diese sind möglicherweise noch nicht dafür ausgestattet, anders als bei den Überbrückungskrediten, welche durch entsprechend routinierter Kreditinstitute vergeben wurden.
--------------------------------------	--

3. Abschnitt: Anforderungen an die Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. Form	Aufgrund der erwähnten Herausforderungen bei der Überprüfung, verbunden mit der angezeigten Dringlichkeit, dürfte eine Auslagerung der Vergabe und Bewirtschaftung an Dritte als Regelfall sinnvoll sein.
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. Da- tenbe- kanntgabe	Art. 9 ist zu präzisieren.

4. Abschnitt: Verfahren und Zuständigkeiten

Thema	Bemerkung/Anregung
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. Verfahren	Es muss sichergestellt werden, dass die gesetzlichen Grundlagen für dringliche (finanzielle) Massnahmen vorhanden sind. In diesem Zusammenhang ist auch der Grundsatz der Vorfinanzierung (Art. 17) zu überdenken.

5. Abschnitt: Beiträge des Bundes und Berichterstattung der Kantone

Thema	Bemerkung/Anregung
Fehler! Verweisquelle konnte	Der Plafond von 200 Millionen Franken ist zu tief. Dieser ist auf 1 Milliarde Franken anzuheben.

nicht ge- funden wer- den.Ge- samtbe- trag	
---	--

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
CH-3003 Bern

per E-Mail
marianne.widmer@efv.admin.ch
lukas.hohl@efv.admin.ch

Brugg, 9. November 2020

Zuständig: Peter Kopp/ Francis Egger
Dokument: SBV_Stellungnahme_Härtefall

Stellungnahme: Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Sehr geehrter Herr Bundesrat,
sehr geehrte Damen und Herren

Mit Ihrem Schreiben vom 4. November 2020 laden Sie uns ein, zur oben genannten Vorlage Stellung zu nehmen.
Für die uns gegebene Möglichkeit danken wir Ihnen bestens und sind gerne bereit, uns in dieser Angelegenheit vernehmen zu lassen.

Die Härtefallregelung soll Unternehmen helfen, die besonders stark von der Corona-Krise betroffen sind. In Anbe tracht der aussergewöhnlichen Situation sind Härtefallhilfen angezeigt und werden vom Schweizer Bauernverband (SBV) unterstützt. Aufgrund der aktuellen Entwicklung der Pandemie und den beschlossenen Massnahmen wird aber der Maximalzuschuss des Bundes von 200 Millionen Franken wohl kaum ausreichen. Der Gesamtbetrag des Bundes ist in Rücksprache mit den Kantonen nochmals zu überprüfen.

Die Voraussetzungen für die à-fonds perdu-Beiträge sind nicht geregelt und sollten im Sinne des Gleichbehand lungen gebots präzisiert werden.

Wir hoffen, dass Sie unser Anliegen berücksichtigen, und danken Ihnen nochmals für die Möglichkeit zur Stellung nahme.

Freundliche Grüsse

Schweizer Bauernverband



Markus Ritter
Präsident



Martin Rufer
Direktor



Eidgenössisches Finanzdepartement EFD

marianne.widmer@efv.admin.ch
lukas.hohl@efv.admin.ch

Bern, 13. November 2020

Covid-19-Härtefallverordnung: Vernehmlassungsantwort des SGB

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir bedanken uns für die Einladung zur Stellungnahme. Die Corona-Krise trifft die Schweizer Wirtschaft schwer. Für einzelne Branchen ist die Krise sogar existenzbedrohend. So beispielsweise für Teile des Gastgewerbes und der Geschäftshotellerie, die Kulturbranche, die Luftfahrt und weitere Branchen. Der Härtefallfonds kann hier viele Arbeitsplätze in Firmen erhalten, die in einigermassen normalen Zeiten gesund und überlebensfähig wären, durch die Krise aber in Not geraten.

Nicht nur für die betroffenen Firmen, sondern auch für die dort angestellten Arbeitnehmenden ist die Lage schwierig. Dank Kurzarbeit und anderen Massnahmen konnten Entlassungen verhindert werden. Das Problem ist aber, dass in Kurzarbeit nur 80 Prozent des Lohnes bezahlt wird. Weil viele der betroffenen Arbeitnehmenden bereits in normalen Zeiten eher tiefe Löhne haben, führt diese Einkommenseinbusse rasch zu finanziellen Problemen. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund SGB fordert daher einen vollen Lohnersatz für Geringverdienerinnen und Geringverdiener.

Der SGB begrüßt es sehr, dass der Bundesrat auf eine rasche Inkraftsetzung der Ausführungsbestimmungen drängt, damit die kantonalen Härtefall-Fonds rasch aktiv werden können. Zentral ist dabei, dass diese einfach handhabbar sein werden.

Nachstehend finden Sie unsere Bemerkungen zu einzelnen Artikeln.

Art. 3 Abs. 1

Buchstabe b soll gestrichen werden, denn die untere Umsatzgrenze von CHF 50'000 würde viele Kleinstunternehmen ausschliessen:

~~b. im Jahr 2019 einen Umsatz von mindestens 50 000 Franken erzielt haben;~~

Entsprechend kann auch Abs. 3 gestrichen werden:

~~Nahm das Unternehmen die Geschäftstätigkeit auf den 1. Januar 2020 oder später auf oder wurde es 2019 gegründet und ist darum das Geschäftsjahr überlang, so gilt als Umsatz nach Absatz 1 Buchstabe b der Umsatz, der zwischen dem 1. Januar 2019 und dem 29. Februar 2020 erzielte wurde, berechnet auf 12 Monate.~~

Art. 4 Abs. 2 lit. a

Das Gesetz schreibt vor, dass die Unternehmen «vor der Krise» profitabel oder überlebensfähig gewesen sein müssen. Die Krise hat insbesondere in Härtefällen zu grossen Einbussen geführt, die existenzgefährdend sind. Die Bestimmung sollte deshalb angepasst werden:

«zum Zeitpunkt der Einreichung des Gesuchs nicht überschuldet sind und zwischen dem 1. Januar 2019 und der Einreichung des Gesuchs dem 1. März 2020 nicht überschuldet waren;»

Art. 4 Abs. 2 lit. d

Die Planungssicherheit ist in der Corona-Krise für viele Unternehmen in einzigartiger Weise in Frage gestellt. Die Bestimmung sollte daher angepasst werden:

«über eine mittelfristige Finanzplanung verfügen, die glaubhaft aufzeigt, dass die Finanzierung des Unternehmens mit der Härtefallmassnahme für die Dauer der Finanzplanung gesichert werden kann».

Art. 5 Abs. 2

Für die Härtefallbestimmung muss der Umsatz auf den relevanten Märkten ausschlaggebend sein. Die Berücksichtigung von Kurzarbeit und anderen Massnahmen gibt ein völlig falsches Bild und benachteiligt zudem Firmen, welche mit diesen Massnahmen Arbeitsplätze erhalten haben. Daselbe gilt für eine allfällig vom Parlament noch zu beschliessende Mietzinsreduktion. Auch diese soll für die Berechnung der Härtefallmassnahmen nicht hinzugezählt werden.

«Der Umsatz 2020 berechnet sich aus dem Wert der verkauften Waren und der erbrachten Dienstleistungen ~~zuzüglich der für die Periode 2020 erhaltenen Entschädigungen für Kurzarbeit und Covid-Erwerbsersatz~~.»

Art. 6 Verwendung der Härtefallmassnahmen

Der Verordnungstext sollte die mit den Härtefallmassnahmen verfolgten Ziele wiedergeben. Natürlich, dass die Massnahmen prioritätär dazu eingesetzt werden sollen, die Existenz der Unternehmen und den Erhalt von Arbeitsplätzen zu sichern. Gerade in Tieflohnbranchen ist dazu die Sicherung der Löhne vordringlich. Weiter muss unterbunden werden, dass angestellte Firmeninhaber die Finanzhilfen in Form von Lohnerhöhungen oder variable Lohnkomponenten ausschütten.

«Ziel der gewährten Finanzhilfen sind die Existenzsicherung der Unternehmen und der Erhalt von Arbeitsplätzen. Dazu bestätigen die Unternehmen dem Kanton gegenüber, dass

a. die Sicherung der laufenden Löhne priorisiert wird. Dazu gehört insbesondere, dass aus der Ausrichtung von Kurzarbeitsentschädigung gemäss Art. 31 ff. AVIG resultierende Lohneinbussen reduziert werden. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Löhnen unter monatlich Fr. 5000 wird der Lohn zu 100 Prozent garantiert.

b. sie keine Dividenden, Tantiemen oder zusätzliche variable Lohnbestandteile oder Lohnerhöhungen für Geschäftsinhaber ausschütten.»

Art. 7 Abs. 3

Solange die Covid-Solidarbürgschaften nicht mehr zur Verfügung stehen, sollte eine gemischte Unterstützung mit verschiedenen Instrumenten möglich sein. Abs. 3 sollte deshalb gestrichen werden:

«Pro Unternehmen kann nur eine Form der Hilfen beansprucht werden.»

Art.14

Mit der «zweiten Welle» hat sich die Ausgangslage fundamental verändert. Auch unklar ist, wie sich die Pandemie und ihre Auswirkungen weiterentwickeln, weshalb je nach Verlauf eine Weiterentwicklung des Härtefallfonds, in Form einer weiteren Tranche, möglich sein muss. Der Höchstbetrag sollte deshalb auf mindestens 1 Mrd. Fr. erhöht werden:

«Der Bund beteiligt sich im Rahmen der bewilligten Kredite in einem ersten Schritt im Umfang von insgesamt höchstens 200 Millionen–mindestens 1 Milliarde Franken an kantonalen Härtefallmassnahmen».

Art.15

Die Gelder sollten nicht nur nach den Kriterien des kantonalen BIP und der Wohnbevölkerung aufgeteilt werden, sondern auch nach der wirtschaftlichen Betroffenheit. Wir schlagen vor, dass ein Teil des Bundesbeitrags nach dem im Entwurf vorgesehenen Schlüssel (BIP, Wohnbevölkerung) verteilt wird. Der Rest hingegen soll den Kantonen nach Betroffenheitskriterien (z.B. gemäss Anstieg der Arbeitslosigkeit oder der Kurzarbeit) ausbezahlt werden.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND



Pierre-Yves Maillard
Präsident



Daniel Lampart
Leiter SGB-Sekretariat
und Chefökonom



Antwortformular: Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete

Abkürzung der Firma / Organisation : SAB

Adresse : Seilerstrasse 4 / Postfach / 3001 Bern

Kontaktperson : Thomas Egger, Direktor

Telefon : 031 382 10 10

E-Mail : info@sab.ch

Datum : 12. November 2020

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Tabelleenzeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word-Dokument** bis am **13. November 2020** an folgende E-Mail Adressen: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme!

Allgemeine Bemerkungen

Der Tourismus ist für die Berggebiete und ländlichen Räume von zentraler Bedeutung. Der Lockdown im Frühjahr 2020 hatte für die Tourismusbranche einschneidende Konsequenzen und führte zu grossen wirtschaftlichen Einbussen. In den Sommermonaten konnten viele (aber längst nicht alle) Bergdestinationen dank zahlreicher einheimischer Gäste zum Teil überdurchschnittliche Resultate verbuchen, der Städtetourismus kam jedoch praktisch vollständig zum Erliegen, da die Geschäftsreisen und ausländischen Gäste weitestgehend ausblieben. Auch Bergdestinationen, die vor allem auf ausländische Gäste ausgerichtet sind wie z.B. Interlaken mussten extreme Einbussen hinnehmen.

Die mit der zweiten Welle im Herbst verordneten Restriktionen im Gastgewerbe und letztlich die Schliessung der Gaststätten in mehreren Kantonen ausgehend von der Westschweiz treffen den Tourismus hart. Das Verbot von Veranstaltungen (Museumsbesuche, Theater, Kongresse, Konzerte und zahlreiche weitere Events) treiben die betroffenen Betriebe an den Rand des Konkurses. Die Wintersaison ist für viele Bergdestinationen entscheidend. Wenn diese Wintersaison nicht stattfinden kann, werden etliche Betriebe Konkurs gehen. Angesichts der Massnahmen in den europäischen Ländern und auch im aussereuropäischen Markt muss für diesen Winter damit gerechnet werden, dass ausländische Gäste vollständig fehlen werden.

Es ist von zentraler Bedeutung, das Virus möglichst noch vor dem Start der Wintersaison wieder in den Griff zu bekommen, so dass die Fallzahlen substanzial sinken und wieder von einer einigermaßen stabilen gesundheitlichen Lage gesprochen werden kann, wenn auch so etwas wie eine Normalität frühestens in der zweiten Jahreshälfte 2021 zurückkehren dürfte.

Die seit der Verabschiedung des Covid-19-Gesetzes im September 2020 im Parlament rasant angestiegenen Fallzahlen zwingen zu einem raschen Handeln. Es kann nicht sein, dass die Ausführungsbestimmungen erst im Frühjahr 2021 in Kraft gesetzt werden. **Die SAB begrüßt ausdrücklich die Absicht des Bundesrates, die Verordnung bereits auf den 1. Dezember 2020 in Kraft zu setzen.**

Das Parlament hat die besondere Betroffenheit des Tourismus und der Eventbranche anerkannt und deshalb im Covid-19-Gesetz mit Art. 12 Härtefallmassnahmen für «*insbesondere Unternehmen in der Wertschöpfungskette der Eventbranche, Schaussteller, Dienstleister der Reisebranche sowie touristische Betriebe*» beschlossen. Wir haben hier bewusst den Wortlaut dieser Bestimmung nochmals zitiert. Denn die Mittel für die Härtefallmassnahmen müssen auf diese Branchen konzentriert werden. Wir bezweifeln, dass die in Aussicht gestellten 200 Millionen Franken des Bundes ausreichen werden. Die Schätzungen beruhen auf Annahmen, die vor dem Wiederanstieg der Fallzahlen getroffen wurden. Seitens der SAB sind wir der Auffassung, dass dieser Betrag substanzial erhöht und bereits jetzt ein **Beitrag des Bundes von 1 Mrd. Fr.** in Aussicht gestellt werden sollte. Der Beitrag des Bundes sollte zudem mit dem Verlauf der Pandemie laufend abgepasst werden und die Verordnung einen entsprechenden Anpassungsmechanismus im Sinne einer **rollenden Planung** vorsehen.

Zudem erachten wir den in der Verordnung vorgeschlagenen Verteilschlüssel als völlig falsch. Der vorgeschlagene Verteilschlüssel basiert auf der Einwohnerzahl und dem BIP. Die Massnahmen sind aber wie oben zitiert vor allem für die Tourismus- und Eventbranche gedacht. Folglich muss auch ein Indikator verwendet werden, der die Betroffenheit dieser Branchen abbildet. Wir schlagen dazu als Indikator die «**Tourismusintensität**» vor, also die Anzahl Hotellogiernächte pro Einwohner. Somit sind sowohl der Städtetourismus als auch der Bergtourismus abgebildet. Zudem darf davon ausgegangen werden, dass zahlreiche Events auch Hotellogiernächte generieren und somit zumindest indirekt die Eventbranche mit diesem Indikator auch abgebildet ist.

1. Abschnitt: Grundsatz

Thema	Bemerkung/Anregung
	<p>Ausschluss staatlich beherrschter Unternehmen. Gemäss Art. 1, Abs. 2 sollen Betriebe, an denen Bund, Kantone oder Gemeinden zu mehr als 10% beteiligt sind, keine Härtefallmassnahmen in Anspruch nehmen dürfen. Vom Prinzip her ist das sicher richtig, doch spricht man sonst eigentlich erst ab einer Beteiligung von über 50% von einem staatlich beherrschten Unternehmen. Die Grenze von 10% erscheint sehr tief angesetzt. Viele Gemeinden gerade im ländlichen Raum haben in den vergangenen Jahren in touristische Infrastrukturen investiert, weil sie für die betreffenden Gemeinden systemrelevant sind. Der tiefe Wert von 10% dürfte in der Praxis zu erheblichen Abgrenzungsproblemen und Fragen der Gleichbehandlung führen. Wir schlagen im Sinne eines Kompromisses vor, die Grenze bei 33% anzusetzen, was in etwa dem Begriff einer Sperrminorität entsprechen würde.</p>

2. Abschnitt: Anforderungen an die Unternehmen

Thema	Bemerkung/Anregung
	<p>Keine Bemerkungen. Wir erachten es insbesondere als richtig, dass die Unternehmen zumutbare Selbsthilfemaßnahmen einleiten müssen und dass nur Betriebe unterstützt werden, welche profitabel oder überlebensfähig sind.</p>

3. Abschnitt: Anforderungen an die Ausgestaltung der Härtefallmaßnahmen

Thema	Bemerkung/Anregung
	<p>Im Grundsatz einverstanden. Wir erachten eine Differenzierung zwischen à-fonds-perdu-Beiträgen und Darlehen/Bürgschaften als richtig. Die maximalen Beitragssätze von 25% bei Darlehen und Bürgschaften und vor allem die 10% bei à-fonds-perdu Beiträgen (gemessen am Jahresumsatz 2019) erachten wir als sehr tief angesetzt. Für ein einzelnes Unternehmen sind 10% zwar ein Beitrag, der Anerkennung verdient, er wird aber möglicherweise nicht reichen, um das betreffende Unternehmen zu retten. Wichtig ist deshalb die Möglichkeit, dass die Kantone über diese minimalen Beitragssätze hinaus gehen können.</p>

4. Abschnitt: Verfahren und Zuständigkeiten

Thema	Bemerkung/Anregung
	<p>Keine Bemerkungen.</p>

5. Abschnitt: Beiträge des Bundes und Berichterstattung der Kantone

Thema	Bemerkung/Anregung
	Wie einleitend ausgeführt erachten wir den Betrag von 200 Mio. Fr. schon jetzt als zu tief und schlagen einen neuen Wert von 1 Mrd. Fr. vor, der laufend an die geänderte Situation angepasst werden muss. Wir schlagen dazu vor, dass im 5. Abschnitt ein neuer Artikel eingeführt wird, der eine laufende Überwachung der Mittelausschöpfung und das Verfahren für eine allfällige Aufstockung der Mittel vorsieht.
	Wie ebenfalls bereits einleitend ausgeführt, erachten wir den vorgeschlagenen Verteilschlüssel auf die Kantone als untauglich . Die gewählten Kriterien (Einwohnerzahl und BIP) haben nichts mit der Zielsetzung der Massnahmen zu tun, nämlich einer Hilfestellung für die Tourismus- und Eventbranche. Wir schlagen statt dessen vor, die Mittel entsprechend der Tourismusintensität der Kantone zu verteilen. Zudem sollte ein Mechanismus vorgesehen werden für die Übertragung allenfalls nicht ausgeschöpfter Mittel auf andere Kantone. Auch dazu muss in der Verordnung ein neuer Artikel eingefügt werden.

6. Abschnitt: Kapitalverlust und Überschuldung und

7. Abschnitt: Schlussbestimmungen

Thema	Bemerkung/Anregung
	Keine Bemerkungen.

Herr Bundesrat Ueli Maurer
Eidgenössisches Finanzdepartement
Bundesgasse 3
3003 Bern

Basel, 11. November 2020

Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung) – Stellungnahme der Schweizerischen Bankiervereinigung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Für Ihre Einladung zur Stellungnahme zur Covid-19-Härtefallverordnung danken wir Ihnen. Sie finden unsere Position nachstehend.

Aufgrund der prekären wirtschaftlichen Situation für einige Branchen in einigen Kantonen, bedingt durch den erneuten Anstieg der Covid-19-Fallzahlen und die darauf beschlossenen Einschränkungen, teilt die Schweizerische Bankiervereinigung (SBVg) die Ansicht des Bundesrates, dass die Härtefallmassnahmen rasch in Kraft treten sollen. Wir unterstützen den vorliegenden Verordnungsentwurf zum Covid-19-Gesetz vom 25. September 2020.

Wir erachten die Eckwerte des Verordnungsentwurfs als zweckmässig. Sie erlauben die wirksame Unterstützung von Härtefällen bei gleichzeitiger Berücksichtigung des ordnungspolitischen Prinzips, dass staatliche Unterstützung rechtzeitig, gezielt und zeitlich begrenzt ausgerichtet werden soll. Wir begrüssen zudem, dass Vorkehrungen getroffen werden, das Missbrauchspotenzial zu begrenzen.

Es scheint uns zielführend, dass die Kantone im Rahmen gesetzter Parameter frei entscheiden können, wie sie allfällige Härtefallmassnahmen ausgestalten. Eine Vielzahl kantonaler Eigenheiten würde jedoch eine rasche und effiziente Umsetzung behindern. Insbesondere bedarf eine schnelle und pragmatische Prüfung von Kreditanträgen einer möglichst weitgehenden

•SwissBanking

Harmonisierung der Ausgestaltung von Bürgschaften und Garantien.

Die Umsetzung der Verordnung in den Kantonen sollte zudem berücksichtigen, dass den Banken im Falle der Vergabe von Krediten mit Bürgschaft oder Garantie administrative Kosten und Ausfallrisiken entstehen, die bei der Spezifikation der Kreditkonditionen Eingang finden. Die Banken sind bereit, im Rahmen der bewährten Marktinstrumente ihre Erfahrung und Prozesse für die Umsetzung der Härtefallmassnahmen zur Verfügung zu stellen.

Wir danken Ihnen nochmals für die Möglichkeit der Stellungnahme und sind zuversichtlich, dass die vorgesehenen Härtefallmassnahmen im Interesse von Wirtschaft und Bevölkerung die gewünschte Wirkung entfalten werden.

Für Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
Schweizerische Bankiervereinigung



Herbert J. Scheidt
Präsident



Jörg Gasser
CEO

Eidgenössisches Finanzdepartement
3003 Bern

Per E-Mail an: marianne.widmer@efv.admin.ch;
lukas.hohl@efv.admin.ch

Zürich, 13. November 2020 DL/sm
luetzelschwab@arbeitgeber.ch

Stellungnahme zur Vernehmlassung betreffend Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Sehr geehrter Herr Bundesrat Maurer
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir wurden mit Schreiben vom 4. November 2020 vom Eidgenössischen Finanzdepartement EFD eingeladen, zur eingangs erwähnten Vernehmlassung bis zum 13. November 2020 Stellung zu nehmen. Dafür danken wir Ihnen bestens und unterbreiten Ihnen nachfolgend gerne unsere Position.

Der Schweizerische Arbeitgeberverband (SAV) ist seit 1908 die Stimme der Arbeitgeber in Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit. Er vereint als Spitzenverband der Schweizer Wirtschaft rund 90 regionale und branchenspezifische Arbeitgeberorganisationen sowie einige Einzelunternehmen. Insgesamt vertritt er über 100'000 Klein-, Mittel- und Grossunternehmen mit rund 2 Millionen Arbeitnehmenden aus allen Wirtschaftssektoren. Der SAV setzt sich für eine starke Wirtschaft und den Wohlstand der Schweiz ein. Er verfügt dabei über anerkanntes Expertenwissen insbesondere in den Bereichen Arbeitsmarkt, Bildung und Sozialpolitik.

Die Position des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes (SAV):

- **Der Schweizerische Arbeitgeberverband unterstützt die vorgeschlagene Härtefallreglung, wie auch deren rasche Inkraftsetzung per 1. Dezember 2020.**
- **Der SAV unterstützt die vorgeschlagene Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen in Art. 7 Abs. 1 (rückzahlbare Darlehen / Bürgschaften oder Garantien / nicht rückzahlbare Beiträge).**
- **Der SAV unterstützt die Forderung, dass die Instrumente aus der ersten Welle wieder bzw. weiterhin eingesetzt werden.**

- **Die Wirksamkeit der bestehenden Instrumente ist zu evaluieren und die Notwendigkeit weiterer Massnahmen zu prüfen. Dazu gehört auch eine Aufstockung des Härtefallpaket (finanziert durch Bund und Kantone).**
- **Der Bund ist aufgefordert, die Voraussetzungen zu schaffen, dass die anspruchsbe-rechtigten Betriebe die geplante Härtefall-Unterstützung auch erhalten.**

1. Ausgangslage

1.1 Der SAV unterstützt die vorgeschlagene Härtefallregelung, wie auch deren rasche In-kraftsetzung per 1. Dezember 2020.

Der Schutz der Gesundheit der Bevölkerung sowie das Ziel, die Infektionszahlen zu senken und damit insbesondere auch die Überlastung der Spitäler zu verhindern, sind fundamental und werden vom Schweizerischen Arbeitgeberverband vorbehaltlos unterstützt.

Es gilt aber auch zu beachten, dass die von Bund und Kantonen ausgesprochenen Covid-Massnahmen teilweise zu massiven Eingriffen in die Geschäftstätigkeit einzelner Branchen und Betriebe geführt haben. Diese sind nach der ersten Infektionswelle heute an einem Punkt angelangt, dass ihre Reserven aufgebraucht und sie nun dringend auf Unterstützung angewiesen sind. Dies gilt auch für Unternehmen und Branchen, welche bisher gesund waren und sichere Arbeitsplätze anbieten konnten. Der Schweizerische Arbeitgeberverband appelliert in «normalen» Zeiten immer an die Eigenverantwortung der Unternehmen und gehört zu den Stimmen, die staatliche Subventionierungen eher kritisch hinterfragen. In dieser besonders schwierigen Situation gilt es aber dogmatische Überlegungen auf die Seite zu legen und den Unternehmen und Arbeitnehmenden in der Schweiz, dort wo nötig, rasch und zielgerichtet Hilfe zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen anzubieten. Die Hilfsmittel zur wirtschaftlichen Unterstützung und Stabilisierung sollen deshalb im Gleichschritt mit den Schutzmassnahmen ausgebaut werden.

Als speziell betroffene Branche erwähnen wir hier die Beherbergungsbranche, die sich in einer alarmierenden Situation befindet. Mit einer langsamen Erholung kann erst im Verlaufe des nächsten Jahres, mit einer Normalisierung erst 2022 oder gar 2023 gerechnet werden. Bewahrheiten sich die düsteren Prognosen und fällt die Wintersaison klar unterdurchschnittlich aus, so droht der Beherbergungswirtschaft als Rückgrat des Tourismussektors flächendeckend eine Konkurs- und Kündigungswelle. Da HotellerieSuisse eine eigene Stellungnahme an den Bundesrat eingereicht hat, halten wir unsere Ausführungen an dieser Stelle bewusst kurz und verweisen auf die Eingabe unseres Mitgliedes.

Speziell erwähnen möchten wir auch die Personalverleihbetriebe, welche Teil der Wertschöpfungskette der besonders stark betroffenen Branchen sind. Die Schliessung von Restaurants, Bars, Hotels etc. sowie die Absage von Events und Aufführungen haben direkte Auswirkungen auf die Temporärbranche. Die Temporäreinsätze werden von den Kunden umgehend beendet. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Personalverleiher Dienstleistungsintermediäre sind, die einen überdurchschnittlichen Teil ihres Umsatzes in Form von Lohnzahlungen an Temporärarbeitende und internes Personal direkt weitergeben. Aufgrund der hohen Anzahl temporär arbeitender Personen sowie der wirtschaftlichen Bedeutung der Temporärbranche ist es sehr wichtig, dass die Branche ebenfalls mit Massnahmen unterstützt wird.

Aus diesem Grund unterstützt der Schweizerische Arbeitgeberverband die vorgeschlagene Härtefall-regelung, wie auch deren rasche Inkraftsetzung per 1. Dezember 2020.

1.2 Der SAV unterstützt die vorgeschlagene Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen in Art. 7 Abs. 1 (rückzahlbare Darlehen / Bürgschaften oder Garantien / nicht rückzahlbare Beiträge).

Mit den eingesetzten Geldern soll haushälterisch umgegangen werden. Wir befinden uns aber in einer Ausnahmesituation, in welcher es gilt, grundsätzlich gesunde Unternehmen und ihre Arbeitsplätze möglichst zu erhalten bzw. deren Konkurse und die Arbeitslosigkeit ihrer Arbeitnehmenden weitmöglichst zu verhindern. Mit dem vorliegenden Instrument haben es insbesondere auch die Kantone in der Hand, mit den gewählten Kriterien Missbräuche zu verhindern.

Bezüglich der Leistungen à-fonds-perdu gibt es in unserer Organisation verschiedene Meinungen. Es wird einerseits geltend gemacht, dass nicht klar ist, nach welchen Kriterien die Gelder verteilt werden sollen und wie man abgrenzen will, wer nun in den Genuss dieser Gelder kommen bzw. wer darüber bestimmen soll. Die Mehrheit der sich verlautbarenden Mitglieder unterstützt aber solche Leistungen und möchte deren Bezug auch nicht durch verschärfende Massnahmen einschränken. Der SAV unterstützt deshalb auch die vorgeschlagenen, nicht rückzahlbaren Leistungen.

1.3 Der SAV unterstützt die Forderung, dass die Instrumente aus der ersten Welle wieder bzw. weiterhin eingesetzt werden.

Der SAV teilt die Haltung des Bundesrates, dass mit den Instrumenten aus der ersten Welle (insbesondere Kurzarbeit, Corona-Erwerbsersatz und Covid-Kredite) wichtige Stabilisierungsmassnahmen bestehen. Diese sollen auch in der zweiten Welle eingesetzt werden.

1.4 Die Wirksamkeit der bestehenden Instrumente ist zu evaluieren und die Notwendigkeit weiterer Massnahmen zu prüfen. Dazu gehört auch eine Aufstockung des Härtefallpaket (finanziert durch Bund und Kantone).

Der SAV teilt auch die bereits von Bundesrat Maurer getätigtes Einschätzung, dass die in der Verordnung geplanten finanziellen Beträge von Bund und Kantonen nicht genügen werden, um die negativen wirtschaftlichen Konsequenzen der zweiten Welle aufzufangen. Wir unterstützen deshalb die Forderung, die Wirksamkeit der bestehenden Instrumente zu evaluieren und die Notwendigkeit weiterer Massnahmen zu prüfen. Dazu gehört auch eine Aufstockung des Härtefallpaket, finanziert durch den Bund und die Kantone.

1.5 Der Bund ist aufgefordert, die Voraussetzungen zu schaffen, dass die anspruchsberichtigten Betriebe die geplante Härtefall-Unterstützung auch erhalten.

In der öffentlichen Diskussion werden Zweifel laut, ob die Kantone die nötigen Grundlagen rechtzeitig bereitstellen können: sei es bezüglich der gesetzlichen Grundlagen, sei es bezüglich der (Vor-)Finanzierung der Leistungen. Einzelne Branchen weisen auch darauf hin, dass je nach Bewirtschaftung und der zur Anwendung gebrachten Kriterien der Kantone das Gesetz zu höheren Verwaltungskosten und einem übermäßigen bürokratischen Apparat führen kann. Deshalb müssen die Kantone eine möglichst einfache und effiziente Methode zur Umsetzung finden. Ebenso wird betont, dass es zu keinem kantonalen Wildwuchs kommen darf.

Mit Nachdruck fordern wir deshalb, dass der Bund die Voraussetzungen schaffen muss, dass anspruchsberichtigte Betriebe die geplante Härtefall-Unterstützung auch erhalten. Zusätzlich fordern wir den Bund auf, seine Strategie vorzulegen, wie er langfristig mit der Krise umgehen will.

2. Zu den einzelnen Artikeln

Im beiliegenden Fragebogen äussern wir uns zusätzlich zu einzelnen Artikeln.

Wir bitten Sie um Berücksichtigung unserer Eingabe und stehen Ihnen für allfällige Rückfragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND



Prof. Dr. Roland A. Müller
Direktor



Daniella Lützelschwab Saija, lic.iur.
Mitglied der Geschäftsleitung
Ressort Arbeitsmarkt und Arbeitsrecht

Beilage: Fragebogen



Antwortformular: Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Daniella Lützelschwab,
Schweizerischer Arbeitgeberverband

Abkürzung der Firma / Organisation : SAV

Adresse : Hegibachstrasse 47, 8032 Zürich

Kontaktperson : Daniella Lützelschwab

Telefon : 079 179 85 78, 044 421 17 36

E-Mail : luetzelschwab@arbeitgeber.ch

Datum : 13. November 2020

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Tabelleenzeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word-Dokument** bis am **13. November 2020** an folgende E-Mail Adressen: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme!

Allgemeine Bemerkungen

Für die allgemeinen Ausführungen verweisen wir auf unser Begleitschreiben vom 13. November 2020.

1. Abschnitt: Grundsatz, Art. 1

Thema	Bemerkung/Anregung
-------	--------------------

2. Abschnitt: Anforderungen an die Unternehmen, Art. 2 – 6

Thema	Bemerkung/Anregung
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	<p>Diese Bestimmung legt fest, welche spezifischen Hilfen unter das Doppelsubventionierungsverbot fallen. Gemäss Covid-Gesetz sind CEE, KAE, Covid-19-Solidarbürgschaftskredite und solche für Startups davon ausgenommen.</p> <p>Präzisierung/Ergänzung:</p> <p><i>Es ist zu präzisieren, dass auch Unterstützungen der Schweizerischen Gesellschaft für Hotelkredit (SGH) nicht unter das Doppelsubventionierungsverbot fallen.</i></p>
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. Streichung	<p>Artikel 4 Abs. 2 Bst. a sieht vor, dass profitable und überlebensfähige Unternehmen seit dem 1. Januar 2019 und bis und mit Einreichung des Gesuchs nicht überschuldet sein sollen. Damit würde das Geschäftsjahr 2020 volumnäßig oder zu einem grossen Teil mitberücksichtigt werden. Eine solche Bestimmung ist mit Blick auf Sinn und Zweck der Härtefallregelung – die Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Covid-19-Pandemie – verfehlt und kann daher kein Referenzwert dafür sein, ob ein Unternehmen profitabel und überlebensfähig ist.</p> <p>Anpassung/Streichung:</p> <p>a. <i>zum Zeitpunkt der Einreichung des Gesuchs nicht überschuldet sind und zwischen dem 1. Januar 2019 und der Einreichung des Gesuchs dem 31. Dezember 2019...</i></p>
Art. 5: Streichung	<p>Die Anrechnung von Kurzarbeit und Covid-Erwerbsersatz wird abgelehnt. In der vorliegenden Form steht diese Bestimmung im Widerspruch zu Art. 12 Abs. 2 des Covid-Gesetzes, welches die Kurzarbeitsentschädigungen, die Entschädigungen des Erwerbsausfalls sowie die Covid-Kredite explizit nicht als Finanzhilfen des Bundes mit einschliesst.</p> <p>Anpassung/Streichung:</p> <p><i>2 Der Umsatz 2020 berechnet sich aus dem Wert der verkauften Waren und der erbrachten Dienstleistungen zuzüglich der für die Periode 2020 erhaltenen Entschädigungen für Kurzarbeit und Covid-Erwerbsersatz.</i></p>

3. Abschnitt: Anforderungen an die Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen, Art. 7 – 11

Thema	Bemerkung/Anregung
-------	--------------------

4. Abschnitt: Verfahren und Zuständigkeiten, Art. 12 und 13

Thema	Bemerkung/Anregung
-------	--------------------

5. Abschnitt: Beiträge des Bundes und Berichterstattung der Kantone, Art. 14 – 19

Thema	Bemerkung/Anregung
-------	--------------------

6. Abschnitt: Kapitalverlust und Überschuldung (Art. 20) und

7. Abschnitt: Schlussbestimmungen (Art. 21 und 22)

Thema	Bemerkung/Anregung
-------	--------------------

Fehler!
Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.

Fehler!
Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.

Fehler!
Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.



Schweizerischer Gemeindeverband
Association des Communes Suisses
Associazione dei Comuni Svizzeri
Associazion da las Vischnancas Svizras

Eidg. Finanzdepartement EFD
Generalsekretariat
Bernerhof
3003 Bern

Per E-Mail an:
marianne.widmer@efv.admin.ch
lukas.hohl@efv.admin.ch

Bern, 13. November 2020

Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung); Stellungnahme des SGV

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 4. November 2020 haben Sie dem Schweizerischen Gemeindeverband (SGV) das oben erwähnte Geschäft zur dringlichen Stellungnahme unterbreitet. Für die Gelegenheit, uns aus Sicht der rund 1'600 dem SGV angeschlossenen Gemeinden äussern zu können, danken wir Ihnen bestens.

Generelle Bemerkungen

Der Schweizerische Gemeindeverband (SGV) begrüßt die bisherigen und nun geplanten Massnahmen des Bundes und der Kantone, um den negativen wirtschaftlichen und arbeitsmarktlichen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie von staatlicher Seite bestmöglich zu begegnen. Gerade für die Gemeindeebene ist es von Wichtigkeit, dass Unternehmen überleben können und Arbeitsplätze erhalten werden. Dies aus gesellschaftlichen, aber auch aus institutionellen Gründen. Kantone und vor allem aber auch die Gemeinden finanzieren mit der Sozialhilfe die sozialen Folgekosten. Je effektiver die staatlichen Massnahmen davor ausfallen, umso mehr kann die Sozialhilfe als letztes staatliches Auffangnetz ihre fundamentale Funktion wahrnehmen.

Im Rahmen der ausserordentlichen Lage haben bislang nicht nur Bund und Kantone ihre finanzielle Verantwortung wahrgenommen. Auch die Gemeinden haben stark Betroffene finanziell entweder über Soforthilfen oder über weitere staatliche Massnahmen unterstützt. Zudem sind Gemeinden subsidiär für zentrale staatliche Aufgaben verantwortlich, in welchen sie die finanzielle Verantwortung während der aktuellen Krise selber zu tragen haben, etwa im Alters- und Pflegebereich oder im Schulwesen. Der Bundesrat und das eidg. Parlament haben im Rahmen der Covid-19-Pandemie bereits früh klar gemacht, dass die anderen staatlichen Ebenen (Kantone und Gemeinden) ihre finanzielle Verantwortung in ihren Bereichen selber zu tragen haben. Heute kann man feststellen, dass dies von Kantonen und Gemeinden im umfassenden Sinne so erfolgt ist – und in vielen Bereichen auch weiterhin erfolgen wird.

Dies gilt es in der aktuellen Vorlage durch den Bundesrat wesentlich zu berücksichtigen. Der Bund hat im Rahmen der Vorlage betreffend Härtefallmassnahmen seiner höheren Verantwortung ebenfalls umfassend nachzukommen. Fast alle Massnahmen während der ausserordentlichen Lage (erste Phase; Lockdown) sowie die meisten der zweiten Phase sind wesentlich auf bundesgesetzlicher Grundlage erfolgt sowie von Bundesseite verordnet worden. Das verlangt nicht zuletzt aufgrund der fiskalischen Äquivalenz eine hohe finanzielle Mitverantwortung durch den Bund.

Zur Vorlage

Der SGV begrüßt, was die aktuelle Vorlage angeht, den föderalen Ansatz bei der Mittel- und Beitragsvergabe durch die Kantone. Die Kantone sollen die Ausgestaltung von Härtefallmassnahmen in den Details selber regeln können. Das bedeutet einen einfacheren, sicherer und effektiveren Mitteleinsatz. Es ist bereits heute absehbar, dass von Seiten des Bundes mehr finanzielle Mittel als die geplanten 200 Millionen Franken benötigt werden; diese sind vor der zweiten herbstlichen Pandemiewelle festgesetzt worden. Aktuell steckt die Schweiz in der zweiten Welle mit ungewissem Ausgang. Die Höhe eines tatsächlichen Bundesbeitrags ergibt sich unter anderem aus der laufenden Konsultation der Kantone. Jedenfalls ist dieser neu zu bestimmen und bereits heute in die neue Verordnung aufzunehmen, damit die Betroffenen nicht nur schnell, sondern auch ausreichend unterstützt werden können.

Die Höhe der Kantonsmittel soll bei den vorgesehenen 200 Millionen Franken belassen werden. In der Folge wird von der Logik her vom paritätischen Verteilschlüssel (Bund und Kantone je 50 Prozent) abgewichen werden, was in der aktuellen Lage hinzunehmen ist. Kantone und auch Gemeinden bezahlen bereits selber sehr hohe Beiträge an die negativen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie. Die zusätzlichen Leistungen des Bundes scheinen unter diesem Aspekt mehr als gerechtfertigt.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Gemeindeverband
Präsident Direktor



Hannes Germann
Ständerat



Christoph Niederberger

Kopie an: Konferenzen der kantonalen Finanzdirektoren FDK und Volkswirtschaftsdirektoren VDK /
Schweizerischer Städteverband SSV

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Bundesgasse 3
3003 Bern

Per Mail:
marianne.widmer@efv.admin.ch
lukas.hohl@efv.admin.ch

Bern, 13. November 2020

**Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie
Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen bestens für die Gelegenheit, zur Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie Stellung nehmen zu können. Der Schweizerische Städteverband vertritt die Städte, städtischen Gemeinden und Agglomerationen in der Schweiz und damit gut drei Viertel der Schweizer Bevölkerung.

Allgemeine Einschätzung

Der Städteverband begrüßt es, dass sich der Bund finanziell an kantonalen Unterstützungsmassnahmen für Härtefälle beteiligen will. Den Betrag von 200 Millionen erachten unsere Mitglieder aber als ganz klar zu gering. Der plafonierte Gesamtbetrag basiert auf einer Hochrechnung von Bedarfsmeldungen einzelner Kantone, welche vor der zweiten Welle erfolgt ist. Es ist aufgrund der aktuellen Entwicklung der Covid-19-Epidemie eine deutlich stärkere Zunahme von Härtefällen zu erwarten. Wir begrüßen es daher, dass der Betrag aufgrund der aktuellen Lage nochmals überprüft wird und erachten eine substanziale Erhöhung des Betrages als dringend notwendig. Aus Sicht des Städteverbandes sind, aufgrund der aktuellen Entwicklung der Covid-19-Epidemie und ihre voraussichtlich gravierenden Folgen für die Schweizer Wirtschaft, zusätzliche Unterstützungsmassnahmen zu ergreifen, damit Konkurse verhindert werden können und die Unternehmen in dieser schwierigen Zeit unterstützt werden. So ist zwingend das Instrument der Covid-19-Kredite wiedereinzusetzen, dass während der ersten Welle seine Wirksamkeit bewiesen hat, und Kurzarbeit muss bis Mitte des nächsten Jahres erleichtert beantragt werden können. Auf weitere Aspekte gehen wir im Folgenden ein.

Zusätzliche Unterstützungsmassnahmen nötig

Bevor wir auf die konkreten Anträge zur Covid-19-Härtefallverordnung eingehen, möchten wir uns zu zusätzlichen Unterstützungsmassnahmen für die Unternehmen äussern:

Die neuerlichen Einschränkungen des öffentlichen und des ökonomischen Lebens haben zu einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in der Schweiz geführt. Es wird bereits wieder mehr Kurzarbeit angemeldet und viele Unternehmen befinden sich heute finanziell in einer schwächeren Position als bei der ersten Covid-19-Welle. Ohne zusätzliche Unterstützungsmassnahmen für die Unternehmen drohen vermehrte Konkurse und Entlassungen.

Nach unserer Einschätzung ist deshalb eine Reaktivierung der Covid-19-Kredite des Bundes die effizienteste und zudem eine sehr rasch wirkende Lösung, um die betroffenen Unternehmen zu unterstützen. Diese Kredite sind zielführend, um langfristig erfolgreiche Unternehmen vor einem Konkurs zu bewahren, selbst wenn die Kredite buchhalterisch zu einer weiteren Verschuldung führen. Dank bereits bestehendem Vollzugssystem via Haus-/Geschäftsbanken ist ein rascher und kompetenter Verfahrensablauf sichergestellt. Es kann zudem festgestellt werden, dass dieses Instruments seine Tauglichkeit während der Ersten Welle bereits hinlänglich unter Beweis gestellt hat. Eine Wiederaufnahme dieses Systems per Dezember 2020 erscheint uns vordringlich und zwingend. Eine weitere zusätzlich unbedingt notwendige Unterstützungsmassnahme, die unsere Mitglieder einbringen, ist die Verlängerung der erleichterten Anmeldung für Covid-19-Kurzarbeit bis Juni 2021. Das vereinfachte Verfahren bei der Voranmeldung und das summarische Verfahren bei der Abrechnung gelten nur noch bis Ende Dezember 2020.

Die Städte sind in hohem Ausmass von den Folgen der Covid-19-Krise und den Auswirkungen der Massnahmen zu deren Bewältigung betroffen und werden dies auch zukünftig ganz massiv sein. Da her erachten wir es, wie wir es schon zu Beginn der Pandemie gefordert hatten, als notwendig, dass Städte und Gemeinden bei der weiteren Bewältigung der Pandemie besser einbezogen werden. Dazu würden wir eine tripartite Kommission auf Ebene Bund, Kantone und Städte/Gemeinden im 2021 begrüssen.

Konkrete Anliegen

Die Härtefallregelung betrachten unsere Mitglieder als wichtige zusätzliche Unterstützungsmassnahme zu einem ausgebauten Covid-19-Kreditprogramm. Was die Form der Härtefallmassnahmen angeht, begrüssen wir die verschiedenen Instrumente, welche in Art. 7 Abs. 1 des Verordnungsentwurfs vorgesehen sind. Einige unserer Mitglieder weisen aber auf zwei problematische Punkte hin, welche in Art. 7 Abs. 1 des Verordnungsentwurfs vorgesehen sind. Einerseits wird befürchtet, dass es zu grossen Unterschieden in der Wahl der Finanzierungsinstrumente unter den Kantonen kommt, was zu Ungleichbehandlungen innerhalb einzelner Wirtschaftszweige führen kann. Andererseits werden die Instrumente der rückzahlbaren Darlehen kritisch betrachtet. Die Härtefälle sind vor allem in Branchen zu finden, welche mit relativ kleinen Margen operieren. Es ist zweifelhaft, ob solche Darlehen zurückbezahlt werden können. Das Instrument der nicht rückzahlbaren Beiträge i.S.v. Art. 7 Abs. 1 Bst. c des Verordnungsentwurfs scheint das geeignete Instrument zu sein, wenn es um die Abwendung von Härtefällen geht. Einige unserer Mitglieder verweisen zudem auf die Problematik, dass die hälftige

Mitfinanzierung durch die Kantone freiwillig ist, d.h. diese könnten das Instrument auch ungenutzt lassen, was einerseits schwerwiegende Konsequenzen für Unternehmungen haben könnte und andererseits wettbewerbsverzerrend wirken würde (Art. 1).

Betreffend Aufteilung der Bundesbeiträge auf die Kantone (Art. 15) fordern vereinzelte Mitglieder, dass allfällige nicht oder nicht vollständig verwendete Beiträge einzelner Kantone umzuverteilen sind bzw. diese Beiträge anderen Kantonen zugesprochen werden können. Einzelne Mitglieder fordern zudem, dass das BIP bei der Berechnung höher gewichtet wird, da die kantonale Wirtschaftsleistung stärker berücksichtigt werden sollte.

Gemäss einer Mehrheit unserer Mitglieder muss Art. 1 Abs. 2 geändert werden, um die Unterstützung von Unternehmen zu ermöglichen, die sich teilweise im Besitz der öffentlichen Hand befinden und in den von der Verordnung abgedeckten Tätigkeitsbereichen tätig sind: Einige wirtschaftliche Tätigkeiten, insbesondere im Tourismussektor, wie die Ausrichtung von Kongressen, kommen ohne die Unterstützung der öffentlichen Hand nicht aus. Wie der übrige Tourismussektor ist auch der Kongressbereich besonders von den Folgen der angeordneten Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie betroffen. Die aktuell in der Verordnung maximale staatliche Beteiligung von 10 Prozent ist daher unbedingt zu erhöhen.

Art. 4 Abs. 1 Bst. c. schliesst Unternehmen aus, die Covid-19-Bundeshilfen in den Bereichen Sport, Kultur etc. erhalten haben. Da aber Unternehmen in mehreren Bereichen (Bsp. Tourismus und Sport) tätig sein können, muss eine fallweise Analyse vorgenommen werden. Dies verhindert, dass Unternehmen, die in unterschiedlichen Bereichen tätig sind, durch einen Ausschluss vom Härtefonds bestraft werden. Daher muss diese Bestimmung aus Sicht einer Mehrheit unserer Mitglieder angepasst werden.

Unsere Mitglieder sind sich einig, dass der aktuell vorgesehene Beitrag des Bundes von insgesamt 200 Millionen Franken massiv zu tief ist (Art. 14). So sind branchenspezifische Unterstützungen zum Beispiel für den kulturellen Sektor oder den Sport höher und damit adäquater bemessen worden. Aufgrund der aktuellen Entwicklung der Covid-19-Epidemie ist eine deutlich stärkere Zunahme von Härtefällen zu erwarten. Wir begrüssen es daher, dass der Betrag aufgrund der aktuellen Lage nochmals überprüft wird und erachten eine substanzielle Erhöhung des Betrages als dringend notwendig.

Anträge

Konkret beantragen wir:

- ▶ Covid 19-Kredite des Bundes, eine wirksame Unterstützungsmassnahme während der ersten Welle der Pandemie, sind auch für die aktuelle Welle als Instrument einzusetzen.
- ▶ Die erleichterte Anmeldung für Kurzarbeit aufgrund von Covid 19 ist bis Juni 2021 zu verlängern.
- ▶ Städte und Gemeinden sind als sehr stark betroffene föderalistische Ebene konsequent in die Massnahmenplanung und -umsetzung einzubeziehen. Eine tripartite Kommission aller Staats-ebenen ist einzusetzen.

- ▶ **Art. 1 Abs. 2 Bst. a:** Die maximale staatliche Beteiligung ist auf 33.3% festzusetzen. Dies verhindert in genügendem Mass, dass Unternehmen mit Bundesgeldern gefördert werden, an denen die (lokalen) öffentlichen Hände massgeblich beteiligt sind.
- ▶ **Art. 4 Abs. 1 Bst. c:** Kein systematischer Ausschluss von Unternehmen, welche bereits Covid-19-Finanzhilfen erhalten haben, sondern eine fallweise Analyse der konkreten Situation.
- ▶ **Art. 7 Abs. 1:** Das Instrument der nicht rückzahlbaren Beiträge ist als geeigneteres Instrument zur Abwendung von Härtefällen den rückzahlbaren Darlehen vorzuziehen.
- ▶ **Art. 14:** Der Gesamtbetrag muss substanzial erhöht werden.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Städteverband

Präsident



Kurt Fluri, Nationalrat
Stadtpräsident Solothurn

**Konferenz der Städtischen Finanzdirektorinnen
und -direktoren**

Präsidentin



Silvia Steidle
Finanzdirektorin Biel

Kopie Schweizerischer Gemeindeverband

Hopfenweg 21
PF/CP
CH-3001 Bern
T 031 370 21 11
info@travailsuisse.ch
www.travailsuisse.ch

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD

Per Mail an:
marianne.widmer@efv.admin.ch
lukas.hohl@efv.admin.ch

Bern, 13. 11. 2020

Vernehmlassung zur Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung).

Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für die Möglichkeit uns zu genannter Verordnung vernehmen zu lassen.

Die wirtschaftliche Lage aufgrund der Corona-Pandemie ist angespannt, für einzelne Unternehmen und Branchen gar äusserst prekär und existenzbedrohend. Für Travail.Suisse ist die Sicherung der Arbeitsplätze und der Erhalt der Einkommen und der Kaufkraft prioritätär, um die Krise zu überwinden und nicht unnötig zu verschärfen, resp. in die Länge zu ziehen. Die Schaffung einer Härtefallregelung zur Unterstützung von Unternehmen, die besonders von den Folgen der Corona-Krise betroffen sind, fordern wir im Grundsatz seit der Wiedereröffnung der Wirtschaft nach dem Lockdown im Frühling.

Gleichzeitig ist für uns klar, dass der jetzt vorliegende Entwurf aus einer Zeit, mit tiefen Fallzahlen und entsprechend schwächeren Massnahmen zur Eindämmung der Pandemie und insbesondere keinen (regionalen oder sektoriellen) Lockdowns stammt. Die Dynamik der letzten Wochen mit laufenden Verschärfungen der Massnahmen auf kantonaler Ebene hat die wirtschaftliche Ausgangslage akzentuiert, was auch Auswirkungen auf die Beurteilung der vorliegenden Härtefallregelung hat.

Angesichts der rascher und stärker auftretenden zweiten Welle der Corona-Pandemie steigt der Bedarf für Härtefallmassnahmen. Der Gesamtbetrag **in Artikel 14 der Verordnung** für solche Massnahmen ist entsprechend zu erhöhen und sollte aus unserer Sicht mindestens 1 Mrd. Franken betragen. Ursprünglich waren die Härtefallmassnahmen hauptsächlich für Unternehmen aus dem Event- und Veranstaltungsbereich und der Reisebranche angedacht. In der jetzigen wirtschaftlichen Situation gehören unseres Erachtens auch die Branchen Gastronomie und Hotellerie in den

Geltungsbereich der Härtefälle, was aber eine Erhöhung der zur Verfügung stehenden Mittel erforderlich machen würde.

Für Travail.Suisse ist es selbstverständlich, dass nur profitable und überlebensfähige Unternehmen die Anforderungen zum Erhalt von Härtefallmassnahmen erfüllen. In **Art.4, Abs. 2, lit. c** unterstützen wir explizit, den Ausschluss von der Härtefallregelung für Unternehmen mit Rückständen bei der Bezahlung von Steuerschulden oder der Bezahlung von Sozialabgaben. Weiter scheint uns der Ausschluss von Unternehmen notwendig, die seit Ausbruch der Coronakrise Arbeitnehmende entlassen haben, ohne dass Kurzarbeitsentschädigung beantragt wurde.

Mit der Höhe des Umsatzrückganges und dessen Berechnung gemäss **Art. 5** ist Travail.Suisse einverstanden. Ebenso mit der Einschränkung der Verwendung der Härtefallmassnahmen gemäss **Art.6**.

Wie eingangs erwähnt ist die wirtschaftliche Lage für einzelne Unternehmen teilweise existenzbedrohend. Um den unnötigen Konkurs und damit den Verlust von Arbeitsplätzen zu verhindern, wird es entscheidend sein, dass neben der raschen Inkraftsetzung dieser Verordnung insbesondere auch das Verfahren um Annahme bzw. Ablehnung eines Gesuchs rasch abgewickelt wird. Weiter sollte seitens des Bundes Augenmerk auf eine gewisse Harmonisierung in der Umsetzung auf kantonaler Ebene gelegt werden, um gröbere Willkürlichkeiten zu verhindern.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben mit freundlichen Grüßen



Adrian Wüthrich
Präsident



Gabriel Fischer
Leiter Wirtschaftspolitik



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Eidgenössische Finanzverwaltung EFV

**Formulaire de réponse : ordonnance concernant les mesures pour les cas de rigueur destinées aux entreprises en lien avec l'épidémie de COVID-19
(ordonnance sur les cas de rigueur COVID-19)**

Avis de

Nom / Entreprise / Organisation : AGAPE TOURS S.A.
Titre court de l'entreprise / de l'organisation : Agence de voyages (depuis 1985)
Adresse : Organisation de voyages en groupe
Nom de la personne pouvant fournir des renseignements : AGAPE TOURS
Rue Roger-de-Gulmusp 3
CH-1400 Yverdon
Tél. 024/423 00 10
Case postale 24 - 1401 Yverdon
Numéro de téléphone : 024 423 00 10
Adresse électronique : VAN WOERDEN Danilo (directeur)
Date : agape@agapetours.com
Date : 16/11/2020

Important:

1. Ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. Remplir une ligne par article, alinéa ou lettre de l'ordonnance ou par chapitre du rapport explicatif sur lesquels vous souhaitez faire une remarque ou une suggestion.
3. Envoyer le présent document au format Word d'ici au **13 novembre 2020** aux adresses électroniques suivantes: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch.

Merci de votre participation.

Remarques générales

L'industrie du voyage face à l'effondrement financier

Depuis huit mois, le secteur fait l'objet d'une véritable interdiction de travail. Les restrictions de voyage (interdictions et restrictions d'entrée, listes de quarantaine, confinement en mars/avril 2020, etc) depuis mars 2020, ont fait chuter le chiffre d'affaires de l'industrie du voyage de 95%. Les différentes mesures prises par le gouvernement fédéral (par exemple les listes de quarantaine), mais aussi par les autorités étrangères, rendent tout simplement impossible la création de revenus pour l'industrie du voyage. Et même si ces restrictions étaient assouplies, les voyageurs doivent d'abord reprendre confiance. On peut supposer qu'il faudra beaucoup de temps avant que cette confiance soit rétablie et que les voyages reprennent de telle manière à ce que le secteur du tourisme puisse rembourser le prêt Covid et générer de nouveau des profits.

Aucune rentrée d'argent n'a eu lieu depuis mars mais les coûts fixes sont eux restés les mêmes. Le manque à gagner du secteur des voyages remonte même à 2019, car de nombreux voyages ont été réservés avant mars 2020 et les montants déjà versés ont dus ou doivent encore être intégralement remboursés au client en raison de la loi sur les voyages à forfait. De plus, les acomptes des clients encore aux mains des agences de voyages ne devraient en principe pas être utilisés pour régler les frais de fonctionnement.

D'autre part, et ce au contraire de la plupart des autres secteurs impactés, la branche du voyage n'a sur les premiers mois, pas pu faire appel au chômage partiel puisque les collaborateurs étaient occupés à rapatrier leur clients bloqués par la pandémie à l'étranger et ensuite à annuler et reporter les voyages réservés. L'écart entre les revenus perdus et les coûts fixes se creuse de plus en plus. Aucune entreprise ne peut survivre un an sans revenus. L'effondrement financier, c'est-à-dire la faillite, et, par corrélation, une perte massive d'emplois, se rapproche de jour en jour.

Afin d'assurer la survie des compagnies de voyage, une aide est requise immédiatement

Le programme d'aide mis en place pour les cas de rigueur doit être opérationnel et les fonds doivent être versés au plus tard le 1er décembre 2020. Et cela pas seulement au niveau fédéral, mais à l'échelle nationale dans tous les cantons. Si la Confédération est prête au 1er décembre, de nombreux cantons ne le seront, eux, pas encore. Toutefois, pour que l'aide fédérale puisse être acheminée, la version actuelle de la loi Covid 19 exige que le canton donne le signal de départ et fournit son aide, qui peut ensuite être doublée par la Confédération. Si tous les cantons n'ont pas agi en ce sens au plus tard le 1er décembre (on peut le supposer), cela produira un effet de distorsion concurrentielle et violera le principe de l'égalité de traitement. Si mon entreprise est située dans le canton X, je bénéficie de mesures de rigueur. Si je suis domicilié dans le canton Y avec la même situation financière de départ, je ne reçois rien. Cela ne peut pas être la volonté du législateur. Toutes les entreprises doivent être traitées sur un pied d'égalité - comme pour les prêts Covid 19. C'est pourquoi la Confédération doit, le cas échéant, avancer les fonds pour des règlements et tous les cantons doivent être tenus d'introduire le programme pour les cas de rigueur au 1er décembre 2020.

En outre, des procédures standard simples devraient être appliquées en lieu et place des procédures cantonales de lutte contre la fraude. Ici aussi, comme pour l'octroi des crédits de Covid 19 : L'outil EasyGov pourrait être utilisé pour traiter rapidement, sans bureaucratie et de manière uniforme les cas de rigueur.

Augmentation considérable de l'enveloppe prévue

200 millions de francs au niveau fédéral et 400 millions de francs avec le concours des cantons pour les cas de rigueur ne sont qu'une goutte d'eau dans l'océan. Une augmentation massive doit être prévue par la Confédération et atteindre au minimum 600 millions si l'on veut pouvoir aider des entreprises, qui avant la crise, étaient parfaitement saines. Ce d'autant plus que les mesures en faveur des personnes en difficulté impliquent une assistance ciblée pour chaque cas. Les grandes entreprises en particulier, qui ont des coûts fixes élevés, devront également pouvoir en bénéficier. C'est pourquoi un plafonnement de la contribution est par principe erroné, car le montant des fonds nécessaires ne peut pas (encore) être déterminé.

Si, en revanche, un plafond est souhaité, il doit être suffisamment élevé. Dans le cas contraire, le hasard et l'arbitraire prévaudront selon le principe du "premier arrivé, premier servi". Il ne serait pas acceptable que la Confédération soit responsable de telles distorsions.
La loi COVID-19 ne limite pas le montant des contributions de la Confédération. Dès lors, la base juridique existe déjà pour augmenter le plafond de cette contribution fédérale.

Modification de la loi COVID-19 (procédure d'urgence)

Comme mentionné ci-dessus, la loi ne limite pas le montant des contributions fédérales. Si les cantons ne sont pas en mesure de faire face à des obligations financières plus élevées, la loi COVID-19, comme l'a déjà mentionné le conseiller fédéral Ueli Maurer lors de la conférence de presse du 4 novembre 2020, doit être modifiée le plus rapidement possible afin que la Confédération puisse verser des contributions dont le pourcentage soit plus élevé que celui fixé à ce jour. Cela signifie qu'il faut pouvoir prévoir non seulement une contribution à respectivement 50% mais aussi avoir la possibilité de prendre en charge les trois quarts des coûts/pertes des mesures d'aide aux cas de rigueur.

La question de la clé de répartition des contributions devrait être soulevée en procédure d'urgence lors de la prochaine session (30.11 - 18.12.2020) si les cantons ne sont pas en mesure de supporter une augmentation de leurs propres contributions.

Section 1 Principe

Thème	Remarque / Suggestion
Art. 1	<p>Les cantons doivent avoir l'obligation de soutenir toutes les entreprises de la même manière et de leur fournir l'aide financière nécessaire. Il est inacceptable que les entreprises d'un canton reçoivent un soutien financier et pas celles du canton voisin. Ceci est purement discrétionnaire et viole l'interdiction de l'arbitraire et le principe de l'égalité de traitement. Ceci est particulièrement vrai au vu de la participation importante de la Confédération. La Confédération devrait traiter toutes les entreprises de la même manière et ne pas laisser aux cantons la décision de soutenir ou non les entreprises (avec des fonds fédéraux). Le principe de l'égalité de droit est mis à mal si la décision est laissée aux cantons. Cela doit être évité.</p> <p>L'obligation des cantons de soutenir les cas de rigueur dans toute la Suisse est donc une question urgente.</p> <p>Suggestion :</p> <p>Article 1, paragraphe 1 (nouveau) : Les cantons sont tenus d'apporter un soutien financier aux cas de rigueur conformément à l'article 12 de la loi COVID-19.</p>

Section 2 Exigences relatives aux entreprises

Thème	Remarque / Suggestion
Art. 3 Abs. 3	Les entreprises créées après le 1er janvier 2020 sont de facto exclues des mesures d'aide aux cas de rigueur. En phase de création les entreprises démarrees après le 01.01.2020, ont tout d'abord dû établir des contacts avec les clients et développer des activités commerciales sur la base de ces contacts. Elles ont par ailleurs investi des fonds propres souvent importants. Pendant cette période de démarrage, un chiffre d'affaires ne peut pas réellement encore avoir été généré, ou seulement dans une mesure très modeste. Les coûts d'investissement et de personnel sont toutefois à la charge de

	<p>l'entreprise dès sa création. Cela signifie que les jeunes entrepreneurs sont doublement pénalisés avec une limite de chiffre d'affaires de 50 000 CHF.</p> <p>Suggestion : Pour les jeunes entreprises, la limite du chiffre d'affaires doit être ramenée à 5'000 CHF</p>
Art. 4 Abs. 1 lit. c	<p>L'interdiction d'une double subvention est fondamentalement correcte.</p> <p>Toutefois, ce principe n'est pas approprié, si la loi sur les loyers d'entreprises entre également dans le champ d'application de l'interdiction de la double subvention, comme le prévoient les notes explicatives. La baisse de loyer ou le subventionnement des propriétaires par le gouvernement fédéral n'est pas une aide financière sectorielle du gouvernement fédéral, mais s'applique à tous les secteurs.</p> <p>Suggestion 1: Il faut s'assurer que, même si les lois sur les loyers d'entreprises ou d'autres aides financières Covid non spécifiques au secteur, édictées par le gouvernement fédéral sont appliquées, des mesures pour cas de rigueur peuvent toujours être prises.</p>
Art. 4 Abs. 2 lit. c	<p>Dans un souci de clarification, il est important d'inclure comme critère déterminant la date d'échéance des dettes fiscales ou des cotisations de sécurité sociale impayées.</p> <p>Suggestion : Il convient d'ajouter le texte suivant : Pas d'arriérés de paiements exigibles au 15 mars [...]</p>
Art. 4 Abs. 3 lit. b	<p>L'objectif de cette disposition est incompréhensible. Les crédits sont des dettes supplémentaires qui ne font qu'aggraver la situation financière des entreprises. Cela n'a guère de sens si les entreprises doivent d'abord s'endetter davantage avant qu'une aide ne leur soit allouée. Ceci est plus particulièrement valable pour les cas de rigueur. Si le texte est maintenu ainsi, ceci signifierait que les autres exigences de l'article 4 ne pourraient plus être satisfaites puisque la société serait déjà financièrement au bord de la faillite. Cela nuit au sens et à l'objectif des mesures d'aide aux entreprises en difficulté et n'a aucun sens du point de vue commercial ou économique. En outre, il est étrange que lorsqu'un prêt COVID-19 a été sollicité, le règlement ne dise rien à ce sujet. Le même règlement devrait s'appliquer aux deux situations initiales. A savoir qu'un éventuel retrait d'un prêt COVID-19, sous quelque forme que ce soit et conformément à l'art. 12 al. 2 de la loi COVID-19, ne peut avoir aucun effet sur les mesures de rigueur.</p> <p>suggestion Cette disposition est à supprimer</p>
Art. 6 lit. a Ziffer 2	<p>Étant donné que les mesures prises et financées par le gouvernement visent à garantir l'existence et la préservation des emplois, il est fondamentalement correct de ne pas verser de dividendes ni de tantièmes.</p> <p>Cependant, cette interdiction étendue à 5 ans après réception d'une contribution à fonds perdus est trop restrictive. La période de 2 ans serait plus appropriée.</p> <p>Suggestion La période d'interdiction de distribution de dividendes et de tantièmes dans le cas de contributions à fonds perdus doit être réduite de 5 à 2 ans.</p>

Section 3 Exigences relatives à la forme des mesures pour les cas de rigueur

Thème	Remarque / Suggestion
Art. 7 Abs.2	<p>Dans les cas de rigueur, nous devons constater différents degrés de souffrance, certaines entreprises étant plus gravement impactées que d'autres. Afin d'en tenir compte il faudrait ajouter un critère supplémentaire : le degré de gravité.</p> <p>L'industrie du voyage, par exemple, avec une chute des ventes de 95%, subit des pertes beaucoup plus importantes qu'une entreprise qui ne souffre "que" d'une chute des ventes de 61%. En ce sens, le degré de gravité devrait également jouer un rôle dans les mesures s'appliquant aux cas de rigueur et il devrait être possible de fournir un soutien correspondant plus important aux secteurs les plus gravement touchés. Nous pourrions établir une graduation entre "cas de gravité" et "cas de gravité extrême »</p> <p>Suggestion</p> <p>La liste doit être complétée par le critère "degré de gravité" qui peut varier en fonction du secteur d'activité, de la taille de l'entreprise, des mesures en place, ou d'autres facteurs.</p>
Art. 7 Abs. 3	<p>Les prêts, garanties et cautionnements complémentaires au prêt COVID 19 constituent des charges difficilement supportables pour les agences de voyages. En effet la très faible marge bénéficiaire nette d'environ 1%, rend le remboursement en soi difficile et ne permettra d'atteindre des chiffres positifs que dans de nombreux mois. Pour les agences de voyage, seule une aide non remboursable atteindrait l'objectif fixé. Cumuler de nouveaux crédits (mis à part le crédit COVID) ne fait aucun sens pour le secteur du tourisme outgoing.</p> <p>Si une suppression complète de prêts, cautionnement et garanties ne sont pas une option, une combinaison des différentes mesures devrait à tout le moins pouvoir être proposée. (prêts remboursables, garanties et cautions ou contributions à fonds perdus).</p> <p>Les mesures de rigueur doivent être adaptées <u>individuellement à chaque cas</u>. Par conséquent, il n'est pas logique d'établir des spécifications restrictives et limitatives. La raison de la restriction mentionnée dans les arguments - maintenir les coûts de coordination et de contrôle pour les cantons à un faible niveau - est d'une importance mineure par rapport à l'objectif économique, qui est de préserver les emplois.</p> <p>Suggestion</p> <p>Différentes mesures de rigueur peuvent être cumulées</p>
Art. 8 Abs. 2	<p>Il est raisonnable de considérer le chiffre d'affaires comme critère. C'est également le facteur déterminant mentionné dans la loi. De fait, l'énoncé de la loi ne permet pas l'introduction d'un critère supplémentaire, tel, par ex. un montant maximum par société.</p> <p>Si toutefois un plafond devait être fixé pour les montants accordés à fonds perdus, celui-ci devrait à tout le moins être plus élevé que celui mentionné et ne pas se baser sur le montant du crédit COVID 19 garanti à 100% par la Confédération. La Confédération le garantit à 100 %. Si tel était le critère, le montant maximum devrait être d'au moins 1 million (Confédération 500 000 CHF et canton 500 000 CHF).</p> <p>Suggestion :</p> <p>Le seul critère à prendre en compte est un maximum de 10 % du chiffre d'affaires annuel 2019, et le montant maximum de 500 000 CHF par entreprise devrait être supprimé.</p>

Section 4 Procédure et compétences

Thème	Remarque / Suggestion
Art. 12	<p>Les cantons doivent être tenus de traiter les demandes à partir du 1er décembre et de fournir les mesures d'aide correspondantes au plus tard le 31 janvier 2021. Si la mise en œuvre a lieu plus tard, l'aide arrivera trop tard. Cela ne doit pas se produire pour des raisons économiques. Si nécessaire, la Confédération doit pouvoir effectuer des paiements anticipés (voir aussi les commentaires sur l'art. 17).</p> <p>Suggestion :</p> <p>L'art. 12 doit être complété de manière à ce que les cantons puissent/doivent traiter les demandes à partir du 1er décembre 2020 et que les prêts, cautions ou garanties soient accordés au plus tard le 31 janvier 2021 et que les montants à fonds perdus soient versés pour la première fois au plus tard le 31 janvier 2021.</p>
Lutte contre les abus	[Commentaires/suggestions pour la conception et la mise en œuvre concrète de la lutte contre les abus].

Section 5 Contributions de la Confédération et comptes rendus des cantons

Thème	Remarque / Suggestion
Art. 14	<p>On peut se demander si la mention explicite d'un montant maximum est nécessaire. Nous nous trouvons dans une situation d'urgence qui change constamment. C'est pourquoi une proposition ouverte qui puisse s'adapter aux évolutions serait probablement plus appropriée. Même si le gouvernement fédéral ne dispose pas de fonds inépuisables, il faudrait au moins prévoir la possibilité d'une augmentation.</p> <p>En tout cas, et comme l'a déjà mentionné à juste titre le conseiller fédéral Ueli Maurer lors de la conférence de presse du 4 novembre 2020, le montant de 200 millions de francs est trop faible - Au moment où les 200 millions de francs suisses ont été fixés, l'ampleur de la deuxième vague n'était pas connue. Et actuellement les impacts de celle-ci ne peuvent pas encore être estimés. C'est pourquoi il est impossible et serait arbitraire de fixer un montant. Afin de répondre à la situation qui prévaut actuellement, le montant doit être porté à un minimum de <u>600 millions</u>. En comparaison avec le paquet d'aide mis à disposition en début d'année et dont le montant pour les prêts COVID19 s'élevait à 40 milliards, le chiffre de 600 millions est un peu plus approprié que celui prévu actuellement. De fait, avec l'apport des cantons, l'enveloppe d'aide s'élèverait dès lors et dans un premier temps à 1,2 milliard de francs. Toutefois elle devrait pouvoir être augmentée si la situation l'exigeait.</p> <p>Suggestions :</p> <p>Dans le cadre des crédits approuvés, la Confédération contribue à hauteur d'au moins 600 millions de francs aux mesures de soutien en faveur des cas de rigueur, montant qui peut être augmentée si nécessaire.</p>

Art. 15	<p>Au niveau statistique, il est évident que le PIB cantonal et la population résidente sont des données connues. Toutefois, <u>ces chiffres ne disent rien sur le nombre d'entreprises touchées dans les cantons respectifs ni sur leurs besoins en financement.</u> Dès lors, il serait judicieux d'établir une autre clé de répartition, qui, p.ex., pourrait être basée sur le chiffre d'affaires et le nombre de places de travail des entreprises concernées.</p> <p>Suggestion :</p> <p>Si d'autres critères plus appropriés et reflétant d'une manière plus objective la situation dans les différents cantons sont disponibles, ceux-ci devraient être pris en compte.</p>

Questions additionnelles aux cantons destinées à l'estimation des besoins de financement

- Votre canton prévoit-il de prendre des mesures pour les cas de rigueur?
- Si oui, sous quelle forme (prêts, cautionnements, garanties ou contributions non remboursables)?
- Première estimation en vue de la détermination des besoins financiers *globaux* dans votre canton (contributions à fonds perdu et *pertes* sur prêts, cautionnements et garanties que la Confédération devrait financer pour moitié)

Section 6 Perte de capital et surendettement

Section 7 Dispositions finales

Thème	Remarque / Suggestion
Art. 17 Abs. 1	<p>Les cantons sont tenus d'accepter les demandes leur parvenant d'entreprises considérées comme cas de rigueur à partir du 1er décembre et de payer les aides correspondantes au plus tard le 31 janvier 2021 (voir aussi les commentaires sur l'art. 12). Si les aides arrivent plus tard, il sera trop tard. Cela ne doit pas se produire pour des raisons économiques. Si nécessaire, la Confédération doit pouvoir effectuer des paiements anticipés.</p> <p>Suggestion :</p> <p>Si les cantons ne sont financièrement pas en mesure de régler les prêts, garanties ou cautionnements au plus tard le 31 janvier 2021 ou de verser les montants octroyés à fonds perdus, la Confédération assure les prêts, garanties ou cautionnements sous forme d'acompte et avance les montants à fonds perdus.</p>

Association #quivapayerladdition
c/o Frédérique Beauvois
Chemin des Clos 41
1020 Renens

marianne.widmer@efv.admin.ch
lukas.hohl@efv.admin.ch

Lausanne, le 13 novembre 2020

CONSULTATION

ORDONNANCE CONCERNANT LES MESURES POUR LES CAS DE RIGUEUR DESTINÉES AUX ENTREPRISES EN LIEN AVEC L'ÉPIDÉMIE DE COVID-19

Madame, Monsieur,

L'association #quivapayerladdition s'est récemment constituée face au contexte de crise économique qui affecte le secteur de la restauration. Elle fédère plusieurs dizaines d'établissements publics dans le canton de Vaud.

Nous souhaitons par la présente vous communiquer nos observations au sujet du projet d'Ordonnance sur les cas de rigueur COVID-19 mise en consultation.

	Modification proposée	Commentaire
Art. 4 al. 1, let. d (nouveau)	L'entreprise a fourni au canton les preuves suivantes: (...) <u>d. son chiffre d'affaires moyen des années 2018 et 2019 n'est pas couvert à plus de 50% par des subventions</u>	L'ordonnance n'a pas pour but de transférer des subventions cantonales et communales au budget fédéral
Art. 4 al. 1, let. e (nouveau)	<u>e. l'entreprise est affectée par des mesures publiques de restriction de son exploitation après le 11 mai 2020</u>	L'ordonnance ne doit pas remédier à des problèmes de conjoncture mais à des mesures sanitaires affectant l'exploitation
Art. 4 al. 2	2 Sont réputées rentables ou viables les entreprises qui répondent aux exigences	L'exigence de l'absence de dette d'impôts ou de

	<p>suivantes:</p> <p>a. elles ne sont pas surendettées au moment du dépôt de la demande et n'étaient pas surendettées entre le 1er janvier 2019 et le dépôt de la demande;</p> <p>b. elles ne font pas l'objet d'une procédure de faillite, d'une procédure concordataire ou d'une liquidation au moment du dépôt de la demande;</p> <p>c. elles n'avaient pas, le 15 mars 2020, d'arriérés d'impôts envers la Confédération,</p> <p>les cantons ou les communes ni d'arriérés de cotisations sociales;</p> <p>d. elles ont établi un plan financier à moyen terme montrant de manière crédible que le financement de l'entreprise au moyen de la mesure pour les cas de rigueur peut être assuré pendant toute la durée du plan financier.</p>	<p>charge sociale est injuste. Les entreprises qui constituent des cas de rigueur subissent précisément des pertes, ce qui occasionne des dettes.</p> <p>L'exigence d'un plan financier est incompatible avec l'urgence de la situation.</p>
Art. 5 al. 2	<p>2 Le chiffre d'affaires 2020 est calculé sur la base de la valeur des biens vendus et des services fournis, à laquelle s'ajoutent les indemnités reçues en 2020 en cas de réduction de l'horaire de travail et de perte de gain liée au COVID-19.</p>	<p>Les indemnités de RHT et perte de gains ne sont pas une aide aux établissements mais aux employés qui, en l'absence de RHT, auraient été licenciés. En ce cas, les employeurs n'auraient pas assumé le coût des charges sociales. Le chiffre d'affaires doit être comparable d'une année à l'autre sur des</p>

		mêmes bases.
--	--	--------------

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à la présente, nous vous prions de croire, Madame, Monsieur, à l'assurance de nos sentiments respectueux.

La Présidente
Frédérique Beauvois

Le Secrétaire
Christophe Roduit



Formulaire de réponse: ordonnance concernant les mesures pour les cas de rigueur destinées aux entreprises en lien avec l'épidémie de COVID-19 (ordonnance sur les cas de rigueur COVID-19)

Avis de

Nom / Entreprise / Organisation : Association Evénements Congrès Genève

Titre court de l'entreprise /
de l'organisation : AECG

Adresse : 98, rue de Saint-Jean
CP 5287
1211 Genève 11

Nom de la personne pouvant
fournir des renseignements : Larissa Robinson, secrétaire patronale

Numéro de téléphone : +41 58 715 38 40

Adresse électronique : larissa.robinson@fer-ge.ch

Date : 13 novembre 2020

Important:

1. Ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. Remplir une ligne par article, alinéa ou lettre de l'ordonnance ou par chapitre du rapport explicatif sur lesquels vous souhaitez faire une remarque ou une suggestion.
3. Envoyer le présent document **au format Word** d'ici au **13 novembre 2020** aux adresses électroniques suivantes: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch.

Merci de votre participation.

Remarques générales

Depuis l'adoption de la loi COVID-19 le 25 septembre 2020 et la préparation de l'ordonnance régissant les cas de rigueur durant la première moitié du mois d'octobre 2020, le contexte sanitaire et économique a significativement changé. Les aides sont devenues urgentes et leur ampleur s'est accrue. A cet effet, la Confédération a décidé d'avancer la date d'entrée en vigueur de l'ordonnance des cas de rigueur du 1^{er} février 2021 au 1^{er} décembre 2020, et a annoncé que le montant des aides serait réévalué.

Le canton de Genève est frappé depuis fin octobre par une deuxième vague de la pandémie dont l'ampleur sera plus importante que la première vague du printemps. Les réserves des entreprises ayant été largement consommées depuis l'apparition de la première vague, les conséquences économiques sont élevées et le soutien doit être proportionné aux besoins et aux délais. Dans ce contexte, le canton de Genève demande que :

- la participation de la Confédération à hauteur de 200 millions de francs soit portée à 1.2 milliard (x6) compte tenu de l'évolution des besoins nécessaires (environ 160 millions à Genève) pour couvrir une part des charges fixes des entreprises sous la forme d'aides à fonds perdus;
- le plafond des aides financières de 500'000 francs par entreprise soit augmenté à 1,5 million et porté à 10% du chiffre d'affaires, pour couvrir dorénavant les besoins des petites et moyennes entreprises qui ont déjà puisé dans leurs réserves, par exemple dans les secteurs de l'hôtellerie et de l'événementiel;
- l'ordonnance soit simplifiée en matière de critères d'inclusion et d'exclusion des entreprises éligibles (section 2), de manière à pouvoir limiter la charge administrative des entreprises et de l'administration cantonale, ainsi que les délais de mise en œuvre des aides à fonds perdu.

Section 1 Principe

Thème	Remarque / suggestion
	aucune

Section 2 Exigences relatives aux entreprises

Thème	Remarque / suggestion
Section 2	<p>En ce qui concerne les procédures, nous nous en remettons à la prise de position du Canton de Genève et de Expo Event.</p> <p>Pour le surplus nous proposons ce qui suit.</p>
Art. 3 al 1, lettre b	<p><i>Les entreprises ont réalisé en 2019 un chiffre d'affaires d'au moins 50'000 francs.</i></p> <p>Cette limite est trop basse. Le maintien de l'emploi et du savoir-faire est prioritaire. Une entreprise avec un chiffre d'affaires de 50'000 francs n'a pas beaucoup de charges fixes incompressibles, si on tient compte qu'une partie de ce chiffre d'affaires doit couvrir la part salariale ou du revenu de l'entrepreneur pour les raisons individuelles. Les micro entreprises auront de difficultés à répondre aux exigences de la section 2 de l'ordonnance et risquent d'entraîner un travail administratif élevé par rapport au montant des aides.</p> <p>Le canton de Genève demande donc que la limite doit être portée à 200'000 francs.</p>
Art. 3 al.1 lettre c	<p>Le rapport explicatif fait référence au fait qu'une société de type « boîte au lettre » ne doit pas être éligible est beaucoup plus compréhensible que la formulation retenue, la</p>

	formulation suivante est proposée: « elles exercent une activité opérationnelle suffisamment tangible pour ne pas être assimilables à des sociétés de domicile »
Art. 4 al 2, lettre d	<p><i>elles ont établi un plan financier à moyen terme montrant de manière crédible que le financement de l'entreprise au moyen de la mesure pour les cas</i></p> <p>La question de l'obtention d'un budget de trésorerie est de notre point de vue discutable pour les versements à fonds perdus. Si l'entreprise remplit en effet les autres critères, cette exigence semble trop lourde en comparaison de son utilité.</p>
Art. 5 al 2	<p><i>Le chiffre d'affaires 2020 est calculé sur la base de la valeur des biens vendus et des services fournis, à laquelle s'ajoutent les indemnités reçues en 2020 en cas de réduction de l'horaire de travail et de perte de gain liée au COVID-19.</i></p> <p>Le canton de Genève considère que cette disposition pour vérifier le seuil de 40% de réduction de chiffre d'affaires devrait être supprimée pour éviter des inégalités de traitement entre entreprises qui ont, ou n'ont pas, fait appel au chômage partiel. Le raisonnement est le même pour ce qui est des aides pour les loyers.</p>
Art. 6 lettre a, chiffre 2	<p><i>Les entreprises ont fourni au canton les garanties suivantes: elles distribuent aucun dividende ou tantième pendant les cinq années suivant l'obtention d'une contribution non-remboursable.</i></p> <p>La durée est trop longue et ne tient pas compte de la structure financière de la société et de la nature des actionnaires ainsi que de leurs attentes qui pourraient exiger un certain rendement. Si la non-distribution de dividende ou de tantième est compréhensible, la durée devrait néanmoins être réduite à deux ans.</p>

Section 3 Exigences relatives à la forme des mesures pour les cas de rigueur

Thème	Remarque / suggestion
Article 7 Alinéa 3	L'AECG souhaite que les entreprises puissent solliciter plusieurs formes d'aides (ex : aides à fonds perdus et prêts). En effet, les aides à fonds perdus étant plafonnées de manière trop restrictive, elles ne suffiront pas à couvrir les charges fixes des entreprises.
Article 8 Plafonds	<p>Les contributions non remboursables s'élèvent au maximum à 10% du chiffre d'affaires 2019 et à 500'000 francs par entreprise.</p> <p>La formulation n'est pas claire quant à savoir si les plafonds indiqués concernent la limite de l'engagement fédéral ou la totalité du montant attribué en soutien, soit comprenant à la fois la part fédérale et la part cantonale.</p> <p>La taille des entreprises sévèrement affectées par la crise ayant augmenté, l'AECG demande que le plafond absolu soit de 1.5 million par entreprise et 10% du chiffre d'affaires 2019.</p> <p>De nombreuses entreprises entrant dans la définition des cas de rigueur ont utilisé leurs réserves financières pour couvrir les charges fixes incompressibles durant l'année 2020 et/ou les crédits COVID. Pour la plupart, elles sont dans une situation critique et ne disposent plus de liquidités.</p>

Section 4 Procédure et compétences

Thème	Remarque / suggestion
Erreur ! Source du renvoi in-trouvable.	
Erreur ! Source du renvoi in-trouvable.	
Lutte contre les abus	Des contrôles a posteriori doivent être effectués pour vérifier l'utilisation conforme des moyens financiers mis à disposition.

Section 5 Contributions de la Confédération et comptes rendus des cantons

Thème	Remarque / suggestion
Art. 14 Montant total	<p><i>Dans la limite des crédits approuvés, la Confédération participe aux mesures cantonales pour les cas de rigueur à hauteur d'un montant de 200 millions de francs au maximum.</i></p> <p>Comme mentionné ci-dessus, dans le contexte actuel, ce montant n'est pas proportionné aux besoins estimés à 160 millions pour le canton de Genève.</p> <p>Selon l'étude du bureau de consulting Hanser Consulting AG du 18 août 2020 mandatée par le SECO, le secteur des agences de voyage a subi une perte estimée entre 374 millions de francs et 523 millions de francs en 2020. La branche emploie plus de 3'000 collaborateurs à plein temps. Par ailleurs, si le fonds de garantie devait s'effondrer, un dommage de plus de 244 millions de francs pourrait se réaliser.</p> <p>Ainsi, en ne prenant qu'un seul secteur au niveau national, le besoin de financement est supérieur au montant mis à disposition par la Confédération.</p>
Erreur ! Source du renvoi in-trouvable.	
Erreur ! Source du renvoi in-trouvable.	
Questions additionnelles aux cantons destinées à l'estimation des besoins de financement <ul style="list-style-type: none"> • Votre canton prévoit-il de prendre des mesures pour les cas de rigueur? Oui, le canton de Genève prévoit des mesures pour les cas de rigueur. • Si oui, sous quelle forme (prêts, cautionnements, garanties ou contributions non rembour- 	

- sables)? Les contributions non remboursables sont privilégiées dans la mesure où le taux d'endettement des sociétés en difficulté atteint ses limites.
- Première estimation en vue de la détermination des besoins financiers *globaux* dans votre canton (contributions à fonds perdu et *pertes* sur prêts, cautionnements et garanties que la Confédération devrait financer pour moitié) En tenant compte de l'aggravation de la situation, une estimation d'un besoin de financement global de 160 millions de francs peut être faite.

Section 6 Perte de capital et surendettement

Section 7 Dispositions finales

Thème	Remarque / suggestion



Formulaire de réponse: ordonnance concernant les mesures pour les cas de rigueur destinées aux entreprises en lien avec l'épidémie de COVID-19 (ordonnance sur les cas de rigueur COVID-19)

Avis de

Nom / Entreprise / Organisation :

Titre court de l'entreprise /
de l'organisation : Astag Section Genève

Adresse : 98, rue de Saint-Jean
Case postale 3278
1211 Genève 11

Nom de la personne pouvant
fournir des renseignements : Robert Angelozzi

Numéro de téléphone : +41 58 715 32 90

Adresse électronique : robert.angelozzi@fer-ge.ch

Date : 13 novembre 2020

Important:

1. Ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. Remplir une ligne par article, alinéa ou lettre de l'ordonnance ou par chapitre du rapport explicatif sur lesquels vous souhaitez faire une remarque ou une suggestion.
3. Envoyer le présent document **au format Word** d'ici au **13 novembre 2020** aux adresses électroniques suivantes: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch.

Merci de votre participation.

Remarques générales

Depuis l'adoption de la loi COVID-19 le 25 septembre 2020 et la préparation de l'ordonnance régissant les cas de rigueur durant la première moitié du mois d'octobre 2020, le contexte sanitaire et économique a significativement changé. Les aides sont devenues urgentes et leur ampleur s'est accrue. A cet effet, la Confédération a décidé d'avancer la date d'entrée en vigueur de l'ordonnance des cas de rigueur du 1^{er} février 2021 au 1^{er} décembre 2020, et a annoncé que le montant des aides serait réévalué.

Dans le canton de Genève, le secteur du transport de personne est frappé depuis le mois de mars par la crise. La perte de chiffre d'affaire s'élève à plus de 90. Les réserves des entreprises de transport de personnes ayant été largement consommées depuis l'apparition de la première vague, les conséquences économiques sont élevées et le soutien doit être proportionné aux besoins et aux délais. Dans ce contexte, le canton de Genève demande que :

- la participation de la Confédération à hauteur de 200 millions de francs soit portée à **1.2 milliard** (x6) compte tenu de l'évolution des besoins nécessaires (environ 160 millions à Genève, dont 10 pour le secteur du Transport de personne) pour couvrir une part des charges fixes des entreprises sous la forme d'aides à fonds perdus;
- le plafond des aides financières de 500'000 francs par entreprise soit augmenté à 1mio de francs et porté à **50%** du chiffre d'affaires, pour couvrir dorénavant les besoins des petites et moyennes entreprises qui ont déjà puisé dans leurs réserves, par exemple dans les secteurs de l'hôtellerie et de l'événementiel;
- l'ordonnance soit simplifiée en matière de critères d'inclusion et d'exclusion des entreprises éligibles (section 2), de manière à pouvoir limiter la charge administrative des entreprises et de l'administration cantonale, ainsi que les délais de mise en œuvre des aides à fonds perdu.

Section 1 Principe

Thème	Remarque / suggestion
	aucune

Section 2 Exigences relatives aux entreprises

Thème	Remarque / suggestion
Section 2	<p>En ce qui concerne les procédures, nous nous remettons à la prise de position du Canton de Genève et à celle de l'Astag centrale.</p> <p>Pour le surplus nous proposons ce qui suit.</p>
Art. 3 al 1, lettre b	<p><i>Les entreprises ont réalisé en 2019 un chiffre d'affaires d'au moins 50'000 francs.</i></p> <p>Cette limite est trop basse. Le maintien de l'emploi et du savoir-faire est prioritaire. Une entreprise avec un chiffre d'affaires de 50'000 francs n'a pas beaucoup de charges fixes incompressibles, si on tient compte qu'une partie de ce chiffre d'affaires doit couvrir la part salariale ou du revenu de l'entrepreneur pour les raisons individuelles. Les micro entreprises auront de difficultés à répondre aux exigences de la section 2 de l'ordonnances et risquent d'entraîner un travail administratif élevé par rapport au montant des aides.</p> <p>Le canton de Genève demande donc que la limite doit être portée à 200'000 francs.</p>

Art. 3 al.1 lettre c	Le rapport explicatif fait référence au fait qu'une société de type « boîte au lettre » ne doit pas être éligible est beaucoup plus compréhensible que la formulation retenue, la formulation suivante est proposée: « elles exercent une activité opérationnelle suffisamment tangible pour ne pas être assimilables à des sociétés de domicile »
Art. 4 al 2, lettre d	<i>elles ont établi un plan financier à moyen terme montrant de manière crédible que le financement de l'entreprise au moyen de la mesure pour les cas</i> La question de l'obtention d'un budget de trésorerie est de notre point de vue discutable pour les versements à fonds perdus. Si l'entreprise remplit en effet les autres critères, cette exigence semble trop lourde en comparaison de son utilité.
Art. 5 al 2	<i>Le chiffre d'affaires 2020 est calculé sur la base de la valeur des biens vendus et des services fournis, à laquelle s'ajoutent les indemnités reçues en 2020 en cas de réduction de l'horaire de travail et de perte de gain liée au COVID-19.</i> Le canton de Genève considère que cette disposition pour vérifier le seuil de 40% de réduction de chiffre d'affaires devrait être supprimée pour éviter des inégalités de traitement entre entreprises qui ont, ou n'ont pas, fait appel au chômage partiel. Le raisonnement est le même pour ce qui est des aides pour les loyers
Art. 6 lettre a, chiffre 2	<i>Les entreprises ont fourni au canton les garanties suivantes: elles distribuent aucun dividende ou tantième pendant les cinq années suivant l'obtention d'une contribution non-remboursable.</i> La durée est trop longue et ne tient pas compte de la structure financière de la société et de la nature des actionnaires ainsi que de leurs attentes qui pourraient exiger un certain rendement. Si la non-distribution de dividende ou de tantième est compréhensible, la durée devrait néanmoins être réduite à deux ans.

Section 3 Exigences relatives à la forme des mesures pour les cas de rigueur

Thème	Remarque / suggestion
Article 8 Plafonds	<i>Les contributions non remboursables s'élèvent au maximum à 10% du chiffre d'affaires 2019 et à 500'000 francs par entreprise.</i> La formulation n'est pas claire quant à savoir si les plafonds indiqués concernent la limite de l'engagement fédéral ou la totalité du montant attribué en soutien, soit comprenant à la fois la part fédérale et la part cantonale. La taille des entreprises sévèrement affectées par la crise ayant augmenté, le canton de Genève demande que le plafond absolu de 1 million par entreprise ($2 \times 500'000$ francs) soit transformé en un plafond relatif égal à 50% du chiffre d'affaires. De nombreuses entreprises entrant dans la définition des cas de rigueur ont utilisé leurs réserves financières pour couvrir les charges fixes incompressibles durant l'année 2020 et/ou les crédits COVID. Pour la plupart, elles sont dans une situation critique et ne disposent plus de liquidités.

Section 4 Procédure et compétences

Thème	Remarque / suggestion
Erreur ! Source du	

renvoi in-trouvable.	
Erreur ! Source du renvoi in-trouvable.	
Lutte contre les abus	Des contrôles a posteriori doivent être effectués pour vérifier l'utilisation conforme des moyens financiers mis à disposition.

Section 5 Contributions de la Confédération et comptes rendus des cantons

Thème	Remarque / suggestion
Art. 14 Montant total	<p><i>Dans la limite des crédits approuvés, la Confédération participe aux mesures cantonales pour les cas de rigueur à hauteur d'un montant de 200 millions de francs au maximum.</i></p> <p>Comme mentionné ci-dessus, dans le contexte actuel, ce montant n'est pas proportionné aux besoins estimés à 160 millions pour le canton de Genève.</p> <p>Nous nous étonnons du faible montant octroyée aux entreprises genevoises alors qu'elles contribuent grandement à la péréquation financière. Nous rappelons que les entreprises publiques de transports ont reçues à elle seules un soutien de 700 millions de francs. Les besoins pour les transporteurs genevois visés par cette loi s'élèvent à tous le moins à 10 millions de francs</p>
Erreur ! Source du renvoi in-trouvable.	
Erreur ! Source du renvoi in-trouvable.	

Questions additionnelles aux cantons destinées à l'estimation des besoins de financement

- Votre canton prévoit-il de prendre des mesures pour les cas de rigueur? Oui, le canton de Genève prévoit des mesures pour les cas de rigueur.
- Si oui, sous quelle forme (prêts, cautionnements, garanties ou contributions non remboursables)? Les contributions non remboursables sont privilégiées dans la mesure où le taux d'endettement des sociétés en difficulté atteint ses limites.
- Première estimation en vue de la détermination des besoins financiers *globaux* dans votre canton (contributions à fonds perdu et *pertes* sur prêts, cautionnements et garanties que la Confédération devrait financer pour moitié) En tenant compte de l'aggravation de la situation, une estimation d'un besoin de financement global de 160 millions de francs peut être faite.

Section 6 Perte de capital et surendettement
Section 7 Dispositions finales

Thème	Remarque / suggestion



Antwortformular: Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Basel Tourismus

Abkürzung der Firma / Organisation : BT

Adresse : Aeschenvorstadt 36, 4010 Basel

Kontaktperson : Daniel Egloff, Direktor

Telefon : 079 7780918

E-Mail : daniel.egloff@basel.com

Datum : 13. November 2020

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Tabellenzeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word-Dokument bis am 13. November 2020** an folgende E-Mail Adressen: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme!

Allgemeine Bemerkungen

1. Aktuelle Situation in der Beherbergung

Die Situation in der Beherbergungsbranche ist bekanntermassen alarmierend. Dies zeigen sowohl brancheneigene Umfragen wie auch Prognosen namhafter Institute wie der Konjunkturforschungsstelle der ETH. Mit einer langsamen Erholung kann erst im Verlaufe des nächsten Jahres, mit einer Normalisierung erst 2022 oder gar 2023 gerechnet werden. Erschwerend kommen die Verschärfungen von Schutzmassnahmen seitens des Bundes und der Kantone hinzu, die eine Einschränkung von Geschäftstätigkeiten zur Folge haben. In den Städten ist die Lage seit Monaten prekär. Bewahrheiten sich die düsteren Prognosen und fällt die Wintersaison klar unterdurchschnittlich aus, so droht der Beherbergungswirtschaft als Rückgrat des Tourismussektors flächendeckend eine Konkurs- und Kündigungswelle. Konkurse und Betriebsschliessungen haben schon jetzt eingesetzt, viele weitere werden folgen.

Schon als Folge der ersten Pandemiephase wurde die langfristige Investitions- und Wettbewerbsfähigkeit unmittelbar beeinträchtigt. Trotz Gegenmassnahmen mittels Verschiebung geplanter Investitionen (bei zwei Dritteln der Betriebe) und Personalkürzungen (Kündigungen bei einem Drittel der Unternehmen) gaben bei unserer letzten Umfrage Anfang Oktober 6 Prozent der Befragten an, dass ihre Konkurswahrscheinlichkeit bei 60 Prozent und mehr liege, in der Stadthotellerie lag dieser Anteil sogar bei 12 Prozent der Betriebe.

Im Falle einer langanhaltenden Krise stehen die Tourismustradition der Schweiz und viel Know-how unmittelbar auf dem Spiel. Darüber hinaus werden infolge der engen wirtschaftlichen Verflechtung auch Zulieferbetriebe oder der Detailhandel und die Landwirtschaft in Mitleidenschaft gezogen. Die Folgen sind massive Wertschöpfungsverluste und drohende Massenarbeitslosigkeit, speziell in den Tourismusregionen.

2. Grundsätzliche Forderungen

Vor dem Hintergrund dieser alarmierenden Situation sollte die Unterstützung wirtschaftlicher Härtefälle durch Bund und Kantone äusserst rasch und schweizweit nach einheitlichem Kriterienraster gewährleistet werden. Dafür sind nach internen Berechnungen von HotellerieSuisse allein für die Beherbergungsbranche insgesamt 500 Millionen Franken in Form von A-fond-perdu-Beiträgen notwendig, um die schweren Verluste aufzufangen. Verlorene Umsätze im Tourismus und speziell in der Hotellerie können nicht «gelagert» und damit nicht aufgeholt werden. Die vorgeschlagenen je 200 Millionen Franken von Bund und Kantonen für alle betroffenen Branchen reichen dafür bei weitem nicht aus.

3. Ergänzender Bundesbeschluss zu Art. 12 Covid-Gesetz

Zur Deckung von Verlusten, die Betriebe 2020 unverschuldet durch die Corona-Krise erlitten haben, sind für die Beherbergungsbranche 500 Millionen Franken nötig. Ein ergänzender Bundesbeschluss zu Artikel 12 des Covid-Gesetzes sollte diesem Umstand Rechnung tragen und dem Parlament im dringlichen Verfahren vorgelegt werden. Zur Sicherstellung einer schnellen und schweizweit einheitlichen Abwicklung der Härtefallhilfen ist der Verteilschlüssel anzupassen. Der Bund muss vorgängig die Kosten zu 100 Prozent übernehmen, da die Kantone nicht in zeitnäher Frist flächendeckend über die nötigen Mittel verfügen. Zudem ist der Bundesanteil im Gesetz auf 80 Prozent zu erhöhen. Ohne neuen Finanzierungsschlüssel droht die Härtefallregelung zu scheitern, weil viele Kantone bei einer fünfzigprozentigen Leistungsbeteiligung überfordert wären. Notleidende Betriebe dürfen nicht darunter leiden.

4. Herleitung des Finanzmittelbedarfs von 500 Mio. Franken

Der durchschnittliche Umsatz eines Hotels beträgt rund 3 Mio. Franken. Damit ein Betrieb, der vor der Krise «gesund» war, die Krise überstehen kann, ist er – bei einem namhaften Ausfall der Umsätze (>40 %) – auf eine Unterstützung zur Abdeckung der Fixkosten angewiesen. Die Fixkosten lassen

sich dabei wie folgt beziffern (Werte gem. der Hotel-Benchmark-Broschüre bzw. Betriebsstatistik sowie Erfahrungswerten):

- Die Energiekosten betragen im Schnitt 2,8 %
- Die Mietkosten betragen in der Beherbergung (reiner Garnibetrieb) 20 bis 25 %; bei reinen Gastronomiebetrieben 10 bis 14 %. Bei einem Mischbetrieb mit rund 50 % Beherbergung und 50 % Gastronomie resultiert ein Wert von 17,25 % (22,5 % + 12 % geteilt durch zwei).
- Die Lohnkosten liegen im Schnitt bei 42,9 % des Umsatzes. Zu berücksichtigen dabei sind Restkosten (Sozialleistungen, Ferien- und Feiertage sowie 13. Monatslohn) von rund 20 % der normalen Lohnkosten, die trotz KAE beim Arbeitgeber anfallen. Bei KAE-Bezug verbleiben deshalb gleichwohl zusätzliche 8,58 % (20 % von 42,9 %), für die der Betrieb aufkommen muss.

Gesamthaft resultieren Fixkosten (lediglich aufgrund von Energie, Miete und Löhnen) von 28,6 Prozent des Umsatzes. Je nachdem ob der Betrieb geöffnet hat oder nicht, fallen potenziell nicht alle Bereiche gleich hoch aus (Personal, Energie), dafür kommen kostenmässig weitere Bereiche dazu (wie Unterhalt, Serviceverträge IT/EDV, Website, Maschinen usw.). Selbst wenn aufgrund von Entgegenkommen im Bereich der Mieten und/oder Lieferanten zusätzlich ein Teil der Fixkosten gedeckt werden kann, ist realistischerweise mit einem Fixkostenanteil von durchschnittlich 17,5 Prozent des Umsatzes zu rechnen, der über eine Härtefallunterstützung gedeckt werden müsste.

Bei einem Branchenschnitt von 3 Mio. Franken Umsatz pro Jahr und einem Fixkostenanteil in der Höhe von 17,5 Prozent resultiert ein Mittelbedarf pro Betrieb von rund 525'000 Franken zur Abgeltung dieser Kosten, wenn – gemäss Härtefallregelung – der Umsatzverlust 2020 mehr als 40 Prozent beträgt. Derzeit gehen wir davon aus, dass von den 4626 Beherbergungsbetrieben rund 20 Prozent, also knapp 1000 Betriebe, aufgrund der Covid-Krise einen Umsatzverlust von über 40 Prozent erleiden werden.

Aus diesen Gründen ist eine Härtefallhilfe für die Hotellerie im Umfang von 500 Mio. Franken nötig. Diese Unterstützung bezieht sich auf das Geschäftsjahr 2020 und soll darin erlittene Verluste abdecken. Volkswirtschaftlich entspricht dieser Betrag einer Investition in die Zukunft, in systemrelevante Strukturen und in die Lebensgrundlage vieler ländlicher Regionen. Der Bundesrat selbst hat in der ersten Pandemiephase wohlweislich darauf verzichtet, Hotelbetriebe behördlich zu schliessen. Diese Unternehmen erfüllen sowohl in Normal- als auch in Krisenlagen wichtige Funktionen für die Wirtschaft generell, die Schweiz als Messe- und Veranstaltungsort, den Tourismusstandort, Geschäftsreisende und indirekt die Landesversorgung. Deshalb ist die Branche als systemrelevant einzustufen. Durch ihre systembedingte Personalintensität ist die Hotellerie auch Arbeitgeberin für Tausende von Angestellten. Ein Hotelunternehmen trägt zudem viel Substanz in sich, weshalb Konkurse eine sehr gewichtige Dimension haben.

Vielen Dank für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

1. Abschnitt: Grundsatz

Thema	Bemerkung/Anregung
	Keine Bemerkungen.

2. Abschnitt: Anforderungen an die Unternehmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 4 Abs. 1	Diese Bestimmung legt fest, welche spezifischen Hilfen unter das Doppelsubventionierungsverbot fallen. Gemäss erläuterndem Bericht sind Corona-Erwerbsersatz,

Bst. c <u>Präzisierung</u>	Kurzarbeitsentschädigungen, Covid-19-Solidarbürgschaftskredite und solche für Start-ups davon ausgenommen. Zu präzisieren ist, dass auch Unterstützungen der Schweizerischen Gesellschaft für Hotelkredit <u>nicht</u> unter das Doppelsubventionierungsverbot fallen.
Art. 4 Abs. 2 Bst. a <u>Anpassen</u>	<p>Dieser Artikel sieht vor, dass profitable und überlebensfähige Unternehmen seit dem 1. Januar 2019 und bis und mit Einreichung des Gesuchs nicht überschuldet sein sollen. Damit würde das Geschäftsjahr 2020 vollumfänglich oder zu einem grossen Teil mitberücksichtigt werden. Eine solche Bestimmung ist mit Blick auf Sinn und Zweck, die Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Covid-19-Pandemie, problematisch.</p> <p>Für die meisten Unternehmen, die im Jahr 2020 Umsatzeinbussen von 40 Prozent oder mehr erlitten, kommt es der Quadratur des Kreises gleich, sich Ende 2020 nicht in einer Überschuldungssituation zu befinden. Der Bund würde mit der vorliegenden Bestimmung einen Grossteil der am stärksten von der Krise betroffenen Betriebe im Rahmen einer Härtefalllösung nicht unterstützen. Damit würde gerade den Betrieben, die auf eine solche Unterstützung dringend angewiesen sind, der Zugang erschwert.</p> <p>Die Überschuldung im Jahr 2020 hängt nicht davon ab, wie profitabel oder überlebensfähig ein Unternehmen ist, sondern wie stark die Covid-19-Massnahmen dessen Geschäftstätigkeit eingeschränkt hat.</p> <p>Weiter hatten die meisten Unternehmen gar nicht die Möglichkeit – unabhängig davon, wie rentabel sie zu üblichen Geschäftsjahren wirtschaften – ihre Verluste aus der «ersten Welle» im Frühling 2020 aufzufangen. Spätestens seit dem Herbst 2020 sind wieder weitergehende Massnahmen von Bund und Kantonen in Kraft, die ein profitables Wirtschaften stark einschränken oder verunmöglichen.</p> <p>Das Geschäftsjahr 2020 wurde für Härtefälle massgeblich von den finanziellen Auswirkungen der behördlichen Covid-19-Massnahmen geprägt. Daher ist das Jahr 2020 kein Referenzwert dafür, ob ein Unternehmen profitabel und überlebensfähig ist (sofern das Unternehmen vor 2020 gegründet wurde). Daher ist dieser Artikel wie folgt anzupassen:</p> <p><u>«[zum Zeitpunkt der Einreichung des Gesuchs nicht überschuldet sind und] zwischen dem 1. Januar 2019 und [der Einreichung des Gesuchs] [dem 31. Dezember 2019] nicht überschuldet waren;» [Streichen und ergänzen]</u></p>
Art. 4 Abs. 2 Bst. d <u>Anpassee</u>	<p>Als weitere Bedingung muss ein profitables und überlebensfähiges Unternehmen über eine mittelfristige Finanzplanung verfügen. Gemäss erläuterndem Bericht umfasst dies mindestens das laufende und das darauffolgende Jahr. Angesichts der unsicheren Gesamtlage und Entwicklung der Covid-19-Pandemie sowie wirtschaftlich einschneidenden Massnahmen zu deren Eindämmung ist eine solche Zeitspanne weder angemessen, noch lässt sie eine Finanzplanung zu, die sich auf bis zu zwei Jahre erstrecken soll.</p> <p>Weiter soll das Unternehmen für diese Zeitspanne gemäss erläuterndem Bericht aufzeigen, dass seine Finanzierung mit der Härtefallmassnahme ohne weitere staatliche Hilfen gesichert werden kann. Wir fordern, dass nebst Corona-Erwerbsersatz, Kurzarbeitsentschädigungen, Covid-19-Krediten und Bürgschaftskrediten für Startups auch jene der SGH von solchen staatlichen Hilfen ausgenommen sind.</p> <p>Die Bestimmung ist wie folgt anzupassen:</p> <p><u>«über eine mittelfristige Finanzplanung verfügen, die glaubhaft aufzeigt, dass die Finanzierung des Unternehmens mit der Härtefallmassnahme für die Dauer der Finanzplanung gesichert werden kann» [Streichen]</u></p>

<p>Art. 4 Abs. 3 Bst. b <u>Streichen</u></p>	<p>Diese Bestimmung legt fest, dass ein Covid-19-Kontokorrentkredit vollständig ausgeschöpft sein muss, um zumutbare Selbsthilfemaßnahmen ergriffen zu haben. Eine solche Regelung drängt Unternehmen dazu, diese Kredite auszuschöpfen, wenn sie zusätzlich finanzielle Unterstützung in Form der Härtefallregelung beantragen müssen. In der Folge erhöht sich das Konkursrisiko für all jene Unternehmen, deren Gesuch abgelehnt wird.</p> <p>Weiter legt der Bericht fest, dass Covid-19-Solidarbürgschaftskredite nicht unter das Doppelsubventionierungsverbot fallen. Dies steht im Widerspruch dazu, dass solche Kredite erst ausgeschöpft werden müssen, um zumutbare Selbsthilfemaßnahmen ergriffen zu haben. Auch aus dieser Logik heraus ist diese Bestimmung aus der Verordnung zu streichen.</p>
<p>Art. 5 Abs. 1 <u>Anpassen</u></p>	<p>Bei Gesuchseinreichung ist der Jahresumsatz 2020 allenfalls noch nicht bekannt. Deshalb ist Art. 5 Abs. 1 wie folgt zu ergänzen:</p> <p>«Die Unternehmen haben gegenüber dem Kanton belegt, dass ihr Jahresumsatz 2020 [oder ihr Jahresumsatz bis zur Einreichung des Gesuchs] in der Folge von behördlich angeordneten Massnahmen zur Bekämpfung der Covid- 19-Epidemie mehr als 40 Prozent unter dem durchschnittlichen Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 liegt.» [Ergänzen]</p>
<p>Art. 5 Abs. 2 <u>Anpassen</u></p>	<p>Gemäss diesem Artikel sind Entschädigungen für Kurzarbeit und Covid-Erwerbsersatz zum Umsatz 2020 hinzuzuzählen. Aus dem erläuternden Bericht geht hervor, dass dies bei Inkrafttreten des Geschäftsmietegesetzes weiter für verordnete oder freiwillige Mieter lasse der Fall sein würde.</p> <p>Eine solche Bestimmung stellt eine sachfremde respektive nicht gerechtfertigte Verknüpfung unterschiedlicher finanzieller Instrumente zur Abfederung der Covid-19-Krise dar.</p> <p>Im buchhalterischen Sinne definiert sich der Umsatz über den Wert von erbrachten Leistungen und abgesetzten Waren; bei der Kurzarbeitsentschädigung dem Corona-Erwerbsersatz verringern sich die Aufwendungen eines Unternehmens. Schliesslich dienen diese beiden arbeitsmarktlichen Instrumente in erster Linie dazu, Arbeitsplätze zu sichern und Unternehmen vor unverschuldeten Liquiditätsengpässen und Konkursen zu bewahren. Es geht nicht darum, die Gewinne oder die Erfolgsrechnung solcher Unternehmen zu verbessern. Deswegen sind sie oder andere erlassene Aufwendungen nicht zum Umsatz hinzuzuzählen.</p> <p>Weiter würde der Einbezug von erlassenen Aufwendungen im Umsatz (z.B. Kurzarbeitsentschädigungen) einen administrativen Mehraufwand für die Kantone und Unternehmen verursachen. Dies dürfte weder im Sinne dieser noch des Bundes sein. Letztlich stellt der Bund Massnahmen vor, wie administrative Kosten für die Kantone tief zu halten sind (z.B. Bericht Seite 7).</p> <p>Zudem steht die Bestimmung im Widerspruch zu Art. 12 Abs. 2 Covid-19-Gesetz, wonach die Kurzarbeitsentschädigungen, der Corona-Erwerbsersatz sowie die Covid-19-Kredite explizit nicht als staatliche Finanzhilfen gelten. Weiter sieht beispielsweise auch die Covid-19-Erwerbsausfallverordnung vor, dass Härtefallmaßnahmen nicht subsidiär zur Corona-Erwerbsausfallentschädigung gelten.</p> <p>Aus obengenannten Gründen ist der Artikel wie folgt zu kürzen:</p> <p>«Der Umsatz 2020 berechnet sich aus dem Wert der verkauften Waren und der erbrachten Dienstleistungen [zuzüglich der für die Periode 2020 erhaltenen Entschädigungen für Kurzarbeit und Covid-Erwerbsersatz].» [Streichen]</p>
<p>Art. 5 Abs. 4</p>	<p>Unternehmen, deren Jahresumsatz zwischen 30% und 40% unter dem durchschnittlichen Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 liegt, sollen ebenfalls Härtefallmass-</p>

(neu) <u>Ergänzen</u>	<p>nahmen beantragen können. Tun sie dies, werden sie in reduziertem Mass unterstützt. HotellerieSuisse Basel und Region spricht sich für eine Abstufung aus, um eine hohe Schwelle zwischen den nicht anspruchsberechtigten Unternehmen und den Härtefällen zu vermeiden.</p> <p>«Unternehmen, deren Jahresumsatz zwischen 30 % und 40 % unter dem durchschnittlichen Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 liegt, können ebenfalls als Härtefälle gelten.»</p>
---------------------------------	---

3. Abschnitt: Anforderungen an die Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen

Thema	Bemerkung/Anregung
<u>Art. 7 Abs. 3</u>	<p>Zu begrüssen ist, dass die Kantone verschiedene Formen von Härtefallhilfen gewähren können. Mit Blick auf die tiefen respektive unterschiedlichen Höchstgrenzen (Art. 8 Abs. 1 und 2) soll es den Unternehmen möglich sein, mehr als eine finanzielle Hilfe gleichzeitig beanspruchen zu können (z.B. Darlehen und nicht rückzahlbare Beiträge).</p> <p>Der zusätzliche Koordinations- und Kontrollaufwand dürfte gering sein. Wenn ein Unternehmen bereits von einer Härtefallmassnahme Gebrauch macht und daraufhin eine zweite Unterstützungshilfe in Form eines Härtefalls beantragt, dürfte der Aufwand geringer sein als beim Erstantrag.</p> <p>Daher ist es angezeigt, den <u>Art. 7 Abs. 3 zu streichen.</u></p>
Art. 8 Abs. 2 <u>Anpassen</u>	<p>Nicht rückzahlbare Beiträge werden gemäss Verordnungsentwurf auf 10 Prozent des Jahresumsatzes 2019 (respektive 500'000 Franken) limitiert. Damit müssten betroffene Unternehmen mindestens Dreiviertel ihrer Umsatzeinbussen von 2020 (im Vgl. zu 2019) selber tragen.</p> <p>Die Umsatzeinbussen (von 40 bis 100 Prozent) können je nach Betroffenheit der jeweiligen Branche sehr unterschiedlich sein. Dies bestimmt massgeblich, wie hoch der Bedarf an Unterstützungsmassnahmen ist. Zudem hängen der Bedarf und die Höhe einer Härtefallhilfe vom weiteren Verlauf der Covid-19-Pandemie respektive einschränkenden Massnahmen zu deren Eindämmung ab. Die genannte Höchstgrenze schränkt die Wirksamkeit der Härtefallmassnahmen ein. Die absolute Höchstgrenze von 500'000 Franken genügt.</p> <p>Letztlich obliegt es den Kantonen, die Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen den unterschiedlichen kantonalen Gegebenheiten anzupassen. Dies bedingt eine flexible und nicht zu starre Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen.</p> <p>Daher ist der Abschnitt wie folgt zu kürzen:</p> <p>«Die nicht rückzahlbaren Beiträge belaufen sich auf höchstens 10 Prozent des Jahresumsatzes 2019 und höchstens auf 500 000 Franken pro Unternehmen. <u>[Im Falle besonderer Härte können diese absoluten Beiträge erhöht werden.]</u> Die Beiträge können gestaffelt beschlossen und ausgerichtet werden.» [Streichen und <u>ergänzen</u>]</p>
Art. 8 Abs. 4 (neu) <u>Ergänzen</u>	<p>Ohne die folgende Ergänzung würde ein Unternehmen mit Umsatzeinbussen von 39.9% nicht von den Härtefallmassnahmen profitieren, während ein Unternehmen mit Umsatzeinbussen von 40% in vollem Umfang unterstützt werden kann. Wir sprechen uns für eine Abstufung aus. Unternehmen, deren Jahresumsatz zwischen 30% und 40% unter dem durchschnittlichen Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 liegt, sollen ebenfalls Härtefallmassnahmen beantragen können.</p> <p>«Die Höchstgrenzen für Unternehmen, deren Jahresumsatz 30% unter dem durchschnittlichen Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 liegt, betragen 20% der ordentli-</p>

	<p style="color: red;">chen Höchstgrenze. Diese Höchstgrenze steigt linear mit dem Umsatzverlust bis zu einem Umsatzverlust von 40%.»</p>
--	---

4. Abschnitt: Verfahren und Zuständigkeiten

Thema	Bemerkung/Anregung
	Keine Bemerkungen

5. Abschnitt: Beiträge des Bundes und Berichterstattung der Kantone

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 14 <u>Anpassen</u>	<p>Dieser Artikel sieht eine Beteiligung des Bundes von höchstens 200 Millionen Franken an kantonalen Härtefallmassnahmen vor. Angesichts des Ausmaßes der Covid-19-Krise auf die Wirtschaft dürfte dieser Betrag beim weitem nicht ausreichen. Der Umfang an tatsächlich benötigten finanziellen Mitteln des Bundes ist derzeit nicht quantifizierbar und hängt vom Bedarf der Kantone und des weiteren Verlaufs der Covid-19-Pandemie respektive von behördlichen Massnahmen ab.</p> <p style="color: red;"><u>«Bund und Kantone beteiligen sich im Rahmen der bewilligten Kredite im Umfang von 1.8 Milliarden Franken an den Härtefallmassnahmen. Der Bundesanteil beträgt dabei mindestens 900 Millionen Franken, beteiligt sich im Rahmen der bewilligten Kredite im Umfang von insgesamt höchstens 200 Millionen Franken an kantonalen Härtefallmassnahmen.» [Streichen und <u>anpassen</u>]</u></p>
Art. 15 <u>Anpassen</u>	<p>Mit der vorliegenden Bestimmung würden wirtschaftsstarken und bevölkerungsreichen Kantone (nach dem kantonalen BIP und Wohnbevölkerung) mehr erhalten als andere. Wir sprechen uns dafür aus, dass die volkswirtschaftliche Relevanz der besonders stark betroffenen Branchen für den Kanton und die prognostizierten Umsatzeinbussen in diesen Branchen bei der Verteilung der Bundesgelder mitberücksichtigt werden.</p>
Abs. 2 <u>Anpassen</u>	<p>Damit die Kantone frei in der Definition und Ausgestaltung von Härtefallmassnahmen sind, und diese den örtlichen Gegebenheiten genügend Rechnung tragen, bedarf es einer flexiblen respektive höheren Kostenbeteiligung des Bundes. Gemäss erläuterndem Bericht beteiligt sich der Bund jedoch zur Hälfte an den Auszahlungen. Der Anteil des Bundes an A-fond-perdu-Beiträgen soll mindestens 50 Prozent betragen.</p>

6. Abschnitt: Kapitalverlust und Überschuldung und 7. Abschnitt: Schlussbestimmungen

Thema	Bemerkung/Anregung
.Art. 20 <u>Präzisierung</u>	<p>Gemäss erläuterndem Bericht werden Forderungen aus Covid-19-Solidarbürgschaftskrediten und -Härtefallkredite nicht zum Fremdkapital gezählt. Wir sprechen uns dafür aus, dass gewährte Kredite der SGH, die im Jahr 2020 gewährt wurden, auch nicht zum Fremdkapital gezählt werden.</p>

Weitere Forderungen bei andauernder Krisenlage

Die Zuspitzung der epidemiologischen Lage hat zu verstärkter Unsicherheit und einem Ausbau der Schutzmassnahmen geführt. Dadurch werden touristische Betriebe wirtschaftlich eingeschränkt und Tourismusangebote stark erschwert, sodass dieser Sektor mitunter die Hauptlast der wirtschaftlichen

Kosten zur Bekämpfung der Pandemie tragen muss. Nicht zu unterschätzen ist auch der psychologische Effekt bei den Gästen: Obwohl funktionierende Schutzkonzepte in bewährter Form bestehen, dämpfen Appelle von Politik und Behörden sowie Schutzmassnahmen die Nachfrage massiv. Weitere Einschränkungen im Tourismusbereich, wie etwa bei Freizeitangeboten oder Restaurants, lösen in der Summe eine schwere Störung der touristischen Wertschöpfungskette aus. Dieses Szenario ist aus wirtschaftlicher Sicht für die Hotellerie sehr bedrohlich.

HotellerieSuisse Basel und Region fordert deshalb, dass Hilfsmittel zur wirtschaftlichen Unterstützung und Stabilisierung im Gleichschritt mit den Schutzmassnahmen ausgebaut werden.

Wiedereinführung der Überbrückungskredite gemäss Covid-19-Solidarbürgschaftsverordnung

Bei der ersten Welle im Frühjahr hat der Bundesrat sehr rasch ein unkompliziertes Notkredit-System eingeführt. Viele Unternehmungen haben die Liquiditätssicherung beantragt mussten sie aber nicht beziehen. Die zweiten Wellen trifft nun die Hotellerie mit noch grösserer Wucht und die Liquiditätsproblematik trifft nun viele zusätzliche Betriebe. Deshalb sollte eine Reaktivierung des Covid-Kreditsystem möglichst rasche erfolgen und ausgebaut werden.

Verzugszinsen, Zahlungsaufschübe und Überschuldungsanzeigen

Analog der entsprechenden Notverordnungen sollten jene Massnahmen wieder eingeführt oder verlängert werden, die den Unternehmen finanzielle Luft verschaffen. Bis Ende 2021 sind daher die Verzugszinsen auszusetzen und Zahlungsaufschübe bei Bundessteuern zu gewähren. Zudem sollten auch die Regelungen bezüglich Überschuldungsanzeigen im Sinne der Motion 20.3418 und analog der Covid-19-Verordnung Insolvenzrecht angepasst werden. Ebenso sollten Covid-Plus-Kredite während der gesamten Laufzeit zu 85 Prozent nicht als Fremdkapital eingestuft werden, wie es die Motion 20.3813 verlangt. Diese Massnahmen tangieren den Bundeshaushalt in mittlerer Frist nicht negativ.

Touristisches Notprogramm

Bei einer noch länger anhaltenden Krise, im Falle von regionalen Lockdowns, bei Schliessungen von Teilbranchen des Tourismus sowie bei Grenzschiessungen stehen Bund und Kantone in der Pflicht, rasch ein touristisches Notprogramm im Umfang von zusätzlich mindestens 500 Millionen Franken aufzusetzen. Dieses müsste insbesondere direkte, nicht rückzahlbare Fixkostenzuschüsse für Betriebe umfassen, wenn eine zu definierende Verlustschwelle überschritten wird. In Anlehnung an die Härtetest-Regelung im Covid-Gesetz können als Richtwerte Einbussen von 40 Prozent zum Anspruch am Notprogramm berechtigen.

In den Städten ist die Situation ungeachtet der dramatischen Zuspitzung der Lage seit Monaten prekär und hat sich seit Ausbruch der zweiten Welle nochmals massiv verschlechtert. Die zaghafte Erhöhung der Auslastung auf sehr tiefem Niveau hatte Hoffnung geweckt, welche nun abrupt zerstört wurde. Der weitgehende Einbruch des Geschäfts-, Veranstaltungs- und Messestourismus sowie der Wegfall internationaler Gäste führt zu langanhaltender Unterauslastung und tiefroten Zahlen bei den Stadthotels. Je nach Dauer dieser Situation werden zahlreiche Unternehmen entweder kurz- oder mittelfristig untergehen. Damit stehen das touristische Erbe und die Tourismustradition der Schweiz unmittelbar auf dem Spiel. Bereits während der ersten Welle führten finanzielle Engpässe außerdem zu einem gefährlichen Investitionsstau, der sich nun mit der zweiten Welle zu verschärfen droht.



Sprecher der Berufsverbände der Schausteller- und Markthändlerverbände,
Oskar Herzig, Landauerhofweg 4, CH - 4058 Basel
E-Mail: herzig-jonasch@bluewin.ch | Mobile +41 79 320 66 23

Schweizerischer Marktverband SMV
Schaustellerverband Schweiz SVS
Société Romande des Commerçants Itinérants SRCI
Verein Schweizerischer Zirkusse VSZ
Conny – Land Freizeitpark:

Präsident Jürg Diriwächter
Präsident Peter Howald
Präsident Adrian Bürgi
Präsident Roland Stahel
Roby Gasser

Basel, 6. November 2020

Corona Antwort zur Vernehmlassung Covid – 19

Begründung der Forderung zu

3. Abschnitt: Anforderungen an die Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen

Art. 8/2

Die nicht rückzahlbaren Beiträge belaufen sich auf höchstens auf **- 33 Prozent und nicht auf 10% wie in der vorliegenden Verordnung** - des Jahresumsatzes 2019 und **höchstens auf 500 000 Franken pro Unternehmen** ist zu streichen. Die Beiträge können gestaffelt beschlossen und ausgerichtet werden.

Sehr geehrter Herr Bundesrat Ueli Maurer
Sehr geehrter Herr Präsident VDK Christoph Brutschin
Sehr geehrte Damen und Herren

Vielen Dank für die Einladung zur Vernehmlassung zur Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie.

Unsere Branche ist in einer dramatischen Situation. Viele konnten noch nicht einen Tag in diesem Jahr arbeiten. Es geht um unsere Existenz. Vertreten wir doch die Volkskultur unseres Landes in dem wir die Leistungserbringer sind für die Traditionen und die Identität unseres Landes.

Wir sind dankbar, dass man unsere Branche als Härtefall erkannt hat! Wir sind in einer schwierigen Zeit und wir alle sind gefordert unseren Beitrag zu leisten.

Für alle Mitglieder aus dem Schausteller- und Marktgewerbe ist auf Grund des Arbeitsverbots die finanzielle Unterstützung des Bundes von existenzieller Bedeutung und dringend nötig um zu Überleben.



Aus unseren beigelegten Betriebszahlen und Erfolgsrechnungen, die auf realen Betrieben unserer Branchen basieren, sehen Sie, dass die Fixkosten und Unterhaltskosten bis zu 70% des Jahresumsatzes ausmachen. Dabei muss man auch berücksichtigen das die von uns vertretenen Betriebe immer in finanzielle Vorleistung gehen müssen um einen Arbeitsplatz zu erhalten.

Damit unsere Branche eine Perspektive für die Zukunft hat, muss der Höchstbetrag für nicht rückzahlbare Beiträge auf 33% des Jahresumsatzes 2019 festgelegt werden und auf höchstens 500 000 Franken pro Unternehmen ist zu streichen.

Für Fragen stehen wir jederzeit gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Oskar Herzog



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Eidgenössische Finanzverwaltung EFV

Antwortformular: Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Berufsverbände der Schausteller- und Marktverbände, Zirkus, Freizeitparks

Abkürzung der Firma / Organisation : SVS, SMV, SRCI, VSZ

Adresse : Landauerhofweg 4
4058 Basel

O
Kontaktperson : Oskar Herzig

Telefon : +41 79 320 66 23

E-Mail : herzig-jonasch@bluewin.ch

Datum : 6. November 2020

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Tabelleenzeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word-Dokument** bis am **13. November 2020** an folgende E-Mail Adressen: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme!

Allgemeine Bemerkungen

In unseren Branchen werden die Betriebskosten (Fixkosten) bei weitem nicht gedeckt. Um zu Überleben brauchen wir dringend diese à-fonds-perdu- Beiträge. Es gibt betroffene Firmen die konnten nicht an einem Tag arbeiten auf Grund des Berufsverbots.

Im Anhang sind die detaillierten Begründungen und Beispiele von Betriebszahlen und Erfolgsrechnungen.

1. Abschnitt: Grundsatz

Thema	Bemerkung/Anregung

2. Abschnitt: Anforderungen an die Unternehmen

Thema	Bemerkung/Anregung

3. Abschnitt: Anforderungen an die Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 8 / 2 Höchstgrenzen	Antrag Die nicht rückzahlbaren Beiträge belaufen sich auf höchstens auf 33 Prozent des Jahresumsatzes 2019 und höchstens auf 500 000 Franken pro Unternehmen ist zu streichen. Die Beiträge können gestaffelt beschlossen und ausgerichtet werden. Begründung siehe Anhang

4. Abschnitt: Verfahren und Zuständigkeiten

Thema	Bemerkung/Anregung
Missbrauchsbekämpfung	[Bemerkungen/Anregungen zur Ausgestaltung und konkreten Umsetzung der Missbrauchsbekämpfung]

5. Abschnitt: Beiträge des Bundes und Berichterstattung der Kantone

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 14	<p>Wir befinden uns in einer Notlage. Deshalb ist eine offene Formulierung angezeigt.</p> <p>Der Betrag von CHF 200 Mio. ist zu wenig.</p> <p>Antrag</p> <p>Der Betrag ist auf mindestens CHF 1 Mia. Zu erhöhen.</p>

Zusatzfragen an die Kantone zur Abschätzung des Finanzierungsbedarfs

- Plant Ihr Kanton, kantonale Härtefallmassnahmen zu ergreifen?
- Wenn ja, in welcher Form? (Darlehen, Bürgschaften, Garantien und/oder rückzahlbare Beiträge)
- Erste Schätzung zum *gesamten* Mittelbedarf in Ihrem Kanton (à fond perdu-Beiträge und Verluste aus Darlehen, Bürgschaften und Garantien, wovon der Bund die Hälfte tragen müsste)

6. Abschnitt: Kapitalverlust und Überschuldung und 7. Abschnitt: Schlussbestimmungen

Thema	Bemerkung/Anregung



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Eidgenössische Finanzverwaltung EFV

Antwortformular: Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Bündner Gewerbeverband

Abkürzung der Firma / Organisation : BGV

Adresse : Hinter Bach 40

Kontaktperson : Maurus Blumenthal

Telefon : 081 257 03 23

E-Mail : blumenthal@kgv-gr.ch

Datum : 12.11.2020

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Tabellenzeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word-Dokument** bis am **13. November 2020** an folgende E-Mail Adressen: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme!

Allgemeine Bemerkungen

Der Bund soll den Kantonen in der Umsetzung der Härtefall-Massnahmen möglichst viel Handlungsspielräume einräumen. Die Regelungen sind möglichst einfach auszugestalten, damit der administrative Aufwand für die Kantone im Vollzug überschaubar bleibt.

Weiter ist die Gleichbehandlung der gemäss der Verordnung betroffenen Betriebe, unabhängig der Branche und des Kalenderjahres zu gewährleisten. Daher ist zu prüfen, ob Härtefälle aus dem Jahr 2021 bereits mit der vorliegenden Verordnung zu regeln sind.

1. Abschnitt: Grundsatz

Art. 1, Abs. 2, lit. a	<p>Die Limite von 10% ist gerade in der Eventbranche und touristischen Betrieben sehr tief und schliesst eine Vielzahl von Betrieben aus. Besonders Gemeinden beteiligen sich oft nicht nur am Betrieb (z.B. mit Leistungsaufträgen), sondern auch am Kapital von touristischen Betrieben (z.B. Kongresszentren, Bergbahnen, etc.).</p> <p><u>Antrag:</u> Erhöhung der maximal zugelassenen Beteiligung auf 25%. Formulierung «in der Regel», damit die Kantone Ausnahmen zulassen können.</p>
------------------------	--

2. Abschnitt: Anforderungen an die Unternehmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 3 Abs. 1 lit. b Umsatz	<p>Während bei Art. 5 Abs. 1 nur der durchschnittliche Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 als Bezugsgrösse dient, bezieht man sich hier auf das Jahr 2019.</p> <p><u>Antrag:</u> Vereinheitlichung, Umsatz-Durchschnitt von 2018 und 2019 wählen, um Ausreisser nach oben und unten auszugleichen.</p>
Art. 3 Abs. 2 UID	<p>Die Unternehmens-Identifikationsnummer soll nicht als Anforderung an die Unternehmen gelten. Sie ist ja keine Pflicht – entsprechend kann so ein formelles Kriterium keine Vorgabe sein. Unternehmen ohne UID sollen nicht von vornherein von den Anspruchsberechtigen ausgeschlossen werden.</p> <p><u>Antrag:</u> Absatz streichen.</p>
Art. 4 Abs. 2 lit. a	<p>Die Anforderung, dass keine Überschuldung im ganzen Zeitraum vom 1. Januar 2019 bis zur Einreichung des Gesuchs vorliegen darf, ist zu strikt gefasst. Zahlreiche «echte» Härtefälle wären damit per se von Härtefallunterstützung ausgeschlossen. Deshalb ist der zweite Zeitpunkt auf Mitte 2020 oder Anfang April vorzuverlegen. Im Einzelfall kann daher trotz (vorübergehender) Verschuldung ein typischer Härtefall vorliegen, der die Ausrichtung von Finanzhilfen rechtfertigt.</p> <p><u>Antrag:</u> Anstelle von «der Einreichung des Gesuchs» sei «dem 30. Juni 2020» oder dem «31. März 2020» einzusetzen.</p>
Art. 4 Abs. 2 lit. c Vermögens- und Kapitalsituation (Steuerschulden)	<p>Allfällige Rückstände bei der Bezahlung von Steuerschulden gegenüber dem Kanton und den Gemeinden am 15. März 2020 kann nicht als Kriterium für die Überlebensfähigkeit eines Unternehmens herangezogen werden. Die Regierung hatte im März 2020 einen Zahlungsaufschub bei den Steuerschulden,</p>

	<p>den Verzicht auf Mahnungen und auf Mahngebühren beschlossen. Im Weiteren kann ein Stichtag so weit in der Vergangenheit keinen Aufschluss geben über die aktuelle Situation.</p> <p><u>Antrag:</u> Das Kriterium von Zahlungsrückständen bei Steuerschulden ist grundsätzlich zu überprüfen.</p>
Art. 4 Abs. 2 lit. d Vermögens- und Kapitalsituation (mittelfristige Finanzplanung)	<p>Die erforderliche Einreichung einer mittelfristigen Finanzplanung dürfte einige Unternehmen - insbesondere Einzelfirmen - überfordern.</p> <p><u>Antrag:</u> Begriff «mittelfristigen» streichen.</p>
Art. 4 Abs. 3 lit. b Ausschöpfung Covid-19-Kredite	<p>Die Erfahrung mit dem kantonalen Härtefallfonds hat gezeigt, dass viele Unternehmen vor dem Bezug bzw. der Ausschöpfung von Covid-19-Krediten zuckschrecken und ihre Liquidität anderweitig gesichert haben (z. B. Privatdarlehen, Eigenmittel, Zusatzbeschäftigungen). Mit der vorgeschlagenen Formulierung werden jene Unternehmen bestraft, die aus eigener Kraft Liquidität schaffen bzw. vor der Krise genügend Liquiditätsreserven aufweisen konnten. Belohnt würden damit Unternehmen, welche in der Vergangenheit keine Reserven bilden konnten.</p> <p><u>Antrag:</u> Die Voraussetzung «falls das Unternehmen über einen Covid-19-Kredit in der Form einer Kontokorrentlimite verfügt: deren vollständige Ausschöpfung» ist zu streichen.</p> <p><u>Eventualantrag:</u> Die Voraussetzung «falls das Unternehmen über einen Covid-19-Kredit in der Form einer Kontokorrentlimite verfügt: deren vollständige Ausschöpfung» ist abzuschwächen im Sinne, dass die Voraussetzung "grundsätzlich" erfüllt sein muss und die Unternehmen begründen, warum allfällige Covid-19-Kredite nichtvollständig ausgeschöpft wurden.</p>
Art. 5 Abs. 1	<p>Bei einigen Betrieben dürfte der Umsatzerückgang 2021 grösser als 2020 ausfallen. Diesem Umstand ist bereits in der vorliegenden Version der Verordnung Rechnung zu tragen. Damit kann einem "Windhunderennen" um Beiträge der öffentlichen Hand Einhalt geboten werden.</p> <p><u>Antrag:</u> Ergänzung mit «Die Unternehmen haben gegenüber dem Kanton belegt, dass ihr Jahresumsatz 2020 oder 2021 in der Folge....»</p> <p>Ob unter «in der Folge von behördlich angeordneten Massnahmen» eine mittelbare und unmittelbare Betroffenheit zu verstehen ist, ist unklar.</p> <p><u>Antrag:</u> Prüfung einer allfälligen Präzisierung.</p>
Art. 5 Abs. 2 Umsatzerückgang	<p>Die Verrechnung der Umsatzeinbusse mit den KAE- und EO-Entschädigungen des Bundes ist aus methodischer Sicht falsch. Die Bedeutung des Umsatzes ist je nach Bruttogewinnmarge sehr unterschiedlich. Die Covid-Entschädigungen sind bei der Bemessung des Verlustes anzurechnen und nicht beim Umsatz. In Ergänzung zu den Bundeshilfen sind auch Kantonale Covid-Beiträge dazuzurechnen.</p> <p><u>Antrag:</u> Teilsatz «zuzüglich der für die Periode 2020 erhaltenen Entschädigungen für Kurzarbeit und Covid-Erwerbsersatz.» streichen.</p>
Art. 6, lit. a Ziff. 2	Einschränkung der Verwendung könnten, insbesondere bei à fonds perdu-Beiträgen, künftige Investitionen oder Beteiligungen Privater verhindern, was

	<p>sich negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen auswirken würde.</p> <p><u>Antrag:</u> Dividenden-/Tantiemenverbot auf 3 Jahre begrenzen.</p>
--	--

3. Abschnitt: Anforderungen an die Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 10	<p>Insbesondere aufgrund der langfristigen konjunkturellen Auswirkungen erachten wir eine Verlängerung der Gesetzgebung von 1 auf 2 Jahre als gerechtfertigt. Damit kann einem "Windhunderennen" um Beiträge der öffentlichen Hand Einhalt geboten werden. (Vgl. Antrag Art. 5 Abs. 1)</p> <p><u>Antrag:</u> Verlängerung der Laufzeit bis Ende 2022</p>

4. Abschnitt: Verfahren und Zuständigkeiten

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 14 Gesamtbetrag	<p>Wir begrüssen eine detaillierte Auseinandersetzung mit den finanziellen Bedürfnissen. Der finanzielle Umfang der Finanzmittel des Bundes ist angesichts der Fortdauer der unsicheren Lage auch im Jahr 2021 zu prüfen und ggf. zu erhöhen. Es dürfen keine Zuteilungen des Gesamtbetrags pro Branche gemacht werden.</p>
Art. 15	<p>Mit der vorliegenden Bestimmung würden wirtschaftsstarken und bevölkerungsreichen Kantone (nach dem kantonalen BIP und Wohnbevölkerung) mehr erhalten als andere Regionen, welche allenfalls proportional mehr Härtefälle zu verzeichnen haben. Ein zweckmässiger Schlüssel im Voraus festzulegen ist nicht möglich. Daher soll ein provisorischer Schlüssel festgelegt werden, der in der Mitte der Laufzeit der Verordnung überprüft und allenfalls angepasst wird.</p> <p><u>Antrag:</u> Anpassung prüfen</p>
Art. 16 Einreichung an SECO	<p>Auf die Einreichung der kantonalen Regelungen beim Bund ist zu verzichten. Dadurch wird unnötig Zeit verloren. Der Bund kann davon ausgehen, dass die Kantone Umsetzungsregelungen erlassen, welche nicht im Widerspruch zur Härtefallverordnung des Bundes stehen. Die Kantone haben kein Interesse daran, ihren Anteil in Nichteinhaltung der Bundeskriterien auszuschütten.</p> <p><u>Antrag:</u> Artikel streichen.</p>
Missbrauchsbekämpfung	[Bemerkungen/Anregungen zur Ausgestaltung und konkreten Umsetzung der Missbrauchsbekämpfung]

5. Abschnitt: Beiträge des Bundes und Berichterstattung der Kantone

Thema	Bemerkung/Anregung

Zusatzfragen an die Kantone zur Abschätzung des Finanzierungsbedarfs

- Plant Ihr Kanton, kantonale Härtefallmassnahmen zu ergreifen?
- Wenn ja, in welcher Form? (Darlehen, Bürgschaften, Garantien und/oder rückzahlbare Beiträge)
- Erste Schätzung zum *gesamten* Mittelbedarf in Ihrem Kanton (à fond perdu-Beiträge und Verluste aus Darlehen, Bürgschaften und Garantien, wovon der Bund die Hälfte tragen müsste)

6. Abschnitt: Kapitalverlust und Überschuldung und 7. Abschnitt: Schlussbestimmungen

Thema	Bemerkung/Anregung



Formulaire de réponse: ordonnance concernant les mesures pour les cas de rigueur destinées aux entreprises en lien avec l'épidémie de COVID-19 (ordonnance sur les cas de rigueur COVID-19)

Avis de

Nom / Entreprise / Organisation : CANONICA BSL

Titre court de l'entreprise /
de l'organisation : CANONICA

Adresse : 18 Chemin des Batailles, 1214 Vernier

Nom de la personne pouvant
fournir des renseignements

Numéro de téléphone

Adresse électronique

Date : 10.11.2020

Important:

1. Ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. Remplir une ligne par article, alinéa ou lettre de l'ordonnance ou par chapitre du rapport explicatif sur lesquels vous souhaitez faire une remarque ou une suggestion.
3. Envoyer le présent document **au format Word** d'ici au **13 novembre 2020** aux adresses électroniques suivantes: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch.

Merci de votre participation.

Remarques générales

Les branches d'activités listées dans la Loi Covid-19 sont-elles exhaustives ? Tel ne devrait pas être le cas car trop limitatif. Notre société Canonica BSL SA exploite deux points de restauration en zone douanière suisse de l'Aéroport de Bâle depuis 2013 or notre chiffre d'affaires en 2020 n'atteint même pas 10% de celui réalisé en 2019 pour la même période. Notre chiffre d'affaires est quasi-maint inexistant. Notre branche d'activité doit être incluse dans les cas de rigueur. **Ne pas être soutenu conduirait à la perte de nombreux emplois et à la ruine de ma famille.**

En sus des mesures d'aides financières préconisées, les charges sociales devraient mises à la charge de l'Etat et non pas à la charge des entreprises. Le système des RHT devrait être complété dans ce sens. Une entreprise qui n'a plus de chiffre d'affaires et qui doit néanmoins payer les charges sociales malgré les RHT utilise le prêt Covid à cette fin sachant que ce prêt doit être remboursé. L'endettement de l'entreprise augmente et sa capacité à réinvestir diminue.

Section 1 Principe

Thème	Remarque / suggestion

Section 2 Exigences relatives aux entreprises

Thème	Remarque / suggestion
Recul du chiffre d'affaires	Le but des RHT est de conserver les emplois. Rajouter le montant de l'indemnité des RHT au chiffre d'affaires 2020 pour le comparer à celui de 2019 devrait être diminué des charges sociales 2020 qui restent dues par l'entreprise en 2020. Qui plus est, lors de la mise en place des RHT, il a fallu, avant de pouvoir en bénéficier allouer les heures supplémentaires et les vacances dues. Par ailleurs, les vacances dues et les fériés sont exclus des RHT et à la charge exclusive de l'entreprise. Les dirigeants (faisant partie du Conseil d'Administration) n'ont pas droit aux RHT. <u>Rajouter l'indemnité perçue en cas de réduction de l'horaire de travail et de perte de gain liée au Covid-19 au chiffre d'affaires 2020 n'est pas cohérent pour mesurer la baisse de chiffre d'affaires 2020 par rapport à celui de 2019-2018.</u>

Section 3 Exigences relatives à la forme des mesures pour les cas de rigueur

Thème	Remarque / suggestion

Principe	Les 3 formes d'aides devraient pouvoir être combinées et non pas limitées à soit des prêts, soit un cautionnement ou garanties, soit des contributions non remboursables.
Principe	Si une aide est sollicitée et qu'elle est refusée, l'entreprise peut-elle alors opter pour une autre forme d'aide ?
Plafonds	Les entreprises qui ont déjà bénéficié des prêts Covid et Covid Plus peuvent obtenir des prêts supplémentaires ou des contributions non remboursables. <u>Limiter à 500'000 CHF et non pas à 10% du chiffre d'affaires les contributions non remboursables pour les entreprises qui ont déjà reçu des prêts Covid et Covid Plus est largement insuffisant.</u>

Section 4 Procédure et compétences

Thème	Remarque / suggestion
Lutte contre les abus	[Remarques / suggestions concernant la forme et la concrétisation de la lutte contre les abus]

Section 5 Contributions de la Confédération et comptes rendus des cantons

Thème	Remarque / suggestion
Montant total	<u>Le montant total de la Confédération est beaucoup trop faible par rapport à l'ampleur des dégâts causés par la pandémie à l'économie.</u> Le montant alloué par la Confédération au Canton de Genève (CHF 13,58 millions). Si je considère les 3 entreprises familiales à Genève Aéroport depuis plus de 150 ans, nos chiffres d'affaires consolidés sont de 90 millions environ, 25% représentant à nous seuls 22,5 millions.

Questions additionnelles aux cantons destinées à l'estimation des besoins de financement

- Votre canton prévoit-il de prendre des mesures pour les cas de rigueur?
- Si oui, sous quelle forme (prêts, cautionnements, garanties ou contributions non remboursables)?
- Première estimation en vue de la détermination des besoins financiers *globaux* dans votre canton (contributions à fonds perdu et pertes sur prêts, cautionnements et garanties que la Confédération devrait financer pour moitié)

Section 6 Perte de capital et surendettement
Section 7 Dispositions finales

Thème	Remarque / suggestion



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Département fédéral des finances DFF
Administration fédérale des finances AFF

Formulaire de réponse: ordonnance concernant les mesures pour les cas de rigueur destinées aux entreprises en lien avec l'épidémie de COVID-19 (ordonnance sur les cas de rigueur COVID-19)

Avis de

Nom / Entreprise / Organisation : CANONICA SA

Titre court de l'entreprise /
de l'organisation : CANONICA

Adresse : 18 Chemin des Batailles, 1214 Vernier

Nom de la personne pouvant
fournir des renseignements

Numéro de téléphone

Adresse électronique

Date : 10.11.2020

Important:

1. Ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. Remplir une ligne par article, alinéa ou lettre de l'ordonnance ou par chapitre du rapport explicatif sur lesquels vous souhaitez faire une remarque ou une suggestion.
3. Envoyer le présent document **au format Word** d'ici au **13 novembre 2020** aux adresses électroniques suivantes: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch.

Merci de votre participation.

Remarques générales

Les branches d'activités listées dans la Loi Covid-19 sont-elles exhaustives ? Tel ne devrait pas être le cas car trop limitatif. Nous exploitons des points de restauration et des boutiques (chocolats) à l'Aéroport de Genève (depuis 1948), notre chiffre d'affaires ne dépasse pas 10% de mars à Octobre 2020 celui de 2019. Nous exploitons également une activité de blanchisserie à l'aéroport de Genève et de Zurich destinée aux compagnies aériennes. Notre chiffre d'affaires n'atteint même pas 10% de celui de 2019 pour la période considérée. Une société sœur, Canonica Hôtel Management Cham SA exploite un hôtel dans le canton de Zoug. Nous l'avons laissé ouvert de mars à aujourd'hui mais le remplissage est tellement bas que nous projetons de le fermer dès fin novembre jusqu'à mi-janvier. Notre chiffre d'affaires est quasiment inexistant. Notre société sœur, Canonica BSL SA exploite deux points de restauration en zone douanière suisse de l'Aéroport de Bâle or notre chiffre d'affaire en 2020 n'atteint même pas 10% celui réalisé en 2019 pour la même période. Notre branche d'activité doit être incluse dans les cas de rigueur. Ne pas être soutenu conduirait à la perte de nombreux emplois et à la ruine de ma famille.

En sus des mesures d'aides financières préconisées, les charges sociales devraient mises à la charge de l'Etat et non pas à la charge des entreprises. Le système des RHT devrait être complété dans ce sens. Une entreprise qui n'a plus de chiffre d'affaires et qui doit néanmoins payer les charges sociales malgré les RHT utilise les prêts Covid à cette fin sachant que ces prêts doivent être remboursés. L'endettement de l'entreprise augmente et sa capacité à réinvestir diminue.

Section 1 Principe

Thème	Remarque / suggestion

Section 2 Exigences relatives aux entreprises

Thème	Remarque / suggestion
Recul du chiffre d'affaires	Le but des RHT est de conserver les emplois. Rajouter le montant de l'indemnité des RHT au chiffre d'affaires 2020 pour le comparer à celui de 2019 devrait être diminué des charges sociales 2020 qui restent dues par l'entreprise en 2020. Qui plus est, lors de la mise en place des RHT, il a fallu, avant de pouvoir en bénéficier allouer les heures supplémentaires et les vacances dues. Par ailleurs, les vacances dues, les fériés sont exclues des RHT et à la charge exclusive de l'entreprise. Les dirigeants (faisant partie du Conseil d'Administration) n'ont pas droit aux RHT. <u>Rajouter l'indemnité perçue en cas de réduction de l'horaire de travail et de perte de gain liée au Covid-19 au chiffre d'affaires 2020 n'est pas cohérent pour mesurer le chiffre d'affaires 2020 par rapport à celui de 2019- 2018.</u>

Section 3 Exigences relatives à la forme des mesures pour les cas de rigueur

Thème	Remarque / suggestion
Prin-cipe	Les 3 formes d'aides devraient pouvoir être combinées et non pas limitées à soit des prêts, soit un cautionnement ou garanties, soit des contributions non remboursables.
Prin-cipe	Si une aide est sollicitée et qu'elle est refusée, l'entreprise peut-elle alors opter pour une autre forme d'aide ?
Pla-fonds	Les entreprises qui ont déjà bénéficié des prêts Covid et Covid Plus peuvent obtenir des prêts supplémentaires ou des contributions non remboursables. <u>Limiter à 500'000 CHF et non pas à 10% du chiffre d'affaires les contributions non remboursables pour les entreprises qui ont déjà reçu des prêts Covid et Covid Plus est largement insuffisant.</u> Cela reviendrait à obliger notre entreprise à opter pour un prêt complémentaire car 500'000 CHF à fond perdu, ce qui augmentera encore l'endettement des entreprises et ne favorisera pas le réinvestissement.

Section 4 Procédure et compétences

Thème	Remarque / suggestion
Lutte contre les abus	[Remarques / suggestions concernant la forme et la concrétisation de la lutte contre les abus]

Section 5 Contributions de la Confédération et comptes rendus des cantons

Thème	Remarque / suggestion
Montant total	<u>Le montant total de la Confédération est beaucoup trop faible par rapport à l'ampleur des dégâts causés par la pandémie à l'économie.</u> Le montant alloué par la Confédération au Canton de Genève (CHF 13,58 millions). Si je considère les 3 entreprises familiales à Genève Aéroport depuis plus de 150 ans, nos chiffres d'affaires consolidés sont de 90 millions environ, 25% représentant à nous seuls 22,5 millions.

Questions additionnelles aux cantons destinées à l'estimation des besoins de financement

- Votre canton prévoit-il de prendre des mesures pour les cas de rigueur?
- Si oui, sous quelle forme (prêts, cautionnements, garanties ou contributions non remboursables)?

- | | |
|--|--|
| <ul style="list-style-type: none">Première estimation en vue de la détermination des besoins financiers <i>globaux</i> dans votre canton (contributions à fonds perdu et <i>pertes</i> sur prêts, cautionnements et garanties que la Confédération devrait financer pour moitié) | |
| | |

Section 6 Perte de capital et surendettement

Section 7 Dispositions finales

Thème	Remarque / suggestion



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Département fédéral des finances DFF
Administration fédérale des finances AFF

Formulaire de réponse: ordonnance concernant les mesures pour les cas de rigueur destinées aux entreprises en lien avec l'épidémie de COVID-19 (ordonnance sur les cas de rigueur COVID-19)

Avis de

Nom / Entreprise / Organisation : CANONICA Hotel Management Cham SA

Titre court de l'entreprise /
de l'organisation : CANONICA Hotel

Adresse : Brunnmatt 5, 6330 Cham

Nom de la personne pouvant
fournir des renseignements

Numéro de téléphone

Adresse électronique

Date : 11.11.2020

Important:

1. Ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. Remplir une ligne par article, alinéa ou lettre de l'ordonnance ou par chapitre du rapport explicatif sur lesquels vous souhaitez faire une remarque ou une suggestion.
3. Envoyer le présent document **au format Word** d'ici au **13 novembre 2020** aux adresses électroniques suivantes: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch.

Merci de votre participation.

Remarques générales

Sind die im Covid-19 Gesetz aufgeführten Aktivitäten ausreichend? Die Bedingungen sind zu beschränkt. Wir betreiben ein Hotel im Kanton Zug das in den Monaten März bis Oktober trotz durchgehender Öffnung weniger als 10% der Umsätze des Vorjahres erzielen konnte. Wir planen aktuell eine Schliessung des Betriebs für Dezember bis Mitte Januar, da die Buchungen inzwischen fast vollständig ausbleiben. Die Lage in den Schwesternunternehmen Canonica SA mit mehreren Filialen am Flughafen in Genf sowie zwei Wäschereien an den Flughäfen Zürich und Genf und Canonica BSL SA mit zwei Standorten am Flughafen Basel haben in den Monaten März bis Oktober ebenfalls Umsätze von deutlich weniger als 10% des Vorjahres erzielt. Alle Geschäftsbereiche unserer müssen in die Härtefallregelung einbezogen werden. Fehlende Unterstützung wird zum Verlust zahlreicher Arbeitsplätze und zum Ruin meiner Familie führen.

Ergänzend zu den geplanten Hilfsmassnahmen sollten die Sozialabgaben dem Staat und nicht den betroffenen Unternehmen in Rechnung gestellt werden. Das System Kurzarbeit müsste in dieser Richtung angepasst werden. Ein Unternehmen das fast keine Umsätze mehr erzielt und trotz Kurzarbeit weiter Sozialbeiträge entrichten muss, muss dafür Kredite aufnehmen. Diese Kredite erhöhen die Verschuldung des Unternehmens und beeinträchtigen die Möglichkeiten zu Reinvestitionen nachhaltig negativ.

Section 1 Principe

Thème	Remarque / suggestion

Section 2 Exigences relatives aux entreprises

Thème	Remarque / suggestion
Rückgang der Umsätze	<p>Das Ziel von Kurzarbeit ist es Arbeitplätze zu erhalten. Die anrechenbare Kurzarbeitsentschädigung auf den Umsatz 2020 im Vergleich zu 2019 sollte um die Sozialabgaben 2019 reduziert werden die das Unternehmen im Jahr 2020 noch entrichten muss. Bis ein Unternehmen von der Kurzarbeitsentschädigung profitieren konnte, mussten zunächst alle Überstunden sowie allfällige Feiertage und Urlaube durch das Unternehmen abgegolten werden. Führungskräfte (als Mitglieder des Verwaltungsrats) haben bislang keinen Anspruch auf Entschädigung. .</p> <p>Die Berechnung der Entschädigung und des Verdienstausfalls mit der Gegenüberstellung der Umsätze 2020 zuzüglich der Kurzarbeitsentschädigungen und den Umsätzen aus den Jahren 2018/2019 ist nicht konsistent</p>

Section 3 Exigences relatives à la forme des mesures pour les cas de rigueur

Thème	Remarque / suggestion
Prinzip	Die drei Formen der Beihilfen sollten kombinierbar sein und nicht auf Darlehen, Garantien oder nicht rückzahlbare Zuschüsse beschränkt sein..
Prinzip	Sollte eine Hilfe beantragt werden und sollte diese abgelehnt werden, kann sich das Unternehmen dann für eine andere Unterstützung entscheiden?
Plafonnierung	Unternehmen die bereits von Covid und Covid Plus Darlehen profitiert haben, können zusätzliche Darlehen oder nicht rückzahlbare Zuschüsse erhalten. Die Begrenzung der nicht rückzahlbaren Zuschüsse für Unternehmen, die bereits Covid und Covid Plus Darlehen auf CHF 500'000 und nicht auf 10% des Umsatzes zu begrenzen und vollkommen unzureichend. Dies zwingt Unternehmen zu einer weiteren Kreditaufnahme mit dem hohen Risiko einer Überschuldung...

Section 4 Procédure et compétences

Thème	Remarque / suggestion
Lutte contre les abus	[Remarques / suggestions concernant la forme et la concrétisation de la lutte contre les abus]

Section 5 Contributions de la Confédération et comptes rendus des cantons

Thème	Remarque / suggestion
Gesamtbe-trag	Der Gesamtbetrag ist gemessen am Ausmass des durch die Pandemie entstandenen Schadens wesentlich zu gering. An den tatsächlichen Erfordernissen zum Erhalt von Unternehmen geht diese Summe vollkommen vorbei. Die Summe von 4.8 Millionen für den Kanton Zug ist für die Vielzahl der schwer betroffenen Unternehmen keinesfalls auch nur annähernd ausreichend.

Questions additionnelles aux cantons destinées à l'estimation des besoins de financement

- Votre canton prévoit-il de prendre des mesures pour les cas de rigueur?
- Si oui, sous quelle forme (prêts, cautionnements, garanties ou contributions non remboursables)?

- | | |
|--|--|
| <ul style="list-style-type: none">Première estimation en vue de la détermination des besoins financiers <i>globaux</i> dans votre canton (contributions à fonds perdu et <i>pertes</i> sur prêts, cautionnements et garanties que la Confédération devrait financer pour moitié) | |
| | |

Section 6 Perte de capital et surendettement

Section 7 Dispositions finales

Thème	Remarque / suggestion

An das
Eidgenössische
Finanzdepartement EFD

per E-Mail:
marianne.widmer@efv.admin.ch
lukas.hohl@efv.admin.ch

Bern, 13. November 2020 / AK

1 | 6

COVID-19-Härtefallverordnung: Vernehmlassung

Stellungnahme von Car Tourisme Suisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Die COVID-19-Krise hat massive Auswirkungen auf das Schweizer Strassentransportgewerbe mit LKW, Reisebussen und Taxis. Viele Unternehmen befinden sich in erheblichen, teils sogar existentiell bedrohlichen Schwierigkeiten, vorab in der Reisebusbranche und im Taxigewerbe. Trotz den bisherigen Hilfsmassnahmen des Bundes, die vorübergehend zur Entschärfung des Situation beigetragen haben, ist zusätzliche Unterstützung für Härtefälle zwingend notwendig.

Der Schweizerische Nutzfahrzeugverband ASTAG mit rund 4'000 Mitgliedern, davon ca. 500 Unternehmen in der Reisebusbranche und im Taxigewerbe, vertritt den Strassentransport als einzige Organisation. Die Zuständigkeit für die Reisebusbranche liegt bei der Fachgruppe Car Tourisme Suisse; dazu gehören alle namhaften Carunternehmer des Landes.

Wir erlauben uns deshalb – obwohl nicht zur Mitwirkung eingeladen – eine Stellungnahme zur Vernehmlassung «COVID-19-Härtefallverordnung» einzureichen.

Unser **wichtigstes Anliegen** ist:

Die Lage in der Reisebusbranche und im Taxigewerbe ist äusserst dramatisch. Die betroffenen Härtefall-Unternehmen sind unverzüglich auf zusätzliche finanzielle Unterstützung durch Bund und Kantone angewiesen – sonst drohen Firmenschliessungen, Konkurse sowie der Verlust von wertvollen Arbeitsplätzen.

Daher appellieren wir eindringlich an die Verantwortung und Hilfsbereitschaft von Bund und Kantonen und an ihre Solidarität mit den betroffenen Unternehmen – darunter sehr viele familiengeführte KMU-Betriebe mit jahrzehntelanger Tradition!

1. Reisebusbranche / Taxigewerbe als ausgewiesene Härtefälle

Im Wissen um die gravierenden Auswirkungen auf Wirtschaft und Gewerbe hat der Bundesrat bisher auf einen zweiten «Lockdown» auf nationaler Ebene verzichtet. Die Massnahmen, die aufgrund der hohen Fallzahlen schrittweise beschlossen wurden, sollen die Geschäftstätigkeit

der Unternehmen und die Konjunktur im Grundsatz so wenig wie möglich beeinträchtigen. Car Tourisme Suisse unterstützt diese Strategie.

Trotzdem sind die private Reisebusbranche und das Taxigewerbe de facto schweizweit mit einem «Lockdown» konfrontiert!

Der Grund sind die weitgehenden Einschränkungen im Event- und Gastrobereich, zusammen mit dem Verbot von Veranstaltungen und Versammlungen ab einer gewissen Personenanzahl. Die allermeisten Anlässe im Kultur-, Sport und Freizeitbereich können leider auf unabsehbare Zeit nicht stattfinden – oder nur ohne bzw. mit sehr geringem Publikum. In Restaurants und Hotels sind Besuche mit Gruppen kaum mehr möglich, touristisch attraktive Angebote wie etwa Stadtführungen können nicht genutzt werden. Auch die beruflich bedingte Mobilität ist, primär infolge Home Office und abgesagter Geschäftsreisen, auf extrem tiefem Niveau – mit grossen Auswirkungen vorab auf das Taxigewerbe.

Zusätzlich verschärft wird die Situation aktuell durch Massnahmen auf kantonaler Ebene. Dazu gehören namentlich die «Lockdowns» in der Westschweiz. Hier ist das öffentliche Leben fast gänzlich lahmgelegt, der Handlungsspielraum für die Reisebusbranche und das Taxigewerbe extrem begrenzt. Andere Kantone haben eine Maskenpflicht in Fahrzeugen eingeführt, sofern Personen befördert werden, die nicht im selben Haushalt wohnen – was in Reisebussen und Taxis fast immer der Fall ist.

Massive Auswirkungen hatten zudem die Reisewarnungen sowie die (letztlich offenbar wenig hilfreichen) Quarantänebestimmungen des Bundes. Je mehr Länder auf den entsprechenden Listen figurierten, desto geringer war das Passagieraufkommen. Die Massnahmen im Ausland gegenüber der Schweiz («Rote Listen») verstärkten den Negativeffekt weiter – auch jetzt noch!

Als Folge fehlt es in der Reisebusbranche zunehmend an Fahrgästen. Wie schon im Frühling, mitten in der Hauptsaison, als die Pandemie in Italien begann, kam es in den letzten Wochen wiederum zu einer regelrechten Stornierungswelle. Bereits gebuchte Reisen wurden annulliert, neue Aufträge bleiben aus. Der kurze, ganz sanfte Aufschwung, der im August kurz Hoffnung auf Besserung gab, ist bereits wieder abgewürgt. Tagesausflüge und Auftragsfahrten können kaum mehr durchgeführt werden, geschweige denn Mehrtagesfahrten und Pauschalreisen. Zu viele Ausflugsziele sind geschlossen, zu gross ist die Angst der Kunden vor einer Ansteckung mit COVID-19.

Für die Reisebusbranche ist **2020** somit ein verlorenes Jahr. Seit Februar ist die Reisetätigkeit beinahe inexistent. Fast alle Fahrzeuge sind seit Monaten stillgelegt, die Nummernschilder bei den Strassenverkehrsämtern hinterlegt. Das traurige Resultat sind katastrophale Zahlen zum Geschäftsverlauf, wie eine detaillierte Umfrage der ASTAG bei den rund 360 Mitgliedern in der Reisebusbranche zeigt. Bis Ende Oktober sind die **Umsätze** im Vergleich zur Vorjahresperiode durchschnittlich um **72 Prozent** und im Extremfall um über 90 Prozent eingebrochen – überall mit stark sinkender Tendenz. Bei den Fahrzeugkilometer ist ein Rückgang von 75 Prozent zu verzeichnen. Die Anzahl Einsatztage hat um 69 Prozent abgenommen. – Sehr ähnlich ist das Bild im Taxigewerbe. Auch hier sind die Geschäftszahlen stark im Minus.

Nicht besser sind leider die Aussichten für **2021** und darüber hinaus. Bisher wurden noch kaum Buchungen getätigt. So lange die Unsicherheit über den Verlauf der Corona-Krise anhält, wird die Reiselust nicht zurückkehren. Es fehlt an Zuversicht, Planungssicherheit und entsprechend an Aufträgen. An einem «normalen» Betrieb ist noch für sehr lange nicht zu denken.

Als Hilfe zur Selbsthilfe, die im Strassentransportgewerbe immer oberste Priorität hat, wurden selbstverständlich sofort Massnahmen zur Reduktion von Kosten in die Wege geleitet. Nebst der erwähnten Stilllegung von Fahrzeugen gehören dazu vor allem der Abbau von Überzeiten

und Ferien, der Verleih von Fahrpersonal an Transportunternehmen im Gütertransport sowie ein rigoroser Ausgaben- und Investitionsstopp. Trotzdem bleibt die Belastung aufgrund hoher Fixkosten massiv. Insbesondere wurden – als Eigenheit der Branche – schon Ende 2019 sehr viele Vorauszahlungen für 2020 getätigt (Marketingausgaben, Hotelbuchungen, Flüge usw.). Eine Rückerstattung ist in den seltensten Fällen möglich, es droht die Gefahr, dass sehr viele Gelder verloren gehen und sich die Situation dadurch weiter verschlimmert.

Die bestehenden Unterstützungsinstrumente des Bundes (COVID-19-Kredite, Kurzarbeit- und Erwerbsersatzentschädigung) sind zwar eine wichtige und sehr geschätzte Hilfe. Sie verhelfen kurzfristig zu einer gewissen Entlastung. Das Fixkostenproblem ist damit aber nicht gelöst, bei vielen Unternehmen bestehen deshalb akute Liquiditätsengpässe. Ihre Existenz ist daher stark bedroht.

Vor diesem Hintergrund ist der Handlungsspielraum für die betroffenen Unternehmen extrem klein. Die Möglichkeit zu einer «Diversifizierung» oder «Neuorientierung», wie von Teilen der Politik gefordert, bestehen nicht. Cars können beim besten Willen nicht für andere Zwecke als für Reisen eingesetzt werden.

Das Brutale ist:

Im Kern sind die Transportunternehmen gesund. Ihre Situation ist völlig unverschuldet und unbeeinflussbar.

Das heisst:

Bei den allermeisten Unternehmen der Reisebusbranche und des Taxigewerbes handelt es sich um echte Härtefälle. Hier ist dringend zusätzliche Hilfe notwendig – oder aber die Firmen müssen ihren Betrieb schon in den nächsten Wochen aufgeben!

2. Mitwirkung der Kantone

Parlament und Bundesrat sind grundsätzlich zu zusätzlicher Unterstützung für ausgewiesene Härtefälle bereit. Das Engagement des Bundes hängt gemäss Art. 12 Abs. 1 des COVID-19-Gesetzes vom 25. September 2020 jedoch davon ab, dass sich die Kantone zur Hälfte an der Finanzierung beteiligen.

Damit ist für die betroffenen Unternehmen sowohl die Bereitschaft und das Engagement der Kantone als auch eine rasche, gemeinsame und möglichst einheitliche Bewältigung der Härtefallproblematik durch Bund und Kantone absolut ausschlaggebend!

Umso wichtiger ist eine COVID-19-Verordnung, die sowohl den Bedürfnissen der Kantone als auch den Anforderungen der Härtefall-Unternehmen entspricht.

Umgekehrt sollte die Rettung von an sich gesunden Unternehmen aus einer unverschuldeten Notlage – so unsere Sicht der Dinge – gleichermaßen im Interesse von Bund und Kantonen sein. Erstens handelt es sich in der sehr grossen Mehrheit um wichtige Arbeitgeber und Steuerzahler. Zweitens sind zahlreiche wertvolle Arbeitsplätze damit verbunden. Drittens tragen die Reisebusbranche wie auch das Taxigewerbe erheblich zur Wertschöpfung, zum Tourismus und zu einer effizienten, umweltverträglichen Reise- und Freizeitmobilität für viele Anspruchsgruppen (ältere Personen, Menschen mit Handicap, Vereine usw.) bei. Das Verschwinden der Betriebe würde somit zu einem Wachstum der individuellen Mobilität mit negativen Folgeeffekten führen.

Car Tourisme Suisse ist sich bewusst, dass eine Beteiligung der Kantone bzw. das Ausmass der Hilfe sehr wesentlich von der Situation der jeweiligen Finanzhaushalte bestimmt wird. Ebenso verhält es sich beim Bund. Trotzdem kann und darf es nicht sein, dass die betroffenen Firmen zwischen den jeweils eigenen Interessen der beiden staatlichen Ebenen aufgerieben werden, sich letztlich keine Instanz für zuständig hält und die «kann»-Bestimmung dazu dient, auf jede Unterstützung zu verzichten.

Der Wille des Parlaments war eindeutig. Jetzt gilt es für Bund und Kantone, den Worten auch Taten folgen zu lassen und zahlreiche KMU vor dem unverschuldeten Untergang zu bewahren.

3. Grundsätzliche Bemerkungen

Car Tourisme Suisse begrüßt den Handlungswillen des Bundesrats explizit. Unternehmen, die nachweislich durch COVID-19-Massnahmen von Bund und Kantonen unverschuldet in Not geraten sind, benötigen zusätzliche Hilfe.

Die Stossrichtung ist richtig, die Unterstützung geht jedoch zu wenig weit. Das geplante Vorgehen ist zudem zu aufwendig und zu kompliziert.

Im Idealfall wäre der Bund aus Sicht von Car Tourisme Suisse allein für die Härtefallregelung zuständig. Nur so kann eine rasche, zeitverzugslose Zusatzhilfe gewährleistet werden. Nach dem Willen von National- und Ständerat sollen die Kantone jedoch zur Hälfte finanziell in die Pflicht genommen werden. Daraus ergeben sich massive negative Konsequenzen:

- Zu befürchten ist, dass es von Kanton zu Kanton zu unterschiedlichen Regelungen kommt, dies in Bezug auf Voraussetzungen, Modalitäten und Höhe der Härtefallhilfe.
- Im Extremfall wird ein Unternehmen im Kanton A sehr grosszügig unterstützt, ein anderes Unternehmen im Nachbarkanton – das exakt die gleichen Voraussetzungen erfüllt – jedoch nicht.
- Allein durch Gesetz und Verordnung ist somit keine Gleichbehandlung gewährleistet.
- Stattdessen droht eine Wettbewerbsverzerrung, abhängig vom Standort der Firmen – was in der Reisebusbranche, die ihre Dienstleistungen schweizweit bzw. zu einem grossen Teil über die Landesgrenzen hinaus erbringt, besonders fatal ist.

Zentral wichtig ist deshalb, dass **genügend Mittel** zur Verfügung stehen, die Voraussetzungen und Modalitäten trotz fehlender gesetzlicher Verpflichtung kantonsübergreifend **harmonisiert** werden und ein möglichst **unbürokratisches Vorgehen** nach dem Grundsatz der Einfachheit zur Anwendung gelangt – in allen Kantonen! Nur so kann das Risiko von unzulässiger Markt- und Wettbewerbsverzerrung minimiert werden.

Die zentralen Forderungen von Car Tourisme Suisse sind deshalb:

Umfang der Hilfsgelder: 500 Mio. CHF

Der Gesamtbetrag des Bundes, der gemäss Art. 14 der zur Diskussion stehenden Verordnung auf 200 Mio. plafoniert werden soll, ist völlig unzureichend. Wie aus den Erläuterungen (S. 3) hervorgeht, wurden die Hochrechnungen des Bundes vor Auftreten der zweiten Infektionswelle

vorgenommen. Inzwischen hat sich die Situation innert Kürze drastisch verschärft – was zeigt, dass auch der Hilfsbedarf massiv steigen wird. Auf eine Obergrenze der Härtefallhilfe ist daher zu verzichten bzw. eventueliter ist bereits jetzt eine Summe von mindestens 500 Mio. Franken vorzusehen.

Art der Hilfsfelder: mehr Beiträge à fonds perdu

Darlehen, Garantie und Bürgschaften können eine wichtige Unterstützung bieten. Umgekehrt werden die finanziellen Schwierigkeiten der betroffenen Unternehmen damit nur in die Zukunft verschoben, wie die COVID-19-Kredite zeigen. Insbesondere sind während der Laufdauer der Kredite bzw. während der Amortisationsfrist – aufgrund von Zinsen und Rückzahlungen – keine oder nur (zu) geringe Investitionen möglich. Bei den Unternehmen handelt es sich um gesunde Betriebe, aber zugleich um akute «Härtefälle», die jetzt auf Geld angewiesen sind. Mit Krediten und Darlehen ist ihnen nicht ausreichend geholfen. Die Obergrenze für Beiträge à fonds perdu in Art. 8 Abs. 3 des Verordnungsentwurfs ist deshalb zu tief angesetzt. Sie muss von 10 Prozent auf mindestens 50 Prozent erhöht werden.

Vorgehen: weniger Aufwand – schnellere Hilfe

Die Hürden für die Beantragung von Hilfszahlungen gemäss Abschnitt 2 («Anforderungen an die Unternehmen») des Verordnungsentwurfs sind unverhältnismässig und inakzeptabel hoch. Notwendig wäre ein aufwendiger, komplizierter Prozess, der mit grösster Wahrscheinlichkeit von Kanton zu Kanton verschieden ausgestaltet ist. Bei den Härtefall-Unternehmen handelt es sich zur Mehrheit um (kleinere) KMU-Betriebe. Hier ist intern nicht das notwendige Fachwissen vorhanden. Für die Beantragung von Härtefallhilfe müsste daher ein Treuhandbüro beizogen werden – mit entsprechend hohen Kosten. Die zu erwartende Hilfe wäre in der Folge bereits zu einem Teil wieder vernichtet. Der enorme Aufwand, der beispielsweise durch den Nachweis einer mittelfristigen Finanzplanung zwingend anfällt, widerspricht ausserdem dem Prinzip von möglichst rascher Hilfe, wie es eigentlich das Ziel der Härtefallklausel ist. Car Tourisme Suisse fordert nachdrücklich, dass die bürokratischen Hürden massiv abgebaut werden.

Zuständigkeiten: Harmonisierte Vorgehensweise

Je grösser der Handlungsspielraum für die Kantone ist, desto grösser ist das Risiko, dass es zu einem «Flickenteppich» von unterschiedlichen Regelungen kommt – oder einzelne Kantone überhaupt keine Härtefallhilfen sprechen. Der Bund sollte daher mittels geeigneter Vorgaben zumindest eine kantonsübergreifend harmonisierte Vorgehensweise sicherstellen.

4. Detailanmerkungen

Unsere Bemerkungen und Anträge zu einzelnen Bestimmungen der Härtefallverordnung sind im beiliegenden Antwortformular aufgeführt.

5. Schlussbemerkungen

Die Situation in der Reisebusbranche und im Taxigewerbe ist dramatisch. Viele Unternehmen stehen kurz vor der Geschäftsaufgabe oder dem Konkurs – obwohl sie im Kern eigentlich gesund waren. Ihre Notlage ist unverschuldet und unbeeinflussbar, verursacht ausschliesslich durch die behördlichen Corona-Einschränkungen.

Eine zeitnahe, sofortige Umsetzung der Härtefallregelung für besonders betroffene Branchen ist deshalb von allerhöchster Dringlichkeit. Das Parlament hat die gesetzlichen Grundlagen mit dem COVID-19-Gesetz geschaffen, jetzt liegt der Entwurf der Verordnung sowie hoffentlich bald die definitive Fassung vor. Die Inkraftsetzung muss so rasch wie möglich erfolgen. Schon heute sind Bund und Kantone gefordert, die Härtefallhilfe mit vereinten Kräften anzugehen.

Car Tourisme Suisse ersucht den Bundesrat, die definitive Verordnung umgehend in Kraft zu setzen und die nötigen Arbeiten zur konkreten Umsetzung der Härtefallhilfe bei den zuständigen Ämtern schon heute in Auftrag zu geben.

Für die Berücksichtigung unserer Anliegen danken wir Ihnen bestens.

Freundliche Grüsse



Roger Kopf
Präsident, Carunternehmer



André Kirchhofer
Geschäftsführer

Beilage:

Antwortformular Car Tourisme Suisse zur Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Eidgenössische Finanzverwaltung EFV

Antwortformular: Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Car Tourisme Suisse

Abkürzung der Firma / Organisation : CTS

Adresse : Wölflistrasse 5, 3006 Bern

Kontaktperson : Dr. André Kirchhofer

Telefon : 031 370 85 21

E-Mail : a.kirchhofer@astag.ch

Datum : 13.11.2020

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Tabellenzeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word-Dokument** bis am **13. November 2020** an folgende E-Mail Adressen: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme!

Allgemeine Bemerkungen

Zu den Bestimmungen, die nachfolgend nicht aufgeführt sind, haben wir keine Bemerkungen anzubringen.

1. Abschnitt: Grundsatz

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 3 Abs. 1 Bst. b (Zeitpunkt der Gründung und Umsatz)	Car Tourisme Suisse spricht sich klar dagegen aus, dass die Kantone – gemäss Erläuterungen (S. 4) – als zusätzliche Hürde noch «Umsatzobergrenzen» festlegen können. Damit wird nur unnötiger Spielraum für die Ungleichbehandlung von faktisch genau gleich betroffenen Unternehmen geschaffen, die sich einzig durch den Firmensitz (in einem anderen Kanton) voneinander unterscheiden. Antrag: Der Satz in den Erläuterungen sei zu streichen.
Art. 3 Abs. 1 Bst. c (Zeitpunkt der Gründung und Umsatz)	Zahlreiche Reisebusunternehmen erzielen ihren Umsatz hauptsächlich mit Mehrtagesfahrten und Pauschalreisen im Ausland. Es muss sichergestellt sein, dass die damit erzielten Erträge ebenfalls als Wertschöpfung in der Schweiz berücksichtigt sind. Antrag: Die Erläuterungen seien mit einer entsprechenden Präzisierung zu ergänzen.

2. Abschnitt: Anforderungen an die Unternehmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 4 Abs. 1 Bst. c (Vermögens- und Kapitalsituation)	Das Verbot einer «Doppelunterstützung» ist grundsätzlich sinnvoll. Kultur, Sport, Medien und vorab der öffentliche Verkehr wurden vom Bund bereits sehr grosszügig unterstützt. Car Tourisme Suisse begrüßt daher den Ausschluss dieser Bereiche ausdrücklich. Die ohnehin knappen Gelder müssen für die tatsächlichen Härtefall-Unternehmen zur Verfügung stehen. Hingegen muss sichergestellt sein, dass sämtliche Finanzhilfen, die Unternehmen nicht vom Bund, sondern von Kantonen oder anderen Institutionen erhalten, nicht unter das «Doppelsubventionierungsverbot» fallen. Somit müssen in den Erläuterungen (S. 4) auch Finanzhilfen «abhängig» von der COVID-19-Epidemie erwähnt werden. Antrag: Der letzte Satz der Erläuterungen zu Art. 4 Abs. 1 sei nach «abhängig» mit «und unabhängig» zu ergänzen.
Art. 4 Abs. 2 Bst. a (Vermögens- und Kapitalsituation)	Die Anforderung, dass keine Überschuldung im ganzen Zeitraum vom 1. Januar 2019 bis zur Einreichung des Gesuchs vorliegen darf, ist zu strikt gefasst. Der Grund ist, dass die Reisebusbranche und das Taxigewerbe derart massiv von der COVID-19-Krise betroffen sind, dass die Wahrscheinlichkeit einer (vorübergehenden) Verschuldung vor Einreichen des Gesuchs relativ hoch ist. Zahlreiche «echte» Härtefälle wären damit per se von Härtefallunterstützung ausgeschlossen. Deshalb ist der zweite Zeitpunkt <u>auf Mitte 2020</u> vorzuverlegen (statt wie in der Verordnung vorgesehen auf den Zeitpunkt der Gesuchseinreichung). Bis zu diesem Zeitpunkt (und darüber hinaus)

	<p>stand das Reisebusgeschäft beinahe vollständig still, wodurch die Gefahr einer Verschuldung sukzessive steigen konnte und sich in der Folge nicht in jedem Fall verhindern liess. Im Einzelfall kann daher trotz (vorübergehender) Verschuldung ein typischer Härtefall vorliegen, der die Ausrichtung von Finanzhilfen rechtfertigt.</p> <p>Antrag: Anstelle von «der Einreichung des Gesuchs» sei «dem 30. Juni 2020» einzusetzen.</p>
Art. 4 Abs. 2 Bst. d (Vermögens- und Kapitalsituation)	<p>Die Bestimmung ist unklar und ungenau. Wenn die «mittelfristige Finanzplanung» – gemäss Erläuterungen (S. 5) – mindestens das laufende und das darauffolgende Jahr umfassen muss, so müsste dieselbe Zeitspanne explizit in der Verordnung aufgeführt werden. Aufgrund der Unvorhersehbarkeiten und Unwägbarkeiten, die die COVID-19-Krise mit sich bringt, ist ein mittelfristiger Finanzplan jedoch grundsätzlich völlig unrealistisch. Es ist entscheidend, dass hier keine unzumutbaren bürokratischen Hürden aufgebaut werden.</p> <p>Antrag: Streichen.</p>
Art. 4 Abs. 3 Bst. b (Vermögens- und Kapitalsituation)	<p>Abs. 3 Bst. b Die vollständige Ausschöpfung von COVID-19-Krediten als Vorbedingung für Härtefallhilfe bedeutet in der Praxis, dass wer verantwortungsbewusst und sorgsam mit den bisher gewährten Hilfsinstrumenten umgegangen ist, d.h. einen COVID-19-Kredit dank «Sparmassnahmen» nicht vollständig beansprucht hat, nicht von Härtefallhilfe profitieren kann, d.h. «bestraft» wird. Firmen, die hingegen frühzeitig auf Beiträge à fonds perdu spekulierten und die Gelder aus COVID-19-Krediten volumnfänglich nutzten, würden für ihr weniger umsichtiges Vorgehen «belohnt».</p> <p>Antrag: Streichen.</p>
Art. 5 Abs. 2 (Umsatzrückgang)	<p>Die Bestimmungen von Art. 12 Abs. 1 COVID-19-Gesetz sind verpflichtend, somit besteht in der Verordnung kein Ermessensspielraum betreffend der 40-Prozent-Grenze. Der buchhalterische Umsatz liegt jedoch in der Regel frühestens im Verlaufe des 1. Quartals vor. Die Definition des «Jahresumsatzes» darf sich deshalb nicht auf den formellen Jahresabschluss beziehen. Die Härtefallhilfe käme sonst in den allermeisten Fällen viel zu spät.</p> <p>Antrag: Der «Jahresumsatz» für 2020 ist auf die Zeitspanne vom 1. Januar 2020 bis zum Zeitpunkt der Gesuchseinreichung zu beziehen, verglichen mit der entsprechenden Vorjahresperiode.</p>
Art. 6 Bst. b (Einschränkung der Verwendung)	<p>Es ist richtig und wichtig, dass gewährte Mittel nicht an eine direkt oder indirekt verbundene Gruppengesellschaft (mit Sitz ausserhalb der Schweiz) übertragen werden dürfen. Allerdings darf die Bestimmung nicht dazu führen, dass Schweizer Gruppengesellschaften oder sogenannten «Mischbetriebe», d.h. Firmen, die zwar schwergewichtig in der Reisebusbranche tätig sind, zugleich aber andere Dienstleistungen erbringen (z.B. im Güterbereich) grundsätzlich von der Härtefallhilfe ausgeschlossen werden. Entscheidend muss der gesamte «Jahresumsatz» gemäss Art. 5 Abs. 1 sein – nicht jedoch die Firmenstruktur an sich.</p> <p>Antrag: Präzisierung der Erläuterungen.</p>
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	

3. Abschnitt: Anforderungen an die Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 7 Abs. 1 Bst. a (Form)	<p>Die COVID-19-Kredite des Bundes haben sich als Hilfsmassnahme vor allem bewährt, weil sie – im Unterschied zu «herkömmlichen» Krediten – zinslos vergeben werden. Für die rückzahlbaren Darlehen der Härtefallhilfe sind daher exakt dieselben Kriterien vorzusehen. Ansonsten führen die Darlehen nur zu höherer Verschuldung.</p> <p>Antrag: Die Formulierung sei in «rückzahlbare zinslose Darlehen» abzuändern.</p>
Art. 7 Abs. 3 (Form)	<p>Die Beschränkung auf eine «Form der Hilfe» pro Unternehmen ist weder praxistauglich noch sinnvoll. Der Handlungsspielraum der Kantone wird damit unnötig eingeschränkt. Zudem besteht zwischen rückzahlbaren Beiträgen und A-Fonds-perdu-Beiträgen ein elementarer Unterschied, insbesondere auch mit Blick auf die vom Bundesrat vorgesehenen Höchstbeiträge (25 Prozent des Umsatzes / max. 10 Mio. gegenüber 10 Prozent des Umsatzes / max. 500'000). Daher müssen mehrere Formen pro Unternehmen möglich sein.</p> <p>Antrag: Streichen</p>
Art. 8 (Höchstgrenzen)	<p>Angesichts der historisch einmaligen Sondersituation bzw. der massiven Auswirkungen der Corona-Krise sind die Höchstgrenzen sowohl für Beiträge à fonds perdu als auch für Darlehen zu tief angesetzt. Die Werte müssen nach oben korrigiert werden.</p>
Art. 8 Abs. 1 (Höchstgrenzen)	<p>Die COVID-19-Krise wirkt sich in der Reisebusbranche und im Taxigewerbe deutlich länger aus als nur 9 Monate. Die Fixkosten müssen daher für eine längere Periode gedeckt werden als in den Erläuterungen (S. 6) vorgesehen. Daher muss die Höchstgrenze für Darlehen, Bürgschaften und Garantien entsprechend angehoben werden.</p> <p>Antrag: Die Höchstgrenze sei bei 35 Prozent anzusetzen.</p>
Art. 8 Abs. 2 (Höchstgrenzen)	<p>Aus ordnungspolitischer Sicht ist es richtig, mittels unterschiedlicher Obergrenzen primär die Vergabe von Darlehen, Bürgschaften und Garantie anzustreben. Für die betroffenen Unternehmen sind jedoch Beiträge à fonds perdu sehr viel notwendiger. Nur so kann der Weiterbestand der Firmen gesichert werden. Aufgrund der behördlich verfügten Einschränkungen, die die Notsituation überhaupt erst verursachen, stehen Bund und Kantone diesbezüglich in der Pflicht.</p> <p>Antrag: Die Höchstgrenze sei bei 50 Prozent des Jahresumsatzes von 2019 anzusetzen, auf einen Maximalbetrag pro Unternehmen sei zu verzichten.</p>
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	

4. Abschnitt: Verfahren und Zuständigkeiten

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 12 (Verfahren)	<p>Die Formulierung von Art. 12 Abs. 1 COVID-19-Gesetz, nämlich: «Der Bund kann auf Antrag eines oder mehrerer Kantone Unternehmen (...) in Härtefällen finanziell unterstützen (...), deutet auf eine geteilte Zuständigkeit im Vollzug hin. Dennoch</p>

	<p>soll der Umsetzung der Härtefallhilfe nach den Vorschlägen des Bundesrats vollumfänglich an die Kantone delegiert werden. Damit ist jedoch keinerlei Harmonisierung gewährleistet. Stattdessen wird Tür und Tor geöffnet für eine maximal unterschiedliche Vorgehensweise. Notwendig sind daher einheitliche Beurteilungskriterien bzw. ein Standardverfahren. Ebenfalls sollten Wiedererwägungsgesuche durch den Bund beurteilt werden. Es genügt nicht, lediglich als Prüfinstanz («Abnicken») gemäss Art. 16 aufzutreten.</p> <p>Antrag: Art. 12 sei um einheitliche Beurteilungskriterien zu ergänzen, ebenfalls sei der Bund als Rekursinstanz vorzusehen.</p>
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	

5. Abschnitt: Beiträge des Bundes und Berichterstattung der Kantone

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 14 (Gesamtbetrag)	<p>Aufgrund der zeitlich und quantitativ sehr weitreichenden Auswirkungen der COVID-19-Krise auf Wirtschaft und Gewerbe ist der vorgesehene Beitrag des Bundes von höchstens 200 Mio. Franken viel zu tief angesetzt. In den Schätzungen, die dem Wert zugrunde liegen, werden insbesondere die behördlichen Massnahmen der zweiten Infektionswelle nicht berücksichtigt. Innert Kürze hat sich die Situation für die Unternehmen nochmals verschlechtert, der Hilfebedarf steigt stetig an. Auch im Vergleich zu den 700 Mio. Franken, die dem öV als zusätzliche Unterstützung gewährt wurden, ist der Betrag im Sinne der Gleichbehandlung und Fairness viel zu niedrig.</p> <p>Es ist daher sehr zu begrüssen, dass der Bundesrat in den Erläuterungen (S. 3 / 8 / 12) eine Überprüfung von Umfang und Zeitpunkt der Zahlungen angekündigt hat. Car Tourisme Suisse erachtet es – als eine zentrale Forderung – für unabdingbar, dass weitaus mehr Bundesgelder zur Verfügung stehen.</p> <p>Antrag 1: Streichen. Auf eine Obergrenze der Härtefallhilfe sei grundsätzlich zu verzichten.</p> <p>Antrag 2 (eventualiter): Die Obergrenze sei auf 500 Mio. Franken festzulegen.</p>
Art. 15 (Aufteilung auf die Kantone)	<p>Eine anteilmässige Aufteilung des Gesamtbetrags des Bundes auf die Kantone nach deren BIP und Bevölkerungszahl ist in keiner Weise nachvollziehbar. Nach Art. 12 Abs. 1 COVID-19-Gesetz haben bestimmte Unternehmen bei der Härtefallhilfe explizit Vorrang, namentlich Unternehmen in der Wertschöpfungskette der Eventbranche, Schausteller, Dienstleister der Reisebranche sowie touristische Betriebe. Der schematische Verteilungsschlüssel berücksichtigt jedoch zu wenig, dass die Konzentration solcher Unternehmen von Kanton zu Kanton sehr unterschiedlich sein kann und sich nicht aus dem BIP und erst recht nicht aus der Bevölkerungszahl ergibt. Entscheidend ist stattdessen die Anzahl der bewilligten Härtefallgesuche, d.h. die Zahl der tatsächlichen Härtefälle. Daraus ergibt sich erneut, dass eine Obergrenze des Bundes in Art. 14 keinen Sinn macht.</p> <p>Antrag: Der Artikel sei völlig neu zu formulieren. Die Verteilung der Bundesgelder sei an die Anzahl der bewilligten Gesuche zu koppeln.</p>

Art. 19 (Nachträgliche Kürzung und Rückforderung)	<p>Die Kantone sind gemäss Art. 11 für die Einhaltung der Mindestvoraussetzungen und für die Missbrauchsbekämpfung zuständig. Es ist verständlich, dass sich der Bund daher ein Rückgriffsrecht vorbehält, wenn sich nachträglich herausstellt, dass die Anforderungen von einem Kanton nicht eingehalten wurden. Hingegen sind die Unternehmen, die von Härtefallhilfe profitieren, diesbezüglich weder zuständig noch verantwortlich. Folglich ist eine Kürzung oder Rückforderung der Kantone gegenüber den Firmen von vornherein auszuschliessen.</p> <p>Antrag: Als Abs. 3 (neu) sei die folgende Bestimmung aufzunehmen: «Eine nachträgliche Kürzung oder Rückforderung der Kantone gegenüber Firmen, die im Rahmen der vorliegenden Verordnung Härtefallunterstützung erhalten haben, ist ausgeschlossen.»</p>
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	

6. Abschnitt: Kapitalverlust und Überschuldung und 7. Abschnitt: Schlussbestimmungen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 20 (Kapitalverlust und Überschuldung)	<p>Antrag: Darlehen mit Rangrücktritt seien ebenfalls nicht als Fremdkapital zu berücksichtigen.</p>
Art. 22 Abs. 2 (Inkrafttreten und Geltungsdauer)	<p>Ein Ende der COVID-19-Krise und damit der wirtschaftlichen Auswirkungen ist derzeit nicht absehbar.</p> <p>Antrag: Zu ergänzen sei «und kann je nach Verlauf der COVID-19-Epidemie verlängert werden».</p>
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	

Département fédéral des finances
A l'attention de M. Ueli Maurer
Chef du département fédéral des finances

Par mail uniquement
marianne.widmer@efv.admin.ch
lukas.hohl@efv.admin.ch

Paudex, le 11 novembre 2020
JHB/dv/nas

**Ordonnance concernant les mesures pour les cas de rigueur destinées aux entreprises en lien avec l'épidémie de COVID-19 (ordonnance sur les cas de rigueur COVID-19)
Réponse à la consultation**

Monsieur le Conseiller fédéral,

Nous avons pris connaissance de l'objet cité sous rubrique. Vous trouverez ci-dessous nos remarques et commentaires.

1. Remarque préliminaire

En préambule, nous relevons que le dispositif mis en place dès le 20 mars dernier, notamment le train de mesures pour atténuer les conséquences économiques du coronavirus a permis d'atténuer significativement les conséquences de la pandémie pour les entreprises. C'est tout particulièrement le cas des dispositions prises en matière d'extension de la réduction de l'horaire de travail (RHT) et de la simplification des démarches en la matière. Il est de la première importance que le dispositif soit maintenu sans modification jusqu'à ce que la deuxième vague soit passée. Le régime d'accès à la RHT qui prévalait durant la première phase de la pandémie doit être prorogé dans le temps, au minimum jusqu'au 30 juin 2021, mais plus raisonnablement durant toute l'année 2021. La COVID-19 doit continuer de constituer un risque extraordinaire et imprévisible et non un risque d'exploitation « ordinaire », de sorte que les entreprises qui en sont victimes puissent émarger encore au système de la RHT.

S'agissant du régime actuellement en vigueur, nous relevons aussi que le délai de préavis de 10 jours est fortement pénalisant pour les entreprises, tandis que l'exclusion des CDD touche notamment la branche hôtelière et la restauration. Si la possibilité d'obtenir des indemnités de RHT pour ces catégories de personnel n'était pas réintroduite, on doit sérieusement redouter des licenciements.

Route du Lac 2
1094 Paudex
Case postale 1215
1001 Lausanne
T +41 58 796 33 00
F +41 58 796 33 11
info@centrepatrional.ch

Kapellenstrasse 14
Postfach 5236
3001 Bern
T +41 58 796 99 09
F +41 58 796 99 03
cpbern@centrepatrional.ch
www.centrepatrional.ch

2. Remarques générales sur le projet d'ordonnance

Le projet d'ordonnance fait suite à l'adoption de l'article 12 de la loi COVID-19, qui crée la base légale nécessaire à ce que la Confédération participe aux mesures cantonales de soutien aux entreprises pour les cas de rigueur. Nous prenons note du fait que ce projet a été élaboré par l'administration fédérale, les conférences des chefs de départements cantonaux de l'économie publique et des finances, ainsi que par un groupe de travail regroupant les représentants de sept cantons et du SECO. Nous constatons cependant, pour le regretter, que les organisations faîtières de l'économie n'ont pas été associées à cette élaboration.

Lorsqu'on envisage des mesures pour les cas de rigueur, il est à nos yeux très important que celles-ci respectent les principes suivants : permettre un soutien à un cercle le plus large possible de branches, octroyer ce soutien sur des bases aussi claires que possible et sans complications bureaucratiques et, s'agissant d'aides complémentaires aux soutiens décidés par les cantons, laisser une marge de manœuvre à ceux-ci. Nous devons constater avec satisfaction que ces principes sont très largement respectés dans le projet d'ordonnance soumis à consultation.

Dans ce cadre, il est heureux que l'article 12 de la loi COVID-19 se limite à une énumération exemplative des branches concernées. Il serait faux de réservier les soutiens fédéraux à seulement quelques branches ou secteurs. On sait en effet que de très nombreuses branches et entreprises ont vu leur activité réduite du fait de la pandémie et ont subi des pertes de chiffre d'affaires de ce fait, y compris dans les secteurs qui ne sont pas énumérés de façon exemplative à l'article 12 de la loi. La venue de la deuxième vague, que nous subissons actuellement de plein fouet, ne va certes pas arranger les choses, même dans les activités qui pouvaient espérer un redressement de leur volume d'affaires sur la fin de l'année 2020. Ce dernier élément milite d'ailleurs pour que le montant mis à disposition par la Confédération soit revu à la hausse.

Nous relevons que le projet mis en consultation vise principalement à déterminer les conditions auxquelles la Confédération participe aux mesures cantonales pour cas de rigueur, les cantons décidant librement de l'opportunité de leur octroi et de l'ampleur du soutien. Les règles proposées auront cependant une influence, notamment s'agissant de certains seuils (on pense d'une part au taux de réduction du chiffre d'affaires nécessaire pour être éligible, d'autre part aux montants alloués aux diverses formes de soutien) et on peut penser que, si des soutiens sont accordés, ils se calqueront en grande partie sur le schéma fédéral.

3. Remarques particulières

- Ad art. 1 al. 2 : principes

Il est judicieux que les entreprises détenues par les pouvoirs publics (participation de l'Etat supérieure à 10%) ne puissent émarger au soutien prévu. Il est de même adéquat que l'ordonnance ne prévoie pas d'autres critères d'exclusion, les cantons étant cependant libres de les déterminer.

- Ad section 2 : Exigences relatives aux entreprises :

Ces exigences peuvent en substance être soutenues. La définition d'un chiffre d'affaires minimum, par ailleurs fixé relativement bas (50'000 francs), permet cependant de cibler le soutien sur des entreprises ou des activités qui permettaient à leur propriétaire de subvenir à ses besoins et non constituer un revenu accessoire. Les critères retenus en matière de rentabilité et de mesures prises pour protéger l'entreprise nous paraissent adéquats et n'appellent pas de remarque de notre part.

Les restrictions de l'utilisation (art. 6), si elles sont compréhensibles en ce qui concerne l'interdiction de transfert de fonds hors de Suisse, le sont moins lorsqu'elles concernent l'obligation de garantir que les entreprises bénéficiaires ne distribuent aucun dividende pendant la durée du prêt, du cautionnement ou de la garantie et pendant les cinq années suivant l'obtention d'une contribution non remboursable. On peut sans autre admettre ces restrictions lorsqu'elles concernent des sociétés cotées ou de grandes sociétés. Elles sont bien plus contestables lorsqu'elles touchent directement le propriétaire exclusif (ou largement majoritaire) d'une SA ou Sàrl qui se rémunère d'une part avec un salaire et d'autre part, en fin d'exercice, par des dividendes. On sait que la part de salaire est souvent calculée de manière à sauvegarder la pérennité de l'entreprise et de ne pas augmenter outre mesure les charges. Interdire purement et simplement les dividendes dans un tel cas a pour conséquence, soit de conduire le chef d'entreprise à augmenter son salaire – donc ses charges, soit de l'amener à réduire sa rémunération, ce qui peut poser d'autres problèmes lorsqu'il s'agit de payer les impôts sur la fortune, basés sur la valeur de l'entreprise. Il nous paraît dès lors que le texte pourrait être affiné pour permettre le versement de dividendes – dans un cadre à déterminer, par exemple en le limitant à un pourcentage des versements moyens des cinq dernières années.

- Ad section 3 : Exigences relatives à la forme des mesures pour les cas de rigueur :

La forme des diverses mesures (art. 7) appelle le commentaire suivant. Il nous paraît judicieux que, outre les prêts, cautionnements et garanties, des aides à fonds perdus (contributions non remboursables) puissent être accordées. En revanche, la limitation faite à l'article 7 al. 3, selon laquelle seule une forme d'aide peut être sollicitée par entreprise nous paraît inutilement restrictive. Il ne peut être exclu qu'une entreprise, pour assurer sa survie et sauvegarder les emplois, ait besoin d'une part d'une contribution non remboursable, d'autre part d'un prêt ou d'un cautionnement. Nous proposons de supprimer cet article 7 al.3.

Les plafonds (art. 8) des prêts, cautionnement et garanties ainsi que leur durée peuvent être approuvés ; ils permettent de tabler sur un remboursement. Nous considérons en outre, qu'il y aura lieu de s'aligner sur le taux des prêts COVID-19 octroyés jusqu'au 31 juillet dernier.

- Ad section 4 : Procédure et compétences :

Cette section n'appelle pas de remarque particulière.

- **Ad section 5 ; Contributions de la Confédération et comptes rendus des cantons**

Le montant total de la participation fédérale pour la participation aux mesures cantonales pour les cas de rigueur est fixé à 200 millions de francs au maximum (art. 14). Ce montant – déterminé avant la seconde vague de l'épidémie – est insuffisant en regard des conséquences de celle-ci sur la survie de nombre d'entreprises et donc sur les emplois. Nous considérons qu'il vaut mieux tout mettre en œuvre pour sauvegarder les entreprises et leur permettre de redémarrer dans de bonnes conditions que de verser les indemnités de chômage à leurs collaborateurs une fois qu'elles auront dû se résoudre à fermer. Un montant fédéral augmenté significativement donnera des impulsions supplémentaires aux cantons pour venir en aide aux entreprises sinistrées.

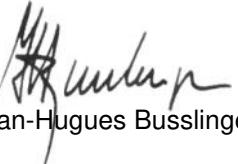
Les autres dispositions prévues n'appellent pas de commentaire de notre part.

4. Conclusions

Moyennant la prise en considération de nos remarques exprimées ci-dessus, en particulier celles relatives aux articles 6, 7 al.3, 8 et 14 du projet mis en consultation, nous pouvons nous rallier au projet présenté.

Nous vous remercions de l'attention que vous aurez prêtée à nos lignes et vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de notre haute considération.

Centre Patronal



Jean-Hugues Busslinger

WilhelmGilliéron

AVOCATS

La future Ordonnance sur les cas de rigueur COVID risque de rater sa cible : deux pistes pour éviter cet écueil

Dans la suite de notre [précédente contribution du lundi 9 novembre 2020](#) au sujet du projet d'Ordonnance concernant les mesures pour les cas de rigueur destinées aux entreprises en lien avec l'épidémie de COVID-19 (l'Ordonnance sur les cas de rigueur COVID), nous souhaitons attirer l'attention de nos lecteurs sur deux éléments des conditions posées par l'article 4 de ce projet d'Ordonnance qui nous paraissent être contre-productives, car susceptibles d'empêcher que cette Ordonnance puisse venir en aide à toute une catégorie d'entreprises qui en ont actuellement urgemment besoin.

Nous pensons aux lettres b et c de l'alinéa 2 du projet de l'article 4 de cette Ordonnance, lesquelles portent sur les conditions auxquelles les entreprises sont réputées « rentables » ou « viables ». Selon ces deux chiffres, pour être « rentables » ou « viables », les entreprises ne doivent pas faire l'objet d'une « procédure concordataire » (lettre b) ni avoir, au 15 mars 2020, « d'arriérés de cotisations sociales » (lettre c).

Ces deux conditions ne sont pas souhaitables selon nous aux motifs suivants :

En ce qui concerne l'exigence que la société ne fasse pas l'objet d'une procédure concordataire, nous sommes d'avis que l'ajout de cette condition s'inscrit en porte-à-faux avec les obligations posées par le droit suisse des sociétés au conseil d'administration de faire diligence dans sa gestion.

Selon l'art. 716a al. 1 al. 1 CO, le conseil d'administration est en effet le seul responsable pour la gestion globale de l'entreprise au niveau stratégique et, selon l'art. 716a al. 1 ch. 5 CO, il est chargé de surveiller les personnes chargées de la gestion de l'entreprise. Tant qu'une société n'est pas en crise, le conseil d'administration remplit généralement ces fonctions en définissant les principaux objectifs de l'entreprise, en approuvant la stratégie développée par l'exécutif et se tenant informé de la mise en œuvre de la stratégie, la réalisation des objectifs et le déroulement général des activités.

Toutefois, en cas de crise financière de l'entreprise, le conseil d'administration ne peut plus s'appuyer sur un contrôle passif de la gestion et sur la seule approbation des stratégies, mais doit introduire des mesures visant à maintenir la liquidité, à retrouver la rentabilité et - si nécessaire - rétablir les fonds propres nécessaires. Le conseil d'administration doit être proactif à cet égard. Il doit même être plus actif qu'en temps ordinaire.

Cette obligation de diligence accrue en temps de crise peut ainsi contraindre le conseil d'administration à approcher ses partenaires financiers, les actionnaires de la société et ses créanciers aux fins de maintenir en vie la société. Dans certains cas, cette obligation de diligence accrue oblige le conseil d'administration à requérir du juge compétent un sursis concordataire dans le but de trouver des solutions d'assainissement avec les créanciers de la société aux fins de convenir avec eux de solutions pragmatiques permettant la poursuite des activités dans la société dans l'optique que tout vaut mieux qu'une mise en faillite.

L'octroi d'un sursis concordataire permet à la société de continuer ses activités, de préserver ses emplois et de continuer à honorer ses engagements, tout en se mettant provisoirement à l'abri de ses créanciers. Il s'inscrit donc directement dans la ligne des mesures qu'un conseil d'administration diligent se doit de prendre en temps de crise, comme celle entraînée par l'actuelle pandémie. Le sursis concordataire - même provisoire - n'est pas accordé à la légère par le juge. Il ne l'est qu'après une requête étayée devant une autorité judiciaire laquelle ne l'accorde que si elle est convaincue des perspectives de succès du concordat, soit de la survie de la société à long terme. Au contraire, si la requête est rejetée par le juge, la poursuite par voie de faillite continue ou l'ouverture de la faillite est demandée.

Une société en sursis concordataire n'est donc pas une société morte, mais une société qui se bat et qui démontre de réelles chances de s'en sortir. Elle mérite d'être aidée et lui refuser le statut d'entreprise viable comme le fait à tort le projet susmentionné va non seulement à l'encontre de l'institution même du sursis concordataire, mais s'inscrit à l'encontre du but même de cette ordonnance, car il contribue à littéralement assassiner nombre de sociétés viables sur le long terme.

En outre, la formulation de la lettre b du projet d'article 4 exclut de fait les sociétés bénéficiant d'une procédure concordataire ce qui a comme possible conséquence que certains conseils d'administration pourraient être tentés de ne pas faire preuve de diligence dans leur gestion et donc de ne pas faire d'annonce au juge afin de pouvoir bénéficier des dispositifs prévus par cette Ordonnance.

En conséquence, il nous semble que la formulation de l'article 4 lettre b ne doit pas mentionner les entreprises en sursis concordataire et que la version modifiée suivante serait préférable : « *sont réputées rentables ou viables les entreprises qui ne font pas l'objet d'une procédure de faillite, ou d'une liquidation au moment du dépôt de la demande* ».

En ce qui concerne la lettre c, à savoir que les entreprises ne sont réputées rentables ou viables que si elles n'ont pas, au 15 mars 2020, d'arriérés de cotisations sociales, cette condition apparaît également comme peu souhaitable et devant être relativisée, au motif suivant :

Certaines sociétés, du fait des RHT, ont dû faire face à des problématiques de trésorerie par la baisse drastique de leurs revenus, souvent liée à la fermeture et à l'interdiction de leurs activités commerciales en raison du COVID-19, tout en devant assumer l'entier de leurs obligations de sécurité sociale. Dans ce cadre, elles ont pu bénéficier d'un plan de paiement accordé par les autorités de sécurité sociale et dûment respecté par ces sociétés.

Dans ces circonstances, il serait injuste que de telles sociétés, dont le conseil d'administration a pris l'ensemble des mesures de diligence afin de pouvoir gérer au mieux cette situation provisoire, mais néanmoins extrêmement difficile, ne soient pas éligibles au sens de l'article 4 du projet d'Ordonnance.

Nous proposons donc de modifier comme suit la lettre c du futur article 4 de l'Ordonnance :

« Sont réputées rentables ou viables les entreprises qui n'avaient pas, le 15 mars 2020, d'arriérés d'impôts envers la Confédération, les cantons et les communes, ni d'arriérés de cotisations sociales et ce, pour autant qu'un plan de paiement n'ait pas été approuvé par l'autorité ad hoc et respecté par ces sociétés au jour du dépôt de la demande d'aide au sens de la présente Ordonnance ».

Par ailleurs, il nous apparaît que le projet d'Ordonnance devrait en outre être complété pour reprendre les termes du dispositif du sursis concordataire COVID-19 qui a cessé de déployer ses effets au 19 octobre 2020 et qui n'est donc, à l'heure actuelle, plus à disposition des entreprises. Cet allégement des conditions de l'octroi du sursis concordataire est un moyen important au bénéfice des entreprises en difficulté du fait des mesures sanitaires et des interdictions de leurs activités commerciales prises dans le cadre de la pandémie du COVID-19.

La situation est grave et de nombreuses entreprises sont en très grand danger à l'heure actuelle. Puissent nos parlementaires s'inspirer des considérations qui précèdent.

Wilhelm Gilliéron Avocats – Me Christophe Wilhelm – 16.11.2020



CH-3003 Berne, Forum PME

Par courriel

marianne.widmer@efv.admin.ch

Administration fédérale des finances
Bundesgasse 3
3003 Berne

Spécialiste: mup
Berne, 13.11.2020

Projet d'ordonnance sur les cas de rigueur COVID-19

Madame, Monsieur,

Notre commission extraparlementaire s'est penchée, lors de sa séance du 4 novembre 2020, sur le projet d'ordonnance concernant les mesures pour les cas de rigueur destinées aux entreprises en lien avec l'épidémie de COVID-19.

Les membres du Forum PME soutiennent, dans ses grandes lignes, le projet d'ordonnance mis en consultation. Nous approuvons également les décisions prises par le Conseil fédéral le 4 novembre dernier, prévoyant une prolongation de l'allocation pour perte de gain COVID-19 pour les personnes indépendantes. Il s'agira en outre, à notre avis, d'examiner dans quelle mesure une réactivation des crédits garantis par un cautionnement solidaire à la suite du coronavirus serait nécessaire et si d'autres mesures devraient éventuellement être encore adoptées afin de faire face à la deuxième vague de la pandémie.

En ce qui concerne le critère du recul du chiffre d'affaires (art. 5 du projet d'ordonnance): en vertu de l'art. 12, al. 1 de la loi COVID-19, un cas de rigueur existe si le chiffre d'affaires annuel est inférieur à 60% de la moyenne pluriannuelle. L'art. 5, al. 1 du projet d'ordonnance indique que ce recul (pour 2020) doit représenter plus de 40% du chiffre d'affaires moyen des années 2018 et 2019. Certains de nos membres estiment que ce seuil de 40% est trop restrictif. Une redéfinition des critères et/ou l'adoption de mesures complémentaires, comme p.ex. la réactivation des crédits garantis par un cautionnement solidaire, devraient pour cette raison à notre avis être examinées.

Nous avons appris que le Conseil fédéral envisage de faire parvenir au Parlement un projet de modification de la loi Covid-19 par voie de message urgent, en vue d'un traitement lors de la session d'hiver 2020. Une modification des critères définis à l'art. 12 de la loi COVID-19 devrait à notre avis être demandée à cette occasion. Il s'agirait d'élargir le champ d'application des mesures de cas de rigueur à un plus grand nombre d'entreprises, en particulier si les crédits garantis par un cautionnement solidaire ne sont pas réactivés et si d'autres mesures de soutien aux entreprises ne sont pas prévues. Plusieurs de nos membres demandent, dans ce cas, de modifier le seuil de l'art. 12, al. 1 de la loi COVID-19 de 60 à 70% (chiffre d'affaires 2020 en pourcentage de la moyenne pluriannuelle). Les cantons pourront

ainsi, s'ils le souhaitent, prévoir des mesures de soutien pour un nombre plus élevé d'entreprises et ainsi éviter des faillites de sociétés rentables ou viables.

Les critères restrictifs définis dans le projet d'ordonnance aux articles 3, al. 1, let. b (chiffre d'affaires d'au moins 50'000 francs en 2019) et 5, al. 1 (recul de plus de 40%) excluent de fait une grande partie des start-up, car elles n'ont pour la plupart peu ou pas de chiffre d'affaires. Elles dépendent cependant de financements externes et se retrouvent particulièrement fragilisées dans cette période de crise. Elles n'ont jusqu'ici malheureusement pu recourir que de manière limitée aux différentes aides prévues, à l'exception notable et appréciée du soutien complémentaire de la Confédération pour les start-up innovantes par cautionnements, qui a pris fin le 31 août 2020. Les mesures actuellement prévues par le Parlement et le Conseil fédéral ne tiennent à notre avis pas suffisamment compte des modèles d'affaires spécifiques des start-up. Nous demandons pour cette raison que le Conseil fédéral propose au Parlement d'adapter l'article 12 de la loi COVID-19 afin que les start-up qui se trouvent dans des cas de rigueur puissent être soutenues par la Confédération et les cantons, si ces derniers souhaitent prévoir de telles mesures.

En ce qui concerne la contribution de la Confédération (art. 14 du projet d'ordonnance), le rapport explicatif indique que le montant prévu de 200 millions de francs résulte d'une extrapolation des besoins ne prenant pas en compte la poussée d'infections liée à la deuxième vague. Or la nécessité de restreindre la vie économique et sociale pour des raisons sanitaires accroît le risque d'une forte augmentation des cas de rigueur. Nous sommes pour cette raison de l'avis que le Conseil fédéral devrait réexaminer à la hausse le montant de sa contribution et l'adapter en conséquence, en particulier si aucune nouvelle mesure n'est prise afin d'atténuer les effets économiques néfastes de la deuxième vague épidémique.

Espérant que nos recommandations seront prises en compte, nous vous prions d'agréer, Madame, Monsieur, nos meilleures salutations.

Jean-François Rime
Co-Président du Forum PME
Industriel, membre de la Chambre
suisse des arts et métiers

Copies à:

- Commissions de la sécurité sociale et de la santé publique du Parlement
- Commissions de l'économie et des redevances du Parlement



Formulaire de réponse: ordonnance concernant les mesures pour les cas de rigueur destinées aux entreprises en lien avec l'épidémie de COVID-19 (ordonnance sur les cas de rigueur COVID-19)

Avis de

Nom / Entreprise / Organisation : **Commission extraparlementaire
Forum PME**

Titre court de l'entreprise /
de l'organisation : [Forum PME](#)

Adresse : Holzikofenweg 36, 3003 Berne

Nom de la personne pouvant
fournir des renseignements : Pascal Muller (secrétariat commission)

Numéro de téléphone : +41 58 464 72 32

Adresse électronique : kmu-forum-pme@seco.admin.ch

Date : 13.11.2020

Important:

1. Ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. Remplir une ligne par article, alinéa ou lettre de l'ordonnance ou par chapitre du rapport explicatif sur lesquels vous souhaitez faire une remarque ou une suggestion.
3. Envoyer le présent document **au format Word** d'ici au **13 novembre 2020** aux adresses électroniques suivantes: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch.

Merci de votre participation.

Remarques générales

Les membres de la commission extraparlementaire Forum PME soutiennent, dans ses grandes lignes, le projet d'ordonnance mis en consultation. Ils approuvent également les décisions prises par le Conseil fédéral le 4 novembre dernier, prévoyant une prolongation de l'allocation pour perte de gain COVID-19 pour les personnes indépendantes. Il s'agira en outre, à leur avis, d'examiner dans quelle mesure une réactivation des crédits garantis par un cautionnement solidaire à la suite du coronavirus serait nécessaire et si d'autres mesures devraient éventuellement être encore adoptées afin de faire face à la deuxième vague de la pandémie.

Section 1 Principe

Thème	Remarque / suggestion
	-
	-
	-

Section 2 Exigences relatives aux entreprises

Thème	Remarque / suggestion
Art. 5	<p><u>Critère du recul du chiffre d'affaires:</u> en vertu de l'art. 12, al. 1 de la loi COVID-19, un cas de rigueur existe si le chiffre d'affaires annuel est inférieur à 60% de la moyenne pluriannuelle. L'art. 5, al. 1 du projet d'ordonnance indique que ce recul (pour 2020) doit représenter plus de 40% du chiffre d'affaires moyen des années 2018 et 2019.</p> <p>Certains membres du Forum PME estiment que ce seuil de 40% est trop restrictif. Une redéfinition des critères et/ou l'adoption de mesures complémentaires, comme p.ex. la réactivation des crédits garantis par un cautionnement solidaire, devraient pour cette raison être examinées.</p> <p>Les membres du Forum PME ont appris que le Conseil fédéral envisage de faire parvenir au Parlement un projet de modification de la loi Covid-19 par voie de message urgent, en vue d'un traitement lors de la session d'hiver 2020. Une modification des critères définis à l'art. 12 de la loi COVID-19 devrait à leur avis être demandée à cette occasion. Il s'agirait d'élargir le champ d'application des mesures de cas de rigueur à un plus grand nombre d'entreprises, en particulier si les crédits garantis par un cautionnement solidaire ne sont pas réactivés et si d'autres mesures de soutien aux entreprises ne sont pas prévues. Plusieurs membres du Forum PME demandent, dans ce cas, de modifier le seuil de l'art. 12, al. 1 de la loi COVID-19 de 60 à 70% (chiffre d'affaires 2020 en pourcentage de la moyenne pluriannuelle). Les cantons pourront ainsi, s'ils le souhaitent, prévoir des mesures de soutien pour un nombre plus élevé d'entreprises et ainsi éviter des faillites de sociétés rentables ou viables.</p> <p>Les critères restrictifs définis dans le projet d'ordonnance aux articles 3, al. 1, let. b (chiffre d'affaires d'au moins 50'000 francs en 2019) et 5, al. 1 (recul de plus de 40%) excluent de fait une grande partie des start-up, car elles n'ont pour la plupart peu ou pas de chiffre d'affaires. Elles dépendent cependant de financements externes et se retrouvent particulièrement fragilisées dans cette période de crise. Elles n'ont jusqu'ici malheureusement pu recourir que de manière limitée aux différentes aides prévues, à l'exception notable et appréciée du soutien complémentaire de la Confédération pour</p>

	les start-up innovantes par cautionnements, qui a pris fin le 31 août 2020. Les mesures actuellement prévues par le Parlement et le Conseil fédéral ne tiennent, de l'avis des membres du Forum PME, pas suffisamment compte des modèles d'affaires spécifiques des start-up. La commission demande pour cette raison que le Conseil fédéral propose au Parlement d'adapter l'article 12 de la loi COVID-19 afin que les start-up qui se trouvent dans des cas de rigueur puissent être soutenues par la Confédération et les cantons, si ces derniers souhaitent prévoir de telles mesures.
	-
	-

Section 3 Exigences relatives à la forme des mesures pour les cas de rigueur

Thème	Remarque / suggestion
	-
	-
	-

Section 4 Procédure et compétences

Thème	Remarque / suggestion
	-
	-
Lutte contre les abus	[Remarques / suggestions concernant la forme et la concrétisation de la lutte contre les abus]

Section 5 Contributions de la Confédération et comptes rendus des cantons

Thème	Remarque / suggestion
Art. 14	<u>Montant de la contribution de la Confédération:</u> le rapport explicatif indique que le montant prévu de 200 millions de francs résulte d'une extrapolation des besoins ne prenant pas en compte la poussée d'infections liée à la deuxième vague. Or la nécessité de restreindre la vie économique et sociale pour des raisons sanitaires accroît le risque d'une forte augmentation des cas de rigueur. Le Forum PME est pour cette raison de l'avis que le Conseil fédéral devrait réexaminer à la hausse le montant de sa contribution et l'adapter en conséquence, en particulier si aucune nouvelle mesure n'est prise afin d'atténuer les effets économiques néfastes de la deuxième vague épidémique.
	-

	-
Questions additionnelles aux cantons destinées à l'estimation des besoins de financement	
	<ul style="list-style-type: none">• Votre canton prévoit-il de prendre des mesures pour les cas de rigueur?• Si oui, sous quelle forme (prêts, cautionnements, garanties ou contributions non remboursables)?• Première estimation en vue de la détermination des besoins financiers <i>globaux</i> dans votre canton (contributions à fonds perdu et <i>pertes</i> sur prêts, cautionnements et garanties que la Confédération devrait financer pour moitié)

Section 6 Perte de capital et surendettement

Section 7 Dispositions finales

Thème	Remarque / suggestion
	-
	-
	-

Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

1. Ausgangslage

CruiseCenter, als unabhängiger Reisespezialist und somit interessierter Kreis möchte auf den Entwurf für die Härtefallverordnung vom Bundesrat Stellung nehmen.

Die noch nie dagewesene Krise trifft die Schweizer Reisebranche unverschuldet. Zusätzlich besteht bereits eine starke Marktverzerrung aufgrund **ausländischer Subventionen**. Länder der EU haben die Notlage der Reisebranche erkannt und bereits Subventionen gesprochen und in der Schweiz sind zahlreiche ausländische Reisekonzerne mit ihren Ablegern tätig (Bsp: Kuoni, TUI, FTI, Club Med).

Der Schweizer Tourismus, im Fachjargon „**Incoming**“, bekam zügig ein Hilfspaket vom Bund von 20 Millionen, um Ferien in der Schweiz zu bewerben. [Quelle SRF 10vor10, 15.04.2020](#). Des Weiteren haben Reisebüros die Solidarität mit Schweizer Tourismus gesucht, jedoch ohne Rückmeldungen. Mehr Infos [hier](#).

Die **Outgoing**-Tourismusbranche wurde ebenfalls von der Corona-Pandemie und den damit einhergehenden Massnahmen zur Verhinderung der Ausbreitung der Krankheit tief ins Mark getroffen. Zusätzlich hat die Quarantäneliste das erhoffte Wintergeschäft für den Outgoing Tourismus komplett lahm gelegt.

Es trifft insbesondere die **Spezialisten** im Reiseveranstaltergeschäft, welche sich auf eine bestimmte Region und/oder Produkt spezialisiert haben, wie Asien-, Latinamerika-, USA- und Kreuzfahrten Spezialisten etc., welche massgebend die Lieferanten für die kleineren unabhängigen Reisebüros sind. Ein Spezialist zeichnet sich durch sein sehr facettenreiches Know-how in einem Fachgebiet aus. Der Spezialist investiert insbesondere in Manpower und ist die **Anlaufstelle für Generalisten**, wenn es in diesem Bereich ein Problem oder Fragen gibt.

Ein Tour Operator wiederum hat als Generalist durch seine Diversität an Leistungen die Möglichkeit, schnell auf andere Ferienformen zurückzugreifen, wie aktuell auf Schweizerferien zu setzen anstatt auf Auslandreisen. Bei den Touroperator dominieren DER Touristik Suisse AG (Kuoni), Globetrotter Group AG, Hotelplan Suisse, ITS Coop Travel, Knecht Reisegruppe und TUI Suisse Ltd. (in alphabetischer Reihenfolge).

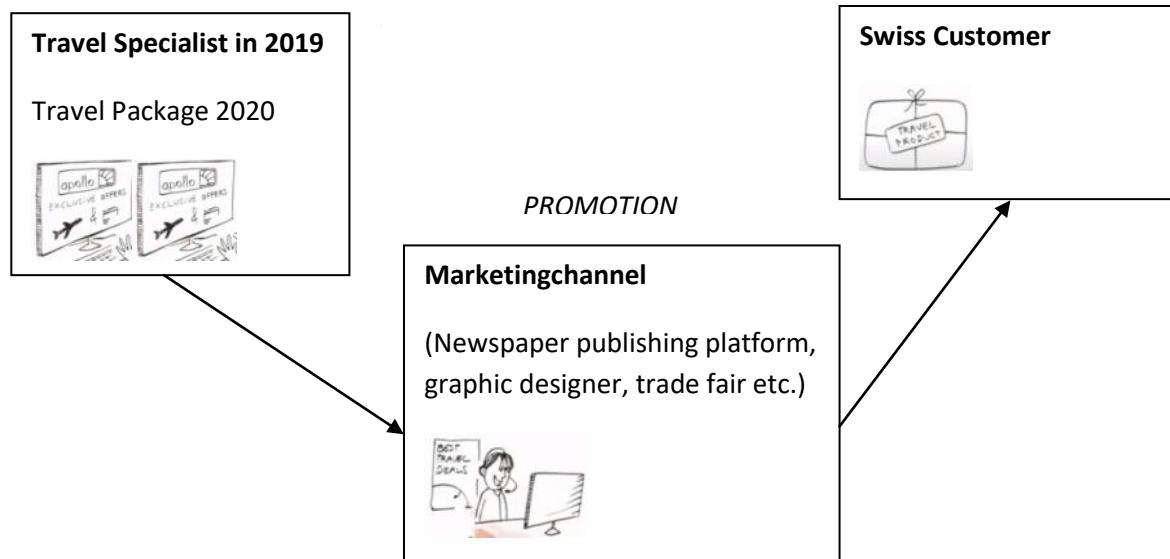
Es ist nun überlebensentscheidend, dass unabhängige Spezialisten, die sich ausschliesslich auf ein Outgoing Produkt spezialisiert haben, so rasch als möglich ein Hilfspaket erhalten. Andernfalls müssen diese ihre Bilanzen deponieren, weil das Eigenkapital negativ ist.

Vielen Politikern und Entscheidungsträgern ist noch **nicht klar was Outgoing und Incoming Tourismus bedeutet**. Der Outgoing Tourismus ist ein grosser Auftraggeber für inländische Verlage, Grafiker, Texter, Übersetzer, Druckereien, IT-Service, Telefonie, Messen, Taxiservice und Busunternehmer, was der Incoming Tourismus wiederum im Ausland ist.

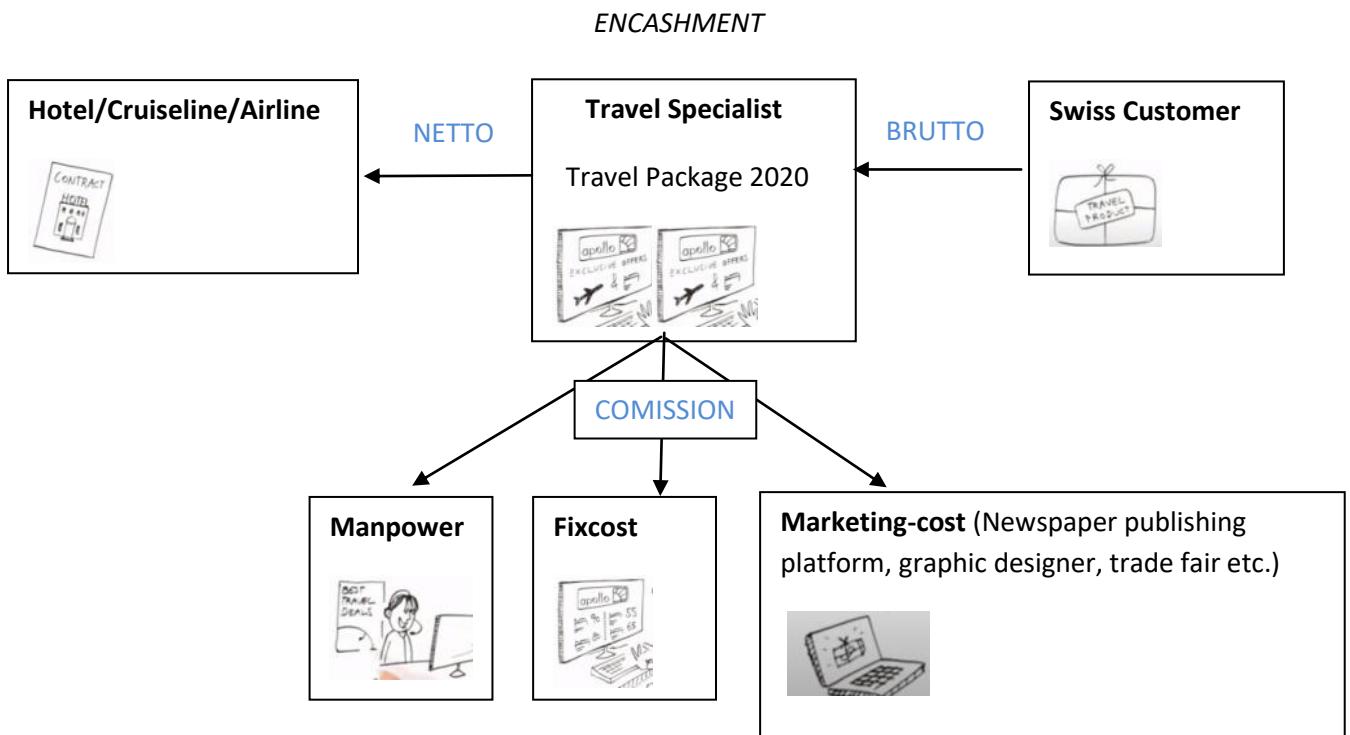
Zusätzlich liegt das grosse Problem im Tourismus darin, dass wir die **Kundengelder** vollumfänglich an unsere Schweizer Kunden und Kundinnen **zurückzahlen müssen** gemäss Pauschalreisegesetz Art. 10.

2. Was bedeutet das?

Ein Reiseveranstalter (Spezialist) hat im Jahre 2019 eine Reise für 2020 aufbereitet, vermarktet und erfolgreich an Schweizer Kunden verkauft.

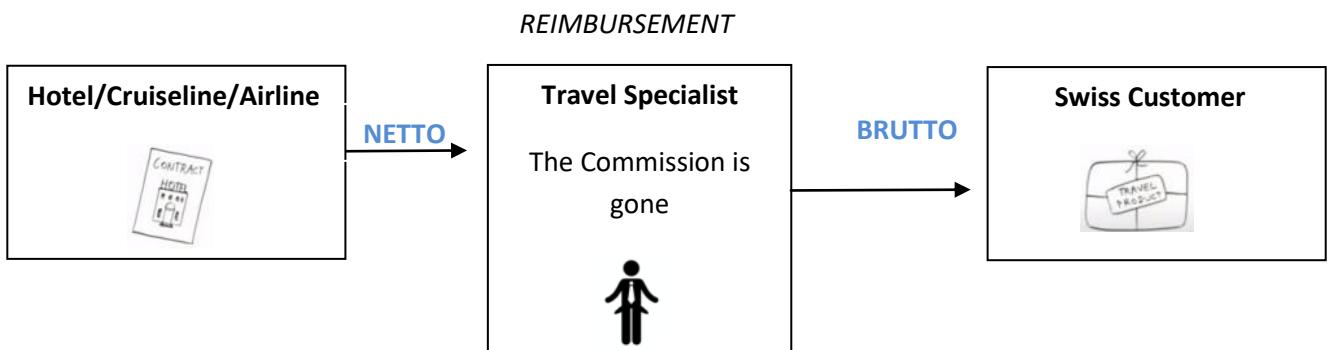


Der Kunde macht die Zahlung an den Reiseveranstalter (Spezialist), der seine Provision einbehält und den Nettopreis anschliessend den Hotels/Airlines/Reedereien zahlt. Mit der Provision zahlt der Reiseveranstalter (Spezialist) die Mitarbeiter, Fixkosten (wie Miete und Webseite) und insbesondere die Marketingkosten.



Alle im Jahr 2019 verkauften Reisen wurden seit Mitte März bis praktisch Ende 2020 wegen der Covid-19-Pandemie abgesagt.

Gemäss gesetzlichen Bestimmungen durch das veraltete Pauschalreisegesetz sind nun die Reiseveranstalter (Spezialisten) verpflichtet, den BRUTTO-Betrag an die Schweizer Kunden zurückzuerstatten. Somit verliert der Reiseveranstalter (Spezialist) wie auch das Reisebüro (Retailer) seine ganze Provision bzw. Rendite.



Es ist wichtig zu verstehen, dass ausländische Hoteliers, Airlines und Reedereien keineswegs Bruttobeträge an den Reiseveranstalter (Spezialisten) vergüten, sondern nur den NETTO Betrag. Wenn überhaupt, denn bei den Airlines arbeiten die Reisebüros (Retailers) ohne jegliche Provision (Kommission), sie verlangen von den Kunden eine sogenannte Auftragspauschale, welche sie ebenfalls gemäss Pauschalreisegesetz (PRG) an die Kunden rückerstatteten sollten.

3. Was bedeutet das für die Härtefallmassnahmen?

Mittelständische Unternehmen fallen bei den aktuellen Härtefallmassnahmen mehr oder weniger durchs Raster. **Die Hilfen müssen dem tatsächlichen Bedarf angepasst werden**, sonst werden ausgerechnet die besonders starken und innovativen Unternehmer geschwächt, weil sie in eine unverschuldete Überschuldung rutschen.

Die erwirtschaftete Bruttomarge 2019 wird mit den gesprochenen Geldern nicht gedeckt.

Im 2019 haben wir Reisen für 2020 verkauft und mit dieser Bruttomarge haben wir Marketing-, Fixkosten und Löhne bezahlt. Durch das, dass wir im 2020 gemäss veralteten Pauschreisegesetz BRUTTO an die Kunden auszahlen müssen, haben wir quasi im 2019 gratis gearbeitet. Durch das praktische Berufsverbot laufen zusätzlich Fixkosten im 2020.

Die Höhe der nötigen Entschädigung beläuft sich auf die erwirtschaftete Marge des Umsatzes 2019.

Mit den aktuellen Härtefallmassnahmen wird die Konkurswelle um ein oder zwei Monate verschoben. Es ist ein Tropfen auf den heißen Stein.

Dazu kommt, dass die bereitgestellten Covid-19 Kredite von der Reisebranche nur teilweise beantragt wurden, weil die durchschnittliche Nettomarge der Reisebranche (Branchenkennzahl) bei 1-1.5 % liegt was bei der Rückzahlung des vollen Kredites von 10 % des Umsatzes eine zehnjährige Abzahlung bedeutet. Das ist wirtschaftlich kaum zu stemmen. Die Konkurslegung und der Neuanfang sind für viele Betriebe die «kostengünstigere» Lösung.

4. Wieso verzeichnen wir aktuell kaum einen Reisebüro-Konkurs?

Der Garantiefonds der Schweizer Reisebranche zum Beispiel hat bis Ende Oktober noch keinen einzigen Reisebüro-Konkurs ausser jenem von STA Travel verzeichnet.

Es gibt viele Reisebüros die aktuell auf ordentlichem Weg schliessen, was sehr lobenswert ist.

Dem Weiteren liegt es auch am **Durchhaltewillen** einer krisenerprobten Branche (Vulkanausbrüche, Waldbränd etc.), die nicht aufgeben will.

Insbesondere kleine Reisebüros und Reiseveranstalter (Spezialisten) haben alles darangesetzt, die Schweizer Kunden aus den Krisengebieten zu holen, in kurzen Wartezeiten erreichbar zu sein, Umbuchungen vorzunehmen (Mehrfach), Rechtsgebaren zu erledigen und Rückzahlungen zu tätigen. Zusätzlich mussten die Reisebüros die laufend ändernden Covid-19 Massnahmen erläutern und die aktuellsten Reisebedingungen kommunizieren. Das alles ging auch an versierten und krisenerprobten Reisebüromitarbeiter/innen nicht ganz spurlos vorbei und **ist noch immer eine starke psychische Belastung.**

5. Wie sollen die konkreten Forderungen aussehen?

1. **Kleine Reisebüro-Unternehmen** mit 1 bis 9 Mitarbeiter
 - Erwerbsersatzleistungen für Inhaber
 - Weiterführung der Kurzarbeit bis mindestens September 2021*
 - Sollte ein Reisebüro Konkurs gehen:
 - o übernimmt der Garantiefonds oder ein anderer im Markt akzeptierter Versicherer, wo das Reisebüro versichert ist, die einbezahlten Gelder bei einer Pauschalreise.
- Covid19-Überbrückungskredit wurde sehr beschränkt bezogen. Einige haben diesen aufgenommen, jedoch bis Ende September nicht aktiv eingesetzt. Andere haben diesen Kredit gar nicht aufgenommen und als Inhaber lieber das Eigenkapital mit Privatgeld aufgestockt.
→ Strukturanpassung oder ordentlicher Konkurs zwingend notwendig
2. Reisebüro-Unternehmen (**Spezialisten** – Veranstalter&Vermittler) mit 10 bis 50 Mitarbeiter, ausschliesslich Firmen welche an einer der ausgewiesenen Kundengeldsicherungen angeschlossen sind
 - Weiterführung der Kurzarbeit bis September 2021*
 - **Ertragsausfallentschädigung** (gemäss Voraussetzung vom Bund, 04.11.2020) **in Form eines Beitrages à-fonds-perdu von 15 % des Umsatzes 2019**, der die ausgefallene Marge ersetzt, weil wir BRUTTO auszahlen mussten. Somit ist das Eigenkapital positiv.
- Covid19-Überbrückungskredit wurde sehr beschränkt bezogen, weil eine Rückzahlung von 10% des Umsatzes fast unmöglich ist.
 - Liquidität ist dank Rückzahlungen von Leistungsträger plus anstehenden Kunden-Restzahlungen für Reisen im Jahr 2021 noch vorhanden.
 - Akut wird jedoch Überschuldung vorliegen, weil kaum Einnahmen generiert werden und Fixkosten laufen.
- Beteiligung Bund und Kanton 80/20.
3. **Reiseveranstalter (Touroperators)** mit einer Grösser von über 50 Mitarbeitern und mehr
 - Touroperators wie: Hotelplan, Kuoni DER Touristik, Tui Suisse sowie Knecht Reisen und Globetrotter Group AG etc. werden für Ihre Bedürfnisse eigene Lösungen ausarbeiten oder haben bereits Kontakte mit den zuständigen Institutionen.
 - Ausserdem erhalten die Touroperators von ihren Mutterkonzernen frisches Geld, was die aktuelle Situation für sie etwas erleichtert.

*Bern, 01.07.2020 - Der Bundesrat hat am 1. Juli 2020 die Höchstbezugsdauer von Kurzarbeitsentschädigung von zwölf auf achtzehn Monate verlängert. Zudem gilt eine Karenzfrist von einem Tag. Diese Verordnungsänderung tritt am 1. September 2020 in Kraft und gilt bis am 31.12.2021.

6. Welche Perspektive geben diese Sofortmassnahmen der Reisebranche?

- Mit diesen Sofortmassnahmen können wir gewährleisten, dass der Schaden für die Schweizer Konsumenten und Steuerzahler am geringsten ausfällt. Dazu kommt, dass grosse Veranstalter auch an mangelnden Buchungen (frischen Geld) leiden, wenn Spezialisten ihr Produkt/Destination nicht mehr aktiv verkaufen.
- **Kleine Reisebüros** können Ihren vertraglichen Verpflichtungen nachgehen und sich neu Ausrichten oder allenfalls das **Geschäft ordentlich auflösen**. Die kleinen Reisebüros können nach der Covid19-Pandemie wieder das Geschäft eröffnen/aktivieren, Marktbarrieren sind tief.
- Spezialisten können ein positives Eigenkapital vorweisen. Das Überleben des Spezialisten ist garantiert und **die Umstrukturierung kann vorgenommen werden**.
- Die Kundengeldabsicherung, welche für eine grössere Konkurswelle nicht gewappnet ist, wird massiv entlastet und wird vor einem Kollaps bewahrt, ebenfalls entlastet werden die Konkursämter.
- Die **Kunden** können Ihre **Reisegutscheine mit mehr Sicherheit einlösen. Der Solidarität in Krisen wird gedankt**.

Es darf nämlich nicht sein, dass am Schluss nur noch ausländische Plattformen wie Expedia und Booking.com das Schweizer Reiseverhalten dominieren.

Dieses Vorgehen bedingt jedoch ein rasches und visionäres handeln, um Schweizer Spezialisten aufrecht zu erhalten.

Viele Schweizer Kunden, die entweder einen Reisegutschein akzeptiert oder umgebucht haben, zeigen Solidarität, was in Krisen wichtig ist. Kunden die, die Rückzahlung angefordert haben, haben in der Krise gewonnen, **auf Kosten der Arbeitslosigkeit und zur Überschuldung der Reisebranche beigetragen** (weil die Kommission verloren gegangen ist).

7. Was sind die Zukunftsaußichten?

Zum Jahresende werden erste Impfstoffe erwartet. Dann könnte sich die Lage schnell bessern. Aber der Markt muss sich erst mal erholen. Wenn die Politik also am Erhalt eines gesunden, vielfältigen und mittelständisch geprägten Reisevertriebs Interesse hat, müssen jetzt Gelder gesprochen werden.

Alles andere hiesse, den Reisevertrieb künftig einigen wenigen **riesigen Playern zu überlassen.**

Zusätzlich muss das **Pauschalreisegesetz** mit einer Motion dringendst **revidiert** werden.

Reisebüros können nicht alle Risiken für die Insolvenz von Leistungsträger gegenüber den Kunden tragen. Hier muss dringendst eine Task Force erstellt werden und dieses Gesetz der heutigen Zeit anzupassen.

Die Schweizer Reisebranche hat sich schlussendlich bisher sehr fair und äusserst kulant gegenüber den Kunden in dieser schwierigen Zeit verhalten.

Wir danken für Ihr Interesse und Engagement und stehen Ihnen für weitere Details und Fragen jederzeit gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
George Studer
Reisebüro Inhaber CruiseCenter AG, Kreuzfahrten-Spezialist.

[Der Gewerbeverein] [Association suisse des arts et métiers]

Bern, 7. November 2020

Eingereicht an:

marianne.widmer@efv.admin.ch; lukas.hohl@efv.admin.ch

Sehr geehrte Frau Widmer, sehr geehrter Herr Hohl

Beiliegend unsere Stellungnahme betreffend der Verordnung über
Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-
Epidemie. Wir bedanken uns für die Kanntnisnahme.

Freundliche Grüsse
«Der Gewerbeverein»



Pierre Dubler
Ressort «Politik»



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Eidgenössische Finanzverwaltung EFV

Antwortformular: Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : «Der Gewerbeverein»

Abkürzung der Firma / Organisation : DGV

Adresse : Morillonstrasse 77

Kontaktperson : Pierre Dubler

Telefon : +41 79 408 90 49

E-Mail : pierre.dubler@dergewerbeverein.ch

Datum : 7. November 2020

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Tabellenzeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word-Dokument** bis am **13. November 2020** an folgende E-Mail Adressen: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme!

Allgemeine Bemerkungen

«Der Gewerbeverein» bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme zur Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie.

«Der Gewerbeverein» stützt sich bei dieser Stellungnahme auf Rückmeldung seiner Mitglieder*innen. Es besteht dringender Handlungsbedarf. Um eine vielfältige Wirtschaftslandschaft auch in Zukunft zu gewährleisten, fordert «Der Gewerbeverein» die involvierten Behörden zu raschem, unkompliziertem, lösungsorientiertem und unbürokratischem Handeln auf!

1. Abschnitt: Grundsatz

Thema	Bemerkung/Anregung
Art.1	Absatz 1: «Der Gewerbeverein» hätte eine rasche Bundes-Lösung bevorzugt, respektiert jedoch die föderalistische Lösung, die vorliegt. Wir fordern den Bundesrat auf, die Kantone zu rascher Umsetzung der Regelungen in den Kantonen anzumahnen, damit sich die Auszahlung der dringend benötigter Unterstützungsgelder nicht unnötig verzögert.
Art.1	Absatz 2: «Der Gewerbeverein» begrüßt eine transparente und faire Regelung betreffend des Anspruchs auf Unterstützung und verlangt dementsprechende Kontrollmechanismen. Insbesondere begrüßt «Der Gewerbeverein» den Ausschluss von so genannten Briefkastenfirmen vom Anspruch auf Unterstützung

2. Abschnitt: Anforderungen an die Unternehmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art.2	Absatz 1: «Der Gewerbeverein» begrüßt die Regelung, dass der Bund nur Härtefallmassnahmen mitfinanzieren soll, wenn die Wertschöpfung der unterstützten Unternehmen mehrheitlich in der Schweiz erfolgt und verlangt dementsprechende Garantien respektive Kontrollen dazu auch von den Kantonen.
Art.4	Absatz 2: «Der Gewerbeverein» verlangt, dass bei der Beurteilung der Überlebensfähigkeit einer Unternehmung die allfällig geschuldeten Sozialversicherungsbeiträge, die auf Grund von bereits im Frühjahr auf Grund behördlicher Massnahmen bestehenden, unverschuldeten Liquiditätsengpässen geschuldet sind, nicht oder mit Umsicht berücksichtigt werden
Art.4	Absatz 3: «Der Gewerbeverein» begrüßt die Regelung, dass in unterstützten Firmen KEINE Dividenden, Tantiemen und Ähnliches ausbezahlt werden dürfen und verlangt diesbezüglich strenge Kontrollen und im Falle eines Verstosses dieser Regelung drastische Strafen.
Art.6	«Der Gewerbeverein» begrüßt die Regelung, dass unterstützten Firmen KEINE Mittelabflüsse an ausländische Mutterhäuser tätigen dürfen und verlangt diesbezüglich strenge Kontrollen und im Falle eines Verstosses dieser Regelung drastische Strafen und nicht nur die Rückzahlung der Unterstützungsbeiträge.

3. Abschnitt: Anforderungen an die Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art.7	Absatz 3: «Der Gewerbeverein» unterstützt die Regelung über einen einfachen und raschen Vollzug der Verordnung und fordert die Kantone und deren Behörden auf, diese Regelungen rasch umzusetzen.
Art.8	Absatz 1: «Der Gewerbeverein» begrüßt die Regelung der Höchstgrenzen pro Unternehmung.
Art.9	«Der Gewerbeverein» begrüßt die Freigabe von verschiedenen Datenquellen (zB. Mehrwertsteuerdaten) des Bundes zH. Der Kantone für eine wirksame und effektive Missbrauchsbekämpfung. «Der Gewerbeverein» verlangt jedoch in diesem Zusammenhang griffige Datenschutz-Massnahmen um zu verhindern, dass diese Daten über die Missbrauchsbekämpfung hinaus verwendet werden oder in falsche Hände geraten.
Art.11	«Der Gewerbeverein» begrüßt möglichst einfache Regelungen betreffend der Einreichung der Unterlagen eines Unternehmens um die Voraussetzung zur Unterstützung zu prüfen. «Der Gewerbeverein» begrüßt zudem scharfe, nachträgliche Stichprobenkontrolle mit entsprechenden scharfen Sanktionen bei Fehlverhalten.

4. Abschnitt: Verfahren und Zuständigkeiten

Thema	Bemerkung/Anregung
Art.12	«Der Gewerbeverein» begrüßt die vorgesehenen Verfahren und mahnt wiederum die rasche Umsetzung an.
Art.13	«Der Gewerbeverein» begrüßt grundsätzlich die Umsetzung durch die Kantone und mahnt auch hier die rasche Umsetzung an.
Missbrauchsbekämpfung	«Der Gewerbeverein» begrüßt die vorgeschlagenen Missbrauchsbekämpfungsmaßnahmen und fordert eine konsequente Umsetzung. → Bereits im Kommentaren zu Art. 4, Art. 6 und Art. 11 ausgeführt.

5. Abschnitt: Beiträge des Bundes und Berichterstattung der Kantone

Thema	Bemerkung/Anregung
Art.16	«Der Gewerbeverein» fordert die Kantone auf, die Einreichung der Unterlagen mit den Regelungen für die Umsetzung der Verordnung rasch zu erarbeiten und beim Bund einzureichen – die hierzu gesetzten Fristen erscheinen massvoll, die grosszügige Auslegung darf jedoch nicht zu einer Verzögerung der Auszahlung von Unterstützungsgeldern führen.

6. Abschnitt: Kapitalverlust und Überschuldung und 7. Abschnitt: Schlussbestimmungen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art.20	«Der Gewerbeverein» begrüßt und unterstützt die Regelungen betreffend Kapitalverlust und Überschuldung.
Art.22	«Der Gewerbeverein» verlangt, dass die Kantone auch ohne Zusicherung des SECO Auszahlungen vornehmen.
Finanzielle und personelle Auswirkungen	«Der Gewerbeverein» verlangt, dass der Bund die Kantone dringend auffordert, Härtefallmassnahmen zu ergreifen. Zudem fordert «Der Gewerbeverein» den Bund auf, die Höchstgrenze seiner bereits zugesagten Unterstützung gegenbenenfalls anzupassen.



Antwortformular: Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation:

EXPO EVENT Swiss LiveCom Association, Verein
Schweizer Stadion- und Arenabetreiber, Schweizerischer
Bühnenverband, Schausteller Verband Schweiz, Swiss
Music Promoters Association, PromoterSuisse, Schweizer
Verband der Festzeltbauer, Schweizer Verband Technischer
Bühnen- und Veranstaltungsberufe, Verband
Schweizerischer Sicherheitsdienstleistungs-Unternehmen,
Orchester.ch, Association Événements Congrès Genève

Abkürzung der Firma / Organisation:

EXPO EVENT, VSSA, SBV, SVS, SMPA, TECTUM,
PromoterSuisse, svtb-astt, VSSU, Orchester.ch, AECG

Adresse:

Kapellenstrasse 14, 3011 Bern

Kontaktperson:

Christoph Kamber, Präsident EXPO EVENT /
Geschäftsstelle EXPO EVENT

Telefon:

079 679 12 36
058 796 99 54

E-Mail:

christoph.kamber@redspark.ch
info@expo-event.ch

Datum:

11.11.2020

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Tabellenzeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word-Dokument** bis am **13. November 2020** an folgende E-Mail Adressen: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme!

Allgemeine Bemerkungen

- Die Eventbranche steht finanziell am Abgrund!**

Seit 8 Monaten ist die Branche in einem faktischen Lockdown. Entweder war oder ist die Berufsausübung behördlich ganz verboten. Ist dies zumindest teilweise zulässig, wird die Teilnehmeranzahl so stark beschränkt, dass sich der Anlass wirtschaftlich nicht lohnt. Zudem ist bei den Bestellern/Besuchern das Vertrauen weggebrochen. All dies führt dazu, dass quasi ein Berufsverbot herrscht. Und dies bei gleichbleibenden Fixkosten! Die Schere zwischen ausbleibenden Einnahmen und weiterlaufenden Kosten öffnet sich immer mehr. Der finanzielle Kollaps, sprich Konkurs, kommt immer näher.

- Hilfe braucht es jetzt und sofort!**

Das Härtefallprogramm muss spätestens am 1. Dezember 2020 operationell laufen. Und dies nicht einzig auf Bundesebene, sondern flächendeckend und nach denselben Rahmenbedingungen in allen Kantonen. Wenn der Bund am 1. Dezember bereit ist, werden dies viele Kantone noch nicht sein. Aber damit die Bundeshilfe fließt, muss nach aktueller Ausgestaltung des Covid-19-Gesetzes der Kanton den Startschuss erteilen und seine Hilfe, die dann vom Bund verdoppelt werden kann, sprechen. Wenn am

1. Dezember nicht alle Kantone ihre Hausaufgaben gemacht haben, hat dies eine nicht gerechtfertigte wettbewerbsverzerrende Wirkung. Bin ich mit meinem Unternehmen im Standortkanton X ansässig, profitiere ich von Härtefallmassnahmen. Bin ich bei gleicher finanzieller Ausgangslage im Kanton Y ansässig, bekomme ich nichts. Dies kann nicht der Wille des Gesetzgebers gewesen sein! Es müssen alle Unternehmen – wie bei den Covid-19-Krediten – gleichbehandelt werden. Deshalb muss der Bund in die Vorleistungspflicht. Zudem soll schweizweit dasselbe einfache Standardverfahren zur Anwendung gelangen, anstatt kantonaler Wildwuchs. Auch hier ein Vergleich zu den Covid-19-Krediten: Über das Tool EasyGov könnten schnell, unbürokratisch und einheitlich Härtefallmassnahmen abgewickelt werden.

- Das Hilfsprogramm ist massiv aufzustocken!**

CHF 200 Mio. auf Bundesebene werden einzig einen Tropfen auf den heißen Stein sein. Es braucht auf Bundesebene mindestens CHF 600 Mio. Bei den Härtefallmassnahmen geht es um gezielte Einzelfallhilfe. Gerade auch grosse Unternehmen, die sehr hohe Fixkosten haben, werden diese in Anspruch nehmen müssen. Deshalb ist eine Deckelung des Beitrages im Prinzip falsch. Ist hingegen eine Deckelung gewollt, muss diese ausreichend hoch bemessen sein. Andernfalls regieren aufgrund des Prinzips «first come, first served» Zufall und Willkür. Beides ist nicht erwünscht.

1. Abschnitt: Grundsatz

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 1 Abs. 2 lit. a	<p>Verhindert werden soll gemäss den Erläuterungen, dass «Unternehmen in staatlicher Hand keinen Anspruch auf kantonale Härtefallmassnahmen haben».</p> <p>Auch wenn dem im Grundsatz zugestimmt werden kann, ist die gewählte Grenze von 10% zu tief. 10% entsprechen nicht einem «strategischen Interesse» bei einer staatlichen Beteiligung. Ein «strategisches Interesse» soll aber nach den Erläuterungen vorliegen. Ein solches weise darauf hin, dass den zuständigen Staatsebenen zumutbar sei, das Unternehmen mit eigenen Mitteln zu stützen ohne Härtefallmassnahmen zu benötigen.</p> <p>Mit der willkürlichen Annahme von 10% einer staatlichen Beteiligung wird zudem ein <u>ganzer Bereich</u> von den Härtefallprogrammen <u>ausgeschlossen</u>: Die <u>Messebetreiber</u>. Diese haben quasi unisono eine staatliche Beteiligung, welche über 10% liegt. Die Messen sind aber mitunter eine Branche, welche von den Covid-Massnahmen am unmittelbarsten und härtesten getroffen wurden. Auch dieser Branche müssen Härtefallmassnahmen zugestanden werden können.</p>

	<p>Ein Ausschluss der Messeunternehmen aus dem Härtefallprogramm ist nicht nachvollziehbar, zumal die finanziellen Mittel der Kantone ohnehin schon ein Schwachpunkt der Härtefallregelung darstellen.</p> <p>Antrag</p> <p>Deshalb ist anstelle der 10% ein <u>Grenzwert von 50%</u> vorzusehen.</p>
--	--

2. Abschnitt: Anforderungen an die Unternehmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 3 Abs. 3	<p><u>Neugründungen</u> von Unternehmen nach dem 01.01.2020 werden somit <u>de facto</u> von Härtefallmassnahmen <u>ausgeschlossen</u>. Wenn Neugründungen nachdem 01.01.2020 erfolgten, müssen zuerst Kundenkontakte aufgebaut und gestützt darauf die Geschäftstätigkeit entwickelt werden. Umsatz kann daher nicht, oder nur in sehr bescheidenem Ausmass generiert werden. Die Investitions- und Personalkosten laufen jedoch bereits ab Gründung. Damit sind Jungunternehmer doppelt gestraft mit einer Umsatzgrenze von CHF 50'000.</p> <p>Antrag</p> <p>Für Jungunternehmen ist die Umsatzgrenze auf CHF 5'000 zu reduzieren.</p>
Art. 4 Abs. 1 lit. c	<p>Das Doppelsubventionierungsverbot ist grundsätzlich richtig.</p> <p><u>Nicht richtig</u> ist jedoch, wenn bei einer Annahme durch das Parlament auch das <u>Geschäftsmietegesetz</u> in den Anwendungsbereich des Doppelsubventionierungsverbots fällt, wie dies in den Erläuterungen vorgesehen ist.</p> <p>Mit diesem Gesetz würde in ein privatrechtliches Verhältnis eingegriffen. Eine <u>Hilfeleistung durch staatliche Organe</u> ist damit <u>nicht verbunden</u>. Es ist somit sachfremd, wenn beim Geschäftsmietegesetz von «branchenspezifischen Covid-Finanzhilfen des Bundes» ausgegangen wird.</p> <p>Antrag 1</p> <p>Es ist sicherzustellen, dass auch bei einer allfälligen Anwendung des Geschäftsmietegesetzes Unternehmen trotzdem Härtefallmassnahmen in Anspruch nehmen können.</p> <p>Unternehmen der Event- und Veranstaltungsbranche sind an vielen Fronten tätig, u.a. auch im Sport- und Kulturbereich. Mit der vorgeschlagenen <u>strikten Formulierung</u> würde aber die Ausrichtung von Härtefallmassnahmen ausgeschlossen, wenn aus dem entsprechenden Hilfsprogramm für Sport oder Kultur ein Unterstützungsbeitrag gesprochen wurde. Ausgeschlossen wären auch Unternehmen die nur für eine Phase (z.B. während des Lockdowns) Unterstützung aus dem entsprechenden Hilfsprogramm für Sport oder Kultur erhalten haben. Zudem ist es so, dass im Bereich der Kultur einige Kantone aus Budgetgründen nur 40% bis 50% des anerkannten Schadens auszahlen und nicht 80%, wie es die Covid-19-Kulturverordnung vorsieht. Weiter deckeln einige Kantone den Maximalbetrag pro Kulturunternehmen. Dies führt zu <u>Liquiditätsengpässen</u>, hat eine <u>wettbewerbsverzerrende Wirkung</u> und ist <u>sachlich nicht gerechtfertigt</u>.</p>

	<p>Darum müssen die Härtefallmassnahmen allen Unternehmen aus der Wertschöpfungskette der Veranstaltungsbranche gleichermaßen zugänglich sein. Aber: Selbstverständlich ist der <u>Unterstützungsbetrag</u> aus dem <u>Hilfsprogramm Sport oder Kultur</u> bei der Berechnung der Härtefallmassnahmen <u>in Abzug zu bringen</u>.</p> <p><u>Antrag 2</u></p> <p>Bei der Ausrichtung von Härtefallmassnahmen sind erhaltene Finanzhilfen des Bundes in den Bereichen Kultur und Sport bei der Berechnung der Hilfe als Härtefall in Abzug zu bringen.</p>
Art. 4 Abs. 2 lit. c	<p>Im Sinne einer Präzisierung drängt sich auf, als bestimmendes <u>Kriterium</u> die <u>Fälligkeit</u> bei ausstehenden Steuerschulden oder ausstehenden Sozialabgaben einzufügen.</p> <p><u>Antrag</u></p> <p>Der Wortlaut ist wie folgt zu ergänzen: am 15. März keine fälligen Rückstände...</p>
Art. 4 Abs. 3 lit. b	<p>Kredite sind zusätzliche Schulden. Es macht aber <u>wenig Sinn</u>, wenn sich Unternehmen zuerst weiter verschulden müssen, bevor Hilfe aus Härtefallmassnahmen fließen kann. Dies weder aus <u>betriebswirtschaftlicher</u> noch aus <u>volkswirtschaftlicher Sichtweise</u>. Diese Voraussetzung ist deshalb zu streichen.</p> <p><u>Antrag</u></p> <p>Streichen</p>
Art. 6 lit. a Ziffer 2	<p>Weil die staatlich finanzierten Härtefallmassnahmen die Existenz und den Erhalt von Arbeitsplätzen sichern sollen, ist es grundsätzlich richtig, dass keine Dividenden und Tantiemen auszuschütten sind.</p> <p>Dieses Verbot hingegen auf 5 Jahre nach Erhalt eines nicht rückzahlbaren Beitrags festzulegen, ist zu einschränkend. <u>Angemessen</u> ist die Frist von <u>1 Jahr</u>.</p> <p><u>Antrag</u></p> <p>Die Frist für das Ausschüttungsverbot von Dividenden und Tantiemen bei nicht rückzahlbaren Beiträgen ist von 5 Jahren auf 1 Jahr zu verkürzen.</p>

3. Abschnitt: Anforderungen an die Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 7 Abs. 3	<p>Wieso nicht ein <u>Mix</u> aus den verschiedenen Massnahmen (rückzahlbare Darlehen, Bürgschaften oder Garantien oder nicht rückzahlbare Beiträge) möglich sein soll, ist nicht nachvollziehbar. Härtefallmassnahmen sollen dem <u>Einzelfall</u> gerecht werden. Deshalb macht es keinen Sinn restriktive, einschränkende Vorgaben zu machen. Der in den Erläuterungen gelieferte Grund für die Einschränkung – Koordinations- und Kontrollaufwand für Kantone tief halten – ist im Vergleich zum volkswirtschaftlichen Zweck, der im <u>Erhalt von Arbeitsplätzen</u> besteht, von untergeordneter Bedeutung.</p> <p><u>Antrag</u></p>

	Die Form der Härtefallmassnahmen kann kombiniert werden.
Art. 8 Abs. 2	<p>Es ist richtig, als Kriterium auf den Umsatz abzustellen. Dies ist auch die im Gesetz genannte Bestimmungsgröße. Deshalb ist über den Wortlaut des Gesetzes <u>nicht abgedeckt</u>, wenn nun mit einem Höchstbetrag pro Unternehmen ein <u>zusätzliches Kriterium</u> eingefügt werden soll. Zudem wäre der Betrag zu tief angesetzt.</p> <p>Antrag</p> <p>Als Kriterium ist einzig auf die Bestimmungsgröße von höchstens 10% des Jahresumsatzes 2019 abzustellen und der Maximalbetrag von CHF 500'000 pro Unternehmen ist zu streichen.</p> <p>Falls keine Streichung erfolgt, ist die Bestimmungsgröße auf höchstens 30% des Jahresumsatzes 2019 eines Unternehmens und höchstens auf 1,5 Mio. CHF pro Unternehmen zu limitieren.</p>

4. Abschnitt: Verfahren und Zuständigkeiten

Thema	Bemerkung/Anregung
Missbrauchsbekämpfung	[Bemerkungen/Anregungen zur Ausgestaltung und konkreten Umsetzung der Missbrauchsbekämpfung]

5. Abschnitt: Beiträge des Bundes und Berichterstattung der Kantone

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 14	<p>Fraglich ist, ob es überhaupt eine explizite Nennung eines Höchstbetrages braucht. Wir befinden uns in einer Notlage, die sich blitzartig ändern kann. Deshalb wäre wohl eine offene Formulierung angezeigt.</p> <p>Auf alle Fälle ist der Betrag von CHF 200 Mio. auf Bundesebene <u>zu tief angesetzt</u>. Wahrscheinlich wurde dieser vor dem starken Aufkommen der zweiten Welle, die in diversen Kantonen neue Teil-Lockdowns für Branchen nach sich zog, festgelegt. Will man der nun vorherrschenden Situation gerecht werden, ist der Betrag auf <u>mindestens CHF 600 Mio.</u> anzuheben. Auch im Vergleich mit dem ersten Hilfspaket für Covid-19-Kredite, welches über CHF 40 Mia. umfasste, ist diese Größenordnung angezeigt. Zusammen mit den Kantonen stünde somit ein angemessenes Hilfspacket von CHF 1,2 Mia. zur Verfügung.</p> <p>Antrag</p> <p>Der Betrag wird auf CHF 600 Mio. erhöht.</p>

Art. 15	<p>Das kantonale BIP und die Wohnbevölkerung sind wohl statistisch schnell verfügbare Grössen. Nur sagen diese Grössen nichts aus über die <u>Anzahl betroffener Unternehmen in den jeweiligen Kantonen</u> und deren <u>benötigte finanziellen Mittel</u>. Allenfalls ist ein anderer Verteilschlüssel zu erarbeiten.</p> <p><u>Antrag</u></p> <p>Falls zutreffendere Kriterien herangezogen werden können, die der jeweiligen Situation in den einzelnen Kantonen besser gerecht werden, ist auf diese abzustellen.</p>
<p>Zusatzfragen an die Kantone zur Abschätzung des Finanzierungsbedarfs</p> <ul style="list-style-type: none">• Plant Ihr Kanton, kantonale Härtefallmassnahmen zu ergreifen?• Wenn ja, in welcher Form? (Darlehen, Bürgschaften, Garantien und/oder rückzahlbare Beiträge)• Erste Schätzung zum <i>gesamten</i> Mittelbedarf in Ihrem Kanton (à fond perdu-Beiträge und Verluste aus Darlehen, Bürgschaften und Garantien, wovon der Bund die Hälfte tragen müsste)	

6. Abschnitt: Kapitalverlust und Überschuldung und 7. Abschnitt: Schlussbestimmungen

Thema	Bemerkung/Anregung



Département fédéral des finances (DFF)

A l'att. de Monsieur Ueli Maurer,
marianne.widmer@efv.admin.ch
lukas.hohl@efv.admin.ch

Genève, le 11 novembre 2020
RR/3248 - FER N°42-2020

Ordonnance concernant les mesures pour les cas de rigueur destinées aux entreprises en lien avec l'épidémie de COVID-19 (ordonnance sur les cas de rigueur COVID-19)

Monsieur le Conseiller fédéral,

C'est avec intérêt que nous avons pris connaissance de l'objet mis en consultation et vous faisons parvenir notre prise de position.

Vous trouverez, à cet effet, les réponses aux questions du formulaire d'accompagnement sur le document joint au présent courrier.

Nous vous remercions d'ores et déjà de l'attention que vous porterez à ces commentaires, et vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'expression de notre parfaite considération.

Blaise Matthey
Secrétaire général

Stéphanie Ruegsegger
Directrice Département politique générale

FER Genève



Formulaire de réponse: ordonnance concernant les mesures pour les cas de rigueur destinées aux entreprises en lien avec l'épidémie de COVID-19 (ordonnance sur les cas de rigueur COVID-19)

Avis de

Nom / Entreprise / Organisation : Fédération des entreprises romandes

Titre court de l'entreprise /
de l'organisation : FER

Adresse : CP 5278 – 1211 Genève 11

Nom de la personne pouvant
fournir des renseignements : Stéphanie Ruegsegger

Numéro de téléphone : 058 715 32 48

Adresse électronique : stephanie.ruegsegger@fer-ge.ch

Date : 10.11.2020

Important:

1. Ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. Remplir une ligne par article, alinéa ou lettre de l'ordonnance ou par chapitre du rapport explicatif sur lesquels vous souhaitez faire une remarque ou une suggestion.
3. Envoyer le présent document **au format Word** d'ici au **13 novembre 2020** aux adresses électroniques suivantes: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch.

Merci de votre participation.

Remarques générales

L'épidémie de COVID-19 a provoqué une crise tant sanitaire qu'économique d'une ampleur inconnue ces dernières décennies. La Confédération, comme les cantons d'ailleurs, ont réagi avec célérité et pertinence, lors de la première vague de ce printemps.

Aujourd'hui, alors que certains secteurs n'ont pu reprendre leurs activités dans des conditions ordinaires en raison de la limitation des déplacements notamment, une seconde vague frappe notre pays et notre économie. Devant l'urgence de la situation à apporter une aide ciblée et rapide à ces secteurs particulièrement impactés, c'est évidemment avec satisfaction que nous accueillons le principe d'une participation fédérale au financement des cas de rigueur liés à l'épidémie COVID-19. Il est également apprécié que l'autonomie des cantons en matière de gestion de ces dits-cas soit respectée.

En ce qui concerne les mesures pour les cas de rigueur, il est primordial que le soutien puisse être mis à la disposition des entreprises le plus rapidement possible, c'est-à-dire cette année encore.

Nous comprenons le projet du Conseil fédéral comme un programme subsidiaire à toutes les mesures déjà activées, à l'exception des RHT et des APG. Cette aide est indispensable pour les secteurs concernés. Néanmoins, nous pouvons sans trop prendre de risque parier qu'elle ne sera largement pas suffisante. D'une part, elle a été évaluée avant la seconde vague, de manière insuffisante de l'aveu même du Conseil fédéral, qui prévoit une réévaluation à la hausse. En outre, on ne sait si cette deuxième vague est appelée à durer et si elle sera suivie d'une troisième onde. L'enveloppe prévue doit donc être substantiellement revue, en tenant compte de ces éléments. En parallèle, et bien que cela ne soit pas l'objet de la présente consultation, il serait souhaitable que le Conseil fédéral travaille avec les associations concernées et les cantons à un programme de requalification et d'employabilité, permettant à ces secteurs d'envisager leur avenir avec sérénité, en s'adaptant à l'évolution de leur environnement.

Enfin, nous relevons que l'épidémie n'a pas touché les cantons dans la même ampleur économique. Certains ont été appelés à interdire ou fortement limiter certaines activités, ce qui a eu un impact d'autant plus important sur les cas de rigueur. D'autres sont plus particulièrement tournés vers des activités, condamnées de fait par les quarantaines et les limitations imposées dans les déplacements. Il nous semblerait donc judicieux que les aides soient particulièrement ciblées sur les cantons ayant dû prendre ou ont été touchés par les mesures les plus extrêmes.

Section 1 Principe

Thème	Remarque / suggestion
Erreur ! Source du renvoi introu- vable.	Pas de remarque particulière, si ce n'est un soutien de principe.

Section 2 Exigences relatives aux entreprises

Thème	Remarque / suggestion
Art. 3, al. 1, let. b	Le principe d'un seuil de chiffre d'affaires semble pertinent. Toutefois, nous nous interrogeons sur le montant de 50'000.-, qui nous paraît particulièrement bas. En effet, non seulement les charges fixes incompressibles que l'aide d'urgence doit permettre de couvrir sont très certainement limitées avec un tel chiffre d'affaires, mais en plus celui-ci correspond à une activité

	<p>très certainement accessoire, ou difficilement rentable. Il conviendrait à tout le moins de porter le seuil à 100'000.-.</p> <p>Pour ce qui est du chiffre d'affaires maximal, on comprend à la lecture du commentaire qu'il appartient aux cantons de le fixer, sans que cela ne ressorte clairement de la rédaction de l'article.</p>
Art. 5, al. 2	<p>Il apparaît pour le moins étrange d'intégrer les RHT au chiffre d'affaires. Une telle exigence entraînerait de fait une inégalité de traitement entre entreprises ayant recours aux RHT pour sauver des emplois, et entreprises y ayant renoncé et ayant éventuellement procédé à des licenciements.</p>
Art. 6, let. a, al. 1	<p>L'interdiction de versement de tantième ou de dividende ou de transfert par une entreprise ayant bénéficié d'une aide financière de l'Etat est acceptable. En revanche, il nous paraît excessif d'étendre cette interdiction à une période de 5 ans, sans considération pour les situations particulières. La période d'interdiction devrait par conséquent être réduite de 2, voire 3 années.</p> <p>Relevons également que, dans le cadre des transmissions d'entreprises (successions), des formes de financement peuvent être mises en place, qui nécessitent le paiement de dividendes afin d'assurer l'amortissement des prêts accordés à cette fin. Afin de ne pas désavantager les transmissions d'entreprises, il convient de faire une exception à l'interdiction de distribuer des dividendes dans le cadre des régimes de succession.</p>

Section 3 Exigences relatives à la forme des mesures pour les cas de rigueur

Thème	Remarque / suggestion
Art. 8, al.2	<p>On peut s'interroger sur la pertinence d'un plafond à 500'000.- pour ce qui concerne les prêts non remboursables. L'aide dont il est question ici arrive à un moment où les entreprises ont déjà connu une première vague, qui les a amenées à puiser dans leurs réserves. Ce sont aujourd'hui des entreprises de taille plus importante qui sont touchées. Le montant proposé est par conséquent insuffisant et doit être porté à 1 million.</p> <p>Par ailleurs, si nous acceptons que le principe d'une limitation à 10% du chiffre d'affaires, nous soulignons toutefois que certains secteurs, comme les transports par exemple, sont caractérisés par des charges particulièrement lourdes (leasing notamment). Dans de tels cas, la limite devrait être augmentée.</p>

4 Section 4 Procédure et compétences

Thème	Remarque / suggestion
Art. 14	<p>Le montant de 200 millions est notoirement sous-évalué, comme indiqué dans le commentaire général. Il conviendra d'évaluer avec les cantons les besoins, afin d'adapter ce montant aux réalités des effets de la pandémie. Notre Fédération se range auprès des propositions des cantons, qui souhaitent une enveloppe globale de 1 milliard.</p>
Art. 15	<p>Nous relevons que tous les cantons ne sont pas touchés dans la même ampleur par la crise sanitaire et économique. La répartition devrait également tenir compte des dommages engendrés et des besoins réels d'aide, ce que les critères proposés ne permettent pas de faire</p>

	de manière satisfaisante. Il conviendrait que les cantons qui ne recourent pas à la totalité de l'enveloppe qui leur est dévolue puissent reverser le non-dépensé dans un pot commun.
Lutte contre les abus	Le Conseil fédéral a voté un budget spécial pour contrôler la pertinence des demandes dans le cadre des RHT. Si l'aide doit être rapidement fournie et adaptée pour les cas de rigueur, cette action doit également être accompagnée de contrôles, afin d'éviter les abus que cette situation peut engendrer.

Section 5 Contributions de la Confédération et comptes rendus des cantons

Thème	Remarque / suggestion
Erreur ! Source du renvoi introuvable.	Pas de remarque.
Questions additionnelles aux cantons destinées à l'estimation des besoins de financement	
<ul style="list-style-type: none"> Votre canton prévoit-il de prendre des mesures pour les cas de rigueur? Dans le canton de Fribourg, le Grand Conseil a décidé de soutenir les entreprises particulièrement touchées par l'épidémie de COVID-19 avec 15 millions de francs dans le cadre des mesures pour les cas de rigueur. Dans le canton de Genève, le plan d'aide aux cas de rigueur est estimé à 160 millions. Le canton du Valais a pour sa part envisagé une enveloppe de 29 millions. 	
	<ul style="list-style-type: none"> Si oui, sous quelle forme (prêts, cautionnements, garanties ou contributions non remboursables)? Fribourg : La mise en œuvre et la date de la rentrée en vigueur de ces mesures ne sont pas encore connues à l'heure actuelle. On peut toutefois supposer que le canton coordonnera son soutien avec le programme fédéral. Genève : Les prêts non remboursables sont privilégiés.
	<ul style="list-style-type: none"> Première estimation en vue de la détermination des besoins financiers <i>globaux</i> dans votre canton (contributions à fonds perdu et <i>pertes</i> sur prêts, cautionnements et garanties que la Confédération devrait financer pour moitié)
Erreur ! Source du renvoi introuvable.	Pas de remarque

Section 6 Perte de capital et surendettement Section 7 Dispositions finales

Thème	Remarque / suggestion
Erreur ! Source du renvoi introuvable.	Pas de remarque



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Eidgenössische Finanzverwaltung EFV

Antwortformular: Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation: Föderation der Schweizer Psychologinnen und Psychologen

Abkürzung der Firma / Organisation: FSP

Adresse: Effingerstrasse 15, 3008 Bern

Kontaktperson: Muriel Brinkrolf

Telefon: 031 388 88 42

E-Mail: muriel.brinkrolf@fsp.psychologie.ch

Datum: 13.11.2020

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Tabelleenzeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word-Dokument** bis am **13. November 2020** an folgende E-Mail Adressen: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme!

Allgemeine Bemerkungen

Die FSP begrüßt es, dass der Bundesrat mit seinem Vorgehen auf die Forderungen der Branchenverbände für eine sofortige Umsetzung der Härtefallmassnahmen reagiert und in einem Schnellverfahren die vorgeschlagenen Regelungen zur Beteiligung des Bundes an kantonalen Unterstützungsmassnahmen für Härtefälle in die Vernehmlassung gibt. Für Unternehmen, die aufgrund der Natur ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit von den Folgen der Covid-19-Pandemie besonders betroffen sind, braucht es schnelle Hilfe, denn die Notfallkredite und Reserven sind aufgebraucht. Die geplante Inkraftsetzung der Verordnung am 1. Dezember 2020 ist ausserordentlich wichtig.

Unterstützungsmassnahmen in Härtefällen sind nicht nur zentral in dem sie betroffene Unternehmen schützen, sondern solche Massnahmen wirken auch indirekt auf die psychische Gesundheit der Bevölkerung. Neben anderen Massnahmen wirken Härtefallmassnahmen den strukturellen Risikofaktoren für die psychische Gesundheit entgegen – dies zeigt der kürzlich veröffentlichte Teilbericht des Büro Bass zum Einfluss der Covid-19-Pandemie auf die psychische Gesundheit der Schweizer Bevölkerung¹ klar auf. Finanzielle Unsicherheiten und sozioökonomische Faktoren wie die Erwerbssituation stellen zentrale Stressoren dar, welche sich mittel- und längerfristig auf die psychische Gesundheit auswirken. Somit sind Finanzhilfen zur Abfederung von Einkommensausfällen, Massnahmen gegen Arbeitslosigkeit und auch die in der vorliegenden Verordnung zu regelnden Unterstützungsmassnahmen in Härtefällen relevant für das psychische Wohlbefinden. Im oben genannten Bericht wird daher auch empfohlen, mittels wirtschafts- und sozialpolitischer Massnahmen den negativen Auswirkungen der Pandemie entgegenzuwirken und so auf der Ebene der Primärprävention die psychische Gesundheit der Allgemeinbevölkerung zu stärken.

Die Verordnung lässt es den Kantonen frei zu entscheiden, ob sie Härtefallmassnahmen ergreifen wollen oder nicht und falls ja, wie sie diese ausgestalten. Die FSP findet es richtig, dass – neben den durch die Verordnung festgelegten Voraussetzungen für die Beteiligung des Bundes – die Kantone diese von ihnen auch geforderte Freiheit in der Umsetzung erhalten. Die FSP empfiehlt den Kantonen, bei der Entscheidung über die Gewährung und Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen das Wissen über die indirekten positiven Auswirkungen solcher Massnahmen auf die Gesundheit und im Speziellen auf die psychische Gesundheit der Bevölkerung miteinfließen zu lassen.

1. Abschnitt: Grundsatz

Thema	Bemerkung/Anregung

¹ Stocker, D., Jäggi, J., Liechti, L., Schläpfer, D., Németh, P., & Künzi, K. (2020). *Der Einfluss der COVID-19-Pandemie auf die psychische Gesundheit der Schweizer Bevölkerung und die psychiatrisch-psychotherapeutische Versorgung in der Schweiz. Erster Teilbericht*. Bern: Bundesamt für Gesundheit.

2. Abschnitt: Anforderungen an die Unternehmen

Thema	Bemerkung/Anregung

3. Abschnitt: Anforderungen an die Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen

Thema	Bemerkung/Anregung

4. Abschnitt: Verfahren und Zuständigkeiten

Thema	Bemerkung/Anregung
Missbrauchsbekämpfung	[Bemerkungen/Anregungen zur Ausgestaltung und konkreten Umsetzung der Missbrauchsbekämpfung]

5. Abschnitt: Beiträge des Bundes und Berichterstattung der Kantone

Thema	Bemerkung/Anregung

Zusatzfragen an die Kantone zur Abschätzung des Finanzierungsbedarfs

- Plant Ihr Kanton, kantonale Härtefallmassnahmen zu ergreifen?
- Wenn ja, in welcher Form? (Darlehen, Bürgschaften, Garantien und/oder rückzahlbare Beiträge)
- Erste Schätzung zum *gesamten* Mittelbedarf in Ihrem Kanton (à fond perdu-Beiträge und Verluste aus Darlehen, Bürgschaften und Garantien, wovon der Bund die Hälfte tragen müsste)

--	--

**6. Abschnitt: Kapitalverlust und Überschuldung und
7. Abschnitt: Schlussbestimmungen**

Thema	Bemerkung/Anregung



Antwortformular: Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : GastroBern

Abkürzung der Firma / Organisation : GB

Adresse : Standstrasse 8, 3000 Bern 22

Kontaktperson : Dr. Jean-Daniel Martz, Direktor

Telefon : 031 330 88 88

E-Mail : j.d.martz@gastrobern.ch

Datum : 13.11.2020

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Tabellenzeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word-Dokument** bis am **13. November 2020** an folgende E-Mail Adressen: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme!

Allgemeine Bemerkungen

GastroBern ist einer der 26 Kantonalverbände von GastroSuisse. Unser Dachverband hat Ihnen die Vernehmlassungantwort am 10. November 2020 eingereicht. Wir unterstützen die dort formulierten Anliegen und Forderungen ausnahmslos. Es erübrigt sich somit eine Wiederholung der Stellungnahme und wir verweisen entsprechend auf die Ausführungen von GastroSuisse.

Besten Dank für die Kenntnisnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen.

1. Abschnitt: Grundsatz

Thema	Bemerkung/Anregung

2. Abschnitt: Anforderungen an die Unternehmen

Thema	Bemerkung/Anregung

3. Abschnitt: Anforderungen an die Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen

Thema	Bemerkung/Anregung

4. Abschnitt: Verfahren und Zuständigkeiten

Thema	Bemerkung/Anregung

Missbrauchsbekämpfung	[Bemerkungen/Anregungen zur Ausgestaltung und konkreten Umsetzung der Missbrauchsbekämpfung]
-----------------------	--

5. Abschnitt: Beiträge des Bundes und Berichterstattung der Kantone

Thema	Bemerkung/Anregung
Zusatzfragen an die Kantone zur Abschätzung des Finanzierungsbedarfs	
<ul style="list-style-type: none">• Plant Ihr Kanton, kantonale Härtefallmassnahmen zu ergreifen?• Wenn ja, in welcher Form? (Darlehen, Bürgschaften, Garantien und/oder rückzahlbare Beiträge)• Erste Schätzung zum <i>gesamten</i> Mittelbedarf in Ihrem Kanton (à fond perdu-Beiträge und Verluste aus Darlehen, Bürgschaften und Garantien, wovon der Bund die Hälfte tragen müsste)	

6. Abschnitt: Kapitalverlust und Überschuldung und

7. Abschnitt: Schlussbestimmungen

Thema	Bemerkung/Anregung



Formulaire de réponse: ordonnance concernant les mesures pour les cas de rigueur destinées aux entreprises en lien avec l'épidémie de COVID-19 (ordonnance sur les cas de rigueur COVID-19)

Avis de

Nom / Entreprise / Organisation : GastroFribourg

Titre court de l'entreprise /
de l'organisation : GF

Adresse : Chemin des Primevères 15
1700 Fribourg

Nom de la personne pouvant
fournir des renseignements : Muriel Hauser
Présidente

Numéro de téléphone : 079 275 19 70

Adresse électronique : presidence@gastrofribourg.ch

Date : 12.11.2020

Important:

1. Ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. Remplir une ligne par article, alinéa ou lettre de l'ordonnance ou par chapitre du rapport explicatif sur lesquels vous souhaitez faire une remarque ou une suggestion.
3. Envoyer le présent document **au format Word** d'ici au **13 novembre 2020** aux adresses électroniques suivantes: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch.

Merci de votre participation.

Remarques générales

L'objectif du projet visant à fixer les dispositions d'exécution concernant la participation de la Confédération aux mesures cantonales de soutien pour les cas de rigueur est à saluer.

Eu égard au sens et au but de la solution pour les cas de rigueur, à savoir apporter un soutien financier aux entreprises particulièrement touchées par la crise de COVID-19, le présent projet n'atteint pas l'objectif visé. Ce sont précisément les entreprises qui auraient le plus urgemment besoin d'un tel soutien qui ont le plus de difficultés à y accéder. Il s'agit notamment de celles - sinon la plupart - qui étaient financièrement saines et viables avant la crise et qui connaissent aujourd'hui des difficultés financières sans que cela soit de leur faute.

Faire appel au soutien de l'Etat n'est pas dans l'ADN de l'hôtellerie-restauration. Nous voulons servir nos clients. Mais la situation actuelle nécessite des aides de l'Etat. Il serait faux de penser que la crise actuelle ne fait qu'accélérer l'assainissement structurel normal. Le changement de comportement des consommateurs bouleverse l'ensemble de la branche et détruit des structures de qualité. Cela ne touche pas seulement les établissements qui étaient peu rentables avant la crise. Les liquidités des entreprises avant la crise étaient bonnes à très bonnes dans 4 cas sur 5. Actuellement, cela s'applique encore à environ 1 établissement sur 4. C'est ce que révèle la dernière enquête réalisée du 23 au 25 octobre 2020 par GastroSuisse auprès de 3500 membres.

Avec une solution pour les cas de rigueur inefficace pour l'hôtellerie-restauration – comme ce serait le cas avec le présent projet – ou sans autres mesures de soutien, la branche est menacée par une vague de faillites et de licenciements d'une ampleur historique dans les prochains mois: 40% des établissements de l'hôtellerie-restauration et 100 000 emplois sont réellement menacés.

Afin de contrer une vague de faillites et de licenciements, le projet nécessite une mise en œuvre et des ajustements immédiats, notamment pour les points suivants:

- **Définition d'entreprises «rentables et viables»:**

- L'année 2020 ne doit pas être prise en compte dans l'évaluation du surendettement (modification art. 4 al. 2 let. a);
- Pas de plan financier à moyen terme, mais un plan financier qui, au moment du dépôt de la requête, peut démontrer de manière crédible de quelle manière le financement de l'entreprise pourra être assuré dans l'hypothèse qu'aucune autre restriction officielle ne sera imposée (modification art. 4 al. 2 let. d).

- **Définition du recul du chiffre d'affaires:**

- Le chiffre d'affaires 2020 est calculé exclusivement sur la base de la valeur des biens vendus et des services fournis; les charges exonérées ne doivent pas être incluses (par exemple RHT, APG, exonération du loyer) (modification art. 5 al. 2).
- Les entreprises dont le chiffre d'affaires annuel est inférieur de 30% à 40% au chiffre d'affaires moyen des années 2018 et 2019 devraient également tomber sous le coup des mesures pour les cas de rigueur et bénéficier d'un soutien réduit (ajout art. 5 al. 4 et art. 8 al. 4).

- **Forme des mesures pour les cas de rigueur:**

- Une entreprise peut prétendre à plusieurs formes d'aide en même temps (modification art. 7 al. 3);
- Des plafonds flexibles s'appliquent aux contributions à fond perdu (modification art. 8 al. 2). Les contributions à fond perdu sont prioritaires.

- **Participation flexible de la Confédération** aux mesures cantonales pour les cas de rigueur:

- Actuellement, le montant maximal pour les mesures pour les cas de rigueur est 400 millions de francs – en partant du principe que la Confédération et les cantons participent chacun pour moitié à cette somme. Selon les estimations de GastroSuisse, le montant total doit être porté à au moins 1.8 milliards de francs suisses. La participation de la Confédération devra s'élever à au moins 900 millions de francs. (Modification art. 14);
- Etant donné que certains cantons ne disposent pas de moyens nécessaires, la contribution fédérale devrait être supérieure à 50%, en fonction des besoins cantonaux (modification art. 17);
- En fin de compte, la clé de répartition des fonds fédéraux aux cantons devrait également inclure d'autres paramètres (modification art. 15) afin que les cantons puissent définir leurs cas de rigueur de manière à ce qu'ils tiennent suffisamment compte des conditions locales.

Nous vous remercions de la prise en compte de nos requêtes.

Section 1 Principe

Thème	Remarque / suggestion
	Pas de commentaires

Section 2 Exigences relatives aux entreprises

Thème	Remarque / suggestion
Art. 4 al. 1 let. c <u>Précision</u>	Cette disposition définit les aides spécifiques qui tombent sous le coup de l'interdiction du double subventionnement. Selon le rapport explicatif, l'APG, la RHT, les crédits COVID-19 avec cautionnement solidaire et ceux destinés au start-ups en sont exclus. Il convient de préciser que les aides de la Société Suisse de Crédit Hôtelier (SCH) <u>ne</u> tombent pas non plus sous le coup de l'interdiction du double subventionnement.
Art. 4 al. 2 let. a <u>Modifier</u>	Cet article prévoit que les entreprises rentables et viables ne doivent pas être surendettées depuis le 1 ^{er} janvier 2019 et jusqu'au dépôt de la requête. Cela signifierait que l'exercice 2020 serait pris en compte dans sa totalité ou dans une large mesure. Une telle disposition est problématique compte tenu du sens et de l'objectif du règlement concernant les mesures pour les cas de rigueur, qui consiste à amortir les conséquences économiques de la pandémie de COVID-19. Pour la plupart des entreprises qui ont subi des pertes de revenus de 40% ou plus en 2020, c'est la quadrature du cercle pour ne pas se retrouver dans une situation de surendettement à la fin de l'année 2020. Avec la disposition actuelle, les entreprises les plus touchées par la crise ne seraient pas soutenues par la Confédération dans le cadre d'une solution pour les cas de rigueur. Cela rendrait l'accès plus difficile, notamment pour les entreprises qui ont urgemment besoin d'un tel soutien. Le surendettement en 2020 ne dépend pas de la rentabilité ou de la viabilité d'une entreprise, mais de la mesure dans laquelle les mesures du COVID-19 ont restreint ses activités.

	<p>En outre, la plupart des entreprises n'ont pas eu la possibilité d'absorber leurs pertes de la «première vague» au printemps 2020, indépendamment de leur rentabilité pendant les années d'activité normales. Depuis l'automne 2020 au plus tard, des mesures plus strictes ordonnées par la Confédération et les cantons sont à nouveau en vigueur, limitant fortement ou rendant impossible toute activité économique rentable.</p> <p>Pour les cas de rigueur, l'exercice 2020 a été fortement marqué par l'impact financier des mesures officielles de COVID-19. Par conséquent, 2020 n'est pas une année de référence pour déterminer si une entreprise est rentable et viable (dans la mesure où l'entreprise a été créée avant 2020). Il convient donc de modifier cet article comme suit:</p> <p>«elles ne sont pas surendettées [au moment du dépôt de la demande et n'étaient pas surendettées] entre le 1^{er} janvier 2019 et [le dépôt de la demande] [le 31 décembre 2019];» [supprimer et compléter]</p>
Art. 4 al. 2 let. d <u>Modifier</u>	<p>Comme condition supplémentaire, une entreprise rentable et viable doit disposer d'un plan financier à moyen terme. Selon le rapport explicatif, cela comprend au moins l'année en cours et l'année suivante. Compte tenu de la situation globale incertaine et de l'évolution de la pandémie de COVID-19, ainsi que des mesures économiquement importantes pour l'endiguer, une telle durée n'est pas appropriée et ne permet pas une planification financière qui doit couvrir jusqu'à deux ans.</p> <p>Selon GastroSuisse, le plan financier doit être établi dans l'hypothèse qu'aucune autre mesure officielle ne soit ordonnée pour endiguer la pandémie de COVID-19.</p> <p>Selon le rapport explicatif, l'entreprise doit également démontrer pour cette période que son financement peut être assuré par la mesure pour les cas de rigueur sans autres aides de l'Etat. GastroSuisse exige qu'outre l'APG, la RHT, les crédits COVID-19 et crédits de cautionnement solidaire pour les start-ups, ceux de la SCH soient également exclus de ces aides de l'Etat.</p> <p>Il convient de modifier la disposition comme suit:</p> <p>«elles ont établi un plan financier [à moyen terme] montrant de manière crédible que le financement de l'entreprise au moyen de la mesure pour les cas de rigueur» [Supprimer]</p>
Art. 4 al. 3 let. b <u>Supprimer</u>	<p>Cette disposition stipule qu'un crédit de compte courant COVID-19 doit être complètement épousé pour avoir pris des mesures d'autofinancement raisonnables. Une telle disposition incite les entreprises à épuiser ces crédits si elles doivent demander une aide financière supplémentaire dans le cadre de l'ordonnance sur les cas de rigueur. En conséquence, le risque de faillite augmente pour toutes les entreprises dont la requête est rejetée.</p> <p>Le rapport indique également que les crédits de cautionnement solidaire COVID-19 ne tombent pas sous le coup de l'interdiction du double subventionnement. Cela est en contradiction avec le fait que ces crédits doivent d'abord être épousés avant que des mesures d'autofinancement raisonnables puissent être prises. C'est également dans cette logique que cette disposition devrait être supprimée de l'ordonnance.</p>
Art. 5 al. 1 <u>Modifier</u>	<p>Lors du dépôt de la requête, le chiffre d'affaires 2020 n'est probablement pas encore connu. Par conséquent, l'art. 5 al. 1 devrait être complété comme suit:</p> <p>«Les entreprises ont prouvé au canton que leur chiffre d'affaires 2020 [ou leur chiffre d'affaires annuel jusqu'au dépôt de la requête] est inférieur de plus de 40% au chiffre d'affaires moyen des années 2018 et 2019 en raison des mesures ordonnées par les autorités aux fins de la lutte contre l'épidémie de COVID-19.» [Compléter]</p>
Art. 5 al. 2	<p>Selon cet article, les indemnités reçues en cas de réduction de l'horaire de travail et de perte de gain liée au COVID-19 doivent être ajoutées au chiffre d'affaires 2020. Le</p>

	<p>rapport explicatif indique que ce serait toujours le cas pour les exonérations décrétées ou volontaires du loyer lors de l'entrée en vigueur de la loi COVID-19 sur les loyers commerciaux.</p> <p>Une telle disposition constitue une combinaison inadéquate et injustifiée de différents instruments financiers pour atténuer la crise du COVID-19. Au sens comptable, le chiffre d'affaires est défini par la valeur des services fournis et des biens vendus; dans le cas des RHT et APG, les charges d'une entreprise sont réduites. En fin de compte, ces deux instruments du marché du travail servent principalement à garantir les emplois et à protéger les entreprises contre les pénuries de liquidités et les faillites non responsables. L'objectif n'est pas d'améliorer les bénéfices ou le compte de résultat de ces entreprises. C'est pourquoi, ils ne doivent être ajoutés au chiffre d'affaires, pas plus que d'autres charges exonérées.</p> <p>En outre, l'inclusion des charges exonérées dans le chiffre d'affaires (par exemple RHT) générerait un travail administratif supplémentaire pour les cantons et les entreprises. Cela ne serait ni dans l'intérêt des cantons et des entreprises ni dans celui de la Confédération. Enfin, la Confédération présente des mesures visant à maintenir les coûts administratifs pour les cantons à un faible niveau (par exemple rapport p. 7).</p> <p>En outre, cette disposition est en contradiction avec l'art. 12 al. 2 de la loi COVID-19, qui stipule explicitement que les RHT, APG ainsi que les crédits COVID-19 ne constituent pas une aide financière de l'Etat. En plus, l'ordonnance sur les pertes de gain COVID-19, stipule par exemple que les mesures pour les cas de rigueur ne sont pas subsidiaires à l'APG.</p> <p>Pour les raisons exposées ci-dessus, il convient de raccourcir l'article comme suit:</p> <p style="color: red;">«Le chiffre d'affaires 2020 est calculé sur la base de la valeur des biens vendus et des services fournis [à laquelle s'ajoutent les indemnités reçues en 2020 en cas de réduction de l'horaire de travail et de perte de gain liée au COVID-19].» [Supprimer]</p>
Art. 5 al. 4 (nouveau) <u>Compléter</u>	<p>Les entreprises dont le chiffre d'affaires annuel est inférieur de 30% à 40% au chiffre d'affaires moyen des années 2018 et 2019 devraient également pouvoir demander des mesures pour les cas de rigueur. Si elles le font, elles recevront une aide réduite. GastroSuisse est favorable à une gradation afin d'éviter un seuil élevé entre les entreprises qui n'ont pas droit à des aides et aux mesures pour les cas de rigueur.</p> <p style="color: red;">«Les entreprises dont le chiffre d'affaires annuel est inférieur de 30% à 40% au chiffre d'affaires moyen des années 2018 et 2019, sont également considérées comme des cas de rigueur.»</p>

Section 3 Exigences relatives à la forme des mesures pour les cas de rigueur

Thème	Remarque / suggestion
Art. 7 al. 3 <u>Supprimer</u>	<p>Il faut saluer le fait que les cantons puissent accorder diverses formes d'aide pour les cas de rigueur. En raison des plafonds bas ou différents (art. 8 al. 1 et 2), les entreprises devraient avoir la possibilité de demander plus qu'une seule aide financière en même temps (par exemple des prêts et des contributions non remboursables).</p> <p>Le travail de coordination et de contrôle supplémentaire devrait être minime. Si une entreprise a déjà bénéficié d'une mesure pour cas de rigueur et demande par la suite une deuxième aide sous forme d'un cas de rigueur, cela devrait représenter moins de travail que pour la requête initiale.</p> <p style="color: red;">Il convient donc de supprimer l'art. 7 al. 3.</p>

<p>Art. 8 al. 2</p> <p><u>Modifier</u></p>	<p>Les contributions non remboursables sont limitées à 10 pour cent du chiffre d'affaires 2019 (soit 500 000 francs) selon le projet d'ordonnance. En conséquence, les entreprises concernées devraient supporter elles-mêmes au moins les trois quarts de leurs pertes de chiffre d'affaires de l'année 2020 (par rapport à 2019). Les pertes de chiffre d'affaires (de 40 à 100 pour cent) peuvent varier considérablement en fonction de la manière dont la branche concernée est affectée. Cela détermine dans une large mesure le degré de nécessité de mesures de soutien. En outre, le besoin et le montant d'une aide pour les cas de rigueur dépendent de l'évolution de la pandémie de COVID-19 ou des mesures prises pour l'endiguer. Le plafond mentionné limite l'efficacité des mesures pour les cas de rigueur. Le plafond de CHF 500 000.- est suffisant.</p> <p>En fin de compte, il appartient aux cantons d'adapter la forme des mesures pour les cas de rigueur aux différentes conditions cantonales. Cela exige une forme souple et pas trop rigide des mesures pour les cas de rigueur.</p> <p>Il convient donc de raccourcir le paragraphe comme suit:</p> <p style="color: red;">«Les contributions non remboursables s'élèvent à 10 % du chiffre d'affaires 2019 et à 500 000 francs par entreprise. [En cas de difficulté particulière, ces contributions maximales pourraient être augmentées.] Elles peuvent être décidées et versées en plusieurs étapes.» [Supprimer et <u>compléter</u>]</p>
<p>Art. 8 al. 4 (nouveau)</p> <p><u>Compléter</u></p>	<p>Sans l'ajout suivant, une entreprise dont le chiffre d'affaires a diminué de 39.9% ne bénéficierait pas des mesures pour cas de rigueur, tandis qu'une entreprise dont le chiffre d'affaires a diminué de 40% serait pleinement éligible à l'aide. GastroSuisse préconise une gradation. Les entreprises dont le chiffre d'affaires annuel est inférieur de 30% à 40% au chiffre d'affaires moyen des années 2018 et 2019 devraient également pouvoir demander des mesures pour les cas de rigueur.</p> <p style="color: red;">«Les plafonds pour les entreprises dont le chiffre d'affaires annuel est inférieur de 30% au chiffre d'affaires moyen des années 2018 et 2019 sont fixés à 20% du plafond normal. Ce plafond augmente linéairement avec la perte de chiffre d'affaires jusqu'à une perte de chiffre d'affaires de 40%.»</p>

Section 4 Procédure et compétences

Thème	Remarque / suggestion
	Pas de commentaires

Section 5 Contributions de la Confédération et comptes rendus des cantons

Thème	Remarque / suggestion
<p>Art. 14</p> <p><u>Modifier</u></p>	<p>Cet article prévoit une contribution maximale de la Confédération de 200 millions de francs pour les mesures cantonales pour les cas de rigueur. Compte tenu de l'ampleur de la crise de COVID-19 sur l'économie, ce montant est loin d'être suffisant. Le montant des moyens financiers réellement nécessaires de la Confédération ne peut être quantifié à l'heure actuelle et dépend des besoins des cantons et de l'évolution de la pandémie de COVID-19 ainsi que des mesures prises par les autorités.</p> <p style="color: red;">«Dans la limite des crédits approuvés, [la Confédération et les cantons participent aux mesures pour les cas de rigueur à hauteur d'un montant de 1.8 milliards de francs. La contribution de la Confédération s'élève à au moins 900 millions de francs.] [la Confédération participe aux mesures cantonales pour les cas de rigueur à</p>

	<u>hauteur d'un montant total de 200 millions de francs au maximum.]» [Supprimer et modifier]</u>
Art. 15 <u>Modifier</u>	Par la présente disposition, les cantons économiquement forts et à la densité de population élevée (en fonction du PIB cantonal et de la population résidente) recevraient plus que les autres. GastroSuisse préconise que la pertinence économique des branches particulièrement touchées pour le canton et les pertes de chiffre d'affaires prévues dans ces branches soient prises en compte lors de la répartition des fonds fédéraux.
Art. 17 al. 2 <u>Modifier</u>	Pour que les cantons soient libres dans la définition et la forme des mesures pour les cas de rigueur et pour qu'ils tiennent suffisamment compte des conditions locales, il faut que la Confédération contribue de manière flexible ou davantage aux coûts . Cependant, selon le rapport explicatif, la Confédération participe pour moitié aux versements. La part de la Confédération dans les contributions à fond perdu devrait être d'au moins 50 pour cent.

Section 6 Perte de capital et surendettement

Section 7 Dispositions finales

Thème	Remarque / suggestion
Art. 20 <u>Précision</u>	Selon le rapport explicatif, les créances résultant de crédits de cautionnement solidaire COVID-19 et de crédits pour les cas de rigueur ne sont pas comptabilisés dans les fonds étrangers. GastroSuisse préconise que les prêts accordés par la SCH, qui ont été octroyés en 2020, ne soient pas non plus compté dans les fonds étrangers.



Antwortformular: Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : GastroGraubünden

Abkürzung der Firma / Organisation : GGR

Adresse : Loestrasse 161
7000 Chur

Kontaktperson : Marc Tischhauser
Geschäftsführer

Telefon : 081 354 96 92

E-Mail : mt@gastrogr.ch

Datum : 12.11.2020

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Tabelleenzeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word-Dokument bis am 13. November 2020** an folgende E-Mail Adressen: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme!

Allgemeine Bemerkungen

1. Allgemeine Bemerkungen zur COVID-19-Härtefallverordnung

Das Ziel der Vorlage ist zu begrüssen, die Ausführungsbestimmungen in Bezug auf die Beteiligung des Bundes an kantonalen Unterstützungsmassnahmen für Härtefälle festzulegen.

Mit Blick auf Sinn und Zweck der Härtefalllösung – namentlich besonders stark von der Covid-19-Krise betroffene Unternehmen finanziell zu unterstützen – verfehlt der vorliegende Entwurf sein Ziel. Gerade jenen Unternehmen, welche am dringendsten auf eine solche Hilfe angewiesen wären, würde tendenziell deren Zugang erschwert. Darunter sind längst auch solche – wenn nicht die meisten – die vor der Krise finanziell gesund und überlebensfähig waren und sich nun unverschuldet in finanzieller Schieflage befinden.

Der Ruf nach staatlicher Unterstützung liegt nicht in der DNA des Gastgewerbes. Wir wollen unsere Gäste bedienen. Die aktuelle Lage erfordert aber Staatshilfen. Es wäre falsch anzunehmen, dass die aktuelle Krise lediglich die ordentliche Strukturbereinigung beschleunige. Das veränderte Konsumverhalten stellt die gesamte Branche auf den Kopf und zerstört wertvolle Strukturen. Es trifft längst nicht nur Betriebe, die vor der Krise wenig rentabel waren. Die Liquidität der Unternehmen vor der Krise war in 4 von 5 Fällen gut bis sehr gut. Aktuell gilt dies noch für rund 1 von 4 Betrieben. Das ergab die jüngste Umfrage von GastroSuisse vom 23. bis 25. Oktober 2020 unter 3'500 Mitglieder.

Mit einer für das Gastgewerbe wirkungslosen Härtefalllösung – so wie es beim vorliegenden Entwurf der Fall wäre – oder ohne anderweitigen Unterstützungsmassnahmen droht der Branche in den nächsten Monaten eine Konkurs- und Entlassungswelle von historischem Ausmass: Es sind akut 40% der gastgewerblichen Unternehmen und 100'000 Arbeitsplätze gefährdet.

Um einer Konkurs- und Entlassungswelle entgegenzuwirken, bedarf die Vorlage eine sofortige Umsetzung und Anpassungen insbesondere bei folgenden Punkten:

- **Definition von «profitablen und überlebensfähigen» Unternehmen:**

- Das Jahr 2020 ist bei der Beurteilung, ob eine Überschuldung vorliegt, nicht zu berücksichtigen (Anpassung Art. 4 Abs. 2 Bst. a);
- Keine mittelfristige Finanzplanung, sondern eine, welche zum Zeitpunkt der Gescheinreichung glaubhaft aufzeigen kann, wie die Finanzierung des Unternehmens unter Annahme keiner weiteren behördlichen Einschränkungen gesichert werden kann (Anpassung Art. 4 Abs. 2 Bst. d).

- **Definition von Umsatzrückgang:**

- Der Umsatz 2020 berechnet sich ausschliesslich über den Wert der verkauften Waren und erbrachten Dienstleistungen; erlassene Aufwendungen sind nicht dazuzählen (z. B. KAE, CEE, Mieterlass) (Anpassung Art. 5 Abs. 2).
- Unternehmen, deren Jahresumsatz zwischen 30 % und 40 % unter dem durchschnittlichen Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 liegt, sollen ebenfalls unter die Härtefallregelung fallen und in reduziertem Mass unterstützt werden (Ergänzung Art. 5 Abs. 4 und Art. 8 Abs. 4).

- **Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen:**

- Ein Unternehmen kann gleichzeitig mehrere Formen von Hilfen beanspruchen (Anpassung Art. 7 Abs. 3);

- Dabei gelten bei a-fond-perdu-Beiträgen flexible Höchstgrenzen (Anpassung Art. 8 Abs. 2). A-fond-perdu-Beiträge kommen prioritär zum Einsatz.
- **Flexible Beteiligung des Bundes** an kantonalen Härtefallmassnahmen:
 - Derzeit beträgt die maximale Summe für Härtefallmassnahmen 400 Millionen Franken – dies unter der Annahme, dass sich Bund und Kantone zu je der Hälfte daran beteiligen. Die Gesamtsumme ist gemäss Schätzung von GastroSuisse auf mindestens 1.8 Milliarden Franken zu erhöhen. Der Bundesanteil soll dabei mindestens 900 Millionen Franken betragen. (Anpassung Art. 14);
 - Weil gewisse Kantone nicht über die nötigen Mittel verfügen dürften, soll die Bundesbeteiligung je nach kantonalem Bedarf mehr als 50 % betragen (Anpassung Art. 17);
 - Letztlich müsste auch der Verteilungsschlüssel der Bundesgelder an die Kantone weitere Parameter miteinbeziehen (Anpassung Art. 15), damit die Kantone ihre Härtefälle so definieren können, damit sie den örtlichen Gegebenheiten genügend Rechnung tragen.

2. Situation der Gastronomie und Hotellerie in Graubünden

2020

Mit einem Minus von knapp 11 % (ca. 500'000 Logiernächte) per Ende September 2020 sind die Bündner Hotels dank einem guten Sommertourismus mit Schweizer Gästen überraschend gut durch die Covid-Krise gekommen. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass das laufende Jahr in Destinationen bzw. Betrieben mit einem hohen Anteil an ausländischen Gästen und im MICE Bereich schlecht verlaufen ist. Gleiches gilt grundsätzlich für die Hotels im hohen Preissegment. Die Logiernächte haben sich in den folgenden Destinationen ab 1. März 2020 massiv negativ entwickelt:

- Chur: Minus 53,5 %
- Davos: Minus 43,7 %
- St. Moritz: Minus 36,2 %

Wir gehen davon aus, dass zahlreiche Betriebe in diesen für Graubünden grossen und wichtigen Destinationen im 2020 eine Umsatzeinbusse von 40 % im Sinne von Art. 5 erlitten haben.

2021

Die Wintersaison ist wertschöpfungsmässig von sehr grossem Gewicht. Während des Lockdowns in der ersten Welle war die Saison praktisch bereits zu Ende, weshalb dort die Schäden minimiert werden konnten. Nun droht die zweite Welle, die Schweiz vor dem Saisonstart zu überrollen. Wenn im Zuge des Gesundheitsschutzes wiederum Betriebe und Branchen behördlich geschlossen werden, sind folglich die Konsequenzen für Tourismus und Hotellerie wirtschaftlich noch gravierender als im Frühjahr. Dasselbe gilt im Falle von Grenzschliessungen und bei regionalen Teil-Lockdowns. Diese Massnahmen würden wirtschaftliche Tätigkeiten im Tourismus entweder gänzlich verunmöglich oder sie auf erhebliche Weise beeinträchtigen. Angesichts eines völligen Unterbruchs der touristischen Wertschöpfungskette würde das Geschäftsmodell in der Gastronomie, Beherbergung oder auch Bergbahnen einbrechen, selbst wenn die Betriebe keiner behördlichen Schliessung unterliegen.

Grossveranstaltungen sind «systemrelevante» Wertschöpfungstreiber für den Tourismus. Die Tatsache, dass die wichtigsten Events in Graubünden wie Humor-Festival, WEF, Spenglercup, White Turf, Schneepolo etc. bereits abgesagt sind, sind denkbar schlechte Indikatoren. Selbst für den Fall,

dass der Winter «stattfinden» kann. Es besteht das grosse Risiko, dass die Bündner Gastronomie und Hotellerie im 2021 in eine ähnliche Krisensituation geraten kann wie die Stadthotellerie im 2020. Leider trägt die Härtefallverordnung dieser Tatsache nicht Rechnung, da überall auf die Verhältnisse von 2020 Bezug genommen wird. Wir regen deshalb an, dass Umsatzrückgänge im 2021 ebenfalls relevant sind und die Berechtigung für Härtefallmassnahmen geben. Allenfalls ist eine ergänzende Gesetzgebung nötig, um Verluste für 2021 angemessen abzudecken.

3. Weitere Forderungen

Aufgrund obiger Schilderungen fordern wir deshalb, dass weitere Hilfsmittel zur wirtschaftlichen Unterstützung und Stabilisierung im Gleichschritt mit den Schutzmassnahmen ausgebaut werden. Wir fordern insbesondere folgende Unterstützungsmassnahmen zusätzlich zur COVID-19-Härtefallverordnung:

A) Wiedereinführung der Überbrückungskredite gemäss Covid-19-Solidarbürgschaftsverordnung

Während der ersten Welle im Frühjahr hat der Bundesrat rasch ein erfolgreiches Notkredit-System eingeführt, um betroffene Unternehmen mit genügend Liquidität zu versorgen. Im Unterschied zu anderen Branchen befindet sich die Gastronomie und Hotellerie aktuell wieder in vergleichbarer Lage. Deshalb soll das Covid-Kreditsystem möglichst rasch wieder für jene Betriebe eingeführt werden, die bis anhin noch keinen Notkredit bezogen haben. Während die Finanzmittel in der ersten Pandemiephase bei einem Restaurant/Hotel ausgereicht haben, ist derselbe Betrieb als Folge der langen Krise nun potentiell auf einen Notkredit angewiesen. Durch die Beschränkung auf den Erstbezug kann der flächendeckenden Überschuldung wirksam begegnet werden.

B) Erweiterte, vereinfachte und summarische Kurzarbeitsentschädigung (KAE)

- Die vereinfachte, erweiterte und summarische KAE, wie sie während und nach dem Lockdown praktiziert wurde, soll bis Ende Dezember 2021 weitergeführt werden.
- Die 10 Tage Voranmeldefrist sowie die Karenzfrist der KAE sollen per sofort wieder auf null Tage reduziert werden.
- Die KAE für die Mitarbeiter soll nicht nur 80 % sondern 100 % des Lohnausfalls übernehmen.

C) Umsetzung des Covid-19-Geschäftsmietegesetz

Das Covid-19-Geschäftsmietegesetz wird dringend benötigt und soll rasch umgesetzt werden. Das Geschäftsmietegesetz steht im Einklang mit der Bundesverfassung, dies hat ein unabhängiges Gutachten vom Rechtsprofessor Felix Uhlmann, im Auftrag von GastroSuisse, bestätigt.

D) Verzugszinsen, Zahlungsaufschübe und Überschuldungsanzeigen

Analog der entsprechenden Notverordnungen sollten jene Massnahmen wieder eingeführt oder verlängert werden, die den Unternehmen finanzielle Luft verschaffen. Bis Ende 2021 sind daher die Verzugszinsen auszusetzen und Zahlungsaufschübe bei Bundessteuern zu gewähren. Zudem sollten auch die Regelungen bezüglich Überschuldungsanzeigen im Sinne der Motion 20.3418 und analog der Covid-19-Verordnung Insolvenzrecht angepasst werden. Ebenso sollten Covid-Plus-Kredite während der gesamten Laufzeit zu 85 Prozent nicht als Fremdkapital eingestuft werden, wie es die Motion 20.3813 verlangt. Diese Massnahmen tangieren den Bundeshaushalt in mittlerer Frist nicht negativ.

Besten Dank für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

1. Abschnitt: Grundsatz

Thema	Bemerkung/Anregung
	Keine Bemerkungen

2. Abschnitt: Anforderungen an die Unternehmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 4 Abs. 1 Bst. c <u>Präzisierung</u>	Diese Bestimmung legt fest, welche spezifischen Hilfen unter das Doppelsubventionierungsverbot fallen. Gemäss erläuterndem Bericht sind CEE, KAE, Covid-19-Solidaritätskredite und solche für Startups davon ausgenommen. Zu präzisieren ist, dass auch Unterstützungen der Schweizerischen Gesellschaft für Hotelkredit (SGH) <u>nicht</u> unter das Doppelsubventionierungsverbot fallen.
Art. 4 Abs. 2 Bst. a <u>Anpassen</u>	<p>Dieser Artikel sieht vor, dass profitable und überlebensfähige Unternehmen seit dem 1. Januar 2019 und bis zur Einreichung des Gesuchs nicht überschuldet sein sollen. Damit würde das Geschäftsjahr 2020 volumnfänglich oder zu einem grossen Teil mit berücksichtigt werden. Eine solche Bestimmung ist mit Blick auf Sinn und Zweck der Härtefallregelung – die Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Covid-19-Pandemie – problematisch. Für die meisten Unternehmen, die im Jahr 2020 Umsatzeinbussen von 40 Prozent oder mehr erlitten, kommt es der Quadratur des Kreises gleich, sich Ende 2020 nicht in einer Überschuldungssituation zu befinden. Der Bund würde mit der vorliegenden Bestimmung einen Grossteil der am stärksten von der Krise betroffenen Betriebe im Rahmen einer Härtefalllösung nicht unterstützen. Damit würde gerade den Betrieben, die auf eine solche Unterstützung dringend angewiesen sind, der Zugang erschwert.</p> <p>Die Überschuldung im Jahr 2020 hängt nicht davon ab, wie profitabel oder überlebensfähig ein Unternehmen ist, sondern wie stark die Covid-19-Massnahmen dessen Geschäftstätigkeit eingeschränkt hat.</p> <p>Weiter hatten die meisten Unternehmen gar nicht die Möglichkeit – unabhängig davon, wie rentabel sie zu üblichen Geschäftsjahren wirtschaften – ihre Verluste aus der «ersten Welle» im Frühling 2020 aufzufangen. Spätestens seit dem Herbst 2020 sind wieder weitergehende Massnahmen von Bund und Kantonen in Kraft, die ein profitables Wirtschaften stark einschränken oder verunmöglichen.</p> <p>Das Geschäftsjahr 2020 wurde für Härtefälle massgeblich von den finanziellen Auswirkungen der behördlichen Covid-19-Massnahmen geprägt. Daher ist das Jahr 2020 kein Referenzwert dafür, ob ein Unternehmen profitable und überlebensfähig ist (sofern das Unternehmen vor 2020 gegründet wurde). Daher ist dieser Artikel wie folgt anzupassen:</p> <p><u>«[zum Zeitpunkt der Einreichung des Gesuchs nicht überschuldet sind und] zwischen dem 1. Januar 2019 und [der Einreichung des Gesuchs] [dem 31. Dezember 2019] nicht überschuldet waren;» [Streichen und ergänzen]</u></p>
Art. 4 Abs. 2 Bst. d <u>Anpassen</u>	Als weitere Bedingung muss ein profitables und überlebensfähiges Unternehmen über eine mittelfristige Finanzplanung verfügen. Gemäss erläuterndem Bericht umfasst dies mindestens das laufende und das darauffolgende Jahr. Angesichts der unsicheren Gesamtlage und Entwicklung der Covid-19-Pandemie sowie wirtschaftlich einschneidenden Massnahmen zu deren Eindämmung ist eine solche Zeitspanne weder angemessen, noch lässt sie eine Finanzplanung zu, die sich auf bis zu zwei Jahre erstrecken soll.

	<p>Die Finanzplanung ist nach Dafürhalten von GastroSuisse unter der Annahme zu erstellen, dass keine weiteren behördlichen Massnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie angeordnet werden.</p> <p>Weiter soll das Unternehmen für diese Zeitspanne gemäss erläuterndem Bericht aufzeigen, dass seine Finanzierung mit der Härtefallmassnahme ohne weitere staatliche Hilfen gesichert werden kann. GastroSuisse fordert, dass nebst CEE, KAE, Covid-19-Krediten und Bürgschaftskrediten für Startups auch jene der SGH von solchen staatlichen Hilfen ausgenommen sind.</p> <p>Die Bestimmung ist wie folgt anzupassen:</p> <p>«über eine [mittelfristige] Finanzplanung verfügen, die glaubhaft aufzeigt, dass die Finanzierung des Unternehmens mit der Härtefallmassnahme» [Streichen]</p>
Art. 4 Abs. 3 Bst. b <u>Streichen</u>	<p>Diese Bestimmung legt fest, dass ein Covid-19-Kontokorrentkredit vollständig ausgeschöpft sein muss, um zumutbare Selbsthilfemassnahmen ergriffen zu haben. Eine solche Regelung drängt Unternehmen dazu, diese Kredite auszuschöpfen wenn sie zusätzlich finanzielle Unterstützung in Form der Härtefallregelung beantragen müssen. In der Folge erhöht sich das Konkursrisiko für all jene Unternehmen, deren Gesuch abgelehnt wird.</p> <p>Weiter legt der Bericht fest, dass Covid-19-Solidarbürgschaftskredite nicht unter das Doppelsubventionierungsverbot fallen. Dies steht im Widerspruch dazu, dass solche Kredite erst ausgeschöpft werden müssen, um zumutbare Selbsthilfemassnahmen ergriffen zu haben. Auch aus dieser Logik heraus ist diese Bestimmung aus der Verordnung zu streichen.</p>
Art. 5 Abs. 1 <u>Anpassen</u>	<p>Bei Gesucheinreichung ist der Jahresumsatz 2020 allenfalls noch nicht bekannt. Deshalb ist Art. 5 Abs. 1 wie folgt zu ergänzen:</p> <p>«Die Unternehmen haben gegenüber dem Kanton belegt, dass ihr Jahresumsatz 2020 [oder ihr Jahresumsatz bis zur Einreichung des Gesuchs] in der Folge von behördlich angeordneten Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie mehr als 40 Prozent unter dem durchschnittlichen Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 liegt.» [Ergänzen]</p>
Art. 5 Abs. 2 <u>Anpassen</u>	<p>Gemäss diesem Artikel sind Entschädigungen für Kurzarbeit und Covid-Erwerbsersatz zum Umsatz 2020 hinzuzuzählen. Aus dem erläuternden Bericht geht hervor, dass dies bei Inkrafttreten des Geschäftsmietegesetzes weiter für verordnete oder freiwillige Mieter lasse der Fall sein würde.</p> <p>Eine solche Bestimmung stellt eine sachfremde respektive nicht gerechtfertigte Verknüpfung unterschiedlicher finanzieller Instrumente zur Abfederung der Covid-19-Krise dar. Im buchhalterischen Sinne definiert sich der Umsatz über den Wert von erbrachten Leistungen und abgesetzten Waren; bei der KAE und CEE verringern sich die Aufwendungen eines Unternehmens. Schliesslich dienen diese beiden arbeitsmarktlchen Instrumente in erster Linie dazu, Arbeitsplätze zu sichern und Unternehmen vor unverschuldeten Liquiditätsengpässen und Konkursen zu bewahren. Es geht nicht darum, die Gewinne oder die Erfolgsrechnung solcher Unternehmen zu verbessern. Deswegen sind sie oder andere erlassene Aufwendungen nicht zum Umsatz hinzuzuzählen.</p> <p>Weiter würde der Einbezug von erlassenen Aufwendungen im Umsatz (z. B. KAE) einen administrativen Mehraufwand für die Kantone und Unternehmen verursachen. Dies dürfte weder im Sinne dieser noch des Bundes sein. Letztlich stellt der Bund Massnahmen vor, wie administrative Kosten für die Kantone tief zu halten sind (z. B. Bericht S. 7).</p>

	<p>Zudem steht die Bestimmung im Widerspruch zu Art. 12 Abs. 2 Covid-19-Gesetz, wonach die KAE, CEE sowie die Covid-19-Kredite explizit nicht als staatliche Finanzhilfen gelten. Weiter sieht bspw. auch die Covid-19-Erwerbsausfallverordnung vor, dass Härtefallmassnahmen nicht subsidiär zur CEE gelten.</p> <p>Aus obengenannten Gründen ist der Artikel wie folgt zu kürzen:</p> <p>«Der Umsatz 2020 berechnet sich aus dem Wert der verkauften Waren und der erbrachten Dienstleistungen [zuzüglich der für die Periode 2020 erhaltenen Entschädigungen für Kurzarbeit und Covid-Erwerbsersatz].» [Streichen]</p>
Art. 5 Abs. 4 (neu) <u>Ergänzen</u>	<p>Unternehmen, deren Jahresumsatz zwischen 30 % und 40 % unter dem durchschnittlichen Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 liegt, sollen ebenfalls Härtefallmassnahmen beantragen können. Tun sie dies, werden sie in reduziertem Mass unterstützt. GastroSuisse spricht sich für eine Abstufung aus, um eine hohe Schwelle zwischen den nicht anspruchsberechtigten Unternehmen und den Härtefällen zu vermeiden.</p> <p>«Unternehmen, deren Jahresumsatz zwischen 30 % und 40 % unter dem durchschnittlichen Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 liegt, können ebenfalls als Härtefälle gelten.»</p>

3. Abschnitt: Anforderungen an die Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 7 Abs. 3 <u>Streichen</u>	<p>Zu begrüssen ist, dass die Kantone verschiedene Formen von Härtefallhilfen gewähren können. Mit Blick auf die tiefen respektive unterschiedlichen Höchstgrenzen (Art. 8 Abs. 1 und 2) soll es den Unternehmen möglich sein, mehr als eine finanzielle Hilfe gleichzeitig beanspruchen zu können (z. B. Darlehen und nicht rückzahlbare Beiträge).</p> <p>Der zusätzliche Koordinations- und Kontrollaufwand dürfte gering sein. Wenn ein Unternehmen bereits von einer Härtefallmassnahme Gebrauch macht und daraufhin eine zweite Unterstützungshilfe in Form eines Härtefalls beantragt, dürfte der Aufwand geringer sein als beim Erstantrag.</p> <p>Daher ist es angezeigt, den Art. 7 Abs. 3 zu streichen.</p>
Art. 8 Abs. 2 <u>Anpassen</u>	<p>Nicht rückzahlbare Beiträge werden gemäss Verordnungsentwurf auf 10 Prozent des Jahresumsatzes 2019 (respektive 500'000 Franken) limitiert. Damit müssten betroffene Unternehmen mindestens Dreiviertel ihrer Umsatzeinbussen von 2020 (im Vgl. zu 2019) selber tragen. Die Umsatzeinbussen (von 40 bis 100 Prozent) können je nach Betroffenheit der jeweiligen Branche sehr unterschiedlich sein. Dies bestimmt massgeblich, wie hoch der Bedarf an Unterstützungsmassnahmen ist. Zudem hängen der Bedarf und die Höhe einer Härtefallhilfe vom weiteren Verlauf der Covid-19-Pandemie respektive einschränkenden Massnahmen zu deren Eindämmung ab. Die genannte Höchstgrenze schränkt die Wirksamkeit der Härtefallmassnahmen ein. Die absolute Höchstgrenze von CHF 500'000.- genügt.</p> <p>Letztlich obliegt es den Kantonen, die Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen den unterschiedlichen kantonalen Gegebenheiten anzupassen. Dies bedingt eine flexible und nicht zu starre Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen.</p> <p>Daher ist der Abschnitt wie folgt zu kürzen:</p> <p>«Die nicht rückzahlbaren Beiträge belaufen sich auf höchstens 10 Prozent des Jahresumsatzes 2019 und höchstens auf 500 000 Franken pro Unternehmen. [Im Falle</p>

	besonderer Härte können diese absoluten Beiträge erhöht werden.] Die Beiträge können gestaffelt beschlossen und ausgerichtet werden.» [Streichen und <u>ergänzen</u>]
Art. 8 Abs. 4 (neu) Ergänzen	<p>Ohne die folgende Ergänzung würde ein Unternehmen mit Umsatzeinbussen von 39.9 % nicht von den Härtefallmassnahmen profitieren, während ein Unternehmen mit Umsatzeinbussen von 40 % in vollem Umfang unterstützt werden kann. GastroSuisse spricht sich für eine Abstufung aus. Unternehmen, deren Jahresumsatz zwischen 30 % und 40 % unter dem durchschnittlichen Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 liegt, sollen ebenfalls Härtefallmassnahmen beantragen können.</p> <p>«Die Höchstgrenzen für Unternehmen, deren Jahresumsatz 30 % unter dem durchschnittlichen Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 liegt, betragen 20 % der ordentlichen Höchstgrenze. Diese Höchstgrenze steigt linear mit dem Umsatzverlust bis zu einem Umsatzverlust von 40 %.»</p>

4. Abschnitt: Verfahren und Zuständigkeiten

Thema	Bemerkung/Anregung
	Keine Bemerkungen

5. Abschnitt: Beiträge des Bundes und Berichterstattung der Kantone

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 14 Anpassen	<p>Dieser Artikel sieht eine Beteiligung des Bundes von höchstens 200 Millionen Franken an kantonalen Härtefallmassnahmen vor. Angesichts des Ausmaßes der Covid-19-Krise auf die Wirtschaft dürfte dieser Betrag beim weitem nicht ausreichen. Der Umfang an tatsächlich benötigten finanziellen Mittel des Bundes ist derzeit nicht quantifizierbar und hängt vom Bedarf der Kantone und des weiteren Verlaufs der Covid-19-Pandemie respektive von behördlichen Massnahmen ab.</p> <p>«Bund und Kantone beteiligen sich im Rahmen der bewilligten Kredite im Umfang von 1.8 Milliarden Franken an den Härtefallmassnahmen. Der Bundesanteil beträgt dabei mindestens 900 Millionen Franken.» [Streichen und <u>anpassen</u>]</p>
Art. 15 Anpassen	Mit der vorliegenden Bestimmung würden wirtschaftsstarken und bevölkerungsreichen Kantone (nach dem kantonalen BIP und Wohnbevölkerung) mehr erhalten als andere. GastroSuisse spricht sich dafür aus, dass die volkswirtschaftliche Relevanz der besonders stark betroffenen Branchen für den Kanton und die prognostizierten Umsatzeinbussen in diesen Branchen bei der Verteilung der Bundesgelder mitberücksichtigt werden.
Art. 17 Abs. 2 Anpassen	Damit die Kantone frei in der Definition und Ausgestaltung von Härtefallmassnahmen sind, und diese den örtlichen Gegebenheiten genügend Rechnung tragen, bedarf es einer flexiblen respektive höheren Kostenbeteiligung des Bundes . Gemäss erläutern dem Bericht beteiligt sich der Bund jedoch zur Hälfte an den Auszahlungen. Der Anteil des Bundes an à-fond-perdu-Beiträgen soll <u>mindestens</u> 50 Prozent betragen.

6. Abschnitt: Kapitalverlust und Überschuldung und 7. Abschnitt: Schlussbestimmungen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 20 <u>Präzisierung</u>	Gemäss erläuterndem Bericht werden Forderungen aus Covid-19-Solidarbürgschaftskrediten und -Härtefallkredite nicht zum Fremdkapital gezählt. GastroSuisse spricht sich dafür aus, dass gewährte Kredite der SGH, die im Jahr 2020 gewährt wurden, auch nicht zum Fremdkapital gezählt werden.



Formulaire de réponse: ordonnance concernant les mesures pour les cas de rigueur destinées aux entreprises en lien avec l'épidémie de COVID-19 (ordonnance sur les cas de rigueur COVID-19)

Avis de

Nom / Entreprise / Organisation : GastroJura

Titre court de l'entreprise /
de l'organisation : GJ

Adresse : Rue de l'Avenir 23
2800 Delémont

Nom de la personne pouvant
fournir des renseignements : Paupe Maurice
Président

Numéro de téléphone : 079 563 56 02

Adresse électronique : m.paupe@bluewin.ch

Date : 12.11.2020

Important:

1. Ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. Remplir une ligne par article, alinéa ou lettre de l'ordonnance ou par chapitre du rapport explicatif sur lesquels vous souhaitez faire une remarque ou une suggestion.
3. Envoyer le présent document **au format Word** d'ici au **13 novembre 2020** aux adresses électroniques suivantes: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch.

Merci de votre participation.

Remarques générales

L'objectif du projet visant à fixer les dispositions d'exécution concernant la participation de la Confédération aux mesures cantonales de soutien pour les cas de rigueur est à saluer.

Eu égard au sens et au but de la solution pour les cas de rigueur, à savoir apporter un soutien financier aux entreprises particulièrement touchées par la crise de COVID-19, le présent projet n'atteint pas l'objectif visé. Ce sont précisément les entreprises qui auraient le plus urgemment besoin d'un tel soutien qui ont le plus de difficultés à y accéder. Il s'agit notamment de celles - sinon la plupart - qui étaient financièrement saines et viables avant la crise et qui connaissent aujourd'hui des difficultés financières sans que cela soit de leur faute.

Faire appel au soutien de l'Etat n'est pas dans l'ADN de l'hôtellerie-restauration. Nous voulons servir nos clients. Mais la situation actuelle nécessite des aides de l'Etat. Il serait faux de penser que la crise actuelle ne fait qu'accélérer l'assainissement structurel normal. Le changement de comportement des consommateurs bouleverse l'ensemble de la branche et détruit des structures de qualité. Cela ne touche pas seulement les établissements qui étaient peu rentables avant la crise. Les liquidités des entreprises avant la crise étaient bonnes à très bonnes dans 4 cas sur 5. Actuellement, cela s'applique encore à environ 1 établissement sur 4. C'est ce que révèle la dernière enquête réalisée du 23 au 25 octobre 2020 par GastroSuisse auprès de 3500 membres.

Avec une solution pour les cas de rigueur inefficace pour l'hôtellerie-restauration – comme ce serait le cas avec le présent projet – ou sans autres mesures de soutien, la branche est menacée par une vague de faillites et de licenciements d'une ampleur historique dans les prochains mois: 40% des établissements de l'hôtellerie-restauration et 100 000 emplois sont réellement menacés.

Afin de contrer une vague de faillites et de licenciements, le projet nécessite une mise en œuvre et des ajustements immédiats, notamment pour les points suivants:

- **Définition d'entreprises «rentables et viables»:**

- L'année 2020 ne doit pas être prise en compte dans l'évaluation du surendettement (modification art. 4 al. 2 let. a);
- Pas de plan financier à moyen terme, mais un plan financier qui, au moment du dépôt de la requête, peut démontrer de manière crédible de quelle manière le financement de l'entreprise pourra être assuré dans l'hypothèse qu'aucune autre restriction officielle ne sera imposée (modification art. 4 al. 2 let. d).

- **Définition du recul du chiffre d'affaires:**

- Le chiffre d'affaires 2020 est calculé exclusivement sur la base de la valeur des biens vendus et des services fournis; les charges exonérées ne doivent pas être incluses (par exemple RHT, APG, exonération du loyer) (modification art. 5 al. 2).
- Les entreprises dont le chiffre d'affaires annuel est inférieur de 30% à 40% au chiffre d'affaires moyen des années 2018 et 2019 devraient également tomber sous le coup des mesures pour les cas de rigueur et bénéficier d'un soutien réduit (ajout art. 5 al. 4 et art. 8 al. 4).

- **Forme des mesures pour les cas de rigueur:**

- Une entreprise peut prétendre à plusieurs formes d'aide en même temps (modification art. 7 al. 3);
- Des plafonds flexibles s'appliquent aux contributions à fond perdu (modification art. 8 al. 2). Les contributions à fond perdu sont prioritaires.

- **Participation flexible de la Confédération** aux mesures cantonales pour les cas de rigueur:
 - Actuellement, le montant maximal pour les mesures pour les cas de rigueur est 400 millions de francs – en partant du principe que la Confédération et les cantons participent chacun pour moitié à cette somme. Selon les estimations de GastroSuisse, le montant total doit être porté à au moins 1.8 milliards de francs suisses. La participation de la Confédération devra s'élever à au moins 900 millions de francs. (Modification art. 14);
 - Etant donné que certains cantons ne disposent pas de moyens nécessaires, la contribution fédérale devrait être supérieure à 50%, en fonction des besoins cantonaux (modification art. 17);
 - En fin de compte, la clé de répartition des fonds fédéraux aux cantons devrait également inclure d'autres paramètres (modification art. 15) afin que les cantons puissent définir leurs cas de rigueur de manière à ce qu'ils tiennent suffisamment compte des conditions locales.

Nous vous remercions de la prise en compte de nos requêtes.

Section 1 Principe

Thème	Remarque / suggestion
	Pas de commentaires

Section 2 Exigences relatives aux entreprises

Thème	Remarque / suggestion
Art. 4 al. 1 let. c <u>Précision</u>	Cette disposition définit les aides spécifiques qui tombent sous le coup de l'interdiction du double subventionnement. Selon le rapport explicatif, l'APG, la RHT, les crédits COVID-19 avec cautionnement solidaire et ceux destinés au start-ups en sont exclus. Il convient de préciser que les aides de la Société Suisse de Crédit Hôtelier (SCH) <u>ne</u> tombent pas non plus sous le coup de l'interdiction du double subventionnement.
Art. 4 al. 2 let. a <u>Modifier</u>	Cet article prévoit que les entreprises rentables et viables ne doivent pas être surendettées depuis le 1 ^{er} janvier 2019 et jusqu'au dépôt de la requête. Cela signifierait que l'exercice 2020 serait pris en compte dans sa totalité ou dans une large mesure. Une telle disposition est problématique compte tenu du sens et de l'objectif du règlement concernant les mesures pour les cas de rigueur, qui consiste à amortir les conséquences économiques de la pandémie de COVID-19. Pour la plupart des entreprises qui ont subi des pertes de revenus de 40% ou plus en 2020, c'est la quadrature du cercle pour ne pas se retrouver dans une situation de surendettement à la fin de l'année 2020. Avec la disposition actuelle, les entreprises les plus touchées par la crise ne serait pas soutenu par la Confédération dans le cadre d'une solution pour les cas de rigueur. Cela rendrait l'accès plus difficile, notamment pour les entreprises qui ont urgemment besoin d'un tel soutien. Le surendettement en 2020 ne dépend pas de la rentabilité ou de la viabilité d'une entreprise, mais de la mesure dans laquelle les mesures du COVID-19 ont restreint ses activités.

	<p>En outre, la plupart des entreprises n'ont pas eu la possibilité d'absorber leurs pertes de la «première vague» au printemps 2020, indépendamment de leur rentabilité pendant les années d'activité normales. Depuis l'automne 2020 au plus tard, des mesures plus strictes ordonnées par la Confédération et les cantons sont à nouveau en vigueur, limitant fortement au rendant impossible toute activité économique rentable.</p> <p>Pour les cas de rigueur, l'exercice 2020 a été fortement marqué par l'impact financier des mesures officielles de COVID-19. Par conséquent, 2020 n'est pas une année de référence pour déterminer si une entreprise est rentable et viable (dans la mesure où l'entreprise a été créée avant 2020). Il convient donc de modifier cet article comme suit:</p> <p>«elles ne sont pas surendettées [au moment du dépôt de la demande et n'étaient pas surendettées] entre le 1^{er} janvier 2019 et [le dépôt de la demande] [le 31 décembre 2019];» [supprimer et compléter]</p>
Art. 4 al. 2 let. d <u>Modifier</u>	<p>Comme condition supplémentaire, une entreprise rentable et viable doit disposer d'un plan financier à moyen terme. Selon le rapport explicatif, cela comprend au moins l'année en cours et l'année suivante. Compte tenu de la situation globale incertaine et de l'évolution de la pandémie de COVID-19, ainsi que des mesures économiquement importantes pour l'endiguer, une telle durée n'est pas appropriée et ne permet pas une planification financière qui doit couvrir jusqu'à deux ans.</p> <p>Selon GastroSuisse, le plan financier doit être établi dans l'hypothèse qu'aucune autre mesure officielle ne soit ordonnée pour endiguer la pandémie de COVID-19.</p> <p>Selon le rapport explicatif, l'entreprise doit également démontrer pour cette période que son financement peut être assuré par la mesure pour les cas de rigueur sans autres aides de l'Etat. GastroSuisse exige qu'outre l'APG, la RHT, les crédits COVID-19 et crédits de cautionnement solidaire pour les start-ups, ceux de la SCH soient également exclus de ces aides de l'Etat.</p> <p>Il convient de modifier la disposition comme suit:</p> <p>«elles ont établi un plan financier [à moyen terme] montrant de manière crédible que le financement de l'entreprise au moyen de la mesure pour les cas de rigueur» [Supprimer]</p>
Art. 4 al. 3 let. b <u>Supprimer</u>	<p>Cette disposition stipule qu'un crédit de compte courant COVID-19 doit être complètement épousé pour avoir pris des mesures d'autofinancement raisonnables. Une telle disposition incite les entreprises à épuiser ces crédits si elles doivent demander une aide financière supplémentaire dans le cadre de l'ordonnance sur les cas de rigueur. En conséquence, le risque de faillite augmente pour toutes les entreprises dont la requête est rejetée.</p> <p>Le rapport indique également que les crédits de cautionnement solidaire COVID-19 ne tombent pas sous le coup de l'interdiction du double subventionnement. Cela est en contradiction avec le fait que ces crédits doivent d'abord être épousés avant que des mesures d'autofinancement raisonnables puissent être prises. C'est également dans cette logique que cette disposition devrait être supprimée de l'ordonnance.</p>
Art. 5 al. 1 <u>Modifier</u>	<p>Lors du dépôt de la requête, le chiffre d'affaires 2020 n'est probablement pas encore connu. Par conséquent, l'art. 5 al. 1 devrait être complété comme suit:</p> <p>«Les entreprises ont prouvé au canton que leur chiffre d'affaires 2020 [ou leur chiffre d'affaires annuel jusqu'au dépôt de la requête] est inférieur de plus de 40% au chiffre d'affaires moyen des années 2018 et 2019 en raison des mesures ordonnées par les autorités aux fins de la lutte contre l'épidémie de COVID-19.» [Compléter]</p>
Art. 5 al. 2	<p>Selon cet article, les indemnités reçues en cas de réduction de l'horaire de travail et de perte de gain liée au COVID-19 doivent être ajoutées au chiffre d'affaires 2020. Le</p>

	<p>rapport explicatif indique que ce serait toujours le cas pour les exonérations décrétées ou volontaires du loyer lors de l'entrée en vigueur de la loi COVID-19 sur les loyers commerciaux.</p> <p>Une telle disposition constitue une combinaison inadéquate et injustifiée de différents instruments financiers pour atténuer la crise du COVID-19. Au sens comptable, le chiffre d'affaires est défini par la valeur des services fournis et des biens vendus; dans le cas des RHT et APG, les charges d'une entreprise sont réduites. En fin de compte, ces deux instruments du marché du travail servent principalement à garantir les emplois et à protéger les entreprises contre les pénuries de liquidités et les faillites non responsables. L'objectif n'est pas d'améliorer les bénéfices ou le compte de résultat de ces entreprises. C'est pourquoi, ils ne doivent être ajoutés au chiffre d'affaires, pas plus que d'autres charges exonérées.</p> <p>En outre, l'inclusion des charges exonérées dans le chiffre d'affaires (par exemple RHT) générerait un travail administratif supplémentaire pour les cantons et les entreprises. Cela ne serait ni dans l'intérêt des cantons et des entreprises ni dans celui de la Confédération. Enfin, la Confédération présente des mesures visant à maintenir les coûts administratifs pour les cantons à un faible niveau (par exemple rapport p. 7).</p> <p>En outre, cette disposition est en contradiction avec l'art. 12 al. 2 de la loi COVID-19, qui stipule explicitement que les RHT, APG ainsi les crédits COVID-19 ne constituent pas une aide financière de l'Etat. En plus, l'ordonnance sur les pertes de gain COVID-19, stipule par exemple que les mesures pour les cas de rigueur ne sont pas subventionnées à l'APG.</p> <p>Pour les raisons exposées ci-dessus, il convient de raccourcir l'article comme suit:</p> <p style="color: red;">«Le chiffre d'affaires 2020 est calculé sur la base de la valeur des biens vendus et des services fournis [à laquelle s'ajoutent les indemnités reçues en 2020 en cas de réduction de l'horaire de travail et de perte de gain liée au COVID-19].» [Supprimer]</p>
Art. 5 al. 4 (nouveau) <u>Compléter</u>	<p>Les entreprises dont le chiffre d'affaires annuel est inférieur de 30% à 40% au chiffre d'affaires moyen des années 2018 et 2019 devraient également pouvoir demander des mesures pour les cas de rigueur. Si elles le font, elles recevront une aide réduite. GastroSuisse est favorable à une gradation afin d'éviter un seuil élevé entre les entreprises qui n'ont pas droit à des aides et aux mesures pour les cas de rigueur.</p> <p style="color: red;">«Les entreprises dont le chiffre d'affaires annuel est inférieur de 30% à 40% au chiffre d'affaires moyen des années 2018 et 2019, sont également considérées comme des cas de rigueur.»</p>

Section 3 Exigences relatives à la forme des mesures pour les cas de rigueur

Thème	Remarque / suggestion
Art. 7 al. 3 <u>Supprimer</u>	<p>Il faut saluer le fait que les cantons puissent accorder diverses formes d'aide pour les cas de rigueur. En raison des plafonds bas ou différents (art. 8 al. 1 et 2), les entreprises devraient avoir la possibilité de demander plus qu'une seule aide financière en même temps (par exemple des prêts et des contributions non remboursables).</p> <p>Le travail de coordination et de contrôle supplémentaire devrait être minime. Si une entreprise a déjà bénéficié d'une mesure pour cas de rigueur et demande par la suite une deuxième aide sous forme d'un cas de rigueur, cela devrait représenter moins de travail que pour la requête initiale.</p> <p style="color: red;">Il convient donc de supprimer l'art. 7 al. 3.</p>

<p>Art. 8 al. 2</p> <p><u>Modifier</u></p>	<p>Les contributions non remboursables sont limitées à 10 pour cent du chiffre d'affaires 2019 (soit 500 000 francs) selon le projet d'ordonnance. En conséquence, les entreprises concernées devraient supporter elles-mêmes au moins les trois quarts de leurs pertes de chiffre d'affaires de l'année 2020 (par rapport à 2019). Les pertes de chiffre d'affaires (de 40 à 100 pour cent) peuvent varier considérablement en fonction de la manière dont la branche concernée est affectée. Cela détermine dans une large mesure le degré de nécessité de mesures de soutien. En outre, le besoin et le montant d'une aide pour les cas de rigueur dépendent de l'évolution de la pandémie de COVID-19 ou des mesures prises pour l'endiguer. Le plafond mentionné limite l'efficacité des mesures pour les cas de rigueur. Le plafond de CHF 500 000.- est suffisant.</p> <p>En fin de compte, il appartient aux cantons d'adapter la forme des mesures pour les cas de rigueur aux différentes conditions cantonales. Cela exige une forme souple et pas trop rigide des mesures pour les cas de rigueur.</p> <p>Il convient donc de raccourcir le paragraphe comme suit:</p> <p>«Les contributions non remboursables s'élèvent à 10 % du chiffre d'affaires 2019 et à 500 000 francs par entreprise. [En cas de difficulté particulière, ces contributions maximales pourraient être augmentées.] Elles peuvent être décidées et versées en plusieurs étapes.» [Supprimer et <u>compléter</u>]</p>
<p>Art. 8 al. 4 (nouveau)</p> <p><u>Compléter</u></p>	<p>Sans l'ajout suivant, une entreprise dont le chiffre d'affaires a diminué de 39.9% ne bénéficierait pas des mesures pour cas de rigueur, tandis qu'une entreprise dont le chiffre d'affaires a diminué de 40% serait pleinement éligible à l'aide. GastroSuisse préconise une gradation. Les entreprises dont le chiffre d'affaires annuel est inférieur de 30% à 40% au chiffre d'affaires moyen des années 2018 et 2019 devraient également pouvoir demander des mesures pour les cas de rigueur.</p> <p>«Les plafonds pour les entreprises dont le chiffre d'affaires annuel est inférieur de 30% au chiffre d'affaires moyen des années 2018 et 2019 sont fixés à 20% du plafond normal. Ce plafond augmente linéairement avec la perte de chiffre d'affaires jusqu'à une perte de chiffre d'affaires de 40%.»</p>

Section 4 Procédure et compétences

Thème	Remarque / suggestion
	Pas de commentaires

Section 5 Contributions de la Confédération et comptes rendus des cantons

Thème	Remarque / suggestion
<p>Art. 14</p> <p><u>Modifier</u></p>	<p>Cet article prévoit une contribution maximale de la Confédération de 200 millions de francs pour les mesures cantonales pour les cas de rigueur. Compte tenu de l'ampleur de la crise de COVID-19 sur l'économie, ce montant est loin d'être suffisant. Le montant des moyens financiers réellement nécessaires de la Confédération ne peut être quantifié à l'heure actuelle et dépend des besoins des cantons et de l'évolution de la pandémie de COVID-19 ainsi que des mesures prises par les autorités.</p> <p>«Dans la limite des crédits approuvés, [la Confédération et les cantons participent aux mesures pour les cas de rigueur à hauteur d'un montant de 1.8 milliards de francs. La contribution de la Confédération s'élève à au moins 900 millions de francs.] [la Confédération participe aux mesures cantonales pour les cas de rigueur à</p>

	<u>hauteur d'un montant total de 200 millions de francs au maximum.]» [Supprimer et modifier]</u>
Art. 15 <u>Modifier</u>	Par la présente disposition, les cantons économiquement forts et à la densité de population élevée (en fonction du PIB cantonal et de la population résidente) recevraient plus que les autres. GastroSuisse préconise que la pertinence économique des branches particulièrement touchées pour le canton et les pertes de chiffre d'affaires prévues dans ces branches soient prises en compte lors de la répartition des fonds fédéraux.
Art. 17 al. 2 <u>Modifier</u>	Pour que les cantons soient libres dans la définition et la forme des mesures pour les cas de rigueur et pour qu'ils tiennent suffisamment compte des conditions locales, il faut que la Confédération contribue de manière flexible ou davantage aux coûts . Cependant, selon le rapport explicatif, la Confédération participe pour moitié aux versements. La part de la Confédération dans les contributions à fond perdu devrait être d'au moins 50 pour cent.

Section 6 Perte de capital et surendettement

Section 7 Dispositions finales

Thème	Remarque / suggestion
Art. 20 <u>Précision</u>	Selon le rapport explicatif, les créances résultant de crédits de cautionnement solidaire COVID-19 et de crédits pour les cas de rigueur ne sont pas comptabilisés dans les fonds étrangers. GastroSuisse préconise que les prêts accordés par la SCH, qui ont été octroyés en 2020, ne soient pas non plus compté dans les fonds étrangers.



Antwortformular: Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : GastroSolothurn

Abkürzung der Firma / Organisation : GSO

Adresse : Hauptgasse 20
4600 Olten

Kontaktperson : Benvenuto Savoldelli
Geschäftsführer

Telefon : 062 205 10 33

E-Mail : info@gastro-solothurn.ch

Datum : 13.11.2020

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Tabellenzeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word-Dokument bis am 13. November 2020** an folgende E-Mail Adressen: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme!

Allgemeine Bemerkungen

Das Ziel der Vorlage ist zu begrüssen, die Ausführungsbestimmungen in Bezug auf die Beteiligung des Bundes an kantonalen Unterstützungsmassnahmen für Härtefälle festzulegen.

Mit Blick auf Sinn und Zweck der Härtefalllösung - namentlich besonders stark von der Covid-19-Krise betroffene Unternehmen finanziell zu unterstützen - verfehlt der vorliegende Entwurf sein Ziel. Gerade jenen Unternehmen, welche am dringendsten auf eine solche Hilfe angewiesen wären, würde tendenziell deren Zugang erschwert. Darunter sind längst auch solche - wenn nicht die meisten - die vor der Krise finanziell gesund und überlebensfähig waren und sich nun unverschuldet in finanzieller Schieflage befinden.

Der Ruf nach staatlicher Unterstützung liegt nicht in der DNA des Gastgewerbes. Wir wollen unsere Gäste bedienen. Die aktuelle Lage erfordert aber Staatshilfen. Es wäre falsch anzunehmen, dass die aktuelle Krise lediglich die ordentliche Strukturbereinigung beschleunige. Das veränderte Konsumverhalten stellt die gesamte Branche auf den Kopf und zerstört wertvolle Strukturen. Es trifft längst nicht nur Betriebe, die vor der Krise wenig rentabel waren. Die Liquidität der Unternehmen vor der Krise war in 4 von 5 Fällen gut bis sehr gut. Aktuell gilt dies noch für rund 1 von 4 Betrieben. Das ergab die jüngste Umfrage von GastroSuisse vom 23. bis 25. Oktober 2020 unter 3'500 Mitgliedern.

Mit einer für das Gastgewerbe wirkungslosen Härtefalllösung - so wie es beim vorliegenden Entwurf der Fall wäre - oder ohne anderweitigen Unterstützungsmaßnahmen droht der Branche in den nächsten Monaten eine Konkurs- und Entlassungswelle von historischem Ausmass: Es sind akut 40% der gastgewerblichen Unternehmen und 100'000 Arbeitsplätze gefährdet.

Um einer Konkurs- und Entlassungswelle entgegenzuwirken, bedarf die Vorlage eine sofortige Umsetzung und Anpassungen insbesondere bei folgenden Punkten:

- **Definition von «profitablen und überlebensfähigen» Unternehmen:**

- Das Jahr 2020 ist bei der Beurteilung, ob eine Überschuldung vorliegt, nicht zu berücksichtigen (Anpassung Art. 4 Abs. 2 Bst. a);
- Keine mittelfristige Finanzplanung, sondern eine, welche zum Zeitpunkt der Gesuchseinreichung glaubhaft aufzeigen kann, wie die Finanzierung des Unternehmens unter Annahme keiner weiteren behördlichen Einschränkungen gesichert werden kann (Anpassung Art. 4 Abs. 2 Bst. d).

- **Definition von Umsatzrückgang:**

- Der Umsatz 2020 berechnet sich ausschliesslich über den Wert der verkauften Waren und erbrachten Dienstleistungen; erlassene Aufwendungen sind nicht dazuzuzählen (z. B. KAE, CEE, Mieterlass) (Anpassung Art. 5 Abs. 2).
- Unternehmen, deren Jahresumsatz zwischen 30 % und 40 % unter dem durchschnittlichen Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 liegt, sollen ebenfalls unter die Härtefallregelung fallen und in reduziertem Mass unterstützt werden (Ergänzung Art. 5 Abs. 4 und Art. 8 Abs. 4).

- **Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen:**

- Ein Unternehmen kann gleichzeitig mehrere Formen von Hilfen beanspruchen (Anpassung Art. 7 Abs. 3);
- Dabei gelten bei a-fond-perdu-Beiträgen flexible Höchstgrenzen (Anpassung Art. 8 Abs. 2). A-fond-perdu-Beiträge kommen prioritär zum Einsatz.

- **Flexible Beteiligung des Bundes** an kantonalen Härtefallmassnahmen:

- Derzeit beträgt die maximale Summe für Härtefallmassnahmen 400 Millionen Franken, dies unter der Annahme, dass sich Bund und Kantone zu je der Hälfte daran beteiligen. Die Gesamtsumme ist gemäss Schätzung von GastroSolothurn auf mindestens 1.8 Milliarden Franken zu erhöhen. Der Bundesanteil soll dabei mindestens 900 Millionen Franken betragen (Anpassung Art. 14);
- Weil gewisse Kantone nicht über die nötigen Mittel verfügen dürften, soll die Bundesbeteiligung je nach kantonalem Bedarf mehr als 50 % betragen (Anpassung Art. 17);
- Letztlich müsste auch der Verteilungsschlüssel der Bundesgelder an die Kantone weitere Parameter miteinbeziehen (Anpassung Art. 15), damit die Kantone ihre Härtefälle so definieren können, dass sie den örtlichen Gegebenheiten genügend Rechnung tragen.

Besten Dank für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

1. Abschnitt: Grundsatz

Thema	Bemerkung/Anregung
	Keine Bemerkungen

2. Abschnitt: Anforderungen an die Unternehmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 4 Abs. 1 Bst. c <u>Präzisierung</u>	Diese Bestimmung legt fest, welche spezifischen Hilfen unter das Doppelsubventionierungsverbot fallen. Gemäss erläuterndem Bericht sind CEE, KAE, Covid-19-Solidarbürgschaftskredite und solche für Startups davon ausgenommen. Zu präzisieren ist, dass auch Unterstützungen der Schweizerischen Gesellschaft für Hotelkredit (SGH) <u>nicht</u> unter das Doppelsubventionierungsverbot fallen.
Art. 4 Abs. 2 Bst. a <u>Anpassen</u>	<p>Dieser Artikel sieht vor, dass profitable und überlebensfähige Unternehmen seit dem 1. Januar 2019 und bis und mit Einreichung des Gesuchs nicht überschuldet sein sollen. Damit würde das Geschäftsjahr 2020 volumnfänglich oder zu einem grossen Teil mit berücksichtigt werden. Eine solche Bestimmung ist mit Blick auf Sinn und Zweck der Härtefallregelung - die Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Covid-19-Pandemie - problematisch. Für die meisten Unternehmen, die im Jahr 2020 Umsatzeinbussen von 40 Prozent oder mehr erlitten, kommt es der Quadratur des Kreises gleich, sich Ende 2020 nicht in einer Überschuldungssituation zu befinden. Der Bund würde mit der vorliegenden Bestimmung einen Grossteil der am stärksten von der Krise betroffenen Betriebe im Rahmen einer Härtefalllösung nicht unterstützen. Damit würde gerade den Betrieben, die auf eine solche Unterstützung dringend angewiesen sind, der Zugang erschwert.</p> <p>Die Überschuldung im Jahr 2020 hängt nicht davon ab, wie profitabel oder überlebensfähig ein Unternehmen ist, sondern wie stark die Covid-19-Massnahmen dessen Geschäftstätigkeit eingeschränkt haben.</p> <p>Weiter hatten die meisten Unternehmen gar nicht die Möglichkeit - unabhängig davon, wie rentabel sie zu üblichen Geschäftsjahren wirtschaften - ihre Verluste aus der «ersten Welle» im Frühling 2020 aufzufangen. Spätestens seit dem Herbst 2020 sind wieder weitergehende Massnahmen von Bund und Kantonen in Kraft, die ein profitables</p>

	<p>Wirtschaften stark einschränken oder verunmöglichen.</p> <p>Das Geschäftsjahr 2020 wurde für Härtefälle massgeblich von den finanziellen Auswirkungen der behördlichen Covid-19-Massnahmen geprägt. Daher ist das Jahr 2020 kein Referenzwert dafür, ob ein Unternehmen profitabel und überlebensfähig ist (sofern das Unternehmen vor 2020 gegründet wurde). Daher ist dieser Artikel wie folgt anzupassen:</p> <p>«[zum Zeitpunkt der Einreichung des Gesuchs nicht überschuldet sind und] zwischen dem 1. Januar 2019 und [der Einreichung des Gesuchs] [dem 31. Dezember 2019] nicht überschuldet waren;» [Streichen und ergänzen]</p>
Art. 4 Abs. 2 Bst. d <u>Anpassen</u>	<p>Als weitere Bedingung muss ein profitables und überlebensfähiges Unternehmen über eine mittelfristige Finanzplanung verfügen. Gemäss erläuterndem Bericht umfasst dies mindestens das laufende und das darauffolgende Jahr. Angesichts der unsicheren Gesamtlage und Entwicklung der Covid-19-Pandemie sowie wirtschaftlich einschneidenden Massnahmen zu deren Eindämmung ist eine solche Zeitspanne weder angemessen, noch lässt sie eine Finanzplanung zu, die sich auf bis zu zwei Jahre erstrecken soll.</p> <p>Die Finanzplanung ist nach Dafürhalten von GastroSolothurn unter der Annahme zu erstellen, dass keine weiteren behördlichen Massnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie angeordnet werden.</p> <p>Weiter soll das Unternehmen für diese Zeitspanne gemäss erläuterndem Bericht aufzeigen, dass seine Finanzierung mit der Härtefallmassnahme ohne weitere staatliche Hilfen gesichert werden kann. GastroSolothurn fordert, dass nebst CEE, KAE, Covid-19-Krediten und Bürgschaftskrediten für Startups auch jene der SGH von solchen staatlichen Hilfen ausgenommen sind.</p> <p>Die Bestimmung ist wie folgt anzupassen:</p> <p>«über eine [mittelfristige] Finanzplanung verfügen, die glaubhaft aufzeigt, dass die Finanzierung des Unternehmens mit der Härtefallmassnahme» [Streichen]</p>
Art. 4 Abs. 3 Bst. b <u>Streichen</u>	<p>Diese Bestimmung legt fest, dass ein Covid-19-Kontokorrentkredit vollständig ausgeschöpft sein muss, um zumutbare Selbsthilfemaßnahmen ergriffen zu haben. Eine solche Regelung drängt Unternehmen dazu, diese Kredite auszuschöpfen, wenn sie zusätzlich finanzielle Unterstützung in Form der Härtefallregelung beantragen müssen. In der Folge erhöht sich das Konkursrisiko für all jene Unternehmen, deren Gesuch abgelehnt wird.</p> <p>Weiter legt der Bericht fest, dass Covid-19-Solidarbürgschaftskredite nicht unter das Doppelsubventionierungsverbot fallen. Dies steht im Widerspruch dazu, dass solche Kredite erst ausgeschöpft werden müssen, um zumutbare Selbsthilfemaßnahmen ergriffen zu haben. Auch aus dieser Logik heraus ist diese Bestimmung aus der Verordnung zu streichen.</p>
Art. 5 Abs. 1 <u>Anpassen</u>	<p>Bei Gesucheinreichung ist der Jahresumsatz 2020 allenfalls noch nicht bekannt. Deshalb ist Art. 5 Abs. 1 wie folgt zu ergänzen:</p> <p>«Die Unternehmen haben gegenüber dem Kanton belegt, dass ihr Jahresumsatz 2020 [oder ihr Jahresumsatz bis zur Einreichung des Gesuchs] in der Folge von behördlich angeordneten Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie mehr als 30 Prozent unter dem durchschnittlichen Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 liegt.» [Ergänzen]</p>
Art. 5 Abs. 2 <u>Anpassen</u>	<p>Gemäss diesem Artikel sind Entschädigungen für Kurzarbeit und Covid-Erwerbsersatz zum Umsatz 2020 hinzuzuzählen. Aus dem erläuternden Bericht geht hervor, dass dies bei Inkrafttreten des Geschäftsmietegesetzes weiter für verordnete oder freiwilli-</p>

	<p>ge Mieterlasse der Fall sein würde.</p> <p>Eine solche Bestimmung stellt eine sachfremde respektive nicht gerechtfertigte Verknüpfung unterschiedlicher finanzieller Instrumente zur Abfederung der Covid-19-Krise dar. Im buchhalterischen Sinne definiert sich der Umsatz über den Wert von erbrachten Leistungen und abgesetzten Waren; bei der KAE und CEE verringern sich die Aufwendungen eines Unternehmens. Schliesslich dienen diese beiden arbeitsmarktlchen Instrumente in erster Linie dazu, Arbeitsplätze zu sichern und Unternehmen vor unverschuldeten Liquiditätsengpässen und Konkursen zu bewahren. Es geht nicht darum, die Gewinne oder die Erfolgsrechnung solcher Unternehmen zu verbessern. Deswegen sind sie oder andere erlassene Aufwendungen nicht zum Umsatz hinzuzuzählen.</p> <p>Weiter würde der Einbezug von erlassenen Aufwendungen im Umsatz (z. B. KAE) einen administrativen Mehraufwand für die Kantone und Unternehmen verursachen. Dies dürfte weder im Sinne dieser noch des Bundes sein. Letztlich stellt der Bund Massnahmen vor, wie administrative Kosten für die Kantone tief zu halten sind (z. B. Bericht S. 7).</p> <p>Zudem steht die Bestimmung im Widerspruch zu Art. 12 Abs. 2 Covid-19-Gesetz, wonach die KAE, CEE sowie die Covid-19-Kredite explizit nicht als staatliche Finanzhilfen gelten. Weiter sieht bspw. auch die Covid-19-Erwerbsausfallverordnung vor, dass Härtefallmassnahmen nicht subsidiär zur CEE gelten.</p> <p>Aus obengenannten Gründen ist der Artikel wie folgt zu kürzen:</p> <p>«Der Umsatz 2020 berechnet sich aus dem Wert der verkauften Waren und der erbrachten Dienstleistungen [zuzüglich der für die Periode 2020 erhaltenen Entschädigungen für Kurzarbeit und Covid-Erwerbsersatz].» [Streichen]</p>
Art. 5 Abs. 4 (neu) <u>Ergänzen</u>	<p>Unternehmen, deren Jahresumsatz zwischen 30 % und 40 % unter dem durchschnittlichen Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 liegt, sollen ebenfalls Härtefallmassnahmen beantragen können. Tun sie dies, werden sie in reduziertem Mass unterstützt. GastroSolothurn spricht sich für eine Abstufung aus, um eine hohe Schwelle zwischen den nicht anspruchsberechtigten Unternehmen und den Härtefällen zu vermeiden.</p> <p>«Unternehmen, deren Jahresumsatz zwischen 30 % und 40 % unter dem durchschnittlichen Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 liegt, können ebenfalls als Härtefälle gelten.»</p>

3. Abschnitt: Anforderungen an die Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 7 Abs. 3 <u>Streichen</u>	<p>Zu begrüssen ist, dass die Kantone verschiedene Formen von Härtefallhilfen gewähren können. Mit Blick auf die tiefen respektive unterschiedlichen Höchstgrenzen (Art. 8 Abs. 1 und 2) soll es den Unternehmen möglich sein, mehr als eine finanzielle Hilfe gleichzeitig beanspruchen zu können (z. B. Darlehen und nicht rückzahlbare Beiträge).</p> <p>Der zusätzliche Koordinations- und Kontrollaufwand dürfte gering sein. Wenn ein Unternehmen bereits von einer Härtefallmassnahme Gebrauch macht und daraufhin eine zweite Unterstützungshilfe in Form eines Härtefalls beantragt, dürfte der Aufwand geringer sein als beim Erstantrag.</p> <p>Daher ist es angezeigt, den Art. 7 Abs. 3 zu streichen.</p>
Art. 8	Nicht rückzahlbare Beiträge werden gemäss Verordnungsentwurf auf 10 Prozent des

<p>Abs. 2 <u>Anpassen</u></p>	<p>Jahresumsatzes 2019 (respektive 500'000 Franken) limitiert. Damit müssten betroffene Unternehmen mindestens Dreiviertel ihrer Umsatzeinbussen von 2020 (im Vgl. zu 2019) selber tragen. Die Umsatzeinbussen (von 40 bis 100 Prozent) können je nach Betroffenheit der jeweiligen Branche sehr unterschiedlich sein. Dies bestimmt massgeblich, wie hoch der Bedarf an Unterstützungsmassnahmen ist. Zudem hängen der Bedarf und die Höhe einer Härtefallhilfe vom weiteren Verlauf der Covid-19-Pandemie respektive einschränkenden Massnahmen zu deren Eindämmung ab. Die genannte Höchstgrenze schränkt die Wirksamkeit der Härtefallmassnahmen ein. Die absolute Höchstgrenze von CHF 500'000.- genügt.</p> <p>Letztlich obliegt es den Kantonen, die Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen den unterschiedlichen kantonalen Gegebenheiten anzupassen. Dies bedingt eine flexible und nicht zu starre Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen.</p> <p>Daher ist der Abschnitt wie folgt zu kürzen:</p> <p>«Die nicht rückzahlbaren Beiträge belaufen sich auf höchstens 10 Prozent des Jahresumsatzes 2019 und höchstens auf 500 000 Franken pro Unternehmen. [Im Falle besonderer Härte können diese absoluten Beiträge erhöht werden.] Die Beiträge können gestaffelt beschlossen und ausgerichtet werden.» [Streichen und <u>ergänzen</u>]</p>
<p>Art. 8 Abs. 4 (neu) <u>Ergänzen</u></p>	<p>Ohne die folgende Ergänzung würde ein Unternehmen mit Umsatzeinbussen von 39.9 % nicht von den Härtefallmassnahmen profitieren, während ein Unternehmen mit Umsatzeinbussen von 40 % in vollem Umfang unterstützt werden kann. GastroSolothurn spricht sich für eine Abstufung aus. Unternehmen, deren Jahresumsatz zwischen 30 % und 40 % unter dem durchschnittlichen Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 liegt, sollen ebenfalls Härtefallmassnahmen beantragen können.</p> <p>«Die Höchstgrenzen für Unternehmen, deren Jahresumsatz 30 % unter dem durchschnittlichen Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 liegt, betragen 20 % der ordentlichen Höchstgrenze. Diese Höchstgrenze steigt linear mit dem Umsatzverlust bis zu einem Umsatzverlust von 40 %.»</p>

4. Abschnitt: Verfahren und Zuständigkeiten

Thema	Bemerkung/Anregung
	Keine Bemerkungen

5. Abschnitt: Beiträge des Bundes und Berichterstattung der Kantone

Thema	Bemerkung/Anregung
<p>Art. 14 <u>Anpassen</u></p>	<p>Dieser Artikel sieht eine Beteiligung des Bundes von höchstens 200 Millionen Franken an kantonalen Härtefallmassnahmen vor. Angesichts des Ausmaßes der Covid-19-Krise auf die Wirtschaft dürfte dieser Betrag beim weitem nicht ausreichen. Der Umfang an tatsächlich benötigten finanziellen Mitteln des Bundes ist derzeit nicht quantifizierbar und hängt vom Bedarf der Kantone und des Weiteren Verlaufs der Covid-19-Pandemie respektive von behördlichen Massnahmen ab.</p> <p>«Bund und Kantone beteiligen sich im Rahmen der bewilligten Kredite im Umfang von 1.8 Milliarden Franken an den Härtefallmassnahmen. Der Bundesanteil beträgt dabei mindestens 900 Millionen Franken, beteiligt sich im Rahmen der bewilligten Kredite im Umfang von insgesamt höchstens 200 Millionen Franken an kantonalen Härtefallmassnahmen.» [Streichen und <u>anpassen</u>]</p>

Art. 15 <u>Anpassen</u>	Mit der vorliegenden Bestimmung würden wirtschaftsstarken und bevölkerungsreichen Kantone (nach dem kantonalen BIP und Wohnbevölkerung) mehr erhalten als andere. GastroSolothurn spricht sich dafür aus, dass die volkswirtschaftliche Relevanz der besonders stark betroffenen Branchen für den Kanton und die prognostizierten Umsatzeinbussen in diesen Branchen bei der Verteilung der Bundesgelder mitberücksichtigt werden.
Art. 17 Abs. 2 <u>Anpassen</u>	Damit die Kantone frei in der Definition und Ausgestaltung von Härtefallmassnahmen sind, und diese den örtlichen Gegebenheiten genügend Rechnung tragen, bedarf es einer flexiblen respektive höheren Kostenbeteiligung des Bundes . Gemäss erläuterndem Bericht beteiligt sich der Bund jedoch zur Hälfte an den Auszahlungen. Der Anteil des Bundes an à-fond-perdu-Beiträgen soll mindestens 50 Prozent betragen.

6. Abschnitt: Kapitalverlust und Überschuldung und 7. Abschnitt: Schlussbestimmungen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 20 <u>Präzisierung</u>	Gemäss erläuterndem Bericht werden Forderungen aus Covid-19-Solidarbürgschaftskrediten und -Härtefallkrediten nicht zum Fremdkapital gezählt. GastroSolothurn spricht sich dafür aus, dass gewährte Kredite der SGH, die im Jahr 2020 gewährt wurden, auch nicht zum Fremdkapital gezählt werden.



Antwortformular: Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : GastroSuisse

Abkürzung der Firma / Organisation : GS

Adresse : Blumenfeldstrasse 20
8046 Zürich

Kontaktperson : Severin Hohler
Leiter Wirtschaftspolitik

Telefon : 044 377 52 50

E-Mail : severin.hohler@gastrosuisse.ch

Datum : 10.11.2020

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Tabelleenzeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word-Dokument** bis am **13. November 2020** an folgende E-Mail Adressen: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme!

Allgemeine Bemerkungen

Das Ziel der Vorlage ist zu begrüssen, die Ausführungsbestimmungen in Bezug auf die Beteiligung des Bundes an kantonalen Unterstützungsmassnahmen für Härtefälle festzulegen.

Mit Blick auf Sinn und Zweck der Härtefalllösung – namentlich besonders stark von der Covid-19-Krise betroffene Unternehmen finanziell zu unterstützen – verfehlt der vorliegende Entwurf sein Ziel. Gerade jenen Unternehmen, welche am dringendsten auf eine solche Hilfe angewiesen wären, würde tendenziell deren Zugang erschwert. Darunter sind längst auch solche – wenn nicht die meisten – die vor der Krise finanziell gesund und überlebensfähig waren und sich nun unverschuldet in finanzieller Schieflage befinden.

Der Ruf nach staatlicher Unterstützung liegt nicht in der DNA des Gastgewerbes. Wir wollen unsere Gäste bedienen. Die aktuelle Lage erfordert aber Staatshilfen. Es wäre falsch anzunehmen, dass die aktuelle Krise lediglich die ordentliche Strukturbereinigung beschleunige. Das veränderte Konsumverhalten stellt die gesamte Branche auf den Kopf und zerstört wertvolle Strukturen. Es trifft längst nicht nur Betriebe, die vor der Krise wenig rentabel waren. Die Liquidität der Unternehmen vor der Krise war in 4 von 5 Fällen gut bis sehr gut. Aktuell gilt dies noch für rund 1 von 4 Betrieben. Das ergab die jüngste Umfrage von GastroSuisse vom 23. bis 25. Oktober 2020 unter 3'500 Mitgliedern.

Mit einer für das Gastgewerbe wirkungslosen Härtefalllösung – so wie es beim vorliegenden Entwurf der Fall wäre – oder ohne anderweitigen Unterstützungsmassnahmen droht der Branche in den nächsten Monaten eine Konkurs- und Entlassungswelle von historischem Ausmass: Es sind akut 40% der gastgewerblichen Unternehmen und 100'000 Arbeitsplätze gefährdet.

Um einer Konkurs- und Entlassungswelle entgegenzuwirken, bedarf die Vorlage eine sofortige Umsetzung und Anpassungen insbesondere bei folgenden Punkten:

- **Definition von «profitablen und überlebensfähigen» Unternehmen:**

- Das Jahr 2020 ist bei der Beurteilung, ob eine Überschuldung vorliegt, nicht zu berücksichtigen (Anpassung Art. 4 Abs. 2 Bst. a);
- Keine mittelfristige Finanzplanung, sondern eine, welche zum Zeitpunkt der Gescheinreichung glaubhaft aufzeigen kann, wie die Finanzierung des Unternehmens unter Annahme keiner weiteren behördlichen Einschränkungen gesichert werden kann (Anpassung Art. 4 Abs. 2 Bst. d).

- **Definition von Umsatrückgang:**

- Der Umsatz 2020 berechnet sich ausschliesslich über den Wert der verkauften Waren und erbrachten Dienstleistungen; erlassene Aufwendungen sind nicht dazuzählen (z. B. KAE, CEE, Mieterlass) (Anpassung Art. 5 Abs. 2).
- Unternehmen, deren Jahresumsatz zwischen 30 % und 40 % unter dem durchschnittlichen Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 liegt, sollen ebenfalls unter die Härtefallregelung fallen und in reduziertem Mass unterstützt werden (Ergänzung Art. 5 Abs. 4 und Art. 8 Abs. 4).

- **Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen:**

- Ein Unternehmen kann gleichzeitig mehrere Formen von Hilfen beanspruchen (Anpassung Art. 7 Abs. 3);
- Dabei gelten bei a-fond-perdu-Beiträgen flexible Höchstgrenzen (Anpassung Art. 8 Abs. 2). A-fond-perdu-Beiträge kommen prioritär zum Einsatz.

- **Flexible Beteiligung des Bundes** an kantonalen Härtefallmassnahmen:

- Derzeit beträgt die maximale Summe für Härtefallmassnahmen 400 Millionen Franken – dies unter der Annahme, dass sich Bund und Kantone zu je der Hälfte daran beteiligen. Die Gesamtsumme ist gemäss Schätzung von GastroSuisse auf mindestens 1.8 Milliarden Franken zu erhöhen. Der Bundesanteil soll dabei mindestens 900 Millionen Franken betragen (Anpassung Art. 14);
- Weil gewisse Kantone nicht über die nötigen Mittel verfügen dürfen, soll die Bundesbeteiligung je nach kantonalem Bedarf mehr als 50 % betragen (Anpassung Art. 17);
- Letztlich müsste auch der Verteilungsschlüssel der Bundesgelder an die Kantone weitere Parameter miteinbeziehen (Anpassung Art. 15), damit die Kantone ihre Härtefälle so definieren können, damit sie den örtlichen Gegebenheiten genügend Rechnung tragen.

Besten Dank für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

1. Abschnitt: Grundsatz

Thema	Bemerkung/Anregung
	Keine Bemerkungen

2. Abschnitt: Anforderungen an die Unternehmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 4 Abs. 1 Bst. c <u>Präzisierung</u>	Diese Bestimmung legt fest, welche spezifischen Hilfen unter das Doppelsubventionierungsverbot fallen. Gemäss erläuterndem Bericht sind CEE, KAE, Covid-19-Solidaritätskredite und solche für Startups davon ausgenommen. Zu präzisieren ist, dass auch Unterstützungen der Schweizerischen Gesellschaft für Hotelkredit (SGH) <u>nicht</u> unter das Doppelsubventionierungsverbot fallen.
Art. 4 Abs. 2 Bst. a <u>Anpassen</u>	<p>Dieser Artikel sieht vor, dass profitable und überlebensfähige Unternehmen seit dem 1. Januar 2019 und bis und mit Einreichung des Gesuchs nicht überschuldet sein sollen. Damit würde das Geschäftsjahr 2020 vollumfänglich oder zu einem grossen Teil mit berücksichtigt werden. Eine solche Bestimmung ist mit Blick auf Sinn und Zweck der Härtefallregelung – die Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Covid-19-Pandemie – problematisch. Für die meisten Unternehmen, die im Jahr 2020 Umsatzeinbussen von 40 Prozent oder mehr erlitten, kommt es der Quadratur des Kreises gleich, sich Ende 2020 nicht in einer Überschuldungssituation zu befinden. Der Bund würde mit der vorliegenden Bestimmung einen Grossteil der am stärksten von der Krise betroffenen Betriebe im Rahmen einer Härtefalllösung nicht unterstützen. Damit würde gerade den Betrieben, die auf eine solche Unterstützung dringend angewiesen sind, der Zugang erschwert.</p> <p>Die Überschuldung im Jahr 2020 hängt nicht davon ab, wie profitabel oder überlebensfähig ein Unternehmen ist, sondern wie stark die Covid-19-Massnahmen dessen Geschäftstätigkeit eingeschränkt hat.</p> <p>Weiter hatten die meisten Unternehmen gar nicht die Möglichkeit – unabhängig davon, wie rentabel sie zu üblichen Geschäftsjahren wirtschaften – ihre Verluste aus der «ersten Welle» im Frühling 2020 aufzufangen. Spätestens seit dem Herbst 2020 sind</p>

	<p>wieder weitergehende Massnahmen von Bund und Kantonen in Kraft, die ein profitables Wirtschaften stark einschränken oder verunmöglichen.</p> <p>Das Geschäftsjahr 2020 wurde für Härtefälle massgeblich von den finanziellen Auswirkungen der behördlichen Covid-19-Massnahmen geprägt. Daher ist das Jahr 2020 kein Referenzwert dafür, ob ein Unternehmen profitabel und überlebensfähig ist (sofern das Unternehmen vor 2020 gegründet wurde). Daher ist dieser Artikel wie folgt anzupassen:</p> <p>«[zum Zeitpunkt der Einreichung des Gesuchs nicht überschuldet sind und] zwischen dem 1. Januar 2019 und [der Einreichung des Gesuchs] [dem 31. Dezember 2019] nicht überschuldet waren;» [Streichen und ergänzen]</p>
Art. 4 Abs. 2 Bst. d Anpassen	<p>Als weitere Bedingung muss ein profitables und überlebensfähiges Unternehmen über eine mittelfristige Finanzplanung verfügen. Gemäss erläuterndem Bericht umfasst dies mindestens das laufende und das darauffolgende Jahr. Angesichts der unsicheren Gesamtlage und Entwicklung der Covid-19-Pandemie sowie wirtschaftlich einschneidenden Massnahmen zu deren Eindämmung ist eine solche Zeitspanne weder angemessen, noch lässt sie eine Finanzplanung zu, die sich auf bis zu zwei Jahre erstrecken soll.</p> <p>Die Finanzplanung ist nach Dafürhalten von GastroSuisse unter der Annahme zu erstellen, dass keine weiteren behördlichen Massnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie angeordnet werden.</p> <p>Weiter soll das Unternehmen für diese Zeitspanne gemäss erläuterndem Bericht aufzeigen, dass seine Finanzierung mit der Härtefallmassnahme ohne weitere staatliche Hilfen gesichert werden kann. GastroSuisse fordert, dass nebst CEE, KAE, Covid-19-Krediten und Bürgschaftskrediten für Startups auch jene der SGH von solchen staatlichen Hilfen ausgenommen sind.</p> <p>Die Bestimmung ist wie folgt anzupassen:</p> <p>«über eine [mittelfristige] Finanzplanung verfügen, die glaubhaft aufzeigt, dass die Finanzierung des Unternehmens mit der Härtefallmassnahme» [Streichen]</p>
Art. 4 Abs. 3 Bst. b Streichen	<p>Diese Bestimmung legt fest, dass ein Covid-19-Kontokorrentkredit vollständig ausgeschöpft sein muss, um zumutbare Selbsthilfemaßnahmen ergriffen zu haben. Eine solche Regelung drängt Unternehmen dazu, diese Kredite auszuschöpfen wenn sie zusätzlich finanzielle Unterstützung in Form der Härtefallregelung beantragen müssen. In der Folge erhöht sich das Konkursrisiko für all jene Unternehmen, deren Gesuch abgelehnt wird.</p> <p>Weiter legt der Bericht fest, dass Covid-19-Solidarbürgschaftskredite nicht unter das Doppelsubventionierungsverbot fallen. Dies steht im Widerspruch dazu, dass solche Kredite erst ausgeschöpft werden müssen, um zumutbare Selbsthilfemaßnahmen ergriffen zu haben. Auch aus dieser Logik heraus ist diese Bestimmung aus der Verordnung zu streichen.</p>
Art. 5 Abs. 1 Anpassen	<p>Bei Gesucheinreichung ist der Jahresumsatz 2020 allenfalls noch nicht bekannt. Deshalb ist Art. 5 Abs. 1 wie folgt zu ergänzen:</p> <p>«Die Unternehmen haben gegenüber dem Kanton belegt, dass ihr Jahresumsatz 2020 [oder ihr Jahresumsatz bis zur Einreichung des Gesuchs] in der Folge von behördlich angeordneten Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie mehr als 40 Prozent unter dem durchschnittlichen Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 liegt.» [Ergänzen]</p>
Art. 5 Abs. 2	Gemäss diesem Artikel sind Entschädigungen für Kurzarbeit und Covid-Erwerbsersatz zum Umsatz 2020 hinzuzuzählen. Aus dem erläuternden Bericht geht hervor, dass

<p>Anpassen</p>	<p>dies bei Inkrafttreten des Geschäftsmietegesetzes weiter für verordnete oder freiwillige Mieter lasse der Fall sein würde.</p> <p>Eine solche Bestimmung stellt eine sachfremde respektive nicht gerechtfertigte Verknüpfung unterschiedlicher finanzieller Instrumente zur Abfederung der Covid-19-Krise dar. Im buchhalterischen Sinne definiert sich der Umsatz über den Wert von erbrachten Leistungen und abgesetzten Waren; bei der KAE und CEE verringern sich die Aufwendungen eines Unternehmens. Schliesslich dienen diese beiden arbeitsmarktlichen Instrumente in erster Linie dazu, Arbeitsplätze zu sichern und Unternehmen vor unver schuldeten Liquiditätsengpässen und Konkursen zu bewahren. Es geht nicht darum, die Gewinne oder die Erfolgsrechnung solcher Unternehmen zu verbessern. Deswegen sind sie oder andere erlassene Aufwendungen nicht zum Umsatz hinzuzuzählen.</p> <p>Weiter würde der Einbezug von erlassenen Aufwendungen im Umsatz (z. B. KAE) einen administrativen Mehraufwand für die Kantone und Unternehmen verursachen. Dies dürfte weder im Sinne dieser noch des Bundes sein. Letztlich stellt der Bund Massnahmen vor, wie administrative Kosten für die Kantone tief zu halten sind (z. B. Bericht S. 7).</p> <p>Zudem steht die Bestimmung im Widerspruch zu Art. 12 Abs. 2 Covid-19-Gesetz, wonach die KAE, CEE sowie die Covid-19-Kredite explizit nicht als staatliche Finanzhilfen gelten. Weiter sieht bspw. auch die Covid-19-Erwerbsausfallverordnung vor, dass Härtefallmassnahmen nicht subsidiär zur CEE gelten.</p> <p>Aus obengenannten Gründen ist der Artikel wie folgt zu kürzen:</p> <p style="color: red;">«Der Umsatz 2020 berechnet sich aus dem Wert der verkauften Waren und der erbrachten Dienstleistungen [zuzüglich der für die Periode 2020 erhaltenen Entschädigungen für Kurzarbeit und Covid-Erwerbsersatz].» [Streichen]</p>
<p>Art. 5 Abs. 4 (neu)</p> <p>Ergänzen</p>	<p>Unternehmen, deren Jahresumsatz zwischen 30 % und 40 % unter dem durchschnittlichen Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 liegt, sollen ebenfalls Härtefallmassnahmen beantragen können. Tun sie dies, werden sie in reduziertem Mass unterstützt. GastroSuisse spricht sich für eine Abstufung aus, um eine hohe Schwelle zwischen den nicht anspruchsberechtigten Unternehmen und den Härtefällen zu vermeiden.</p> <p style="color: red;">«Unternehmen, deren Jahresumsatz zwischen 30 % und 40 % unter dem durchschnittlichen Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 liegt, können ebenfalls als Härtefälle gelten.»</p>

3. Abschnitt: Anforderungen an die Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen

Thema	Bemerkung/Anregung
<p>Art. 7 Abs. 3</p> <p>Streichen</p>	<p>Zu begrüssen ist, dass die Kantone verschiedene Formen von Härtefallhilfen gewähren können. Mit Blick auf die tiefen respektive unterschiedlichen Höchstgrenzen (Art. 8 Abs. 1 und 2) soll es den Unternehmen möglich sein, mehr als eine finanzielle Hilfe gleichzeitig beanspruchen zu können (z. B. Darlehen und nicht rückzahlbare Beiträge).</p> <p>Der zusätzliche Koordinations- und Kontrollaufwand dürfte gering sein. Wenn ein Unternehmen bereits von einer Härtefallmassnahme Gebrauch macht und daraufhin eine zweite Unterstützungshilfe in Form eines Härtefalls beantragt, dürfte der Aufwand geringer sein als beim Erstantrag.</p> <p style="color: red;">Daher ist es angezeigt, den Art. 7 Abs. 3 zu streichen.</p>

<p>Art. 8 Abs. 2</p> <p>Anpassen</p>	<p>Nicht rückzahlbare Beiträge werden gemäss Verordnungsentwurf auf 10 Prozent des Jahresumsatzes 2019 (respektive 500'000 Franken) limitiert. Damit müssten betroffene Unternehmen mindestens Dreiviertel ihrer Umsatzeinbussen von 2020 (im Vgl. zu 2019) selber tragen. Die Umsatzeinbussen (von 40 bis 100 Prozent) können je nach Betroffenheit der jeweiligen Branche sehr unterschiedlich sein. Dies bestimmt massgeblich, wie hoch der Bedarf an Unterstützungsmassnahmen ist. Zudem hängen der Bedarf und die Höhe einer Härtefallhilfe vom weiteren Verlauf der Covid-19-Pandemie respektive einschränkenden Massnahmen zu deren Eindämmung ab. Die genannte Höchstgrenze schränkt die Wirksamkeit der Härtefallmassnahmen ein. Die absolute Höchstgrenze von CHF 500'000.- genügt.</p> <p>Letztlich obliegt es den Kantonen, die Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen den unterschiedlichen kantonalen Gegebenheiten anzupassen. Dies bedingt eine flexible und nicht zu starre Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen.</p> <p>Daher ist der Abschnitt wie folgt zu kürzen:</p> <p>«Die nicht rückzahlbaren Beiträge belaufen sich auf höchstens 10 Prozent des Jahresumsatzes 2019 und höchstens auf 500 000 Franken pro Unternehmen. [Im Falle besonderer Härte können diese absoluten Beiträge erhöht werden.] Die Beiträge können gestaffelt beschlossen und ausgerichtet werden.» [Streichen und ergänzen]</p>
<p>Art. 8 Abs. 4 (neu)</p> <p>Ergänzen</p>	<p>Ohne die folgende Ergänzung würde ein Unternehmen mit Umsatzeinbussen von 39.9 % nicht von den Härtefallmassnahmen profitieren, während ein Unternehmen mit Umsatzeinbussen von 40 % in vollem Umfang unterstützt werden kann. GastroSuisse spricht sich für eine Abstufung aus. Unternehmen, deren Jahresumsatz zwischen 30 % und 40 % unter dem durchschnittlichen Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 liegt, sollen ebenfalls Härtefallmassnahmen beantragen können.</p> <p>«Die Höchstgrenzen für Unternehmen, deren Jahresumsatz 30 % unter dem durchschnittlichen Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 liegt, betragen 20 % der ordentlichen Höchstgrenze. Diese Höchstgrenze steigt linear mit dem Umsatzverlust bis zu einem Umsatzverlust von 40 %.»</p>

4. Abschnitt: Verfahren und Zuständigkeiten

Thema	Bemerkung/Anregung
	Keine Bemerkungen

5. Abschnitt: Beiträge des Bundes und Berichterstattung der Kantone

Thema	Bemerkung/Anregung
<p>Art. 14</p> <p>Anpassen</p>	<p>Dieser Artikel sieht eine Beteiligung des Bundes von höchstens 200 Millionen Franken an kantonalen Härtefallmassnahmen vor. Angesichts des Ausmaßes der Covid-19-Krise auf die Wirtschaft dürfte dieser Betrag beim weitem nicht ausreichen. Der Umfang an tatsächlich benötigten finanziellen Mitteln des Bundes ist derzeit nicht quantifizierbar und hängt vom Bedarf der Kantone und des weiteren Verlaufs der Covid-19-Pandemie respektive von behördlichen Massnahmen ab.</p> <p>«Bund und Kantone beteiligen sich im Rahmen der bewilligten Kredite im Umfang von 1.8 Milliarden Franken an den Härtefallmassnahmen. Der Bundesanteil</p>

	beträgt dabei mindestens 900 Millionen Franken, beteiligt sich im Rahmen der bewilligten Kredite im Umfang von insgesamt höchstens 200 Millionen Franken an kantonalen Härtefallmassnahmen.» [Streichen und <u>anpassen</u>]
Art. 15 <u>Anpassen</u>	Mit der vorliegenden Bestimmung würden wirtschaftsstarken und bevölkerungsreichen Kantone (nach dem kantonalen BIP und Wohnbevölkerung) mehr erhalten als andere. GastroSuisse spricht sich dafür aus, dass die volkswirtschaftliche Relevanz der besonders stark betroffenen Branchen für den Kanton und die prognostizierten Umsatzeinbussen in diesen Branchen bei der Verteilung der Bundesgelder mitberücksichtigt werden.
Art. 17 Abs. 2 <u>Anpassen</u>	Damit die Kantone frei in der Definition und Ausgestaltung von Härtefallmassnahmen sind, und diese den örtlichen Gegebenheiten genügend Rechnung tragen, bedarf es einer flexiblen respektive höheren Kostenbeteiligung des Bundes . Gemäss erläuterndem Bericht beteiligt sich der Bund jedoch zur Hälfte an den Auszahlungen. Der Anteil des Bundes an à-fond-perdu-Beiträgen soll mindestens 50 Prozent betragen.

6. Abschnitt: Kapitalverlust und Überschuldung und 7. Abschnitt: Schlussbestimmungen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 20 <u>Präzisierung</u>	Gemäss erläuterndem Bericht werden Forderungen aus Covid-19-Solidarbürgschaftskrediten und -Härtefallkredite nicht zum Fremdkapital gezählt. GastroSuisse spricht sich dafür aus, dass gewährte Kredite der SGH, die im Jahr 2020 gewährt wurden, auch nicht zum Fremdkapital gezählt werden.



Formulaire de réponse: ordonnance concernant les mesures pour les cas de rigueur destinées aux entreprises en lien avec l'épidémie de COVID-19 (ordonnance sur les cas de rigueur COVID-19)

Avis de

Nom / Entreprise / Organisation : GastroTicino

Titre court de l'entreprise /
de l'organisation : GT

Adresse : Via Gemmo 11
6900 Lugano

Nom de la personne pouvant
fournir des renseignements : Gabriele Beltrami Directeur de GastroTicino

Numéro de téléphone : 091 961 83 11

Adresse électronique : gabriele.beltrami@gastroticino.ch

Date : 12.11.2020

Important:

1. Ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. Remplir une ligne par article, alinéa ou lettre de l'ordonnance ou par chapitre du rapport explicatif sur lesquels vous souhaitez faire une remarque ou une suggestion.
3. Envoyer le présent document **au format Word** d'ici au **13 novembre 2020** aux adresses électroniques suivantes: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch.

Merci de votre participation.

Remarques générales

L'objectif du projet visant à fixer les dispositions d'exécution concernant la participation de la Confédération aux mesures cantonales de soutien pour les cas de rigueur est à saluer.

Eu égard au sens et au but de la solution pour les cas de rigueur, à savoir apporter un soutien financier aux entreprises particulièrement touchées par la crise de COVID-19, le présent projet n'atteint pas l'objectif visé. Ce sont précisément les entreprises qui auraient le plus urgemment besoin d'un tel soutien qui ont le plus de difficultés à y accéder. Il s'agit notamment de celles - sinon la plupart - qui étaient financièrement saines et viables avant la crise et qui connaissent aujourd'hui des difficultés financières sans que cela soit de leur faute.

Faire appel au soutien de l'Etat n'est pas dans l'ADN de l'hôtellerie-restauration. Nous voulons servir nos clients. Mais la situation actuelle nécessite des aides de l'Etat. Il serait faux de penser que la crise actuelle ne fait qu'accélérer l'assainissement structurel normal. Le changement de comportement des consommateurs bouleverse l'ensemble de la branche et détruit des structures de qualité. Cela ne touche pas seulement les établissements qui étaient peu rentables avant la crise. Les liquidités des entreprises avant la crise étaient bonnes à très bonnes dans 4 cas sur 5. Actuellement, cela s'applique encore à environ 1 établissement sur 4. C'est ce que révèle la dernière enquête réalisée du 23 au 25 octobre 2020 par GastroSuisse auprès de 3500 membres.

Avec une solution pour les cas de rigueur inefficace pour l'hôtellerie-restauration – comme ce serait le cas avec le présent projet – ou sans autres mesures de soutien, la branche est menacée par une vague de faillites et de licenciements d'une ampleur historique dans les prochains mois: 40% des établissements de l'hôtellerie-restauration et 100 000 emplois sont réellement menacés.

Afin de contrer une vague de faillites et de licenciements, le projet nécessite une mise en œuvre et des ajustements immédiats, notamment pour les points suivants:

- **Définition d'entreprises «rentables et viables»:**

- L'année 2020 ne doit pas être prise en compte dans l'évaluation du surendettement (modification art. 4 al. 2 let. a);
- Pas de plan financier à moyen terme, mais un plan financier qui, au moment du dépôt de la requête, peut démontrer de manière crédible de quelle manière le financement de l'entreprise pourra être assuré dans l'hypothèse qu'aucune autre restriction officielle ne sera imposée (modification art. 4 al. 2 let. d).

- **Définition du recul du chiffre d'affaires:**

- Le chiffre d'affaires 2020 est calculé exclusivement sur la base de la valeur des biens vendus et des services fournis; les charges exonérées ne doivent pas être incluses (par exemple RHT, APG, exonération du loyer) (modification art. 5 al. 2).
- Les entreprises dont le chiffre d'affaires annuel est inférieur de 30% à 40% au chiffre d'affaires moyen des années 2018 et 2019 devraient également tomber sous le coup des mesures pour les cas de rigueur et bénéficier d'un soutien réduit (ajout art. 5 al. 4 et art. 8 al. 4).

- **Forme des mesures pour les cas de rigueur:**

- Une entreprise peut prétendre à plusieurs formes d'aide en même temps (modification art. 7 al. 3);
- Des plafonds flexibles s'appliquent aux contributions à fond perdu (modification art. 8 al. 2). Les contributions à fond perdu sont prioritaires.

- **Participation flexible de la Confédération** aux mesures cantonales pour les cas de rigueur:
 - o Actuellement, le montant maximal pour les mesures pour les cas de rigueur est 400 millions de francs – en partant du principe que la Confédération et les cantons participent chacun pour moitié à cette somme. Selon les estimations de GastroSuisse, le montant total doit être porté à au moins 1.8 milliards de francs suisses. La participation de la Confédération devra s'élever à au moins 900 millions de francs. (Modification art. 14);
 - o Etant donné que certains cantons ne disposent pas de moyens nécessaires, la contribution fédérale devrait être supérieure à 50%, en fonction des besoins cantonaux (modification art. 17);
 - o En fin de compte, la clé de répartition des fonds fédéraux aux cantons devrait également inclure d'autres paramètres (modification art. 15) afin que les cantons puissent définir leurs cas de rigueur de manière à ce qu'ils tiennent suffisamment compte des conditions locales.

Nous vous remercions de la prise en compte de nos requêtes.

Section 1 Principe

Thème	Remarque / suggestion
	Pas de commentaires

Section 2 Exigences relatives aux entreprises

Thème	Remarque / suggestion
Art. 4 al. 1 let. c <u>Précision</u>	Cette disposition définit les aides spécifiques qui tombent sous le coup de l'interdiction du double subventionnement. Selon le rapport explicatif, l'APG, la RHT, les crédits COVID-19 avec cautionnement solidaire et ceux destinés au start-ups en sont exclus. Il convient de préciser que les aides de la Société Suisse de Crédit Hôtelier (SCH) <u>ne</u> tombent pas non plus sous le coup de l'interdiction du double subventionnement.
Art. 4 al. 2 let. a <u>Modifier</u>	Cet article prévoit que les entreprises rentables et viables ne doivent pas être surendettées depuis le 1 ^{er} janvier 2019 et jusqu'au dépôt de la requête. Cela signifierait que l'exercice 2020 serait pris en compte dans sa totalité ou dans une large mesure. Une telle disposition est problématique compte tenu du sens et de l'objectif du règlement concernant les mesures pour les cas de rigueur, qui consiste à amortir les conséquences économiques de la pandémie de COVID-19. Pour la plupart des entreprises qui ont subi des pertes de revenus de 40% ou plus en 2020, c'est la quadrature du cercle pour ne pas se retrouver dans une situation de surendettement à la fin de l'année 2020. Avec la disposition actuelle, les entreprises les plus touchées par la crise ne serait pas soutenu par la Confédération dans le cadre d'une solution pour les cas de rigueur. Cela rendrait l'accès plus difficile, notamment pour les entreprises qui ont urgemment besoin d'un tel soutien. Le surendettement en 2020 ne dépend pas de la rentabilité ou de la viabilité d'une entreprise, mais de la mesure dans laquelle les mesures du COVID-19 ont restreint ses activités.

	<p>En outre, la plupart des entreprises n'ont pas eu la possibilité d'absorber leurs pertes de la «première vague» au printemps 2020, indépendamment de leur rentabilité pendant les années d'activité normales. Depuis l'automne 2020 au plus tard, des mesures plus strictes ordonnées par la Confédération et les cantons sont à nouveau en vigueur, limitant fortement au rendant impossible toute activité économique rentable.</p> <p>Pour les cas de rigueur, l'exercice 2020 a été fortement marqué par l'impact financier des mesures officielles de COVID-19. Par conséquent, 2020 n'est pas une année de référence pour déterminer si une entreprise est rentable et viable (dans la mesure où l'entreprise a été créée avant 2020). Il convient donc de modifier cet article comme suit:</p> <p>«elles ne sont pas surendettées [au moment du dépôt de la demande et n'étaient pas surendettées] entre le 1^{er} janvier 2019 et [le dépôt de la demande] [le 31 décembre 2019];» [supprimer et compléter]</p>
Art. 4 al. 2 let. d <u>Modifier</u>	<p>Comme condition supplémentaire, une entreprise rentable et viable doit disposer d'un plan financier à moyen terme. Selon le rapport explicatif, cela comprend au moins l'année en cours et l'année suivante. Compte tenu de la situation globale incertaine et de l'évolution de la pandémie de COVID-19, ainsi que des mesures économiquement importantes pour l'endiguer, une telle durée n'est pas appropriée et ne permet pas une planification financière qui doit couvrir jusqu'à deux ans.</p> <p>Selon GastroSuisse, le plan financier doit être établi dans l'hypothèse qu'aucune autre mesure officielle ne soit ordonnée pour endiguer la pandémie de COVID-19.</p> <p>Selon le rapport explicatif, l'entreprise doit également démontrer pour cette période que son financement peut être assuré par la mesure pour les cas de rigueur sans autres aides de l'Etat. GastroSuisse exige qu'outre l'APG, la RHT, les crédits COVID-19 et crédits de cautionnement solidaire pour les start-ups, ceux de la SCH soient également exclus de ces aides de l'Etat.</p> <p>Il convient de modifier la disposition comme suit:</p> <p>«elles ont établi un plan financier [à moyen terme] montrant de manière crédible que le financement de l'entreprise au moyen de la mesure pour les cas de rigueur» [Supprimer]</p>
Art. 4 al. 3 let. b <u>Supprimer</u>	<p>Cette disposition stipule qu'un crédit de compte courant COVID-19 doit être complètement épousé pour avoir pris des mesures d'autofinancement raisonnables. Une telle disposition incite les entreprises à épuiser ces crédits si elles doivent demander une aide financière supplémentaire dans le cadre de l'ordonnance sur les cas de rigueur. En conséquence, le risque de faillite augmente pour toutes les entreprises dont la requête est rejetée.</p> <p>Le rapport indique également que les crédits de cautionnement solidaire COVID-19 ne tombent pas sous le coup de l'interdiction du double subventionnement. Cela est en contradiction avec le fait que ces crédits doivent d'abord être épousés avant que des mesures d'autofinancement raisonnables puissent être prises. C'est également dans cette logique que cette disposition devrait être supprimée de l'ordonnance.</p>
Art. 5 al. 1 <u>Modifier</u>	<p>Lors du dépôt de la requête, le chiffre d'affaires 2020 n'est probablement pas encore connu. Par conséquent, l'art. 5 al. 1 devrait être complété comme suit:</p> <p>«Les entreprises ont prouvé au canton que leur chiffre d'affaires 2020 [ou leur chiffre d'affaires annuel jusqu'au dépôt de la requête] est inférieur de plus de 40% au chiffre d'affaires moyen des années 2018 et 2019 en raison des mesures ordonnées par les autorités aux fins de la lutte contre l'épidémie de COVID-19.» [Compléter]</p>
Art. 5 al. 2	<p>Selon cet article, les indemnités reçues en cas de réduction de l'horaire de travail et de perte de gain liée au COVID-19 doivent être ajoutées au chiffre d'affaires 2020. Le</p>

	<p>rapport explicatif indique que ce serait toujours le cas pour les exonérations décrétées ou volontaires du loyer lors de l'entrée en vigueur de la loi COVID-19 sur les loyers commerciaux.</p> <p>Une telle disposition constitue une combinaison inadéquate et injustifiée de différents instruments financiers pour atténuer la crise du COVID-19. Au sens comptable, le chiffre d'affaires est défini par la valeur des services fournis et des biens vendus; dans le cas des RHT et APG, les charges d'une entreprise sont réduites. En fin de compte, ces deux instruments du marché du travail servent principalement à garantir les emplois et à protéger les entreprises contre les pénuries de liquidités et les faillites non responsables. L'objectif n'est pas d'améliorer les bénéfices ou le compte de résultat de ces entreprises. C'est pourquoi, ils ne doivent être ajoutés au chiffre d'affaires, pas plus que d'autres charges exonérées.</p> <p>En outre, l'inclusion des charges exonérées dans le chiffre d'affaires (par exemple RHT) générerait un travail administratif supplémentaire pour les cantons et les entreprises. Cela ne serait ni dans l'intérêt des cantons et des entreprises ni dans celui de la Confédération. Enfin, la Confédération présente des mesures visant à maintenir les coûts administratifs pour les cantons à un faible niveau (par exemple rapport p. 7).</p> <p>En outre, cette disposition est en contradiction avec l'art. 12 al. 2 de la loi COVID-19, qui stipule explicitement que les RHT, APG ainsi les crédits COVID-19 ne constituent pas une aide financière de l'Etat. En plus, l'ordonnance sur les pertes de gain COVID-19, stipule par exemple que les mesures pour les cas de rigueur ne sont pas subventionnées à l'APG.</p> <p>Pour les raisons exposées ci-dessus, il convient de raccourcir l'article comme suit:</p> <p style="color: red;">«Le chiffre d'affaires 2020 est calculé sur la base de la valeur des biens vendus et des services fournis [à laquelle s'ajoutent les indemnités reçues en 2020 en cas de réduction de l'horaire de travail et de perte de gain liée au COVID-19].» [Supprimer]</p>
Art. 5 al. 4 (nouveau) <u>Compléter</u>	<p>Les entreprises dont le chiffre d'affaires annuel est inférieur de 30% à 40% au chiffre d'affaires moyen des années 2018 et 2019 devraient également pouvoir demander des mesures pour les cas de rigueur. Si elles le font, elles recevront une aide réduite. GastroSuisse est favorable à une gradation afin d'éviter un seuil élevé entre les entreprises qui n'ont pas droit à des aides et aux mesures pour les cas de rigueur.</p> <p style="color: red;">«Les entreprises dont le chiffre d'affaires annuel est inférieur de 30% à 40% au chiffre d'affaires moyen des années 2018 et 2019, sont également considérées comme des cas de rigueur.»</p>

Section 3 Exigences relatives à la forme des mesures pour les cas de rigueur

Thème	Remarque / suggestion
Art. 7 al. 3 <u>Supprimer</u>	<p>Il faut saluer le fait que les cantons puissent accorder diverses formes d'aide pour les cas de rigueur. En raison des plafonds bas ou différents (art. 8 al. 1 et 2), les entreprises devraient avoir la possibilité de demander plus qu'une seule aide financière en même temps (par exemple des prêts et des contributions non remboursables).</p> <p>Le travail de coordination et de contrôle supplémentaire devrait être minime. Si une entreprise a déjà bénéficié d'une mesure pour cas de rigueur et demande par la suite une deuxième aide sous forme d'un cas de rigueur, cela devrait représenter moins de travail que pour la requête initiale.</p> <p style="color: red;">Il convient donc de supprimer l'art. 7 al. 3.</p>

<p>Art. 8 al. 2</p> <p><u>Modifier</u></p>	<p>Les contributions non remboursables sont limitées à 10 pour cent du chiffre d'affaires 2019 (soit 500 000 francs) selon le projet d'ordonnance. En conséquence, les entreprises concernées devraient supporter elles-mêmes au moins les trois quarts de leurs pertes de chiffre d'affaires de l'année 2020 (par rapport à 2019). Les pertes de chiffre d'affaires (de 40 à 100 pour cent) peuvent varier considérablement en fonction de la manière dont la branche concernée est affectée. Cela détermine dans une large mesure le degré de nécessité de mesures de soutien. En outre, le besoin et le montant d'une aide pour les cas de rigueur dépendent de l'évolution de la pandémie de COVID-19 ou des mesures prises pour l'endiguer. Le plafond mentionné limite l'efficacité des mesures pour les cas de rigueur. Le plafond de CHF 500 000.- est suffisant.</p> <p>En fin de compte, il appartient aux cantons d'adapter la forme des mesures pour les cas de rigueur aux différentes conditions cantonales. Cela exige une forme souple et pas trop rigide des mesures pour les cas de rigueur.</p> <p>Il convient donc de raccourcir le paragraphe comme suit:</p> <p>«Les contributions non remboursables s'élèvent à 10 % du chiffre d'affaires 2019 et à 500 000 francs par entreprise. [En cas de difficulté particulière, ces contributions maximales pourraient être augmentées.] Elles peuvent être décidées et versées en plusieurs étapes.» [Supprimer et <u>compléter</u>]</p>
<p>Art. 8 al. 4 (nouveau)</p> <p><u>Compléter</u></p>	<p>Sans l'ajout suivant, une entreprise dont le chiffre d'affaires a diminué de 39.9% ne bénéficierait pas des mesures pour cas de rigueur, tandis qu'une entreprise dont le chiffre d'affaires a diminué de 40% serait pleinement éligible à l'aide. GastroSuisse préconise une gradation. Les entreprises dont le chiffre d'affaires annuel est inférieur de 30% à 40% au chiffre d'affaires moyen des années 2018 et 2019 devraient également pouvoir demander des mesures pour les cas de rigueur.</p> <p>«Les plafonds pour les entreprises dont le chiffre d'affaires annuel est inférieur de 30% au chiffre d'affaires moyen des années 2018 et 2019 sont fixés à 20% du plafond normal. Ce plafond augmente linéairement avec la perte de chiffre d'affaires jusqu'à une perte de chiffre d'affaires de 40%.»</p>

Section 4 Procédure et compétences

Thème	Remarque / suggestion
	Pas de commentaires

Section 5 Contributions de la Confédération et comptes rendus des cantons

Thème	Remarque / suggestion
<p>Art. 14</p> <p><u>Modifier</u></p>	<p>Cet article prévoit une contribution maximale de la Confédération de 200 millions de francs pour les mesures cantonales pour les cas de rigueur. Compte tenu de l'ampleur de la crise de COVID-19 sur l'économie, ce montant est loin d'être suffisant. Le montant des moyens financiers réellement nécessaires de la Confédération ne peut être quantifié à l'heure actuelle et dépend des besoins des cantons et de l'évolution de la pandémie de COVID-19 ainsi que des mesures prises par les autorités.</p> <p>«Dans la limite des crédits approuvés, [la Confédération et les cantons participent aux mesures pour les cas de rigueur à hauteur d'un montant de 1.8 milliards de francs. La contribution de la Confédération s'élève à au moins 900 millions de francs.] [la Confédération participe aux mesures cantonales pour les cas de rigueur à</p>

	<u>hauteur d'un montant total de 200 millions de francs au maximum.]» [Supprimer et modifier]</u>
Errore. L'origine riferi- mento non è stata tro- vata. Art. 15 <u>Modifier</u>	Par la présente disposition, les cantons économiquement forts et à la densité de population élevée (en fonction du PIB cantonal et de la population résidente) recevraient plus que les autres. GastroSuisse préconise que la pertinence économique des branches particulièrement touchées pour le canton et les pertes de chiffre d'affaires prévues dans ces branches soient prises en compte lors de la répartition des fonds fédéraux.
Art. 17 al. 2 <u>Modifier</u>	Pour que les cantons soient libres dans la définition et la forme des mesures pour les cas de rigueur et pour qu'ils tiennent suffisamment compte des conditions locales, il faut que la Confédération contribue de manière flexible ou davantage aux coûts . Cependant, selon le rapport explicatif, la Confédération participe pour moitié aux versements. La part de la Confédération dans les contributions à fond perdu devrait être d'au moins 50 pour cent.

Section 6 Perte de capital et surendettement

Section 7 Dispositions finales

Thème	Remarque / suggestion
Art. 20 <u>Précision</u>	Selon le rapport explicatif, les créances résultant de crédits de cautionnement solidaire COVID-19 et de crédits pour les cas de rigueur ne sont pas comptabilisés dans les fonds étrangers. GastroSuisse préconise que les prêts accordés par la SCH, qui ont été octroyés en 2020, ne soient pas non plus compté dans les fonds étrangers.



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Département fédéral des finances DFF
Administration fédérale des finances AFF

Formulaire de réponse: ordonnance concernant les mesures pour les cas de rigueur destinées aux entreprises en lien avec l'épidémie de COVID-19 (ordonnance sur les cas de rigueur COVID-19)

Avis de

Nom / Entreprise / Organisation : **GastroVaud**

Titre court de l'entreprise /
de l'organisation : :

Adresse : Avenue du Général Guisan 42
1009 Pully

Nom de la personne pouvant
fournir des renseignements : **Gilles Meystre, Président**

Numéro de téléphone : 079 204 52 15

Adresse électronique : gilles.meystre@gastrovaud.ch

Date : 12.11.2020

Important:

1. Ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. Remplir une ligne par article, alinéa ou lettre de l'ordonnance ou par chapitre du rapport explicatif sur lesquels vous souhaitez faire une remarque ou une suggestion.
3. Envoyer le présent document **au format Word** d'ici au **13 novembre 2020** aux adresses électroniques suivantes: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch.

Merci de votre participation.

Remarques générales

L'objectif du projet visant à fixer les dispositions d'exécution concernant la participation de la Confédération aux mesures cantonales de soutien pour les cas de rigueur est à saluer.

Eu égard au sens et au but de la solution pour les cas de rigueur, à savoir apporter un soutien financier aux entreprises particulièrement touchées par la crise de COVID-19, **le présent projet n'atteint pas l'objectif visé**. Ce sont précisément les entreprises qui auraient le plus urgemment besoin d'un tel soutien qui ont le plus de difficultés à y accéder. Il s'agit notamment de celles - sinon la plupart - qui étaient financièrement saines et viables avant la crise et qui connaissent aujourd'hui des difficultés financières sans que cela soit de leur faute.

Faire appel au soutien de l'Etat n'est pas dans l'ADN de l'hôtellerie-restauration. Nous voulons servir nos clients. Mais la situation actuelle nécessite des aides de l'Etat. Il serait faux de penser que la crise actuelle ne fait qu'accélérer l'assainissement structurel normal. Le changement de comportement des consommateurs bouleverse l'ensemble de la branche et détruit des structures de qualité. Cela ne touche pas seulement les établissements qui étaient peu rentables avant la crise. Les liquidités des entreprises avant la crise étaient bonnes à très bonnes dans 4 cas sur 5. Actuellement, cela s'applique encore à environ 1 établissement sur 4. C'est ce que révèle la dernière enquête réalisée du 23 au 25 octobre 2020 par notre faitière GastroSuisse auprès de 3500 membres.

Avec une solution pour les cas de rigueur inefficace pour l'hôtellerie-restauration – comme ce serait le cas avec le présent projet – ou sans autres mesures de soutien, **la branche est menacée par une vague de faillites et de licenciements d'une ampleur historique dans les prochains mois: 40% des établissements de l'hôtellerie-restauration et 100 000 emplois sont réellement menacés**.

Afin de contrer une vague de faillites et de licenciements, le projet nécessite une mise en œuvre et des ajustements immédiats, notamment pour les points suivants:

- **Définition d'entreprises «rentables et viables»:**
 - o L'année 2020 ne doit pas être prise en compte dans l'évaluation du surendettement (modification art. 4 al. 2 let. a);
 - o Pas de plan financier à moyen terme, mais un plan financier qui, au moment du dépôt de la requête, peut démontrer de manière crédible de quelle manière le financement de l'entreprise pourra être assuré dans l'hypothèse qu'aucune autre restriction officielle ne sera imposée (modification art. 4 al. 2 let. d).
- **Définition du recul du chiffre d'affaires:**
 - o Le chiffre d'affaires 2020 est calculé exclusivement sur la base de la valeur des biens vendus et des services fournis; les charges exonérées ne doivent pas être incluses (par exemple RHT, APG, exonération du loyer) (modification art. 5 al. 2).
 - o Les entreprises dont le chiffre d'affaires annuel est inférieur de 30% à 40% au chiffre d'affaires moyen des années 2018 et 2019 devraient également tomber sous le coup des mesures pour les cas de rigueur et bénéficier d'un soutien réduit (ajout art. 5 al. 4 et art. 8 al. 4).
- **Forme des mesures pour les cas de rigueur:**
 - o Une entreprise peut prétendre à plusieurs formes d'aide en même temps (modification art. 7 al. 3);
 - o Des plafonds flexibles s'appliquent aux contributions à fond perdu (modification art. 8 al. 2). Les contributions à fonds perdus sont prioritaires.

- **Participation flexible de la Confédération** aux mesures cantonales pour les cas de rigueur:
 - o Actuellement, le montant maximal pour les mesures pour les cas de rigueur est 400 millions de francs – en partant du principe que la Confédération et les cantons participent chacun pour moitié à cette somme. Selon les estimations de notre faitière GastroSuisse, le montant total doit être porté à au moins 1.8 milliards de francs suisses. La participation de la Confédération devra s'élever à au moins 900 millions de francs. (Modification art. 14);
 - o Etant donné que certains cantons ne disposent pas de moyens nécessaires, la contribution fédérale devrait être supérieure à 50%, en fonction des besoins cantonaux (modification art. 17);
 - o En fin de compte, la clé de répartition des fonds fédéraux aux cantons devrait également inclure d'autres paramètres (modification art. 15) afin que les cantons puissent définir leurs cas de rigueur de manière à ce qu'ils tiennent suffisamment compte des conditions locales.

Nous vous remercions de la prise en compte de nos requêtes.

Section 1 Principe

Thème	Remarque / suggestion
	Pas de commentaires

Section 2 Exigences relatives aux entreprises

Thème	Remarque / suggestion
Art. 4 al. 1 let. c <u>Précision</u>	Cette disposition définit les aides spécifiques qui tombent sous le coup de l'interdiction du double subventionnement. Selon le rapport explicatif, l'APG, la RHT, les crédits COVID-19 avec cautionnement solidaire et ceux destinés au start-ups en sont exclus. Il convient de préciser que les aides de la Société Suisse de Crédit Hôtelier (SCH) <u>ne</u> tombent pas non plus sous le coup de l'interdiction du double subventionnement.
Art. 4 al. 2 let. a <u>Modifier</u>	Cet article prévoit que les entreprises rentables et viables ne doivent pas être surendettées depuis le 1 ^{er} janvier 2019 et jusqu'au dépôt de la requête. Cela signifierait que l'exercice 2020 serait pris en compte dans sa totalité ou dans une large mesure. Une telle disposition est problématique compte tenu du sens et de l'objectif du règlement concernant les mesures pour les cas de rigueur, qui consiste à amortir les conséquences économiques de la pandémie de COVID-19. Pour la plupart des entreprises qui ont subi des pertes de revenus de 40% ou plus en 2020, c'est la quadrature du cercle pour ne pas se retrouver dans une situation de surendettement à la fin de l'année 2020. Avec la disposition actuelle, les entreprises les plus touchées par la crise ne seraient pas soutenues par la Confédération dans le cadre d'une solution pour les cas de rigueur. Cela rendrait l'accès plus difficile, notamment pour les entreprises qui ont urgemment besoin d'un tel soutien. Le surendettement en 2020 ne dépend pas de la rentabilité ou de la viabilité d'une entreprise, mais de la mesure dans laquelle les mesures du COVID-19 ont restreint ses activités.

	<p>En outre, la plupart des entreprises n'ont pas eu la possibilité d'absorber leurs pertes de la «première vague» au printemps 2020, indépendamment de leur rentabilité pendant les années d'activité normales. Depuis l'automne 2020 au plus tard, des mesures plus strictes ordonnées par la Confédération et les cantons sont à nouveau en vigueur, limitant fortement au rendant impossible toute activité économique rentable.</p> <p>Pour les cas de rigueur, l'exercice 2020 a été fortement marqué par l'impact financier des mesures officielles de COVID-19. Par conséquent, 2020 n'est pas une année de référence pour déterminer si une entreprise est rentable et viable (dans la mesure où l'entreprise a été créée avant 2020). Il convient donc de modifier cet article comme suit:</p> <p>«elles ne sont pas surendettées [au moment du dépôt de la demande et n'étaient pas surendettées] entre le 1^{er} janvier 2019 et [le dépôt de la demande] [le 31 décembre 2019];» [supprimer et compléter]</p>
Art. 4 al. 2 let. d Modifier	<p>Comme condition supplémentaire, une entreprise rentable et viable doit disposer d'un plan financier à moyen terme. Selon le rapport explicatif, cela comprend au moins l'année en cours et l'année suivante. Compte tenu de la situation globale incertaine et de l'évolution de la pandémie de COVID-19, ainsi que des mesures économiquement importantes pour l'endiguer, une telle durée n'est pas appropriée et ne permet pas une planification financière qui doit couvrir jusqu'à deux ans.</p> <p>Selon GastroVaud, le plan financier doit être établi dans l'hypothèse qu'aucune autre mesure officielle ne soit ordonnée pour endiguer la pandémie de COVID-19.</p> <p>Selon le rapport explicatif, l'entreprise doit également démontrer pour cette période que son financement peut être assuré par la mesure pour les cas de rigueur sans autres aides de l'Etat. GastroVaud exige qu'outre l'APG, la RHT, les crédits COVID-19 et crédits de cautionnement solidaire pour les start-ups, ceux de la SCH soient également exclus de ces aides de l'Etat.</p> <p>Il convient de modifier la disposition comme suit:</p> <p>«elles ont établi un plan financier [à moyen terme] montrant de manière crédible que le financement de l'entreprise au moyen de la mesure pour les cas de rigueur» [Supprimer]</p>
Art. 4 al. 3 let. b Supprimer	<p>Cette disposition stipule qu'un crédit de compte courant COVID-19 doit être complètement épousé pour avoir pris des mesures d'autofinancement raisonnables. Une telle disposition incite les entreprises à épuiser ces crédits si elles doivent demander une aide financière supplémentaire dans le cadre de l'ordonnance sur les cas de rigueur. En conséquence, le risque de faillite augmente pour toutes les entreprises dont la requête est rejetée.</p> <p>Le rapport indique également que les crédits de cautionnement solidaire COVID-19 ne tombent pas sous le coup de l'interdiction du double subventionnement. Cela est en contradiction avec le fait que ces crédits doivent d'abord être épousés avant que des mesures d'autofinancement raisonnables puissent être prises. C'est également dans cette logique que cette disposition devrait être supprimée de l'ordonnance.</p>
Art. 5 al. 1 Modifier	<p>Lors du dépôt de la requête, le chiffre d'affaires 2020 n'est probablement pas encore connu. Par conséquent, l'art. 5 al. 1 devrait être complété comme suit:</p> <p>«Les entreprises ont prouvé au canton que leur chiffre d'affaires 2020 [ou leur chiffre d'affaires annuel jusqu'au dépôt de la requête] est inférieur de plus de 40% au chiffre d'affaires moyen des années 2018 et 2019 en raison des mesures ordonnées par les autorités aux fins de la lutte contre l'épidémie de COVID-19.» [Compléter]</p>

Art. 5 al. 2	<p>Selon cet article, les indemnités reçues en cas de réduction de l'horaire de travail et de perte de gain liée au COVID-19 doivent être ajoutées au chiffre d'affaires 2020. Le rapport explicatif indique que ce serait toujours le cas pour les exonérations décrétées ou volontaires du loyer lors de l'entrée en vigueur de la loi COVID-19 sur les loyers commerciaux.</p> <p>Une telle disposition constitue une combinaison inadéquate et injustifiée de différents instruments financiers pour atténuer la crise du COVID-19. Au sens comptable, le chiffre d'affaires est défini par la valeur des services fournis et des biens vendus; dans le cas des RHT et APG, les charges d'une entreprise sont réduites. En fin de compte, ces deux instruments du marché du travail servent principalement à garantir les emplois et à protéger les entreprises contre les pénuries de liquidités et les faillites non responsables. L'objectif n'est pas d'améliorer les bénéfices ou le compte de résultat de ces entreprises. C'est pourquoi, ils ne doivent être ajoutés au chiffre d'affaires, pas plus que d'autres charges exonérées.</p> <p>En outre, l'inclusion des charges exonérées dans le chiffre d'affaires (par exemple RHT) générerait un travail administratif supplémentaire pour les cantons et les entreprises. Cela ne serait ni dans l'intérêt des cantons et des entreprises ni dans celui de la Confédération. Enfin, la Confédération présente des mesures visant à maintenir les coûts administratifs pour les cantons à un faible niveau (par exemple rapport p. 7).</p> <p>En outre, cette disposition est en contradiction avec l'art. 12 al. 2 de la loi COVID-19, qui stipule explicitement que les RHT, APG ainsi les crédits COVID-19 ne constituent pas une aide financière de l'Etat. En plus, l'ordonnance sur les pertes de gain COVID-19, stipule par exemple que les mesures pour les cas de rigueur ne sont pas subventionnées à l'APG.</p> <p>Pour les raisons exposées ci-dessus, il convient de raccourcir l'article comme suit:</p> <p>«Le chiffre d'affaires 2020 est calculé sur la base de la valeur des biens vendus et des services fournis [à laquelle s'ajoutent les indemnités reçues en 2020 en cas de réduction de l'horaire de travail et de perte de gain liée au COVID-19].» [Supprimer]</p>
Art. 5 al. 4 (nouveau) <u>Compléter</u>	<p>Les entreprises dont le chiffre d'affaires annuel est inférieur de 30% à 40% au chiffre d'affaires moyen des années 2018 et 2019 devraient également pouvoir demander des mesures pour les cas de rigueur. Si elles le font, elles recevront une aide réduite. GastroVaud est favorable à une gradation afin d'éviter un seuil élevé entre les entreprises qui n'ont pas droit à des aides et aux mesures pour les cas de rigueur.</p> <p>«Les entreprises dont le chiffre d'affaires annuel est inférieur de 30% à 40% au chiffre d'affaires moyen des années 2018 et 2019, sont également considérées comme des cas de rigueur.»</p>

Section 3 Exigences relatives à la forme des mesures pour les cas de rigueur

Thème	Remarque / suggestion
Art. 7 al. 3 <u>Supprimer</u>	<p>Il faut saluer le fait que les cantons puissent accorder diverses formes d'aide pour les cas de rigueur. En raison des plafonds bas ou différents (art. 8 al. 1 et 2), les entreprises devraient avoir la possibilité de demander plus qu'une seule aide financière en même temps (par exemple des prêts et des contributions non remboursables).</p> <p>Le travail de coordination et de contrôle supplémentaire devrait être minime. Si une entreprise a déjà bénéficié d'une mesure pour cas de rigueur et demande par la suite une deuxième aide sous forme d'un cas de rigueur, cela devrait représenter moins de travail que pour la requête initiale.</p>

	Il convient donc de supprimer l'art. 7 al. 3.
Art. 8 al. 2 Modifier	<p>Les contributions non remboursables sont limitées à 10 pour cent du chiffre d'affaires 2019 (soit 500 000 francs) selon le projet d'ordonnance. En conséquence, les entreprises concernées devraient supporter elles-mêmes au moins les trois quarts de leurs pertes de chiffre d'affaires de l'année 2020 (par rapport à 2019). Les pertes de chiffre d'affaires (de 40 à 100 pour cent) peuvent varier considérablement en fonction de la manière dont la branche concernée est affectée. Cela détermine dans une large mesure le degré de nécessité de mesures de soutien. En outre, le besoin et le montant d'une aide pour les cas de rigueur dépendent de l'évolution de la pandémie de COVID-19 ou des mesures prises pour l'endiguer. Le plafond mentionné limite l'efficacité des mesures pour les cas de rigueur. Le plafond de CHF 500 000.- est suffisant.</p> <p>En fin de compte, il appartient aux cantons d'adapter la forme des mesures pour les cas de rigueur aux différentes conditions cantonales. Cela exige une forme souple et pas trop rigide des mesures pour les cas de rigueur.</p> <p>Il convient donc de raccourcir le paragraphe comme suit:</p> <p>«Les contributions non remboursables s'élèvent à 10 % du chiffre d'affaires 2019 et à 500 000 francs par entreprise. [En cas de difficulté particulière, ces contributions maximales pourraient être augmentées.] Elles peuvent être décidées et versées en plusieurs étapes.» [Supprimer et compléter]</p>
Art. 8 al. 4 (nouveau) Compléter	<p>Sans l'ajout suivant, une entreprise dont le chiffre d'affaires a diminué de 39.9% ne bénéficierait pas des mesures pour cas de rigueur, tandis qu'une entreprise dont le chiffre d'affaires a diminué de 40% serait pleinement éligible à l'aide. GastroVaud préconise une gradation. Les entreprises dont le chiffre d'affaires annuel est inférieur de 30% à 40% au chiffre d'affaires moyen des années 2018 et 2019 devraient également pouvoir demander des mesures pour les cas de rigueur.</p> <p>«Les plafonds pour les entreprises dont le chiffre d'affaires annuel est inférieur de 30% au chiffre d'affaires moyen des années 2018 et 2019 sont fixés à 20% du plafond normal. Ce plafond augmente linéairement avec la perte de chiffre d'affaires jusqu'à une perte de chiffre d'affaires de 40%.»</p>

Section 4 Procédure et compétences

Thème	Remarque / suggestion
	Pas de commentaires

Section 5 Contributions de la Confédération et comptes rendus des cantons

Thème	Remarque / suggestion
Art. 14 Modifier	<p>Cet article prévoit une contribution maximale de la Confédération de 200 millions de francs pour les mesures cantonales pour les cas de rigueur. Compte tenu de l'ampleur de la crise de COVID-19 sur l'économie, ce montant est loin d'être suffisant. Le montant des moyens financiers réellement nécessaires de la Confédération ne peut être quantifié à l'heure actuelle et dépend des besoins des cantons et de l'évolution de la pandémie de COVID-19 ainsi que des mesures prises par les autorités.</p> <p>«Dans la limite des crédits approuvés, la Confédération et les cantons participent aux mesures pour les cas de rigueur à hauteur d'un montant de 1.8 milliards de francs. La contribution de la Confédération s'élève à au moins 900 millions de</p>

	francs.] [la Confédération participe aux mesures cantonales pour les cas de rigueur à hauteur d'un montant total de 200 millions de francs au maximum.]» [Supprimer et modifier]
Art. 15 <u>Modifier</u>	Par la présente disposition, les cantons économiquement forts et à la densité de population élevée (en fonction du PIB cantonal et de la population résidente) recevraient plus que les autres. GastroVaud préconise que la pertinence économique des branches particulièrement touchées pour le canton et les pertes de chiffre d'affaires prévues dans ces branches soient prises en compte lors de la répartition des fonds fédéraux.
Art. 17 al. 2 <u>Modifier</u>	Pour que les cantons soient libres dans la définition et la forme des mesures pour les cas de rigueur et pour qu'ils tiennent suffisamment compte des conditions locales, il faut que la Confédération contribue de manière flexible ou davantage aux coûts . Cependant, selon le rapport explicatif, la Confédération participe pour moitié aux versements. La part de la Confédération dans les contributions à fond perdu devrait être d'au moins 50 pour cent.

Section 6 Perte de capital et surendettement

Section 7 Dispositions finales

Thème	Remarque / suggestion
Art. 20 <u>Précision</u>	Selon le rapport explicatif, les créances résultant de crédits de cautionnement solidaire COVID-19 et de crédits pour les cas de rigueur ne sont pas comptabilisés dans les fonds étrangers. GastroVaud préconise que les prêts accordés par la SCH, qui ont été octroyés en 2020, ne soient pas non plus compté dans les fonds étrangers.



Formulaire de réponse : ordonnance concernant les mesures pour les cas de rigueur destinées aux entreprises en lien avec l'épidémie de COVID-19 (ordonnance sur les cas de rigueur COVID-19)

Avis de

Nom / Entreprise / Organisation

GAVF Groupement des Agences de Voyages Fribourgeoises
GAVG Groupement des Agences de Voyages de Genève
GAVNAJ Groupement des Agences de Voyages Neuchâteloises et de l'Arc Jurassien
GAVV Groupement des Agences de Voyages Vaudoises
GVAV Groupement Valaisan des Agences de Voyages

Titre court de l'entreprise /
de l'organisation

: GAVF, GAVG, GAVNAJ, GAVV, GVAV

Adresse

Groupement des Agences de Voyages Fribourgeoises
p.a. Indalo Space SA Rue de Lausanne 74 – 1700 Fribourg

Nom de la personne pouvant
fournir des renseignements

Fribourg, David Léchot
Genève, Olivier Emch
Neuchâtel Jura, François Nicolet
Vaud, Sandra Poget
Valais, Dominique Evequoz

Numéro de téléphone

: D.Léchot 026 321 42 12
O. Emch 022 707 73 10
F. Nicolet 076 615 58 39
S. Poget 021 312 96 00
D. Evequoz 027 346 77 07

Adresse électronique

david.lechot@indalospace.ch
olivier.emch@e-travel.ch
francois.nicolet@yahoo.fr
sandra@atelierduvoyage.ch
dominique@discovery.ch

Date

: 13 novembre 2020

Important:

1. Ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. Remplir une ligne par article, alinéa ou lettre de l'ordonnance ou par chapitre du rapport explicatif sur lesquels vous souhaitez faire une remarque ou une suggestion.
3. Envoyer le présent document **au format Word** d'ici au **13 novembre 2020** aux adresses électroniques suivantes: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch.

Merci de votre participation.

Remarques générales

L'industrie du voyage face à l'effondrement financier

Depuis huit mois, le secteur fait l'objet d'une véritable interdiction de travail. Les restrictions de voyage (interdictions et restrictions d'entrée, listes de quarantaine, confinement en mars/avril 2020, etc) depuis mars 2020, ont fait chuter le chiffre d'affaires de l'industrie du voyage de 95%. Les différentes mesures prises par le gouvernement fédéral (par exemple les listes de quarantaine), mais aussi par les autorités étrangères, rendent tout simplement impossible la création de revenus pour l'industrie du voyage. Et même si ces restrictions étaient assouplies, les voyageurs doivent d'abord reprendre confiance. On peut supposer qu'il faudra beaucoup de temps avant que cette confiance soit rétablie et que les voyages reprennent de telle manière à ce que le secteur du tourisme puisse rembourser le prêt Covid et générer de nouveau des profits.

Aucune rentrée d'argent n'a eu lieu depuis mars mais les coûts fixes sont eux restés les mêmes. Le manque à gagner du secteur des voyages remonte même à 2019, car de nombreux voyages ont été réservés avant mars 2020 et les montants déjà versés ont dus ou doivent encore être intégralement remboursés au client en raison de la loi sur les voyages à forfait. De plus, les acomptes des clients encore aux mains des agences de voyages ne devraient en principe pas être utilisés pour régler les frais de fonctionnement.

D'autre part, et ce au contraire de la plupart des autres secteurs impactés, la branche du voyage n'a sur les premiers mois, pas pu faire appel au chômage partiel puisque les collaborateurs étaient occupés à rapatrier leur clients bloqués par la pandémie à l'étranger et ensuite à annuler et reporter les voyages réservés. L'écart entre les revenus perdus et les coûts fixes se creuse de plus en plus. Aucune entreprise ne peut survivre un an sans revenus. L'effondrement financier, c'est-à-dire la faillite, et, par corrélation, une perte massive d'emplois, se rapproche de jour en jour.

Afin d'assurer la survie des compagnies de voyage, une aide est requise immédiatement

Le programme d'aide mis en place pour les cas de rigueur doit être opérationnel et les fonds doivent être versés au plus tard le 1er décembre 2020. Et cela pas seulement au niveau fédéral, mais à l'échelle nationale dans tous les cantons. Si la Confédération est prête au 1er décembre, de nombreux cantons ne le seront, eux, pas encore. Toutefois, pour que l'aide fédérale puisse être acheminée, la version actuelle de la loi Covid 19 exige que le canton donne le signal de départ et fournisse son aide, qui peut ensuite être doublée par la Confédération. Si tous les cantons n'ont pas agi en ce sens au plus tard le 1er décembre (on peut le supposer), cela produira un effet de distorsion concurrentielle et violera le principe de l'égalité de traitement. Si mon entreprise est située dans le canton X, je bénéficie de mesures de rigueur. Si je suis domicilié dans le canton Y avec la même situation financière de départ, je ne reçois rien. Cela ne peut pas être la volonté du législateur. Toutes les entreprises doivent être traitées sur un pied d'égalité - comme pour les prêts Covid 19. C'est pourquoi la Confédération doit, le cas échéant, avancer les fonds pour des règlements et tous les cantons doivent être tenus d'introduire le programme pour les cas de rigueur au 1er décembre 2020.

En outre, des procédures standard simples devraient être appliquées en lieu et place des procédures cantonales de lutte contre la fraude. Ici aussi, comme pour l'octroi des crédits de Covid 19 : L'outil EasyGov pourrait être utilisé pour traiter rapidement, sans bureaucratie et de manière uniforme les cas de rigueur.

Augmentation considérable de l'enveloppe prévue

200 millions de francs au niveau fédéral et 400 millions de francs avec le concours des cantons pour les cas de rigueur ne sont qu'une goutte d'eau dans l'océan. Une augmentation massive doit être prévue par la Confédération et atteindre au minimum 600 millions si l'on veut pouvoir aider des entreprises, qui avant la crise, étaient parfaitement saines. Ce d'autant plus que les mesures en faveur des personnes en difficulté impliquent une assistance ciblée pour chaque cas. Les grandes entreprises en particulier, qui ont des coûts fixes élevés, devront également pouvoir en bénéficier. C'est pourquoi un plafonnement de la contribution est par principe erroné, car le montant des fonds nécessaires ne peut pas (encore) être déterminé.

Si, en revanche, un plafond est souhaité, il doit être suffisamment élevé. Dans le cas contraire, le hasard et l'arbitraire prévaudront selon le principe du "premier arrivé, premier servi". Il ne serait pas acceptable que la Confédération soit responsable de telles distorsions. La loi COVID-19 ne limite pas le montant des contributions de la Confédération. Dès lors, la base juridique existe déjà pour augmenter le plafond de cette contribution fédérale.

Modification de la loi COVID-19 (procédure d'urgence)

Comme mentionné ci-dessus, la loi ne limite pas le montant des contributions fédérales. Si les cantons ne sont pas en mesure de faire face à des obligations financières plus élevées, la loi COVID-19, comme l'a déjà mentionné le conseiller fédéral Ueli Maurer lors de la conférence de presse du 4 novembre 2020, doit être modifiée le plus rapidement possible afin que la Confédération puisse verser des contributions dont le pourcentage soit plus élevé que celui fixé à ce jour. Cela signifie qu'il faut pouvoir prévoir non seulement une contribution à respectivement 50% mais aussi avoir la possibilité de prendre en charge les trois quarts des coûts/perdes des mesures d'aide aux cas de rigueur.

La question de la clé de répartition des contributions devrait être soulevée en procédure d'urgence lors de la prochaine session (30.11 - 18.12.2020) si les cantons ne sont pas en mesure de supporter une augmentation de leurs propres contributions.

Section 1 Principe

Thème	Remarque / Suggestion
Art. 1	<p>Les cantons doivent avoir l'obligation de soutenir toutes les entreprises de la même manière et de leur fournir l'aide financière nécessaire. Il est inacceptable que les entreprises d'un canton reçoivent un soutien financier et pas celles du canton voisin. Ceci est purement discrétionnaire et viole l'interdiction de l'arbitraire et le principe de l'égalité de traitement. Ceci est particulièrement vrai au vu de la participation importante de la Confédération. La Confédération devrait traiter toutes les entreprises de la même manière et ne pas laisser aux cantons la décision de soutenir ou non les entreprises (avec des fonds fédéraux). Le principe de l'égalité de droit est mis à mal si la décision est laissée aux cantons. Cela doit être évité.</p> <p>L'obligation des cantons de soutenir les cas de rigueur dans toute la Suisse est donc une question urgente.</p> <p>Suggestion :</p> <p>Article 1, paragraphe 1 (nouveau) :</p> <p>Les cantons sont tenus d'apporter un soutien financier aux cas de rigueur conformément à l'article 12 de la loi COVID-19.</p>

Section 2 Exigences relatives aux entreprises

Thème	Remarque / Suggestion
Art. 3 Abs. 3	<p>Les entreprises créées après le 1er janvier 2020 sont de facto exclues des mesures d'aide aux cas de rigueur. En phase de création les entreprises démarrees après le 01.01.2020, ont tout d'abord dû établir des contacts avec les clients et développer des activités commerciales sur la base de ces contacts. Elles ont par ailleurs investi des fonds propres souvent importants. Pendant cette période de démarrage, un chiffre d'affaires ne peut pas réellement encore avoir été généré, ou seulement dans une mesure très modeste. Les coûts d'investissement et de personnel sont toutefois à la</p>

	<p>charge de l'entreprise dès sa création. Cela signifie que les jeunes entrepreneurs sont doublement pénalisés avec une limite de chiffre d'affaires de 50 000 CHF.</p> <p>Suggestion :</p> <p>Pour les jeunes entreprises, la limite du chiffre d'affaires doit être ramenée à 5'000 CHF</p> <p>.</p>
Art. 4 Abs. 1 lit. c	<p>L'interdiction d'une double subvention est fondamentalement correcte.</p> <p>Toutefois, ce principe n'est pas approprié, si la loi sur les loyers d'entreprises entre également dans le champ d'application de l'interdiction de la double subvention, comme le prévoient les notes explicatives. La baisse de loyer ou le subventionnement des propriétaires par le gouvernement fédéral n'est pas une aide financière sectorielle du gouvernement fédéral, mais s'applique à tous les secteurs.</p> <p>Suggestion 1:</p> <p>Il faut s'assurer que, même si les lois sur les loyers d'entreprises ou d'autres aides financières Covid non spécifiques au secteur, édictées par le gouvernement fédéral sont appliquées, des mesures pour cas de rigueur peuvent toujours être prises.</p>
Art. 4 Abs. 2 lit. c	<p>Dans un souci de clarification, il est important d'inclure comme critère déterminant la date d'échéance des dettes fiscales ou des cotisations de sécurité sociale impayées.</p> <p>Suggestion :</p> <p>Il convient d'ajouter le texte suivant : Pas d'arriérés de paiements exigibles au 15 mars [...]</p>
Art. 4 Abs. 3 lit. b	<p>L'objectif de cette disposition est incompréhensible. Les crédits sont des dettes supplémentaires qui ne font qu'aggraver la situation financière des entreprises. Cela n'a guère de sens si les entreprises doivent d'abord s'endetter davantage avant qu'une aide ne leur soit allouée. Ceci est plus particulièrement valable pour les cas de rigueur. Si le texte est maintenu ainsi, ceci signifierait que les autres exigences de l'article 4 ne pourraient plus être satisfaites puisque la société serait déjà financièrement au bord de la faillite. Cela nuit au sens et à l'objectif des mesures d'aide aux entreprises en difficulté et n'a aucun sens du point de vue commercial ou économique. En outre, il est étrange que lorsqu'un prêt COVID-19 a été sollicité, le règlement ne dise rien à ce sujet. Le même règlement devrait s'appliquer aux deux situations initiales. A savoir qu'un éventuel retrait d'un prêt COVID-19, sous quelque forme que ce soit et conformément à l'art. 12 al. 2 de la loi COVID-19, ne peut avoir aucun effet sur les mesures de rigueur.</p> <p>suggestion</p> <p>Cette disposition est à supprimer</p>
Art. 6 lit. a Ziffer 2	<p>Étant donné que les mesures prises et financées par le gouvernement visent à garantir l'existence et la préservation des emplois, il est fondamentalement correct de ne pas verser de dividendes ni de tantièmes.</p> <p>Cependant, cette interdiction étendue à 5 ans après réception d'une contribution à fonds perdus est trop restrictive. La période de 2 ans serait plus appropriée.</p> <p>Suggestion</p>

	La période d'interdiction de distribution de dividendes et de tantièmes dans le cas de contributions à fonds perdus doit être réduite de 5 à 2 ans.
--	---

Section 3 Exigences relatives à la forme des mesures pour les cas de rigueur

Thème	Remarque / Suggestion
Art. 7 Abs.2	<p>Dans les cas de rigueur, nous devons constater différents degrés de souffrance, certaines entreprises étant plus gravement impactées que d'autres. Afin d'en tenir compte il faudrait ajouter un critère supplémentaire : le degré de gravité.</p> <p>L'industrie du voyage, par exemple, avec une chute des ventes de 95%, subit des pertes beaucoup plus importantes qu'une entreprise qui ne souffre "que" d'une chute des ventes de 61%. En ce sens, le degré de gravité devrait également jouer un rôle dans les mesures s'appliquant aux cas de rigueur et il devrait être possible de fournir un soutien correspondant plus important aux secteurs les plus gravement touchés. Nous pourrions établir une graduation entre "cas de gravité" et "cas de gravité extrême »</p> <p>Suggestion</p> <p>La liste doit être complétée par le critère "degré de gravité" qui peut varier en fonction du secteur d'activité, de la taille de l'entreprise, des mesures en place, ou d'autres facteurs.</p>
Art. 7 Abs. 3	<p>Les prêts, garanties et cautionnements complémentaires au prêt COVID 19 constituent des charges difficilement supportables pour les agences de voyages. En effet la très faible marge bénéficiaire nette d'environ 1%, rend le remboursement en soi difficile et ne permettra d'atteindre des chiffres positifs que dans de nombreux mois. Pour les agences de voyage, seule une aide non remboursable atteindrait l'objectif fixé. Cumuler de nouveaux crédits (mis à part le crédit COVID) ne fait aucun sens pour le secteur du tourisme outgoing.</p> <p>Si une suppression complète de prêts, cautionnement et garanties ne sont pas une option, <u>une combinaison</u> des différentes mesures devrait à tout le moins pouvoir être proposée. (prêts remboursables, garanties et cautions ou contributions à fonds perdus).</p> <p>Les mesures de rigueur doivent être adaptées <u>individuellement à chaque cas</u>. Par conséquent, il n'est pas logique d'établir des spécifications restrictives et limitatives. La raison de la restriction mentionnée dans les arguments - maintenir les coûts de coordination et de contrôle pour les cantons à un faible niveau - est d'une importance mineure par rapport à <u>l'objectif économique, qui est de préserver les emplois</u>.</p> <p>Suggestion</p> <p>Différentes mesures de rigueur peuvent être cumulées</p>
Art. 8 Abs. 2	<p>Il est raisonnable de considérer le chiffre d'affaires comme critère. C'est également le facteur déterminant mentionné dans la loi. De fait, l'énoncé de la loi ne permet pas l'introduction d'un critère supplémentaire, tel, par ex. un montant maximum par société.</p> <p>Si toutefois un plafond devait être fixé pour les montants accordés à fonds perdus, ce-lui-ci devrait à tout le moins être plus élevé que celui mentionné et ne pas se baser</p>

	<p>sur le montant du crédit COVID 19 garanti à 100% par la Confédération. La Confédération le garantit à 100 %. Si tel était le critère, le montant maximum devrait être d'au moins 1 million (Confédération 500 000 CHF et canton 500 000 CHF).</p> <p>Suggestion :</p> <p>Le seul critère à prendre en compte est un maximum de 10 % du chiffre d'affaires annuel 2019, et le montant maximum de 500 000 CHF par entreprise devrait être supprimé.</p>
--	---

Section 4 Procédure et compétences

Thème	Remarque / Suggestion
Art. 12	<p>Les cantons doivent être tenus de traiter les demandes à partir du 1er décembre et de fournir les mesures d'aide correspondantes au plus tard le 31 janvier 2021. Si la mise en œuvre a lieu plus tard, l'aide arrivera trop tard. Cela ne doit pas se produire pour des raisons économiques. Si nécessaire, la Confédération doit pouvoir effectuer des paiements anticipés (voir aussi les commentaires sur l'art. 17).</p> <p>Suggestion :</p> <p>L'art. 12 doit être complété de manière à ce que les cantons puissent/doivent traiter les demandes à partir du 1er décembre 2020 et que les prêts, cautions ou garanties soient accordés au plus tard le 31 janvier 2021 et que les montants à fonds perdus soient versés pour la première fois au plus tard le 31 janvier 2021.</p>
Lutte contre les abus	[Commentaires/suggestions pour la conception et la mise en œuvre concrète de la lutte contre les abus].

Section 5 Contributions de la Confédération et comptes rendus des cantons

Thème	Remarque / Suggestion
Art. 14	<p>On peut se demander si la mention explicite d'un montant maximum est nécessaire. Nous nous trouvons dans une situation d'urgence qui change constamment. C'est pourquoi une proposition ouverte qui puisse s'adapter aux évolutions serait probablement plus appropriée. Même si le gouvernement fédéral ne dispose pas de fonds inépuisables, il faudrait au moins prévoir la possibilité d'une augmentation.</p> <p>En tout cas, et comme l'a déjà mentionné à juste titre le conseiller fédéral Ueli Maurer lors de la conférence de presse du 4 novembre 2020, le montant de 200 millions de francs est trop faible - Au moment où les 200 millions de francs suisses ont été fixés, l'ampleur de la deuxième vague n'était pas connue. Et actuellement les impacts de celle-ci ne peuvent pas encore être estimés. C'est pourquoi il est impossible et serait arbitraire de fixer un montant. Afin de répondre à la situation qui prévaut actuellement, le montant doit être porté à un minimum de <u>600 millions</u>. En comparaison avec le paquet d'aide mis à disposition en début d'année et dont le montant pour les prêts COVID19 s'élevait à 40 milliards, le chiffre de 600 millions est un peu plus approprié que</p>

	<p>celui prévu actuellement. De fait, avec l'apport des cantons, l'enveloppe d'aide s'élèverait dès lors et dans un premier temps à 1,2 milliard de francs. Toutefois elle devrait pouvoir être augmentée si la situation l'exigeait.</p> <p><u>Suggestions :</u></p> <p>Dans le cadre des crédits approuvés, la Confédération contribue à hauteur d'au moins 600 millions de francs aux mesures de soutien en faveur des cas de rigueur, montant qui peut être augmentée si nécessaire.</p>
Art. 15	<p>Au niveau statistique, il est évident que le PIB cantonal et la population résidente sont des données connues. Toutefois, <u>ces chiffres ne disent rien sur le nombre d'entreprises touchées dans les cantons respectifs ni sur leurs besoins en financement.</u> Dès lors, il serait judicieux d'établir une autre clé de répartition, qui, p.ex., pourrait être basée sur le chiffre d'affaires et le nombre de places de travail des entreprises concernées.</p> <p><u>Suggestion :</u></p> <p>Si d'autres critères plus appropriés et reflétant d'une manière plus objective la situation dans les différents cantons sont disponibles, ceux-ci devraient être pris en compte.</p>
<p>Questions additionnelles aux cantons destinées à l'estimation des besoins de financement</p> <ul style="list-style-type: none"> • Votre canton prévoit-il de prendre des mesures pour les cas de rigueur? • Si oui, sous quelle forme (prêts, cautionnements, garanties ou contributions non remboursables)? • Première estimation en vue de la détermination des besoins financiers <i>globaux</i> dans votre canton (contributions à fonds perdu et <i>pertes</i> sur prêts, cautionnements et garanties que la Confédération devrait financer pour moitié) 	

Section 6 Perte de capital et surendettement

Section 7 Dispositions finales

Thème	Remarque / Suggestion
Art. 17 Abs. 1	<p>Les cantons sont tenus d'accepter les demandes leur parvenant d'entreprises considérées comme cas de rigueur à partir du 1er décembre et de payer les aides correspondantes au plus tard le 31 janvier 2021 (voir aussi les commentaires sur l'art. 12). Si les aides arrivent plus tard, il sera trop tard. Cela ne doit pas se produire pour des raisons économiques. Si nécessaire, la Confédération doit pouvoir effectuer des paiements anticipés.</p> <p><u>Suggestion :</u></p> <p>Si les cantons ne sont financièrement pas en mesure de régler les prêts, garanties ou cautionnements au plus tard le 31 janvier 2021 ou de verser les montants octroyés à fonds perdus, la Confédération assure les prêts, garanties ou cautionnements sous forme d'acompte et avance les montants à fonds perdus.</p>



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Département fédéral des finances DFF
Administration fédérale des finances AFF

Formulaire de réponse: ordonnance concernant les mesures pour les cas de rigueur destinées aux entreprises en lien avec l'épidémie de COVID-19 (ordonnance sur les cas de rigueur COVID-19)

Avis de

Nom / Entreprise / Organisation : Guilhem Tardy

Titre court de l'entreprise /
de l'organisation : Service d'information

Adresse 1009 Pully

Nom de la personne pouvant
fournir des renseignements

Numéro de téléphone

Adresse électronique

Date : 13.11.2020

Important:

1. Ne pas modifier le formatage du formulaire.
2. Remplir une ligne par article, alinéa ou lettre de l'ordonnance ou par chapitre du rapport explicatif sur lesquels vous souhaitez faire une remarque ou une suggestion.
3. Envoyer le présent document **au format Word** d'ici au **13 novembre 2020** aux adresses électroniques suivantes: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch.

Merci de votre participation.

Remarques générales

Le projet actuel ne tient pas compte des **spécificités d'une startup**.

Les startups sont désavantagées par le système proposé (cf. article 5) qui ne tient compte ni de la forte progression de leur chiffre d'affaires ni des investissements importants consentis pour soutenir la croissance de l'entreprise.

Section 1 Principe

Thème	Remarque / suggestion

Section 2 Exigences relatives aux entreprises

Thème	Remarque / suggestion
Calcul du chiffre d'affaires de référence (Art. 5 alinéa 3)	<p>Dans le cas d'une startup, le chiffre d'affaires (au début très bas) progresse rapidement, souvent multiplié par 2x ou plus encore, grâce à un investissement soutenu.</p> <p>Or, le calcul du chiffre d'affaires de référence prévoit une date butoir au 31 décembre 2017 pour l'application de l'article 5 alinéa 3, c'est trop tard !</p> <p>Prenons l'exemple d'une startup ayant lancé son activité en 2017, avec comme chiffre d'affaires :</p> <ul style="list-style-type: none"> 2017... 20'000 francs 2018... 100'000 francs 2019... 300'000 francs 2020... prévision de 600'000 francs, en réalité post-COVID seulement 150'000 francs <p>Le projet actuel prendrait comme référence la moyenne de 2018 et 2019 : 200'000 francs.</p> <p>Comme vous le constatez, les startups sont désavantagées par le système proposé qui ne tient compte ni de la forte progression de leur chiffre d'affaires ni des investissements importants consentis pour soutenir la croissance de l'entreprise.</p> <p>Suggestions :</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Changer la date butoir du 31 décembre 2017 au 31 décembre 2015 2. Si le chiffre d'affaires exhibe une constante progression, prendre pour référence l'année 2019. <p>La solution pourrait être présentée sous cette forme (en gras ci-dessous) :</p> <p><i>³ Pour les entreprises créées après le 31 décembre 2017 et celles qui présentent un chiffre d'affaires en constante progression de 2016 à 2019, le chiffre d'affaires 2019 calculé selon l'art. 3, al. 3, est réputé chiffre d'affaires moyen des années 2018 et 2019.</i></p>

Section 3 Exigences relatives à la forme des mesures pour les cas de rigueur

Thème	Remarque / suggestion

Section 4 Procédure et compétences

Thème	Remarque / suggestion

Section 5 Contributions de la Confédération et comptes rendus des cantons

Thème	Remarque / suggestion

Questions additionnelles aux cantons destinées à l'estimation des besoins de financement

- Votre canton prévoit-il de prendre des mesures pour les cas de rigueur?
- Si oui, sous quelle forme (prêts, cautionnements, garanties ou contributions non remboursables)?
- Première estimation en vue de la détermination des besoins financiers *globaux* dans votre canton (contributions à fonds perdu et *pertes* sur prêts, cautionnements et garanties que la Confédération devrait financer pour moitié)

--	--

Section 6 Perte de capital et surendettement

Section 7 Dispositions finales

Thème	Remarque / suggestion

[Handel Schweiz • Güterstrasse 78 • Postfach • 4010 Basel](#)

Eidgenössisches Finanzdepartement
Bundesgasse 3
3003 Bern

Per Email: marianne.widmer@efv.admin.ch;
lukas.hohl@efv.admin.ch

11. November 2020

Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Sehr geehrte Damen und Herren

Handel Schweiz fördert und vereinfacht den Handel als führende Organisation des Handels und als kompetenter Partner gegenüber Behörden und Medien in der Schweiz. Als Dachverband des Schweizer Handels und damit als Vertreter von rund 4'000 Handelsunternehmen vertritt Handel Schweiz eine liberale Ordnungspolitik ohne helvetische Sonderzüge. Für die Aussenwirtschaftspolitik bedeutet dies die Integration der schweizerischen Wirtschaft in Europa und in der Welt. Wir stehen ein für die Öffnung der Schweizer Grenzen für Güter, Dienstleistungen, Personen und Kapital mit gleichwertigem Zugang zu den Auslandsmärkten sowie für die Beseitigung der nichttarifären Handelshemmnisse. Wir setzen uns vehement für den freien Handel und Wettbewerb ein und bekämpfen die Einführung und Aufrechterhaltung von technischen Handelshemmnissen.

Seit Frühjahr 2020 hält die Covid19-Pandemie die Welt in Atem. Die damit verbundenen Staatseingriffe in die Wirtschaft verursachen grosse Verluste bei vielen Unternehmen. So war der stationäre Handel insbesondere durch Ladenschliessungen betroffen und die Grosshändler von Vorprodukten für die Industrie litten durch die stark eingeschränkte Reistätigkeit. Vor diesem Hintergrund begrüßt Handel Schweiz grundsätzlich die vorgeschlagene Härtefallregelung.

Die wichtigsten Stützungsmassnahmen des Staates waren und sind die Kurzarbeitsentschädigung und die Covid19-Kredite. Auch Kultur, Sport, öffentlicher Verkehr oder Medien und Selbständige wurden unterstützt. Die Härtefallregelung ist somit als Ergänzung zu den bisherigen, in der Schweizer Geschichte präzedenzlos hohen Unterstützungsleistungen zu betrachten.

Das neu vorgestellte Instrument ermöglicht es dem Bund, sich gezielt für Unternehmen einzusetzen, die als Härtefall qualifiziert werden. Die Steuerfinanzierung ist sinnvoll. Handel Schweiz begrüßt die Haltung des Bundes, die Kantone in die Verantwortung zu nehmen. Dies darf

jedoch kein Freibrief für die Kantone sein. Die in der Verordnung festgehaltenen Grundsätze widerspiegeln den Lernkurveneffekt der Covid19-Kredite.

Unsere Überlegungen im Detail:

1. Die Fehlverwendung der Kredite ist auszuschliessen. Die nachträgliche Rückforderung bei den Kantonen für falsch vergebene Unterstützungen ist zentral. Darüber hinaus dürfen die Mittel nicht zu einer Wettbewerbsverzerrung führen und sollten daher vom Grundsatz her Rückzahlungscharakter haben. Nur so wird sichergestellt, dass auch laufende Strukturanpassungen und -änderungen begleitet und allenfalls verzögert, aber nicht verhindert werden.
2. Das Konkursrisiko ist für die verschiedenen Branchen unterschiedlich. Je nach Branche wird sich ein Konkurs früher oder später zeigen. Dies ist unter anderem von Zahlungsverhalten, Kapitaleinsatz und Kapitalbindung abhängig. Besondere Bedeutung kommt dem Kapitaleinsatz von Eigentümern zu. Es darf nicht sein, dass nur Branchen unterstützt werden, die früher in Konkurs fallen und andere Unternehmen, die später in Konkurs fallen aufgrund der Maximalbeiträge keine Förderung mehr erhalten. Aus diesem Grund und auch zur Verhinderung der Wettbewerbsverzerrungen regen wir an, den maximalen Unterstützungsbeitrag pro Unternehmung zu senken (beispielsweise um 50%) und den Bundeszuschuss auf weniger als 50% zu beschränken. So wird der haushälterische Umgang sichergestellt und gleichzeitig ein Anreiz an die Kantone zur vorsichtigen Vergabe geschaffen.
3. Handel Schweiz begrüßt ausdrücklich, dass der Bundesrat in Aussicht stellt, den Gesamtbeitrag im Bedarfsfall nach oben anzupassen. Beispielsweise scheint uns eine Aufstockung auf 2 x 400 Mio. im heutigen Zeitpunkt adäquat.
4. Die Einzelfallprüfung ist sachgerecht, führt aber zu hohem administrativem Aufwand für die Kantone wie auch für die betroffenen Unternehmungen. Zudem sind die Offenlegungspflichten entsprechend einschneidend. Dies ist aber zur Verhinderung von Missbrauchsfälle angemessen, da das Potenzial entsprechend gross sein dürfte. Mit der Pflicht zur Rückzahlung kann das Missbrauchspotenzial verringert werden. Handel Schweiz regt an, dass wann immer möglich von solchen Anreizen Gebrauch gemacht werden soll.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verzichten auf Ausführungen zu den Detailbestimmungen. Für ein Gespräch und die Zusammenarbeit bei der weiteren Ausgestaltung der Vorlage stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse


Kaspar Engeli

Direktor


Andreas Steffes

Sekretär



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Eidgenössische Finanzverwaltung EFV

Antwortformular: Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : HANDELSVERBAND.swiss

Abkürzung der Firma / Organisation : HANDELSVERBAND.swiss

Adresse : Spitalgasse 28

Kontaktperson : Patrick Kessler

Telefon : 058 310 07 17

E-Mail : pk@handelsverband.swiss

Datum : 13.11.2020

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Tabellenzeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word-Dokument** bis am **13. November 2020** an folgende E-Mail Adressen: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme!

Allgemeine Bemerkungen

Der [HANDELSVERBAND.swiss](#) vertritt über 350 Händler mit Aktivitäten im online- und stationären Handel. Mit annähernd 20 Mrd. CHF Umsatz pro Jahr, stellen unsere Mitglieder einen signifikanten Anteil des Non Food Detailhandels in der Schweiz sicher. Entsprechend waren und sind unsere Mitglieder vom Teillockdown März bis Mai sowie von den aktuellen Schutz-Massnahmen betroffen.

Wir begrüssen, dass der Bund für Härtefallregelungen bereit ist, Mittel bereitzustellen. Leider tritt dieser Fall nur ein, sofern die Kantone dies dann auch beantragen. Aufgrund dieser Formulierung kann auch der Fall eintreten, dass sich Kantone nicht an der Härtefallregelung beteiligen. Wir sind der Meinung, dass alle Kantone verpflichtet werden müssten, am Paket mitzumachen und Mittel bereitzustellen. Es ist uns wohl bewusst, dass dies auf Gesetzesebene so verankert wurde und nicht Teil der Vernehmlassung dieser Verordnung ist. Es wäre aber wirklich schwierig nachvollziehbar, wenn der eine oder andere Kanton nicht an diesem Paket mitarbeiten sollte.

Aufgrund der unsicheren Entwicklung der Krise begrüssen wir es, dass sich der Verordnungstext der Härtefallregelung nicht nur auf Branchen wie Tourismus, Gastronomie oder Kultur, sondern auf «geschädigte» Unternehmen generell ausrichten soll. Jedes Unternehmen sollte innerhalb der definierten Bandbreiten die gleichen Möglichkeiten bekommen zusätzliche finanzielle Unterstützung zu beantragen.

Die bereit gestellten Mittel erachten wir als viel zu gering. Angesichts des vorläufigen Verlaufs der zweiten Corona Welle sind wir der Überzeugung, dass mehr Geld bereitgestellt werden muss – es gilt Dominoeffekte aus möglichen Konkursen zu vermeiden. Aufgrund der Dringlichkeit der Sache sind wir der Meinung, dass der Bund grössere Anteile übernehmen sollte. Der Bund ist besser und schneller in der Lage grosse Geldsummen bereitzustellen als es einzelne Kantone mutmasslich sind. Jede unnötige Verzögerung führt zu Firmenschliessungen, Entlassungen oder gar Konkursen.

Wir können die Grundberechnungen und Annahmen für die Beitragsgrenzen nachvollziehen (1/3 des Umsatzes als Fixkosten – davon 9 Monate Deckung), auch wenn dies sehr pauschalisiert ist und naturgemäß grosse Unterschiede bestehen.

Grundsätzlich begrüssen wir auch die Vorgabe, dass Unternehmen in der Vergangenheit profitabel sein mussten, um in den Genuss von Hilfen zu kommen. Andererseits sind grade hoffnungsvolle, junge Unternehmen mit Wachstumsstrategien unter Umständen erst vor Kurzem gestartet und konnten gar nie positive Resultate schreiben. Entsprechend schade wäre es, wenn hoffnungsvolle, neu lancierte Unternehmen nun völlig ausgeschlossen werden.

Die Idee der Unterstützung in Form von Krediten und a fonds perdu Beiträgen begrüssen wir vom Grundsatz her. Wir gehen aber davon aus, dass in erster Linie Kredite nachgesucht werden, da diese in grössererem Umfang bezogen werden können und kurzfristig mehr Luft zum Überleben geben. Es ist aber – die Dauer der Pandemie und der Massnahmen ist heute noch völlig unklar – gleichzeitig zu befürchten, dass trotz grosszügigen Krediten viele Unternehmen die Krise nicht überleben können. Damit werden aus Krediten ebenfalls a fonds perdu Beiträge. Aufgrund der sehr ungewissen Situation wäre deshalb zu prüfen, ob nicht generell nur Kredite ausgegeben werden, jedoch zu einem späteren Zeitpunkt die individuelle teilweise Umwandlung in a fonds perdu Beiträge im vorgesehenen Rahmen beantragt werden kann.

Es ist leider zu befürchten, dass sich Unternehmen über die nächsten 5 – 10 Jahre mit der Rückzahlung von Krediten aus dieser Phase beschäftigen müssen (bei einer Annahme von 5 % Nettorendite und der Tatsache, dass es mit der Deckung von Fixkosten im Normalfall nicht getan ist). Gerade

mit der Option einer nachgelagerten Umwandlung in a fonds perdu Beiträge könnte kurzfristig Geschwindigkeit in der Liquiditätsversorgung gewonnen werden. Es bräuchte dann in der jetzigen Phase seitens Unternehmen auch kein Abwagen einer Lösung gegen die andere.

Wir danken Ihnen für schnelles, pragmatisches Handeln – auch für den Handel in der Schweiz. Auf den ersten Blick und pauschal betrachtet hat sich der Handel wohl gut erholt. Eine vertiefte Betrachtung hält dieser Haltung aber nicht überall stand: Es dürfte diverse Sortimentsanbieter geben, welche starke Umsatzrückgänge haben verzeichnen müssen und ebenfalls Anrecht auf Unterstützung haben sollten.

Nachstehend nehmen wir in der vorgegebenen Struktur Stellung zu einzelnen ausgewählten Verordnungsartikeln.

Wir danken Ihnen für Ihre Unterstützung und die Berücksichtigung unserer Argumente.

Freundliche Grüsse

HANDELSVERBAND.swiss



Patrick Kessler

1. Abschnitt: Grundsatz

Thema	Bemerkung/Anregung
	n/a

2. Abschnitt: Anforderungen an die Unternehmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 4 Abs. 2. Bst a.	<p>Überschuldung</p> <p>Es ist angesichts der einschneidenden erlassenen Massnahmen nicht ausgeschlossen, dass gewisse Unternehmen innert kurzer Zeit in eine bilanzielle Überschuldung geraten sind. Ein Umsatzeinbruch von 40 % und mehr kann diese in kürzester Zeit bewirken und eine überraschende Entscheidung des BR oder eines Kantons kann dies zusätzlich forcieren. Wir fragen uns, ob hier wirklich der Einreichezeitpunkt des Gesuchs ausschlaggebend oder nicht einfach ein Stichtag festgeschrieben sein sollte (Bsp. 1. September 2020).</p>
Art. 5 Abs. 2	<p>Umsatzrückgang</p> <p>Wir geben hier zu bedenken, dass mutmasslich alle Unternehmen mit Umsatzrückgängen in der vorgeschlagenen Größenordnung von 40 % Kurzarbeitsentschädigungen bezogen haben. Entsprechend wird mit der Formulierung in Abs. 2 die Hürde für einen Härtefall nochmals ungleich höher. Wir bevorzugen eine Umsatzreduktion von 40 % für einen Kreditbezug als fixe Größe. Die anderen Komponenten (Kurzarbeit, Mietzins etc.) sollten im Falle eines Gesuchs um a fonds perdu Beiträge zum Zeitpunkt X mit einbezogen werden.</p>

<p>Art. 6 Abs a Ziff. 2.</p>	<p>Verbot der Dividendenausschüttung:</p> <p>Wir sehen hier ein Problem in Bezug auf die Festlegung von Steuerwerten von Unternehmen und entsprechende private Steuerpflicht von Unternehmensinhabern. In vielen Fällen werden heute Dividenden bezogen, um die private Vermögenssteuer auf den Unternehmenswerten zu bezahlen.</p> <p>Wenn nun ein a fonds perdu Beitrag ausbezahlt wurde und das Unternehmen sich schnell erholt, muss auf Dividende verzichtet werden.</p> <p>Wäre es nicht sinnvoller, dass hier dem Unternehmen die Wahlmöglichkeit gegeben wird im Sinne von:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Keine Dividende während 5 Jahren oder Rückzahlung des a fonds perdu Beitrages
------------------------------	--

3. Abschnitt: Anforderungen an die Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 8	<p>Höchstgrenzen</p> <p>Wir können die formulierten Höchstgrenzen und Bandbreiten grundsätzlich nachvollziehen. Wir geben einfach zu bedenken, dass bei den gegebenen Bandbreiten u.U. ein einzelnes Unternehmen die gesamten zur Verfügung stehenden Mittel «einfordern» könnte. Es fehlt hier ein möglicher Ausweichmechanismus oder Eskalationspfad v.a. für betroffene grössere Unternehmen in «kleinen Empfängerkantonen» (in Zusammenhang mit Art. 15).</p>
Art. 10	<p>Zeitlicher Rahmen</p> <p>Können Kantone, welche bereits Härtefallregelungen vor dem COVID 19 Gesetz getroffen haben, diese Hilfen nicht geltend machen?</p> <p>Wir bitten zu prüfen, ob bereits gewährte Härtefallkredite nicht auch mit dieser Verordnung gedeckt werden können. Wäre dem nicht der Fall wären die Kantone mit schnellen, pragmatischen Hilfestellungen «benachteiligt».</p>

4. Abschnitt: Verfahren und Zuständigkeiten

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 14	<p>Wie in den Eingangsbemerkungen erwähnt, dürfte dieser Betrag nicht ausreichend sein. Wir sind überzeugt, dass der Bund die Situation entsprechend beobachtet und die Höchstgrenze anzupassen bereit ist.</p>
Art. 15	<p>Die Verteilung macht grundsätzlich Sinn. Die Regelung ist aber wie unter Bemerkung zu Artikel 8 erwähnt sehr starr und könnte je nach Konstellation zu «Ungleichverteilungen» führen.</p>

5. Abschnitt: Beiträge des Bundes und Berichterstattung der Kantone

Thema	Bemerkung/Anregung
	n/a

6. Abschnitt: Kapitalverlust und Überschuldung und

7. Abschnitt: Schlussbestimmungen

Thema	Bemerkung/Anregung
	n/a



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Eidgenössische Finanzverwaltung EFV

Antwortformular: Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : HotellerieSuisse Basel und Region

Abkürzung der Firma / Organisation : HSBS

Adresse : Elisabethenstrasse 23, 4051 Basel

Kontaktperson : Raphael Wynigr
Präsident

Telefon

E-Mail

Datum : 13. November 2020

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Tabellenzeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word-Dokument bis am 13. November 2020** an folgende E-Mail Adressen: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme!

Allgemeine Bemerkungen

1. Aktuelle Situation in der Beherbergung

Die Situation in der Beherbergungsbranche ist bekanntermassen alarmierend. Dies zeigen sowohl brancheneigene Umfragen wie auch Prognosen namhafter Institute wie der Konjunkturforschungsstelle der ETH. Mit einer langsamen Erholung kann erst im Verlaufe des nächsten Jahres, mit einer Normalisierung erst 2022 oder gar 2023 gerechnet werden. Erschwerend kommen die Verschärfungen von Schutzmassnahmen seitens des Bundes und der Kantone hinzu, die eine Einschränkung von Geschäftstätigkeiten zur Folge haben. In den Städten ist die Lage seit Monaten prekär. Bewahrheiten sich die düsteren Prognosen und fällt die Wintersaison klar unterdurchschnittlich aus, so droht der Beherbergungswirtschaft als Rückgrat des Tourismussektors flächendeckend eine Konkurs- und Kündigungswelle. Konkurse und Betriebsschliessungen haben schon jetzt eingesetzt, viele weitere werden folgen.

Schon als Folge der ersten Pandemiephase wurde die langfristige Investitions- und Wettbewerbsfähigkeit unmittelbar beeinträchtigt. Trotz Gegenmassnahmen mittels Verschiebung geplanter Investitionen (bei zwei Dritteln der Betriebe) und Personalkürzungen (Kündigungen bei einem Drittel der Unternehmen) gaben bei unserer letzten Umfrage Anfang Oktober 6 Prozent der Befragten an, dass ihre Konkurswahrscheinlichkeit bei 60 Prozent und mehr liege, in der Stadthotellerie lag dieser Anteil sogar bei 12 Prozent der Betriebe.

Im Falle einer langanhaltenden Krise stehen die Tourismustradition der Schweiz und viel Know-how unmittelbar auf dem Spiel. Darüber hinaus werden infolge der engen wirtschaftlichen Verflechtung auch Zulieferbetriebe oder der Detailhandel und die Landwirtschaft in Mitleidenschaft gezogen. Die Folgen sind massive Wertschöpfungsverluste und drohende Massenarbeitslosigkeit, speziell in den Tourismusregionen.

2. Grundsätzliche Forderungen

Vor dem Hintergrund dieser alarmierenden Situation sollte die Unterstützung wirtschaftlicher Härtefälle durch Bund und Kantone äusserst rasch und schweizweit nach einheitlichem Kriterienraster gewährleistet werden. Dafür sind nach internen Berechnungen von HotellerieSuisse allein für die Beherbergungsbranche insgesamt 500 Millionen Franken in Form von A-fond-perdu-Beiträgen notwendig, um die schweren Verluste aufzufangen. Verlorene Umsätze im Tourismus und speziell in der Hotellerie können nicht «gelagert» und damit nicht aufgeholt werden. Die vorgeschlagenen je 200 Millionen Franken von Bund und Kantonen für alle betroffenen Branchen reichen dafür bei weitem nicht aus.

3. Ergänzender Bundesbeschluss zu Art. 12 Covid-Gesetz

Zur Deckung von Verlusten, die Betriebe 2020 unverschuldet durch die Corona-Krise erlitten haben, sind für die Beherbergungsbranche 500 Millionen Franken nötig. Ein ergänzender Bundesbeschluss zu Artikel 12 des Covid-Gesetzes sollte diesem Umstand Rechnung tragen und dem Parlament im dringlichen Verfahren vorgelegt werden. Zur Sicherstellung einer schnellen und schweizweit einheitlichen Abwicklung der Härtefallhilfen ist der Verteilschlüssel anzupassen. Der Bund muss vorgängig die Kosten zu 100 Prozent übernehmen, da die Kantone nicht in zeitnäher Frist flächendeckend über die nötigen Mittel verfügen. Zudem ist der Bundesanteil im Gesetz auf 80 Prozent zu erhöhen. Ohne neuen Finanzierungsschlüssel droht die Härtefallregelung zu scheitern, weil viele Kantone bei einer fünfzigprozentigen Leistungsbeteiligung überfordert wären. Notleidende Betriebe dürfen nicht darunter leiden.

4. Herleitung des Finanzmittelbedarfs von 500 Mio. Franken

Der durchschnittliche Umsatz eines Hotels beträgt rund 3 Mio. Franken. Damit ein Betrieb, der vor der Krise «gesund» war, die Krise überstehen kann, ist er – bei einem namhaften Ausfall der Umsätze (>40 %) – auf eine Unterstützung zur Abdeckung der Fixkosten angewiesen. Die Fixkosten lassen

sich dabei wie folgt beziffern (Werte gem. der Hotel-Benchmark-Broschüre bzw. Betriebsstatistik sowie Erfahrungswerten):

- Die Energiekosten betragen im Schnitt 2,8 %
- Die Mietkosten betragen in der Beherbergung (reiner Garnibetrieb) 20 bis 25 %; bei reinen Gastronomiebetrieben 10 bis 14 %. Bei einem Mischbetrieb mit rund 50 % Beherbergung und 50 % Gastronomie resultiert ein Wert von 17,25 % (22,5 % + 12 % geteilt durch zwei).
- Die Lohnkosten liegen im Schnitt bei 42,9 % des Umsatzes. Zu berücksichtigen dabei sind Restkosten (Sozialleistungen, Ferien- und Feiertage sowie 13. Monatslohn) von rund 20 % der normalen Lohnkosten, die trotz KAE beim Arbeitgeber anfallen. Bei KAE-Bezug verbleiben deshalb gleichwohl zusätzliche 8,58 % (20 % von 42,9 %), für die der Betrieb aufkommen muss.

Gesamthaft resultieren Fixkosten (lediglich aufgrund von Energie, Miete und Löhnen) von 28,6 Prozent des Umsatzes. Je nachdem ob der Betrieb geöffnet hat oder nicht, fallen potenziell nicht alle Bereiche gleich hoch aus (Personal, Energie), dafür kommen kostenmässig weitere Bereiche dazu (wie Unterhalt, Serviceverträge IT/EDV, Website, Maschinen usw.). Selbst wenn aufgrund von Entgegenkommen im Bereich der Mieten und/oder Lieferanten zusätzlich ein Teil der Fixkosten gedeckt werden kann, ist realistischerweise mit einem Fixkostenanteil von durchschnittlich 17,5 Prozent des Umsatzes zu rechnen, der über eine Härtefallunterstützung gedeckt werden müsste.

Bei einem Branchenschnitt von 3 Mio. Franken Umsatz pro Jahr und einem Fixkostenanteil in der Höhe von 17,5 Prozent resultiert ein Mittelbedarf pro Betrieb von rund 525'000 Franken zur Abgeltung dieser Kosten, wenn – gemäss Härtefallregelung – der Umsatzverlust 2020 mehr als 40 Prozent beträgt. Derzeit gehen wir davon aus, dass von den 4626 Beherbergungsbetrieben rund 20 Prozent, also knapp 1000 Betriebe, aufgrund der Covid-Krise einen Umsatzverlust von über 40 Prozent erleiden werden.

Aus diesen Gründen ist eine Härtefallhilfe für die Hotellerie im Umfang von 500 Mio. Franken nötig. Diese Unterstützung bezieht sich auf das Geschäftsjahr 2020 und soll darin erlittene Verluste abdecken. Volkswirtschaftlich entspricht dieser Betrag einer Investition in die Zukunft, in systemrelevante Strukturen und in die Lebensgrundlage vieler ländlicher Regionen. Der Bundesrat selbst hat in der ersten Pandemiephase wohlweislich darauf verzichtet, Hotelbetriebe behördlich zu schliessen. Diese Unternehmen erfüllen sowohl in Normal- als auch in Krisenlagen wichtige Funktionen für die Wirtschaft generell, die Schweiz als Messe- und Veranstaltungsort, den Tourismusstandort, Geschäftsreisende und indirekt die Landesversorgung. Deshalb ist die Branche als systemrelevant einzustufen. Durch ihre systembedingte Personalintensität ist die Hotellerie auch Arbeitgeberin für Tausende von Angestellten. Ein Hotelunternehmen trägt zudem viel Substanz in sich, weshalb Konkurse eine sehr gewichtige Dimension haben.

Vielen Dank für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

1. Abschnitt: Grundsatz

Thema	Bemerkung/Anregung
	Keine Bemerkungen.

2. Abschnitt: Anforderungen an die Unternehmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 4 Abs. 1	Diese Bestimmung legt fest, welche spezifischen Hilfen unter das Doppelsubventionierungsverbot fallen. Gemäss erläuterndem Bericht sind Corona-Erwerbsersatz,

Bst. c <u>Präzisierung</u>	Kurzarbeitsentschädigungen, Covid-19-Solidarbürgschaftskredite und solche für Start-ups davon ausgenommen. Zu präzisieren ist, dass auch Unterstützungen der Schweizerischen Gesellschaft für Hotelkredit <u>nicht</u> unter das Doppelsubventionierungsverbot fallen.
Art. 4 Abs. 2 Bst. a <u>Anpassen</u>	<p>Dieser Artikel sieht vor, dass profitable und überlebensfähige Unternehmen seit dem 1. Januar 2019 und bis und mit Einreichung des Gesuchs nicht überschuldet sein sollen. Damit würde das Geschäftsjahr 2020 vollumfänglich oder zu einem grossen Teil mitberücksichtigt werden. Eine solche Bestimmung ist mit Blick auf Sinn und Zweck, die Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Covid-19-Pandemie, problematisch.</p> <p>Für die meisten Unternehmen, die im Jahr 2020 Umsatzeinbussen von 40 Prozent oder mehr erlitten, kommt es der Quadratur des Kreises gleich, sich Ende 2020 nicht in einer Überschuldungssituation zu befinden. Der Bund würde mit der vorliegenden Bestimmung einen Grossteil der am stärksten von der Krise betroffenen Betriebe im Rahmen einer Härtefalllösung nicht unterstützen. Damit würde gerade den Betrieben, die auf eine solche Unterstützung dringend angewiesen sind, der Zugang erschwert.</p> <p>Die Überschuldung im Jahr 2020 hängt nicht davon ab, wie profitabel oder überlebensfähig ein Unternehmen ist, sondern wie stark die Covid-19-Massnahmen dessen Geschäftstätigkeit eingeschränkt hat.</p> <p>Weiter hatten die meisten Unternehmen gar nicht die Möglichkeit – unabhängig davon, wie rentabel sie zu üblichen Geschäftsjahren wirtschaften – ihre Verluste aus der «ersten Welle» im Frühling 2020 aufzufangen. Spätestens seit dem Herbst 2020 sind wieder weitergehende Massnahmen von Bund und Kantonen in Kraft, die ein profitables Wirtschaften stark einschränken oder verunmöglichen.</p> <p>Das Geschäftsjahr 2020 wurde für Härtefälle massgeblich von den finanziellen Auswirkungen der behördlichen Covid-19-Massnahmen geprägt. Daher ist das Jahr 2020 kein Referenzwert dafür, ob ein Unternehmen profitabel und überlebensfähig ist (sofern das Unternehmen vor 2020 gegründet wurde). Daher ist dieser Artikel wie folgt anzupassen:</p> <p><u>«[zum Zeitpunkt der Einreichung des Gesuchs nicht überschuldet sind und] zwischen dem 1. Januar 2019 und [der Einreichung des Gesuchs] [dem 31. Dezember 2019] nicht überschuldet waren;» [Streichen und ergänzen]</u></p>
Art. 4 Abs. 2 Bst. d <u>Anpassee</u>	<p>Als weitere Bedingung muss ein profitables und überlebensfähiges Unternehmen über eine mittelfristige Finanzplanung verfügen. Gemäss erläuterndem Bericht umfasst dies mindestens das laufende und das darauffolgende Jahr. Angesichts der unsicheren Gesamtlage und Entwicklung der Covid-19-Pandemie sowie wirtschaftlich einschneidenden Massnahmen zu deren Eindämmung ist eine solche Zeitspanne weder angemessen, noch lässt sie eine Finanzplanung zu, die sich auf bis zu zwei Jahre erstrecken soll.</p> <p>Weiter soll das Unternehmen für diese Zeitspanne gemäss erläuterndem Bericht aufzeigen, dass seine Finanzierung mit der Härtefallmassnahme ohne weitere staatliche Hilfen gesichert werden kann. Wir fordern, dass nebst Corona-Erwerbsersatz, Kurzarbeitsentschädigungen, Covid-19-Krediten und Bürgschaftskrediten für Startups auch jene der SGH von solchen staatlichen Hilfen ausgenommen sind.</p> <p>Die Bestimmung ist wie folgt anzupassen:</p> <p><u>«über eine mittelfristige Finanzplanung verfügen, die glaubhaft aufzeigt, dass die Finanzierung des Unternehmens mit der Härtefallmassnahme für die Dauer der Finanzplanung gesichert werden kann» [Streichen]</u></p>

<p>Art. 4 Abs. 3 Bst. b <u>Streichen</u></p>	<p>Diese Bestimmung legt fest, dass ein Covid-19-Kontokorrentkredit vollständig ausgeschöpft sein muss, um zumutbare Selbsthilfemaßnahmen ergriffen zu haben. Eine solche Regelung drängt Unternehmen dazu, diese Kredite auszuschöpfen, wenn sie zusätzlich finanzielle Unterstützung in Form der Härtefallregelung beantragen müssen. In der Folge erhöht sich das Konkursrisiko für all jene Unternehmen, deren Gesuch abgelehnt wird.</p> <p>Weiter legt der Bericht fest, dass Covid-19-Solidarbürgschaftskredite nicht unter das Doppelsubventionierungsverbot fallen. Dies steht im Widerspruch dazu, dass solche Kredite erst ausgeschöpft werden müssen, um zumutbare Selbsthilfemaßnahmen ergriffen zu haben. Auch aus dieser Logik heraus ist diese Bestimmung aus der Verordnung zu streichen.</p>
<p>Art. 5 Abs. 1 <u>Anpassen</u></p>	<p>Bei Gesuchseinreichung ist der Jahresumsatz 2020 allenfalls noch nicht bekannt. Deshalb ist Art. 5 Abs. 1 wie folgt zu ergänzen:</p> <p>«Die Unternehmen haben gegenüber dem Kanton belegt, dass ihr Jahresumsatz 2020 [oder ihr Jahresumsatz bis zur Einreichung des Gesuchs] in der Folge von behördlich angeordneten Massnahmen zur Bekämpfung der Covid- 19-Epidemie mehr als 40 Prozent unter dem durchschnittlichen Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 liegt.» [Ergänzen]</p>
<p>Art. 5 Abs. 2 <u>Anpassen</u></p>	<p>Gemäss diesem Artikel sind Entschädigungen für Kurzarbeit und Covid-Erwerbsersatz zum Umsatz 2020 hinzuzuzählen. Aus dem erläuternden Bericht geht hervor, dass dies bei Inkrafttreten des Geschäftsmietegesetzes weiter für verordnete oder freiwillige Mieter lasse der Fall sein würde.</p> <p>Eine solche Bestimmung stellt eine sachfremde respektive nicht gerechtfertigte Verknüpfung unterschiedlicher finanzieller Instrumente zur Abfederung der Covid-19-Krise dar.</p> <p>Im buchhalterischen Sinne definiert sich der Umsatz über den Wert von erbrachten Leistungen und abgesetzten Waren; bei der Kurzarbeitsentschädigung dem Corona-Erwerbsersatz verringern sich die Aufwendungen eines Unternehmens. Schliesslich dienen diese beiden arbeitsmarktlichen Instrumente in erster Linie dazu, Arbeitsplätze zu sichern und Unternehmen vor unverschuldeten Liquiditätsengpässen und Konkursen zu bewahren. Es geht nicht darum, die Gewinne oder die Erfolgsrechnung solcher Unternehmen zu verbessern. Deswegen sind sie oder andere erlassene Aufwendungen nicht zum Umsatz hinzuzuzählen.</p> <p>Weiter würde der Einbezug von erlassenen Aufwendungen im Umsatz (z.B. Kurzarbeitsentschädigungen) einen administrativen Mehraufwand für die Kantone und Unternehmen verursachen. Dies dürfte weder im Sinne dieser noch des Bundes sein. Letztlich stellt der Bund Massnahmen vor, wie administrative Kosten für die Kantone tief zu halten sind (z.B. Bericht Seite 7).</p> <p>Zudem steht die Bestimmung im Widerspruch zu Art. 12 Abs. 2 Covid-19-Gesetz, wonach die Kurzarbeitsentschädigungen, der Corona-Erwerbsersatz sowie die Covid-19-Kredite explizit nicht als staatliche Finanzhilfen gelten. Weiter sieht beispielsweise auch die Covid-19-Erwerbsausfallverordnung vor, dass Härtefallmaßnahmen nicht subsidiär zur Corona-Erwerbsausfallentschädigung gelten.</p> <p>Aus obengenannten Gründen ist der Artikel wie folgt zu kürzen:</p> <p>«Der Umsatz 2020 berechnet sich aus dem Wert der verkauften Waren und der erbrachten Dienstleistungen [zuzüglich der für die Periode 2020 erhaltenen Entschädigungen für Kurzarbeit und Covid-Erwerbsersatz].» [Streichen]</p>
<p>Art. 5 Abs. 4</p>	<p>Unternehmen, deren Jahresumsatz zwischen 30% und 40% unter dem durchschnittlichen Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 liegt, sollen ebenfalls Härtefallmass-</p>

(neu) <u>Ergänzen</u>	<p>nahmen beantragen können. Tun sie dies, werden sie in reduziertem Mass unterstützt. HotellerieSuisse Basel und Region spricht sich für eine Abstufung aus, um eine hohe Schwelle zwischen den nicht anspruchsberechtigten Unternehmen und den Härtefällen zu vermeiden.</p> <p>«Unternehmen, deren Jahresumsatz zwischen 30 % und 40 % unter dem durchschnittlichen Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 liegt, können ebenfalls als Härtefälle gelten.»</p>
---------------------------------	---

3. Abschnitt: Anforderungen an die Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen

Thema	Bemerkung/Anregung
<u>Art. 7 Abs. 3</u>	<p>Zu begrüssen ist, dass die Kantone verschiedene Formen von Härtefallhilfen gewähren können. Mit Blick auf die tiefen respektive unterschiedlichen Höchstgrenzen (Art. 8 Abs. 1 und 2) soll es den Unternehmen möglich sein, mehr als eine finanzielle Hilfe gleichzeitig beanspruchen zu können (z.B. Darlehen und nicht rückzahlbare Beiträge).</p> <p>Der zusätzliche Koordinations- und Kontrollaufwand dürfte gering sein. Wenn ein Unternehmen bereits von einer Härtefallmassnahme Gebrauch macht und daraufhin eine zweite Unterstützungshilfe in Form eines Härtefalls beantragt, dürfte der Aufwand geringer sein als beim Erstantrag.</p> <p>Daher ist es angezeigt, den <u>Art. 7 Abs. 3 zu streichen.</u></p>
Art. 8 Abs. 2 <u>Anpassen</u>	<p>Nicht rückzahlbare Beiträge werden gemäss Verordnungsentwurf auf 10 Prozent des Jahresumsatzes 2019 (respektive 500'000 Franken) limitiert. Damit müssten betroffene Unternehmen mindestens Dreiviertel ihrer Umsatzeinbussen von 2020 (im Vgl. zu 2019) selber tragen.</p> <p>Die Umsatzeinbussen (von 40 bis 100 Prozent) können je nach Betroffenheit der jeweiligen Branche sehr unterschiedlich sein. Dies bestimmt massgeblich, wie hoch der Bedarf an Unterstützungsmassnahmen ist. Zudem hängen der Bedarf und die Höhe einer Härtefallhilfe vom weiteren Verlauf der Covid-19-Pandemie respektive einschränkenden Massnahmen zu deren Eindämmung ab. Die genannte Höchstgrenze schränkt die Wirksamkeit der Härtefallmassnahmen ein. Die absolute Höchstgrenze von 500'000 Franken genügt.</p> <p>Letztlich obliegt es den Kantonen, die Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen den unterschiedlichen kantonalen Gegebenheiten anzupassen. Dies bedingt eine flexible und nicht zu starre Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen.</p> <p>Daher ist der Abschnitt wie folgt zu kürzen:</p> <p>«Die nicht rückzahlbaren Beiträge belaufen sich auf höchstens 10 Prozent des Jahresumsatzes 2019 und höchstens auf 500 000 Franken pro Unternehmen. <u>[Im Falle besonderer Härte können diese absoluten Beiträge erhöht werden.]</u> Die Beiträge können gestaffelt beschlossen und ausgerichtet werden.» [Streichen und <u>ergänzen</u>]</p>
Art. 8 Abs. 4 (neu) <u>Ergänzen</u>	<p>Ohne die folgende Ergänzung würde ein Unternehmen mit Umsatzeinbussen von 39.9% nicht von den Härtefallmassnahmen profitieren, während ein Unternehmen mit Umsatzeinbussen von 40% in vollem Umfang unterstützt werden kann. Wir sprechen uns für eine Abstufung aus. Unternehmen, deren Jahresumsatz zwischen 30% und 40% unter dem durchschnittlichen Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 liegt, sollen ebenfalls Härtefallmassnahmen beantragen können.</p> <p>«Die Höchstgrenzen für Unternehmen, deren Jahresumsatz 30% unter dem durchschnittlichen Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 liegt, betragen 20% der ordentli-</p>

	<p style="color: red;">chen Höchstgrenze. Diese Höchstgrenze steigt linear mit dem Umsatzverlust bis zu einem Umsatzverlust von 40%.»</p>
--	---

4. Abschnitt: Verfahren und Zuständigkeiten

Thema	Bemerkung/Anregung
	Keine Bemerkungen

5. Abschnitt: Beiträge des Bundes und Berichterstattung der Kantone

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 14 <u>Anpassen</u>	<p>Dieser Artikel sieht eine Beteiligung des Bundes von höchstens 200 Millionen Franken an kantonalen Härtefallmassnahmen vor. Angesichts des Ausmaßes der Covid-19-Krise auf die Wirtschaft dürfte dieser Betrag beim weitem nicht ausreichen. Der Umfang an tatsächlich benötigten finanziellen Mitteln des Bundes ist derzeit nicht quantifizierbar und hängt vom Bedarf der Kantone und des weiteren Verlaufs der Covid-19-Pandemie respektive von behördlichen Massnahmen ab.</p> <p style="color: red;"><u>«Bund und Kantone beteiligen sich im Rahmen der bewilligten Kredite im Umfang von 1.8 Milliarden Franken an den Härtefallmassnahmen. Der Bundesanteil beträgt dabei mindestens 900 Millionen Franken, beteiligt sich im Rahmen der bewilligten Kredite im Umfang von insgesamt höchstens 200 Millionen Franken an kantonalen Härtefallmassnahmen.» [Streichen und <u>anpassen</u>]</u></p>
Art. 15 <u>Anpassen</u>	<p>Mit der vorliegenden Bestimmung würden wirtschaftsstarken und bevölkerungsreichen Kantone (nach dem kantonalen BIP und Wohnbevölkerung) mehr erhalten als andere. Wir sprechen uns dafür aus, dass die volkswirtschaftliche Relevanz der besonders stark betroffenen Branchen für den Kanton und die prognostizierten Umsatzeinbussen in diesen Branchen bei der Verteilung der Bundesgelder mitberücksichtigt werden.</p>
Abs. 2 <u>Anpassen</u>	<p>Damit die Kantone frei in der Definition und Ausgestaltung von Härtefallmassnahmen sind, und diese den örtlichen Gegebenheiten genügend Rechnung tragen, bedarf es einer <u>flexiblen respektive höheren Kostenbeteiligung des Bundes</u>. Gemäss erläuterndem Bericht beteiligt sich der Bund jedoch zur Hälfte an den Auszahlungen. Der Anteil des Bundes an A-fond-perdu-Beiträgen soll <u>mindestens</u> 50 Prozent betragen.</p>

6. Abschnitt: Kapitalverlust und Überschuldung und 7. Abschnitt: Schlussbestimmungen

Thema	Bemerkung/Anregung
.Art. 20 <u>Präzisierung</u>	<p>Gemäss erläuterndem Bericht werden Forderungen aus Covid-19-Solidarbürgschaftskrediten und -Härtefallkredite nicht zum Fremdkapital gezählt. Wir sprechen uns dafür aus, dass gewährte Kredite der SGH, die im Jahr 2020 gewährt wurden, auch nicht zum Fremdkapital gezählt werden.</p>

Weitere Forderungen bei andauernder Krisenlage

Die Zuspitzung der epidemiologischen Lage hat zu verstärkter Unsicherheit und einem Ausbau der Schutzmassnahmen geführt. Dadurch werden touristische Betriebe wirtschaftlich eingeschränkt und Tourismusangebote stark erschwert, sodass dieser Sektor mitunter die Hauptlast der wirtschaftlichen

Kosten zur Bekämpfung der Pandemie tragen muss. Nicht zu unterschätzen ist auch der psychologische Effekt bei den Gästen: Obwohl funktionierende Schutzkonzepte in bewährter Form bestehen, dämpfen Appelle von Politik und Behörden sowie Schutzmassnahmen die Nachfrage massiv. Weitere Einschränkungen im Tourismusbereich, wie etwa bei Freizeitangeboten oder Restaurants, lösen in der Summe eine schwere Störung der touristischen Wertschöpfungskette aus. Dieses Szenario ist aus wirtschaftlicher Sicht für die Hotellerie sehr bedrohlich.

HotellerieSuisse Basel und Region fordert deshalb, dass Hilfsmittel zur wirtschaftlichen Unterstützung und Stabilisierung im Gleichschritt mit den Schutzmassnahmen ausgebaut werden.

Wiedereinführung der Überbrückungskredite gemäss Covid-19-Solidarbürgschaftsverordnung

Bei der ersten Welle im Frühjahr hat der Bundesrat sehr rasch ein unkompliziertes Notkredit-System eingeführt. Viele Unternehmungen haben die Liquiditätssicherung beantragt mussten sie aber nicht beziehen. Die zweiten Wellen trifft nun die Hotellerie mit noch grösserer Wucht und die Liquiditätsproblematik trifft nun viele zusätzliche Betriebe. Deshalb sollte eine Reaktivierung des Covid-Kreditsystem möglichst rasche erfolgen und ausgebaut werden.

Verzugszinsen, Zahlungsaufschübe und Überschuldungsanzeigen

Analog der entsprechenden Notverordnungen sollten jene Massnahmen wieder eingeführt oder verlängert werden, die den Unternehmen finanzielle Luft verschaffen. Bis Ende 2021 sind daher die Verzugszinsen auszusetzen und Zahlungsaufschübe bei Bundessteuern zu gewähren. Zudem sollten auch die Regelungen bezüglich Überschuldungsanzeigen im Sinne der Motion 20.3418 und analog der Covid-19-Verordnung Insolvenzrecht angepasst werden. Ebenso sollten Covid-Plus-Kredite während der gesamten Laufzeit zu 85 Prozent nicht als Fremdkapital eingestuft werden, wie es die Motion 20.3813 verlangt. Diese Massnahmen tangieren den Bundeshaushalt in mittlerer Frist nicht negativ.

Touristisches Notprogramm

Bei einer noch länger anhaltenden Krise, im Falle von regionalen Lockdowns, bei Schliessungen von Teilbranchen des Tourismus sowie bei Grenzschiessungen stehen Bund und Kantone in der Pflicht, rasch ein touristisches Notprogramm im Umfang von zusätzlich mindestens 500 Millionen Franken aufzusetzen. Dieses müsste insbesondere direkte, nicht rückzahlbare Fixkostenzuschüsse für Betriebe umfassen, wenn eine zu definierende Verlustschwelle überschritten wird. In Anlehnung an die Härtetest-Regelung im Covid-Gesetz können als Richtwerte Einbussen von 40 Prozent zum Anspruch am Notprogramm berechtigen.

In den Städten ist die Situation ungeachtet der dramatischen Zusitzung der Lage seit Monaten prekär und hat sich seit Ausbruch der zweiten Welle nochmals massiv verschlechtert. Die zaghafte Erhöhung der Auslastung auf sehr tiefem Niveau hatte Hoffnung geweckt, welche nun abrupt zerstört wurde. Der weitgehende Einbruch des Geschäfts-, Veranstaltungs- und Messe-tourismus sowie der Wegfall internationaler Gäste führt zu langanhaltender Unterauslastung und tiefroten Zahlen bei den Stadthotels. Je nach Dauer dieser Situation werden zahlreiche Unternehmen entweder kurz- oder mittelfristig untergehen. Damit stehen das touristische Erbe und die Tourismustradition der Schweiz unmittelbar auf dem Spiel. Bereits während der ersten Welle führten finanzielle Engpässe außerdem zu einem gefährlichen Investitionsstau, der sich nun mit der zweiten Welle zu verschärfen droht.

Eidgenössisches Finanzdepartement
EFD
3003 Bern

Per E-Mail an:
marianne.widmer@efv.admin.ch
Lukas.hohl@efv.admin.ch

Chur, 11. November 2020
JD/md

Covid-19-Härtefallverordnung: Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Als kantonaler Unternehmerverband der Hoteliers in Graubünden äussern wir uns im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zur Covid-19-Härtefallverordnung. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

1. Aktuelle Situation der Hotellerie gesamtschweizerisch

Die Situation in der Beherbergungsbranche ist bekanntermassen alarmierend. Dies zeigen sowohl brancheneigene Umfragen wie auch Prognosen namhafter Institute wie der Konjunkturforschungsstelle der ETH. Mit einer langsamen Erholung kann erst im Verlaufe des nächsten Jahres, mit einer Normalisierung erst 2022 oder gar 2023 gerechnet werden. Erschwerend kommen die Verschärfungen von Schutzmassnahmen seitens des Bundes und der Kantone hinzu, die eine Einschränkung von Geschäftstätigkeiten zur Folge haben. In den Städten ist die Lage seit Monaten prekär. Bewahrheiten sich die düsteren Prognosen und fällt die Wintersaison klar unterdurchschnittlich aus, so droht der Beherbergungswirtschaft als Rückgrat des Tourismussektors flächendeckend eine Konkurs- und Kündigungswelle. Konkurse und Betriebsschliessungen haben schon jetzt eingesetzt, viele weitere werden folgen.

Im Falle einer langanhaltenden Krise stehen die Tourismustradition der Schweiz und viel

Know-how unmittelbar auf dem Spiel. Darüber hinaus werden infolge der engen wirtschaftlichen Verflechtung auch Zulieferbetriebe oder der Detailhandel und die Landwirtschaft in Mitleidenschaft gezogen. Die Folgen sind massive Wertschöpfungsverluste und drohende Massenarbeitslosigkeit, speziell in den Tourismusregionen.

2. Situation der Hotellerie in Graubünden

2020

Mit einem Minus von knapp 11 % (ca. 500'000 Logiernächte) per Ende September 2020 sind die Bündner Hotels dank einem guten Sommergeschäft mit Schweizer Gästen überraschend gut durch die Covid-Krise gekommen. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass das laufende Jahr in Destinationen bzw. Betrieben mit einem hohen Anteil an ausländischen Gästen und im MICE Bereich schlecht verlaufen ist. Gleiches gilt grundsätzlich für die Hotels im hohen Preissegment. Die Logiernächte haben sich in den folgenden Destinationen ab 1. März 2020 massiv negativ entwickelt:

- Chur: Minus 53,5 %
- Davos: Minus 43,7 %
- St. Moritz: Minus 36,2 %

Wir gehen davon aus, dass zahlreiche Betriebe in diesen für Graubünden grossen und wichtigen Destinationen im 2020 eine Umsatzeinbusse von 40 % im Sinne von Art. 5 erlitten haben. Wir schätzen rund 30 Betriebe.

2021

Die Wintersaison ist wertschöpfungsmässig von sehr grossem Gewicht. Während des Lockdowns in der ersten Welle war die Saison praktisch bereits zu Ende, weshalb dort die Schäden minimiert werden konnten. Nun droht die zweite Welle, die Schweiz vor dem Saisonstart zu überrollen. Wenn im Zuge des Gesundheitsschutzes wiederum Betriebe und Branchen behördlich geschlossen werden, sind folglich die Konsequenzen für Tourismus und Hotellerie wirtschaftlich noch gravierender als im Frühjahr. Dasselbe gilt im Falle von Grenzschliessungen und bei regionalen Teil-Lockdowns. Diese Massnahmen würden wirtschaftliche Tätigkeiten im Tourismus entweder gänzlich verunmöglichen oder sie auf erhebliche Weise beeinträchtigen. Angesichts eines völligen Unterbruchs der touristischen Wertschöpfungskette würde das Geschäftsmodell der Beherbergung einbrechen, selbst wenn die Betriebe keiner behördlichen Schliessung unterliegen.

Grossveranstaltungen sind «systemrelevante» Wertschöpfungstreiber für den Tourismus. Die Tatsache, dass die wichtigsten Events in Graubünden wie Humor-Festival, WEF, Spenglercup, White Turf, Schneepolo etc. bereits abgesagt sind, sind denkbar schlechte

Indikatoren, selbst für den Fall dass der Winter «stattfinden» kann,. Es besteht das grosse Risiko, dass die Bündner Hotellerie im 2021 in eine ähnliche Krisensituation geraten kann wie die Stadthotellerie im 2020. Leider trägt die Härtefallverordnung dieser Tatsache nicht Rechnung, da überall auf die Verhältnisse von 2020 Bezug genommen wird. Wir regen deshalb an, dass Umsatzrückgänge im 2021 ebenfalls relevant sind und die Berechtigung für Härtefallmassnahmen geben. Allenfalls ist eine ergänzende Gesetzgebung nötig, um Verluste für 2021 angemessen abzudecken (siehe nachstehende Ziff. 5 betr. touristisches Notprogramm).

3. Grundsätzliche Forderungen

Vor dem Hintergrund dieser alarmierenden Situation sollte die Unterstützung wirtschaftlicher Härtefälle durch Bund und Kantone äusserst rasch und schweizweit nach einheitlichem Kriterienraster gewährleistet werden. Der Kanton soll unmittelbar nach Inkrafttreten der bundesrätlichen Verordnung via Notrecht mit der gesetzlichen Grundlage nachstossen, damit keine Zeit verloren geht.

Zur Deckung von Verlusten, die Betriebe 2020 unverschuldet durch die Corona-Krise erlitten haben, sind für die Schweizer Beherbergungsbranche gemäss Berechnungen von HotellerieSuisse (vgl. Anhang) 500 Millionen Franken nötig. Ein ergänzender Bundesbeschluss zu Artikel 12 des Covid-Gesetzes sollte diesem Umstand Rechnung tragen und dem Parlament im dringlichen Verfahren vorgelegt werden. Die Verluste im 2020 für Hotelbetriebe in Graubünden im Sinne der vorstehenden Ziffer 2 schätzen wir auf ca. 16 Millionen Franken (30 Betriebe à CHF 525'000.00 Mittelbedarf).

Zur Sicherstellung einer schnellen und schweizweit einheitlichen Abwicklung der Härtefallhilfen ist der Verteilschlüssel anzupassen. Der Bund muss vorgängig die Kosten zu 100 Prozent übernehmen, da die Kantone nicht in zeitnaher Frist flächendeckend über die nötigen Mittel verfügen. Zudem ist der Bundesanteil im Gesetz auf 80 Prozent zu erhöhen. Ohne neuen Finanzierungsschlüssel droht die Härtefallregelung zu scheitern, weil viele Kantone bei einer 50 prozentigen Leistungsbeteiligung überfordert wären. Notleidende Betriebe dürfen nicht darunter leiden.

4. Bemerkungen zu einzelnen Bestimmungen des Verordnungsentwurfs

Art. 4 Abs. 1 Bst. c: Präzisierung

Diese Bestimmung legt fest, welche spezifischen Hilfen unter das Doppelsubventionierungsverbot fallen. Gemäss Covid-Gesetz sind CEE, KAE, Covid-19-Solidarbürgschaftskredite und solche für Startups davon ausgenommen. Zu präzisieren ist,

dass auch Unterstützungen der Schweizerischen Gesellschaft für Hotelkredit (SGH) nicht unter das Doppelsubventionierungsverbot fallen.

Art. 4 Abs. 2: Anpassungen zur Definition «profitabel oder überlebensfähig»

Artikel 4 Abs. 2 Bst. a sieht vor, dass profitable und überlebensfähige Unternehmen seit dem 1. Januar 2019 und bis und mit Einreichung des Gesuchs nicht überschuldet sein sollen.

Damit würde das Geschäftsjahr 2020 vollumfänglich oder zu einem grossen Teil mitberücksichtigt werden. Eine solche Bestimmung ist mit Blick auf Sinn und Zweck der Härtefallregelung – die Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Covid-19-Pandemie – verfehlt. Für die meisten Unternehmen, die im Jahr 2020 Umsatzeinbussen von 40 Prozent oder mehr erlitten haben, ist es unmöglich, sich Ende 2020 nicht in einer Überschuldungssituation zu befinden. Der Bund würde mit der vorliegenden Bestimmung einen Grossteil der am stärksten von der Krise betroffenen Betriebe im Rahmen einer Härtefalllösung nicht unterstützen. Damit würde gerade den Betrieben, die auf eine solche Unterstützung dringend angewiesen sind und infolge der Pandemie sowie der Schutzmassnahmen unverschuldet in eine Krise geraten sind, der Zugang erschwert. Die Nachfrageeinbrüche und Einschränkungen im Frühjahr und ab Herbst beeinträchtigen einen rentablen Betrieb in hohem Mass. Das Geschäftsjahr 2020 wurde für Härtefälle massgeblich von den finanziellen Auswirkungen der behördlichen Covid-19-Massnahmen geprägt und kann daher kein Referenzwert dafür sein, ob ein Unternehmen profitabel und überlebensfähig ist.

- a. *zum Zeitpunkt der Einreichung des Gesuchs nicht überschuldet sind und zwischen dem 1. Januar 2019 und der Einreichung des Gesuchs **dem 31. Dezember 2019** nicht überschuldet waren;*

In Artikel 4 Abs. 2 Bst. d muss das Unternehmen als weitere Bedingung über eine mittelfristige Finanzplanung verfügen. Gemäss erläuterndem Bericht umfasst dies mindestens das laufende und das darauffolgende Jahr. Angesichts der unsicheren Gesamtlage und Entwicklung der Covid-19-Pandemie sowie wirtschaftlich einschneidenden Massnahmen ist eine solche Zeitspanne weder angemessen, noch lässt sie eine Finanzplanung zu, die sich auf bis zu zwei Jahre erstrecken soll.

- d. *über eine mittelfristige Finanzplanung verfügen, die glaubhaft aufzeigt, dass die Finanzierung des Unternehmens mit der Härtefallmassnahme für die Dauer der Finanzplanung gesichert werden kann.*

Art. 4 Abs. 3 Bst. b: Streichung

Die Bedingung in Art. 4 Abs. 3 Bst. b, wonach ein Covid-19-Kontokorrentkredit vollständig ausgeschöpft sein muss, um zumutbare Selbsthilfemaßnahmen ergriffen zu haben, ist zu streichen. Eine solche Regelung drängt Unternehmen dazu, diese Kredite auszuschöpfen,

wenn sie zusätzlich finanzielle Unterstützung in Form der Härtefallregelung beantragen müssen. In der Folge erhöht sich das Konkursrisiko für all jene Unternehmen, deren Gesuch abgelehnt wird. Weiter legt der Bericht fest, dass Covid-19-Solidarbürgschaftskredite nicht unter das Doppelsubventionierungsverbot fallen. Dies steht im Widerspruch dazu, dass solche Kredite erst ausgeschöpft werden müssen, um zumutbare Selbsthilfemaßnahmen ergriffen zu haben. Auch aus dieser Logik heraus ist diese Bestimmung aus der Verordnung zu streichen.

- b. *sich zum Zeitpunkt der Einreichung des Gesuchs nicht in einem Konkurs- oder Nachlassverfahren oder in Liquidation befinden;*

Art. 5 Umsatzrückgang

2 Der Umsatz 2020 berechnet sich aus dem Wert der verkauften Waren und der erbrachten Dienstleistungen zuzüglich der für die Periode 2020 erhaltenen Entschädigungen für Kurzarbeit und Covid-Erwerbsersatz.

Wir lehnen die Anrechnung von Kurzarbeit und Covid-Erwerbsersatz ab. Damit würden die dringend nötigen Unterstützungen bei Personalkosten rückgängig gemacht und die Härtefallklausel ad absurdum geführt. In der vorliegenden Form steht diese Bestimmung im Widerspruch zu Art. 12 Abs. 2 des Covid-Gesetzes, der die Kurzarbeitsentschädigungen, die Entschädigungen des Erwerbsausfalls sowie die Covid-Kredite explizit nicht als Finanzhilfen des Bundes miteinschliesst.

Art. 8 Höchstgrenzen

2 Die nicht rückzahlbaren Beiträge belaufen sich auf höchstens 10 Prozent des Jahresumsatzes 2019 und höchstens auf 500 000 Franken pro Unternehmen. Die Beiträge können gestaffelt beschlossen und ausgerichtet werden. Im Falle besonderer Härte können die Beiträge des Bundes erhöht werden.

In der Verordnung sollte ergänzend die Möglichkeit verankert werden, den Höchstbetrag je nach Dauer und Ausmass der Krise flexibel gegen oben anzupassen.

Art. 14 Gesamtbetrag

Der Bund beteiligt sich im Rahmen der bewilligten Kredite im Umfang von insgesamt höchstens 200 Millionen Franken an kantonalen Härtefallmaßnahmen.

Wir fordern gemäss der vorstehenden Ziff. 3 eine deutliche Erhöhung des Betrags.

5. Weitere Forderungen bei andauernder Krisenlage im 2021

Die Zuspitzung der epidemiologischen Lage hat zu verstärkter Unsicherheit und einem Ausbau der Schutzmassnahmen geführt. Dadurch werden touristische Betriebe wirtschaftlich eingeschränkt und Tourismusangebote stark erschwert, sodass dieser Sektor mitunter die Hauptlast der wirtschaftlichen Kosten zur Bekämpfung der Pandemie tragen muss. Nicht zu unterschätzen ist auch der psychologische Effekt bei den Gästen: Obwohl funktionierende Schutzkonzepte in bewährter Form bestehen, dämpfen Appelle von Politik und Behörden sowie Schutzmassnahmen die Nachfrage massiv. Weitere Einschränkungen im Tourismusbereich, wie etwa bei Freizeitangeboten, Seilbahnen oder Restaurants, lösen in der Summe eine schwere Störung der touristischen Wertschöpfungskette aus. Dieses Szenario ist aus wirtschaftlicher Sicht für die Hotellerie sehr bedrohlich.

Wir fordern deshalb, dass Hilfsmittel zur wirtschaftlichen Unterstützung und Stabilisierung im Gleichschritt mit den Schutzmassnahmen ausgebaut werden.

Wiedereinführung der Überbrückungskredite gemäss Covid-19-Solidarbürgschaftsverordnung

Während der ersten Welle im Frühjahr hat der Bundesrat rasch ein erfolgreiches Notkredit-System eingeführt, um betroffene Unternehmen mit genügend Liquidität zu versorgen. Im Unterschied zu anderen Branchen befindet sich die Hotellerie aktuell wieder in vergleichbarer Lage. Deshalb soll das Covid-Kreditsystem möglichst rasch wieder für jene Betriebe eingeführt werden, die **bis anhin noch keinen Notkredit bezogen haben**. Während die Finanzmittel in der ersten Pandemiephase bei einem Hotel ausgereicht haben, ist derselbe Betrieb als Folge der langen Krise nun potentiell auf einen Notkredit angewiesen. Durch die Beschränkung auf den Erstbezug kann der flächendeckenden Überschuldung wirksam begegnet werden.

Verzugszinsen, Zahlungsaufschübe und Überschuldungsanzeigen

Analog der entsprechenden Notverordnungen sollten jene Massnahmen wieder eingeführt oder verlängert werden, die den Unternehmen finanzielle Luft verschaffen. Bis Ende 2021 sind daher die Verzugszinsen auszusetzen und Zahlungsaufschübe bei Bundessteuern zu gewähren. Zudem sollten auch die Regelungen bezüglich Überschuldungsanzeigen im Sinne der Motion 20.3418 und analog der Covid-19-Verordnung Insolvenzrecht angepasst werden. Ebenso sollten Covid-Plus-Kredite während der gesamten Laufzeit zu 85 Prozent nicht als Fremdkapital eingestuft werden, wie es die Motion 20.3813 verlangt. Diese Massnahmen tangieren den Bundeshaushalt in mittlerer Frist nicht negativ.

Touristisches Notprogramm

Ein Vakuum besteht bei Betrieben, die den von der Verordnung vorgesehenen Umsatzverlust erst im 2021 erzielen. Bei einer noch länger anhaltenden Krise, im Falle von regionalen Lockdowns, bei Schliessungen von Teilbranchen des Tourismus sowie bei Grenzschliessungen stehen Bund und Kantone in der Pflicht, rasch ein touristisches Notprogramm im Umfang von zusätzlich mindestens 500 Millionen Franken aufzusetzen. Dieses müsste insbesondere direkte, nicht rückzahlbare Fixkostenzuschüsse für Betriebe umfassen, wenn eine zu definierende Verlustschwelle überschritten wird. In Anlehnung an die Härtefall-Regelung im Covid-Gesetz können als Richtwerte Einbussen von 40 Prozent zum Anspruch am Notprogramm berechtigen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen

HotellerieSuisse Graubünden

Ernst Wyrsch
Präsident

Dr.iur. Jürg Domenig
Geschäftsführer

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
3003 Bern

Per E-Mail an:
marianne.widmer@efv.admin.ch
lukas.hohl@efv.admin.ch

Bern, 10.11.2020

Covid-19-Härtefallverordnung: Stellungnahme anlässlich der Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Als nationaler Unternehmerverband äussert sich HotellerieSuisse im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zur Covid-19-Härtefallverordnung. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

1. Aktuelle Situation in der Beherbergung

Die Situation in der Beherbergungsbranche ist bekanntermassen alarmierend. Dies zeigen sowohl brancheneigene Umfragen wie auch Prognosen namhafter Institute wie der Konjunkturforschungsstelle der ETH. Mit einer langsamen Erholung kann erst im Verlaufe des nächsten Jahres, mit einer Normalisierung erst 2022 oder gar 2023 gerechnet werden. Erschwerend kommen die Verschärfungen von Schutzmassnahmen seitens des Bundes und der Kantone hinzu, die eine Einschränkung von Geschäftstätigkeiten zur Folge haben. In den Städten ist die Lage seit Monaten prekär. Bewahrheiten sich die düsteren Prognosen und fällt die Wintersaison klar unterdurchschnittlich aus, so droht der Beherbergungswirtschaft als Rückgrat des Tourismussektors flächendeckend eine Konkurs- und Kündigungswelle. Konkurse und Betriebsschliessungen haben schon jetzt eingesetzt, viele weitere werden folgen.

Schon als Folge der ersten Pandemiephase wurde die langfristige Investitions- und Wettbewerbsfähigkeit unmittelbar beeinträchtigt. Trotz Gegenmassnahmen mittels Verschiebung geplanter Investitionen (bei zwei Dritteln der Betriebe) und Personalkürzungen (Kündigungen bei einem Drittel der Unternehmen) gaben bei unserer letzten Umfrage Anfang Oktober 6 Prozent der Befragten an, dass ihre Konkurswahrscheinlichkeit bei 60 Prozent und mehr liege, in der Stadthotellerie lag dieser Anteil sogar bei 12 Prozent der Betriebe.

Im Falle einer langanhaltenden Krise stehen die Tourismustradition der Schweiz und viel Know-how unmittelbar auf dem Spiel. Darüber hinaus werden infolge der engen wirtschaftlichen Verflechtung auch Zulieferbetriebe oder der Detailhandel und die Landwirtschaft in Mitleidenschaft gezogen. Die

Folgen sind massive Wertschöpfungsverluste und drohende Massenarbeitslosigkeit, speziell in den Tourismusregionen.

2. Grundsätzliche Forderungen

Vor dem Hintergrund dieser alarmierenden Situation sollte die Unterstützung wirtschaftlicher Härtefälle durch Bund und Kantone äusserst rasch und schweizweit nach einheitlichem Kriterienraster gewährleistet werden. Dafür sind nach internen Berechnungen von HotellerieSuisse allein für die Beherbergungsbranche insgesamt 500 Millionen Franken in Form von A-fond-perdu-Beiträgen notwendig, um die schweren Verluste aufzufangen. Verlorene Umsätze im Tourismus und speziell in der Hotellerie können nicht «gelagert» und damit nicht aufgeholt werden. Die vorgeschlagenen je 200 Millionen Franken von Bund und Kantonen für alle betroffenen Branchen reichen dafür bei weitem nicht aus.

3. Ergänzender Bundesbeschluss zu Art. 12 Covid-Gesetz

Zur Deckung von Verlusten, die Betriebe 2020 unverschuldet durch die Corona-Krise erlitten haben, sind für die Beherbergungsbranche 500 Millionen Franken nötig. Ein ergänzender Bundesbeschluss zu Artikel 12 des Covid-Gesetzes sollte diesem Umstand Rechnung tragen und dem Parlament im dringlichen Verfahren vorgelegt werden. Zur Sicherstellung einer schnellen und schweizweit einheitlichen Abwicklung der Härtefallhilfen ist der Verteilschlüssel anzupassen. Der Bund muss vorgängig die Kosten zu 100 Prozent übernehmen, da die Kantone nicht in zeitnaher Frist flächendeckend über die nötigen Mittel verfügen. Zudem ist der Bundesanteil im Gesetz auf 80 Prozent zu erhöhen. Ohne neuen Finanzierungsschlüssel droht die Härtefallregelung zu scheitern, weil viele Kantone bei einer fünfzigprozentigen Leistungsbeteiligung überfordert wären. Notleidende Betriebe dürfen nicht darunter leiden.

4. Herleitung des Finanzmittelbedarfs von 500 Mio. Franken

Der durchschnittliche Umsatz eines Hotels beträgt rund 3 Mio. Franken. Damit ein Betrieb, der vor der Krise «gesund» war, die Krise überstehen kann, ist er – bei einem namhaften Ausfall der Umsätze (>40 %) – auf eine Unterstützung zur Abdeckung der Fixkosten angewiesen. Die Fixkosten lassen sich dabei wie folgt beziffern (Werte gem. der Hotel-Benchmark-Broschüre bzw. Betriebsstatistik sowie Erfahrungswerten):

- Die Energiekosten betragen im Schnitt 2,8 %
- Die Mietkosten betragen in der Beherbergung (reiner Garnibetrieb) 20 bis 25 %; bei reinen Gastronomiebetrieben 10 bis 14 %. Bei einem Mischbetrieb mit rund 50 % Beherbergung und 50 % Gastronomie resultiert ein Wert von 17,25 % (22,5 % + 12 % geteilt durch zwei).
- Die Lohnkosten liegen im Schnitt bei 42,9 % des Umsatzes. Zu berücksichtigen dabei sind Restkosten (Sozialleistungen, Ferien- und Feiertage sowie 13. Monatslohn) von rund 20 % der normalen Lohnkosten, die trotz KAE beim Arbeitgeber anfallen. Bei KAE-Bezug verbleiben deshalb gleichwohl zusätzliche 8,58 % (20 % von 42,9 %), für die der Betrieb aufkommen muss.

Gesamthaft resultieren Fixkosten (lediglich aufgrund von Energie, Miete und Löhnen) von 28,6 Prozent des Umsatzes. Je nachdem ob der Betrieb geöffnet hat oder nicht, fallen potenziell nicht alle Bereiche gleich hoch aus (Personal, Energie), dafür kommen kostenmässig weitere Bereiche dazu (wie Unterhalt, Serviceverträge IT/EDV, Website, Maschinen usw.). Selbst wenn aufgrund von Entgegenkommen im Bereich der Mieten und/oder Lieferanten zusätzlich ein Teil der Fixkosten gedeckt werden kann, ist realistischerweise mit einem Fixkostenanteil von durchschnittlich 17,5 Prozent des Umsatzes zu rechnen, der über eine Härtefallunterstützung gedeckt werden müsste.

Bei einem Branchenschnitt von 3 Mio. Franken Umsatz pro Jahr und einem Fixkostenanteil in der Höhe von 17,5 Prozent resultiert ein Mittelbedarf pro Betrieb von rund 525'000 Franken zur Abgeltung dieser Kosten, wenn – gemäss Härtefallregelung – der Umsatzverlust 2020 mehr als 40 Prozent beträgt. Derzeit gehen wir davon aus, dass von den 4626 Beherbergungsbetrieben rund 20 Prozent, also knapp 1000 Betriebe, aufgrund der Covid-Krise einen Umsatzverlust von über 40 Prozent erleiden werden.

Aus diesen Gründen ist eine Härtefallhilfe für die Hotellerie im Umfang von 500 Mio. Franken nötig. Diese Unterstützung bezieht sich auf das Geschäftsjahr 2020 und soll darin erlittene Verluste abdecken. Volkswirtschaftlich entspricht dieser Betrag einer Investition in die Zukunft, in systemrelevante Strukturen und in die Lebensgrundlage vieler ländlicher Regionen. Der Bundesrat selbst hat in der ersten Pandemiephase wohlweislich darauf verzichtet, Hotelbetriebe behördlich zu schliessen. Diese Unternehmen erfüllen sowohl in Normal- als auch in Krisenlagen wichtige Funktionen für die Wirtschaft generell, die Schweiz als Messe- und Veranstaltungsort, den Tourismusstandort, Geschäftsreisende und indirekt die Landesversorgung. Deshalb ist die Branche als systemrelevant einzustufen. Durch ihre systembedingte Personalintensität ist die Hotellerie auch Arbeitgeberin für Tausende von Angestellten. Ein Hotelunternehmen trägt zudem viel Substanz in sich, weshalb Konkurse eine sehr gewichtige Dimension haben.

5. Bemerkungen zu einzelnen Bestimmungen des Verordnungsentwurfs

Unter Berücksichtigung der geschilderten Situation nimmt HotellerieSuisse nachfolgend zu ausgewählten Artikeln im Verordnungsentwurf Stellung.

Art. 4 Abs. 1 Bst. c: Präzisierung

Diese Bestimmung legt fest, welche spezifischen Hilfen unter das Doppelsubventionierungsverbot fallen. Gemäss Covid-Gesetz sind CEE, KAE, Covid-19-Solidarbürgschaftskredite und solche für Startups davon ausgenommen. Zu präzisieren ist, dass auch Unterstützungen der Schweizerischen Gesellschaft für Hotelkredit (SGH) nicht unter das Doppelsubventionierungsverbot fallen.

Art. 4 Abs. 2: Anpassungen zur Definition «profitabel oder überlebensfähig»

Artikel 4 Abs. 2 Bst. a sieht vor, dass profitable und überlebensfähige Unternehmen seit dem 1. Januar 2019 und bis und mit Einreichung des Gesuchs nicht überschuldet sein sollen. Damit würde das Geschäftsjahr 2020 volumnäßig oder zu einem grossen Teil mitberücksichtigt werden. Eine solche Bestimmung ist mit Blick auf Sinn und Zweck der Härtefallregelung – die Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Covid-19-Pandemie – verfehlt. Für die meisten Unternehmen, die im Jahr 2020 Umsatzeinbussen von 40 Prozent oder mehr erlitten haben, ist es unmöglich, sich Ende 2020 nicht in einer Überschuldungssituation zu befinden. Der Bund würde mit der vorliegenden Bestimmung einen Grossteil der am stärksten von der Krise betroffenen Betriebe im Rahmen einer Härtefalllösung nicht unterstützen. Damit würde gerade den Betrieben, die auf eine solche Unterstützung dringend angewiesen sind und infolge der Pandemie sowie der Schutzmassnahmen unverschuldet in eine Krise geraten sind, der Zugang erschwert. Die Nachfrageeinbrüche und Einschränkungen im Frühjahr und ab Herbst beeinträchtigen einen rentablen Betrieb in hohem Mass. Das Geschäftsjahr 2020 wurde für Härtefälle massgeblich von den finanziellen Auswirkungen der behördlichen Covid-19-Massnahmen geprägt und kann daher kein Referenzwert dafür sein, ob ein Unternehmen profitabel und überlebensfähig ist.

- a. *zum Zeitpunkt der Einreichung des Gesuchs nicht überschuldet sind und zwischen dem 1. Januar 2019 und der Einreichung des Gesuchs dem 31. Dezember 2019 nicht überschuldet waren;*

In Artikel 4 Abs. 2 Bst. d muss das Unternehmen als weitere Bedingung über eine mittelfristige Finanzplanung verfügen. Gemäss erläuterndem Bericht umfasst dies mindestens das laufende und das darauffolgende Jahr. Angesichts der unsicheren Gesamtlage und Entwicklung der Covid-19-Pandemie sowie wirtschaftlich einschneidenden Massnahmen zu deren Eindämmung ist eine solche Zeitspanne weder angemessen, noch lässt sie eine Finanzplanung zu, die sich auf bis zu zwei Jahre erstrecken soll.

- d. *über eine mittelfristige Finanzplanung verfügen, die glaubhaft aufzeigt, dass die Finanzierung des Unternehmens mit der Härtefallmassnahme für die Dauer der Finanzplanung gesichert werden kann.*

Art. 4 Abs. 3 Bst. b: Streichung

Die Bedingung in Art. 4 Abs. 3 Bst. b, wonach ein Covid-19-Kontokorrentkredit vollständig ausgeschöpft sein muss, um zumutbare Selbsthilfemaßnahmen ergriffen zu haben, ist zu streichen. Eine solche Regelung drängt Unternehmen dazu, diese Kredite auszuschöpfen, wenn sie zusätzlich finanzielle Unterstützung in Form der Härtefallregelung beantragen müssen. In der Folge erhöht sich das Konkursrisiko für all jene Unternehmen, deren Gesuch abgelehnt wird. Weiter legt der Bericht fest, dass Covid-19-Solidarbürgschaftskredite nicht unter das Doppelsubventionierungsverbot fallen. Dies steht im Widerspruch dazu, dass solche Kredite erst ausgeschöpft werden müssen, um zumutbare Selbsthilfemaßnahmen ergriffen zu haben. Auch aus dieser Logik heraus ist diese Bestimmung aus der Verordnung zu streichen.

- b. *sich zum Zeitpunkt der Einreichung des Gesuchs nicht in einem Konkurs- oder Nachlassverfahren oder in Liquidation befinden;*

Art. 5 Umsatzrückgang

2 Der Umsatz 2020 berechnet sich aus dem Wert der verkauften Waren und der erbrachten Dienstleistungen zuzüglich der für die Periode 2020 erhaltenen Entschädigungen für Kurzarbeit und Covid-Erwerbsersatz.

HotellerieSuisse lehnt die Anrechnung von Kurzarbeit und Covid-Erwerbsersatz klar ab. Damit würden die dringend nötigen Unterstützungen bei Personalkosten rückgängig gemacht und die Härtefallklausel ad absurdum geführt. In der vorliegenden Form steht diese Bestimmung im Widerspruch zu Art. 12 Abs. 2 des Covid-Gesetzes, der die Kurzarbeitsentschädigungen, die Entschädigungen des Erwerbsausfalls sowie die Covid-Kredite explizit nicht als Finanzhilfen des Bundes miteinschliesst.

Art. 8 Höchstgrenzen

2 Die nicht rückzahlbaren Beiträge belaufen sich auf höchstens 10 Prozent des Jahresumsatzes 2019 und höchstens auf 500 000 Franken pro Unternehmen. Die Beiträge können gestaffelt beschlossen und ausgerichtet werden. Im Falle besonderer Härte können die Beiträge des Bundes erhöht werden.

In der Verordnung sollte ergänzend die Möglichkeit verankert werden, den Höchstbetrag je nach Dauer und Ausmass der Krise flexibel gegen oben anzupassen.

Art. 14 Gesamtbetrag

Der Bund beteiligt sich im Rahmen der bewilligten Kredite im Umfang von insgesamt höchstens 200 Millionen Franken an kantonalen Härtefallmaßnahmen.

HotellerieSuisse fordert eine deutliche Erhöhung des Betrags. Da der Finanzbedarf allein für die Hotellerie mindestens 500 Millionen beträgt (vgl. Kap. 2 - 4), ist für die Härtefallunterstützung gesamthaft im Minimum eine Milliarde Franken notwendig.

6. Weitere Forderungen bei andauernder Krisenlage

Die Zuspitzung der epidemiologischen Lage hat zu verstärkter Unsicherheit und einem Ausbau der Schutzmassnahmen geführt. Dadurch werden touristische Betriebe wirtschaftlich eingeschränkt und Tourismusangebote stark erschwert, sodass dieser Sektor mitunter die Hauptlast der wirtschaftlichen Kosten zur Bekämpfung der Pandemie tragen muss. Nicht zu unterschätzen ist auch der psychologische Effekt bei den Gästen: Obwohl funktionierende Schutzkonzepte in bewährter Form bestehen, dämpfen Appelle von Politik und Behörden sowie Schutzmassnahmen die Nachfrage massiv. Weitere Einschränkungen im Tourismusbereich, wie etwa bei Freizeitangeboten, Seilbahnen oder Restaurants, lösen in der Summe eine schwere Störung der touristischen Wertschöpfungskette aus. Dieses Szenario ist aus wirtschaftlicher Sicht für die Hotellerie sehr bedrohlich.

HotellerieSuisse fordert deshalb, dass Hilfsmittel zur wirtschaftlichen Unterstützung und Stabilisierung im Gleichschritt mit den Schutzmassnahmen ausgebaut werden.

Wiedereinführung der Überbrückungskredite gemäss Covid-19-Solidarbürgschaftsverordnung

Während der ersten Welle im Frühjahr hat der Bundesrat rasch ein erfolgreiches Notkredit-System eingeführt, um betroffene Unternehmen mit genügend Liquidität zu versorgen. Im Unterschied zu anderen Branchen befindet sich die Hotellerie aktuell wieder in vergleichbarer Lage. Deshalb soll das Covid-Kreditsystem möglichst rasch wieder für jene Betriebe eingeführt werden, die **bis anhin noch keinen Notkredit bezogen haben**. Während die Finanzmittel in der ersten Pandemiephase bei einem Hotel ausgereicht haben, ist derselbe Betrieb als Folge der langen Krise nun potentiell auf einen Notkredit angewiesen. Durch die Beschränkung auf den Erstbezug kann der flächendeckenden Überschuldung wirksam begegnet werden.

Verzugszinsen, Zahlungsaufschübe und Überschuldungsanzeigen

Analog der entsprechenden Notverordnungen sollten jene Massnahmen wieder eingeführt oder verlängert werden, die den Unternehmen finanzielle Luft verschaffen. Bis Ende 2021 sind daher die Verzugszinsen auszusetzen und Zahlungsaufschübe bei Bundessteuern zu gewähren. Zudem sollten auch die Regelungen bezüglich Überschuldungsanzeigen im Sinne der Motion 20.3418 und analog der Covid-19-Verordnung Insolvenzrecht angepasst werden. Ebenso sollten Covid-Plus-Kredite während der gesamten Laufzeit zu 85 Prozent nicht als Fremdkapital eingestuft werden, wie es die Motion 20.3813 verlangt. Diese Massnahmen tangieren den Bundeshaushalt in mittlerer Frist nicht negativ.

Touristisches Notprogramm

Bei einer noch länger anhaltenden Krise, im Falle von regionalen Lockdowns, bei Schliessungen von Teilbranchen des Tourismus sowie bei Grenzschliessungen stehen Bund und Kantone in der Pflicht, rasch ein touristisches Notprogramm im Umfang von zusätzlich mindestens 500 Millionen Franken aufzusetzen. Dieses müsste insbesondere direkte, nicht rückzahlbare Fixkostenzuschüsse für Betriebe umfassen, wenn eine zu definierende Verlustschwelle überschritten wird. In Anlehnung an die Härtefall-Regelung im Covid-Gesetz können als Richtwerte Einbussen von 40 Prozent zum Anspruch am Notprogramm berechtigen.

In der Schweiz ist die Wintersaison wertschöpfungsmässig von grossem Gewicht. Während des Lockdowns in der ersten Welle war die Saison in Berggebieten praktisch bereits zu Ende, weshalb dort die Schäden minimiert werden konnten. Nun droht die zweite Welle die Schweiz aber vor dem Saisonstart

im Winter zu überrollen. Wenn im Zuge des Gesundheitsschutzes wiederum *Betriebe und Branchen behördlich geschlossen* werden, sind folglich die Konsequenzen für Tourismus und Hotellerie wirtschaftlich noch gravierender als im Frühjahr. Dasselbe gilt im Falle von *Grenzschiessungen und bei regionalen Teil-Lockdowns*. Diese Massnahmen verunmöglichen wirtschaftliche Tätigkeiten im Tourismus entweder gänzlich oder beeinträchtigen sie auf erhebliche Weise. Angesichts eines völligen Unterbruchs der touristischen Wertschöpfungskette bricht das Geschäftsmodell der Beherbergung ein, selbst wenn die Betriebe keiner behördlichen Schliessung unterliegen. In den Städten ist die Situation ungeachtet der dramatischen Zuspitzung der Lage seit Monaten prekär und hat sich seit Ausbruch der zweiten Welle nochmals massiv verschlechtert. Die zaghafte Erhöhung der Auslastung auf sehr tiefem Niveau hatte Hoffnung geweckt, welche nun abrupt zerstört wurde. Der weitgehende Einbruch des Geschäfts-, Veranstaltungs- und Messe-tourismus sowie der Wegfall internationaler Gäste führt zu langanhaltender Unterauslastung und tiefroten Zahlen bei den Stadthotels. Je nach Dauer dieser Situation werden zahlreiche Unternehmen entweder kurz- oder mittelfristig untergehen. Damit stehen das touristische Erbe und die Tourismustradition der Schweiz unmittelbar auf dem Spiel. Bereits während der ersten Welle führten finanzielle Engpässe ausserdem zu einem gefährlichen Investitionsstau, der sich nun mit der zweiten Welle zu verschärfen droht.

7. Über HotellerieSuisse

HotellerieSuisse ist das Kompetenzzentrum für die Schweizer Beherbergungsbranche und vertritt als Unternehmerverband die Interessen der innovativen und nachhaltigen Beherbergungsbetriebe der Schweiz. Seit 1882 steht HotellerieSuisse gemeinsam mit seinen rund 3'000 Mitgliedern, davon über 2'000 Hotelbetriebe, für eine qualitätsbewusste und vorausschauende Schweizer Beherbergungswirtschaft. Allein die klassische Hotellerie, als standortgebundene Exportbranche und Rückgrat des Tourismus, erwirtschaftet einen jährlichen Umsatz von über 7,5 Mrd. Franken und beschäftigt knapp 80'000 Mitarbeitende. Gemäss Satellitenkonto 2017 erzielt der Tourismus mit einer Nachfrage von 44 Mrd. Franken eine direkte Bruttowertschöpfung von über 18 Mrd. Franken – was einem Anteil von 2,9 Prozent an der gesamtwirtschaftlichen direkten Bruttowertschöpfung der Schweiz entspricht. Der Tourismus gehört zudem zu den fünf wichtigsten Exportbranchen der Schweiz. Die Mitgliederbetriebe von HotellerieSuisse verfügen über zwei Drittel des diesbezüglichen Schweizer Bettenangebotes und generieren damit rund drei Viertel der entsprechenden Logiernächte. Als Dachverband von 13 regionalen Verbänden ist hotelleriesuisse in allen Landesteilen und Sprachregionen präsent und beschäftigt rund 100 Mitarbeitende.

Wir danken für die Kenntnisnahme unserer Position und stehen Ihnen bei Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
HotellerieSuisse



Claude Meier
Direktor



Nicole Brändle Schlegel
Leiterin Arbeit, Bildung, Politik



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Eidgenössische Finanzverwaltung EFV

Antwortformular: Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : HotellerieSuisse

Abkürzung der Firma / Organisation : HS

Adresse : Monbijoustrasse 130, Postfach, 3001 Bern

Kontaktperson : Nicole Braendle, Samuel Bangerter

Telefon : 031 3704305; 0313704202

E-Mail : : nicole.braendle@hotelleriesuisse.ch;
samuel.bangerter@hotelleriesuisse.ch

Datum : 9.11.2020

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Tabelleenzeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word-Dokument** bis am **13. November 2020** an folgende E-Mail Adressen: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme!

Allgemeine Bemerkungen

Wir bitten Sie, unseren beiliegenden Begleitbrief zur Stellungnahme zu berücksichtigen.

1. Abschnitt: Grundsatz

Thema	Bemerkung/Anregung
	Keine

2. Abschnitt: Anforderungen an die Unternehmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 4 Abs. 1 Bst. c: Präzisierung	Diese Bestimmung legt fest, welche spezifischen Hilfen unter das Doppelsubventionierungsverbot fallen. Gemäss Covid-Gesetz sind CEE, KAE, Covid-19-Solidarbürgschaftskredite und solche für Startups davon ausgenommen. Zu präzisieren ist, dass auch Unterstützungen der Schweizerischen Gesellschaft für Hotelkredit (SGH) nicht unter das Doppelsubventionierungsverbot fallen.
Artikel 4 Abs. 2 Bst. a : Anpassung	<p>Artikel 4 Abs. 2 Bst. a sieht vor, dass profitable und überlebensfähige Unternehmen seit dem 1. Januar 2019 und bis und mit Einreichung des Gesuchs nicht überschuldet sein sollen. Damit würde das Geschäftsjahr 2020 vollumfänglich oder zu einem grossen Teil mitberücksichtigt werden. Eine solche Bestimmung ist mit Blick auf Sinn und Zweck der Härtefallregelung – die Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Covid-19-Pandemie – verfehlt. Für die meisten Unternehmen, die im Jahr 2020 Umsatzeinbussen von 40 Prozent oder mehr erlitten haben, ist es unmöglich, sich Ende 2020 nicht in einer Überschuldungssituation zu befinden. Der Bund würde mit der vorliegenden Bestimmung einen Grossteil der am stärksten von der Krise betroffenen Betriebe im Rahmen einer Härtefalllösung nicht unterstützen. Damit würde gerade den Betrieben, die auf eine solche Unterstützung dringend angewiesen sind und infolge der Pandemie sowie der Schutzmassnahmen unverschuldet in eine Krise geraten sind, der Zugang erschwert. Die Nachfrageeinbrüche und Einschränkungen im Frühjahr und ab Herbst beeinträchtigen einen rentablen Betrieb in hohem Mass. Das Geschäftsjahr 2020 wurde für Härtefälle massgeblich von den finanziellen Auswirkungen der behördlichen Covid-19-Massnahmen geprägt und kann daher kein Referenzwert dafür sein, ob ein Unternehmen profitabel und überlebensfähig ist.</p> <p>Anpassung:</p> <p>a. <i>zum Zeitpunkt der Einreichung des Gesuchs nicht überschuldet sind und zwischen dem 1. Januar 2019 und der Einreichung des Gesuchs dem 31. Dezember 2019 nicht überschuldet waren;</i></p>

Art. 4 Abs. 3 Bst. b: Streichung	<p>Die Bedingung in Art. 4 Abs. 3 Bst. b, wonach ein Covid-19-Kontokorrentkredit vollständig ausgeschöpft sein muss, um zumutbare Selbsthilfemaßnahmen ergriffen zu haben, ist zu streichen. Eine solche Regelung drängt Unternehmen dazu, diese Kredite auszuschöpfen, wenn sie zusätzlich finanzielle Unterstützung in Form der Härtefallregelung beantragen müssen. In der Folge erhöht sich das Konkursrisiko für all jene Unternehmen, deren Gesuch abgelehnt wird. Weiter legt der Bericht fest, dass Covid-19-Solidaritätskredite nicht unter das Doppelsubventionierungsverbot fallen. Dies steht im Widerspruch dazu, dass solche Kredite erst ausgeschöpft werden müssen, um zumutbare Selbsthilfemaßnahmen ergriffen zu haben. Auch aus dieser Logik heraus ist diese Bestimmung aus der Verordnung zu streichen.</p> <p><i>b. sich zum Zeitpunkt der Einreichung des Gesuchs nicht in einem Konkurs oder Nachlassverfahren oder in Liquidation befinden;</i></p>
Art. 5 Anpassung	<p>HotellerieSuisse lehnt die Anrechnung von Kurzarbeit und Covid-Erwerbsersatz klar ab. Damit würden die dringend nötigen Unterstützungen bei Personalkosten rückgängig gemacht und die Härtefallklausel ad absurdum geführt. In der vorliegenden Form steht diese Bestimmung im Widerspruch zu Art. 12 Abs. 2 des Covid-Gesetzes, der die Kurzarbeitsentschädigungen, die Entschädigungen des Erwerbsausfalls sowie die Covid-Kredite explizit nicht als Finanzhilfen des Bundes miteinschliesst.</p> <p>Anpassung:</p> <p>2 Der Umsatz 2020 berechnet sich aus dem Wert der verkauften Waren und der erbrachten Dienstleistungen zuzüglich der für die Periode 2020 erhaltenen Entschädigungen für Kurzarbeit und Covid-Erwerbsersatz.</p>

3. Abschnitt: Anforderungen an die Ausgestaltung der Härtefallmaßnahmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 8 Höchstgrenzen: Anpassung	<p>In der Verordnung sollte ergänzend die Möglichkeit verankert werden, den Höchstbetrag je nach Dauer und Ausmass der Krise flexibel gegen oben anzupassen.</p> <p>Anpassung:</p> <p>2 Die nicht rückzahlbaren Beiträge belaufen sich auf höchstens 10 Prozent des Jahresumsatzes 2019 und höchstens auf 500 000 Franken pro Unternehmen. Die Beiträge können gestaffelt beschlossen und ausgerichtet werden. <i>Im Falle besonderer Härte können die Beiträge des Bundes erhöht werden.</i></p>

4. Abschnitt: Verfahren und Zuständigkeiten

Thema	Bemerkung/Anregung
	Keine

5. Abschnitt: Beiträge des Bundes und Berichterstattung der Kantone

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 14 Gesamtbetrag: Anpassung	HotellerieSuisse fordert eine deutliche Erhöhung des Betrags. Da der Finanzbedarf allein für die Hotellerie mindestens 500 Millionen beträgt (vgl. Kap. 2 - 4 unseres Begleitbriefs), ist für die Härtefallunterstützung gesamthaft im Minimum eine Milliarde Franken notwendig.

Zusatzfragen an die Kantone zur Abschätzung des Finanzierungsbedarfs

- Plant Ihr Kanton, kantonale Härtefallmassnahmen zu ergreifen?
- Wenn ja, in welcher Form? (Darlehen, Bürgschaften, Garantien und/oder rückzahlbare Beiträge)
- Erste Schätzung zum *gesamten* Mittelbedarf in Ihrem Kanton (à fond perdu-Beiträge und Verluste aus Darlehen, Bürgschaften und Garantien, wovon der Bund die Hälfte tragen müsste)

6. Abschnitt: Kapitalverlust und Überschuldung und 7. Abschnitt: Schlussbestimmungen

Thema	Bemerkung/Anregung
	Keine



Antwortformular: Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : IG Parahotellerie Schweiz

Abkürzung der Firma / Organisation : PS

Adresse : Schaffhauserstrasse 14, 8042 Zürich

Kontaktperson : Janine Bunte, Präsidentin

Telefon : 044 360 14 31

E-Mail : janine.bunte@youthhostel.ch

Datum : 12.11.2020

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Tabellenzeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word-Dokument** bis am **13. November 2020** an folgende E-Mail Adressen: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme!

Allgemeine Bemerkungen

Das Ziel der Vorlage, die Ausführungsbestimmungen in Bezug auf die Beteiligung des Bundes an kantonalen Unterstützungsmassnahmen für Härtefälle festzulegen, ist zu begrüssen. Mit Blick auf Sinn und Zweck der Härtefalllösung – namentlich besonders stark von der Covid-19-Krise betroffene Unternehmen finanziell zu unterstützen – verfehlt der vorliegende Entwurf sein Ziel. Gerade jenen Unternehmen, welche am dringendsten auf eine solche Hilfe angewiesen wären, würde tendenziell deren Zugang erschwert. Darunter sind längst auch solche, die vor der Krise finanziell gesund und überlebensfähig waren und sich nun unverschuldet in finanzieller Schieflage befinden.

Um einer Konkurs- und Entlassungswelle im Tourismussektor entgegenzuwirken, bedarf die Vorlage eine sofortige Umsetzung und Anpassungen insbesondere folgender Punkte:

Definition von «profitablen und überlebensfähigen» Unternehmen:

- Das Jahr 2020 ist bei der Beurteilung, ob eine Überschuldung vorliegt, nicht zu berücksichtigen (Anpassung Art. 4 Abs. 2 Bst. a);
- Keine mittelfristige Finanzplanung, sondern eine, welche zum Zeitpunkt der Gesuchseinreichung glaubhaft aufzeigen kann, wie die Finanzierung des Unternehmens unter Annahme keiner weiteren behördlichen Einschränkungen gesichert werden kann (Anpassung Art. 4 Abs. 2 Bst. d).

Definition von Umsatrückgang:

- Der Umsatz 2020 berechnet sich ausschliesslich über den Wert der verkauften Waren und erbrachten Dienstleistungen; erlassene Aufwendungen sind nicht dazuzählen (z. B. KAE, CEE, Mieterlass) (Anpassung Art. 5 Abs. 2).
- Unternehmen, deren Jahresumsatz zwischen 30 % und 40 % unter dem durchschnittlichen Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 liegt, sollen ebenfalls unter die Härtefallregelung fallen und in reduziertem Mass unterstützt werden (Ergänzung Art. 5 Abs. 4 und Art. 8 Abs. 4).

Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen:

- Ein Unternehmen kann gleichzeitig mehrere Formen von Hilfen beanspruchen (Streichen Art. 7 Abs. 3);
- Dabei gelten bei a-fond-perdu-Beiträgen flexible Höchstgrenzen (Anpassung Art. 8 Abs. 2). A-fond-perdu-Beiträge kommen prioritär zum Einsatz.

Höhere Beteiligung des Bundes an kantonalen Härtefallmassnahmen:

- Derzeit beträgt die maximale Summe für Härtefallmassnahmen 400 Millionen Franken – dies unter der Annahme, dass sich Bund und Kantone zu je der Hälfte daran beteiligen. Diese Gesamtsumme ist substanzial zu erhöhen, die IG Parahotellerie Schweiz geht von einem Gesamtfinanzbedarf von 1800 Millionen aus, welche der Tourismussektor benötigt (Anpassung Art. 14);
- Weil gewisse Kantone nicht über die nötigen Mittel verfügen dürften und um Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern, soll die Bundesbeteiligung 80% betragen (Anpassung Art. 17);
- Die Umsetzung dieser Bestimmung erfordert zudem die Anpassung von Art. 12 des Covid-19-Gesetzes. Ohne neuen Finanzierungsschlüssel droht die Härtefallregelung zu scheitern, weil viele Kantone bei einer fünfzigprozentigen Leistungsbeteiligung überfordert wären. Notleidende Betriebe dürfen nicht darunter leiden.

Änderungswünsche sind in **roter Farbe** gehalten.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

1. Abschnitt: Grundsatz	
Thema	Bemerkung/Anregung
	Keine Bemerkungen
2. Abschnitt: Anforderungen an die Unternehmen	
Thema	Bemerkung/Anregung
<u>Art. 4 Abs. 1 Bst. c Präzisierung</u>	<p>Diese Bestimmung legt fest, welche spezifischen Hilfen unter das Doppelsubventionierungsverbot fallen. Gemäss erläuterndem Bericht sind CEE, KAE, Covid-19-Solidaritätskredite und solche für Startups davon ausgenommen. Zu präzisieren ist, dass auch Unterstützungen der Schweizerischen Gesellschaft für Hotelkredit (SGH) <u>nicht</u> unter das Doppelsubventionierungsverbot fallen.</p>
<u>Art. 4 Abs. 2 Bst. a Anpassen</u>	<p>Dieser Artikel sieht vor, dass profitable und überlebensfähige Unternehmen seit dem 1. Januar 2019 und bis und mit Einreichung des Gesuchs nicht überschuldet sein sollen. Damit würde das Geschäftsjahr 2020 volumnfänglich oder zu einem grossen Teil mitberücksichtigt werden. Eine solche Bestimmung ist mit Blick auf Sinn und Zweck der Härtefallregelung – die Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Covid-19-Pandemie – problematisch. Für die meisten Unternehmen, die im Jahr 2020 Umsatzeinbussen von 40 Prozent oder mehr erlitten, kommt es der Quadratur des Kreises gleich, sich Ende 2020 nicht in einer Überschuldungssituation zu befinden. Der Bund würde mit der vorliegenden Bestimmung einen Grossteil der am stärksten von der Krise betroffenen Betriebe im Rahmen einer Härtefalllösung nicht unterstützen. Damit würde gerade den Betrieben, die auf eine solche Unterstützung dringend angewiesen sind, der Zugang erschwert.</p> <p>Die Überschuldung im Jahr 2020 hängt nicht davon ab, wie profitabel oder überlebensfähig ein Unternehmen ist, sondern wie stark die Covid-19-Massnahmen dessen Geschäftstätigkeit eingeschränkt hat.</p> <p>Weiter hatten die meisten Unternehmen gar nicht die Möglichkeit – unabhängig davon, wie rentabel sie zu üblichen Geschäftsjahren wirtschaften – ihre Verluste aus der «ersten Welle» im Frühling 2020 aufzufangen. Spätestens seit dem Herbst 2020 sind wieder weitergehende Massnahmen von Bund und Kantonen in Kraft, die ein profitables Wirtschaften stark einschränken oder verunmöglichen.</p> <p>Das Geschäftsjahr 2020 wurde für Härtefälle massgeblich von den finanziellen Auswirkungen der behördlichen Covid-19-Massnahmen geprägt. Daher ist das Jahr 2020 kein Referenzwert dafür, ob ein Unternehmen profitable und überlebensfähig ist (sofern das Unternehmen vor 2020 gegründet wurde). Daher ist dieser Artikel wie folgt anzupassen:</p> <p style="color: red;">« [...] zum Zeitpunkt der Einreichung des Gesuchs nicht überschuldet sind und zwischen dem 1. Januar 2019 und [der Einreichung des Gesuchs] <u>dem 31. Dezember 2019</u> nicht überschuldet waren;» [Streichen und anpassen]</p>
<u>Art. 4 Abs. 2 Bst. d Anpassen</u>	Als weitere Bedingung muss ein profitables und überlebensfähiges Unternehmen über eine mittelfristige Finanzplanung verfügen. Gemäss erläuterndem Bericht umfasst dies mindestens das laufende und das darauffolgende Jahr. Angesichts der unsicheren Gesamtlage und Entwicklung der Covid-19-Pandemie sowie wirtschaftlich einschnei-

	<p>denden Massnahmen zu deren Eindämmung ist eine solche Zeitspanne weder angemessen, noch lässt sie eine Finanzplanung zu, die sich auf bis zu zwei Jahre erstrecken soll.</p> <p>Die Finanzplanung ist nach Dafürhalten der IG Parahotellerie Schweiz unter der Annahme zu erstellen, dass keine weiteren behördlichen Massnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie angeordnet werden.</p> <p>Weiter soll das Unternehmen für diese Zeitspanne gemäss erläuterndem Bericht aufzeigen, dass seine Finanzierung mit der Härtefallmassnahme ohne weitere staatliche Hilfen gesichert werden kann. Die IG Parahotellerie Schweiz fordert, dass nebst CEE, KAE, Covid-19-Krediten und Bürgschaftskrediten für Startups auch jene der SGH von solchen staatlichen Hilfen ausgenommen sind.</p> <p>Die Bestimmung ist wie folgt anzupassen:</p> <p style="color: red;">« [...] über eine [mittelfristige] Finanzplanung verfügen, die glaubhaft aufzeigt, dass die Finanzierung des Unternehmens mit der Härtefallmassnahme [...]» [Streichen]</p>
Art. 4 Abs. 3 Bst. b <u>Streichen</u>	<p>Diese Bestimmung legt fest, dass ein Covid-19-Kontokorrentkredit vollständig ausgeschöpft sein muss, um zumutbare Selbsthilfemaßnahmen ergriffen zu haben. Eine solche Regelung drängt Unternehmen dazu, diese Kredite auszuschöpfen, wenn sie zusätzlich finanzielle Unterstützung in Form der Härtefallregelung beantragen müssen. Es müssen folglich zuerst jene Kredite ausgeschöpft werden, welche zur Überschuldungsproblematik der Unternehmen beitragen, zu deren Milderung die Härtefalllösung eigentlich beitragen sollte. Ausserdem erhöht sich das Konkursrisiko für all jene Unternehmen, deren Gesuch abgelehnt wird.</p> <p>Weiter legt der Bericht fest, dass Covid-19-Solidarbürgschaftskredite nicht unter das Doppelsubventionierungsverbot fallen. Dies steht im Widerspruch dazu, dass solche Kredite erst ausgeschöpft werden müssen, um zumutbare Selbsthilfemaßnahmen ergriffen zu haben. Auch aus dieser Logik heraus ist diese Bestimmung aus der Verordnung zu <u>streichen</u>.</p>
Art. 5 Abs. 1 <u>Anpassen</u>	<p>Bei Gesuchseinreichung ist der Jahresumsatz 2020 allenfalls noch nicht bekannt. Deshalb ist Art. 5 Abs. 1 wie folgt zu ergänzen:</p> <p style="color: red;">«Die Unternehmen haben gegenüber dem Kanton belegt, dass ihr Jahresumsatz 2020 oder ihr Jahresumsatz bis zur Einreichung des Gesuchs in der Folge von behördlich angeordneten Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie mehr als 40 Prozent unter dem durchschnittlichen Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 liegt.» [Ergänzen]</p>
Art. 5 Abs. 2 <u>Anpassen</u>	<p>Gemäss diesem Artikel sind Entschädigungen für Kurzarbeit und Covid-Erwerbsersatz zum Umsatz 2020 hinzuzuzählen. Aus dem erläuternden Bericht geht hervor, dass dies bei Inkrafttreten des Geschäftsmietegesetzes weiter für verordnete oder freiwillige Mieter lasse der Fall sein würde.</p> <p>Eine solche Bestimmung stellt eine sachfremde respektive nicht gerechtfertigte Verknüpfung unterschiedlicher finanzieller Instrumente zur Abfederung der Covid-19-Krise dar. Im buchhalterischen Sinne definiert sich der Umsatz über den Wert von erbrachten Leistungen und abgesetzten Waren; bei der KAE und CEE verringern sich die Aufwendungen eines Unternehmens. Schliesslich dienen diese beiden arbeitsmarktlichen Instrumente in erster Linie dazu, Arbeitsplätze zu sichern und Unternehmen vor unverzuhldeten Liquiditätsengpässen und Konkursen zu bewahren. Es geht nicht darum, die Gewinne oder die Erfolgsrechnung solcher Unternehmen zu verbessern. Deswegen sind sie oder andere erlassene Aufwendungen nicht zum Umsatz hinzuzuzählen.</p> <p>Weiter würde der Einbezug von erlassenen Aufwendungen im Umsatz (z. B. KAE) einen administrativen Mehraufwand für die Kantone und Unternehmen verursachen.</p>

	<p>Dies dürfte weder im Sinne dieser noch des Bundes sein. Letztlich stellt der Bund Massnahmen vor, wie administrative Kosten für die Kantone tief zu halten sind (z. B. Bericht S. 7).</p> <p>Zudem steht die Bestimmung im Widerspruch zu Art. 12 Abs. 2 Covid-19-Gesetz, wonach die KAE, CEE sowie die Covid-19-Kredite explizit nicht als staatliche Finanzhilfen gelten. Weiter sieht bspw. auch die Covid-19-Erwerbsausfallverordnung vor, dass Härtefallmassnahmen nicht subsidiär zur CEE gelten.</p> <p>Aus obengenannten Gründen ist der Artikel wie folgt zu kürzen:</p> <p>«Der Umsatz 2020 berechnet sich aus dem Wert der verkauften Waren und der erbrachten Dienstleistungen [zuzüglich der für die Periode 2020 erhaltenen Entschädigungen für Kurzarbeit und Covid-Erwerbsersatz].» [Streichen]</p>
Art. 5 Abs. 4 (neu) <u>Ergänzen</u>	<p>Unternehmen, deren Jahresumsatz zwischen 30 % und 40 % unter dem durchschnittlichen Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 liegt, sollen ebenfalls Härtefallmassnahmen beantragen können. Tun sie dies, werden sie in reduziertem Mass unterstützt. Die IG Parahotellerie Schweiz spricht sich für eine Abstufung aus, um eine hohe Schwelle zwischen den nicht anspruchsberechtigten Unternehmen und den Härtefällen zu vermeiden.</p> <p>«Unternehmen, deren Jahresumsatz zwischen 30 % und 40 % unter dem durchschnittlichen Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 liegt, können ebenfalls als Härtefälle gelten.»</p> <p>Diese Ergänzung erfordert ausserdem eine Anpassung von Art.12 Abs.1 des Covid-19-Gesetzes.</p>

3. Abschnitt: Anforderungen an die Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 7 Abs. 3 <u>Streichen</u>	<p>Zu begrüssen ist, dass die Kantone verschiedene Formen von Härtefallhilfen gewähren können. Mit Blick auf die tiefen respektive unterschiedlichen Höchstgrenzen (Art. 8 Abs. 1 und 2) soll es den Unternehmen möglich sein, mehr als eine finanzielle Hilfe gleichzeitig beanspruchen zu können (z. B. Darlehen und nicht rückzahlbare Beiträge).</p> <p>Der zusätzliche Koordinations- und Kontrollaufwand dürfte gering sein. Wenn ein Unternehmen bereits von einer Härtefallmassnahme Gebrauch macht und daraufhin eine zweite Unterstützungshilfe in Form eines Härtefalls beantragt, dürfte der Aufwand geringer sein als beim Erstantrag.</p> <p>Daher ist es angezeigt, den <u>Art. 7 Abs. 3 zu streichen</u>.</p>
Art. 8 Abs. 2 <u>Anpassen</u>	Nicht rückzahlbare Beiträge werden gemäss Verordnungsentwurf auf 10 Prozent des Jahresumsatzes 2019 (respektive 500'000 Franken) limitiert. Damit müssten betroffene Unternehmen einen grossen Teil ihrer Umsatzeinbussen von 2020 (im Vgl. zu 2019) selbst tragen. Sowohl die Kostenstruktur als auch die Umsatzeinbussen sind über den ganzen Tourismussektor und je nach Betroffenheit der jeweiligen Branche sehr unterschiedlich. Dies bestimmt massgeblich, wie hoch der Bedarf an Unterstützungsmaßnahmen ist. Zudem hängen der Bedarf und die Höhe einer Härtefallhilfe vom weiteren Verlauf der Covid-19-Pandemie, respektive von einschränkenden Mass-

	<p>nahmen zu deren Eindämmung ab. Die genannte Höchstgrenze schränkt die Flexibilität und somit die Wirksamkeit der Härtefallmassnahmen ein. Die absolute Höchstgrenze von CHF 500'000.- genügt.</p> <p>Letztlich obliegt es den Kantonen, die Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen den unterschiedlichen kantonalen Gegebenheiten anzupassen. Dies bedingt eine flexible und nicht zu starre Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen.</p> <p>Daher ist der Abschnitt wie folgt zu kürzen:</p> <p>«Die nicht rückzahlbaren Beiträge belaufen sich auf höchstens 10 Prozent des Jahresumsatzes 2019 und höchstens auf 500 000 Franken pro Unternehmen. Im Falle besonderer Härte können diese absoluten Beiträge erhöht werden. Die Beiträge können gestaffelt beschlossen und ausgerichtet werden.» [Streichen und Ergänzen]</p>
Art. 8 Abs. 4 (neu) Ergänzen	<p>Diese Bestimmung ist die logische Folgerung aus Forderung Art 5 Abs. 4. Ohne die folgende Ergänzung würde ein Unternehmen mit Umsatzeinbussen von 39.9 % nicht von den Härtefallmassnahmen profitieren, während ein Unternehmen mit Umsatzeinbussen von 40 % in vollem Umfang unterstützt werden kann. Die IG Parahotellerie Schweiz spricht sich für eine Abstufung aus. Unternehmen, deren Jahresumsatz zwischen 30 % und 40 % unter dem durchschnittlichen Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 liegt, sollen ebenfalls Härtefallmassnahmen beantragen können.</p> <p>«Die Höchstgrenze für Unternehmen, deren Jahresumsatz 30 % unter dem durchschnittlichen Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 liegt, beträgt 20 % der ordentlichen Höchstgrenze. Diese Höchstgrenze steigt linear mit dem Umsatzverlust.»</p> <p>Diese Ergänzung erfordert außerdem eine Anpassung von Art.12 Abs.1 des Covid-19-Gesetzes.</p>

4. Abschnitt: Verfahren und Zuständigkeiten

Thema	Bemerkung/Anregung
	Keine Bemerkungen

5. Abschnitt: Beiträge des Bundes und Berichterstattung der Kantone

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 14 Anpassen	<p>Dieser Artikel sieht eine Beteiligung des Bundes von höchstens 200 Millionen Franken an kantonalen Härtefallmassnahmen vor. Angesichts des Ausmaßes der Covid-19-Krise auf die Wirtschaft dürfte dieser Betrag bei weitem nicht ausreichen. Allein die Beherbergungsbranche geht heute von einem Finanzbedarf von mindestens 500 Millionen aus. Für viele Branchen ist es sehr schwierig den Bedarf zu benennen, da der Verlauf der Epidemie und die damit einhergehenden Umsatzeinbussen heute nicht abzuschätzen sind. Um ein Maximum an Flexibilität und Handlungsspielraum für Bund und Kantone zu gewährleisten, sollte ein Betrag von 1800 Millionen bereitgestellt werden, auch damit nicht immerzu neue Nachtragskredite beantragt werden müssen.</p> <p>«Bund und Kantone beteiligen sich im Rahmen der bewilligten Kredite im Umfang von 1'800 Millionen Franken an den Härtefallmassnahmen. Der Bundesanteil beträgt dabei 1440 Millionen Franken.»</p>

	Kredite im Umfang von insgesamt höchstens 200 Millionen Franken an kantonalen Härtefallmassnahmen.» [Streichen und <u>anpassen</u>]
Art.17 Abs. 2 <u>Anpassen</u>	Gemäss erläuterndem Bericht beteiligt sich der Bund zur Hälfte an den Auszahlungen der Härtefallhilfen. Die IG Parahotellerie Schweiz fordert, dass ein Beteiligungsverhältnis Bund/Kantone von 80%/20% zur Anwendung kommt. Diese Bestimmung erfordert eine Anpassung von Art. 12 Abs. 1 des Covid-19-Gesetzes. Ein erhöhter Bundesanteil erhöht den Druck auf die Kantone das Geld auch tatsächlich zu beziehen und mindert somit auch die Gefahr von Wettbewerbsverzerrungen aufgrund von uneinheitlicher Behandlung der Härtefälle. Weiter fordert die IG Parahotellerie Schweiz eine Ersatzlösung für Härtefälle in Kantonen, welche nicht bereit sind, sich an der Härtefalllösung zu beteiligen.

6. Abschnitt: Kapitalverlust und Überschuldung und

7. Abschnitt: Schlussbestimmungen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 20 <u>Präzisierung</u>	Gemäss erläuterndem Bericht werden Forderungen aus Covid-19-Solidarbürgschaftskrediten und -Härtefallkredite nicht zum Fremdkapital gezählt. Die IG Parahotellerie Schweiz spricht sich dafür aus, dass gewährte Kredite der SGH, die im Jahr 2020 gewährt wurden, auch nicht zum Fremdkapital gezählt werden.



Les chambres latines du
commerce et d'industrie

A l'att. de
Monsieur
Ueli Maurer
Conseiller fédéral
Chef du Département fédéral des
finances
(Adressé par courrier électronique)

Lausanne, le 13 novembre 2020

Consultation sur l'Ordonnance du Conseil fédéral concernant les mesures pour les cas de rigueur destinées aux entreprises en lien avec l'épidémie de Covid-19

Monsieur le Conseiller fédéral,

Les Chambres latines de commerce et d'industrie (CLCI) ont le plaisir de vous faire part de leur position sur la consultation mentionnée en titre, dont la teneur s'avère très importante pour de nombreuses entreprises, dans le contexte sanitaire et économique actuel extrêmement difficile.

Avec plus de 10'000 membres, les CLCI couvrent plusieurs secteurs, ainsi que de nombreuses entreprises considérées comme « cas de rigueur » en raison des mesures restrictives décrétées dans le cadre de la pandémie de coronavirus. Les CLCI saluent donc l'Ordonnance soumise à consultation par le Conseil fédéral.

Nos associations n'ont pas pour habitude de revendiquer des fonds publics à destination des entreprises. Toutefois, compte tenu de la gravité sans précédent de la crise que nous traversons, ainsi que des menaces immédiates que celle-ci fait peser sur tout le tissu économique du pays, en particulier les petites entreprises, les CLCI sont d'avis qu'une aide massive est indispensable et urgente. A cet égard, l'entrée en vigueur de l'Ordonnance, prévue le 1^{er} décembre 2020, constitue donc une très bonne nouvelle.

En substance, nous tenons à souligner les points suivants, en lien avec certains articles de l'Ordonnance :

1. Enveloppe totale des aides (article 14)

Les CLCI estiment qu'il est nécessaire de créer un fonds doté de 1 à 1,2 milliard de francs pour les cas de rigueur soit 500 à 600 millions pour la Confédération

Le montant prévu de 200 millions de francs mis à disposition par la Confédération, qui sera étayé par une somme identique émanant des cantons, nous apparaît comme clairement insuffisant. En effet, les estimations sur lesquelles s'est basée la Confédération pour déterminer ce chiffre datent d'avant les effets de la deuxième vague. Il est beaucoup trop tôt pour évaluer l'impact économique de cette dernière

– le deuxième « confinement » romand ne datant que d'une dizaine de jours – mais il est clair que la baisse drastique, voire la cessation des activités pour des sociétés déjà fragilisées va élargir le cercle des sociétés tombant dans la catégorie « cas de rigueur ».

De plus, compte tenu de l'incertitude récurrente qui caractérise la crise COVID-19, on ne saurait exclure dans les mois à venir une nouvelle vague d'épidémie, entraînant d'autres restrictions pénalisant l'économie. Ce fonds pourrait ainsi être étendu à d'autres cas de rigueur par la suite (si on referme les commerces ou les restaurants dans tout le pays, par exemple).

2. Clé de répartition entre la Confédération et les Cantons (article 12)

Les CLCI soutiennent le principe d'une contribution financière paritaire 50/50 de la Confédération et des cantons. Cependant, si l'enveloppe devait être plus faible, il conviendrait de revoir cette clé de répartition afin qu'elle soit plus faible pour les cantons.

Une répartition à 50/50 se justifie dans la mesure où il est essentiel d'élargir l'enveloppe de manière très importante (600 à 800 millions de francs de plus par rapport au montant prévu de 400 millions) et que la Confédération serait ainsi mise à forte contribution. Une autre clé de répartition, plus favorable aux cantons, nous semble opportune si le montant totale de l'enveloppe devait être moindre que les montants articulés.

3. Principe des aides à fonds perdus (article 7)

Les CLCI estiment que les circonstances justifient des aides à fonds perdus

A propos des aides à fonds perdus, la question se pose du risque d'abus et de la distorsion de concurrence. Pour les CLCI, le risque d'abus est, à ce stade, bien moins important que le risque de faillite. Il n'est pas envisageable de sauver tout le monde pour autant. Des faillites surviendront immanquablement. Des aides à fonds perdus ne sauraient conduire au maintien sous perfusion d'entreprises qui ne seraient de toute façon pas viables. Reporter ainsi le problème serait simplement malsain et n'apporterait aucune solution satisfaisante. Un examen soigné des dossiers doit préside à l'octroi de ces aides, avec un accent particulier sur les potentiels de succès des entreprises pour les 2-3 ans à venir.

La crise actuelle frappe particulièrement des secteurs exigeant une forte capitalisation des entreprises (autocars, installations sportives, infrastructures de spectacle), qui doivent maintenir une capacité d'endettement, afin de demeurer concurrentielles durablement. Or, le fait d'avoir à emprunter à nouveau de gros montants, plutôt que de bénéficier d'aides à fonds perdus, induirait une augmentation importante de leurs fonds étrangers et, donc, un affaiblissement de leur capacité d'endettement. Renoncer à des aides à fonds perdus ne ferait ainsi que reporter le problème.

Enfin, il convient de relever que les cantons qui souhaitent appliquer des normes plus contraignantes peuvent le faire. L'Ordonnance présentée respecte le fédéralisme et les CLCI appuient cette approche.

4. Montants d'aides maximaux (article 8)

Pour les CLCI, la limitation prévue par l'Ordonnance à 500'000 francs et 10% du chiffre d'affaires est trop basse. Les CLCI proposent d'augmenter le plafond à 1'000'000 de francs

Les CLCI estiment qu'un abaissement drastique de cette limite, par exemple à 100'000 francs, n'est pas opportun. En effet, cela reviendrait à n'aider que les toutes petites entités (maximum de 1 million de chiffres d'affaires annuel), avec des fonds perdus substantiels. Pour une société qui réalise 5 millions de chiffre d'affaires, 100'000 francs ne représentent en effet que 2% des ventes. Cette aide apparaît clairement insuffisante pour des secteurs fortement frappés par les restrictions, comme les autocaristes, les acteurs du domaine événementiel et sportif professionnel ou les agences de voyage. Ces dernières, notamment, travaillent en outre avec des marges très restreintes qui rendent tout recours à un emprunt additionnel très risqué. C'est pour cette raison que les CLCI proposent d'augmenter le plafond à 1'000'000 de francs par entreprise.

5. Conditions d'octroi de prêts ou d'aides à fonds perdus (article 4)

Pour les CLCI, les conditions posées par le projet du CF sont suffisantes et ne nécessitent pas de durcissement lié à la capacité bénéficiaire et d'amortissement des entreprises.

Les CLCI ne sont favorables à aucune proposition exigeant que l'entreprise ait réalisé des bénéfices en 2019 ou ait procédé à des amortissements suffisants. Cette exigence pénaliserait les jeunes sociétés ainsi que celles qui auraient connu un aléa particulier en 2019. Le projet d'Ordonnance est pragmatique, axé sur l'avenir et non uniquement sur des états financiers passés. Néanmoins, s'il devait apparaître lors de la consultation une volonté claire d'exiger que l'entreprise soit bénéficiaire, il faudrait alors que cette exigence porte sur deux exercices sur les trois dernières années (avec des dérogations pour les nouvelles entreprises).

6. Restrictions d'utilisation du dividende (article 6)

Pour les CLCI, la restriction d'utilisation du dividende doit être supprimée, ou à tout le moins fortement atténuée et limitée à 2-3 ans, car elle pénalise les entreprises familiales

Les CLCI ne sont favorables à aucune proposition de ce type. Outre la question du contrôle administratif supplémentaire que cela induirait, une telle mesure pénaliserait les entreprises familiales – soit une partie importante du tissu économique suisse – qui recourent souvent au dividende pour payer les impôts sur la fortune, d'une part ; pour permettre à des successeurs de reprendre l'entreprise, d'autre part.

7. Critères de répartition des aides entre les cantons (article 15)

Pour les CLCI, les critères retenus en vue de la répartition des aides, ainsi que leur pondération (2/3 sur le PIB et 1/3 sur la population des cantons) conviennent. Il serait également opportun de prévoir une distribution des montants non utilisés aux cantons davantage touchés par la crise

Pour autant, ils ne prennent pas en compte la gravité variable de la situation économique dans les cantons. Dès lors, il serait opportun d'introduire dans la pondération un critère lié au besoin. Celui-ci n'existe, certes, pas en tant que tel. Mais il pourrait peut-être découler d'études scientifiques (comme celle du BAK Basel) rendant compte de l'impact économique différencié de la crise dans les cantons. Si

les critères de répartition entre les cantons semblent satisfaisants en l'état, il conviendrait, toutefois, de prévoir une distribution des montants non utilisés aux cantons davantage touchés par la crise.

En vous remerciant par avance de l'intérêt que vous porterez à notre position, nous vous prions, Monsieur le Conseiller fédéral, de croire en notre considération distinguée.

Florian Németi

**Président CLCI &
Directeur CNCI**



Luca Albertoni

Direttore Cc-Ti



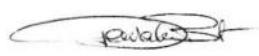
Claudine Amstein

Directrice CVCI



Pierre-Alain Berret

Directeur CCIJ



Chantal Robin

Directrice CCIF



Vincent Riesen

Directeur CCI-Valais



Vincent Subilia

Directeur général CCIG



[metal.suisse](#) • Güterstrasse 78 • Postfach • 4010 Basel

Eidgenössisches Finanzdepartement
Bundesgasse 3
3003 Bern

12. November 2020

Per Email: marianne.widmer@efv.admin.ch; lukas.hohl@efv.admin.ch

Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der COVID-19-Epidemie (COVID-19-Härtefallverordnung)

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf die Vernehmlassung zur Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der COVID-19-Epidemie (COVID-19-Härtefallverordnung) vom 4. November 2020 und danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Der Dachverband metal.suisse fördert die Stahl-, Metall- und Fassadenbauweise in der Schweiz und setzt sich für den Materialkreislauf der metallischen Werkstoffe ein. Wir sind überzeugt mit unserer Bauweise und unseren Materialien einen zentralen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele der Schweiz beitreten zu können. Recyclingmaterialien sind in unserer Bauweise heute Standard. Unsere Bauweise ist wie keine zweite geeignet, die Konzepte der Weiter- und Wiederverwendung von Gebäuden und Bauteilen umzusetzen und zu fördern.

Seit Frühjahr 2020 hält die COVID-19-Pandemie die Welt in Atem. Die damit verbundenen Staatseingriffe in die Wirtschaft verursachen bei vielen Unternehmen grosse Verluste. Vor diesem Hintergrund begrüßt metal.suisse grundsätzlich die vorgeschlagene Härtefallregelung.

Vorüberlegungen:

Die wichtigsten Unterstützungsmassnahmen des Staates waren und sind die Kurzarbeitsentschädigung und die COVID-19-Kredite. Auch Kultur, Sport, öffentlicher Verkehr oder Medien und Selbständige wurden unterstützt. Die Ausweitung bzw. Wiederöffnung dieses Kreditprogramms würden wir ausdrücklich begrüssen. Die Härtefallregelung ist somit als Ergänzung zu den bisherigen, in der Schweizer Geschichte präzedenzlos hohen Unterstützungsleistungen zu betrachten.

Das neu vorgestellte Instrument ermöglicht es dem Bund, sich gezielt in Unternehmen einzusetzen, die als Härtefall qualifiziert werden. Die Steuerfinanzierung ist sinnvoll. metal.suisse begrüsst die Haltung des Bundes, die Kantone in die Verantwortung zu nehmen. Dies darf jedoch kein Freibrief für die Kantone sein. Die in der Verordnung festgehaltenen Grundsätze widerspiegeln den Lernkurveneffekt der COVID-19-Kredite.

Unsere Überlegungen im Detail:

1. Die Fehlverwendung der Kredite ist auszuschliessen. Die nachträgliche Rückforderung bei den Kantonen für falsch vergebene Unterstützungen ist zentral. Darüber hinaus dürfen die Mittel nicht zu einer Wettbewerbsverzerrung führen und müssen daher vom Grundsatz her Rückzahlungscharakter haben. Im Wettbewerb um Bundesgelder besteht sonst für die Kantone gegebenenfalls ein Anreiz, übermäßig nicht rückzahlbare Beiträge zu gewähren. Nur so wird zudem sichergestellt, dass auch laufende Strukturanpassungen und -änderungen begleitet und allenfalls moderat verzögert aber nicht künstlich verhindert werden.
2. Art 4 sollte in Abs.3 lit. a die Beispiele aus den Erläuterungen aufnehmen. So wird der Rahmen gesetzt und Missbrauch wie auch eine Fehlverwendung der Mittel ausgeschlossen.
3. Das Konkursrisiko ist für die verschiedenen Branchen unterschiedlich. Je nach Branche kann sich ein Konkurs früher oder später zeigen. Dies ist unter anderem von Zahlungsverhalten, Kapitaleinsatz und Kapitalbindung abhängig. Besondere Bedeutung kommt dem Kapitaleinsatz von Eigentümern zu. Es darf nicht sein, dass nur Branchen unterstützt werden, die früher in Konkurs fallen und andere Unternehmen, die später in Konkurs fallen aufgrund des Maximalbetrags keine Unterstützung mehr erhalten. Aus diesem Grund und auch zur Verhinderung der Wettbewerbsverzerrungen regen wir an, die maximalen Unterstützung pro Unternehmung zu senken (beispielsweise um 50%) und den Bundeszuschuss auf weniger als 50% (beispielsweise auf 30%) zu beschränken. So wird der haushälterische Umgang sichergestellt und gleichzeitig ein Anreiz an die Kantone zur vorsichtigen Vergabe geschaffen.
4. metal.suisse begrüsst ausdrücklich, dass der Bundesrat in Aussicht stellt, den Gesamtbetrag im Bedarfsfall nach oben anzupassen. Durch die Reduktion des Anteils der Bundesgelder und der maximalen Unterstützung je Unternehmen verlängert sich die Reichweite des Gesamtbetrags.
5. Die Einzelfallprüfung ist sachgerecht, führt aber zu hohem administrativem Aufwand für die Kantone wie auch für die betroffenen Unternehmungen. Zudem sind die Offenlegungspflichten entsprechend einschneidend. Dies ist aber zur Verhinderung von Missbrauchsfällen angemessen, da das Potenzial entsprechend gross sein dürfte. Mit der Pflicht zur Rückzahlung kann das Missbrauchspotenzial verringert werden und gegebenenfalls der administrative Aufwand verringert werden. metal.suisse regt an, dass wann immer möglich von solchen Anreizen Gebrauch gemacht werden soll.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verzichten auf Ausführungen zu den Detailbestimmungen. Für ein Gespräch und die Zusammenarbeit bei der weiteren Ausgestaltung der Vorlage stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Diana Gutjahr
Präsidentin



Andreas Steffes
Geschäftsführer

Vernehmlassungsverfahren
Eidg. Finanzdepartement EFD
Marianne Widmer
Lukas Hohl

Vertreten durch Smeraldo
Tours, travel worldwide und
tourasia

10.11.2020

Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung): Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

Sehr geehrte Damen und Herren

Stellvertretend für die Zürcher Reisebranche haben sich die Unterzeichneten am 4.11. mit den Regierungsräten und den Vorstehern des Volkswirtschafts- und Finanzdepartements des Kantons Zürich zum Gespräch über die schwierige Situation der Zürcher Reisebranche getroffen.

Aufgrund dieses Austausches möchten wir uns als Direktbetroffene in das Vernehmlassungsverfahren des Bundes über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie einbringen und plädieren:

- **Übernahme der Fixkosten/Betriebskosten seit März 2020 mittels eines à-fonds-perdu Beitrages ohne Deckelung nach oben**
Die auszurichtende Entschädigung berechnet sich mit 10 % des durchschnittlichen Umsatzes der letzten fünf Jahre, gemäss Erfolgsrechnung der Betriebe. Die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel sind keinesfalls genügend und sollten gegenüber den Kantonen nicht beschränkt werden. Die Annahme der Unterstützungsgelder von CHF 200 Mio seitens des Bundes basiert auf einer ersten Welle und berücksichtigt die anhaltende Situation in unserer Branche keinesfalls. Eine Deckelung nach oben beschneidet zudem die mittelgrossen KMU's der Branche. Zahlreiche Unternehmen mittelgrosser Grösse (20+ Mitarbeiter) gelten als Erfolgsträger der letzten Jahre und konnten dadurch Arbeitsstellen schaffen. Für die Zürcher Reisebranche sollte ein Betrag CHF 250 Mio je hälftig Bund und Kanton zur Verfügung gestellt werden. Diese Berechnung basiert auf 10 % des Umsatzes der notleidenden Reisebüros.
- **Die Freiwilligkeit der Kantone bei der bestehenden Verordnung (kann), muss in eine Verpflichtung geändert werden, wonach die zur Verfügung gestellten Bundesgelder mit den Kantonzulagen an die notleidenden Betriebe weitergereicht werden müssen.**
- **Garantie für ausstehende Rückzahlungen an Kunden durch Insolvenz von Leistungsträgern (Fluggesellschaften, Hotels, Touranbieter)**
Die Reisebüros stehen gegenüber den Konsumenten im Rahmen des Pauschalreisegesetzes für die vollumfängliche Erstattung sämtlicher Reiseleistungen in der Pflicht. Der gewährte und verlängerte Rechtsstillstand läuft per 31.12.20 aus. Bis zu diesem Zeitpunkt fehlen den Reisebüros immer noch ein grosser Anteil der Rückerstattungen ausländischer Leistungsträger, namentlich ausländischer Fluggesellschaften. Den Reisebüros ist es nicht möglich die von den Konsumenten geforderten Auszahlungen zu diesem Zeitpunkt vollständig auszuführen. Wir verlangen eine abermalige

Reisebranche des Kantons Zürich

Verlängerung des Rechtsstillstandes oder die temporäre Überbrückung der offenstehenden Rückzahlungen verbunden mit einer Ausfallgarantie, sollten diese Zahlungen nicht eintreffen (siehe nachfolgender Punkt).

- **Lösung für die kaum mögliche Rückzahlung der Covid Kredite**

Die durchschnittliche Nettomarge der Reisebranche (Branchenkennzahl) beträgt 1-1.5 %, was bei der Rückzahlung des vollen Kredites von 10 % des Umsatzes eine zehnjährige Abzahlung bedeutet. Das ist wirtschaftlich kaum zu stemmen. Die Konkurslegung und der Neuanfang sind für viele Betriebe die «kostengünstigere» Lösung.

- **Verkürztes Verfahren bei der Auszahlung**

Die Situation ist akut und dringend. Eine Unterstützung muss innert kurzer Zeit ausbezahlt werden, um den volkswirtschaftlichen Schaden zu minimieren.

Mit der Unterstützung durch den Bund und den Kanton werden nicht nur etablierte Unternehmen gerettet, sondern es wird auch einer Marktverzerrung und Abfluss der Wertschöpfung und Steuererträge ins Ausland vorgebeugt. Die grossen Reisekonzerne mit Sitz in der EU erhalten bereits jetzt staatliche Subventionen und wenden diese auch in der Schweiz an (tieferer Arbeitsplatzabbau im Vergleich, Investition in laufende Marktkampagnen).

Wir plädieren auf keine weiteren Darlehen und Kredite, da dies nicht zielführend für die Reisebranche ist. Eine Rückzahlung aufgrund der tiefen Ertragsmargen ist unrealistisch.

Eine Unterstützung muss dringend erfolgen, damit sie den Zweck der Konkursverhinderung und dem Erhalt der Arbeitsplätze erfüllen kann.

Besten Dank für Ihre wohlwollende Prüfung.

Freundliche Grüsse
Für die Reisebranche des Kantons Zürich
Vertreten durch Smeraldo Tours, travel worldwide und tourasia

Sarah Weidmann, Smeraldo Tours

Simon Schnellmann, travel worldwide

Stephan Roemer, tourasia

Kontakt:
Stephan Roemer
tourasia, Grindelstrasse 5, CH-8304 Wallisellen
Ph: 043-233 30 90
Mail: stephan.roemer@tourasia.ch

**Grosskundgebung der
Schweizer Schausteller**

Indrak Chris
Rigistrasse 7
8185 Winkel
078 718 44 30
indrak@gmx.ch



Winkel, 16.11.2020

**Vernehmlassung zur Verordnung über Härtefallmassnahmen für
Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Maurer

Sehr geehrtes Parlament

Die Verordnung zu den Härtefallmassnahmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie ist für unsere Schaustellerbranche existenziell wichtig.

Die Anforderungen an die Unternehmen, sind für die Schausteller-Branche viel zu hoch angesetzt. Die Rechtsform muss unbedingt erweitert werden um die Selbstständig Erwerbenden. Die Schausteller-Branche besteht mehrheitlich aus Selbstständig Erwerbenden und diese haben in Form dieser Verordnung kein Anrecht auf die Härtefallmassnahmen. Die Anforderung im Jahr 2019 einen Umsatz von mindesten 50'000.- Franken erzielt zu haben ist für gewisse Betriebe auf der Schausteller-Branche zu hoch gegriffen.

Die zumutbaren Selbsthilfemassnahmen zur Sicherung der Kapitalbasis und der Liquidität dürfen keinesfalls einen Verkauf unserer Anlagen und Geschäfte vorsehen. Unsere Existenz besteht aus den Geschäften und diese werden nach der Krise, wieder benötigt, um unsere Beruflichen Tätigkeit nachzugehen. Auch sollten die Kurzarbeit und der Erwerbsersatz nicht als Umsatz 2020 deklariert werden, wie dies die Verordnung vorsieht. Die Kurzarbeit und der Erwerbsersatz ist die Absicherung für die Personen, die hinter einem Betrieb stehen und fallen dadurch nicht als Umsatz 2020 aus. Die Betriebe haben bis zu 100% Umsatzverlust und stehen am Rande des Ruins.

Die Anforderungen für die Unternehmen, die als profitabel und überlebensfähig gelten sind für Selbstständig Erwerbende nicht zumutbar. Die Schausteller-Branche, hat jedes Jahr andere Umsätze, da wir nie die gleichen Plätze im Jahr halten. Auch wissen wir nicht wie sich das Wetter auf unsere Umsätze auswirkt. Im schlimmstenfalls, ist jede Veranstaltung verregnet und dadurch fallen die Umsätze bis zu 75% in den Keller. Dies müssen definitiv berücksichtigt werden bei der Verordnung.

Die Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen muss unbedingt auf nicht rückzahlbare Beiträge festgelegt werden. Dabei müssen, die 10% vom Jahresumsatz gestrichen werden. Die nicht rückzahlbaren Beiträge sollen auf 50% des Jahresumsatzes festgelegt werden. Der

Maximalbetrag soll dabei aber offen gelassen werden. Die Härtefallmassnahmen sollen dabei nicht nur auf eine Form der Hilfe begrenzt werden, sondern kombiniert werden, um die maximale Hilfe zu erreichen. Durch die nun folgende zweite Welle ist der Betrag mit 200 Mio. zu tief angesetzt. Der Betrag muss auf mindestens 1. Mia. Für alle Härtefälle erhöht werden.

Die Kantone müssen zeitlich begrenzt werden zur Eingabe der kantonalen Regelung für die Härtefälle. Die Gefahr dadurch besteht, dass gewisse Kantone, dies verschleppen und die Hilfen erst viel zu spät einsetzen. Die Regelung der Kantone sollte bis Ende 2020 erfolgen.

Achtung, neue Postanschrift!
Attention, nouvelle adresse postale!
Attenzione, nuovo indirizzo postale!



Sihlquai 255, 8005 Zürich
info@sff.ch
Tel. +41 (0)44 250 70 60
Fax +41 (0)44 250 70 61

Eidgenössische Finanzverwaltung EFV
Bundesgasse 3
3003 Bern

Per Mail an:

Eidgenössische Finanzverwaltung EFV
marianne.widmer@efv.admin.ch
lukas.hohl@efv.admin.ch

Postanschrift/Adresse postale/Indirizzo postale:
Postfach, 8031 Zürich

Zürich, 13. November 2020

Vernehmlassungsantwort

Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf die Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens bezüglich der im Betreff erwähnten Covid-19-Härtefallverordnung vom 4. November 2020 und erlauben uns, Ihnen unsere nachfolgende Vernehmlassungsantwort einzureichen.

Der Schweizer Fleisch-Fachverband (SFF) ist die Branchenorganisation für die fleischverarbeitende Branche, die rund 24'000 Mitarbeitende umfasst und angesichts der Covid-19 Pandemie am 8. April 2020 vom Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung (BWL) als für die Versorgung unseres Landes mit lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen systemrelevant eingestuft wurde (Bestätigung der Versorgungsrelevanz des BWL vom 8. April 2020). Somit konnten unsere gewerblichen Betriebe auch während der ersten Coronawelle und dem dahin einhergehenden Lockdown ihre Geschäfte geöffnet halten, doch waren sie und sind sie auch in der momentanen 2. Welle von den schweizweiten und kantonalen Massnahmen zur Eindämmung des Coronavirus direkt und indirekt stark betroffen. Die Umsätze unserer gewerblichen und teilweise industriellen Betriebe werden zu knapp der Hälfte in der Ausserhausverpflegung wie beispielsweise Engros, Zulieferung von Restaurants und Partyservice, aber auch der Belieferung von Heimen und Kantinen erwirtschaftet. Die von Bund und Kantonen erlassenen und vom SFF im Grossen und Ganzen mitgetragenen Massnahmen haben jedoch dazu geführt, dass bei diesen Betrieben je nach Unternehmensstruktur ein mehr oder weniger grosser Anteil im Bereich von 70 bis 100% des Umsatzes über Nacht weggebrochen ist. Gerade im Hinblick auf das absehbar massiv reduzierte, für den Fleischsektor aber sehr wichtige Jahresendgeschäft (z.B. Weihnachtsessen, Vereinsanlässe) dürfte dieser Umstand auch weitere Unternehmen aus unserer Branche noch massiv betreffen. Daher erlauben wir uns, hiermit als interessierter Kreis, Adressant des vorliegenden Vernehmlassungsverfahrens, zur Covid-19-Härtefallverordnung Stellung zu nehmen mit dem Ziel, wertvolle Inputs für die Nachbesserung dieser für die Schweizer Volkswirtschaft eminent wichtigen Verordnung zu geben.

I. Allgemeine Bemerkungen

Die Covid-19-Krise im Frühjahr dieses Jahres mit dem damit einhergehenden Lockdown hat überaus deutlich gezeigt, dass die finanzielle Unterstützung unserer Wirtschaft seitens des Staates mit Kurzarbeitsentschädigung (KAE), Corona-Erwerbsersatzentschädigungen (CEE) und Covid-19-Krediten ein wirksames Instrument ist, um in dieser wirtschaftlichen Krisenzeit Entlassungen von Mitarbeitenden und Schliessungen von Betrieben (Konkurse) vorzubeugen bzw. diese gar zu vermeiden. Es hat sich jedoch auch gezeigt, dass diese Instrumente nicht allen sich in der Realität ereignenden Sachverhalten gerecht werden und Härtefälle nicht abfedern können. Nunmehr wird mit dem Bundesgesetz über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie vom 25. September 2020 (Covid-19-Gesetz), welches die Grundlage für die Überführung des Covid-19-Notrechts in ordentliches Recht bildet,

der Pilaster für die Beteiligung des Bundes an kantonalen Unterstützungsmassnahmen für Härtefälle bei Unternehmen geschaffen (Art. 12 Covid-19-Gesetz). Mit der in die vorliegende Vernehmlassung geschickten Verordnung werden insbesondere die Voraussetzungen der Beteiligung des Bundes an den kantonalen Härtefallmassnahmen definiert.

Der SFF unterstützt die Covid-19-Härtefallverordnung im Grundsatz und würdigt vor allem das nunmehr per 1. Dezember 2020 und nicht wie anfänglich kommuniziert per 1. Februar 2021 geplante Inkrafttreten der Verordnung als wichtigen Schritt. Denn das früher als prognostizierte und stärker als erwartete Eintreffen der zweiten Coronavirus-Welle wird die wirtschaftliche Situation der Schweiz weiter schwächen und vor neue Probleme und Herausforderungen stellen. Nach Ansicht des SFF ist es demnach wichtig, dass die Härtefallmassnahmen für Unternehmen so zeitnah wie möglich greifen, damit weitere wirtschaftliche Schwierigkeiten und Konkurse unserer Betriebe vermieden werden können, weil andernfalls auch die oben erwähnten Instrumente wie beispielsweise KAE und CEE allein nicht mehr die gewünschte Wirkung erzielen können.

Nachfolgend wird der SFF nur Stellung zu den Artikeln der Covid-19-Härtefallverordnung nehmen, soweit er dazu eine andere Ansicht vertritt beziehungsweise Inputs dazu hat. Alle anderen Artikel ohne Kommentierung seitens des SFF werden positiv gewürdigt.

II. Stellungnahme zu den einzelnen Artikeln

Bei der Stellungnahme hält sich der SFF an die Systematik der Covid-19-Härtefallverordnung und nimmt zu den Artikeln gemäss deren Aufbau Stellung und nicht basierend auf der Relevanz der angefügten Bemerkungen.

Zu Artikel 1: Grundsatz

Zu Abs. 1: Die den Kantonen zugestandene Freiheit alleine zu entscheiden, ob sie Härtefallmassnahmen ergreifen und falls ja, wie sie diese ausgestalten, könnte im ungünstigsten Fall dazu führen, dass einzelne Unternehmen in ihrer Situation im Vergleich zu solchen mit einer ähnlichen Ausgangslage in anderen Kantonen nur deshalb nicht in den Genuss von Härtefallhilfen auch des Bundes kommen, weil sich der betreffende Kanton aus welchen Gründen auch immer (z.B. konkrete Finanzlage) gegen die Auszahlung von Härtefallhilfen nach Art. 7, Abs. 1 in seinem Gebiet entscheidet. In diesem Fall würde dies zu einer Ungleichbehandlung von Unternehmen auch in Bezug auf den 50% Anteil des Bundes führen, was angesichts des Grundsatzes, diese in dieser besonderen Lage zu stärken, nicht alleine vom Entscheid des betreffenden Kantons abhängig gemacht werden darf. Demzufolge sollte eine Ausschüttung von Härtefallhilfen auf der Basis der vom Bund in dieser Verordnung formulierten Mindestvorgaben und der im Anhang schlussendlich aufgeführten Höchstbeiträge an die einzelnen Kantone zumindest für den Bundesanteil in jedem Fall ermöglicht werden.

Zu Artikel 3: Zeitpunkt der Gründung und Umsatz

Zu Abs. 1 lit. b: Die Anspruchsvoraussetzung auf Härtefall-Massnahmen an Unternehmen eines Umsatzes von mindestens 50'000 Franken im Jahr 2019 setzt gemäss dem SFF die Eintrittsschwelle zu hoch an. Denn damit werden Kleinstunternehmen und Start-Ups, die einen wichtigen Anteil an unserer KMU-Welt haben, nicht berücksichtigt. Daher schlägt der SFF vor, die Eintrittsschwelle von 50'000 Franken für vor 2019 gegründete Unternehmen beizubehalten, die Eintrittsschwelle für 2019 oder später gegründete Unternehmen auf 30'000 Franken zu senken.

Zu Abs. 1 lit. c: Eine wichtige Anspruchsvoraussetzung ist gemäss SFF hingegen der Umstand, dass das Unternehmen seine Wertschöpfungskette überwiegend in der Schweiz erzielen muss. Dem SFF erscheint jedoch zielführend, den Begriff «überwiegend», in den Erläuterungen «mehrheitlich» genannt, genauer zu definieren (mathematische Auslegung $\geq 51\%$ beispielsweise), um einen klaren und einheitlichen Vollzug sicherstellen zu können.

Zu Artikel 4: Vermögens- und Kapitalsituation

Zu Abs. 1 lit. c: Dass ein Unternehmen vor dem Bezug von Härtefallmassnahmen nachweisen muss, dass es keine branchenspezifischen Covid-Finanzhilfen des Bundes in den Bereichen Kultur, Sport, öffentlicher Verkehr oder Medien bezogen hat, erscheint dem SFF eine wichtige Bremse, um Doppelsubventionen zu vermeiden. Dass darunter, gemäss den Erläuterungen zur Covid-19-Härtefallmassnahmen vom 4. November 2020, nicht CEE, KAE, Covid-19-Solidarbürgschaftskredite und Bürgschaftskredite für Startups fallen sollen, macht gemäss SFF Sinn, da dies ansonsten zu einem Widerspruch mit dem Grundgedanken der Härtefallmassnahmen führen würde, da Härtefälle unterstützt werden sollen, die bis anhin noch keine Hilfe des Staates in Form von Covid-Finanzhilfen nehmen konnten.

Zu Abs. 2 lit. d: der SFF macht beliebt, das Kriterium der Profitabilität oder Überlebensfähigkeit eines Unternehmens mit einer mittelfristigen Finanzplanung, die glaubhaft aufzeigt, dass dessen Finanzierung mit der Härtefallmassnahme für die Dauer der Finanzplanung gesichert werden kann, dem allgemeinen Begriff

einer mittelfristigen Finanzplanung (Zeitraum von fünf Jahren) anzugleichen und nicht wie in den obgenannten Erläuterungen zur Covid-19-Härtefallverordnung diese Mittelfristigkeit bis Ende 2021, also nicht einmal zwei Jahre (voraussichtliche Geltungsdauer der Covid-19-Härtefallverordnung), zu begrenzen. Eine Gleichschaltung der Geltungsdauer dieser Verordnung und der mittelfristigen Finanzplanung macht finanztechnisch keinen Sinn und ist in dieser Hinsicht auch nicht notwendig. Vielmehr macht diese Regelung allenfalls Türen für einen Missbrauch von Härtefallhilfen auf, indem Unternehmen, die zwar bis Ende 2021 überleben können, anschliessend jedoch aller Wahrscheinlichkeit nach trotzdem Konkurs gehen, Finanzhilfen erhalten, die nicht zurückbezahlt werden können. Die traditionelle mittelfristige Finanzplanung (5 Jahre) ist gemäss dem SFF zu präferieren als Anspruchsvoraussetzung gegenüber dem kurzfristigeren Ansatz zu präferieren.

Zu Artikel 5: Umsatrzückgang:

Zu Abs. 1 und 2: Die Voraussetzung des Umsatrzrückgangs von mehr als 40% in der Folge von behördlich angeordneten Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie unter dem durchschnittlichen Jahresumsatz von 2018 und 2019 sowie der Berechnung des Umsatzes 2020 aus dem Wert der verkauften Waren und der erbrachten Dienstleistungen zuzüglich der für die Periode 2020 erhaltenen Entschädigungen für Kurzarbeit und Covid-Erwerbsersatz ist nach Ansicht des SFF eine klar zu hoch angelegte Latte, die von vielen Unternehmen nicht genommen werden kann, obwohl sie auf Härtefallmassnahmen angewiesen sind, um das Überleben ihres Betriebes zu sichern. Wir geben hierzu zu bedenken, dass schon in Nicht-Corona-Zeiten ein unmittelbarer Umsatrzückgang im Bereich von 20 bis 25% ein Unternehmen bereits heftig durchrütteln kann.

Bei einer solchen Berechnung des Umsatzes werden sämtliche Zusatzkosten, welche einem Unternehmen infolge der Covid-Epidemie und den zu ergreifenden Massnahmen in Sachen Hygiene und Distanz entstanden sind, nicht berücksichtigt. Als Beispiele solcher Kosten sind zu erwähnen die anzupassenden, nurmehr erschwereten Betriebsabläufe (Arbeiten in kleineren Teams, Arbeiten in mehreren Schichten, Verlangsamung der Betriebsabläufe, Kauf und Abringen von Schutzvorrichtungen wie Plexiglaswände, Kauf von Masken und Desinfektionsmitteln). Diese Kosten sind für jedes Unternehmen bedeutend und müssen vom Umsatz abgezogen werden bzw. ebenfalls à fonds perdu-Beiträge auslösen können, wenn die Covid-bedingten Zusatzkosten alleine bereits über 5% des Jahresergebnisses liegen. Denn diese Mehraufwendungen lasten bis heute einseitig und allein auf den Unternehmen und haben schlussendlich auf deren weitere Entwicklung einen grossen Einfluss. Dieser Abzug rechtfertigt sich umso mehr, als die Schwelle des Umsatrzrückgangs von 40% nach Ansicht des SFF bereits hoch, zu hoch angesetzt wurde. Denn gerade unsere Branche, deren Versorgungsrelevanz wie eingangs erwähnt vom BWL bestätigt wurde, müsste diese Anpassungen nolens volens zur Sicherstellung der Landesversorgung umsetzen und damit die entsprechenden Kosten auf ihrem Buckel alleine tragen. Dass diese finanzielle Last nunmehr bei der Berechnung des Umsatzes insbesondere für Unternehmen aus systemrelevanten Branchen berücksichtigt werden kann ist, gemäss Standpunkt des SFF sachkonform und gerecht.

Dabei ebenso zu berücksichtigen gilt es den Umstand, dass Handelsunternehmen im Vergleich zu Produktionsbetrieben wesentlich höhere Umsätze zu generieren haben, bevor diese überhaupt in die Gewinnzone gelangen. Die ist gleichbedeutend damit, dass sich Handelsunternehmen bei der vorgeschlagenen Umsatrzückgangsschwelle bereits in einer weitaus misslicheren Lage befinden müssten. Auch dieser Umstand würde die obig vorgeschlagene Reduktion der Umsatrzückgangsschwelle von 40% noch zusätzlich rechtfertigen.

Zu Art. 6: Einschränkung der Verwendung

Zu lit. a Ziff. 2: Die Härtefallmassnahmen dürfen während fünf Jahren nach Erhalt eines nicht rückzahlbaren Beitrags nicht für Dividenden oder Tantiemen ausgeschüttet werden. Diese Frist von fünf Jahren erscheint dem SFF als zu lang. Vom SFF geteilt wird der Kerngehalt der Bestimmung, dass nicht rückzahlbare Beträge nicht innerhalb von kurzer Zeit an Dritte in Form von Dividenden oder Tantiemen abfliessen dürfen, sondern für den Erhalt des Unternehmens und der Arbeitsplätze eingesetzt werden. Dennoch ist es wichtig, dass nach einem gewissen Zeitraum ein Unternehmen auch für Investoren wieder attraktiv wird, so beispielsweise mit Gewinnausschüttungen. Der SFF optiert daher auf eine Sperrfrist für die Ausschüttung von Dividenden oder Tantiemen während allerhöchstens drei Jahren nach Erhalt eines nicht rückzahlbaren Beitrags.

Zu Art. 7: Form

Zu Abs. 1 und 3: In Abs. 3 wird festgehalten, dass nur eine Form der in lit. a bis c. gelisteten Hilfen gewährt werden kann aufgrund der Garantie eines einfachen und raschen Vollzugs sowie der Vermeidung von Koordinations- und Kontrollaufwand der Kantone. Nach Ansicht des SFF sollte bei den Härtefallmassnahmen der primäre Fokus auf die Bedürfnisse der Härtefall-Unternehmung gelegt werden und nicht auf den Aufwand der Kantone, womit je nach Fall allenfalls eine Kombination von mehreren Massnahmen Sinn macht und auch umgesetzt werden kann. Somit sollte die Erhaltung der Unternehmung und der Arbeitsplätze primordiale Bedeutung erhalten. Auch sollte nach Ansicht des SFF eine Kombination der geleisteten Hilfen einen nicht grossen Zusatzaufwand für die Kantone mit sich bringen. Denn die Kantone müssen wie auch immer eine neue Struktur für die Abwicklung der Härtefallmassnahmen aufbauen, in welche ohne grossen Zusatzaufwand auch die Administration dieser kombinierten Härtefallmassnahmen integriert werden können.

Zu Abs. 2: gemäss den Erläuterungen zur Covid-19-Härtefallverordnung entscheiden die Kantone, welches Instrument in welchem Fall zur Anwendung kommt und wie es ausgestaltet wird. Diese alleinige Zuständigkeit der Kantone birgt gemäss dem SFF die Gefahr in sich, dass der Vollzug im föderalistischen Dschungel verschiedene und sachlich nicht gerechtfertigte Ungleichbehandlungen mit sich bringt, wie sich dies bereits in anderen Belangen wie beispielsweise bei der Kontrolle der Branchen-Schutzkonzepte gezeigt hat. Somit ist es für den SFF von grundlegender Wichtigkeit, dass diese Zuständigkeit der Kantone eingeschränkt wird beziehungsweise die Kantone mit Fachwissen unterstützt werden, beispielsweise mit dem obligatorischen Einbezug der Branchenvertreter, welche ihre Branche kennen und somit wichtige Inputs für die Wahl und Ausgestaltung der Instrumente für die Branchenbetriebe geben können, in die Definierung und Ausgestaltung der entsprechenden Instrumente.

Zu Abs. 4: Für die Vergabe und Bewirtschaftung von Bürgschaften können die Kantone Vereinbarungen mit Dritten abschliessen. Auch hier haben die Kantone eine grosse Freiheit bei der Auswahl dieser Dritten, dennoch übernimmt der Bund gemäss den Erläuterungen zur Covid-19-Härtefallverordnung die Hälfte der Ausfälle gegenüber den Bürgschaftsorganisationen. Auch diese umfassende Ermessenfreiheit bei der Auswahl dieser Dritten, jedoch mit Bundesgarantie im Fall von Bürgschaftsausfällen, ist nach Ansicht des SFF stossend. Eine Einflussmöglichkeit des Bundes beispielsweise mittels der Vorlage der ausgewählten Dritten zuhanden des Bundes, was zu einer Kontrollmöglichkeit der Eidgenossenschaft führen würde, wäre anzustreben.

Zu Art. 8: Höchstgrenzen

An dieser Stelle erlaubt sich der SFF, zu den Bemerkungen zur Berechnung des Jahresumsatzes vorstehend (zu Art. 5) und deren Einbezug zu verweisen.

Auf der alleinigen Basis der relativen Höchstgrenzen in Prozent des Jahresumsatzes 2019 scheint uns zudem der Maximalbetrag für à fonds perdu-Beiträge mit 0.5 Mio. Franken eher tief angesetzt zu sein. Da nebst KMU durchaus auch grössere Unternehmen in eine Härtefallsituation kommen können, müsste der Maximalbetrag zwingend erhöht werden. Wir beantragen hierfür, die Obergrenze auf 2 Mio. Franken anzuheben.

Zu Art. 9: Datenbekanntgabe

Nachdem seitens der Behörden in «normalen» Zeiten immer wieder ein besonderes Gewicht auf den Datenschutz gelegt wird, sollte die Datenbekanntgabe im Hinblick auf die vorliegende Verordnung entsprechend präzisiert werden. Wir schlagen hierzu folgende Ergänzung vor: «.....nötig ist und auf diese begrenzt bleibt.»

Zu Art. 11: Bewirtschaftung durch die Kantone und Missbrauchsbekämpfung

Der Wortlaut dieses Artikels ist sehr allgemein gehalten, es finden sich jedoch weitere Konkretisierungen in den Erläuterungen der Covid-19-Härtefallverordnung.

Zu lit. a: Die Kantone müssen geeignete Massnahmen zur Bewirtschaftung von Darlehen, Garantien oder Bürgschaften sorgen. Der SFF macht beliebt, diese Massnahmen entweder genauer zu definieren oder den Hinweis in lit. a aufzunehmen, dass die Kantone in ihren kantonalen Erlassen die geeigneten Massnahmen definieren. Damit werden die Transparenz und Effizienz solcher Massnahmen beziehungsweise deren Geeignetheit sichergestellt. Auch gilt es dabei die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, dass ein betroffenes Unternehmen unverschuldet nicht in den Genuss des Bundesanteils kommen könnte und zwar nur deshalb, weil sein Kanton notabene ohne das Zutun der betroffenen Unternehmung die vom Bund vorgegebenen Voraussetzungen nicht erfüllt.

Zu lit. b: Die Ausführungen in lit. a gelten analog.

Zu Art. 12: Verfahren

Zu Abs. 1: Der Absatz ist allgemein gehalten, ohne weiteren Angaben zum Vollzug, der, gemäss den Erläuterungen zur Covid-19-Härtefallverordnung, die nötige Transparenz und Gleichbehandlung gewährleisten soll. Auch hier vermisst der SFF die Festlegung von gewissen Grundsätzen im Verordnungstext selber, um die Gleichbehandlung im Vollzug gewährleisten zu können. Eine umfassende Regelungsdelegation an die Kantone genügt nach der Ansicht des SFF nicht, um einem allfälligen Wildwuchs und Willkür vorzubeugen. Die Freiheit der Kantone, die Angaben zum Vollzug föderalistisch zu lösen, führt erfahrungsgemäss zu grossen kantonalen Vollzugsunterschieden.

Zu Art. 14: Gesamtbetrag

Die Verordnung sieht einen Kreditumfang von 200 Millionen seitens des Bundes vor. Der SFF bezweifelt stark, dass dieser Kreditumfang genügend sein wird. Es ist bereits absehbar, dass dem nicht so ist, denn wir befinden uns erst am Anfang der 2. Welle und des Herbstan/Winters mit grossen wirtschaftlichen und gesundheitlichen Folgen. Auch wenn die Pharmafirmen Biontech und Pfizer am 9. November 2020 kommuniziert haben, einen Durchbruch beim Coronavirus-Impfstoff erzielt zu haben und noch im November einen Zulassungsantrag in den USA stellen werden, ist der Gesamtbetrag an Krediten gemäss Art. 14 Covid-19-Härtefallverordnung zu eng bemessen. Dazu wurden auch bereits Stimmen aus der Wirtschaft, aber auch einzelnen Kantonen laut,

welche eine massive Erhöhung dieses Gesamtbetrages forderten, um die Bildung eines weiteren Fonds ausserhalb der Covid-19-Härtefallverordnung vermeiden zu können. Der SFF vertritt daher den Standpunkt, diesen Gesamtbetrag mindestens zu verdoppeln, wenn nicht gar weiter zu erhöhen. Diese Möglichkeit wurde seitens des Bundes bereits auch in den Erläuterungen angesprochen; nun gilt es sie angesichts der bei der Abschätzung noch nicht berücksichtigten 2. Welle auch entsprechend umzusetzen.

Zu Art. 15: Aufteilung auf die Kantone

Der Verteilschlüssel der Bundesgelder auf die Kantone basierend auf dem kantonalen BIP 2016 (2/3) und der Wohnbevölkerung im Jahr 2019 (1/3) ist nach Ansicht des SFF nicht der richtige Ansatz. Dieser widerspiegelt nicht die effektiven Finanzierungsbedürfnisse der einzelnen Kantone.

Das BIP berechnet sich als Summe der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche. Wirtschaftsbereiche, die einen massgeblichen Anteil an der Bruttowertschöpfung haben wie die Pharmaindustrie, Banken oder auch Versicherungen, ebenso wie die IT-Branche, haben hingegen teilweise ausserordentlich gute Zahlen im Coronajahr 2020 schreiben können und werden wohl keine oder nur wenige Härtefallmassnahmen in Anspruch nehmen müssen. Daher ist der SFF der Ansicht, dass für den Verteilschlüssel nicht das globale BIP, sondern das BIP der am meisten betroffenen Branchen in einem Kanton (Branchen mit Härtefällen) als Grundlage genommen werden soll, um die Bundesgelder auf die Kantone zu verteilen. Ansonsten könnte dies dazu führen, dass Kantone mit grossem kantonalem BIP, jedoch wenig Härtefall-betroffenen Branchen, Gelder erhalten, welche sie aufgrund mangelnder Kreditnachfrage gar nicht benötigen, jedoch in anderen Kantonen fehlen. Die effektive Wirtschaftsstruktur sollte somit für die Berechnung des kantonalen BIPs einbezogen werden. Dies würde sich dann entsprechend im Anhang (Art. 15) Höchstbeträge des Bundes je Kanton niederschlagen. Sicherlich auch nicht hinderlich wäre der Einbezug von Branchenverbänden (Dachorganisationen) bei der Definition des Verteilschlüssels bzw. des BIP.

Zu Art. 17: Zahlungszeitpunkt, Wiedereinbringung und Rückerstattungen

Zu Abs. 1: Die Vorfinanzierung der Kredite erfolgt durch die Kantone und wird dem Bund rückwirkend in Rechnung gestellt. Diese Vorfinanzierung sollte gemäss den Erläuterungen der Covid-19-Härtefallverordnung von den Kantonen getragen werden können. Dennoch stellt sich hier für den SFF die Frage, ob diese vollständige Vorfinanzierung der Kredite durch die Kantone je nach Finanzkraft nicht eine restriktive Vergabepolitik nach sich zieht, je nachdem, wie die finanzielle Situation in den einzelnen Kantonen aussieht. Damit würde der Vollzug einmal mehr föderalistisch und objektiv nicht gerechtfertigt unterschiedlich, was sicherlich nicht erstrebenswert ist. Daher regt der SFF den Ansatz an, die vollständige Vorfinanzierung durch die Kantone mit Bundesgeldern abzuschwächen und damit eine Harmonisierung der Kreditvergabe zu erzielen.

Zu Art. 18: Aufteilung auf die Kantone

Zu Abs. 3: Mit der Rechnungsstellung der Aufwände der Kantone einmal pro Jahr zuhanden des Seco würde die bei Art. 17, Abs. 1 dargelegte Problematik für die einzelnen Kantone noch zusätzlich verschärft.

III. Fazit

Der SFF unterstützt die vorliegende Covid-19-Härtefallverordnung im Grundsatz. Wie sich aus den oben-stehenden Ausführungen ergibt, hat der SFF Bedenken hinsichtlich der Anspruchsvoraussetzungen von Unternehmen sowie des harmonisierten und föderalistisch einheitlichen Vollzugs der Verordnung infolge einer zu grossen Autonomie der Kantone. Diesbezüglich sind nach Ansicht des SFF Nachbesserungen nötig. Zudem könnte sich der SFF vorstellen, dass eine kantonale Steuerungsgruppe, welche die Ausarbeitung und Umsetzung der kantonalen Härtefallmassnahmen-Verordnungen föderalistisch und konsultativ überwacht, diese Vollzugsproblematik und den gemäss Ansicht des SFF zu grossen Ermessensspieldraum der Kantone abfedern könnte.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Einschätzung.

Mit freundlichen Grüissen

Schweizer Fleisch-Fachverband

Der Präsident

Dr. Ivo Bischofberger
alt Ständerat

Der Direktor

Dr. Ruedi Hadorn



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Eidgenössische Finanzverwaltung EFV

Antwortformular: Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation: Schweizer Reise-Verband
Travel Professional Association
Swiss Travel Association

Abkürzung der Firma / Organisation: SRV, TPA, STAR

Adressen: Etzelstrasse 42, 8038 Zürich
Place de la Gare 4, 1096 Cully
Zürcherstrasse 49, 8903 Birmensdorf

Kontaktperson: Walter Kunz SRV
Sonja Laborde TPA
Luc B. Vuilleumier STAR

Telefon: 044 487 30 50 SRV
021 799 44 66 TPA
044 439 60 60 STAR

E-Mail: kunz@srv.ch
sonja.laborde@tpassociation.ch
lbv@star.ch

Datum: 12.11.2020

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Tabellenzeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als Word-Dokument bis am **13. November 2020** an folgende E-Mail Adressen: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme!

Allgemeine Bemerkungen

- **Die Reisebranche steht vor dem finanziellen Kollaps**

Seit 8 Monaten unterliegt die Branche einem faktischen Berufsverbot. Die Reisebeschränkungen (Einreiseverbote und -beschränkungen, Quarantänelisten, Lockdown im März/April 2020, etc.), verunmöglichen das Reisen, die Lebensgrundlage der Reisebranche. Seit März 2020 ist der Umsatz der Reisebranche um 90% eingebrochen. Durch die verschiedenen Massnahmen des Bundes (wie z.B. Quarantänelisten) aber auch Auflagen ausländischer Behörden wird der Reisebranche das Generieren von Umsatz schlachtweg verunmöglich. Auch falls diese Beschränkungen gelockert werden sollten, ist das Vertrauen der Kunden in das Reisen nicht mehr vorhanden. Es ist davon auszugehen, dass es lange dauert, bis das Vertrauen wiederhergestellt ist und ein Reisevolumen entsteht, mit welchem die Reiseunternehmen finanziell überleben können. Ganz zu schweigen vom Erreichen einer Gewinnzone.

Die Einnahmen der Branche sind seit März ausgeblieben, dies bei gleichbleibenden Fixkosten. Die Umsatzeinbusse der Reisebranche geht zurück bis in das Jahr 2019, da viele Reisen noch vor März 2020 gebucht wurden und die von den Kunden bereits einbezahlten Beträge aufgrund des Pauschalreisegesetzes vollumfänglich zurückbezahlt werden müssen. Die verbleibenden Beträge dürften eigentlich nicht für die laufenden Kosten verwendet werden. Im Gegensatz zu anderen Branchen konnte die Reisebranche während des Lockdowns und in den Wochen danach nie das gesamte Personal in die Kurzarbeit beordern, da zuerst Repatriierungen vorgenommen und danach Umbuchungen getätigt werden mussten. Die Schere zwischen ausbleibenden Einnahmen und laufenden Kosten öffnet sich immer mehr. Kein Unternehmen kann ein Jahr ohne Einnahmen ohne finanzielle Unterstützung überleben. Der finanzielle Kollaps, sprich Konkurse und Verlust von Arbeitsplätzen, kommt immer näher.

- **Um das Überleben der Reiseunternehmen zu sichern braucht es die Hilfe sofort**

Das Härtefallprogramm muss spätestens am 1. Dezember 2020 operationell laufen und die Gelder fließen. Und dies nicht einzig auf Bundesebene, sondern flächendeckend in allen Kantonen. Wenn der Bund am 1. Dezember bereit ist, werden dies viele Kantone noch nicht sein. Aber damit die Bundeshilfe fließt, muss nach aktueller Ausgestaltung des Covid-19-Gesetzes der Kanton den Startschuss erteilen und über die Höhe der Hilfe entscheiden, welche dann vom Bund verdoppelt werden kann.

Wenn spätestens am 1. Dezember nicht alle Kantone diesen Entscheid getroffen haben (davon ist auszugehen), hat dies eine nicht gerechtfertigte wettbewerbsverzerrende Wirkung und verstösst gegen das Gleichbehandlungsgebot.

Ein Unternehmen, welches im Standortkanton X ansässig ist, profitiert von Härtefallmassnahmen. Ist das Unternehmen bei gleicher finanzieller Ausgangslage im Kanton Y ansässig, bekommt es im schlimmsten Fall nichts. Dies kann nicht der Wille des Gesetzgebers gewesen sein. Es müssen alle Unternehmen – wie bei den Covid-19-Krediten – gleichbehandelt werden. Deshalb muss der Bund, sofern notwendig, in die Vorleistungspflicht und die Kantone sind zur Einführung des Härtefallprogramms per 1. Dezember 2020 zu verpflichten.

Zudem sollen einfache Standardverfahren zur Anwendung gelangen, statt kantonaler Wildwuchs. Auch hier ein Vergleich zu den Covid-19-Krediten: Über das Tool EasyGov könnten schnell, unbürokratisch und einheitlich Härtefallmassnahmen abgewickelt werden.

- **Das Hilfsprogramm ist massiv aufzustocken**

CHF 200 Mio. auf Bundesebene bzw. mit Hilfe der Kantone CHF 400 Mio. für Härtefälle, werden ein Tropfen auf den heißen Stein sein. Es braucht mindestens CHF 600 Mio. vom Bund. Bei den Härtefallmassnahmen geht es um gezielte Einzelfallhilfe. Gerade auch grosse Unternehmen, die hohe Fixkosten haben, werden diese in Anspruch nehmen müssen. Deshalb ist eine Deckelung des Beitrages im Prinzip falsch, weil die Höhe der notwendigen Mittel (noch) nicht festgelegt werden kann. Ist hingegen eine Deckelung gewollt, muss diese ausreichend hoch bemessen sein. Andernfalls regieren aufgrund des Prinzips «first come, first served» Zufall und Willkür. Beides kann vom Bund nicht verantwortet werden.

Das COVID-19 Gesetz schränkt die Höhe der Beiträge des Bundes nicht ein, für höhere Höchstbeiträge besteht somit die gesetzliche Grundlage bereits.

- **Anpassung COVID-19 Gesetz (dringliches Verfahren)**

Wie erwähnt, schränkt das Gesetz die Höhe der Beiträge des Bundes nicht ein. Können die Kantone höheren finanziellen Verpflichtungen nicht nachkommen, muss das COVID-19-Gesetz, wie von Bundesrat Ueli Maurer bereits an der Pressekonferenz vom 4. November 2020 erwähnt, schnellst möglich dahingehend angepasst werden, dass der Bund prozentual höhere Beiträge leisten kann. Das heisst nicht nur hälftige Beteiligung, sondern die Übernahme von dreiviertel der Kosten/Verluste der Härtefallmassnahmen. Die Frage des Beteiligungsschlüssels soll im dringlichen Verfahren zwingend in die nächste Session (30.11 – 18.12.2020) eingebracht werden, sollten die Kantone eine Erhöhung der Beiträge nicht tragen können.

1. Abschnitt: Grundsatz

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 1	<p>Die Kantone sollen dazu verpflichtet werden, die Unternehmen gleichermaßen zu unterstützen und Hilfemaßnahmen zu leisten. Es kann nicht sein, dass Unternehmen in einen Kanton Unterstützung erhalten und im Nachbarkanton nicht. Dies ist reine Willkür und verstößt gegen das Willkürverbot bzw. das Gleichbehandlungsgebot, schon allein wegen der massgeblichen Partizipation des Bundes. Der Bund soll alle Unternehmen gleich behandeln und den Entscheid, ob Unternehmen (mit Bundesgeldern) unterstützt werden oder nicht, nicht den Kantonen überlassen. Das rechtsstaatliche Prinzip der Rechtsgleichheit wird ausgehebelt, wenn der Entscheid den Kantonen überlassen wird. Dies gilt es zu vermeiden.</p> <p>Die schweizweite Verpflichtung der Kantone zur Unterstützung von Härtefällen drängt sich daher auf.</p> <p>Antrag</p> <p>Art. 1 Abs. 1 (neu):</p> <p>Die Kantone werden verpflichtet, Härtefälle im Sinne von Art. 12 des COVID-19 Gesetzes finanziell zu unterstützen.</p>

2. Abschnitt: Anforderungen an die Unternehmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 3 Abs. 3	<p><u>Neugründungen</u> von Unternehmen nach dem 01.01.2020 werden <u>de facto</u> von Härtefallmassnahmen <u>ausgeschlossen</u>. Wenn Neugründungen nachdem 01.01.2020 erfolgten, müssen zuerst Kundenkontakte aufgebaut und gestützt darauf die Geschäftstätigkeit entwickelt werden. Umsatz kann daher nicht, oder nur in sehr bescheidenem Ausmass generiert werden. Die Investitions- und Personalkosten laufen jedoch bereits ab Gründung. Damit sind Jungunternehmer doppelt gestraft mit einer Umsatzgrenze von CHF 50'000.</p> <p>Antrag</p> <p>Für Jungunternehmen ist die Umsatzgrenze auf CHF 5'000 zu reduzieren.</p>

Art. 4 Abs. 1 lit. c	<p>Das Doppelsubventionierungsverbot ist grundsätzlich richtig.</p> <p><u>Nicht richtig</u> ist jedoch, wenn bei einer Annahme durch das Parlament auch das <u>Geschäftsmietegesetz</u> in den Anwendungsbereich des Doppelsubventionierungsverbots fällt, wie dies in den Erläuterungen vorgesehen ist. Der Mieterlass bzw. die Subventionierung von Vermieter durch den Bund ist keine branchenspezifische Covid-Finanzhilfe des Bundes, sondern gilt für alle Branchen.</p> <p>Antrag 1</p> <p>Es ist sicherzustellen, dass auch bei einer allfälligen Anwendung des Geschäftsmietegesetzes Unternehmen trotzdem Härtefallmassnahmen in Anspruch nehmen können.</p>
Art. 4 Abs. 2 lit. c	<p>Im Sinne einer Präzisierung drängt sich auf, als bestimmendes <u>Kriterium die Fälligkeit</u> bei ausstehenden Steuerschulden oder ausstehenden Sozialabgaben einzufügen.</p> <p>Antrag</p> <p>Der Wortlaut ist wie folgt zu ergänzen: am 15. März keine fälligen Rückstände [...]</p>
Art. 4 Abs. 3 lit. b	<p>Das Ziel dieser Bestimmung kann nicht nachvollzogen werden. Kredite sind zusätzliche Schulden, welche die finanzielle Situation der Unternehmen nur verschlimmern. Es macht <u>wenig Sinn</u>, wenn sich Unternehmen zuerst weiter verschulden müssen, bevor Hilfe aus Härtefallmassnahmen fließen kann. Denn in diesem Zeitpunkt wären wohl die weiteren Voraussetzungen gemäss Art. 4 nicht mehr gegeben, weil das Unternehmen bereits finanziell am Abgrund steht. Dies höhlt Sinn und Zweck der Härtefall-Hilfemassnahmen aus und macht weder aus betriebswirtschaftlicher noch aus volkswirtschaftlicher Sichtweise Sinn.</p> <p>Des Weiteren wirkt befremdend, dass wenn ein COVID-19 Kredit ausbezahlt wurde, die Verordnung sich über diesen Umstand ausschweigt. Es müssten für beide Ausgangslagen dieselbe Regelung gelten. Nämlich, dass ein allfälliger Bezug von einem COVID-19 Kredit, in welcher Form auch immer und wie in Art. 12 Abs. 2 COVID-19 Gesetz vorgesehen, keine Auswirkungen auf Härtefallmassnahmen haben darf.</p> <p>Antrag</p> <p>Streichen</p>
Art. 6 lit. a Ziffer 2	<p>Weil die staatlich finanzierten Härtefallmassnahmen die Existenz und den Erhalt von Arbeitsplätzen sichern sollen, ist es grundsätzlich richtig, dass keine Dividenden und Tantiemen auszuschütten sind.</p> <p>Dieses Verbot hingegen auf 5 Jahre nach Erhalt eines nicht rückzahlbaren Beitrags festzulegen, ist zu einschränkend. <u>Angemessen</u> ist die Frist von <u>2 Jahren</u>.</p> <p>Antrag</p> <p>Die Frist für das Ausschüttungsverbot von Dividenden und Tantiemen bei nicht rückzahlbaren Beiträgen ist von 5 Jahren auf 2 Jahre zu verkürzen.</p>

3. Abschnitt: Anforderungen an die Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 7 Abs. 2	<p>Auch innerhalb der Härtefälle gibt es Unternehmen, welche wesentlich mehr/härter betroffen sind als andere. Um diesem Umstand gerecht zu werden, müsste noch ein weiteres Kriterium eingefügt werden: der Härtefallgrad.</p> <p>Die Reisebranche hat beispielsweise mit einem Umsatzeinbruch von 95% wesentlich mehr Einbussen als ein Unternehmen, dass «lediglich» einen Umsatzeinbruch von 61% erleidet. In diesem Sinne sollte auch der Härtefallgrad bei den Härtefallmassnahmen eine Rolle spielen und die härter betroffenen Branchen entsprechend mehr unterstützt werden können. Innerhalb der Härtefälle könnte eine Abstufung «Härtefall» und «besonders schwer betroffener Härtefall» erfolgen.</p> <p>Antrag</p> <p>Die Aufzählung soll um das Kriterium «Härtefallgrad» erweitert werden: Sie können nach Branchen, Unternehmensgrösse, Form der Instrumente oder Härtefallgrad unterschiedlich sein.</p>
Art. 7 Abs. 3	<p>Die Reisebranche kann im Falle von Darlehen, Bürgschaften oder Garantien diese nicht mehr zurückzahlen. Bei einer Durchschnittsmarge von 1% ist das Abzahlen bzw. das Erreichen einer Gewinnzone bei weiteren Schulden schlichtweg nicht mehr möglich. Für die Reisebranche sind deshalb nur nicht rückzahlbare Beiträge eine wirkliche Hilfe. Weitere Schulden (nebst den COVID-Krediten) machen für die Reisebranche keinen Sinn.</p> <p>Wenn die gänzliche Streichung von Darlehen, Bürgschaften oder Garantien keine Option ist, so müsste zumindest eine <u>Kombination</u> aus den verschiedenen Massnahmen (rückzahlbare Darlehen, Bürgschaften oder Garantien oder nicht rückzahlbare Beiträge) möglich sein. Härtefallmassnahmen sollen dem <u>Einzelfall</u> gerecht werden. Deshalb macht es keinen Sinn restriktive einschränkende Vorgaben zu machen. Der in den Erläuterungen gelieferte Grund für die Einschränkung – Koordinations- und Kontrollaufwand für Kantone tief halten – ist im Vergleich zum volkswirtschaftlichen Zweck, der im <u>Erhalt von Arbeitsplätzen</u> besteht, von untergeordneter Bedeutung.</p> <p>Antrag</p> <p>Die Form der Härtefallmassnahmen kann kombiniert werden.</p>
Art. 8 Abs. 2	<p>Es macht Sinn, als Kriterium auf den Umsatz abzustellen. Dies ist auch die im Gesetz genannte Bestimmungsgrösse. Deshalb ist über den Wortlaut des Gesetzes <u>nicht abgedeckt</u>, wenn nun mit einem Höchstbetrag pro Unternehmen ein <u>zusätzliches Kriterium</u> eingefügt werden soll.</p> <p>Ist eine Höchstgrenze der nicht rückzahlbaren Beiträge trotzdem festzulegen, so ist diese zumindest höher anzusetzen. Insbesondere nicht bei dem Betrag, welcher dem COVID-19 Kredit entspricht. Dieser wird zu 100% vom Bund abgesichert. Wäre dies das Kriterium, müsste der Höchstbetrag mindestens bei 1 Mio. liegen (Bund CHF 500'000 und Kanton CHF 500'000).</p> <p>Antrag</p>

	Als Kriterium ist einzig auf die Bestimmungsgrösse von höchstens 10% des Jahresumsatzes 2019 abzustellen und der Maximalbetrag von CHF 500'000 pro Unternehmen ist zu streichen.
--	--

4. Abschnitt: Verfahren und Zuständigkeiten

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 12	<p>Die Kantone sollen dazu verpflichtet werden, ab 1. Dezember die Gesuche entgegennehmen zu können und spätestens per 31. Januar 2021 die entsprechenden Hilfemaßnahmen leisten zu müssen. Erfolgt die Umsetzung später, kommt die Hilfe zu spät. Dies darf aus volkswirtschaftlichen Gründen nicht geschehen. Der Bund muss, falls notwendig, in Vorleistung gehen können (siehe auch die Bemerkungen zu Art. 17).</p> <p>Antrag</p> <p>Art. 12 ist dahingehen zu ergänzen, dass die Kantone per 1. Dezember 2020 die Gesuche entgegennehmen können müssen und die Darlehen, Bürgschaften oder Garantien spätestens bis 31. Januar 2021 gewährt oder die nicht rückzahlbaren Beträge spätestens bis 31. Januar 2021 erstmalig ausbezahlt werden.</p>
Missbrauchsbekämpfung	[Bemerkungen/Anregungen zur Ausgestaltung und konkreten Umsetzung der Missbrauchsbekämpfung]

5. Abschnitt: Beiträge des Bundes und Berichterstattung der Kantone

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 14	<p>Fraglich ist, ob es überhaupt eine explizite Nennung eines Höchstbetrages braucht. Wir befinden uns in einer Notlage, die sich stetig ändert. Deshalb wäre wohl eine offene Formulierung angezeigt, welche sich den Entwicklungen anpassen kann. Auch wenn dem Bund nicht unerschöpflich Gelder zur Verfügung stehen, so sollte die Möglichkeit der Erhöhung zumindest vorgesehen werden.</p> <p>Auf alle Fälle ist der Betrag von CHF 200 Mio. <u>zu tief angesetzt</u> - wie dies auch schon an der Pressekonferenz vom 4. November 2020 von Bundesrat Ueli Maurer richtigerweise erwähnt wurde. Im Zeitpunkt der Festlegung der CHF 200 Mio. war das Ausmass der zweiten Welle noch nicht bekannt. Und auch jetzt sind die Auswirkungen noch nicht abschätzbar, weshalb die Festsetzung eines Betrags nicht möglich bzw. willkürlich ist. Will man der nun vorherrschenden Situation gerecht werden, ist der Beitrag auf <u>mindestens CHF 600 Mio.</u> anzuheben. Auch im Vergleich mit dem ersten Hilfspaket für Covid-19-Kredite, welches über CHF 40 Mia. umfasste, ist diese Grössenordnung angezeigt. Zusammen mit den Kantonen stünde somit, Stand heute, ein</p>

	<p>angemessenes Hilfspacket von CHF 1,2 Mia. zur Verfügung, welches aber nach Bedarf erhöht werden können sollte.</p> <p><u>Antrag</u></p> <p>Der Bund beteiligt sich im Rahmen der bewilligten Kredite im Umfang von mindestens 600 Millionen Franken an kantonalen Härtefallmassnahmen. Bei Bedarf kann dieser Betrag erhöht werden.</p>
Art. 15	<p>Das kantonale BIP und die Wohnbevölkerung sind wohl statistisch schnell verfügbare Größen. Nur sagen diese Größen nichts aus über die <u>Anzahl betroffener Unternehmen</u> in den <u>jeweiligen Kantonen</u> und deren <u>benötigte finanziellen Mittel</u>. Allenfalls ist ein anderer Verteilschlüssel zu erarbeiten. Dieser könnte beispielsweise beim Umsatz und der Anzahl Arbeitsplätze der betroffenen Unternehmen angesetzt werden.</p> <p><u>Antrag</u></p> <p>Falls zutreffendere Kriterien herangezogen werden können, die der jeweiligen Situation in den einzelnen Kantonen besser gerecht werden, ist auf diese abzustellen.</p>

Zusatzfragen an die Kantone zur Abschätzung des Finanzierungsbedarfs

- Plant Ihr Kanton, kantonale Härtefallmassnahmen zu ergreifen?
- Wenn ja, in welcher Form? (Darlehen, Bürgschaften, Garantien und/oder rückzahlbare Beiträge)
- Erste Schätzung zum *gesamten* Mittelbedarf in Ihrem Kanton (à fond perdu-Beiträge und *Verluste* aus Darlehen, Bürgschaften und Garantien, wovon der Bund die Hälfte tragen müsste)

6. Abschnitt: Kapitalverlust und Überschuldung und

7. Abschnitt: Schlussbestimmungen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 17 Abs. 1	<p>Die Kantone sollen dazu verpflichtet werden, ab 1. Dezember die Gesuche entgegennehmen zu können und spätestens per 31. Januar 2021 die entsprechenden Hilfemassnahmen leisten zu müssen (siehe auch Bemerkungen zu Art. 12). Erfolgt die Umsetzung später, kommt die Hilfe zu spät. Dies darf aus volkswirtschaftlichen Gründen nicht geschehen. Der Bund muss, falls notwendig, in Vorleistung gehen können.</p> <p>Antrag</p> <p>Sind die Kantone finanziell nicht in der Lage, die Darlehen, Bürgschaften oder Garantien bis spätestens 31. Januar 2021 zu gewähren oder die nicht rückzahlbaren Beiträge auszubezahlen, wird der Bund diese Darlehen, Bürgschaften oder Garantien im Sinne einer Vorleistung absichern oder die nicht rückzahlbaren Beträge vorschreiben.</p>



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Eidgenössische Finanzverwaltung EFV

Antwortformular: Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Schweizer Tourismus-Verband

Abkürzung der Firma / Organisation : STV

Adresse : Finkenhubelweg 11, 3012 Bern

Kontaktperson : Barbara Gisi, Direktorin

Telefon : 031 307 47 47

E-Mail : barbara.gisi@stv-fst.ch

Datum : 13.11.2020

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Tabellenzeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word-Dokument** bis am **13. November 2020** an folgende E-Mail Adressen: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme!

Allgemeine Bemerkungen

Das Ziel der Vorlage, die Ausführungsbestimmungen in Bezug auf die Beteiligung des Bundes an kantonalen Unterstützungsmassnahmen für Härtefälle festzulegen, ist zu begrüssen. Mit Blick auf Sinn und Zweck der Härtefalllösung – namentlich besonders stark von der Covid-19-Krise betroffene Unternehmen finanziell zu unterstützen – verfehlt der vorliegende Entwurf sein Ziel. Gerade jenen Unternehmen, welche am dringendsten auf eine solche Hilfe angewiesen wären, würde tendenziell deren Zugang erschwert. Darunter sind längst auch solche, die vor der Krise finanziell gesund und überlebensfähig waren und sich nun unverschuldet in finanzieller Schieflage befinden.

Um einer Konkurs- und Entlassungswelle im Tourismussektor entgegenzuwirken, bedarf die Vorlage eine sofortige Umsetzung und Anpassungen insbesondere folgender Punkte:

Definition von «profitablen und überlebensfähigen» Unternehmen:

- Das Jahr 2020 ist bei der Beurteilung, ob eine Überschuldung vorliegt, nicht zu berücksichtigen (Anpassung Art. 4 Abs. 2 Bst. a);
- Keine mittelfristige Finanzplanung, sondern eine, welche zum Zeitpunkt der Gesuchseinreichung glaubhaft aufzeigen kann, wie die Finanzierung des Unternehmens unter Annahme keiner weiteren behördlichen Einschränkungen gesichert werden kann (Anpassung Art. 4 Abs. 2 Bst. d).

Definition von Umsatzrückgang:

- Der Umsatz 2020 berechnet sich ausschliesslich über den Wert der verkauften Waren und erbrachten Dienstleistungen; erlassene Aufwendungen sind nicht dazuzählen (z. B. KAE, CEE, Mieterlass) (Anpassung Art. 5 Abs. 2).
- Unternehmen, deren Jahresumsatz zwischen 30 % und 40 % unter dem durchschnittlichen Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 liegt, sollen ebenfalls unter die Härtefallregelung fallen und in reduziertem Mass unterstützt werden (Ergänzung Art. 5 Abs. 4 und Art. 8 Abs. 4).

Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen:

- Ein Unternehmen kann gleichzeitig mehrere Formen von Hilfen beanspruchen (Streichen Art. 7 Abs. 3);
- Dabei gelten bei a-fond-perdu-Beiträgen flexible Höchstgrenzen (Anpassung Art. 8 Abs. 2). A-fond-perdu-Beiträge kommen prioritär zum Einsatz.

Höhere Beteiligung des Bundes an kantonalen Härtefallmassnahmen:

- Derzeit beträgt die maximale Summe für Härtefallmassnahmen 400 Millionen Franken – dies unter der Annahme, dass sich Bund und Kantone zu je der Hälfte daran beteiligen. Diese Gesamtsumme ist substanzial zu erhöhen, der STV geht von einem Gesamtfinanzbedarf von 1800 Millionen aus, welche der Tourismussektor benötigt (Anpassung Art. 14);
- Weil gewisse Kantone nicht über die nötigen Mittel verfügen dürften und um Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern, soll die Bundesbeteiligung 80% betragen (Anpassung Art. 17);
- Die Umsetzung dieser Bestimmung erfordert zudem die Anpassung von Art. 12 des Covid-19-Gesetzes. Ohne neuen Finanzierungsschlüssel droht die Härtefallregelung zu scheitern, weil viele Kantone bei einer fünfzigprozentigen Leistungsbeteiligung überfordert wären. Notleidende Betriebe dürfen nicht darunter leiden.

Änderungswünsche sind in **roter Farbe** gehalten.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

1. Abschnitt: Grundsatz

Thema	Bemerkung/Anregung
	Keine Bemerkungen

2. Abschnitt: Anforderungen an die Unternehmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 4 Abs. 1 Bst. c <u>Präzisierung</u>	Diese Bestimmung legt fest, welche spezifischen Hilfen unter das Doppelsubventionierungsverbot fallen. Gemäss erläuterndem Bericht sind CEE, KAE, Covid-19-Solidaritätskredite und solche für Startups davon ausgenommen. Zu präzisieren ist, dass auch Unterstützungen der Schweizerischen Gesellschaft für Hotelkredit (SGH) nicht unter das Doppelsubventionierungsverbot fallen.
Art. 4 Abs. 2 Bst. a <u>Anpassen</u>	<p>Dieser Artikel sieht vor, dass profitable und überlebensfähige Unternehmen seit dem 1. Januar 2019 und bis und mit Einreichung des Gesuchs nicht überschuldet sein sollen. Damit würde das Geschäftsjahr 2020 vollumfänglich oder zu einem grossen Teil mitberücksichtigt werden. Eine solche Bestimmung ist mit Blick auf Sinn und Zweck der Härtefallregelung – die Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Covid-19-Pandemie – problematisch. Für die meisten Unternehmen, die im Jahr 2020 Umsatzeinbussen von 40 Prozent oder mehr erlitten, kommt es der Quadratur des Kreises gleich, sich Ende 2020 nicht in einer Überschuldungssituation zu befinden. Der Bund würde mit der vorliegenden Bestimmung einen Grossteil der am stärksten von der Krise betroffenen Betriebe im Rahmen einer Härtefalllösung nicht unterstützen. Damit würde gerade den Betrieben, die auf eine solche Unterstützung dringend angewiesen sind, der Zugang erschwert.</p> <p>Die Überschuldung im Jahr 2020 hängt nicht davon ab, wie profitabel oder überlebensfähig ein Unternehmen ist, sondern wie stark die Covid-19-Massnahmen dessen Geschäftstätigkeit eingeschränkt hat.</p> <p>Weiter hatten die meisten Unternehmen gar nicht die Möglichkeit – unabhängig davon, wie rentabel sie zu üblichen Geschäftsjahren wirtschaften – ihre Verluste aus der «ersten Welle» im Frühling 2020 aufzufangen. Spätestens seit dem Herbst 2020 sind wieder weitergehende Massnahmen von Bund und Kantonen in Kraft, die ein profitables Wirtschaften stark einschränken oder verunmöglichen.</p> <p>Das Geschäftsjahr 2020 wurde für Härtefälle massgeblich von den finanziellen Auswirkungen der behördlichen Covid-19-Massnahmen geprägt. Daher ist das Jahr 2020 kein Referenzwert dafür, ob ein Unternehmen profitable und überlebensfähig ist (sofern das Unternehmen vor 2020 gegründet wurde). Daher ist dieser Artikel wie folgt anzupassen:</p> <p style="color: red;">« [...] zum Zeitpunkt der Einreichung des Gesuchs nicht überschuldet sind und zwischen dem 1. Januar 2019 und [der Einreichung des Gesuchs] <u>dem 31. Dezember 2019</u> nicht überschuldet waren;» [Streichen und anpassen]</p>
Art. 4 Abs. 2 Bst. d <u>Anpassen</u>	Als weitere Bedingung muss ein profitables und überlebensfähiges Unternehmen über eine mittelfristige Finanzplanung verfügen. Gemäss erläuterndem Bericht umfasst dies mindestens das laufende und das darauffolgende Jahr. Angesichts der unsicheren Gesamtlage und Entwicklung der Covid-19-Pandemie sowie wirtschaftlich einschneidenden Massnahmen zu deren Eindämmung ist eine solche Zeitspanne weder angemessen, noch lässt sie eine Finanzplanung zu, die sich auf bis zu zwei Jahre erstrecken soll.

	<p>Die Finanzplanung ist nach Dafürhalten vom STV unter der Annahme zu erstellen, dass keine weiteren behördlichen Massnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie angeordnet werden.</p> <p>Weiter soll das Unternehmen für diese Zeitspanne gemäss erläuterndem Bericht aufzeigen, dass seine Finanzierung mit der Härtefallmassnahme ohne weitere staatliche Hilfen gesichert werden kann. Der STV fordert, dass nebst CEE, KAE, Covid-19-Krediten und Bürgschaftskrediten für Startups auch jene der SGH von solchen staatlichen Hilfen ausgenommen sind.</p> <p>Die Bestimmung ist wie folgt anzupassen:</p> <p style="color: red;">« [...] über eine [mittelfristige] Finanzplanung verfügen, die glaubhaft aufzeigt, dass die Finanzierung des Unternehmens mit der Härtefallmassnahme [...]» [Streichen]</p>
Art. 4 Abs. 3 Bst. b <u>Streichen</u>	<p>Diese Bestimmung legt fest, dass ein Covid-19-Kontokorrentkredit vollständig ausgeschöpft sein muss, um zumutbare Selbsthilfemaßnahmen ergriffen zu haben. Eine solche Regelung drängt Unternehmen dazu, diese Kredite auszuschöpfen, wenn sie zusätzlich finanzielle Unterstützung in Form der Härtefallregelung beantragen müssen. Es müssen folglich zuerst jene Kredite ausgeschöpft werden, welche zur Überschuldungsproblematik der Unternehmen beitragen, zu deren Milderung die Härtefalllösung eigentlich beitragen sollte. Außerdem erhöht sich das Konkursrisiko für all jene Unternehmen, deren Gesuch abgelehnt wird.</p> <p>Weiter legt der Bericht fest, dass Covid-19-Solidarbürgschaftskredite nicht unter das Doppelsubventionierungsverbot fallen. Dies steht im Widerspruch dazu, dass solche Kredite erst ausgeschöpft werden müssen, um zumutbare Selbsthilfemaßnahmen ergriffen zu haben. Auch aus dieser Logik heraus ist diese Bestimmung aus der Verordnung zu <u>streichen</u>.</p>
Art. 5 Abs. 1 <u>Anpassen</u>	<p>Bei Gesuchseinreichung ist der Jahresumsatz 2020 allenfalls noch nicht bekannt. Deshalb ist Art. 5 Abs. 1 wie folgt zu ergänzen:</p> <p style="color: red;">«Die Unternehmen haben gegenüber dem Kanton belegt, dass ihr Jahresumsatz 2020 oder ihr Jahresumsatz bis zur Einreichung des Gesuchs in der Folge von behördlich angeordneten Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie mehr als 40 Prozent unter dem durchschnittlichen Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 liegt.» [Ergänzen]</p>
Art. 5 Abs. 2 <u>Anpassen</u>	<p>Gemäss diesem Artikel sind Entschädigungen für Kurzarbeit und Covid-Erwerbsersatz zum Umsatz 2020 hinzuzuzählen. Aus dem erläuternden Bericht geht hervor, dass dies bei Inkrafttreten des Geschäftsmietegesetzes weiter für verordnete oder freiwillige Mieterlasse der Fall sein würde.</p> <p>Eine solche Bestimmung stellt eine sachfremde respektive nicht gerechtfertigte Verknüpfung unterschiedlicher finanzieller Instrumente zur Abfederung der Covid-19-Krise dar. Im buchhalterischen Sinne definiert sich der Umsatz über den Wert von erbrachten Leistungen und abgesetzten Waren; bei der KAE und CEE verringern sich die Aufwendungen eines Unternehmens. Schliesslich dienen diese beiden arbeitsmarktlchen Instrumente in erster Linie dazu, Arbeitsplätze zu sichern und Unternehmen vor unverzuldeten Liquiditätsengpässen und Konkursen zu bewahren. Es geht nicht darum, die Gewinne oder die Erfolgsrechnung solcher Unternehmen zu verbessern. Deswegen sind sie oder andere erlassene Aufwendungen nicht zum Umsatz hinzuzuzählen.</p> <p>Weiter würde der Einbezug von erlassenen Aufwendungen im Umsatz (z. B. KAE) einen administrativen Mehraufwand für die Kantone und Unternehmen verursachen. Dies dürfte weder im Sinne dieser noch des Bundes sein. Letztlich stellt der Bund Massnahmen vor, wie administrative Kosten für die Kantone tief zu halten sind (z. B. Bericht S. 7).</p>

	<p>Zudem steht die Bestimmung im Widerspruch zu Art. 12 Abs. 2 Covid-19-Gesetz, wonach die KAE, CEE sowie die Covid-19-Kredite explizit nicht als staatliche Finanzhilfen gelten. Weiter sieht bspw. auch die Covid-19-Erwerbsausfallverordnung vor, dass Härtefallmassnahmen nicht subsidiär zur CEE gelten.</p> <p>Aus obengenannten Gründen ist der Artikel wie folgt zu kürzen:</p> <p>«Der Umsatz 2020 berechnet sich aus dem Wert der verkauften Waren und der erbrachten Dienstleistungen [zuzüglich der für die Periode 2020 erhaltenen Entschädigungen für Kurzarbeit und Covid-Erwerbsersatz].» [Streichen]</p>
Art. 5 Abs. 4 (neu) <u>Ergänzen</u>	<p>Unternehmen, deren Jahresumsatz zwischen 30 % und 40 % unter dem durchschnittlichen Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 liegt, sollen ebenfalls Härtefallmassnahmen beantragen können. Tun sie dies, werden sie in reduziertem Mass unterstützt. Der STV spricht sich für eine Abstufung aus, um eine hohe Schwelle zwischen den nicht anspruchsberechtigten Unternehmen und den Härtefällen zu vermeiden.</p> <p>«Unternehmen, deren Jahresumsatz zwischen 30 % und 40 % unter dem durchschnittlichen Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 liegt, können ebenfalls als Härtefälle gelten.»</p> <p>Diese Ergänzung erfordert außerdem eine Anpassung von Art.12 Abs.1 des Covid-19-Gesetzes.</p>

3. Abschnitt: Anforderungen an die Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 7 Abs. 3 <u>Streichen</u>	<p>Zu begrüssen ist, dass die Kantone verschiedene Formen von Härtefallhilfen gewähren können. Mit Blick auf die tiefen respektive unterschiedlichen Höchstgrenzen (Art. 8 Abs. 1 und 2) soll es den Unternehmen möglich sein, mehr als eine finanzielle Hilfe gleichzeitig beanspruchen zu können (z. B. Darlehen und nicht rückzahlbare Beiträge).</p> <p>Der zusätzliche Koordinations- und Kontrollaufwand dürfte gering sein. Wenn ein Unternehmen bereits von einer Härtefallmassnahme Gebrauch macht und daraufhin eine zweite Unterstützungshilfe in Form eines Härtefalls beantragt, dürfte der Aufwand geringer sein als beim Erstantrag.</p> <p>Daher ist es angezeigt, den <u>Art. 7 Abs. 3 zu streichen</u>.</p>
Art. 8 Abs. 2 <u>Anpassen</u>	<p>Nicht rückzahlbare Beiträge werden gemäss Verordnungsentwurf auf 10 Prozent des Jahresumsatzes 2019 (respektive 500'000 Franken) limitiert. Damit müssten betroffene Unternehmen einen grossen Teil ihrer Umsatzeinbussen von 2020 (im Vgl. zu 2019) selbst tragen. Sowohl die Kostenstruktur als auch die Umsatzeinbussen sind über den ganzen Tourismussektor und je nach Betroffenheit der jeweiligen Branche sehr unterschiedlich. Dies bestimmt massgeblich, wie hoch der Bedarf an Unterstützungsmassnahmen ist. Zudem hängen der Bedarf und die Höhe einer Härtefallhilfe vom weiteren Verlauf der Covid-19-Pandemie, respektive von einschränkenden Massnahmen zu deren Eindämmung ab. Die genannte Höchstgrenze schränkt die Flexibilität und somit die Wirksamkeit der Härtefallmassnahmen ein. Die absolute Höchstgrenze von CHF 500'000.- genügt.</p> <p>Letztlich obliegt es den Kantonen, die Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen den unterschiedlichen kantonalen Gegebenheiten anzupassen. Dies bedingt eine flexible und nicht zu starre Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen.</p>

	<p>Daher ist der Abschnitt wie folgt zu kürzen:</p> <p>«Die nicht rückzahlbaren Beiträge belaufen sich auf höchstens 10 Prozent des Jahresumsatzes 2019 und höchstens auf 500 000 Franken pro Unternehmen. Im Falle besonderer Härte können diese absoluten Beiträge erhöht werden. Die Beiträge können gestaffelt beschlossen und ausgerichtet werden.» [Streichen und <u>Ergänzen</u>]</p>
Art. 8 Abs. 4 (neu) <u>Ergänzen</u>	<p>Diese Bestimmung ist die logische Folgerung aus Forderung Art 5 Abs. 4. Ohne die folgende Ergänzung würde ein Unternehmen mit Umsatzeinbussen von 39.9 % nicht von den Härtefallmassnahmen profitieren, während ein Unternehmen mit Umsatzeinbussen von 40 % in vollem Umfang unterstützt werden kann. Der STV spricht sich für eine Abstufung aus. Unternehmen, deren Jahresumsatz zwischen 30 % und 40 % unter dem durchschnittlichen Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 liegt, sollen ebenfalls Härtefallmassnahmen beantragen können.</p> <p>«Die Höchstgrenze für Unternehmen, deren Jahresumsatz 30 % unter dem durchschnittlichen Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 liegt, beträgt 20 % der ordentlichen Höchstgrenze. Diese Höchstgrenze steigt linear mit dem Umsatzverlust.»</p> <p>Diese Ergänzung erfordert außerdem eine Anpassung von Art.12 Abs.1 des Covid-19-Gesetzes.</p>

4. Abschnitt: Verfahren und Zuständigkeiten

Thema	Bemerkung/Anregung
	Keine Bemerkungen

5. Abschnitt: Beiträge des Bundes und Berichterstattung der Kantone

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 14 <u>Anpassen</u>	<p>Dieser Artikel sieht eine Beteiligung des Bundes von höchstens 200 Millionen Franken an kantonalen Härtefallmassnahmen vor. Angesichts des Ausmaßes der Covid-19-Krise auf die Wirtschaft dürfte dieser Betrag bei weitem nicht ausreichen. Allein die Beherbergungsbranche geht heute von einem Finanzbedarf von mindestens 500 Millionen aus. Für viele Branchen ist es sehr schwierig den Bedarf zu benennen, da der Verlauf der Epidemie und die damit einhergehenden Umsatzeinbussen heute nicht abzuschätzen sind. Um ein Maximum an Flexibilität und Handlungsspielraum für Bund und Kantone zu gewährleisten, sollte ein Betrag von 1800 Millionen bereitgestellt werden, auch damit nicht immerzu neue Nachtragskredite beantragt werden müssen.</p> <p>«Bund und Kantone beteiligen sich im Rahmen der bewilligten Kredite im Umfang von 1'800 Millionen Franken an den Härtefallmassnahmen. Der Bundesanteil beträgt dabei 1440 Millionen Franken.» [Streichen und <u>anpassen</u>]</p>
Art. 17 Abs. 2 <u>Anpassen</u>	Gemäß erläuterndem Bericht beteiligt sich der Bund zur Hälfte an den Auszahlungen der Härtefallhilfen. Der STV fordert, dass ein Beteiligungsverhältnis Bund/Kantone von 80%/20% zur Anwendung kommt. Diese Bestimmung erfordert eine Anpassung von Art. 12 Abs. 1 des Covid-19-Gesetzes. Ein erhöhter Bundesanteil erhöht den Druck

	auf die Kantone das Geld auch tatsächlich zu beziehen und mindert somit auch die Gefahr von Wettbewerbsverzerrungen aufgrund von uneinheitlicher Behandlung der Härtefälle. Weiter fordert der STV eine Ersatzlösung für Härtefälle in Kantonen, welche nicht bereit sind, sich an der Härtefalllösung zu beteiligen.
--	---

6. Abschnitt: Kapitalverlust und Überschuldung und 7. Abschnitt: Schlussbestimmungen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 20 <u>Präzisierung</u>	Gemäss erläuterndem Bericht werden Forderungen aus Covid-19-Solidarbürgschaftskrediten und -Härtefallkredite nicht zum Fremdkapital gezählt. Der STV spricht sich dafür aus, dass gewährte Kredite der SGH, die im Jahr 2020 gewährt wurden, auch nicht zum Fremdkapital gezählt werden.

Philip Rohr
Verantwortlicher Kommunikation
Eidgenössische Finanzverwaltung EFV
3003 Bern

Marianne.Widmer@efv.admin.ch
Lukas.Hohl@efv.admin.ch

Romoos, 17. November 2020

Stellungnahme der Arbeitsgruppe Berggebiet zur Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Sehr geehrter Herr Rohr

Die AG Berggebiet bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme zur Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung). Wegen Quarantäneabwesenheit erfolgt die Eingabe verspätet. Wir bitten um Verständnis und danken Ihnen, wenn sie trotzdem noch berücksichtigt wird.

Die Arbeitsgruppe (AG) Berggebiet ist an den Solidaritätsfond Luzerner Bergbevölkerung angegliedert. Sie äussert sich zu Themen, welche für das Berggebiet und den ländlichen Raum von politischer Relevanz sind.

Die Arbeitsgruppe Berggebiet unterstützt vollumfänglich die Stellungnahme der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB) in der Beilage.

Der Tourismus ist für die Berggebiete und ländlichen Räume von zentraler Bedeutung. Der Lockdown im Frühjahr 2020 hatte für die Tourismusbranche einschneidende Konsequenzen und führte zu grossen wirtschaftlichen Einbussen. In den Sommermonaten konnten viele (aber längst nicht alle) Bergdestinationen dank zahlreicher einheimischer Gäste zum Teil überdurchschnittliche Resultate verbuchen, der Städtetourismus kam jedoch praktisch vollständig zum Erliegen, da die Geschäftsreisen und ausländischen Gäste weitestgehend ausblieben. Auch Bergdestinationen, die vor allem auf ausländische Gäste ausgerichtet sind wie z.B. Interlaken mussten extreme Einbussen hinnehmen.

Die mit der zweiten Welle im Herbst verordneten Restriktionen im Gastgewerbe und letztlich die Schliessung der Gaststätten in mehreren Kantonen ausgehend von der Westschweiz treffen den Tourismus hart. Das Verbot von Veranstaltungen (Museumsbesuche, Theater, Kongresse, Konzerte und zahlreiche weitere Events) treiben die betroffenen Betriebe an den Rand des Konkurses. Die Wintersaison ist für viele Bergdestinationen entscheidend. Wenn diese Wintersaison nicht stattfinden kann, werden etliche Betriebe Konkurs gehen. Angesichts der Massnahmen in den europäischen Ländern und auch im aussereuropäischen Markt muss für diesen Winter damit gerechnet werden, dass ausländische Gäste vollständig fehlen werden.

Ausschluss staatlich beherrschter Unternehmen. Gemäss Art. 1, Abs. 2 sollen Betriebe, an denen Bund, Kantone oder Gemeinden zu mehr als 10% beteiligt sind, keine Härtefallmassnahmen in Anspruch nehmen dürfen. Vom Prinzip her ist das sicher richtig, doch spricht man sonst eigentlich

AG Berggebiet c/o Solidaritätsfond Luzerner Bergbevölkerung
Ruedi Lustenberger, Präsident, a. Nationalrat,
Flüebodenmatt 1, 6113 Romoos

erst ab einer Beteiligung von über 50% von einem staatlich beherrschten Unternehmen. Die Grenze von 10% erscheint sehr tief angesetzt. Viele Gemeinden gerade im ländlichen Raum haben in den

vergangenen Jahren in touristische Infrastrukturen investiert, weil sie für die betreffenden Gemeinden systemrelevant sind. Der tiefe Wert von 10% dürfte in der Praxis zu erheblichen Abgrenzungsproblemen und Fragen der Gleichbehandlung führen. Wir schlagen im Sinne eines Kompromisses vor, **die Grenze bei 33% anzusetzen**, was in etwa dem Begriff einer Sperrminorität entsprechen würde.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

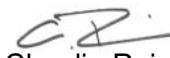
Freundliche Grüsse

Arbeitsgruppe Berggebiet

c/o Solidaritätsfond Luzerner Bergbevölkerung



Ruedi Lustenberger, Präsident



Claudia Reis-Reis, Sekretariat

Beilage:

Stellungnahme der SAB (PDF)



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Eidgenössische Finanzverwaltung EFV

Antwortformular: Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete

Abkürzung der Firma / Organisation : SAB

Adresse : Seilerstrasse 4 / Postfach / 3001 Bern

Kontaktperson : Thomas Egger, Direktor

Telefon : 031 382 10 10

E-Mail : info@sab.ch

Datum : 12. November 2020

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Tabelleenzeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word-Dokument** bis am **13. November 2020** an folgende E-Mail Adressen: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme!

Allgemeine Bemerkungen

Der Tourismus ist für die Berggebiete und ländlichen Räume von zentraler Bedeutung. Der Lockdown im Frühjahr 2020 hatte für die Tourismusbranche einschneidende Konsequenzen und führte zu grossen wirtschaftlichen Einbussen. In den Sommermonaten konnten viele (aber längst nicht alle) Bergdestinationen dank zahlreicher einheimischer Gäste zum Teil überdurchschnittliche Resultate verbuchen, der Städtetourismus kam jedoch praktisch vollständig zum Erliegen, da die Geschäftsreisen und ausländischen Gäste weitestgehend ausblieben. Auch Bergdestinationen, die vor allem auf ausländische Gäste ausgerichtet sind wie z.B. Interlaken mussten extreme Einbussen hinnehmen.

Die mit der zweiten Welle im Herbst verordneten Restriktionen im Gastgewerbe und letztlich die Schliessung der Gaststätten in mehreren Kantonen ausgehend von der Westschweiz treffen den Tourismus hart. Das Verbot von Veranstaltungen (Museumsbesuche, Theater, Kongresse, Konzerte und zahlreiche weitere Events) treiben die betroffenen Betriebe an den Rand des Konkurses. Die Wintersaison ist für viele Bergdestinationen entscheidend. Wenn diese Wintersaison nicht stattfinden kann, werden etliche Betriebe Konkurs gehen. Angesichts der Massnahmen in den europäischen Ländern und auch im aussereuropäischen Markt muss für diesen Winter damit gerechnet werden, dass ausländische Gäste vollständig fehlen werden.

Es ist von zentraler Bedeutung, dass das Virus möglichst noch vor dem Start der Wintersaison wieder in den Griff zu bekommen, so dass die Fallzahlen substanzial sinken und wieder von einer einigermaßen stabilen gesundheitlichen Lage gesprochen werden kann, wenn auch so etwas wie eine Normalität frühestens in der zweiten Jahreshälfte 2021 zurückkehren dürfte.

Die seit der Verabschiedung des Covid-19-Gesetzes im September 2020 im Parlament rasant angestiegenen Fallzahlen zwingen zu einem raschen Handeln. Es kann nicht sein, dass die Ausführungsbestimmungen erst im Frühjahr 2021 in Kraft gesetzt werden. **Die SAB begrüßt ausdrücklich die Absicht des Bundesrates, die Verordnung bereits auf den 1. Dezember 2020 in Kraft zu setzen.**

Das Parlament hat die besondere Betroffenheit des Tourismus und der Eventbranche anerkannt und deshalb im Covid-19-Gesetz mit Art. 12 Härtefallmassnahmen für «*insbesondere Unternehmen in der Wertschöpfungskette der Eventbranche, Schaussteller, Dienstleister der Reisebranche sowie touristische Betriebe*» beschlossen. Wir haben hier bewusst den Wortlaut dieser Bestimmung nochmals zitiert. Denn die Mittel für die Härtefallmassnahmen müssen auf diese Branchen konzentriert werden. Wir bezweifeln, dass die in Aussicht gestellten 200 Millionen Franken des Bundes ausreichen werden. Die Schätzungen beruhen auf Annahmen, die vor dem Wiederanstieg der Fallzahlen getroffen wurden. Seitens der SAB sind wir der Auffassung, dass dieser Betrag substanzial erhöht und bereits jetzt ein **Beitrag des Bundes von 1 Mrd. Fr.** in Aussicht gestellt werden sollte. Der Beitrag des Bundes sollte zudem mit dem Verlauf der Pandemie laufend abgepasst werden und die Verordnung einen entsprechenden Anpassungsmechanismus im Sinne einer **rollenden Planung** vorsehen.

Zudem erachten wir den in der Verordnung vorgeschlagenen Verteilschlüssel als völlig falsch. Der vorgeschlagene Verteilschlüssel basiert auf der Einwohnerzahl und dem BIP. Die Massnahmen sind aber wie oben zitiert vor allem für die Tourismus- und Eventbranche gedacht. Folglich muss auch ein Indikator verwendet werden, der die Betroffenheit dieser Branchen abbildet. Wir schlagen dazu als Indikator die «**Tourismusintensität**» vor, also die Anzahl Hotellogiernächte pro Einwohner. Somit sind sowohl der Städtetourismus als auch der Bergtourismus abgebildet. Zudem darf davon ausgegangen werden, dass zahlreiche Events auch Hotellogiernächte generieren und somit zumindest indirekt die Eventbranche mit diesem Indikator auch abgebildet ist.

1. Abschnitt: Grundsatz

Thema	Bemerkung/Anregung
	<p>Ausschluss staatlich beherrschter Unternehmen. Gemäss Art. 1, Abs. 2 sollen Betriebe, an denen Bund, Kantone oder Gemeinden zu mehr als 10% beteiligt sind, keine Härtefallmassnahmen in Anspruch nehmen dürfen. Vom Prinzip her ist das sicher richtig, doch spricht man sonst eigentlich erst ab einer Beteiligung von über 50% von einem staatlich beherrschten Unternehmen. Die Grenze von 10% erscheint sehr tief angesetzt. Viele Gemeinden gerade im ländlichen Raum haben in den vergangenen Jahren in touristische Infrastrukturen investiert, weil sie für die betreffenden Gemeinden systemrelevant sind. Der tiefe Wert von 10% dürfte in der Praxis zu erheblichen Abgrenzungsproblemen und Fragen der Gleichbehandlung führen. Wir schlagen im Sinne eines Kompromisses vor, die Grenze bei 33% anzusetzen, was in etwa dem Begriff einer Sperrminorität entsprechen würde.</p>

2. Abschnitt: Anforderungen an die Unternehmen

Thema	Bemerkung/Anregung
	<p>Keine Bemerkungen. Wir erachten es insbesondere als richtig, dass die Unternehmen zumutbare Selbsthilfemaßnahmen einleiten müssen und dass nur Betriebe unterstützt werden, welche profitabel oder überlebensfähig sind.</p>

3. Abschnitt: Anforderungen an die Ausgestaltung der Härtefallmaßnahmen

Thema	Bemerkung/Anregung
	<p>Im Grundsatz einverstanden. Wir erachten eine Differenzierung zwischen à-fonds-perdu-Beiträgen und Darlehen/Bürgschaften als richtig. Die maximalen Beitragssätze von 25% bei Darlehen und Bürgschaften und vor allem die 10% bei à-fonds-perdu Beiträgen (gemessen am Jahresumsatz 2019) erachten wir als sehr tief angesetzt. Für ein einzelnes Unternehmen sind 10% zwar ein Beitrag, der Anerkennung verdient, er wird aber möglicherweise nicht reichen, um das betreffende Unternehmen zu retten. Wichtig ist deshalb die Möglichkeit, dass die Kantone über diese minimalen Beitragssätze hinaus gehen können.</p>

4. Abschnitt: Verfahren und Zuständigkeiten

Thema	Bemerkung/Anregung
	<p>Keine Bemerkungen.</p>

5. Abschnitt: Beiträge des Bundes und Berichterstattung der Kantone

Thema	Bemerkung/Anregung
	Wie einleitend ausgeführt erachten wir den Betrag von 200 Mio. Fr. schon jetzt als zu tief und schlagen einen neuen Wert von 1 Mrd. Fr. vor, der laufend an die geänderte Situation angepasst werden muss. Wir schlagen dazu vor, dass im 5. Abschnitt ein neuer Artikel eingeführt wird, der eine laufende Überwachung der Mittelausschöpfung und das Verfahren für eine allfällige Aufstockung der Mittel vorsieht.
	Wie ebenfalls bereits einleitend ausgeführt, erachten wir den vorgeschlagenen Verteilschlüssel auf die Kantone als untauglich . Die gewählten Kriterien (Einwohnerzahl und BIP) haben nichts mit der Zielsetzung der Massnahmen zu tun, nämlich einer Hilfestellung für die Tourismus- und Eventbranche. Wir schlagen statt dessen vor, die Mittel entsprechend der Tourismusintensität der Kantone zu verteilen. Zudem sollte ein Mechanismus vorgesehen werden für die Übertragung allenfalls nicht ausgeschöpfter Mittel auf andere Kantone. Auch dazu muss in der Verordnung ein neuer Artikel eingefügt werden.

6. Abschnitt: Kapitalverlust und Überschuldung und

7. Abschnitt: Schlussbestimmungen

Thema	Bemerkung/Anregung
	Keine Bemerkungen.

Frau Marianne Widmer
(Marianne.Widmer@efv.admin.ch)
Herrn Lukas Hohl
(Lukas.Hohl@efv.admin.ch)
wunschgemäß per Mail

Basel, 12. November 2020

Vernehmlassungsverfahren: Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Sehr geehrte Frau Widmer
Sehr geehrter Herr Hohl

Wir bedanken uns für die Gelegenheit, im obigen Verfahren Stellung nehmen zu können. Als Vereinigung, welche auch die Belange der Schweizer Unternehmen vertritt, die in der internationalen Personen-Schifffahrt tätig sind, sind wir an der Thematik der Härtefallmassnahmen natürlich sehr interessiert.

Wir wenden uns deshalb an Sie als Vertretung der Schweizer Flusskreuzfahrt, deren Unternehmen über 230 Schiffe besitzen und rund 11'000 Personen beschäftigen, davon etwa 10'500 auf den Schiffen selbst. Die Branche bezahlt einen hohen zweistelligen Millionen-Betrag an Steuern und Sozialabgaben. Allein von den jährlich rund 120'000 in Basel ein- oder aussteigenden Passagieren ergibt sich eine millionenschwere Wertschöpfung (Bus- und Bahnreisen zu nationalen Sehenswürdigkeiten, Ausgaben auf Landgang für Verpflegung, Souvenirs etc.). Neben den erwähnten Arbeitsplätzen auf den Schiffen sind auch die mehreren hundert Stellen in den jeweiligen Firmen-Zentralen, mehrheitlich in der Nordwest- und Zentralschweiz zu erwähnen.

Die Reisebranche und Dienstleister der Reisebranche in der Schweiz und im Kanton Basel-Stadt befinden sich in einer noch nie dagewesenen unverschuldeten Krise und benötigen dringend Unterstützung! Seit nunmehr acht Monaten unterliegt sie einem faktischen Berufsverbot, verursacht durch staatliche Eingriffe und Beschränkungen im In- und Ausland (Reisebeschränkungen, Quarantänelisten, Einreisesperren).

Trotzdem arbeiten die Betriebe seit dem ersten Lockdown Mitte März unentgeltlich für Stornierungen der bereits vor der Krise getätigten Buchungen, kämpfen für Rückerstattungen nicht bezogener Leistungen und versuchen den eigenen Schaden und den ihrer Kunden zu minimieren. Die Unternehmen stehen seit April ohne

Auftragseingang da. Die Unsicherheiten und Restriktionen im internationalen Reiseverkehr verunmöglichen es uns, unserem Kerngeschäft nachzukommen.

Die Firmen sind seit dem Frühling praktisch ohne Einkommen. Die Situation ist unverändert dramatisch, und die steigenden Fallzahlen in vielen Destinationen und der Schweiz haben die Lage zusätzlich verschärft.

Der Bundesrat hat die Verordnung über Härtefallmassnahmen im Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie zur dringenden Vernehmlassung an die Kantone, Parteien und weitere Organisationen geschickt, mit dem Ziel, die Verordnung per 1. Dezember 2020 in Kraft zu setzen. Die Reisebranche wurde von Bund und Parlament in Anbetracht der aussergewöhnlichen Umstände als Härtefall anerkannt (Art. 12 SR 951.261). Die Unterstützung setzt voraus, dass die Unternehmen vor Ausbruch der Epidemie profitabel und überlebensfähig waren und keine branchenspezifischen Finanzhilfen erhalten haben. Diese Anforderungen erfüllen die Reiseunternehmen. Die Unterstützung sichert den Erhalt der Arbeitsplätze und somit von natürlichen und juristischen Personen als Steuerzahler für Bund, Kantone und Gemeinden, den Erhalt verlässlicher Ausbildungspartner, den Erhalt einer traditionsreichen Reise-Firmenkultur und den Erhalt eines wichtigen Dienstleisters. Eine Unterstützung ist fern jeglicher strukturerhaltenden Massnahmen.

Die Reedereien werden nach der Krise wieder unabhängig da sein können für die hiesigen Unternehmen und Private – wenn ihr Überleben jetzt gesichert wird.

Mit der Unterstützung durch Bund und Kantone werden nicht nur etablierte Unternehmen gerettet, sondern es wird auch einer Marktverzerrung und einem Abfluss der Wertschöpfung und Steuererträge ins Ausland vorgebeugt. Die Reisebranche erhält kurz- und mittelfristig die Chance, sich in einem Markt mit ungleichen Voraussetzungen weiterhin zu behaupten. Die grossen Reisekonzerne mit Sitz in der EU und Aktivitäten in der Schweiz erhalten bereits jetzt staatliche Subventionen.

Die Anliegen der Branche zuhanden der Vernehmlassung der Verordnung über Härtefallmassnahmen im Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie lauten:

Übernahme von Fixkosten/Betriebskosten seit März 2020 bis zur Normalisierung der Lage – ohne Deckelung nach oben

Die auszurichtende Entschädigung berechnet sich aus einem Prozentsatz des durchschnittlichen Umsatzes der letzten fünf Jahre, gemäss Erfolgsrechnung der Betriebe. Der Vorschlag des Bundes beziffert diesen auf maximal 10%. Die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel sind keinesfalls genügend und sollten gegenüber den Kantonen nicht beschränkt werden. Die Annahme der Unterstützungsgelder von CHF 200 Mio. seitens des Bundes basiert auf einer ersten Welle und berücksichtigt die anhaltende Situation in dieser Branche keinesfalls. Eine Deckelung nach oben beschneidet zudem die mittelgrossen KMU's der Branche. Diese gelten als Erfolgsträger der letzten Jahre und konnten dadurch Arbeitsstellen schaffen.

Verpflichtung der Kantone statt Freiwilligkeit

Die Freiwilligkeit der Kantone bei der bestehenden Verordnung sollte in eine Verpflichtung geändert werden, die zur Verfügung gestellten Bundesgelder mit den Kantonszulagen an die notleidenden Betriebe weiterzureichen.

Lösungen für die kaum mögliche Rückzahlung der Covid-Kredite.

Die durchschnittliche Nettomarge der Reisebranche (Branchenkennzahl) beträgt 1-1.5%, was bei der Rückzahlung des vollen Kredites von 10% des Umsatzes eine zehnjährige Abzahlung bedeutet. Das ist wirtschaftlich kaum zu stemmen.

Keine weiteren Kredite

Die Auszahlung weiterer Darlehen und Kredite ist nicht zielführend für die Reisebranche, da eine Rückzahlung aufgrund der tiefen Ertragsmargen unrealistisch wird.

Verkürztes Verfahren

Die Situation ist akut und dringend. Eine Lösung muss innert kurzer Zeit umgesetzt werden können, um den volkswirtschaftlichen Schaden zu minimieren. Eine Unterstützung muss dringend erfolgen, damit sie den Zweck der Konkursverhinderung und den Erhalt der Arbeitsplätze erfüllen kann.

Änderung Art. 20 Verordnung

Für die Berechnung der Deckung von Kapital und Reserven nach Art. 725 Absatz 1 des Obligationenrechts sollen neben den von Kantonen gewährten Darlehen auch bereits gewährte Rangrücktritte Dritter oder Nahestehender nicht als Fremdkapital berücksichtigt werden.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und stehen für ergänzende Informationen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Schweizerische Vereinigung für Schifffahrt und Hafenwirtschaft

Der Präsident

Dr. Ralph Lewin

Der Geschäftsführer

André A. Auderset

An das
Eidgenössische
Finanzdepartement EFD

per E-Mail:
marianne.widmer@efv.admin.ch
lukas.hohl@efv.admin.ch

Bern, 13. November 2020 / AK

1 | 6

COVID-19-Härtefallverordnung: Vernehmlassung Stellungnahme des Schweizerischen Nutzfahrzeugverbands ASTAG

Sehr geehrte Damen und Herren

Die COVID-19-Krise hat massive Auswirkungen auf das Schweizer Strassentransportgewerbe mit LKW, Reisebussen und Taxis. Viele Unternehmen befinden sich in erheblichen, teils sogar existentiell bedrohlichen Schwierigkeiten, vorab in der Reisebusbranche und im Taxigewerbe. Trotz den bisherigen Hilfsmassnahmen des Bundes, die vorübergehend zur Entschärfung des Situation beigetragen haben, ist zusätzliche Unterstützung für Härtefälle zwingend notwendig.

Der Schweizerische Nutzfahrzeugverband ASTAG mit rund 4'000 Mitgliedern, davon ca. 500 Unternehmen in der Reisebusbranche und im Taxigewerbe, vertritt den Strassentransport als einzige Organisation. Wir erlauben uns deshalb – obwohl nicht zur Mitwirkung eingeladen – eine Stellungnahme zur Vernehmlassung «COVID-19-Härtefallverordnung» einzureichen.

Unser **wichtigstes Anliegen** ist:

Die Lage in der Reisebusbranche und im Taxigewerbe ist äusserst dramatisch. Die betroffenen Härtefall-Unternehmen sind unverzüglich auf zusätzliche finanzielle Unterstützung durch Bund und Kantone angewiesen – sonst drohen Firmenschliessungen, Konkurse sowie der Verlust von wertvollen Arbeitsplätzen.

Daher appellieren wir eindringlich an die Verantwortung und Hilfsbereitschaft von Bund und Kantonen und an ihre Solidarität mit den betroffenen Unternehmen – darunter sehr viele familiengeführte KMU-Betriebe mit jahrzehntelanger Tradition!

1. Reisebusbranche / Taxigewerbe als ausgewiesene Härtefälle

Im Wissen um die gravierenden Auswirkungen auf Wirtschaft und Gewerbe hat der Bundesrat bisher auf einen zweiten «Lockdown» auf nationaler Ebene verzichtet. Die Massnahmen, die aufgrund der hohen Fallzahlen schrittweise beschlossen wurden, sollen die Geschäftstätigkeit der Unternehmen und die Konjunktur im Grundsatz so wenig wie möglich beeinträchtigen. Die ASTAG unterstützt diese Strategie.

Trotzdem sind die private Reisebusbranche und das Taxigewerbe de facto schweizweit mit einem «Lockdown» konfrontiert!

Der Grund sind die weitgehenden Einschränkungen im Event- und Gastrobereich, zusammen mit dem Verbot von Veranstaltungen und Versammlungen ab einer gewissen Personenanzahl. Die allermeisten Anlässe im Kultur-, Sport und Freizeitbereich können leider auf unabsehbare Zeit nicht stattfinden – oder nur ohne bzw. mit sehr geringem Publikum. In Restaurants und Hotels sind Besuche mit Gruppen kaum mehr möglich, touristisch attraktive Angebote wie etwa Stadtführungen können nicht genutzt werden. Auch die beruflich bedingte Mobilität ist, primär infolge Home Office und abgesagter Geschäftsreisen, auf extrem tiefem Niveau – mit grossen Auswirkungen vorab auf das Taxigewerbe.

Zusätzlich verschärft wird die Situation aktuell durch Massnahmen auf kantonaler Ebene. Dazu gehören namentlich die «Lockdowns» in der Westschweiz. Hier ist das öffentliche Leben fast gänzlich lahmgelegt, der Handlungsspielraum für die Reisebusbranche und das Taxigewerbe extrem begrenzt. Andere Kantone haben eine Maskenpflicht in Fahrzeugen eingeführt, sofern Personen befördert werden, die nicht im selben Haushalt wohnen – was in Reisebussen und Taxis fast immer der Fall ist.

Massive Auswirkungen hatten zudem die Reisewarnungen sowie die (letztlich offenbar wenig hilfreichen) Quarantänebestimmungen des Bundes. Je mehr Länder auf den entsprechenden Listen figurierten, desto geringer war das Passagieraufkommen. Die Massnahmen im Ausland gegenüber der Schweiz («Rote Listen») verstärkten den Negativeffekt weiter – auch jetzt noch!

Als Folge fehlt es in der Reisebusbranche zunehmend an Fahrgästen. Wie schon im Frühling, mitten in der Hauptsaison, als die Pandemie in Italien begann, kam es in den letzten Wochen wiederum zu einer regelrechten Stornierungswelle. Bereits gebuchte Reisen wurden annulliert, neue Aufträge bleiben aus. Der kurze, ganz sanfte Aufschwung, der im August kurz Hoffnung auf Besserung gab, ist bereits wieder abgewürgt. Tagesausflüge und Auftragsfahrten können kaum mehr durchgeführt werden, geschweige denn Mehrtagesfahrten und Pauschalreisen. Zu viele Ausflugsziele sind geschlossen, zu gross ist die Angst der Kunden vor einer Ansteckung mit COVID-19.

Für die Reisebusbranche ist **2020** somit ein verlorenes Jahr. Seit Februar ist die Reisetätigkeit beinahe inexistent. Fast alle Fahrzeuge sind seit Monaten stillgelegt, die Nummernschilder bei den Strassenverkehrsämtern hinterlegt. Das traurige Resultat sind katastrophale Zahlen zum Geschäftsverlauf, wie eine detaillierte Umfrage der ASTAG bei den rund 360 Mitgliedern in der Reisebusbranche zeigt. Bis Ende Oktober sind die **Umsätze** im Vergleich zur Vorjahresperiode durchschnittlich um **72 Prozent** und im Extremfall um über 90 Prozent eingebrochen – überall mit stark sinkender Tendenz. Bei den Fahrzeugkilometer ist ein Rückgang von 75 Prozent zu verzeichnen. Die Anzahl Einsatztage hat um 69 Prozent abgenommen. – Sehr ähnlich ist das Bild im Taxigewerbe. Auch hier sind die Geschäftszahlen stark im Minus.

Nicht besser sind leider die Aussichten für **2021** und darüber hinaus. Bisher wurden noch kaum Buchungen getätigt. So lange die Unsicherheit über den Verlauf der Corona-Krise anhält, wird die Reiselust nicht zurückkehren. Es fehlt an Zuversicht, Planungssicherheit und entsprechend an Aufträgen. An einem «normalen» Betrieb ist noch für sehr lange nicht zu denken.

Als Hilfe zur Selbsthilfe, die im Strassentransportgewerbe immer oberste Priorität hat, wurden selbstverständlich sofort Massnahmen zur Reduktion von Kosten in die Wege geleitet. Nebst der erwähnten Stilllegung von Fahrzeugen gehören dazu vor allem der Abbau von Überzeiten und Ferien, der Verleih von Fahrpersonal an Transportunternehmen im Gütertransport sowie ein rigoroser Ausgaben- und Investitionsstopp. Trotzdem bleibt die Belastung aufgrund hoher Fixkosten massiv. Insbesondere wurden – als Eigenheit der Branche – schon Ende 2019 sehr

viele Vorauszahlungen für 2020 getätigt (Marketingausgaben, Hotelbuchungen, Flüge usw.). Eine Rückerstattung ist in den seltensten Fällen möglich, es droht die Gefahr, dass sehr viele Gelder verloren gehen und sich die Situation dadurch weiter verschlimmert.

Die bestehenden Unterstützungsinstrumente des Bundes (COVID-19-Kredite, Kurzarbeit- und Erwerbsersatzentschädigung) sind zwar eine wichtige und sehr geschätzte Hilfe. Sie verhelfen kurzfristig zu einer gewissen Entlastung. Das Fixkostenproblem ist damit aber nicht gelöst, bei vielen Unternehmen bestehen deshalb akute Liquiditätsengpässe. Ihre Existenz ist daher stark bedroht.

Vor diesem Hintergrund ist der Handlungsspielraum für die betroffenen Unternehmen extrem klein. Die Möglichkeit zu einer «Diversifizierung» oder «Neuorientierung», wie von Teilen der Politik gefordert, bestehen nicht. Cars können beim besten Willen nicht für andere Zwecke als für Reisen eingesetzt werden.

Das Brutale ist:

Im Kern sind die Transportunternehmen gesund. Ihre Situation ist völlig unverschuldet und unbeeinflussbar.

Das heisst:

Bei den allermeisten Unternehmen der Reisebusbranche und des Taxigewerbes handelt es sich um echte Härtefälle. Hier ist dringend zusätzliche Hilfe notwendig – oder aber die Firmen müssen ihren Betrieb schon in den nächsten Wochen aufgeben!

2. Mitwirkung der Kantone

Parlament und Bundesrat sind grundsätzlich zu zusätzlicher Unterstützung für ausgewiesene Härtefälle bereit. Das Engagement des Bundes hängt gemäss Art. 12 Abs. 1 des COVID-19-Gesetzes vom 25. September 2020 jedoch davon ab, dass sich die Kantone zur Hälfte an der Finanzierung beteiligen.

Damit ist für die betroffenen Unternehmen sowohl die Bereitschaft und das Engagement der Kantone als auch eine rasche, gemeinsame und möglichst einheitliche Bewältigung der Härtefallproblematik durch Bund und Kantone absolut ausschlaggebend!

Umso wichtiger ist eine COVID-19-Verordnung, die sowohl den Bedürfnissen der Kantone als auch den Anforderungen der Härtefall-Unternehmen entspricht.

Umgekehrt sollte die Rettung von an sich gesunden Unternehmen aus einer unverschuldeten Notlage – so unsere Sicht der Dinge – gleichermaßen im Interesse von Bund und Kantonen sein. Erstens handelt es sich in der sehr grossen Mehrheit um wichtige Arbeitgeber und Steuerzahler. Zweitens sind zahlreiche wertvolle Arbeitsplätze damit verbunden. Drittens tragen die Reisebusbranche wie auch das Taxigewerbe erheblich zur Wertschöpfung, zum Tourismus und zu einer effizienten, umweltverträglichen Reise- und Freizeitmobilität für viele Anspruchsgruppen (ältere Personen, Menschen mit Handicap, Vereine usw.) bei. Das Verschwinden der Betriebe würde somit zu einem Wachstum der individuellen Mobilität mit negativen Folgeeffekten führen.

Die ASTAG ist sich bewusst, dass eine Beteiligung der Kantone bzw. vorab das Ausmass der Hilfe sehr wesentlich von der Situation der jeweiligen Finanzhaushalte bestimmt wird. Ebenso verhält es sich beim Bund. Trotzdem kann und darf es nicht sein, dass die betroffenen Firmen

zwischen den jeweils eigenen Interessen der beiden staatlichen Ebenen aufgerieben werden, sich letztlich keine Instanz für zuständig hält und die «kann»-Bestimmung dazu dient, auf jede Unterstützung zu verzichten.

Der Wille des Parlaments war eindeutig. Jetzt gilt es für Bund und Kantone, den Worten auch Taten folgen zu lassen und zahlreiche KMU vor dem unverschuldeten Untergang zu bewahren.

3. Grundsätzliche Bemerkungen

Die ASTAG begrüßt den Handlungswillen des Bundesrats grundsätzlich und ausdrücklich. In den letzten Monaten haben wir in mehreren Schreiben und anlässlich von persönlichen Treffen klar darauf hingewiesen, dass Unternehmen, die nachweislich durch COVID-19-Massnahmen von Bund und Kantonen unverschuldet in Not geraten sind, zusätzliche Hilfe benötigen.

Die Stossrichtung ist richtig, die Unterstützung geht jedoch zu wenig weit. Das geplante Vorgehen ist zudem zu aufwendig und zu kompliziert.

Im Idealfall wäre der Bund aus Sicht der ASTAG allein für die Härtefallregelung zuständig. Nur so kann eine rasche, zeitverzugslose Zusatzhilfe gewährleistet werden. Nach dem Willen von National- und Ständerat sollen die Kantone jedoch zur Hälfte finanziell in die Pflicht genommen werden. Daraus ergeben sich massive negative Konsequenzen:

- Zu befürchten ist, dass es von Kanton zu Kanton zu unterschiedlichen Regelungen kommt, dies in Bezug auf Voraussetzungen, Modalitäten und Höhe der Härtefallhilfe.
- Im Extremfall wird ein Unternehmen im Kanton A sehr grosszügig unterstützt, ein anderes Unternehmen im Nachbarkanton – das exakt die gleichen Voraussetzungen erfüllt – jedoch nicht.
- Allein durch Gesetz und Verordnung ist somit keine Gleichbehandlung gewährleistet.
- Stattdessen droht eine Wettbewerbsverzerrung, abhängig vom Standort der Firmen – was in der Reisebusbranche, die ihre Dienstleistungen schweizweit bzw. zu einem grossen Teil über die Landesgrenzen hinaus erbringt, besonders fatal ist.

Zentral wichtig ist deshalb, dass **genügend Mittel** zur Verfügung stehen, die Voraussetzungen und Modalitäten trotz fehlender gesetzlicher Verpflichtung kantonsübergreifend **harmonisiert** werden und ein möglichst **unbürokratisches Vorgehen** nach dem Grundsatz der Einfachheit zur Anwendung gelangt – in allen Kantonen! Nur so kann das Risiko von unzulässiger Markt- und Wettbewerbsverzerrung minimiert werden.

Die zentralen Forderungen der ASTAG sind deshalb:

Umfang der Hilfsgelder: 500 Mio. CHF

Der Gesamtbetrag des Bundes, der gemäss Art. 14 der zur Diskussion stehenden Verordnung auf 200 Mio. plafoniert werden soll, ist völlig unzureichend. Wie aus den Erläuterungen (S. 3) hervorgeht, wurden die Hochrechnungen des Bundes vor Auftreten der zweiten Infektionswelle vorgenommen. Inzwischen hat sich die Situation innert Kürze drastisch verschärft – was zeigt, dass auch der Hilfsbedarf massiv steigen wird. Auf eine Obergrenze der Härtefallhilfe ist daher

zu verzichten bzw. eventueller ist bereits jetzt eine Summe von mindestens 500 Mio. Franken vorzusehen.

Art der Hilfsfelder: mehr Beiträge à fonds perdu

Darlehen, Garantie und Bürgschaften können eine wichtige Unterstützung bieten. Umgekehrt werden die finanziellen Schwierigkeiten der betroffenen Unternehmen damit nur in die Zukunft verschoben, wie die COVID-19-Kredite zeigen. Insbesondere sind während der Laufdauer der Kredite bzw. während der Amortisationsfrist – aufgrund von Zinsen und Rückzahlungen – keine oder nur (zu) geringe Investitionen möglich. Bei den Unternehmen handelt es sich um gesunde Betriebe, aber zugleich um akute «Härtefälle», die jetzt auf Geld angewiesen sind. Mit Krediten und Darlehen ist ihnen nicht ausreichend geholfen. Die Obergrenze für Beiträge à fonds perdu in Art. 8 Abs. 3 des Verordnungsentwurfs ist deshalb zu tief angesetzt. Sie muss von 10 Prozent auf mindestens 50 Prozent erhöht werden.

Vorgehen: weniger Aufwand – schnellere Hilfe

Die Hürden für die Beantragung von Hilfszahlungen gemäss Abschnitt 2 («Anforderungen an die Unternehmen») des Verordnungsentwurfs sind unverhältnismässig und inakzeptabel hoch. Notwendig wäre ein aufwendiger, komplizierter Prozess, der mit grösster Wahrscheinlichkeit von Kanton zu Kanton verschieden ausgestaltet ist. Bei den Härtefall-Unternehmen handelt es sich zur Mehrheit um (kleinere) KMU-Betriebe. Hier ist intern nicht das notwendige Fachwissen vorhanden. Für die Beantragung von Härtefallhilfe müsste daher ein Treuhandbüro beizogen werden – mit entsprechend hohen Kosten. Die zu erwartende Hilfe wäre in der Folge bereits zu einem Teil wieder vernichtet. Der enorme Aufwand, der beispielsweise durch den Nachweis einer mittelfristigen Finanzplanung zwingend anfällt, widerspricht ausserdem dem Prinzip von möglichst rascher Hilfe, wie es eigentlich das Ziel der Härtefallklausel ist. Die ASTAG fordert nachdrücklich, dass die bürokratischen Hürden massiv abgebaut werden.

Zuständigkeiten: Harmonisierte Vorgehensweise

Je grösser der Handlungsspielraum für die Kantone ist, desto grösser ist das Risiko, dass es zu einem «Flickenteppich» von unterschiedlichen Regelungen kommt – oder einzelne Kantone überhaupt keine Härtefallhilfen sprechen. Der Bund sollte daher mittels geeigneter Vorgaben zumindest eine kantonsübergreifend harmonisierte Vorgehensweise sicherstellen.

4. Detailanmerkungen

Unsere Bemerkungen und Anträge zu einzelnen Bestimmungen der Härtefallverordnung sind im beiliegenden Antwortformular aufgeführt.

5. Schlussbemerkungen

Die Situation in der Reisebusbranche und im Taxigewerbe ist dramatisch. Viele Unternehmen stehen kurz vor der Geschäftsaufgabe oder dem Konkurs – obwohl sie im Kern eigentlich gesund waren. Ihre Notlage ist unverschuldet und unbeeinflussbar, verursacht ausschliesslich durch die behördlichen Corona-Einschränkungen.

Eine zeitnahe, sofortige Umsetzung der Härtefallregelung für besonders betroffene Branchen ist deshalb von allerhöchster Dringlichkeit. Das Parlament hat die gesetzlichen Grundlagen mit dem COVID-19-Gesetz geschaffen, jetzt liegt der Entwurf der Verordnung sowie hoffentlich bald die definitive Fassung vor. Die Inkraftsetzung muss so rasch wie möglich erfolgen. Schon heute sind Bund und Kantone gefordert, die Härtefallhilfe mit vereinten Kräften anzugehen.

Die ASTAG ersucht den Bundesrat daher, die definitive Verordnung umgehend in Kraft zu setzen und die noch nötigen Arbeiten zur konkreten Umsetzung der Härtefallhilfe bei den zuständigen Ämtern schon heute in Auftrag zu geben.

Für die Berücksichtigung unserer Anliegen danken wir Ihnen bestens.

Freundliche Grüsse



SR Thierry Burkart
Zentralpräsident



André Kirchhofer
Vizedirektor

Beilage:

Antwortformular ASTAG zur Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Eidgenössische Finanzverwaltung EFV

Antwortformular: Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Schweizerischer Nutzfahrzeugverband

Abkürzung der Firma / Organisation : ASTAG

Adresse : Wölflistrasse 5, 3006 Bern

Kontaktperson : Dr. André Kirchhofer, Vizedirektor

Telefon : 031 370 85 21

E-Mail : a.kirchhofer@astag.ch

Datum : 13.11.2020

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Tabellenzeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word-Dokument** bis am **13. November 2020** an folgende E-Mail Adressen: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme!

Allgemeine Bemerkungen

Zu den Bestimmungen, die nachfolgend nicht aufgeführt sind, haben wir keine Bemerkungen anzubringen.

1. Abschnitt: Grundsatz

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 3 Abs. 1 Bst. b (Zeitpunkt der Gründung und Umsatz)	Die ASTAG spricht sich klar dagegen aus, dass die Kantone – gemäss Erläuterungen (S. 4) – als zusätzliche Hürde noch «Umsatzobergrenzen» festlegen können. Damit wird nur unnötiger Spielraum für die Ungleichbehandlung von faktisch genau gleich betroffenen Unternehmen geschaffen, die sich einzig durch den Firmensitz (in einem anderen Kanton) voneinander unterscheiden. Antrag: Der Satz in den Erläuterungen sei zu streichen.
Art. 3 Abs. 1 Bst. c (Zeitpunkt der Gründung und Umsatz)	Zahlreiche Reisebusunternehmen erzielen ihren Umsatz hauptsächlich mit Mehrtagesfahrten und Pauschalreisen im Ausland. Es muss sichergestellt sein, dass die damit erzielten Erträge ebenfalls als Wertschöpfung in der Schweiz berücksichtigt sind. Antrag: Die Erläuterungen seien mit einer entsprechenden Präzisierung zu ergänzen.

2. Abschnitt: Anforderungen an die Unternehmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 4 Abs. 1 Bst. c (Vermögens- und Kapitalsituation)	Das Verbot einer «Doppelunterstützung» ist grundsätzlich sinnvoll. Kultur, Sport, Medien und vorab der öffentliche Verkehr wurden vom Bund bereits sehr grosszügig unterstützt. Die ASTAG begrüßt daher den Ausschluss dieser Bereiche ausdrücklich. Die ohnehin knappen Gelder müssen für die tatsächlichen Härtefall-Unternehmen zur Verfügung stehen. Hingegen muss sichergestellt sein, dass sämtliche Finanzhilfen, die Unternehmen nicht vom Bund, sondern von Kantonen oder anderen Institutionen erhalten, nicht unter das «Doppelsubventionierungsverbot» fallen. Somit müssen in den Erläuterungen (S. 4) auch Finanzhilfen «abhängig» von der COVID-19-Epidemie erwähnt werden. Antrag: Der letzte Satz der Erläuterungen zu Art. 4 Abs. 1 sei nach «abhängig» mit «und unabhängig» zu ergänzen.
Art. 4 Abs. 2 Bst. a (Vermögens- und Kapitalsituation)	Die Anforderung, dass keine Überschuldung im ganzen Zeitraum vom 1. Januar 2019 bis zur Einreichung des Gesuchs vorliegen darf, ist zu strikt gefasst. Der Grund ist, dass die Reisebusbranche und das Taxigewerbe derart massiv von der COVID-19-Krise betroffen sind, dass die Wahrscheinlichkeit einer (vorübergehenden) Verschuldung vor Einreichen des Gesuchs relativ hoch ist. Zahlreiche «echte» Härtefälle wären damit per se von Härtefallunterstützung ausgeschlossen. Deshalb ist der zweite Zeitpunkt <u>auf Mitte 2020</u> vorzuverlegen (statt wie in der Verordnung vorgesehen auf den Zeitpunkt der Gesuchseinreichung). Bis zu diesem Zeitpunkt (und darüber hinaus)

	<p>stand das Reisebusgeschäft beinahe vollständig still, wodurch die Gefahr einer Verschuldung sukzessive steigen konnte und sich in der Folge nicht in jedem Fall verhindern liess. Im Einzelfall kann daher trotz (vorübergehender) Verschuldung ein typischer Härtefall vorliegen, der die Ausrichtung von Finanzhilfen rechtfertigt.</p> <p>Antrag: Anstelle von «der Einreichung des Gesuchs» sei «dem 30. Juni 2020» einzusetzen.</p>
Art. 4 Abs. 2 Bst. d (Vermögens- und Kapitalsituation)	<p>Die Bestimmung ist unklar und ungenau. Wenn die «mittelfristige Finanzplanung» – gemäss Erläuterungen (S. 5) – mindestens das laufende und das darauffolgende Jahr umfassen muss, so müsste dieselbe Zeitspanne explizit in der Verordnung aufgeführt werden. Aufgrund der Unvorhersehbarkeiten und Unwägbarkeiten, die die COVID-19-Krise mit sich bringt, ist ein mittelfristiger Finanzplan jedoch grundsätzlich völlig unrealistisch. Es ist entscheidend, dass hier keine unzumutbaren bürokratischen Hürden aufgebaut werden.</p> <p>Antrag: Streichen.</p>
Art. 4 Abs. 3 Bst. b (Vermögens- und Kapitalsituation)	<p>Abs. 3 Bst. b Die vollständige Ausschöpfung von COVID-19-Krediten als Vorbedingung für Härtefallhilfe bedeutet in der Praxis, dass wer verantwortungsbewusst und sorgsam mit den bisher gewährten Hilfsinstrumenten umgegangen ist, d.h. einen COVID-19-Kredit dank «Sparmassnahmen» nicht vollständig beansprucht hat, nicht von Härtefallhilfe profitieren kann, d.h. «bestraft» wird. Firmen, die hingegen frühzeitig auf Beiträge à fonds perdu spekulierten und die Gelder aus COVID-19-Krediten volumnfänglich nutzten, würden für ihr weniger umsichtiges Vorgehen «belohnt».</p> <p>Antrag: Streichen.</p>
Art. 5 Abs. 2 (Umsatzrückgang)	<p>Die Bestimmungen von Art. 12 Abs. 1 COVID-19-Gesetz sind verpflichtend, somit besteht in der Verordnung kein Ermessensspielraum betreffend der 40-Prozent-Grenze. Der buchhalterische Umsatz liegt jedoch in der Regel frühestens im Verlaufe des 1. Quartals vor. Die Definition des «Jahresumsatzes» darf sich deshalb nicht auf den formellen Jahresabschluss beziehen. Die Härtefallhilfe käme sonst in den allermeisten Fällen viel zu spät.</p> <p>Antrag: Der «Jahresumsatz» für 2020 ist auf die Zeitspanne vom 1. Januar 2020 bis zum Zeitpunkt der Gesuchseinreichung zu beziehen, verglichen mit der entsprechenden Vorjahresperiode.</p>
Art. 6 Bst. b (Einschränkung der Verwendung)	<p>Es ist richtig und wichtig, dass gewährte Mittel nicht an eine direkt oder indirekt verbundene Gruppengesellschaft (mit Sitz ausserhalb der Schweiz) übertragen werden dürfen. Allerdings darf die Bestimmung nicht dazu führen, dass Schweizer Gruppengesellschaften oder sogenannten «Mischbetriebe», d.h. Firmen, die zwar schwergewichtig in der Reisebusbranche tätig sind, zugleich aber andere Dienstleistungen erbringen (z.B. im Güterbereich) grundsätzlich von der Härtefallhilfe ausgeschlossen werden. Entscheidend muss der gesamte «Jahresumsatz» gemäss Art. 5 Abs. 1 sein – nicht jedoch die Firmenstruktur an sich.</p> <p>Antrag: Präzisierung der Erläuterungen.</p>
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	

3. Abschnitt: Anforderungen an die Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 7 Abs. 1 Bst. a (Form)	<p>Die COVID-19-Kredite des Bundes haben sich als Hilfsmassnahme vor allem bewährt, weil sie – im Unterschied zu «herkömmlichen» Krediten – zinslos vergeben werden. Für die rückzahlbaren Darlehen der Härtefallhilfe sind daher exakt dieselben Kriterien vorzusehen. Ansonsten führen die Darlehen nur zu höherer Verschuldung.</p> <p>Antrag: Die Formulierung sei in «rückzahlbare zinslose Darlehen» abzuändern.</p>
Art. 7 Abs. 3 (Form)	<p>Die Beschränkung auf eine «Form der Hilfe» pro Unternehmen ist weder praxistauglich noch sinnvoll. Der Handlungsspielraum der Kantone wird damit unnötig eingeschränkt. Zudem besteht zwischen rückzahlbaren Beiträgen und A-Fonds-perdu-Beiträgen ein elementarer Unterschied, insbesondere auch mit Blick auf die vom Bundesrat vorgesehenen Höchstbeiträge (25 Prozent des Umsatzes / max. 10 Mio. gegenüber 10 Prozent des Umsatzes / max. 500'000). Daher müssen mehrere Formen pro Unternehmen möglich sein.</p> <p>Antrag: Streichen</p>
Art. 8 (Höchstgrenzen)	<p>Angesichts der historisch einmaligen Sondersituation bzw. der massiven Auswirkungen der Corona-Krise sind die Höchstgrenzen sowohl für Beiträge à fonds perdu als auch für Darlehen zu tief angesetzt. Die Werte müssen nach oben korrigiert werden.</p>
Art. 8 Abs. 1 (Höchstgrenzen)	<p>Die COVID-19-Krise wirkt sich in der Reisebusbranche und im Taxigewerbe deutlich länger aus als nur 9 Monate. Die Fixkosten müssen daher für eine längere Periode gedeckt werden als in den Erläuterungen (S. 6) vorgesehen. Daher muss die Höchstgrenze für Darlehen, Bürgschaften und Garantien entsprechend angehoben werden.</p> <p>Antrag: Die Höchstgrenze sei bei 35 Prozent anzusetzen.</p>
Art. 8 Abs. 2 (Höchstgrenzen)	<p>Aus ordnungspolitischer Sicht ist es richtig, mittels unterschiedlicher Obergrenzen primär die Vergabe von Darlehen, Bürgschaften und Garantie anzustreben. Für die betroffenen Unternehmen sind jedoch Beiträge à fonds perdu sehr viel notwendiger. Nur so kann der Weiterbestand der Firmen gesichert werden. Aufgrund der behördlich verfügten Einschränkungen, die die Notsituation überhaupt erst verursachen, stehen Bund und Kantone diesbezüglich in der Pflicht.</p> <p>Antrag: Die Höchstgrenze sei bei 50 Prozent des Jahresumsatzes von 2019 anzusetzen, auf einen Maximalbetrag pro Unternehmen sei zu verzichten.</p>
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	

4. Abschnitt: Verfahren und Zuständigkeiten

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 12 (Verfahren)	<p>Die Formulierung von Art. 12 Abs. 1 COVID-19-Gesetz, nämlich: «Der Bund kann auf Antrag eines oder mehrerer Kantone Unternehmen (...) in Härtefällen finanziell unterstützen (...), deutet auf eine geteilte Zuständigkeit im Vollzug hin. Dennoch</p>

	<p>soll der Umsetzung der Härtefallhilfe nach den Vorschlägen des Bundesrats vollumfänglich an die Kantone delegiert werden. Damit ist jedoch keinerlei Harmonisierung gewährleistet. Stattdessen wird Tür und Tor geöffnet für eine maximal unterschiedliche Vorgehensweise. Notwendig sind daher einheitliche Beurteilungskriterien bzw. ein Standardverfahren. Ebenfalls sollten Wiedererwägungsgesuche durch den Bund beurteilt werden. Es genügt nicht, lediglich als Prüfinstanz («Abnicken») gemäss Art. 16 aufzutreten.</p> <p>Antrag: Art. 12 sei um einheitliche Beurteilungskriterien zu ergänzen, ebenfalls sei der Bund als Rekursinstanz vorzusehen.</p>
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	

5. Abschnitt: Beiträge des Bundes und Berichterstattung der Kantone

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 14 (Gesamtbetrag)	<p>Aufgrund der zeitlich und quantitativ sehr weitreichenden Auswirkungen der COVID-19-Krise auf Wirtschaft und Gewerbe ist der vorgesehene Beitrag des Bundes von höchstens 200 Mio. Franken viel zu tief angesetzt. In den Schätzungen, die dem Wert zugrunde liegen, werden insbesondere die behördlichen Massnahmen der zweiten Infektionswelle nicht berücksichtigt. Innert Kürze hat sich die Situation für die Unternehmen nochmals verschlechtert, der Hilfebedarf steigt stetig an. Auch im Vergleich zu den 700 Mio. Franken, die dem öV als zusätzliche Unterstützung gewährt wurden, ist der Betrag im Sinne der Gleichbehandlung und Fairness viel zu niedrig.</p> <p>Es ist daher sehr zu begrüssen, dass der Bundesrat in den Erläuterungen (S. 3 / 8 / 12) eine Überprüfung von Umfang und Zeitpunkt der Zahlungen angekündigt hat. Die ASTAG erachtet es – als eine zentrale Forderung – für unabdingbar, dass weitaus mehr Bundesgelder zur Verfügung stehen.</p> <p>Antrag 1: Streichen. Auf eine Obergrenze der Härtefallhilfe sei grundsätzlich zu verzichten.</p> <p>Antrag 2 (eventualiter): Die Obergrenze sei auf 500 Mio. Franken festzulegen.</p>
Art. 15 (Aufteilung auf die Kantone)	<p>Eine anteilmässige Aufteilung des Gesamtbetrags des Bundes auf die Kantone nach deren BIP und Bevölkerungszahl ist in keiner Weise nachvollziehbar. Nach Art. 12 Abs. 1 COVID-19-Gesetz haben bestimmte Unternehmen bei der Härtefallhilfe explizit Vorrang, namentlich Unternehmen in der Wertschöpfungskette der Eventbranche, Schausteller, Dienstleister der Reisebranche sowie touristische Betriebe. Der schematische Verteilungsschlüssel berücksichtigt jedoch zu wenig, dass die Konzentration solcher Unternehmen von Kanton zu Kanton sehr unterschiedlich sein kann und sich nicht aus dem BIP und erst recht nicht aus der Bevölkerungszahl ergibt. Entscheidend ist stattdessen die Anzahl der bewilligten Härtefallgesuche, d.h. die Zahl der tatsächlichen Härtefälle. Daraus ergibt sich erneut, dass eine Obergrenze des Bundes in Art. 14 keinen Sinn macht.</p> <p>Antrag: Der Artikel sei völlig neu zu formulieren. Die Verteilung der Bundesgelder sei an die Anzahl der bewilligten Gesuche zu koppeln.</p>

Art. 19 (Nachträgliche Kürzung und Rückforderung)	<p>Die Kantone sind gemäss Art. 11 für die Einhaltung der Mindestvoraussetzungen und für die Missbrauchsbekämpfung zuständig. Es ist verständlich, dass sich der Bund daher ein Rückgriffsrecht vorbehält, wenn sich nachträglich herausstellt, dass die Anforderungen von einem Kanton nicht eingehalten wurden. Hingegen sind die Unternehmen, die von Härtefallhilfe profitieren, diesbezüglich weder zuständig noch verantwortlich. Folglich ist eine Kürzung oder Rückforderung der Kantone gegenüber den Firmen von vornherein auszuschliessen.</p> <p>Antrag: Als Abs. 3 (neu) sei die folgende Bestimmung aufzunehmen: «Eine nachträgliche Kürzung oder Rückforderung der Kantone gegenüber Firmen, die im Rahmen der vorliegenden Verordnung Härtefallunterstützung erhalten haben, ist ausgeschlossen.»</p>
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	

6. Abschnitt: Kapitalverlust und Überschuldung und 7. Abschnitt: Schlussbestimmungen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 20 (Kapitalverlust und Überschuldung)	<p>Antrag: Darlehen mit Rangrücktritt seien ebenfalls nicht als Fremdkapital zu berücksichtigen.</p>
Art. 22 Abs. 2 (Inkrafttreten und Geltungsdauer)	<p>Ein Ende der COVID-19-Krise und damit der wirtschaftlichen Auswirkungen ist derzeit nicht absehbar.</p> <p>Antrag: Zu ergänzen sei «und kann je nach Verlauf der COVID-19-Epidemie verlängert werden».</p>
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	



Antwortformular: Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Seilbahnen Schewiz

Abkürzung der Firma / Organisation : SBS

Adresse (**ab. 17. Dezember 2020**) : Giacomettistrasse 1
3006 Bern

Kontaktperson : Berno Stoffel, Direktor

Telefon : 41 31 359 23 26

E-Mail : berno.stoffel@seilbahnen.org

Datum : 12.11.2020

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Tabellenzeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word-Dokument** bis am **13. November 2020** an folgende E-Mail Adressen: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme!

Allgemeine Bemerkungen

Das Ziel der Vorlage, die Ausführungsbestimmungen in Bezug auf die Beteiligung des Bundes an kantonalen Unterstützungsmassnahmen für Härtefälle festzulegen, ist zu begrüssen. Mit Blick auf Sinn und Zweck der Härtefalllösung – namentlich besonders stark von der Covid-19-Krise betroffene Unternehmen finanziell zu unterstützen – verfehlt der vorliegende Entwurf sein Ziel. Gerade jenen Unternehmen, welche am dringendsten auf eine solche Hilfe angewiesen wären, würde tendenziell deren Zugang erschwert. Darunter sind längst auch solche, die vor der Krise finanziell gesund und überlebensfähig waren und sich nun unverschuldet in finanzieller Schieflage befinden.

Um einer Konkurs- und Entlassungswelle im Tourismussektor entgegenzuwirken, bedarf die Vorlage eine sofortige Umsetzung und Anpassungen insbesondere folgender Punkte:

Definition von «profitablen und überlebensfähigen» Unternehmen:

- Das Jahr 2020 ist bei der Beurteilung, ob eine Überschuldung vorliegt, nicht zu berücksichtigen (Anpassung Art. 4 Abs. 2 Bst. a);
- Keine mittelfristige Finanzplanung, sondern eine, welche zum Zeitpunkt der Gesuchseinreichung glaubhaft aufzeigen kann, wie die Finanzierung des Unternehmens unter Annahme keiner weiteren behördlichen Einschränkungen gesichert werden kann (Anpassung Art. 4 Abs. 2 Bst. d).

Definition von Umsatzrückgang:

- Der Umsatz 2020 berechnet sich ausschliesslich über den Wert der verkauften Waren und erbrachten Dienstleistungen; erlassene Aufwendungen sind nicht dazuzählen (z. B. KAE, CEE, Mieterlass) (Anpassung Art. 5 Abs. 2).
- Unternehmen, deren Jahresumsatz zwischen 30 % und 40 % unter dem durchschnittlichen Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 liegt, sollen ebenfalls unter die Härtefallregelung fallen und in reduziertem Mass unterstützt werden (Ergänzung Art. 5 Abs. 4 und Art. 8 Abs. 4).

Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen:

- Ein Unternehmen kann gleichzeitig mehrere Formen von Hilfen beanspruchen (Streichen Art. 7 Abs. 3);
- Dabei gelten bei a-fond-perdu-Beiträgen flexible Höchstgrenzen (Anpassung Art. 8 Abs. 2). A-fond-perdu-Beiträge kommen prioritär zum Einsatz.

Höhere Beteiligung des Bundes an kantonalen Härtefallmassnahmen:

- Derzeit beträgt die maximale Summe für Härtefallmassnahmen 400 Millionen Franken – dies unter der Annahme, dass sich Bund und Kantone zu je der Hälfte daran beteiligen. Diese Gesamtsumme ist substanzial zu erhöhen, der STV geht von einem Gesamtfinanzbedarf von 1800 Millionen aus, welche der Tourismussektor benötigt (Anpassung Art. 14);
- Weil gewisse Kantone nicht über die nötigen Mittel verfügen dürften und um Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern, soll die Bundesbeteiligung 80% betragen (Anpassung Art. 17);
- Die Umsetzung dieser Bestimmung erfordert zudem die Anpassung von Art. 12 des Covid-19-Gesetzes. Ohne neuen Finanzierungsschlüssel droht die Härtefallregelung zu scheitern, weil viele Kantone bei einer fünfzigprozentigen Leistungsbeteiligung überfordert wären. Notleidende Betriebe dürfen nicht darunter leiden.

Änderungswünsche sind in **roter Farbe** gehalten.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

1. Abschnitt: Grundsatz

Thema	Bemerkung/Anregung
	Keine Bemerkungen

2. Abschnitt: Anforderungen an die Unternehmen

Thema	Bemerkung/Anregung
<u>Art. 4 Abs. 2 Bst. a Anpassen</u>	<p>Dieser Artikel sieht vor, dass profitable und überlebensfähige Unternehmen seit dem 1. Januar 2019 und bis und mit Einreichung des Gesuchs nicht überschuldet sein sollen. Damit würde das Geschäftsjahr 2020 vollumfänglich oder zu einem grossen Teil mitberücksichtigt werden. Eine solche Bestimmung ist mit Blick auf Sinn und Zweck der Härtefallregelung – die Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Covid-19-Pandemie – problematisch. Für die meisten Unternehmen, die im Jahr 2020 Umsatzeinbussen von 40 Prozent oder mehr erlitten, kommt es der Quadratur des Kreises gleich, sich Ende 2020 nicht in einer Überschuldungssituation zu befinden. Der Bund würde mit der vorliegenden Bestimmung einen Grossteil der am stärksten von der Krise betroffenen Betriebe im Rahmen einer Härtefalllösung nicht unterstützen. Damit würde gerade den Betrieben, die auf eine solche Unterstützung dringend angewiesen sind, der Zugang erschwert.</p> <p>Die Überschuldung im Jahr 2020 hängt nicht davon ab, wie profitabel oder überlebensfähig ein Unternehmen ist, sondern wie stark die Covid-19-Massnahmen dessen Geschäftstätigkeit eingeschränkt hat.</p> <p>Weiter hatten die meisten Unternehmen gar nicht die Möglichkeit – unabhängig davon, wie rentabel sie zu üblichen Geschäftsjahren wirtschaften – ihre Verluste aus der «ersten Welle» im Frühling 2020 aufzufangen. Spätestens seit dem Herbst 2020 sind wieder weitergehende Massnahmen von Bund und Kantonen in Kraft, die ein profitables Wirtschaften stark einschränken oder verunmöglichen.</p> <p>Das Geschäftsjahr 2020 wurde für Härtefälle massgeblich von den finanziellen Auswirkungen der behördlichen Covid-19-Massnahmen geprägt. Daher ist das Jahr 2020 kein Referenzwert dafür, ob ein Unternehmen profitabel und überlebensfähig ist (sofern das Unternehmen vor 2020 gegründet wurde). Daher ist dieser Artikel wie folgt anzupassen:</p> <p style="color: red;">« [...] zum Zeitpunkt der Einreichung des Gesuchs nicht überschuldet sind und zwischen dem 1. Januar 2019 und [der Einreichung des Gesuchs] <u>dem 31. Dezember 2019</u> nicht überschuldet waren;» [Streichen und anpassen]</p>
<u>Art. 4 Abs. 2 Bst. d Anpassen</u>	<p>Als weitere Bedingung muss ein profitables und überlebensfähiges Unternehmen über eine mittelfristige Finanzplanung verfügen. Gemäss erläuterndem Bericht umfasst dies mindestens das laufende und das darauffolgende Jahr. Angesichts der unsicheren Gesamtlage und Entwicklung der Covid-19-Pandemie sowie wirtschaftlich einschneidenden Massnahmen zu deren Eindämmung ist eine solche Zeitspanne weder angemessen, noch lässt sie eine Finanzplanung zu, die sich auf bis zu zwei Jahre erstrecken soll.</p> <p>Die Finanzplanung ist nach Dafürhalten von SBS unter der Annahme zu erstellen, dass keine weiteren behördlichen Massnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie angeordnet werden.</p> <p>Weiter soll das Unternehmen für diese Zeitspanne gemäss erläuterndem Bericht aufzeigen, dass seine Finanzierung mit der Härtefallmassnahme ohne weitere staatliche</p>

	<p>Hilfen gesichert werden kann. SBS fordert, dass nebst CEE, KAE, Covid-19-Krediten und Bürgschaftskrediten für Startups auch jene der SGH von solchen staatlichen Hilfen ausgenommen sind.</p> <p>Die Bestimmung ist wie folgt anzupassen:</p> <p>« [...] über eine [mittelfristige] Finanzplanung verfügen, die glaubhaft aufzeigt, dass die Finanzierung des Unternehmens mit der Härtefallmassnahme [...]» [Streichen]</p>
Art. 4 Abs. 3 Bst. b <u>Streichen</u>	<p>Diese Bestimmung legt fest, dass ein Covid-19-Kontokorrentkredit vollständig ausgeschöpft sein muss, um zumutbare Selbsthilfemassnahmen ergriffen zu haben. Eine solche Regelung drängt Unternehmen dazu, diese Kredite auszuschöpfen, wenn sie zusätzlich finanzielle Unterstützung in Form der Härtefallregelung beantragen müssen. Es müssen folglich zuerst jene Kredite ausgeschöpft werden, welche zur Überschuldungsproblematik der Unternehmen beitragen, zu deren Milderung die Härtefalllösung eigentlich beitragen sollte. Ausserdem erhöht sich das Konkursrisiko für all jene Unternehmen, deren Gesuch abgelehnt wird.</p> <p>Weiter legt der Bericht fest, dass Covid-19-Solidarbürgschaftskredite nicht unter das Doppelsubventionierungsverbot fallen. Dies steht im Widerspruch dazu, dass solche Kredite erst ausgeschöpft werden müssen, um zumutbare Selbsthilfemassnahmen ergriffen zu haben. Auch aus dieser Logik heraus ist diese Bestimmung aus der Verordnung zu <u>streichen</u>.</p>
Art. 5 Abs. 1 <u>Anpassen</u>	<p>Bei Gesuchseinreichung ist der Jahresumsatz 2020 allenfalls noch nicht bekannt. Deshalb ist Art. 5 Abs. 1 wie folgt zu ergänzen:</p> <p>«Die Unternehmen haben gegenüber dem Kanton belegt, dass ihr Jahresumsatz 2020 oder ihr Jahresumsatz bis zur Einreichung des Gesuchs in der Folge von behördlich angeordneten Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie mehr als 40 Prozent unter dem durchschnittlichen Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 liegt.» [Ergänzen]</p>
Art. 5 Abs. 2 <u>Anpassen</u>	<p>Gemäss diesem Artikel sind Entschädigungen für Kurzarbeit und Covid-Erwerbsersatz zum Umsatz 2020 hinzuzuzählen. Aus dem erläuternden Bericht geht hervor, dass dies bei Inkrafttreten des Geschäftsmietegesetzes weiter für verordnete oder freiwillige Mieter lasse der Fall sein würde.</p> <p>Eine solche Bestimmung stellt eine sachfremde respektive nicht gerechtfertigte Verknüpfung unterschiedlicher finanzieller Instrumente zur Abfederung der Covid-19-Krise dar. Im buchhalterischen Sinne definiert sich der Umsatz über den Wert von erbrachten Leistungen und abgesetzten Waren; bei der KAE und CEE verringern sich die Aufwendungen eines Unternehmens. Schliesslich dienen diese beiden arbeitsmarktlichen Instrumente in erster Linie dazu, Arbeitsplätze zu sichern und Unternehmen vor unverschuldeten Liquiditätsengpässen und Konkursen zu bewahren. Es geht nicht darum, die Gewinne oder die Erfolgsrechnung solcher Unternehmen zu verbessern. Deswegen sind sie oder andere erlassene Aufwendungen nicht zum Umsatz hinzuzuzählen.</p> <p>Weiter würde der Einbezug von erlassenen Aufwendungen im Umsatz (z. B. KAE) einen administrativen Mehraufwand für die Kantone und Unternehmen verursachen. Dies dürfte weder im Sinne dieser noch des Bundes sein. Letztlich stellt der Bund Massnahmen vor, wie administrative Kosten für die Kantone tief zu halten sind (z. B. Bericht S. 7).</p> <p>Zudem steht die Bestimmung im Widerspruch zu Art. 12 Abs. 2 Covid-19-Gesetz, wonach die KAE, CEE sowie die Covid-19-Kredite explizit nicht als staatliche Finanzhilfen gelten. Weiter sieht bspw. auch die Covid-19-Erwerbsausfallverordnung vor, dass Härtefallmassnahmen nicht subsidiär zur CEE gelten.</p> <p>Aus obengenannten Gründen ist der Artikel wie folgt zu kürzen:</p>

	<p>«Der Umsatz 2020 berechnet sich aus dem Wert der verkauften Waren und der erbrachten Dienstleistungen [zuzüglich der für die Periode 2020 erhaltenen Entschädigungen für Kurzarbeit und Covid-Erwerbsersatz].» [Streichen]</p>
Art. 5 Abs. 4 (neu) Ergänzen	<p>Unternehmen, deren Jahresumsatz zwischen 30 % und 40 % unter dem durchschnittlichen Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 liegt, sollen ebenfalls Härtefallmassnahmen beantragen können. Tun sie dies, werden sie in reduziertem Mass unterstützt. SBS spricht sich für eine Abstufung aus, um eine hohe Schwelle zwischen den nicht anspruchsberechtigten Unternehmen und den Härtefällen zu vermeiden.</p> <p>«Unternehmen, deren Jahresumsatz zwischen 30 % und 40 % unter dem durchschnittlichen Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 liegt, können ebenfalls als Härtefälle gelten.»</p> <p>Diese Ergänzung erfordert außerdem eine Anpassung von Art.12 Abs.1 des Covid-19-Gesetzes.</p>

3. Abschnitt: Anforderungen an die Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 7 Abs. 3 Streichen	<p>Zu begrüssen ist, dass die Kantone verschiedene Formen von Härtefallhilfen gewähren können. Mit Blick auf die tiefen respektive unterschiedlichen Höchstgrenzen (Art. 8 Abs. 1 und 2) soll es den Unternehmen möglich sein, mehr als eine finanzielle Hilfe gleichzeitig beanspruchen zu können (z. B. Darlehen und nicht rückzahlbare Beiträge).</p> <p>Der zusätzliche Koordinations- und Kontrollaufwand dürfte gering sein. Wenn ein Unternehmen bereits von einer Härtefallmassnahme Gebrauch macht und daraufhin eine zweite Unterstützungshilfe in Form eines Härtefalls beantragt, dürfte der Aufwand geringer sein als beim Erstantrag.</p> <p>Daher ist es angezeigt, den <u>Art. 7 Abs. 3 zu streichen</u>.</p>
Art. 8 Abs. 2 Anpassen	<p>Nicht rückzahlbare Beiträge werden gemäss Verordnungsentwurf auf 10 Prozent des Jahresumsatzes 2019 (respektive 500'000 Franken) limitiert. Damit müssten betroffene Unternehmen einen grossen Teil ihrer Umsatzeinbussen von 2020 (im Vgl. zu 2019) selbst tragen. Sowohl die Kostenstruktur als auch die Umsatzeinbussen sind über den ganzen Tourismussektor und je nach Betroffenheit der jeweiligen Branche sehr unterschiedlich. Dies bestimmt massgeblich, wie hoch der Bedarf an Unterstützungsmassnahmen ist. Zudem hängen der Bedarf und die Höhe einer Härtefallhilfe vom weiteren Verlauf der Covid-19-Pandemie, respektive von einschränkenden Massnahmen zu deren Eindämmung ab. Die genannte Höchstgrenze schränkt die Flexibilität und somit die Wirksamkeit der Härtefallmassnahmen ein. Die absolute Höchstgrenze von CHF 500'000.- genügt.</p> <p>Letztlich obliegt es den Kantonen, die Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen den unterschiedlichen kantonalen Gegebenheiten anzupassen. Dies bedingt eine flexible und nicht zu starre Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen.</p> <p>Daher ist der Abschnitt wie folgt zu kürzen:</p> <p>«Die nicht rückzahlbaren Beiträge belaufen sich auf höchstens 10 Prozent des Jahresumsatzes 2019 und höchstens auf 500 000 Franken pro Unternehmen. <u>Im Falle besonderer Härte können diese absoluten Beiträge erhöht werden</u>. Die Beiträge können gestaffelt beschlossen und ausgerichtet werden.» [Streichen und <u>Ergänzen</u>]</p>

Art. 8 Abs. 4 (neu) Ergänzen	<p>Diese Bestimmung ist die logische Folgerung aus Forderung Art 5 Abs. 4. Ohne die folgende Ergänzung würde ein Unternehmen mit Umsatzeinbussen von 39.9 % nicht von den Härtefallmassnahmen profitieren, während ein Unternehmen mit Umsatzeinbussen von 40 % in vollem Umfang unterstützt werden kann. SBS spricht sich für eine Abstufung aus. Unternehmen, deren Jahresumsatz zwischen 30 % und 40 % unter dem durchschnittlichen Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 liegt, sollen ebenfalls Härtefallmassnahmen beantragen können.</p> <p style="color: red;">«Die Höchstgrenze für Unternehmen, deren Jahresumsatz 30 % unter dem durchschnittlichen Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 liegt, beträgt 20 % der ordentlichen Höchstgrenze. Diese Höchstgrenze steigt linear mit dem Umsatzverlust.»</p> <p>Diese Ergänzung erfordert außerdem eine Anpassung von Art.12 Abs.1 des Covid-19-Gesetzes.</p>

4. Abschnitt: Verfahren und Zuständigkeiten

Thema	Bemerkung/Anregung
	Keine Bemerkungen

5. Abschnitt: Beiträge des Bundes und Berichterstattung der Kantone

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 14 Anpassen	<p>Dieser Artikel sieht eine Beteiligung des Bundes von höchstens 200 Millionen Franken an kantonalen Härtefallmassnahmen vor. Angesichts der Ausmasses der Covid-19-Krise auf die Wirtschaft dürfte dieser Betrag bei weitem nicht ausreichen. Allein die Beherbergungsbranche geht heute von einem Finanzbedarf von mindestens 500 Millionen aus. Für viele Branchen ist es sehr schwierig den Bedarf zu benennen, da der Verlauf der Epidemie und die damit einhergehenden Umsatzeinbussen heute nicht abzuschätzen sind. Um ein Maximum an Flexibilität und Handlungsspielraum für Bund und Kantone zu gewährleisten, sollte ein Betrag von 1800 Millionen bereitgestellt werden, auch damit nicht immerzu neue Nachtragskredite beantragt werden müssen.</p> <p style="color: red;"><u>«Bund und Kantone beteiligen sich im Rahmen der bewilligten Kredite im Umfang von 1'800 Millionen Franken an den Härtefallmassnahmen. Der Bundesanteil beträgt dabei 1440 Millionen Franken.»</u> [Streichen und <u>anpassen</u>]</p>
Art. 17 Abs. 2 Anpassen	<p>Gemäss erläuterndem Bericht beteiligt sich der Bund zur Hälfte an den Auszahlungen der Härtefallhilfen. SBS fordert, dass ein Beteiligungsverhältnis Bund/Kantone von 80%/20% zur Anwendung kommt. Diese Bestimmung erfordert eine Anpassung von Art. 12 Abs. 1 des Covid-19-Gesetzes. Ein erhöhter Bundesanteil erhöht den Druck auf die Kantone das Geld auch tatsächlich zu beziehen und mindert somit auch die Gefahr von Wettbewerbsverzerrungen aufgrund von uneinheitlicher Behandlung der Härtefälle. Weiter fordert SBS eine Ersatzlösung für Härtefälle in Kantonen, welche nicht bereit sind, sich an der Härtefalllösung zu beteiligen.</p>

6. Abschnitt: Kapitalverlust und Überschuldung und 7. Abschnitt: Schlussbestimmungen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 20 <u>Präzisierung</u>	Gemäss erläuterndem Bericht werden Forderungen aus Covid-19-Solidarbürgschaftskrediten und -Härtefallkredite nicht zum Fremdkapital gezählt. SBS spricht sich dafür aus, dass gewährte Kredite der SGH, die im Jahr 2020 gewährt wurden, auch nicht zum Fremdkapital gezählt werden.



GS / EFD		
+	13. Nov. 2020	+
Reg.-Nr.		

Gemeinderat, Mühlebrücke 5, 2501 Biel

Herr
Bundesrat Ueli Maurer
Bernerhof
Bundesgasse 3
3003 Bern

Gemeinderat

Mühlebrücke 5 · 2501 Biel
T 032 326 11 21
info.stk@biel-bienne.ch
www.biel-bienne.ch

Biel, 11.11.2020

Vernehmlassung zur Covid-19-Härtefallverordnung / Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Die Stadt Biel als bedeutender Industriestandort sowie als Kernstadt mit einem vielfältigen Angebot in Gewerbe, Gastronomie, Kultur und Sport ist von den wirtschaftlichen Folgen der Massnahmen zur Eindämmung der Epidemie besonders betroffen, weshalb der Gemeinderat der Stadt Biel im Rahmen der vorliegenden Vernehmlassung zur Covid-19-Härtefallverordnung von der Möglichkeit Gebrauch macht, hierzu direkt Stellung nehmen zu können.

Der Gemeinderat bedauert die extrem kurze Vernehmlassungsfrist, welche sich aus den aktuellen Sachzwängen im Zusammengang mit der sog. «Zweiten Welle» ergibt, denn er ist der Auffassung, dass diese unschöne Situation hätte vermieden werden können, wenn das vorliegende Geschäft früher angepackt worden wäre. Zudem hätten bei einem aktiven Einbezug der Gemeindeebene verschiedene Sachfragen bereits früher gelöst werden können und müssten nun nicht erst im Vernehmlassungsverfahren angemahnt werden.

Der Gemeinderat begrüßt grundsätzlich die Stossrichtung der vorgelegten Verordnung, mit der wirtschaftliche Härtefälle für betroffene Unternehmen durch gezielte Massnahmen abgefedert werden sollen. Allerdings hat er Bedenken, ob das angedachte Vorgehen mit Blick auf die sog. «Zweite Welle» der Coronapandemie, welche die Schweiz aktuell durchmacht, rasch genug greift und stark genug konzipiert ist. Der Gemeinderat erlaubt sich deshalb im Anschluss an die Beurteilung des vorliegenden Verordnungsentwurfs auch alternative resp. ergänzende Massnahmen vorzuschlagen.

Skeptisch beurteilt der Gemeinderat insbesondere den vorgesehenen Bundesbeitrag in der Höhe von maximal CHF 200 Mio. Nach seiner Auffassung dürfte diese Summe angesichts der drohenden Konkurswelle wesentlich zu tief angesetzt sein. In Kombination mit den vorgesehenen Höchstgrenzen gemäss Art. 8, Abs. 2 des Verordnungsentwurfs, demzufolge sich die nicht rückzahlbaren Beiträge auf höchstens 10 % des Jahresumsatzes und höchstens auf CHF 500'000.00 pro Unternehmen belaufen dürfen, würde dies bezogen auf den Kanton Bern heissen, dass bei einer Gesamtsumme von CHF 47,5 Mio. (CHF 23,75 Mio. Bundesbeitrag gemäss Anhang zum Verordnungsentwurf plus gleich hoher Kantonsbeitrag) und bei Anwendung des vorgeschlagenen Maximalbeitrags pro Unternehmung gerade einmal 95 Härtefälle aufgefangen werden könnten.

Auch wenn pro Unternehmung ein tieferer Beitrag zum Tragen kommt (z.B. CHF 200'000.00), könnten damit blass 240 Unternehmungen in den Genuss einer Unterstützung kommen. Zur Einordnung: der Kanton Bern zählt im 2. und 3. Wirtschaftssektor insgesamt rund 80'000 Arbeitsstätten (Quelle: BfS, Arbeitsstätten nach Wirtschaftssektoren, 2018). Die vorgesehene Bundeshilfe ist angesichts dieser Dimensionen nach Auffassung des Gemeinderates völlig unterdotiert.

Jeder Konkurs, der abgewendet werden kann und somit das Weiterbestehen einer «gesunden» Unternehmung ermöglicht, ist ein volkswirtschaftlicher Gewinn, indem Arbeitsplätze, Knowhow und Steuersubstrat erhalten werden. Der Gemeinderat der Stadt Biel bittet daher den Bundesrat, den vorgesehenen Bundesbeitrag substanziell zu erhöhen, damit die beabsichtigte Hilfe auch tatsächlich greift. In diesem Sinn erwartet er vom Bundesrat ein starkes Zeichen der Solidarität.

Wichtig ist dem Gemeinderat dabei, dass der Blick neben der Industrie auch auf Gewerbe, Gastronomie, Kultur und Sport gerichtet wird, denn nach seiner Einschätzung schlagen die Einschränkungen zur Bekämpfung der Pandemie in diesen Bereichen teilweise stärker und direkter durch als in der Industrie. Zudem greifen die sog. «klassischen» Instrumente (z.B. Kurzarbeitsentschädigung) im Industriebereich deutlich besser als bei Gewerbe, Gastronomie, Kultur und Sport, wo die Strukturen vielfältiger, aber eben auch wirtschaftlich schwächer sind.

Problematisch ist in den Augen des Gemeinderates sodann die Tatsache, dass die hälftige Mitfinanzierung durch die Kantone freiwillig ist, d.h. diese könnten das Instrument auch ungenutzt lassen, was einerseits gravierende Konsequenzen für einzelne Unternehmungen haben könnte und zudem wettbewerbsverzerrend wirken würde. Den Lead für das mit der vorliegenden Härtefallverordnung vorgesehene Härtefallprogramm soll nach Auffassung des Gemeinderates deshalb der Bund übernehmen, damit der Vollzug einheitlich und effizient durchgeführt werden kann. Die dafür notwendigen finanziellen Mittel sind substanziell zu erhöhen. Der Gemeinderat schlägt in Analogie zu anderen öffentlichen Beurteilungen eine Aufstockung auf mindestens 1 Milliarde Franken vor.

Der Gemeinderat der Stadt Biel fordert, dass die Bestimmung in Art. 1, Abs. 2, Buchstabe a gestrichen wird, wonach Unternehmungen mit einer Beteiligung der öffentlichen Hand von 10 oder mehr Prozent nicht in den Genuss der Härtefalllösung kommen können, da sich diese - zumindest für die kommunale Ebene - nicht sachlich begründen lässt. In der Tat ist es so, dass eine Unternehmung mit kommunaler Beteiligung ja infolge der Coronamassnahmen von Bund und/oder Kanton in eine existenzgefährdende Lage gekommen wäre und in diesem Fall besteht kein Anlass, dass die dafür nicht verantwortliche Gemeindeebene die finanziellen Lasten tragen soll.

Ebenfalls lehnt der Gemeinderat die Bestimmung in Art. 4, Abs. 1, Buchstabe c ab, welche Unternehmungen ausschliesst, die Covid-Bundeshilfen in den Bereichen Sport, Kultur usw. erhalten haben. Denn bekanntlich können Unternehmungen in mehreren Bereichen (z.B. Tourismus und Sport) tätig sein, so dass eine fallweise Analyse vorgenommen werden muss, um zu verhindern, dass Unternehmungen, die in unterschiedlichen Bereichen tätig sind, bestraft werden, indem sie vom Härtefallfonds grundsätzlich ausgeschlossen werden. So wie die Bestimmung aktuell ausgestaltet ist, hält sie nach Auffassung des Gemeinderates auch den Anforderungen des Verfassungsgrundsatzes der rechtsgleichen Behandlung nicht Stand.

Mit Blick auf die weiter oben gemachten Feststellungen und die aktuellen Herausforderungen in der Zweiten Welle regt der Gemeinderat zusätzlich an, folgende Lösungen ergänzend und/oder alternativ zu prüfen:

Nach seiner Einschätzung ist eine Reaktivierung der Covid-19-Kredite des Bundes, wie sie auch bereits in den Medien thematisiert worden ist, die effizienteste und zudem eine sehr rasch wirkende Lösung. Diese Kredite sind zielführend, um langfristig erfolgreiche Unternehmen vor einem Konkurs zu bewahren, selbst wenn die Kredite buchhalterisch zu einer weiteren Verschuldung führen. Dank bereits bestehendem Vollzugssystem via Haus-/Geschäftsbanken ist ein rascher

und kompetenter Verfahrensablauf sichergestellt. Eine Wiederaufnahme dieses Systems per Dezember 2020 erscheint dem Gemeinderat machbar, falls der Bund die entsprechenden Grundlagen im Covid-19-Gesetz legt oder wiederum die ausserordentliche Lage einführt; Letzteres würde zudem auch in anderen Bereichen der Pandemiebekämpfung Sinn machen. Betreffend die Covid-19-Kredite kann zudem festgestellt werden, dass die Tauglichkeit dieses Instruments während der Ersten Welle bereits hinlänglich unter Beweis gestellt werden können. Parallel dazu sollen die Unternehmen neu ein Härtefallgesuch stellen können, mit dem – bei Bewilligung – ein Teil des Covid-19-Kredites später erlassen wird.

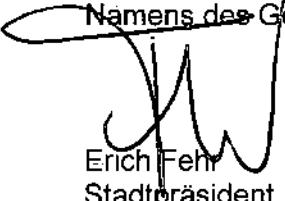
Ferner stellt der Gemeinderat fest, dass noch Lücken bestehen, die geschlossen werden müssen. Konkret muss der Teilmietelass für Betriebe, die im Frühling ihre Tätigkeit einstellen mussten, fortgeführt und mit Blick auf die aktuellen wirtschaftlichen Einschränkungen im Zuge der zweiten Welle zeitlich ausgedehnt werden. Der Gemeinderat bittet in diesem Zusammenhang den Bundesrat von seiner bisher ablehnenden Haltung abzuweichen und damit auch die Eidgenössischen Räte zu einer raschen und fairen Lösungsfindung zu bewegen. Der Gemeinderat macht darauf aufmerksam, dass die Unklarheit bei den Geschäftsmieten für viel Unverständnis, aber auch wirtschaftliche Sorgen und Ängste bei den Betroffenen sorgen. Es ist unbestreitbar, dass die Miete für viele Gewerbetreibende einen grossen Fixkostenblock darstellt und das bundesrätliche Versprechen, wonach bei der Pandemiebewältigung niemand vergessen wird, nicht wirklich eingelöst werden kann, wenn für diese Problematik keine verbindliche und griffige Lösung festgelegt wird. Der Verweis auf die Vertragsfreiheit und den Verhandlungsweg zwischen den Vertragspartnern genügt hier klar nicht.

Eine Weiterführung des verlängerten Bezugs der Arbeitslosenversicherung ist ebenso geboten, um drohende Aussteuerungen (und somit das Abgleiten in die Sozialhilfe, welche bekanntlich die Kantone und Gemeinden zu finanzieren haben) abzuwenden. In diesem Kontext regt der Gemeinderat an, die Kurzarbeitsentschädigung für Personen, die im Tieflohnsegment arbeiten, auf 100 % des Lohnes anzuheben, um auch hier die Sozialhilfe zu entlasten bzw. gar nicht erst zum Zuge kommen zu lassen.

Der Gemeinderat bittet um Kenntnisnahme und dankt Ihnen, sehr geehrter Herr Bundesrat, für Ihre Aufmerksamkeit.

Freundliche Grüsse

Namens des Gemeinderates


Erich Fehr
Stadtpräsident


Barbara Labbé
Stadtschreiberin

Kopie z.K. an:

- Schweizerischer Städteverband
- Regierungsrat des Kantons Bern



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Eidgenössische Finanzverwaltung EFV

Antwortformular: Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Stadt Kloten

Abkürzung der Firma / Organisation :

Adresse : Kirchgasse 7

Kontaktperson : Mark Wisskirchen

Telefon : 078 868 87 00

E-Mail : mark.wisskirchen@kloten.ch

Datum : 10.11.2020

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Tabellenzeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word-Dokument** bis am **13. November 2020** an folgende E-Mail Adressen: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme!

Allgemeine Bemerkungen

1. Abschnitt: Grundsatz

Thema	Bemerkung/Anregung
Höchstsatz von Beteiligungen (Art. 1 Ziff. 2 lit. a)	<p>Der Höchstsatz von 10% scheint eher tief, um da schon von einem strategischen Interesse zu sprechen. Der Satz könnte auch auf beispielsweise 33% festgelegt werden.</p> <p>Was ist, wenn mehrere Staatsebenen gemeinsam eine Beteiligung von mehr als 10% halten? Welche Staatsebene wäre dann zuständig, das Unternehmen mit eigenen Mitteln zu stützen?</p>

2. Abschnitt: Anforderungen an die Unternehmen

Thema	Bemerkung/Anregung
	Keine Bemerkungen.

3. Abschnitt: Anforderungen an die Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 7 Ziff. 3	Problematisch, dass die Unternehmen nur eine Form der Hilfe in Anspruch nehmen können. Das Argument, dass dies eine Vereinfachung des Koordinations- und Kontrollaufwandes ermöglicht, rechtfertigt die Einschränkung nicht.

4. Abschnitt: Verfahren und Zuständigkeiten

Thema	Bemerkung/Anregung

	Keine Bemerkungen.
Missbrauchsbekämpfung	[Bemerkungen/Anregungen zur Ausgestaltung und konkreten Umsetzung der Missbrauchsbekämpfung]

5. Abschnitt: Beiträge des Bundes und Berichterstattung der Kantone

Thema	Bemerkung/Anregung
	Etwas heikel scheinen mit Artikel 16 und Artikel 19. In Art. 16 genehmigt der Bund die Regelung der Kantone und das SECO bescheinigt die Anspruchsberechtigung. In Art. 19 kann jedoch nachträglich gekürzt werden, wenn ein Kanton die Anforderungen der Verordnung nicht einhält (was aber vorher durch das SECO bestätigt wurde). Es kann deshalb nur darum gehen, dass der Kanton eine grundsätzlich konforme Regelung einreicht und diese anschliessend nicht einhält. Es kann nicht sein, dass eine Regelung als konform bestätigt wurde und anschliessend doch gekürzt wird.

Zusatzfragen an die Kantone zur Abschätzung des Finanzierungsbedarfs

- Plant Ihr Kanton, kantonale Härtefallmassnahmen zu ergreifen?
- Wenn ja, in welcher Form? (Darlehen, Bürgschaften, Garantien und/oder rückzahlbare Beiträge)
- Erste Schätzung zum gesamten Mittelbedarf in Ihrem Kanton (à fond perdu-Beiträge und Verluste aus Darlehen, Bürgschaften und Garantien, wovon der Bund die Hälfte tragen müsste)

6. Abschnitt: Kapitalverlust und Überschuldung und 7. Abschnitt: Schlussbestimmungen

Thema	Bemerkung/Anregung
	Keine Bemerkung

Bundesrat Ueli Maurer
Eidgenössisches Finanzdepartement
Generalsekretariat EFD
Bundesgasse 3
3003 Bern

Zürich, 11. November, 2020

Stellungnahme der Swiss Biotech Association zur Covid-19-Härtefallverordnung

Sehr geehrter Herr Bundesrat Maurer

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, im Rahmen der Vernehmlassung, zur Covid-19 Härtefallverordnung Stellung nehmen zu können:

Seit Ausbruch der Pandemie hat der Bundesrat effizient reagiert und mit verschiedenen Mitteln (zum Bsp. Kurzarbeitsentschädigung und Notkredite) die verschiedenen Wirtschaftszweige schnell und unbürokratisch unterstützt und damit wesentlich zur Stabilisierung der Schweizer Wirtschaft in dieser anspruchsvollen Zeit beigetragen.

Leider waren die Notkreditprogramme, mit Ausnahme des inzwischen ausgelaufenen Start-up Programms, immer an Umsatzzahlen gebunden. Firmen ohne Umsätze erhielten deshalb aus prinzipiellen Gründen keinen Zugang zu Nothilfekrediten. Dies trifft insbesondere auf Forschungs- und Entwicklungunternehmen (F&E-Firmen) zu, die neue Produkte entwickeln aber noch keine Produkte verkaufen. Diese Firmen haben keine Einnahmen und wenden den grössten Teil ihrer finanziellen Mittel dazu auf F&E-Projekte umzusetzen. Aus der Optik der Biotech-Industrie möchten wir Sie auf die Finanzierungsprobleme von Schweizer F&E-KMUs hinweisen, die aufgrund der Covid-Pandemie dringend auf Notkredite angewiesen sind.

Die Covid-19-Härtefallverordnung stützt sich auf die Artikel 9 und 12 des Covid 19 Gesetzes und gemäss Verordnung werden Notkredite nur bei Umsatzeinbussen (-40%) gewährt und der Umfang der Kredite bezieht sich ebenfalls auf den Jahresumsatz. Dieser Ansatz hat zur Folge, dass die F&E-Firmen ohne Umsätze erneut von der Nothilfe, auch im Härtefall, ausgeschlossen bleiben.

Wir fordern den Bundesrat und das Parlament deshalb dringend dazu auf, Gesetz und Verordnung anzupassen, so dass in Härtefällen auch F&E-Firmen ohne Umsätze unterstützt werden können.

Worum geht es grundsätzlich?

Die Covid-Pandemie hat bei F&E-Firmen auf breiter Front zu Verzögerungen der F&E-Projekte geführt, die nicht mehr wettgemacht werden können. In der Biotechnologiebranche sprechen wir von 3-6 Monaten Verzögerung bei präklinischen Projekten und von 6-18 Monaten bei klinischen Studien. Gleichzeitig sind die finanziellen Reserven dieser Firmen gesunken und die Refinanzierung ohne neue F&E-Resultate erweist sich in vielen Fällen als schwierig.

Trotz dieser Verzögerungen hat sich die Innovationskraft und das Wertschöpfungspotential der F&E-Projekte nicht geändert, denn der medizinische Bedarf ist unverändert hoch. Wenn überhaupt, dann hat die Covid-Pandemie einen positiven Effekt, weil in allen Ländern der Welt die Relevanz der F&E-Firmen im Bewusstsein der Bevölkerung, der Investoren und Entscheidungsträger gestiegen ist.

Ziel der aktuellen Diskussion ist eine gezielte Unterstützung derjenigen F&E-Firmen, die aufgrund der Covid-Pandemie Probleme bei der Refinanzierung haben. Hier geht es nicht um eine allgemeine Innovationsförderung, sondern darum Überbrückungskredite zu gewähren, die es diese Firmen ermöglichen Zeit zu gewinnen und die durch die Pandemie verzögerten F&E-Projekte und geplanten Finanzierungsrunden abzuschliessen. Die Unterstützung dieser F&E-Firmen soll grundsätzlich mit Hilfe von rückzahlbaren, nachrangigen Darlehen erfolgen.

Wie gross ist der Bedarf für Härtefallkredite und wie lange sollten diese zur Verfügung stehen?

F&E-KMUs investieren den grössten Teil ihrer finanziellen Mittel in die Forschung und Entwicklung. Je nach Grösse und Entwicklungsstand des Unternehmens betragen die monatlichen Kosten rund 0.1 - 5 Mio. Franken. Diese Firmen finanzieren sich typischerweise durch Kapitalerhöhungen, da sie noch keine Umsätze generieren. Während diese innovativen Unternehmen in allen forschungsorientierten Industrien zu finden sind, gibt es in der Biotech-Industrie gegen 300 KMUs, die auf diesem Geschäftsmodell aufgebaut sind.

Diese auf F&E-Projekte fokussierten Schweizer Biotech-Firmen beschäftigen direkt rund 15'000 hochspezialisierte Mitarbeitende. Sie investieren pro Jahr rund 2 Mrd. Franken in F&E-Projekte, wovon rund 2/3 im Rahmen von Forschungszusammenarbeiten (viele davon mit Schweizerischen Hochschulen) und klinischen Studien an externe Zulieferer und Beraterfirmen fliessen. Dadurch finanzieren sie indirekt weitere rund 30'000 Arbeitsplätze.

Im Durchschnitt der vergangenen drei Jahren investierten Investoren pro Jahr CHF 1.5 Mrd. in diese Schweizer Biotech-Unternehmen. Ein Kapitalzufluss, der trotz Covid-Pandemie auch im 1. Halbjahr 2020 nicht abgebrochen ist. Es ist jedoch wichtig festzuhalten, dass diese Finanzierungen noch auf der Basis wissenschaftlicher Daten abgeschlossen wurden, die **vor** dem Ausbruch der Pandemie erarbeitet wurden. Die Verzögerungen der F&E-Programme werden sich nun in den nächsten neun Monaten auswirken. In diesem Zeitraum werden die Schweizer Biotech-Firmen insgesamt rund 1 Milliarde Franken neues Kapital benötigen.

Trotz des hohen Kapitalbedarfs von rund 1 Mrd. Franken, schätzen wir, dass ein Kreditvolumen von ca. CHF 150 Mio. für Härtefälle in der Biotech-Branche ausreichend sein wird, da:

- ein Teil der Firmen durch Altaktionäre weiterfinanziert werden kann
- einige Firmen ausreichend gute Resultate vorlegen können, um eine Überbrückungsfinanzierung sicherzustellen oder durch Lizenzverträge und Partnerschaften Einnahmen generieren und Zeit gewinnen können
- bereits die Tatsache, dass Überbrückungskredite für Härtefälle zur Verfügung stehen, vielen Firmen in den Finanzierungsdiskussionen helfen wird, ohne dass die Notkredite auch aktiv genutzt werden müssen

Wir erachten die nächsten neun Monate als kritische Phase. Bis Mitte 2021 wird abschätzbar sein, ob es sinnvoll ist, diese Form der Unterstützung um weitere 6 Monate zu verlängern.

Grundsätzlich sollten Härtefälle von F&E-KMUs in allen innovativen Industriebranchen unterstützt werden. Wir können hier nur für die Biotechnologie-Branche sprechen, gehen aber davon aus, dass dieser Finanzbedarf verdoppelt bis verdreifacht werden müsste, um auch in allen anderen F&E-Branchen ausreichende Unterstützung anzubieten.

Was geschieht, solange der Zugang zu Notkrediten für Härtefälle bei den F&E-Firmen fehlt?

Solange die F&E-Firmen keinen Zugang zu Notkrediten haben, bleiben ihnen nur drei wesentliche Möglichkeiten, um zu reagieren: Sie können Mitarbeiter entlassen, Forschungszusammenarbeiten einstellen oder Patent- und Lizenzrechte verkaufen. Alle diese Möglichkeiten reduzieren die Innovationskraft der Schweiz. Durch den indirekten Effekt auf die Forschungs- und Entwicklungspartner werden zudem viele weitere Firmen, die zurzeit noch durch die Nothilfemassnahmen gestützt werden, ebenfalls in Mitleidenschaft gezogen, weil die Aufträge der F&E-Firmen ausbleiben oder stark reduziert werden.

Die Biotech-Branche gehört zu den Vorzeigebanden der Schweiz. Zusammen mit der Pharma-industrie generiert sie rund 40 Prozent der Schweizer Exporte. Mittlerweile werden rund 2/3 der innovativen Projekte in Life Sciences durch F&E-KMUs initiiert und finanziert. International ist die Schweiz eine der führenden Nationen in diesem Bereich und die Schweizer Biotech-Unternehmen gehören auch in der aktuellen Krise wiederum zu den innovativsten Firmen der Welt.

Während andere Länder zum Schutz ihrer Innovationskraft zu extremen (und aus unserer Sicht untauglichen) Mittel greifen und sich Staaten direkt an Biotech-Firmen beteiligen oder ausländische Investoren davon abhalten, Biotech-Firmen oder deren Patentrechte auszukaufen, sind diese Firmen in der Schweiz bisher durch die Maschen des Unterstützungsnetzes gefallen und stark exponiert.

In dieser Situation ist es entscheidend, den betroffenen F&E-Firmen rechtzeitig Zugang zu finanzieller Unterstützung zu gewähren, um so die Innovationskraft dieser Unternehmen (und der Schweiz) zu erhalten.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Dominik Escher
Präsident



Dr. Michael Altorfer
Geschäftsführer

Swiss Retail Federation | Bahnhofplatz 1 | CH-3011 Bern

Eidgenössisches Finanzdepartement
Bundesgasse 3
3003 Bern

marianne.widmer@efv.admin.ch
lukas.hohl@efv.admin.ch

Bern, 13.11.2020

Keine Bevorteilung von Branchen durch die Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Swiss Retail Federation ist der grösste Detailhandelsverband in der Schweiz. Unter unseren Mitgliedern sind Warenhäuser, Fachmärkte und Fachgeschäfte, Verbraucher- und Abholmärkte, selbstständige Detaillisten, Food-Fachhändler und Kioske. Zusammen repräsentieren unsere Mitglieder rund 46'000 Mitarbeitende, 4700 Filialen und rund CHF 19 Milliarden Umsatz. Die Covid-19-Pandemie trifft den Schweizer Detailhandel als grössten privaten Arbeitgeber (rund 310'000 Arbeitsplätze) weiterhin schwer. Viele Detailhändler haben ihre Reserven schon in der ersten Welle gebraucht oder gar ganz aufgebraucht. Schliessungen werden unweigerlich folgen. Kollateralschäden müssen jetzt vermieden werden. Aus diesem Grund begrüsst die Swiss Retail Federation grundsätzlich die in der Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie festgehaltenen Regelungen. Die wichtigsten Stützungsmaßnahmen des Staates waren und sind die Kurzarbeitsentschädigung und die Covid19-Kredite. Die Härtefallregelung zeichnet sich grundsätzlich als geeignetes flankierendes Instrument zu diesen Stützmaßnahmen aus und begrüssen wir daher. Die Swiss Retail unterstützt zudem die Haltung des Bundes, die Kantone in die Verantwortung zu nehmen, zumal viele Kantone weitergehende Massnahmen zu Bekämpfung des Coronavirus ergriffen haben. Dennoch zeigt sich die Härtefallverordnung in einigen Punkten als ungeeignet für die Probleme des Schweizer Detailhandels. Gerne nehmen wir daher nachfolgend Stellung zu der geplanten Covid-19-Härtefallverordnung.

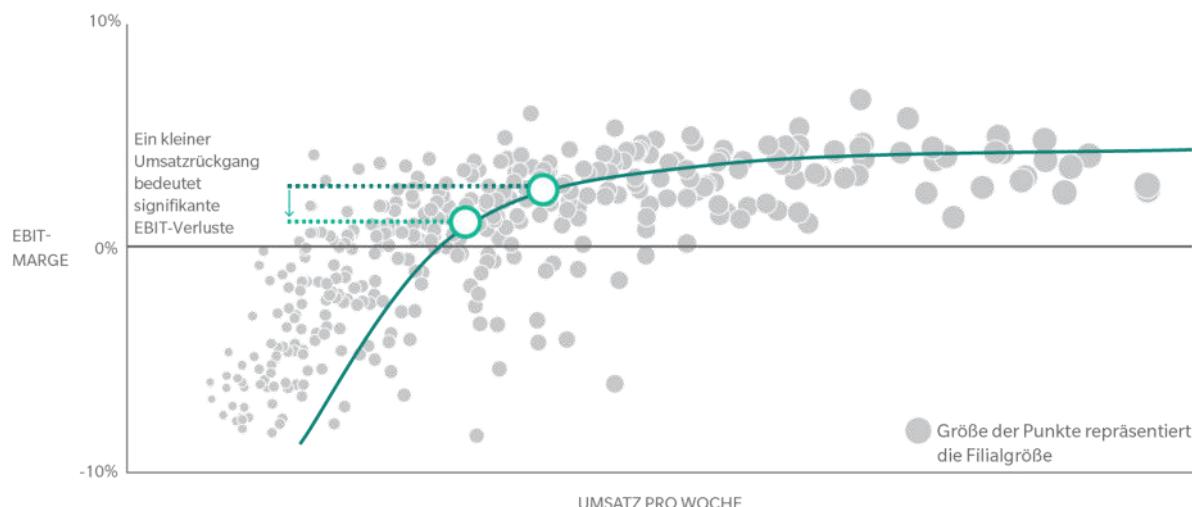
Schwelle von Umsatzrückgang nach Art. 5 für Detailhandel nicht verhältnismässig

Art. 5 der Härtefallverordnung regelt, dass ein Unternehmen dem Kanton belegen muss, dass sein Jahresumsatz 2020 in der Folge der behördlich angeordneten Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus mehr als 40% unter dem durchschnittlichen Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 liegt. Dieser Schwellenwert ist aufgrund der Geschäftsstruktur im Detailhandel zu hoch angesetzt. Im Detailhandel gilt allgemein, dass die EBIT-Marge und die Eigenkapitaldecke sehr dünn sind und daher schon geringe Umsatzrückgänge von 5-10% grosse negative Auswirkungen haben und die Unternehmen in die Verlustzone rutschen.

Aldi Suisse AG	GERRY WEBER Switzerland AG	Landi Schweiz AG	My Shoes (Schweiz) AG	Snipes (Schweiz) AG Spar
C&A Mode AG	Gonset Holding SA	LIDL Schweiz AG	Ochsner Sport AG	Management AG
Calzedonia Switzerland AG	Grandi Magazzini SA	LIPO Einrichtungsmärkte AG	Ochsner Shoes AG	Tchibo (Schweiz) AG
Conforama Direction SA	Hörnbach Baumarkt (Schweiz) AG	Loeb AG	Outdoor Trading AG	The Nuance Group AG
Decathlon Sports Switzerland SA	IKEA AG	Manor AG	Populart AG	TopCC AG
Dosenbach-Ochsner AG	Jeans Fritz Schweiz AG	Markan Syntrade Schweiz AG	Pistor AG	Transa Backbooking AG
Dufry Basel Mulhouse AG	Jelmoli AG	Maus Frères SA	Rio Getränkemarkt AG	Turn Handels AG
eManor AG	Jumbo-Markt AG	Mode Bayard AG	Rituals Cosmetics Switzerland AG	Valora Schweiz AG
Franz Carl Weber AG	JYSK GmbH	Müller Handel AG Schweiz	SCS Storeconcept AG	Volg Konsumwaren AG
Fressnapf Schweiz AG	Karl Vögele AG	Müller Reformhaus Vital Shop AG	shop and more ag	

Die nachfolgende Grafik illustriert dies bestens:

Sensitivität des Gewinns bei Umsatrückgängen



Quelle: Oliver Wyman-Analyse

Gerade wenn wie in Art. 5 abs. 2 der Umsatz sich aus dem Wert der verkauften Waren und der erbrachten Dienstleistungen zuzüglich der für die Periode 2020 erhaltenen Entschädigungen für Kurzarbeit und Covid-Erwerbsersatz berechnet, bedeutet dies, dass die Detailhandelsunternehmen längst Konkurs sind, bevor sie von der Härtefallregelung profitieren können. Zudem ist der Einbezug der Entschädigungen für Kurzarbeit und Covid-Erwerbsersatz in die Berechnung nicht sachrichtig, da es sich dabei um einen teilweisen Auslagenersatz für nicht sofort getroffene personelle Massnahmen auch im Interesse der Gesellschaft und unserer Volkswirtschaft handelt. Der Schwellenwert ist branchenspezifisch zielführend anzupassen. Nur so lässt sich sicherstellen, dass alle Branchen, unabhängig von der jeweiligen EBIT-Marge von der Härtefallregelung profitieren können.

Dem unterschiedlichen Konkursrisiko der verschiedenen Branchen Rechnung tragen

Die verschiedenen Branchen, die allenfalls von der Härtefallregelung profitieren können, weisen ein unterschiedliches unmittelbares Konkursrisiko auf. Es muss verhindert werden, dass lediglich Branchen Unterstützung erhalten, die frühzeitiger in Konkurs fallen als andere. Die Gleichbehandlung der verschiedenen Branchen muss mit der Härtefallregelung gewährleistet werden. Die Swiss Retail begrüßt daher, dass der Bundesrat in Aussicht gestellt hat, den Gesamtbetrag im Bedarfsfall anzupassen. Es ist jedoch zudem durch einen Verteilschlüssel sicherzustellen, dass nicht eine «first-come-first-serve» Politik entsteht. Branchen, die alles dafür tun, um durch zielführende Massnahmen einen Konkurs zu vermeiden oder zu verzögern, sollen nicht zu einem späteren Zeitpunkt benachteiligt werden. Weiter muss zwingend sichergestellt werden, dass die mittelfristige Finanzplanung nach Art. 4 abs. 2 bst. d strikt und realitätsorientiert überprüft wird. Hier soll eine adäquate Risikobeurteilung der mittelfristigen Überlebensfähigkeit des betroffenen Unternehmens vorgenommen werden.

Fehlverwendung der Kredite ausschliessen

Die nachträgliche Rückforderung bei den Kantonen für falsch vergebene Unterstützungen nach Art. 19 abs. 2 ist zentral. Dadurch kann eine Fehlverwendung der Kredite verhindert werden und die Kantone sind in der Pflicht die Anforderungen der Härtefallverordnung strikt einzuhalten. Weiter ist sicherzustellen, dass die gesprochenen Mittel nicht zu einer Wettbewerbsverzerrung führen. Aus diesem Grund sollten die Mittel einen Rückzahlungscharakter (lange Fristen – gegen Nullzins) haben und nicht als à fond perdu Beträge gesprochen werden. Nur so wird sichergestellt, dass auch

laufende Strukturanpassungen und -änderungen begleitet und allenfalls verzögert, aber nicht verhindert werden.

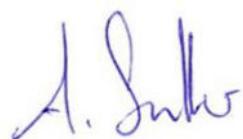
Für die Berücksichtigung unserer Überlegungen und Anliegen danken wir Ihnen bestens.

Freundliche Grüsse



Dagmar Jenni

Geschäftsführerin Swiss Retail Federation



Adrian Sutter

Fachbereich Wirtschaftspolitik

Swiss Retail Federation ist der Verband der mittelständischen Detailhandelsunternehmen (stationär und online) in der Schweiz. Unsere Mitglieder repräsentieren insgesamt rund 46'000 Arbeitsplätze in der Schweiz und weisen einen jährlichen Umsatz von insgesamt 19 Mia. Franken auf.

Swissmechanic Schweiz
Politik
Felsenstrasse 6
8570 Weinfelden
Telefon +41 (0)71 626 28 00
Telefax +41 (0)71 626 28 09
www.swissmechanic.ch

**Eidgenössisches
Finanzdepartement EFD**
marianne.widmer@efv.admin.ch
lukas.hohl@efv.admin.ch

Weinfelden, 12. November 2020

**Vernehmlassung zur Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in
Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung) –
Stellungnahme von Swissmechanic Schweiz**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Maurer
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Gelegenheit, unsere Stellungnahme zur Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung) abgeben zu können.

Einleitende Bemerkungen

Swissmechanic ist der führende Arbeitgeberverband der Klein- und Mittelbetriebe (KMU) in der MEM-Branche (Maschinen-, Elektro- und Metallbranche). Der Verband Swissmechanic umfasst 14 selbstständige Sektionen und eine nationale Organisation (Swissmechanic Schweiz). Die Fachorganisation Forum Blech ist als überregionale Organisation, die Industrievereinigung GIM-CH aus der Romandie als Partnerorganisation Swissmechanic Schweiz angeschlossen und in den relevanten Verbandsorganen vertreten. Insgesamt vertritt Swissmechanic rund 1'400 Mitglieder mit rund 70'000 Mitarbeitenden, davon etwa 6000 Auszubildende. Die angeschlossenen Betriebe generieren ein jährliches Umsatzvolumen von rund 15 Milliarden Schweizer Franken.

Ausgangslage

Aufgrund der Dauer der Corona-Pandemie und der damit verbundenen wirtschaftlichen Auswirkungen nimmt die Gefahr von Härtefällen zu. Das Parlament hat deshalb in der Herbstsession neben der breiten Weiterführung der bestehenden Unterstützungsmassnahmen zusätzlich die Möglichkeit einer Beteiligung des Bundes an kantonalen Härtefallhilfen für besonders stark Corona-geschädigte Betrie-

be beschlossen (Artikel 12 Covid-19-Gesetz). Der Bundesrat hat den Entwurf zur entsprechenden Härtefallverordnung nun in die Vernehmlassung geschickt.

Die Covid-19-Härtefallverordnung soll am 1. Dezember in Kraft gesetzt werden und gilt bis zum 31. Dezember 2021. Die Covid-19-Härtefallverordnung legt die Mindestvoraussetzungen fest, die kantonale Härtefallregelungen erfüllen müssen, damit sich der Bund an deren Finanzierung beteiligt. Als Härtefallmassnahmen vorgesehen sind Bürgschaften und Garantien, Darlehen und/oder à-fonds-perdu-Beiträge. Für Darlehen, Bürgschaften und Garantien ist eine Maximaldauer von 10 Jahren vorgesehen. Sie dürfen pro Unternehmen maximal 25 Prozent des Umsatzes 2019, höchstens aber 10 Millionen betragen. A-fonds-perdu-Beiträge sind auf maximal 10 Prozent des Umsatzes 2019, höchstens aber auf 500'000 Franken pro Unternehmen beschränkt (davon 250'000 Franken vom Bund).

KMU-MEM von den Folgen von Covid-19 stark betroffen

Mit über 320'000 Angestellten ist die Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM) die grösste industrielle Arbeitgeberin der Schweiz und nimmt damit eine Schlüsselstellung in der schweizerischen Volkswirtschaft ein. Viele Betriebe der MEM-Branche sind kleinere und mittlere Unternehmen (KMU). Gerade auch in Randregionen bieten KMU-MEM-Betriebe wichtige Arbeitsplätze und generieren Einkommen.

Die KMU-MEM-Branche ist durch die globale Corona-Pandemie sehr stark betroffen. Zahlreiche KMU-MEM-Betriebe müssen Corona-bedingt erhebliche Auftragsrückgänge und Umsatzverluste verzeichnen. Die Ursachen sind vielfältig: Lieferketten sind unterbrochen; Aussendienstmitarbeiter können nicht oder nur sehr beschränkt tätig sein; Messen und Ausstellungen, auf denen üblicherweise wichtige Aufträge akquiriert werden, werden abgesagt etc. Und nicht zu vergessen die Betriebsschliessungen während der 1. Welle im Tessin. Wie der «Wirtschaftsbarometer» von Swissmechanic zeigt, ist die Auftragslage in der Branche sehr schlecht und die Branche blickt mit äusserst gemischten Gefühlen in das kommende Jahr. Die Quartalsumfrage von Swissmechanic zusammen mit BAK Economics zeigt, dass aktuell 36% der Unternehmen Personal abbauen und keine signifikante Besserung in Sicht ist.

Standpunkt von Swissmechanic zur Covid-19-Härtefallverordnung

Weitere Unterstützungsmassnahmen sind dringend nötig, um Konkurse zu verhindern und Arbeitsplätze und Löhne zu sichern. In diesem Sinne befürwortet Swissmechanic den vorliegenden Verordnungsentwurf und weist dezidiert auf die Dringlichkeit hin. Unternehmen, die von den Folgen von Covid-19 besonders stark betroffen sind, müssen rasch und unbürokratisch Zugang zu den kantonalen Härtefall-Finanzhilfen erhalten.

Keine Strukturerhaltung

Swissmechanic begrüßt, dass die konkrete Ausgestaltung der Härtefallhilfen in der Zuständigkeit der Kantone liegt, der Bund aber klare Mindestvoraussetzungen definiert. Gemäss Covid-19-Härtefallverordnung werden nur Unternehmen unterstützt, die bereits vor dem Ausbruch von Covid-19 Anfang

März 2020 existiert haben, dazumal profitabel und überlebensfähig waren und ihre Wertschöpfung mehrheitlich in der Schweiz erzielen. Swissmechanic betont in diesem Zusammenhang, dass mit öffentlichen Geldern keine Strukturerhaltung betrieben werden soll. Vielmehr muss das Ziel sein, die betroffenen Unternehmen zeitlich befristet finanziell zu unterstützen und in einer ausserordentlichen wirtschaftlichen Lage Arbeitsplätze in der Schweiz zu erhalten.

Keine Doppelsubventionierung

Swissmechanic unterstützt das Doppelsubventionierungsverbot: Unternehmen aus den Bereichen Kultur, Sport, Medien und öffentlicher Verkehr sollen entweder die für diese Bereiche spezifischen Hilfen oder aber Härtefallhilfen erhalten; der Bezug von Unterstützung aus beiden Quellen ist ausgeschlossen.

Kein Missbrauch von öffentlichen Geldern

Aus Sicht von Swissmechanic ist für die finanzielle Beteiligung des Bundes unabdingbar, dass die Kantone adäquate Massnahmen zur Schadensverhütung bzw. -minderung und zur Missbrauchsbe- kämpfung ergreifen.

Forderung von Swissmechanic: Erhöhung des Bundesbeitrages und Anpassung des Kostenteilers

Die Verordnung sieht vor, dass sich der Bund zur Hälfte an den kantonalen Härtefallhilfen beteiligt, sofern die Voraussetzungen der Verordnung erfüllt sind. Der Bundesbeitrag wurde auf maximal 200 Millionen Franken festgelegt. Dieser Betrag ergibt sich aus der Hochrechnung von ersten Bedarfs- meldungen einzelner Kantone. Der Gesamtbetrag von 200 Millionen Franken wird nach einem Verteilschlüssel (zwei Drittel kantonales BIP, ein Drittel kantonale Wohnbevölkerung) unter den Kantonen aufgeteilt. Der Bundesrat will den Gesamtbetrag aufgrund der Rückmeldungen aus der Vernehmlassung nochmals überprüfen und die Verordnung entsprechend anpassen. Aus Sicht von Swissmechanic werden die im Verordnungsentwurf aufgeführten 200 Mio. nie reichen. Deshalb fordert Swissmechanic, dass entweder der in der Verordnung aufgeführte Bundesbeitrag aufgestockt oder auf eine starre Plafonierung verzichtet wird, sodass der Bundesrat den Gesamtbetrag kurzfristig und unbürokratisch erhöhen kann, wenn die Gefahr von Härtefällen aufgrund des Verlaufs der Pandemie und den damit verbundenen gesundheitspolizeilichen Einschränkungen deutlich steigt. Des Weiteren regt Swissmechanic an, den Kostenteiler zwischen dem Bund und den Kantonen kritisch zu überdenken; der Bund soll sich zu mehr als 50% an den Härtefall-Finanzhilfen beteiligen, damit Unternehmen in finanzschwächeren Kantonen nicht benachteiligt werden.

Keine weiteren Hürden durch die Kantone

Der Bund gibt mit der Covid-19-Härtefallverordnung den Rahmen für kantonale Härtefallregelungen vor und definiert, an welche Voraussetzungen die Bundesbeiträge geknüpft sind. Er überlässt aber den Kantonen den Entscheid, ob sie Härtefallmassnahmen ergreifen und, falls ja, wie sie diese ausgestalten. Nun ist jeder einzelne Kanton gefordert und muss schnellstmöglich entscheiden, ob und in welchem Umfang er seine Unternehmen in dieser Krise unterstützen will/kann und wie die Härtefall-Finanzhilfen konkret ausgestaltet und unbürokratisch umgesetzt werden können. Aus Sicht von Swissmechanic darf es nicht sein, dass die Kantone ihre Finanzhilfen an strengere Auflagen knüpfen, als es der Bund fordert, und im Endeffekt keine Gelder gesprochen werden.

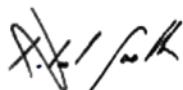
Abschliessende Bemerkungen

Wie dargelegt ist auch die MEM-Branche von den Folgen von Covid-19 stark betroffen und auf staatliche Unterstützung angewiesen. Swissmechanic unterstützt dezidiert alle Instrumente und Massnahmen, die dazu dienen, Corona-bedingte Konkurse zu verhindern und Arbeitsplätze und Löhne zu sichern. In diesem Sinne befürwortet Swissmechanic die vorliegende Covid-19-Härtefallverordnung, welche die Rahmenbedingungen für kantonale Härtefallregelungen schafft. Gleichzeitig weist Swissmechanic aber entschieden darauf hin, dass die im Verordnungsentwurf aufgeführten 200 Millionen Franken nie ausreichen werden.

Weiter weist Swissmechanic darauf hin, dass ein erneuter Lockdown zwingend verhindert werden muss und das Covid-19-Kreditprogramm neu aufgelegt werden soll, um mögliche Liquiditätsengpässe im 2021 überbrücken zu können.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und bitten Sie, unsere Bemerkungen und Anliegen angemessen zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse



Roland Goethe
Präsident



Dr. Jürg Marti
Direktor

Per E-Mail an:

marianne.widmer@efv.admin.ch
lukas.hohl@efv.admin.ch

Dübendorf, 13. November 2020

Stellungnahme zur Vernehmlassungsvorlage zur Covid-19-Härtefallverordnung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Sehr geehrte Damen und Herren

swissstaffing ist das Kompetenz- und Servicezentrum der Schweizer Personaldienstleister und zählt über 400 Mitglieder. Als Arbeitgeberverband vertritt swissstaffing die Anliegen seiner Mitglieder gegenüber Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Temporärbranche erzielt pro Jahr einen Umsatz von 9 Milliarden Franken. Seit dem 1. Januar 2012 ist der allgemeinverbindlich erklärte Gesamtarbeitsvertrag Personalverleih in Kraft, der mit 400'000 unterstellten verliehenen Arbeitnehmenden und einem Anteil an der Gesamtbeschäftigung von 2,4 Prozent grösste GAV der Schweiz.

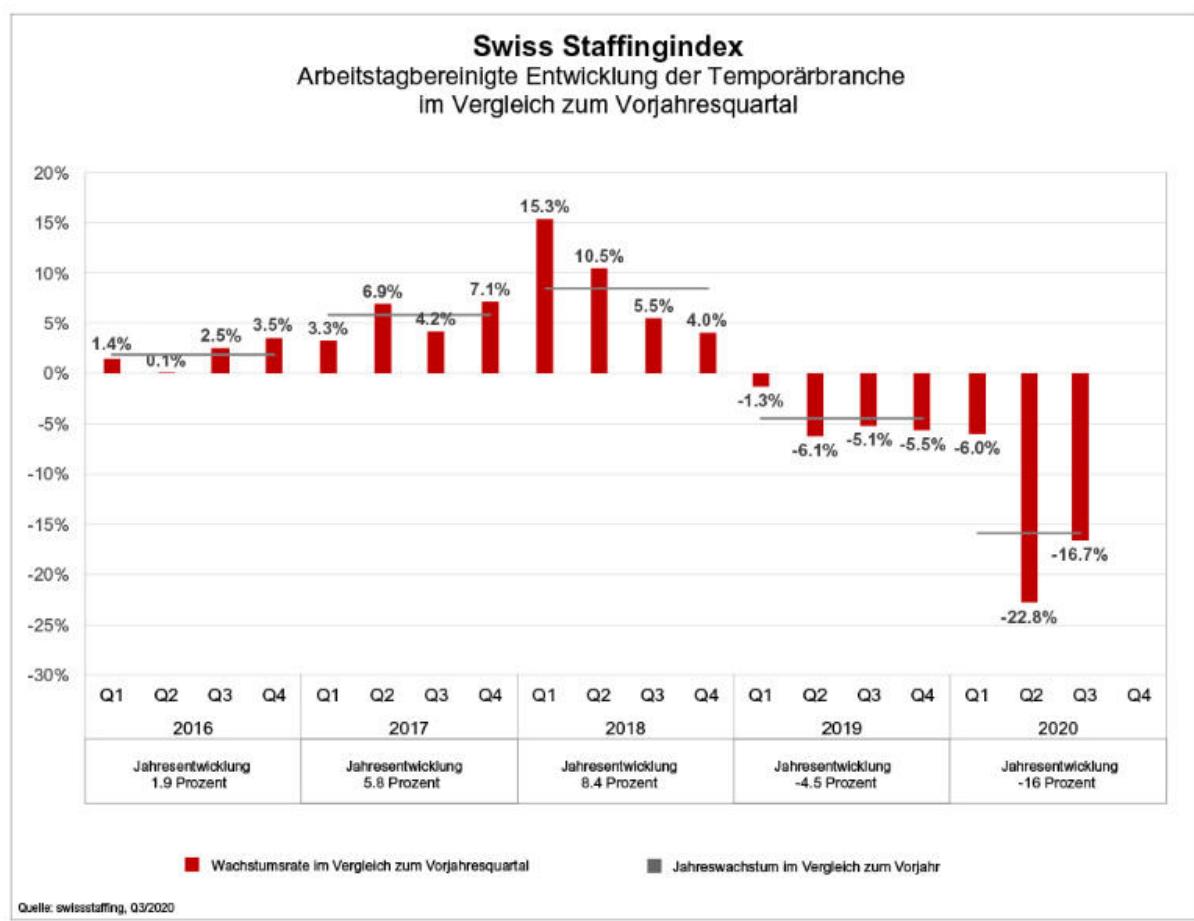
Mit Schreiben vom 4. November 2020 haben Sie die gesamtschweizerischen Dachverbände der Wirtschaft sowie weitere Organisationen eingeladen, sich bis am 13. November 2020 zur oben genannten Verordnung vernehmen zu lassen. Für die Gelegenheit zur Stellungnahme danken wir Ihnen bestens. Gerne nehmen wir wie folgt Stellung:

swissstaffing begrüßt die Härtefallmassnahmen, dank welcher die von den Folgen von Covid-19 besonders betroffen Unternehmen finanziell unterstützt werden können, und ist überzeugt, dass die Massnahmen den Unternehmen helfen, die Krise zu überstehen, und den Wettbewerb langfristig stärken.

Wie unter anderem die Tourismus-, Gastro- und Eventbranche ist insbesondere auch die Temporärbranche stark von der aktuellen Krise betroffen. Gerade in Krisenzeiten ist die Temporärbranche besonders exponiert. Die geleisteten Einsatzstunden der Temporärarbeitenden sind massiv zurückgegangen. Je nach Sektorfokus liegt der Rückgang bei 100 Prozent. Gezeichnet von starken Auftragseinbrüchen kämpfen zahlreiche Temporärunternehmen um ihren Fortbestand.

Personalverleihbetriebe sind Teil der Wertschöpfungskette der besonders stark betroffenen Branchen. Die Schliessung von Restaurants, Bars, Hotels, Baustellen etc. sowie die Absage von Events und Aufführungen haben direkte Auswirkungen auf die Temporärbranche. Die Temporäreinsätze werden von den Kunden umgehend beendet. Gerade wenn Personalverleiher in gewissen Bereichen wie etwa der Gastronomie und Hotellerie oder aber auch der Aviatik spezialisiert sind, hat die Corona Krise weitreichende Folgen. Ein Wechsel des Schwerpunkts ist kurzfristig nicht möglich. Das gesamte bestehende Personal kann nicht mehr eingesetzt werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Personalverleiher Dienstleistungsintermediäre sind, die einen überdurchschnittlichen Teil ihres Umsatzes in Form von Lohnzahlungen an Temporärarbeitende und internes Personal direkt weitergeben.

Der untenstehenden Graphik kann entnommen werden, dass die Einsatzstunden der Temporärbranche im dritten Quartal 2020 im Vergleich zum Vorjahr um 16,7 Prozent zurück gingen. Damit erholt sich der Leitindex der Branche gegenüber dem zweiten Quartal zwar leicht, die Corona-Krise sorgte jedoch trotz Lockerungen für tiefrote Zahlen bei den Personalverleiern. Zahlreiche Personaldienstleister sind gegenüber dem Vorjahr auch im dritten Quartal mit 30% oder mehr im Minus. Zudem **lassen die akute Ansteckungswelle und die drohenden Ge genmassnahmen im vierten Quartal einen noch stärkeren Geschäftseinbruch erwarten.**

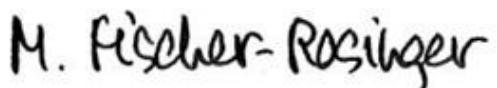


Wie sich zeigt, wurde die Temporärbranche von der Corona Krise stark getroffen. Aufgrund der hohen Anzahl temporär arbeitender Personen sowie der wirtschaftlichen Bedeutung der Temporärbranche ist es **sehr wichtig, dass die Branche mit solchen Härtefallmassnahmen unterstützt wird**. Die Branche kann einen bedeutenden Beitrag zur Überwindung der Krise und zur Funktionsfähigkeit des Schweizer Arbeitsmarkts leisten. Die finanzielle Unterstützung der Branche in Härtefällen ist deshalb fundamental.

Wir danken Ihnen nochmals für die Möglichkeit zur Stellungnahme und bitten Sie um die Be- rücksichtigung unserer Anliegen.

Für allfällige Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Myra Fischer-Rosinger

Direktorin



Boris Eicher

Leiter Rechtsdienst



Antwortformular: Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation: Taskforce Culture, <https://taskforceculture.ch>

Abkürzung der Firma / Organisation: Taskforce Culture

Adresse: Taskforce Culture
c/o Suisseculture
Kasernenstrasse 23
8004 Zürich

Kontaktperson: Stefan Breitenmoser

Telefon:

E-Mail:

Datum: 13.11.2020

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Tabellenzeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word-Dokument** bis am **13. November 2020** an folgende E-Mail Adressen: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme!

Allgemeine Bemerkungen

- Die Eventbranche steht finanziell am Abgrund!**

Seit 8 Monaten ist die Branche in einem faktischen Lockdown. Entweder war oder ist die Berufsausübung behördlich ganz verboten. Ist dies zumindest teilweise zulässig, wird die Teilnehmeranzahl so stark beschränkt, dass sich der Anlass wirtschaftlich nicht lohnt. Zudem ist bei den Bestellern/Besuchern das Vertrauen weggebrochen. All dies führt dazu, dass quasi ein Berufsverbot herrscht. Und dies bei gleichbleibenden Fixkosten! Die Schere zwischen ausbleibenden Einnahmen und weiterlaufenden Kosten öffnet sich immer mehr. Der finanzielle Kollaps, sprich Konkurs, kommt immer näher.

- Hilfe braucht es jetzt und sofort!**

Das Härtefallprogramm muss spätestens am 1. Dezember 2020 operationell laufen. Und dies nicht einzig auf Bundesebene, sondern flächendeckend und nach denselben Rahmenbedingungen in allen Kantonen. Wenn der Bund am 1. Dezember bereit ist, werden dies viele Kantone noch nicht sein. Aber damit die Bundeshilfe fließt, muss nach aktueller Ausgestaltung des Covid-19-Gesetzes der Kanton den Startschuss erteilen und seine Hilfe, die dann vom Bund verdoppelt werden kann, sprechen. Wenn am 1. Dezember nicht alle Kantone ihre Hausaufgaben gemacht haben, hat dies eine nicht gerechtfertigte wettbewerbsverzerrende Wirkung. Bin ich mit meinem Unternehmen im Standortkanton X ansässig, profitiere ich von Härtefallmassnahmen. Bin ich bei gleicher finanzieller Ausgangslage im Kanton Y ansässig, bekomme ich nichts. Dies kann nicht der Wille des Gesetzgebers gewesen sein! Es müssen alle Unternehmen – wie bei den Covid-19-Krediten – gleichbehandelt werden. Deshalb muss der Bund in die Vorleistungspflicht. Zudem soll schweizweit dasselbe einfache Standardverfahren zur Anwendung gelangen, anstatt kantonaler Wildwuchs. Auch hier ein Vergleich zu den Covid-19-Krediten: Über das Tool EasyGov könnten schnell, unbürokratisch und einheitlich Härtefallmassnahmen abgewickelt werden.

- Das Hilfsprogramm ist massiv aufzustocken!**

CHF 200 Mio. auf Bundesebene werden einzig einen Tropfen auf den heißen Stein sein. Es braucht auf Bundesebene mindestens CHF 600 Mio. Bei den Härtefallmassnahmen geht es um gezielte Einzelfallhilfe. Gerade auch grosse Unternehmen, die sehr hohe Fixkosten haben, werden diese in Anspruch nehmen müssen. Deshalb ist eine Deckelung des Beitrages im Prinzip falsch. Ist hingegen eine Deckelung gewollt, muss diese ausreichend hoch bemessen sein. Andernfalls regieren aufgrund des Prinzips «first come, first served» Zufall und Willkür. Beides ist nicht erwünscht.

1. Abschnitt: Grundsatz

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 1 Abs. 2 lit. a	<p>Verhindert werden soll gemäss den Erläuterungen, dass «Unternehmen in staatlicher Hand keinen Anspruch auf kantonale Härtefallmassnahmen haben».</p> <p>Auch wenn dem im Grundsatz zugestimmt werden kann, ist die gewählte Grenze von 10% zu tief. 10% entsprechen nicht einem «strategischen Interesse» bei einer staatlichen Beteiligung. Ein «strategisches Interesse» soll aber nach den Erläuterungen vorliegen. Ein solches weise darauf hin, dass den zuständigen Staatsebenen zumutbar sei, das Unternehmen mit eigenen Mitteln zu stützen ohne Härtefallmassnahmen zu benötigen.</p> <p>Mit der willkürlichen Annahme von 10% einer staatlichen Beteiligung wird zudem ein <u>ganzer Bereich von den Härtefallprogrammen ausgeschlossen: Die Messebetreiber</u>. Diese haben quasi unisono eine staatliche Beteiligung, welche über 10% liegt. Die Messen sind aber mitunter eine Branche, welche von den Covid-Massnahmen am unmittelbarsten und härtesten getroffen wurden. Auch dieser Branche müssen Härtefallmassnahmen zugestanden werden können.</p>

	<p>Ein Ausschluss der Messeunternehmen aus dem Härtefallprogramm ist nicht nachvollziehbar, zumal die finanziellen Mittel der Kantone ohnehin schon ein Schwachpunkt der Härtefallregelung darstellen.</p> <p>Antrag</p> <p>Deshalb ist anstelle der 10% ein <u>Grenzwert von 50%</u> vorzusehen.</p>
--	--

2. Abschnitt: Anforderungen an die Unternehmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 3 Abs. 3	<p><u>Neugründungen</u> von Unternehmen nach dem 01.01.2020 werden somit <u>de facto</u> von Härtefallmassnahmen <u>ausgeschlossen</u>. Wenn Neugründungen nachdem 01.01.2020 erfolgten, müssen zuerst Kundenkontakte aufgebaut und gestützt darauf die Geschäftstätigkeit entwickelt werden. Umsatz kann daher nicht, oder nur in sehr bescheidenem Ausmass generiert werden. Die Investitions- und Personalkosten laufen jedoch bereits ab Gründung. Damit sind Jungunternehmer doppelt gestraft mit einer Umsatzgrenze von CHF 50'000.</p> <p>Antrag</p> <p>Für Jungunternehmen ist die Umsatzgrenze auf CHF 5'000 zu reduzieren.</p>
Art. 4 Abs. 1 lit. c	<p>Das Doppelsubventionierungsverbot ist grundsätzlich richtig.</p> <p><u>Nicht richtig</u> ist jedoch, wenn bei einer Annahme durch das Parlament auch das <u>Geschäftsmietegesetz</u> in den Anwendungsbereich des Doppelsubventionierungsverbots fällt, wie dies in den Erläuterungen vorgesehen ist.</p> <p>Mit diesem Gesetz würde in ein privatrechtliches Verhältnis eingegriffen. Eine <u>Hilfeleistung durch staatliche Organe</u> ist damit <u>nicht verbunden</u>. Es ist somit sachfremd, wenn beim Geschäftsmietegesetz von «branchenspezifischen Covid-Finanzhilfen des Bundes» ausgegangen wird.</p> <p>Antrag 1</p> <p>Es ist sicherzustellen, dass auch bei einer allfälligen Anwendung des Geschäftsmietegesetzes Unternehmen trotzdem Härtefallmassnahmen in Anspruch nehmen können.</p> <p>Unternehmen der Event- und Veranstaltungsbranche sind an vielen Fronten tätig, u.a. auch im Sport- und Kulturbereich. Mit der vorgeschlagenen <u>strikten Formulierung</u> würde aber die Ausrichtung von Härtefallmassnahmen ausgeschlossen, wenn aus dem entsprechenden Hilfsprogramm für Sport oder Kultur ein Unterstützungsbeitrag gesprochen wurde. Ausgeschlossen wären auch Unternehmen die nur für eine Phase (z.B. während des Lockdowns) Unterstützung aus dem entsprechenden Hilfsprogramm für Sport oder Kultur erhalten haben. Zudem ist es so, dass im Bereich der Kultur einige Kantone aus Budgetgründen nur 40% bis 50% des anerkannten Schadens auszahlen und nicht 80%, wie es die Covid-19-Kulturverordnung vorsieht. Weiter deckeln einige Kantone den Maximalbetrag pro Kulturunternehmen. Dies führt zu <u>Liquiditätsengpässen</u>, hat eine <u>wettbewerbsverzerrende Wirkung</u> und ist <u>sachlich nicht gerechtfertigt</u>.</p>

	<p>Darum müssen die Härtefallmassnahmen allen Unternehmen aus der Wertschöpfungskette der Veranstaltungsbranche gleichermaßen zugänglich sein. Aber: Selbstverständlich ist der <u>Unterstützungsbetrag</u> aus dem <u>Hilfsprogramm Sport oder Kultur</u> bei der Berechnung der Härtefallmassnahmen <u>in Abzug zu bringen</u>.</p> <p><u>Antrag 2</u></p> <p>Bei der Ausrichtung von Härtefallmassnahmen sind erhaltene Finanzhilfen des Bundes in den Bereichen Kultur und Sport bei der Berechnung der Hilfe als Härtefall in Abzug zu bringen.</p>
Art. 4 Abs. 2 lit. c	<p>Im Sinne einer Präzisierung drängt sich auf, als bestimmendes <u>Kriterium</u> die <u>Fälligkeit</u> bei ausstehenden Steuerschulden oder ausstehenden Sozialabgaben einzufügen.</p> <p><u>Antrag</u></p> <p>Der Wortlaut ist wie folgt zu ergänzen: am 15. März keine fälligen Rückstände...</p>
Art. 4 Abs. 3 lit. b	<p>Kredite sind zusätzliche Schulden. Es macht aber <u>wenig Sinn</u>, wenn sich Unternehmen zuerst weiter verschulden müssen, bevor Hilfe aus Härtefallmassnahmen fließen kann. Dies weder aus <u>betriebswirtschaftlicher</u> noch aus <u>volkswirtschaftlicher Sichtweise</u>. Diese Voraussetzung ist deshalb zu streichen.</p> <p><u>Antrag</u></p> <p>Streichen</p>
Art. 6 lit. a Ziffer 2	<p>Weil die staatlich finanzierten Härtefallmassnahmen die Existenz und den Erhalt von Arbeitsplätzen sichern sollen, ist es grundsätzlich richtig, dass keine Dividenden und Tantiemen auszuschütten sind.</p> <p>Dieses Verbot hingegen auf 5 Jahre nach Erhalt eines nicht rückzahlbaren Beitrags festzulegen, ist zu einschränkend. <u>Angemessen</u> ist die Frist von <u>1 Jahr</u>.</p> <p><u>Antrag</u></p> <p>Die Frist für das Ausschüttungsverbot von Dividenden und Tantiemen bei nicht rückzahlbaren Beiträgen ist von 5 Jahren auf 1 Jahr zu verkürzen.</p>

3. Abschnitt: Anforderungen an die Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 7 Abs. 3	<p>Wieso nicht ein <u>Mix</u> aus den verschiedenen Massnahmen (rückzahlbare Darlehen, Bürgschaften oder Garantien oder nicht rückzahlbare Beiträge) möglich sein soll, ist nicht nachvollziehbar. Härtefallmassnahmen sollen dem <u>Einzelfall</u> gerecht werden. Deshalb macht es keinen Sinn restriktive, einschränkende Vorgaben zu machen. Der in den Erläuterungen gelieferte Grund für die Einschränkung – Koordinations- und Kontrollaufwand für Kantone tief halten – ist im Vergleich zum volkswirtschaftlichen Zweck, der im <u>Erhalt von Arbeitsplätzen</u> besteht, von untergeordneter Bedeutung.</p>

	<p>Antrag</p> <p>Die Form der Härtefallmassnahmen kann kombiniert werden.</p>
Art. 8 Abs. 2	<p>Es ist richtig, als Kriterium auf den Umsatz abzustellen. Dies ist auch die im Gesetz genannte Bestimmungsgröße. Deshalb ist über den Wortlaut des Gesetzes <u>nicht abgedeckt</u>, wenn nun mit einem Höchstbetrag pro Unternehmen ein <u>zusätzliches Kriterium</u> eingefügt werden soll. Zudem wäre der Betrag zu tief angesetzt.</p> <p>Antrag</p> <p>Als Kriterium ist einzig auf die Bestimmungsgröße von höchstens 10% des Jahresumsatzes 2019 abzustellen und der Maximalbetrag von CHF 500'000 pro Unternehmen ist zu streichen.</p> <p>Falls keine Streichung erfolgt, ist die Bestimmungsgröße auf höchstens 30% des Jahresumsatzes 2019 eines Unternehmens und höchstens auf 1,5 Mio. CHF pro Unternehmen zu limitieren.</p>

4. Abschnitt: Verfahren und Zuständigkeiten

Thema	Bemerkung/Anregung
Missbrauchsbekämpfung	[Bemerkungen/Anregungen zur Ausgestaltung und konkreten Umsetzung der Missbrauchsbekämpfung]

5. Abschnitt: Beiträge des Bundes und Berichterstattung der Kantone

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 14	<p>Fraglich ist, ob es überhaupt eine explizite Nennung eines Höchstbetrages braucht. Wir befinden uns in einer Notlage, die sich blitzartig ändern kann. Deshalb wäre wohl eine offene Formulierung angezeigt.</p> <p>Auf alle Fälle ist der Betrag von CHF 200 Mio. auf Bundesebene <u>zu tief angesetzt</u>. Wahrscheinlich wurde dieser vor dem starken Aufkommen der zweiten Welle, die in diversen Kantonen neue Teil-Lockdowns für Branchen nach sich zog, festgelegt. Will man der nun vorherrschenden Situation gerecht werden, ist der Betrag auf <u>mindestens CHF 600 Mio.</u> anzuheben. Auch im Vergleich mit dem ersten Hilfspaket für Covid-19-Kredite, welches über CHF 40 Mia. umfasste, ist diese Größenordnung angezeigt. Zusammen mit den Kantonen stünde somit ein angemessenes Hilfspacket von CHF 1,2 Mia. zur Verfügung.</p> <p>Antrag</p> <p>Der Betrag wird auf CHF 600 Mio. erhöht.</p>

Art. 15	<p>Das kantonale BIP und die Wohnbevölkerung sind wohl statistisch schnell verfügbare Grössen. Nur sagen diese Grössen nichts aus über die <u>Anzahl betroffener Unternehmen in den jeweiligen Kantonen</u> und deren <u>benötigte finanziellen Mittel</u>. Allenfalls ist ein anderer Verteilschlüssel zu erarbeiten.</p> <p><u>Antrag</u></p> <p>Falls zutreffendere Kriterien herangezogen werden können, die der jeweiligen Situation in den einzelnen Kantonen besser gerecht werden, ist auf diese abzustellen.</p>
<p>Zusatzfragen an die Kantone zur Abschätzung des Finanzierungsbedarfs</p> <ul style="list-style-type: none">• Plant Ihr Kanton, kantonale Härtefallmassnahmen zu ergreifen?• Wenn ja, in welcher Form? (Darlehen, Bürgschaften, Garantien und/oder rückzahlbare Beiträge)• Erste Schätzung zum <i>gesamten</i> Mittelbedarf in Ihrem Kanton (à fond perdu-Beiträge und Verluste aus Darlehen, Bürgschaften und Garantien, wovon der Bund die Hälfte tragen müsste)	

6. Abschnitt: Kapitalverlust und Überschuldung und 7. Abschnitt: Schlussbestimmungen

Thema	Bemerkung/Anregung



An das
Eidgenössische
Finanzdepartement EFD

per E-Mail:
marianne.widmer@efv.admin.ch
lukas.hohl@efv.admin.ch

Bern, 13. November 2020 / AK

1 | 6

COVID-19-Härtefallverordnung: Vernehmlassung

Stellungnahme von TaxiSuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Die COVID-19-Krise hat massive Auswirkungen auf das Schweizer Strassentransportgewerbe mit LKW, Reisebussen und Taxis. Viele Unternehmen befinden sich in erheblichen, teils sogar existentiell bedrohlichen Schwierigkeiten, vorab in der Reisebusbranche und im Taxigewerbe. Trotz den bisherigen Hilfsmassnahmen des Bundes, die vorübergehend zur Entschärfung des Situation beigetragen haben, ist zusätzliche Unterstützung für Härtefälle zwingend notwendig.

Der Schweizerische Nutzfahrzeugverband ASTAG mit rund 4'000 Mitgliedern, davon ca. 500 Unternehmen in der Reisebusbranche und im Taxigewerbe, vertritt den Strassentransport als einzige Organisation. Die Fachgruppe TaxiSuisse ist spezifisch für Anliegen des Taxigewerbes zuständig.

Wir erlauben uns deshalb – obwohl nicht zur Mitwirkung eingeladen – eine Stellungnahme zur Vernehmlassung «COVID-19-Härtefallverordnung» einzureichen.

Unser **wichtigstes Anliegen** ist:

Die Lage in der Reisebusbranche und im Taxigewerbe ist äusserst dramatisch. Die betroffenen Härtefall-Unternehmen sind unverzüglich auf zusätzliche finanzielle Unterstützung durch Bund und Kantone angewiesen – sonst drohen Firmenschliessungen, Konkurse sowie der Verlust von wertvollen Arbeitsplätzen.

Daher appellieren wir eindringlich an die Verantwortung und Hilfsbereitschaft von Bund und Kantonen und an ihre Solidarität mit den betroffenen Unternehmen – darunter sehr viele familiengeführte KMU-Betriebe mit jahrzehntelanger Tradition!

1. Reisebusbranche / Taxigewerbe als ausgewiesene Härtefälle

Im Wissen um die gravierenden Auswirkungen auf Wirtschaft und Gewerbe hat der Bundesrat bisher auf einen zweiten «Lockdown» auf nationaler Ebene verzichtet. Die Massnahmen, die aufgrund der hohen Fallzahlen schrittweise beschlossen wurden, sollen die Geschäftstätigkeit

der Unternehmen und die Konjunktur im Grundsatz so wenig wie möglich beeinträchtigen. TaxiSuisse unterstützt diese Strategie.

Trotzdem sind die private Reisebusbranche und das Taxigewerbe de facto schweizweit mit einem «Lockdown» konfrontiert!

Der Grund sind die weitgehenden Einschränkungen im Event- und Gastrobereich, zusammen mit dem Verbot von Veranstaltungen und Versammlungen ab einer gewissen Personenanzahl. Die allermeisten Anlässe im Kultur-, Sport und Freizeitbereich können leider auf unabsehbare Zeit nicht stattfinden – oder nur ohne bzw. mit sehr geringem Publikum. In Restaurants und Hotels sind Besuche mit Gruppen kaum mehr möglich, touristisch attraktive Angebote wie etwa Stadtführungen können nicht genutzt werden. Auch die beruflich bedingte Mobilität ist, primär infolge Home Office und abgesagter Geschäftsreisen, auf extrem tiefem Niveau – mit grossen Auswirkungen vorab auf das Taxigewerbe.

Zusätzlich verschärft wird die Situation aktuell durch Massnahmen auf kantonaler Ebene. Dazu gehören namentlich die «Lockdowns» in der Westschweiz. Hier ist das öffentliche Leben fast gänzlich lahmgelegt, der Handlungsspielraum für die Reisebusbranche und das Taxigewerbe extrem begrenzt. Andere Kantone haben eine Maskenpflicht in Fahrzeugen eingeführt, sofern Personen befördert werden, die nicht im selben Haushalt wohnen – was in Reisebussen und Taxis fast immer der Fall ist.

Massive Auswirkungen hatten zudem die Reisewarnungen sowie die (letztlich offenbar wenig hilfreichen) Quarantänebestimmungen des Bundes. Je mehr Länder auf den entsprechenden Listen figurierten, desto geringer war das Passagieraufkommen. Die Massnahmen im Ausland gegenüber der Schweiz («Rote Listen») verstärkten den Negativeffekt weiter – auch jetzt noch!

Als Folge fehlt es in der Reisebusbranche zunehmend an Fahrgästen. Wie schon im Frühling, mitten in der Hauptsaison, als die Pandemie in Italien begann, kam es in den letzten Wochen wiederum zu einer regelrechten Stornierungswelle. Bereits gebuchte Reisen wurden annulliert, neue Aufträge bleiben aus. Der kurze, ganz sanfte Aufschwung, der im August kurz Hoffnung auf Besserung gab, ist bereits wieder abgewürgt. Tagesausflüge und Auftragsfahrten können kaum mehr durchgeführt werden, geschweige denn Mehrtagesfahrten und Pauschalreisen. Zu viele Ausflugsziele sind geschlossen, zu gross ist die Angst der Kunden vor einer Ansteckung mit COVID-19.

Für die Reisebusbranche ist **2020** somit ein verlorenes Jahr. Seit Februar ist die Reisetätigkeit beinahe inexistent. Fast alle Fahrzeuge sind seit Monaten stillgelegt, die Nummernschilder bei den Strassenverkehrsämtern hinterlegt. Das traurige Resultat sind katastrophale Zahlen zum Geschäftsverlauf, wie eine detaillierte Umfrage der ASTAG bei den rund 360 Mitgliedern in der Reisebusbranche zeigt. Bis Ende Oktober sind die **Umsätze** im Vergleich zur Vorjahresperiode durchschnittlich um **72 Prozent** und im Extremfall um über 90 Prozent eingebrochen – überall mit stark sinkender Tendenz. Bei den Fahrzeugkilometer ist ein Rückgang von 75 Prozent zu verzeichnen. Die Anzahl Einsatztage hat um 69 Prozent abgenommen. – Sehr ähnlich ist das Bild im Taxigewerbe. Auch hier sind die Geschäftszahlen stark im Minus.

Nicht besser sind leider die Aussichten für **2021** und darüber hinaus. Bisher wurden noch kaum Buchungen getätigt. So lange die Unsicherheit über den Verlauf der Corona-Krise anhält, wird die Reiselust nicht zurückkehren. Es fehlt an Zuversicht, Planungssicherheit und entsprechend an Aufträgen. An einem «normalen» Betrieb ist noch für sehr lange nicht zu denken.

Als Hilfe zur Selbsthilfe, die im Strassentransportgewerbe immer oberste Priorität hat, wurden selbstverständlich sofort Massnahmen zur Reduktion von Kosten in die Wege geleitet. Nebst der erwähnten Stilllegung von Fahrzeugen gehören dazu vor allem der Abbau von Überzeiten

und Ferien, der Verleih von Fahrpersonal an Transportunternehmen im Gütertransport sowie ein rigoroser Ausgaben- und Investitionsstopp. Trotzdem bleibt die Belastung aufgrund hoher Fixkosten massiv. Insbesondere wurden – als Eigenheit der Branche – schon Ende 2019 sehr viele Vorauszahlungen für 2020 getätigt (Marketingausgaben, Hotelbuchungen, Flüge usw.). Eine Rückerstattung ist in den seltensten Fällen möglich, es droht die Gefahr, dass sehr viele Gelder verloren gehen und sich die Situation dadurch weiter verschlimmert.

Die bestehenden Unterstützungsinstrumente des Bundes (COVID-19-Kredite, Kurzarbeit- und Erwerbsersatzentschädigung) sind zwar eine wichtige und sehr geschätzte Hilfe. Sie verhelfen kurzfristig zu einer gewissen Entlastung. Das Fixkostenproblem ist damit aber nicht gelöst, bei vielen Unternehmen bestehen deshalb akute Liquiditätsengpässe. Ihre Existenz ist daher stark bedroht.

Vor diesem Hintergrund ist der Handlungsspielraum für die betroffenen Unternehmen extrem klein. Die Möglichkeit zu einer «Diversifizierung» oder «Neuorientierung», wie von Teilen der Politik gefordert, bestehen nicht. Cars können beim besten Willen nicht für andere Zwecke als für Reisen eingesetzt werden.

Das Brutale ist:

Im Kern sind die Transportunternehmen gesund. Ihre Situation ist völlig unverschuldet und unbeeinflussbar.

Das heisst:

Bei den allermeisten Unternehmen der Reisebusbranche und des Taxigewerbes handelt es sich um echte Härtefälle. Hier ist dringend zusätzliche Hilfe notwendig – oder aber die Firmen müssen ihren Betrieb schon in den nächsten Wochen aufgeben!

2. Mitwirkung der Kantone

Parlament und Bundesrat sind grundsätzlich zu zusätzlicher Unterstützung für ausgewiesene Härtefälle bereit. Das Engagement des Bundes hängt gemäss Art. 12 Abs. 1 des COVID-19-Gesetzes vom 25. September 2020 jedoch davon ab, dass sich die Kantone zur Hälfte an der Finanzierung beteiligen.

Damit ist für die betroffenen Unternehmen sowohl die Bereitschaft und das Engagement der Kantone als auch eine rasche, gemeinsame und möglichst einheitliche Bewältigung der Härtefallproblematik durch Bund und Kantone absolut ausschlaggebend!

Umso wichtiger ist eine COVID-19-Verordnung, die sowohl den Bedürfnissen der Kantone als auch den Anforderungen der Härtefall-Unternehmen entspricht.

Umgekehrt sollte die Rettung von an sich gesunden Unternehmen aus einer unverschuldeten Notlage – so unsere Sicht der Dinge – gleichermaßen im Interesse von Bund und Kantonen sein. Erstens handelt es sich in der sehr grossen Mehrheit um wichtige Arbeitgeber und Steuerzahler. Zweitens sind zahlreiche wertvolle Arbeitsplätze damit verbunden. Drittens tragen die Reisebusbranche wie auch das Taxigewerbe erheblich zur Wertschöpfung, zum Tourismus und zu einer effizienten, umweltverträglichen Reise- und Freizeitmobilität für viele Anspruchsgruppen (ältere Personen, Menschen mit Handicap, Vereine usw.) bei. Das Verschwinden der Betriebe würde somit zu einem Wachstum der individuellen Mobilität mit negativen Folgeeffekten führen.

TaxiSuisse ist sich bewusst, dass eine Beteiligung der Kantone bzw. das Ausmass der Hilfe sehr wesentlich von der Situation der jeweiligen Finanzhaushalte bestimmt wird. Ebenso verhält es sich beim Bund. Trotzdem kann und darf es nicht sein, dass die betroffenen Firmen zwischen den jeweils eigenen Interessen der beiden staatlichen Ebenen aufgerieben werden, sich letztlich keine Instanz für zuständig hält und die «kann»-Bestimmung dazu dient, auf jede Unterstützung zu verzichten.

Der Wille des Parlaments war eindeutig. Jetzt gilt es für Bund und Kantone, den Worten auch Taten folgen zu lassen und zahlreiche KMU vor dem unverschuldeten Untergang zu bewahren.

3. Grundsätzliche Bemerkungen

TaxiSuisse begrüßt den Handlungswillen des Bundesrats ausdrücklich. Unternehmen, die nachweislich durch COVID-19-Massnahmen von Bund und Kantonen unverschuldet in Not geraten sind, benötigen zusätzliche Hilfe.

Die Stossrichtung ist richtig, die Unterstützung geht jedoch zu wenig weit. Das geplante Vorgehen ist zudem zu aufwendig und zu kompliziert.

Im Idealfall wäre der Bund aus Sicht von TaxiSuisse allein für die Härtefallregelung zuständig. Nur so kann eine rasche, zeitverzugslose Zusatzhilfe gewährleistet werden. Nach dem Willen von National- und Ständerat sollen die Kantone jedoch zur Hälfte finanziell in die Pflicht genommen werden. Daraus ergeben sich massive negative Konsequenzen:

- Zu befürchten ist, dass es von Kanton zu Kanton zu unterschiedlichen Regelungen kommt, dies in Bezug auf Voraussetzungen, Modalitäten und Höhe der Härtefallhilfe.
- Im Extremfall wird ein Unternehmen im Kanton A sehr grosszügig unterstützt, ein anderes Unternehmen im Nachbarkanton – das exakt die gleichen Voraussetzungen erfüllt – jedoch nicht.
- Allein durch Gesetz und Verordnung ist somit keine Gleichbehandlung gewährleistet.
- Stattdessen droht eine Wettbewerbsverzerrung, abhängig vom Standort der Firmen – was in der Reisebusbranche, die ihre Dienstleistungen schweizweit bzw. zu einem grossen Teil über die Landesgrenzen hinaus erbringt, besonders fatal ist.

Zentral wichtig ist deshalb, dass **genügend Mittel** zur Verfügung stehen, die Voraussetzungen und Modalitäten trotz fehlender gesetzlicher Verpflichtung kantonsübergreifend **harmonisiert** werden und ein möglichst **unbürokratisches Vorgehen** nach dem Grundsatz der Einfachheit zur Anwendung gelangt – in allen Kantonen! Nur so kann das Risiko von unzulässiger Markt- und Wettbewerbsverzerrung minimiert werden.

Die zentralen Forderungen von TaxiSuisse sind deshalb:

Umfang der Hilfsgelder: 500 Mio. CHF

Der Gesamtbetrag des Bundes, der gemäss Art. 14 der zur Diskussion stehenden Verordnung auf 200 Mio. plafoniert werden soll, ist völlig unzureichend. Wie aus den Erläuterungen (S. 3) hervorgeht, wurden die Hochrechnungen des Bundes vor Auftreten der zweiten Infektionswelle

vorgenommen. Inzwischen hat sich die Situation innert Kürze drastisch verschärft – was zeigt, dass auch der Hilfsbedarf massiv steigen wird. Auf eine Obergrenze der Härtefallhilfe ist daher zu verzichten bzw. eventueliter ist bereits jetzt eine Summe von mindestens 500 Mio. Franken vorzusehen.

Art der Hilfsfelder: mehr Beiträge à fonds perdu

Darlehen, Garantie und Bürgschaften können eine wichtige Unterstützung bieten. Umgekehrt werden die finanziellen Schwierigkeiten der betroffenen Unternehmen damit nur in die Zukunft verschoben, wie die COVID-19-Kredite zeigen. Insbesondere sind während der Laufdauer der Kredite bzw. während der Amortisationsfrist – aufgrund von Zinsen und Rückzahlungen – keine oder nur (zu) geringe Investitionen möglich. Bei den Unternehmen handelt es sich um gesunde Betriebe, aber zugleich um akute «Härtefälle», die jetzt auf Geld angewiesen sind. Mit Krediten und Darlehen ist ihnen nicht ausreichend geholfen. Die Obergrenze für Beiträge à fonds perdu in Art. 8 Abs. 3 des Verordnungsentwurfs ist deshalb zu tief angesetzt. Sie muss von 10 Prozent auf mindestens 50 Prozent erhöht werden.

Vorgehen: weniger Aufwand – schnellere Hilfe

Die Hürden für die Beantragung von Hilfszahlungen gemäss Abschnitt 2 («Anforderungen an die Unternehmen») des Verordnungsentwurfs sind unverhältnismässig und inakzeptabel hoch. Notwendig wäre ein aufwendiger, komplizierter Prozess, der mit grösster Wahrscheinlichkeit von Kanton zu Kanton verschieden ausgestaltet ist. Bei den Härtefall-Unternehmen handelt es sich zur Mehrheit um (kleinere) KMU-Betriebe. Hier ist intern nicht das notwendige Fachwissen vorhanden. Für die Beantragung von Härtefallhilfe müsste daher ein Treuhandbüro beizogen werden – mit entsprechend hohen Kosten. Die zu erwartende Hilfe wäre in der Folge bereits zu einem Teil wieder vernichtet. Der enorme Aufwand, der beispielsweise durch den Nachweis einer mittelfristigen Finanzplanung zwingend anfällt, widerspricht ausserdem dem Prinzip von möglichst rascher Hilfe, wie es eigentlich das Ziel der Härtefallklausel ist. TaxiSuisse fordert nachdrücklich, dass die bürokratischen Hürden massiv abgebaut werden.

Zuständigkeiten: Harmonisierte Vorgehensweise

Je grösser der Handlungsspielraum für die Kantone ist, desto grösser ist das Risiko, dass es zu einem «Flickenteppich» von unterschiedlichen Regelungen kommt – oder einzelne Kantone überhaupt keine Härtefallhilfen sprechen. Der Bund sollte daher mittels geeigneter Vorgaben zumindest eine kantonsübergreifend harmonisierte Vorgehensweise sicherstellen.

4. Detailanmerkungen

Unsere Bemerkungen und Anträge zu einzelnen Bestimmungen der Härtefallverordnung sind im beiliegenden Antwortformular aufgeführt.

5. Schlussbemerkungen

Die Situation in der Reisebusbranche und im Taxigewerbe ist dramatisch. Viele Unternehmen stehen kurz vor der Geschäftsaufgabe oder dem Konkurs – obwohl sie im Kern eigentlich gesund waren. Ihre Notlage ist unverschuldet und unbeeinflussbar, verursacht ausschliesslich durch die behördlichen Corona-Einschränkungen.

Eine zeitnahe, sofortige Umsetzung der Härtefallregelung für besonders betroffene Branchen ist deshalb von allerhöchster Dringlichkeit. Das Parlament hat die gesetzlichen Grundlagen mit dem COVID-19-Gesetz geschaffen, jetzt liegt der Entwurf der Verordnung sowie hoffentlich bald die definitive Fassung vor. Die Inkraftsetzung muss so rasch wie möglich erfolgen. Schon heute sind Bund und Kantone gefordert, die Härtefallhilfe mit vereinten Kräften anzugehen.

TaxiSuisse ersucht den Bundesrat, die definitive Verordnung umgehend in Kraft zu setzen und die nötigen Arbeiten zur konkreten Umsetzung der Härtefallhilfe bei den zuständigen Ämtern schon heute in Auftrag zu geben.

Für die Berücksichtigung unserer Anliegen danken wir Ihnen bestens.

Freundliche Grüsse



Christoph Wieland
Präsident, Carunternehmer



André Kirchhofer
Geschäftsführer

Beilage:

Antwortformular TaxiSuisse zur Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Eidgenössische Finanzverwaltung EFV

Antwortformular: Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : TaxiSuisse

Abkürzung der Firma / Organisation :

Adresse : Wölflistrasse 5, 3006 Bern

Kontaktperson : Dr. André Kirchhofer

Telefon : 031 370 85 21

E-Mail : a.kirchhofer@astag.ch

Datum : 13.11.2020

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Tabellenzeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als **Word-Dokument** bis am **13. November 2020** an folgende E-Mail Adressen: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme!

Allgemeine Bemerkungen

Zu den Bestimmungen, die nachfolgend nicht aufgeführt sind, haben wir keine Bemerkungen anzubringen.

1. Abschnitt: Grundsatz

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 3 Abs. 1 Bst. b (Zeitpunkt der Gründung und Umsatz)	TaxiSuisse spricht sich klar dagegen aus, dass die Kantone – gemäss Erläuterungen (S. 4) – als zusätzliche Hürde noch «Umsatzobergrenzen» festlegen können. Damit wird nur unnötiger Spielraum für die Ungleichbehandlung von faktisch genau gleich betroffenen Unternehmen geschaffen, die sich einzig durch den Firmensitz (in einem anderen Kanton) voneinander unterscheiden. Antrag: Der Satz in den Erläuterungen sei zu streichen.
Art. 3 Abs. 1 Bst. c (Zeitpunkt der Gründung und Umsatz)	Zahlreiche Reisebusunternehmen erzielen ihren Umsatz hauptsächlich mit Mehrtagesfahrten und Pauschalreisen im Ausland. Es muss sichergestellt sein, dass die damit erzielten Erträge ebenfalls als Wertschöpfung in der Schweiz berücksichtigt sind. Antrag: Die Erläuterungen seien mit einer entsprechenden Präzisierung zu ergänzen.

2. Abschnitt: Anforderungen an die Unternehmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 4 Abs. 1 Bst. c (Vermögens- und Kapitalsituation)	Das Verbot einer «Doppelunterstützung» ist grundsätzlich sinnvoll. Kultur, Sport, Medien und vorab der öffentliche Verkehr wurden vom Bund bereits sehr grosszügig unterstützt. TaxiSuisse begrüßt daher den Ausschluss dieser Bereiche ausdrücklich. Die ohnehin knappen Gelder müssen für die tatsächlichen Härtefall-Unternehmen zur Verfügung stehen. Hingegen muss sichergestellt sein, dass sämtliche Finanzhilfen, die Unternehmen nicht vom Bund, sondern von Kantonen oder anderen Institutionen erhalten, nicht unter das «Doppelsubventionierungsverbot» fallen. Somit müssen in den Erläuterungen (S. 4) auch Finanzhilfen «abhängig» von der COVID-19-Epidemie erwähnt werden. Antrag: Der letzte Satz der Erläuterungen zu Art. 4 Abs. 1 sei nach «abhängig» mit «und unabhängig» zu ergänzen.
Art. 4 Abs. 2 Bst. a (Vermögens- und Kapitalsituation)	Die Anforderung, dass keine Überschuldung im ganzen Zeitraum vom 1. Januar 2019 bis zur Einreichung des Gesuchs vorliegen darf, ist zu strikt gefasst. Der Grund ist, dass die Reisebusbranche und das Taxigewerbe derart massiv von der COVID-19-Krise betroffen sind, dass die Wahrscheinlichkeit einer (vorübergehenden) Verschuldung vor Einreichen des Gesuchs relativ hoch ist. Zahlreiche «echte» Härtefälle wären damit per se von Härtefallunterstützung ausgeschlossen. Deshalb ist der zweite Zeitpunkt <u>auf Mitte 2020</u> vorzuverlegen (statt wie in der Verordnung vorgesehen auf den Zeitpunkt der Gesuchseinreichung). Bis zu diesem Zeitpunkt (und darüber hinaus)

	<p>stand das Reisebusgeschäft beinahe vollständig still, wodurch die Gefahr einer Verschuldung sukzessive steigen konnte und sich in der Folge nicht in jedem Fall verhindern liess. Im Einzelfall kann daher trotz (vorübergehender) Verschuldung ein typischer Härtefall vorliegen, der die Ausrichtung von Finanzhilfen rechtfertigt.</p> <p>Antrag: Anstelle von «der Einreichung des Gesuchs» sei «dem 30. Juni 2020» einzusetzen.</p>
Art. 4 Abs. 2 Bst. d (Vermögens- und Kapitalsituation)	<p>Die Bestimmung ist unklar und ungenau. Wenn die «mittelfristige Finanzplanung» – gemäss Erläuterungen (S. 5) – mindestens das laufende und das darauffolgende Jahr umfassen muss, so müsste dieselbe Zeitspanne explizit in der Verordnung aufgeführt werden. Aufgrund der Unvorhersehbarkeiten und Unwägbarkeiten, die die COVID-19-Krise mit sich bringt, ist ein mittelfristiger Finanzplan jedoch grundsätzlich völlig unrealistisch. Es ist entscheidend, dass hier keine unzumutbaren bürokratischen Hürden aufgebaut werden.</p> <p>Antrag: Streichen.</p>
Art. 4 Abs. 3 Bst. b (Vermögens- und Kapitalsituation)	<p>Abs. 3 Bst. b Die vollständige Ausschöpfung von COVID-19-Krediten als Vorbedingung für Härtefallhilfe bedeutet in der Praxis, dass wer verantwortungsbewusst und sorgsam mit den bisher gewährten Hilfsinstrumenten umgegangen ist, d.h. einen COVID-19-Kredit dank «Sparmassnahmen» nicht vollständig beansprucht hat, nicht von Härtefallhilfe profitieren kann, d.h. «bestraft» wird. Firmen, die hingegen frühzeitig auf Beiträge à fonds perdu spekulierten und die Gelder aus COVID-19-Krediten volumnfänglich nutzten, würden für ihr weniger umsichtiges Vorgehen «belohnt».</p> <p>Antrag: Streichen.</p>
Art. 5 Abs. 2 (Umsatzrückgang)	<p>Die Bestimmungen von Art. 12 Abs. 1 COVID-19-Gesetz sind verpflichtend, somit besteht in der Verordnung kein Ermessensspielraum betreffend der 40-Prozent-Grenze. Der buchhalterische Umsatz liegt jedoch in der Regel frühestens im Verlaufe des 1. Quartals vor. Die Definition des «Jahresumsatzes» darf sich deshalb nicht auf den formellen Jahresabschluss beziehen. Die Härtefallhilfe käme sonst in den allermeisten Fällen viel zu spät.</p> <p>Antrag: Der «Jahresumsatz» für 2020 ist auf die Zeitspanne vom 1. Januar 2020 bis zum Zeitpunkt der Gesuchseinreichung zu beziehen, verglichen mit der entsprechenden Vorjahresperiode.</p>
Art. 6 Bst. b (Einschränkung der Verwendung)	<p>Es ist richtig und wichtig, dass gewährte Mittel nicht an eine direkt oder indirekt verbundene Gruppengesellschaft (mit Sitz ausserhalb der Schweiz) übertragen werden dürfen. Allerdings darf die Bestimmung nicht dazu führen, dass Schweizer Gruppengesellschaften oder sogenannten «Mischbetriebe», d.h. Firmen, die zwar schwergewichtig in der Reisebusbranche tätig sind, zugleich aber andere Dienstleistungen erbringen (z.B. im Güterbereich) grundsätzlich von der Härtefallhilfe ausgeschlossen werden. Entscheidend muss der gesamte «Jahresumsatz» gemäss Art. 5 Abs. 1 sein – nicht jedoch die Firmenstruktur an sich.</p> <p>Antrag: Präzisierung der Erläuterungen.</p>
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	

3. Abschnitt: Anforderungen an die Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 7 Abs. 1 Bst. a (Form)	<p>Die COVID-19-Kredite des Bundes haben sich als Hilfsmassnahme vor allem bewährt, weil sie – im Unterschied zu «herkömmlichen» Krediten – zinslos vergeben werden. Für die rückzahlbaren Darlehen der Härtefallhilfe sind daher exakt dieselben Kriterien vorzusehen. Ansonsten führen die Darlehen nur zu höherer Verschuldung.</p> <p>Antrag: Die Formulierung sei in «rückzahlbare zinslose Darlehen» abzuändern.</p>
Art. 7 Abs. 3 (Form)	<p>Die Beschränkung auf eine «Form der Hilfe» pro Unternehmen ist weder praxistauglich noch sinnvoll. Der Handlungsspielraum der Kantone wird damit unnötig eingeschränkt. Zudem besteht zwischen rückzahlbaren Beiträgen und A-Fonds-perdu-Beiträgen ein elementarer Unterschied, insbesondere auch mit Blick auf die vom Bundesrat vorgesehenen Höchstbeiträge (25 Prozent des Umsatzes / max. 10 Mio. gegenüber 10 Prozent des Umsatzes / max. 500'000). Daher müssen mehrere Formen pro Unternehmen möglich sein.</p> <p>Antrag: Streichen</p>
Art. 8 (Höchstgrenzen)	<p>Angesichts der historisch einmaligen Sondersituation bzw. der massiven Auswirkungen der Corona-Krise sind die Höchstgrenzen sowohl für Beiträge à fonds perdu als auch für Darlehen zu tief angesetzt. Die Werte müssen nach oben korrigiert werden.</p>
Art. 8 Abs. 1 (Höchstgrenzen)	<p>Die COVID-19-Krise wirkt sich in der Reisebusbranche und im Taxigewerbe deutlich länger aus als nur 9 Monate. Die Fixkosten müssen daher für eine längere Periode gedeckt werden als in den Erläuterungen (S. 6) vorgesehen. Daher muss die Höchstgrenze für Darlehen, Bürgschaften und Garantien entsprechend angehoben werden.</p> <p>Antrag: Die Höchstgrenze sei bei 35 Prozent anzusetzen.</p>
Art. 8 Abs. 2 (Höchstgrenzen)	<p>Aus ordnungspolitischer Sicht ist es richtig, mittels unterschiedlicher Obergrenzen primär die Vergabe von Darlehen, Bürgschaften und Garantie anzustreben. Für die betroffenen Unternehmen sind jedoch Beiträge à fonds perdu sehr viel notwendiger. Nur so kann der Weiterbestand der Firmen gesichert werden. Aufgrund der behördlich verfügten Einschränkungen, die die Notsituation überhaupt erst verursachen, stehen Bund und Kantone diesbezüglich in der Pflicht.</p> <p>Antrag: Die Höchstgrenze sei bei 50 Prozent des Jahresumsatzes von 2019 anzusetzen, auf einen Maximalbetrag pro Unternehmen sei zu verzichten.</p>
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	

4. Abschnitt: Verfahren und Zuständigkeiten

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 12 (Verfahren)	<p>Die Formulierung von Art. 12 Abs. 1 COVID-19-Gesetz, nämlich: «Der Bund kann auf Antrag eines oder mehrerer Kantone Unternehmen (...) in Härtefällen finanziell unterstützen (...), deutet auf eine geteilte Zuständigkeit im Vollzug hin. Dennoch</p>

	<p>soll der Umsetzung der Härtefallhilfe nach den Vorschlägen des Bundesrats vollumfänglich an die Kantone delegiert werden. Damit ist jedoch keinerlei Harmonisierung gewährleistet. Stattdessen wird Tür und Tor geöffnet für eine maximal unterschiedliche Vorgehensweise. Notwendig sind daher einheitliche Beurteilungskriterien bzw. ein Standardverfahren. Ebenfalls sollten Wiedererwägungsgesuche durch den Bund beurteilt werden. Es genügt nicht, lediglich als Prüfinstanz («Abnicken») gemäss Art. 16 aufzutreten.</p> <p>Antrag: Art. 12 sei um einheitliche Beurteilungskriterien zu ergänzen, ebenfalls sei der Bund als Rekursinstanz vorzusehen.</p>
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	

5. Abschnitt: Beiträge des Bundes und Berichterstattung der Kantone

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 14 (Gesamtbetrag)	<p>Aufgrund der zeitlich und quantitativ sehr weitreichenden Auswirkungen der COVID-19-Krise auf Wirtschaft und Gewerbe ist der vorgesehene Beitrag des Bundes von höchstens 200 Mio. Franken viel zu tief angesetzt. In den Schätzungen, die dem Wert zugrunde liegen, werden insbesondere die behördlichen Massnahmen der zweiten Infektionswelle nicht berücksichtigt. Innert Kürze hat sich die Situation für die Unternehmen nochmals verschlechtert, der Hilfebedarf steigt stetig an. Auch im Vergleich zu den 700 Mio. Franken, die dem öV als zusätzliche Unterstützung gewährt wurden, ist der Betrag im Sinne der Gleichbehandlung und Fairness viel zu niedrig.</p> <p>Es ist daher sehr zu begrüssen, dass der Bundesrat in den Erläuterungen (S. 3 / 8 / 12) eine Überprüfung von Umfang und Zeitpunkt der Zahlungen angekündigt hat. TaxiSuisse erachtet es – als eine zentrale Forderung – für unabdingbar, dass weitaus mehr Bundesgelder zur Verfügung stehen.</p> <p>Antrag 1: Streichen. Auf eine Obergrenze der Härtefallhilfe sei grundsätzlich zu verzichten.</p> <p>Antrag 2 (eventualiter): Die Obergrenze sei auf 500 Mio. Franken festzulegen.</p>
Art. 15 (Aufteilung auf die Kantone)	<p>Eine anteilmässige Aufteilung des Gesamtbetrags des Bundes auf die Kantone nach deren BIP und Bevölkerungszahl ist in keiner Weise nachvollziehbar. Nach Art. 12 Abs. 1 COVID-19-Gesetz haben bestimmte Unternehmen bei der Härtefallhilfe explizit Vorrang, namentlich Unternehmen in der Wertschöpfungskette der Eventbranche, Schausteller, Dienstleister der Reisebranche sowie touristische Betriebe. Der schematische Verteilungsschlüssel berücksichtigt jedoch zu wenig, dass die Konzentration solcher Unternehmen von Kanton zu Kanton sehr unterschiedlich sein kann und sich nicht aus dem BIP und erst recht nicht aus der Bevölkerungszahl ergibt. Entscheidend ist stattdessen die Anzahl der bewilligten Härtefallgesuche, d.h. die Zahl der tatsächlichen Härtefälle. Daraus ergibt sich erneut, dass eine Obergrenze des Bundes in Art. 14 keinen Sinn macht.</p> <p>Antrag: Der Artikel sei völlig neu zu formulieren. Die Verteilung der Bundesgelder sei an die Anzahl der bewilligten Gesuche zu koppeln.</p>

Art. 19 (Nachträgliche Kürzung und Rückforderung)	<p>Die Kantone sind gemäss Art. 11 für die Einhaltung der Mindestvoraussetzungen und für die Missbrauchsbekämpfung zuständig. Es ist verständlich, dass sich der Bund daher ein Rückgriffsrecht vorbehält, wenn sich nachträglich herausstellt, dass die Anforderungen von einem Kanton nicht eingehalten wurden. Hingegen sind die Unternehmen, die von Härtefallhilfe profitieren, diesbezüglich weder zuständig noch verantwortlich. Folglich ist eine Kürzung oder Rückforderung der Kantone gegenüber den Firmen von vornherein auszuschliessen.</p> <p>Antrag: Als Abs. 3 (neu) sei die folgende Bestimmung aufzunehmen: «Eine nachträgliche Kürzung oder Rückforderung der Kantone gegenüber Firmen, die im Rahmen der vorliegenden Verordnung Härtefallunterstützung erhalten haben, ist ausgeschlossen.»</p>
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	

6. Abschnitt: Kapitalverlust und Überschuldung und 7. Abschnitt: Schlussbestimmungen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 20 (Kapitalverlust und Überschuldung)	<p>Antrag: Darlehen mit Rangrücktritt seien ebenfalls nicht als Fremdkapital zu berücksichtigen.</p>
Art. 22 Abs. 2 (Inkrafttreten und Geltungsdauer)	<p>Ein Ende der COVID-19-Krise und damit der wirtschaftlichen Auswirkungen ist derzeit nicht absehbar.</p> <p>Antrag: Zu ergänzen sei «und kann je nach Verlauf der COVID-19-Epidemie verlängert werden».</p>
Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.	



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Wettbewerbskommission WEKO
Commission de la concurrence COMCO
Commissione della concorrenza COMCO
Competition Commission COMCO

CH-3003 Bern WEKO

Per E-Mail

Eidgenössische Finanzverwaltung
3003 Bern

Per E-Mail an Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch
Unser Zeichen: 041.1-00097
Bern, 12.11.2020

041.1-00097: Vernehmlassung zur Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne nehmen wir im Rahmen der oben genannten Vernehmlassung wie folgt Stellung:

A Einleitende Bemerkungen

Die Wettbewerbskommission (WEKO) nimmt im Vernehmlassungsverfahren Stellung zu Entwürfen von rechtsetzenden Erlassen des Bundes, die den Wettbewerb beschränken oder auf andere Weise beeinflussen.¹ Ihren gesetzmässigen Auftrag wahrnehmend beschränkt sich die WEKO auf Stellungnahmen zu den aus wettbewerblicher Sicht relevanten Punkten. Daraus kann nicht abgeleitet werden, dass nicht kommentierte Gesetzesbestimmungen aus anderen Überlegungen zu unterstützen oder abzulehnen wären.

Im Rahmen der Vernehmlassung zu Gesetzes- oder Verordnungsbestimmungen orientiert sich die WEKO am verfassungsrechtlichen Grundsatz, dass Regulierungen generell wettbewerbsneutral auszugestalten sind (Art. 94 BV²). Dies bedeutet, dass regulatorische Eingriffe nicht ohne übermässige öffentliche Interessen Marktteilnehmer begünstigen oder benachteiligen sollten.

¹ Art. 46 Abs. 1 des Bundesgesetzes über Kartelle und andere Wettbewerbsbeschränkungen (Kartellgesetz, KG; SR 251).

² Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (BV; SR 101).

Staatliche Unterstützungsmassnahmen, welche bestimmte Unternehmen gegenüber ihren Mitbewerbern begünstigen, bergen die Gefahr von Wettbewerbsverzerrungen und sind deshalb problematisch. Vorliegend sind jedoch insbesondere aufgrund der Pandemie geschuldeten ausserordentlichen Situation und den daraus folgenden notwendigen Abfederungsmassnahmen für die Wirtschaft, der Härtefallregelung mit restriktiven Voraussetzungen an die Unterstützungsgewährung und der zeitlichen Befristung der vorliegenden Unterstützungsmassnahmen keine Bemerkungen angezeigt.

Aus Sicht der WEKO stellt sich jedoch die Frage, ob die gemäss Covid-19-Gesetz³ vorgesehenen Unterstützungsmassnahmen zugunsten von *Dienstleistern der Reisebranche* in den Geltungsbereich des Luftverkehrsabkommens (LVA)⁴ fallen und im Einzelfall durch die WEKO auf ihre Vereinbarkeit mit den beihilferechtlichen Bestimmungen gemäss Art. 13 LVA zu prüfen sind.

Um zukünftige Fragen betreffend eine allfällige Zuständigkeit der WEKO für die Prüfung von Unterstützungsmassnahmen zugunsten von Dienstleistern der Reisebranche – insb. Reisebüros – auf ihre Vereinbarkeit mit dem LVA vorweg zu nehmen, teilt die WEKO im Rahmen des vorliegenden Vernehmlassungsverfahrens mit, wie sie ihre Zuständigkeit in diesem Bereich auslegt.

B Zuständigkeit der WEKO für die Beihilfeprüfung

B.1 Gesetzliche Grundlage der Zuständigkeit der WEKO für die Beihilfeprüfung im Bereich Luftverkehr

Die gesetzliche Grundlage für die Zuständigkeit der WEKO für die Beihilfeprüfung gestützt auf Art 13 LVA befindet sich in Art. 103 des Luftverkehrsgesetzes (LFG)⁵. Danach prüft die WEKO, ob Entwürfe zu Beschlüssen des Bundesrates, welche bestimmte Unternehmen oder Produktionszweige im Anwendungsbereich des LVA begünstigen, insbesondere Leistungen, Beteiligungen und Finanzhilfen nach den Artikeln 101, 102 und 102a LFG, sowie gleichartige Unterstützungsmassnahmen von Kantonen [...], mit Art. 13 LVA vereinbar sind.

Die WEKO ist somit zuständig, mutmassliche Beihilfemassnahmen im Anwendungsbereich des LVA auf ihre Vereinbarkeit mit dem LVA zu prüfen. Vorliegend gilt zu bestimmen, welche Massnahmen in den Anwendungsbereich des LVA fallen, für welche der WEKO die Zuständigkeit für die Beihilfeprüfung übertragen wurde.

Der Gesetzgeber hat in Art. 103 LFG konkretisiert, welche möglichen Unterstützungsmassnahmen typischerweise in den Anwendungsbereich des LVA fallen. In Bezug auf Bundesunterstützungen werden dabei insbesondere Leistungen (Beiträge oder Darlehen) an Linienflugbetriebe (Art. 101 LFG) und an Erbringer von Flugsicherungsdienstleistungen (Art. 101b LFG) sowie Beteiligungen an Flugplatz- sowie Luftverkehrsunternehmungen (Art. 102 LFG) genannt. Schliesslich verweist Art. 103 LFG auch auf Art. 102a LFG, welcher Finanzhilfen

³ Bundesgesetz über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz) vom 25. September 2020, SR 818.102; Gemäss Art. 12 Covid-19-Gesetz kann der Bund auf Antrag eines oder mehrerer Kantone Unternehmen, die aufgrund der Natur ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit von den Folgen von Covid-19 besonders betroffen sind, insbesondere Unternehmen in der Wertschöpfungskette der Eventbranche, Schausteller, *Dienstleister der Reisebranche* sowie touristische Betriebe, in Härtefällen finanziell unterstützen, sofern sich die Kantone zur Hälfte an der Finanzierung beteiligen. Die vorliegend zu beurteilende Covid-19-Härtefallverordnung definiert, unter welchen Voraussetzungen sich der Bund an kantonalen Härtefallmassnahmen beteiligt und konkretisiert damit Art. 12 des Covid-19-Gesetzes.

⁴ Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft über den Luftverkehr vom 21. Juni 1999 (in Kraft seit dem 1.6.2002), SR 0.748.127.192.68.

⁵ Bundesgesetz über die Luftfahrt vom 21. Dezember 1948 (Luftfahrtgesetz, LFG; SR 784.0).

des Bundes infolge der COVID-19 Pandemie zugunsten von Unternehmen, die Dienstleistungen in den Bereichen Bodenabfertigung und Luftfahrzeuginstandhaltung erbringen, sowie zugunsten von Landesflughäfen, ermöglicht. Gemäss Wortlaut von Art. 103 Abs. 1 Bst. b LFG prüft die WEKO *gleichartige kantonale Unterstützungsmassnahmen*.

Aufgrund der in Art. 103 LFG gewählten Terminologie («insbesondere») regeln die Verweise auf die in Art. 101 ff. LFG genannten Unterstützungsmassnahmen die Zuständigkeit der WEKO für die Beihilfeprüfung nicht abschliessend. Dennoch scheint der Gesetzgeber davon auszugehen, dass die (exemplarische) Nennung einer bestimmten Unterstützungsmassnahme in Art. 103 LFG für die Beurteilung der Zuständigkeit der WEKO förderlich, wenn nicht sogar erforderlich, ist. So wurde anlässlich der Sondersession des Parlaments vom 6. – 8. Mai 2020 nicht nur der neue Art. 102a LFG geschaffen, sondern auch in Art. 103 LFG der Verweis eingefügt, dass die WEKO für die Überprüfung allfälliger Unterstützungsmassnahmen gestützt auf Art. 102a LFG zuständig sei.

Zusammenfassend ist Folgendes festzuhalten: Gemäss Wortlaut von Art. 103 LFG ist die WEKO für die Beihilfeprüfung von Unterstützungsmassnahmen *im Anwendungsbereich des LVA* zuständig. Der Gesetzgeber hat die WEKO durch die genannten Verweise auf bestimmte Unterstützungsmassnahmen in der Auslegung ihrer Zuständigkeit angeleitet. So hat der Gesetzgeber explizit nur Beispiele von Unternehmen (Fluggesellschaften, Flughäfen, Unternehmen im Bereich Flugsicherung, Bodenabfertigung etc.) genannt, deren Bedeutung für den Luftverkehr und damit für den *Marktzugang*, der durch das LVA im Bereich Luftverkehr gewährt wird, unbestritten ist.

Die Präzisierungen des Gesetzgebers bestätigen – wie nachfolgend aufgezeigt wird (Abschnitt B.2) – die Beurteilung der WEKO betreffend Zuständigkeit, bzw. die Auslegung des Anwendungsbereichs des LVA.

B.2 Anwendungsbereich des LVA

B.2.1 Grundsatz

Gemäss Art. 2 LVA gelten die Bestimmungen des LVA⁶ und des Anhangs in dem Umfang, in dem sie (1) den Luftverkehr oder (2) unmittelbar damit zusammenhängende Angelegenheiten wie im Anhang aufgeführt betreffen.

B.2.2 Anwendung der Beihilfebestimmungen auf die Anhänge

Vorliegend stellt sich die Frage, ob allfällige Unterstützungsmassnahmen zugunsten der Reisebüros aufgrund der im Anhang des LVA aufgeführten Richtlinie Nr. 90/314 des Rates vom 13. Juni 1990 über Pauschalreisen (Art. 1 – 10) in den Anwendungsbereich von Art. 13 LVA fallen.

Die Richtlinie Nr. 90/314 betrifft nicht den Luftverkehr. Wie in den folgenden Abschnitten ausgeführt wird (insb. Abschnitt B.2.2.2), handelt es sich bei der Richtlinie Nr. 90/314 – obwohl sie im Anhang des LVA aufgeführt ist – auch nicht um einen Rechtsakt, der unmittelbar mit dem Luftverkehr zusammenhängende Angelegenheiten regelt.

B.2.2.1 Grundsätzliche Überlegungen (unabhängig vom konkreten Fall)

Betreffend den zweiten Satzteil von Art. 2 LVA «unmittelbar damit zusammenhängende Angelegenheiten wie im Anhang aufgeführt» sind folgende Grundsätze festzuhalten:

⁶ Darunter die Beihilfebestimmung (Art. 13 LVA) und die Zuständigkeitsbestimmung für deren Überprüfung (Art. 14 LVA).

- Die Bestimmungen betreffend die Unvereinbarkeit staatlicher Beihilfen mit dem LVA (Art. 13 LVA) sowie betreffend die Überprüfung der Vereinbarkeit allfälliger staatlicher Beihilfen mit dem LVA (Art. 14 LVA) gelten grundsätzlich einzig in Bezug auf diejenigen Bestimmungen der Anhänge, welche unmittelbar mit dem Luftverkehr zusammenhängen.
- Die Tatsache, dass ein Rechtsakt im Anhang aufgeführt ist, bedeutet nicht, dass dieser Rechtsakt (als Ganzes) als «unmittelbar mit dem Luftverkehr zusammenhängend» zu qualifizieren ist.
- Für jeden Rechtsakt, welcher im Anhang aufgeführt ist, gilt es zu determinieren, ob, und wenn ja, welche Bestimmungen dieses Rechtsaktes unmittelbar mit dem Luftverkehr zusammenhängen.

Die obige Auslegung wurde dem Sekretariat der WEKO durch das Bundesamt für Justiz (BJ) mit Schreiben vom 1. Juli 2020 bestätigt.

B.2.2.2 Beurteilung des unmittelbaren Zusammenhangs mit dem Luftverkehr *in casu*

Die Richtlinie Nr. 90/314 entspricht dem schweizerischen Pauschalreisegesetz⁷. Das Pauschalreisegesetz wurde nicht als Umsetzungsmassnahme dieser Richtlinie im Rahmen des LVA⁸, sondern im Rahmen des Swisslex Pakets als autonomer Nachvollzug von EU-Recht erlassen. Dennoch kann es – neben der Richtlinie Nr. 90/314 selbst – für die Frage, ob damit unmittelbar mit dem Luftverkehr zusammenhängende Angelegenheiten geregelt werden, herangezogen werden.

Beim Pauschalreisegesetz handelt es sich um ein Konsumentenschutzgesetz, das mit wenigen Ausnahmen die Bestimmungen des Eurolex-Entwurfs über die Pauschalreisen übernommen hat.⁹ In der EWR-Botschaft¹⁰ wird zu letzterem Folgendes festgehalten: «*Die Richtlinie Nr. 90/314 des Rates vom 13. Juni 1980 über Pauschalreisen stärkt die juristische und materielle Lage der Konsumenten. Sie sind nun besser geschützt vor schlechter Vertragserfüllung des Veranstalters oder vor dessen Zahlungsunfähigkeit. Verlangt ist eine wahre Information in den Prospekten und deren Verbindlichkeit. Der Vertrag muss bestimmte Mindestangaben enthalten. Vermittler und Veranstalter von Pauschalreisen sind bei Nicht- oder Teilerfüllung des Vertrags grundsätzlich haftbar. Diese Haftung darf weder vertraglich eingeschränkt noch wegbedungen werden.*

Sowohl die Richtlinie Nr. 90/314 als auch das Pauschalreisegesetz stärken die Rechte von Pauschalreisekonsumenten *unabhängig davon*, ob ein Konsument eine Pauschalreise mit oder ohne Luftverkehrskomponente bucht. Der Zweck sowohl des Pauschalreisegesetzes als auch der Richtlinie Nr. 90/314 steht somit in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit dem Luftverkehr bzw. dem Marktzugang im Luftverkehrsbereich¹¹.

⁷ Bundesgesetz über Pauschalreisen vom 18. Juni 1993, SR 944.3.

⁸ Gemäss Schreiben des BJ vom 1.7.2020 sind die Bestimmungen der Richtlinie Nr. 90/314 nach Ansicht der Direktion für europäische Angelegenheiten (DEA) in der Schweiz direkt anwendbar, soweit sie genügend konkret und klar sind. Im Unterschied zur Rechtslage in der EU bedarf die Richtlinie in der Schweiz zudem nicht zwingend einer Umsetzung im nationalen Recht.

⁹ Vgl. Botschaft über das Folgeprogramm nach der Ablehnung des EWR-Abkommens vom 24. Februar 1993, BBI 1993 I 805, 887.

¹⁰ Botschaft zur Genehmigung des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum vom 18. Mai 1992, BBI 1992 IV 1, 393.

¹¹ Die Harmonisierung des Verbraucherschutzes dient in der EU zwar der Verwirklichung der Dienstleistungsfreiheit für Anbieter von Pauschalreisen (vgl. Präambel der Richtlinie Nr. 90/314 werden «*Gemeinsame Regeln für Pauschalreisen werden zur Beseitigung dieser Hindernisse [ungleiche Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten, welche zu Verzerrungen des Wettbewerbs zwischen den in den verschiedenen Mitgliedstaaten ansässigen Unternehmen des Reisegewerbes führen] und somit zur Verwirklichung eines gemeinsamen Dienstleistungsmarktes beitragen. Die in einem Mitgliedstaat ansässigen Unternehmen des Reisegewerbes werden ihre Dienstleistungen*

Dass Pauschalreisen ohne Luftverkehrskomponente vom Geltungsbereich des LVA ausgeschlossen sind, muss vorliegend nicht weiter erörtert werden. Auch die Richtlinie Nr. 90/314 als Ganzes ist demzufolge nicht als «unmittelbar mit dem Luftverkehr zusammenhängend» zu qualifizieren (vgl. Abschnitt B.2.2.1).

Grundsätzlich wäre es wie oben erläutert (Abschnitt B.2.2.1) denkbar, dass die Bestimmungen des LVA – darunter Art. 13 und 14 LVA – auf Pauschalreisen mit Luftverkehrskomponente angewendet würden, sofern die betreffenden Bestimmungen¹² als «unmittelbar mit dem Luftverkehr zusammenhängend» qualifiziert würden.

Nach Ansicht der WEKO kann dieser unmittelbare Zusammenhang allerdings auch bei Pauschalreisen mit Luftverkehrskomponente nicht hergestellt werden. Wie oben erläutert steht der Schutz des Pauschalreisekonsumenten *in keinem direkten Zusammenhang* mit dem gewählten Verkehrsmittel. Sowohl das Pauschalreisegesetz als auch die Richtlinie Nr. 90/314 *bezuwecken* einzig den Pauschalreisekonsumenten zu schützen. Zwar dient die Harmonisierung des Verbraucherschutzes aus Sicht der EU grundsätzlich der Verwirklichung der Dienstleistungsfreiheit – *in casu* der Dienstleistungsfreiheit für Anbieter von Pauschalreisen. Die Übernahme dieser Verbraucherschutzrichtlinie in den Anhang des LVA gewährt den Pauschalreiseanbietern vorliegend jedoch keinen Marktzugang zum Binnenmarkt. Ebenso wenig beeinflusst die Richtlinie den durch das LVA gewährten Marktzugang von Schweizer Luftverkehrsunternehmen, solange diese nicht selber als Anbieter von Pauschalreisen auftreten. Der unmittelbare Zusammenhang zwischen der Richtlinie Nr. 90/314 und dem Luftverkehr bzw. dem Marktzugang im Luftverkehrsbereich ist somit nicht gegeben.

Über die Gründe, weshalb sich die Schweiz – trotz fraglichem Zusammenhang mit dem Luftverkehr bzw. dem Marktzugang im Luftverkehrsbereich – bereit erklärt hat, die Richtlinie Nr. 90/314 in den Anhang des LVA aufzunehmen, kann nur spekuliert werden. Da zum Zeitpunkt der Vertragsverhandlungen das Pauschalreisegesetz bereits in Kraft war, schien die Übernahme der Richtlinie Nr. 90/314 möglicherweise nicht vertieft geprüft worden zu sein, da sie damals keine Auswirkungen auf den *status quo* zeitigte. Wichtig scheint in diesem Zusammenhang, dass sich die Schweiz bis anhin geweigert hat, die Richtlinie Nr. 90/314 durch die «Nachfolgerichtlinie» Richtlinie 2015/2302 über Pauschalreisen und verbundene Reiseleistungen¹³ im Anhang des LVA zu ersetzen. Dies führt dazu, dass die Richtlinie Nr. 90/314 in der EU selbst gar nicht mehr in Kraft ist und nur noch in den Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU Gültigkeit hat.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass es sich bei den Bestimmungen der Richtlinie Nr. 90/314 nicht um Regelungen handelt, welche unmittelbar mit dem Luftverkehr, bzw. dem Marktzugang in diesem Bereich, zusammenhängende Angelegenheiten betreffen. Die Richtlinie Nr. 90/314 gewährt Pauschalreiseanbietern keine Marktzugangsansprüche. Die Erbringung von Pauschalreisedienstleistungen, sofern sie nicht durch Luftverkehrsunternehmen erbracht werden, fällt somit nicht in den Anwendungsbereich von Art. 13 und 14 LVA. Dies gilt unabhängig davon, ob ein Konsument/Reisender die in der Richtlinie Nr. 90/314 enthaltenen Rechte in Bezug auf Pauschalreisen mit Luftverkehrskomponente geltend machen kann.

infogedessen in anderen Mitgliedstaaten anbieten können, und die Verbraucher in der Gemeinschaft erhalten die Möglichkeit, in sämtlichen Mitgliedstaaten Pauschalreisen zu vergleichbaren Bedingungen zu buchen».). Der durch das LVA gewährte Marktzugang im Luftverkehr wird durch den Zweck der Richtlinie (Verwirklichung der Dienstleistungsfreiheit für Anbieter von Pauschalreisen) jedoch nicht beeinflusst.

¹² Vorliegend können erschwerend keine einzelnen Bestimmungen identifiziert werden, welche einzig Pauschalreisen mit einer Luftverkehrskomponente betreffen.

¹³ Richtlinie (EU) 2015/2302 des europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 über Pauschalreisen und verbundene Reiseleistungen, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 und der Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Richtlinie 90/314/EWG des Rates, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32015L2302&from=DE>.

B.3 Fazit

Allfällige Unterstützungsmassnahmen zugunsten der Reisebüros fallen aus obigen Gründen nicht in den Anwendungsbereich des LVA. Die WEKO ist folglich nicht für die Prüfung der Vereinbarkeit dieser Massnahmen mit dem LVA zuständig.

Mit freundlichen Grüßen

Wettbewerbskommission



Prof. Dr. Andreas Heinemann
Präsident



Dr. Patrik Ducrey
Direktor



Antwortformular: Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung)

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Wirteverband Basel-Stadt

Abkürzung der Firma / Organisation : WVBS

Adresse : Gerbergasse 48
4001 Basel

Kontaktperson : Maurus Ebneter
Präsident

Telefon

E-Mail

Datum : 11. November 2020

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie, keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen.
2. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Tabellenzeile verwenden.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word-Dokument bis am 13. November 2020** an folgende E-Mail Adressen: Marianne.Widmer@efv.admin.ch; Lukas.Hohl@efv.admin.ch

Herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme!

Allgemeine Bemerkungen

Wir begrüssen das Ziel der Vorlage, die Ausführungsbestimmungen in Bezug auf die Beteiligung des Bundes an kantonalen Unterstützungsmassnahmen für Härtefälle festzulegen.

Mit Blick auf Sinn und Zweck, namentlich besonders stark von der Covid-19-Krise betroffene Unternehmen finanziell zu unterstützen, verfehlt der vorliegende Entwurf sein Ziel. Gerade jenen Unternehmen, welche am dringendsten auf eine solche Hilfe angewiesen wären, würde tendenziell der Zugang erschwert. Darunter gibt es viele, die vor der Krise finanziell gesund und überlebensfähig waren und sich nun unverschuldet in finanzieller Schieflage befinden.

Es braucht Staatshilfen, um einen Kahlschlag zu verhindern. Es droht die Vernichtung touristischer und gastronomischer Infrastruktur. Wir haben es nicht mit einem Strukturwandel zu tun, sondern mit der Zerstörung von Strukturen. Es trifft bei weitem nicht nur Betriebe, die vor der Krise wenig rentabel waren. Die Liquidität der gastgewerblichen Unternehmen vor der Krise war in 4 von 5 Fällen gut bis sehr gut. Aktuell gilt dies noch für rund 1 von 4 Betrieben!

Dem Gastgewerbe droht ohne Unterstützungsmassnahmen in den nächsten Wochen und Monaten eine Konkurs- und Entlassungswelle von historischem Ausmass. Gemäss einer Umfrage von Gastro-Suisse sind 40% der gastgewerblichen Unternehmen und 100'000 Arbeitsplätze akut gefährdet. Wir teilen diese Einschätzung.

Um einer Insolvenzwelle und massenhaften Entlassungen entgegenzuwirken, bedarf die Vorlage eine sofortige Umsetzung und diverse Anpassungen.

- **Definition von «profitablen und überlebensfähigen» Unternehmen:**

- o Das Jahr 2020 ist bei der Beurteilung, ob eine Überschuldung vorliegt, nicht zu berücksichtigen (Anpassung Art. 4 Abs. 2 Bst. a);
- o Keine mittelfristige Finanzplanung, sondern eine, welche zum Zeitpunkt der Gesuchseinreichung glaubhaft aufzeigen kann, wie die Finanzierung des Unternehmens unter Annahme keiner weiteren behördlichen Einschränkungen gesichert werden kann (Anpassung Art. 4 Abs. 2 Bst. d).

- **Definition von Umsatrückgang:**

- o Der Umsatz 2020 berechnet sich ausschliesslich über den Wert der verkauften Waren und erbrachten Dienstleistungen; erlassene Aufwendungen sind nicht dazuzählen (z. B. Kurzarbeitsentschädigungen, Corona-Erwerbsersatz, Mieterlass, Mietzinshilfen) (Anpassung Art. 5 Abs. 2).
- o Unternehmen, deren Jahresumsatz zwischen 30 % und 40 % unter dem durchschnittlichen Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 liegt, sollen ebenfalls unter die Härtefallregelung fallen und in reduziertem Mass unterstützt werden (Ergänzung Art. 5 Abs. 4 und Art. 8 Abs. 4).

- **Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen:**

- o Ein Unternehmen kann gleichzeitig mehrere Formen von Hilfen beanspruchen (Anpassung Art. 7 Abs. 3);
- o Dabei gelten bei A-fond-perdu-Beiträgen flexible Höchstgrenzen (Anpassung Art. 8 Abs. 2). A-fond-perdu-Beiträge kommen prioritär zum Einsatz.

- **Flexible Beteiligung des Bundes** an kantonalen Härtefallmassnahmen:

- o Derzeit beträgt die maximale Summe für Härtefallmassnahmen 400 Millionen Franken – dies unter der Annahme, dass sich Bund und Kantone je zur Hälfte daran beteiligen. Die Gesamtsumme ist auf mindestens 1.8 Milliarden Franken zu erhöhen. Der Bundesanteil soll dabei mindestens 900 Millionen Franken betragen. (Anpassung Art. 14);
- o Weil gewisse Kantone nicht über die nötigen Mittel verfügen dürften, soll die Bundesbeteiligung je nach kantonalem Bedarf mehr als 50 % betragen (Anpassung Art. 17);
- o Letztlich müsste auch der Verteilungsschlüssel der Bundesgelder an die Kantone weitere Parameter miteinbeziehen (Anpassung Art. 15), damit die Kantone ihre Härtefälle so definieren können, damit sie den örtlichen Gegebenheiten genügend Rechnung tragen.

Vielen Dank für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

1. Abschnitt: Grundsatz

Thema	Bemerkung/Anregung
	Keine Bemerkungen.

2. Abschnitt: Anforderungen an die Unternehmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 4 Abs. 1 Bst. c <u>Präzisierung</u>	Diese Bestimmung legt fest, welche spezifischen Hilfen unter das Doppelsubventionierungsverbot fallen. Gemäss erläuterndem Bericht sind Corona-Erwerbsersatz, Kurzarbeitsentschädigungen, Covid-19-Solidarbürgschaftskredite und solche für Start-ups davon ausgenommen. Zu präzisieren ist, dass auch Unterstützungen der Schweizerischen Gesellschaft für Hotelkredit <u>nicht</u> unter das Doppelsubventionierungsverbot fallen.
Art. 4 Abs. 2 Bst. a <u>Anpassen</u>	<p>Dieser Artikel sieht vor, dass profitable und überlebensfähige Unternehmen seit dem 1. Januar 2019 und bis und mit Einreichung des Gesuchs nicht überschuldet sein sollen. Damit würde das Geschäftsjahr 2020 volumnäßig oder zu einem grossen Teil mit berücksichtigt werden. Eine solche Bestimmung ist mit Blick auf Sinn und Zweck, die Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Covid-19-Pandemie, problematisch.</p> <p>Für die meisten Unternehmen, die im Jahr 2020 Umsatzeinbussen von 40 Prozent oder mehr erlitten, kommt es der Quadratur des Kreises gleich, sich Ende 2020 nicht in einer Überschuldungssituation zu befinden. Der Bund würde mit der vorliegenden Bestimmung einen Grossteil der am stärksten von der Krise betroffenen Betriebe im Rahmen einer Härtefalllösung nicht unterstützen. Damit würde gerade den Betrieben, die auf eine solche Unterstützung dringend angewiesen sind, der Zugang erschwert.</p> <p>Die Überschuldung im Jahr 2020 hängt nicht davon ab, wie profitabel oder überlebensfähig ein Unternehmen ist, sondern wie stark die Covid-19-Massnahmen dessen Geschäftstätigkeit eingeschränkt hat.</p> <p>Weiter hatten die meisten Unternehmen gar nicht die Möglichkeit – unabhängig davon, wie rentabel sie zu üblichen Geschäftsjahren wirtschaften – ihre Verluste aus der «ersten Welle» im Frühling 2020 aufzufangen. Spätestens seit dem Herbst 2020 sind wieder weitergehende Massnahmen von Bund und Kantonen in Kraft, die ein profitables Wirtschaften stark einschränken oder verunmöglichen.</p>

	<p>Das Geschäftsjahr 2020 wurde für Härtefälle massgeblich von den finanziellen Auswirkungen der behördlichen Covid-19-Massnahmen geprägt. Daher ist das Jahr 2020 kein Referenzwert dafür, ob ein Unternehmen profitabel und überlebensfähig ist (sofern das Unternehmen vor 2020 gegründet wurde). Daher ist dieser Artikel wie folgt anzupassen:</p> <p>«[zum Zeitpunkt der Einreichung des Gesuchs nicht überschuldet sind und] zwischen dem 1. Januar 2019 und [der Einreichung des Gesuchs] [dem 31. Dezember 2019] nicht überschuldet waren;» [Streichen und ergänzen]</p>
Art. 4 Abs. 2 Bst. d <u>Anpassen</u>	<p>Als weitere Bedingung muss ein profitables und überlebensfähiges Unternehmen über eine mittelfristige Finanzplanung verfügen. Gemäss erläuterndem Bericht umfasst dies mindestens das laufende und das darauffolgende Jahr. Angesichts der unsicheren Gesamtlage und Entwicklung der Covid-19-Pandemie sowie wirtschaftlich einschneidenden Massnahmen zu deren Eindämmung ist eine solche Zeitspanne weder angemessen, noch lässt sie eine Finanzplanung zu, die sich auf bis zu zwei Jahre erstrecken soll.</p> <p>Die Finanzplanung ist nach unserem Dafürhalten unter der Annahme zu erstellen, dass keine weiteren behördlichen Massnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie angeordnet werden.</p> <p>Weiter soll das Unternehmen für diese Zeitspanne gemäss erläuterndem Bericht aufzeigen, dass seine Finanzierung mit der Härtefallmassnahme ohne weitere staatliche Hilfen gesichert werden kann. Wir fordern, dass nebst Corona-Erwerbsersatz, Kurzarbeitsentschädigungen, Covid-19-Krediten und Bürgschaftskrediten für Startups auch jene der SGH von solchen staatlichen Hilfen ausgenommen sind.</p> <p>Die Bestimmung ist wie folgt anzupassen:</p> <p>«über eine [mittelfristige] Finanzplanung verfügen, die glaubhaft aufzeigt, dass die Finanzierung des Unternehmens mit der Härtefallmassnahme» [Streichen]</p>
Art. 4 Abs. 3 Bst. b <u>Streichen</u>	<p>Diese Bestimmung legt fest, dass ein Covid-19-Kontokorrentkredit vollständig ausgeschöpft sein muss, um zumutbare Selbsthilfemaßnahmen ergriffen zu haben. Eine solche Regelung drängt Unternehmen dazu, diese Kredite auszuschöpfen wenn sie zusätzlich finanzielle Unterstützung in Form der Härtefallregelung beantragen müssen. In der Folge erhöht sich das Konkursrisiko für all jene Unternehmen, deren Gesuch abgelehnt wird.</p> <p>Weiter legt der Bericht fest, dass Covid-19-Solidarbürgschaftskredite nicht unter das Doppelsubventionierungsverbot fallen. Dies steht im Widerspruch dazu, dass solche Kredite erst ausgeschöpft werden müssen, um zumutbare Selbsthilfemaßnahmen ergriffen zu haben. Auch aus dieser Logik heraus ist diese Bestimmung aus der Verordnung zu streichen.</p>
Art. 5 Abs. 1 <u>Anpassen</u>	<p>Bei Gesucheinreichung ist der Jahresumsatz 2020 allenfalls noch nicht bekannt. Deshalb ist Art. 5 Abs. 1 wie folgt zu ergänzen:</p> <p>«Die Unternehmen haben gegenüber dem Kanton belegt, dass ihr Jahresumsatz 2020 [oder ihr Jahresumsatz bis zur Einreichung des Gesuchs] in der Folge von behördlich angeordneten Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie mehr als 40 Prozent unter dem durchschnittlichen Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 liegt.» [Ergänzen]</p>
Art. 5 Abs. 2 <u>Anpassen</u>	<p>Gemäss diesem Artikel sind Entschädigungen für Kurzarbeit und Covid-Erwerbsersatz zum Umsatz 2020 hinzuzuzählen. Aus dem erläuternden Bericht geht hervor, dass dies bei Inkrafttreten des Geschäftsmietegesetzes weiter für verordnete oder freiwillige Mieter lasse der Fall sein würde.</p> <p>Eine solche Bestimmung stellt eine sachfremde respektive nicht gerechtfertigte Ver-</p>

	<p>knüpfung unterschiedlicher finanzieller Instrumente zur Abfederung der Covid-19-Krise dar.</p> <p>Im buchhalterischen Sinne definiert sich der Umsatz über den Wert von erbrachten Leistungen und abgesetzten Waren; bei der Kurzarbeitsentschädigung dem Corona-Erwerbsersatz verringern sich die Aufwendungen eines Unternehmens. Schliesslich dienen diese beiden arbeitsmarktlichen Instrumente in erster Linie dazu, Arbeitsplätze zu sichern und Unternehmen vor unverschuldeten Liquiditätsengpässen und Konkursen zu bewahren. Es geht nicht darum, die Gewinne oder die Erfolgsrechnung solcher Unternehmen zu verbessern. Deswegen sind sie oder andere erlassene Aufwendungen nicht zum Umsatz hinzuzuzählen.</p> <p>Weiter würde der Einbezug von erlassenen Aufwendungen im Umsatz (z.B. Kurzarbeitsentschädigungen) einen administrativen Mehraufwand für die Kantone und Unternehmen verursachen. Dies dürfte weder im Sinne dieser noch des Bundes sein. Letztlich stellt der Bund Massnahmen vor, wie administrative Kosten für die Kantone tief zu halten sind (z.B. Bericht Seite 7).</p> <p>Zudem steht die Bestimmung im Widerspruch zu Art. 12 Abs. 2 Covid-19-Gesetz, wonach die Kurzarbeitsentschädigungen, der Corona-Erwerbsersatz sowie die Covid-19-Kredite explizit nicht als staatliche Finanzhilfen gelten. Weiter sieht beispielsweise auch die Covid-19-Erwerbsausfallverordnung vor, dass Härtefallmassnahmen nicht subsidiär zur Corona-Erwerbsausfallschädigung gelten.</p> <p>Aus obengenannten Gründen ist der Artikel wie folgt zu kürzen:</p> <p>«Der Umsatz 2020 berechnet sich aus dem Wert der verkauften Waren und der erbrachten Dienstleistungen [zuzüglich der für die Periode 2020 erhaltenen Entschädigungen für Kurzarbeit und Covid-Erwerbsersatz].» [Streichen]</p>
Art. 5 Abs. 4 (neu) <u>Ergänzen</u>	<p>Unternehmen, deren Jahresumsatz zwischen 30% und 40% unter dem durchschnittlichen Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 liegt, sollen ebenfalls Härtefallmassnahmen beantragen können. Tun sie dies, werden sie in reduziertem Mass unterstützt. GastroSuisse spricht sich für eine Abstufung aus, um eine hohe Schwelle zwischen den nicht anspruchsberechtigten Unternehmen und den Härtefällen zu vermeiden.</p> <p>«Unternehmen, deren Jahresumsatz zwischen 30 % und 40 % unter dem durchschnittlichen Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 liegt, können ebenfalls als Härtefälle gelten.»</p>

3. Abschnitt: Anforderungen an die Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 7 Abs. 3 <u>Streichen</u>	<p>Zu begrüssen ist, dass die Kantone verschiedene Formen von Härtefallhilfen gewähren können. Mit Blick auf die tiefen respektive unterschiedlichen Höchstgrenzen (Art. 8 Abs. 1 und 2) soll es den Unternehmen möglich sein, mehr als eine finanzielle Hilfe gleichzeitig beanspruchen zu können (z.B. Darlehen und nicht rückzahlbare Beiträge).</p> <p>Der zusätzliche Koordinations- und Kontrollaufwand dürfte gering sein. Wenn ein Unternehmen bereits von einer Härtefallmassnahme Gebrauch macht und daraufhin eine zweite Unterstützungshilfe in Form eines Härtefalls beantragt, dürfte der Aufwand geringer sein als beim Erstantrag.</p> <p>Daher ist es angezeigt, den Art. 7 Abs. 3 zu streichen.</p>
Art. 8	Nicht rückzahlbare Beiträge werden gemäss Verordnungsentwurf auf 10 Prozent des

<p>Abs. 2 <u>Anpassen</u></p>	<p>Jahresumsatzes 2019 (respektive 500'000 Franken) limitiert. Damit müssten betroffene Unternehmen mindestens Dreiviertel ihrer Umsatzeinbussen von 2020 (im Vgl. zu 2019) selber tragen.</p> <p>Die Umsatzeinbussen (von 40 bis 100 Prozent) können je nach Betroffenheit der jeweiligen Branche sehr unterschiedlich sein. Dies bestimmt massgeblich, wie hoch der Bedarf an Unterstützungsmassnahmen ist. Zudem hängen der Bedarf und die Höhe einer Härtefallhilfe vom weiteren Verlauf der Covid-19-Pandemie respektive einschränkenden Massnahmen zu deren Eindämmung ab. Die genannte Höchstgrenze schränkt die Wirksamkeit der Härtefallmassnahmen ein. Die absolute Höchstgrenze von 500'000 Franken genügt.</p> <p>Letztlich obliegt es den Kantonen, die Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen den unterschiedlichen kantonalen Gegebenheiten anzupassen. Dies bedingt eine flexible und nicht zu starre Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen.</p> <p>Daher ist der Abschnitt wie folgt zu kürzen:</p> <p style="color: red;">«Die nicht rückzahlbaren Beiträge belaufen sich auf höchstens 10 Prozent des Jahresumsatzes 2019 und höchstens auf 500 000 Franken pro Unternehmen. [Im Falle besonderer Härte können diese absoluten Beiträge erhöht werden.] Die Beiträge können gestaffelt beschlossen und ausgerichtet werden.» [Streichen und <u>ergänzen</u>]</p>
<p>Art. 8 Abs. 4 (neu) <u>Ergänzen</u></p>	<p>Ohne die folgende Ergänzung würde ein Unternehmen mit Umsatzeinbussen von 39.9% nicht von den Härtefallmassnahmen profitieren, während ein Unternehmen mit Umsatzeinbussen von 40% in vollem Umfang unterstützt werden kann. Wir sprechen uns für eine Abstufung aus. Unternehmen, deren Jahresumsatz zwischen 30% und 40% unter dem durchschnittlichen Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 liegt, sollen ebenfalls Härtefallmassnahmen beantragen können.</p> <p style="color: red;">«Die Höchstgrenzen für Unternehmen, deren Jahresumsatz 30% unter dem durchschnittlichen Jahresumsatz der Jahre 2018 und 2019 liegt, betragen 20% der ordentlichen Höchstgrenze. Diese Höchstgrenze steigt linear mit dem Umsatzverlust bis zu einem Umsatzverlust von 40%.»</p>

4. Abschnitt: Verfahren und Zuständigkeiten

Thema	Bemerkung/Anregung
	Keine Bemerkungen

5. Abschnitt: Beiträge des Bundes und Berichterstattung der Kantone

Thema	Bemerkung/Anregung
<p>Art. 14 <u>Anpassen</u></p>	<p>Dieser Artikel sieht eine Beteiligung des Bundes von höchstens 200 Millionen Franken an kantonalen Härtefallmassnahmen vor. Angesichts des Ausmaßes der Covid-19-Krise auf die Wirtschaft dürfte dieser Betrag beim weitem nicht ausreichen. Der Umfang an tatsächlich benötigten finanziellen Mitteln des Bundes ist derzeit nicht quantifizierbar und hängt vom Bedarf der Kantone und des weiteren Verlaufs der Covid-19-Pandemie respektive von behördlichen Massnahmen ab.</p> <p style="color: red;">«Bund und Kantone beteiligen sich im Rahmen der bewilligten Kredite im Umfang von 1.8 Milliarden Franken an den Härtefallmassnahmen. Der Bundesanteil beträgt dabei mindestens 900 Millionen Franken.»</p>

	tefallmassnahmen» [Streichen und <u>anpassen</u>]
Art. 15 <u>Anpassen</u>	Mit der vorliegenden Bestimmung würden wirtschaftsstarken und bevölkerungsreichen Kantone (nach dem kantonalen BIP und Wohnbevölkerung) mehr erhalten als andere. Wir sprechen uns dafür aus, dass die volkswirtschaftliche Relevanz der besonders stark betroffenen Branchen für den Kanton und die prognostizierten Umsatzeinbussen in diesen Branchen bei der Verteilung der Bundesgelder mitberücksichtigt werden.
Art. 17 Abs. 2 <u>Anpassen</u>	Damit die Kantone frei in der Definition und Ausgestaltung von Härtefallmassnahmen sind, und diese den örtlichen Gegebenheiten genügend Rechnung tragen, bedarf es einer flexiblen respektive höheren Kostenbeteiligung des Bundes . Gemäss erläuterndem Bericht beteiligt sich der Bund jedoch zur Hälfte an den Auszahlungen. Der Anteil des Bundes an A-fond-perdu-Beiträgen soll mindestens 50 Prozent betragen.

6. Abschnitt: Kapitalverlust und Überschuldung und 7. Abschnitt: Schlussbestimmungen

Thema	Bemerkung/Anregung
Art. 20 <u>Präzisierung</u>	Gemäss erläuterndem Bericht werden Forderungen aus Covid-19-Solidarbürgschaftskrediten und -Härtefallkredite nicht zum Fremdkapital gezählt. Wir sprechen uns dafür aus, dass gewährte Kredite der SGH, die im Jahr 2020 gewährt wurden, auch nicht zum Fremdkapital gezählt werden.